

Amtsblatt der Europäischen Union

C 26



Ausgabe
in deutscher Sprache

Mitteilungen und Bekanntmachungen

66. Jahrgang
24. Januar 2023

Inhalt

IV *Informationen*

INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND SONSTIGEN STELLEN DER
EUROPÄISCHEN UNION

Europäisches Parlament

SITZUNGSPERIODE 2015-2016

Sitzung vom 25. März 2015

2023/C 26/01	Ausführliche Sitzungsberichte vom 25. März 2015	1
--------------	---	---

DE

Legende der verwendeten Zeichen

*	Konsultationsverfahren
***	Zustimmungsverfahren
***I	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung
***II	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, zweite Lesung
***III	Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, dritte Lesung

(Das angegebene Verfahren entspricht der von der Kommission vorgeschlagenen Rechtsgrundlage.)

Abkürzungen der Ausschüsse

AFET	Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten
DEVE	Entwicklungsausschuss
INTA	Ausschuss für internationalen Handel
BUDG	Haushaltsausschuss
CONT	Haushaltskontrollausschuss
ECON	Ausschuss für Wirtschaft und Währung
EMPL	Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten
ENVI	Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit
ITRE	Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie
IMCO	Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz
TRAN	Ausschuss für Verkehr und Fremdenverkehr
REGI	Ausschuss für regionale Entwicklung
AGRI	Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
PECH	Fischereiausschuss
CULT	Ausschuss für Kultur und Bildung
JURI	Rechtsausschuss
LIBE	Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres
AFCO	Ausschuss für konstitutionelle Fragen
FEMM	Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter
PETI	Petitionsausschuss
DROI	Unterausschuss Menschenrechte
SEDE	Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung

Abkürzungen der Fraktionen

PPE	Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)
S&D	Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament
ECR	Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
ALDE	Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa
GUE/NGL	Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke
Vers/ALE	Fraktion der Grünen/Freie Europäische Allianz
EFDD	Fraktion Europa der Freiheit und der direkten Demokratie
NI	Fraktionslos

Mittwoch, 25. März 2015

IV

*(Informationen)*INFORMATIONEN DER ORGANE, EINRICHTUNGEN UND
SONSTIGEN STELLEN DER EUROPÄISCHEN UNION

EUROPÄISCHES PARLAMENT

SITZUNGSPERIODE 2015-2016

Sitzung vom 25. März 2015

BRÜSSEL

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 25. MÄRZ 2015

(2023/C 26/01)

Inhalt	Seite
1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode	4
2. Erklärungen des Präsidenten	4
3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung	4
4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll	5
5. Prüfung der Mandate: siehe Protokoll	5
6. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll	5
7. Antrag auf Aufhebung der Immunität	5
8. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll	5
9. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll	5
10. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll	5

Mittwoch, 25. März 2015

Inhalt	Seite
11. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll	5
12. Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll	5
13. Petitionen: siehe Protokoll	6
14. Mittelübertragungen: siehe Protokoll	6
15. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll	6
16. Arbeitsplan	6
17. Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (Tagung vom 19./20. März 2015) (Aussprache)	9
18. Jährlicher Steuerbericht - Angenommener Beschluss über die Politik der Steuertransparenz (Aussprache) . .	36
19. Makrofinanzhilfe für die Ukraine (Aussprache)	55
20. Abstimmungsstunde	65
20.1. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/018 GR/Attica Broadcasting, Griechenland (A8-0050/2015 - Georgios Kyrtos) (Abstimmung)	65
20.2. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/015 GR/ATTICA - Edition, Griechenland (A8-0051/2015 - Lefteris Christoforou) (Abstimmung)	65
20.3. Antrag auf Aufhebung der Immunität von António Marinho e Pinto (A8-0062/2015 - Kostas Chrysogonos) (Abstimmung)	65
20.4. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Ivan Jakovčić (A8-0059/2015 - Tadeusz Zwiefka) (Abstimmung)	66
20.5. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/016 IE/Lufthansa Technik, Irland (A8-0052/2015 - Victor Negrescu) (Abstimmung) .	66
20.6. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Viktor Uspaskich (A8-0061/2015 - Evelyn Regner) (Abstimmung)	66
20.7. Antrag auf Schutz der Vorrechte und der Immunität von Gabriele Albertini (A8-0058/2015 - Andrzej Duda)	67
20.8. Makrofinanzhilfe für die Ukraine (A8-0056/2015 - Gabrielius Landsbergis) (Abstimmung)	67
20.9. Jährlicher Steuerbericht (A8-0040/2015 - Eva Kaili) (Abstimmung)	67
21. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll	67
22. Jüngste Terroranschläge in Tunesien (Aussprache)	67

Mittwoch, 25. März 2015

Inhalt	Seite
23. Beschäftigungsbedingungen einschließlich Mindestlöhne im Straßengüterverkehr - Übereinstimmung der deutschen Vorschriften über den im Transportsektor geltenden Mindestlohn mit EU-Recht (Aussprache) . . .	76
24. Internationaler Roma-Tag - Antiziganismus in Europa und Anerkennung des Gedenktags für den Völkermord an den Roma im Zweiten Weltkrieg durch die EU (Aussprache)	102
25. Ausführungen von einer Minute (Artikel 163 GO)	116
26. Stimmerklärungen	122
26.1. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/018 GR/Attica Broadcasting, Griechenland (A8-0050/2015 - Georgios Kyrtos)	122
26.2. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/015 GR/ATTICA - Edition, Griechenland (A8-0051/2015 - Lefteris Christoforou) . . .	145
26.3. Antrag auf Aufhebung der Immunität von António Marinho e Pinto (A8-0062/2015 - Kostas Chrysogonos)	166
26.4. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Ivan Jakovčić (A8-0059/2015 - Tadeusz Zwiefka) . . .	172
26.5. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/016 IE/Lufthansa Technik, Irland (A8-0052/2015 - Victor Negrescu)	178
26.6. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Viktor Uspaskich (A8-0061/2015 - Evelyn Regner) .	201
26.7. Antrag auf Schutz der Vorrechte und der Immunität von Gabriele Albertini (A8-0058/2015 - Andrzej Duda)	208
26.8. Makrofinanzhilfe für die Ukraine (A8-0056/2015 - Gabrielius Landsbergis)	215
26.9. Jährlicher Steuerbericht (A8-0040/2015 - Eva Kaili)	246
27. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll	278
28. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll	278
29. Unterbrechung der Sitzungsperiode	278

Mittwoch, 25. März 2015

AUSFÜHRLICHE SITZUNGSBERICHTE VOM 25. MÄRZ 2015

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

(Die Sitzung wird um 15.05 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, dem 12. März 2015, unterbrochene Sitzungsperiode für wieder aufgenommen.

2. Erklärungen des Präsidenten

Der Präsident. – Meine Damen und Herren! Wir alle sind ganz sicher zutiefst betroffen und schockiert über die furchtbaren Nachrichten, die uns gestern aus Frankreich erreicht haben. Der Flugzeugabsturz in den französischen Alpen hat uns alle tief erschüttert. Bislang ist die Ursache dieses schweren Unglücks ungeklärt, aber die Maschine, die im Gebirgsmassiv zerschellt ist, hatte 150 Menschen an Bord, unter ihnen sechs Besatzungsmitglieder und auch eine Schülergruppe aus der Bundesrepublik Deutschland, aus Haltern in Nordrhein-Westfalen: 16 Jugendliche, die mit ihren Lehrerinnen zum Schüleraustausch in Spanien waren, sind gestorben. Eine ganze Stadt in meinem Heimatland steht unter Schock. Und all die Menschen aus anderen Ländern – aus Spanien, aus der Türkei, aus anderen Ländern –, die Opfer zu beklagen haben, haben ganz sicher unser aller Mitgefühl.

Das gilt auch für die Opfer des furchtbaren Terroranschlags im Bardo-Museum in Tunis. Der Hintergrund dieses furchtbaren Terroranschlags, der fanatische Fundamentalismus, der keinen Respekt vor dem Leben anderer kennt, ist nicht neu für uns. Wir erleben dies in den letzten Monaten immer wieder und in intensiver Form, und es schockiert uns. Auch hier sind unsere Gedanken und unsere Gefühle bei den Angehörigen, den Freunden, den Lebensgefährten, den Familien der Opfer.

Die Angehörigen der Menschen, die in Tunis ihr Leben gelassen haben, und die Angehörigen der Opfer dieses furchtbaren Flugzeugunglücks gestern in Frankreich, die jetzt Kraft brauchen in diesen schweren Stunden und Tagen – all diese vom Schicksal schwer geschlagenen Menschen sollten sicher sein, dass in dieser schweren Zeit die Mitglieder des Europäischen Parlaments, dass unsere Institution in voller Solidarität und Mitgefühl mit ihnen die Sitzung beginnt mit einem Moment des Schweigens. Ich würde Sie bitten, sich dafür von Ihren Plätzen zu erheben!

(Das Parlament erhebt sich zu einer Schweigeminute.)

3. Genehmigung des Protokolls der vorangegangenen Sitzung

Der Präsident. – Das Protokoll der Sitzung vom 12. März wurde verteilt.

Gibt es Einwände?

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, je regrette beaucoup que les procès-verbaux de la dernière session ne rendent pas compte de l'incroyable voie de fait à laquelle vous avez procédé, en violation de l'annexe XI de notre règlement, en livrant en pâture à vos adversaires politiques nos assistants et nos collègues parlementaires, sans même vous en être entretenu avec eux, sans même leur avoir demandé la moindre explication et en saisissant le ministre français de la justice, M^{me} Taubira, votre amie politique, alors même que n'avait pas commencé l'enquête de l'OLAF, que vous avez saisi.

Mittwoch, 25. März 2015

Der Präsident. – Herr Gollnisch! Zunächst einmal irren Sie sich. Im Protokoll stehen Ihre Äußerungen vermerkt. Im Übrigen sind juristische Untersuchungen, die ich einleiten muss wegen des schweren Verdachts von Brüchen unserer Regeln und der Gesetze in der Französischen Republik von mir nicht als politische Taten zu bewerten, sondern es ist meine Pflicht, diesem Verdacht von schwerwiegenden Straftaten und von Brüchen der Regeln des Europäischen Parlaments ohne Ansehen der Person nachzugehen. Genau das habe ich getan, mehr nicht.

(Beifall)

(Das Protokoll der vorangegangenen Sitzung wird genehmigt.)

4. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

5. Prüfung der Mandate: siehe Protokoll

6. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

7. Antrag auf Aufhebung der Immunität

Der Präsident. – Die zuständigen griechischen Behörden haben mir einen Antrag auf Aufhebung der Immunität von Herrn Theodoros Zagorakis übermittelt. Die zuständigen deutschen Behörden haben mir zwei Anträge auf Aufhebung der Immunität von Herrn Udo Voigt übermittelt.

Gemäß Artikel 9 der Geschäftsordnung werden diese Anträge an den Rechtsausschuss überwiesen.

Richard Corbett (S&D). – Mr President, your announcements included no announcement that a Member was leaving a political group or joining a new one, or indeed had been expelled from a political group. May I take it, then, that Janice Atkinson remains a member of the EFDD Group and has not been expelled by them, despite the recent revelations about the misuse of her expenses?

Der Präsident. – Mir sind bis zum jetzigen Zeitpunkt keine Änderungen der Zusammensetzung der Fraktion zugegangen. Insofern muss ich Ihre Frage verneinen. Ich kann Ihnen nicht bestätigen, dass Frau Atkinson die Fraktion verlassen hat.

8. Delegierte Rechtsakte (Artikel 105 Absatz 6 GO): siehe Protokoll

9. Durchführungsmaßnahmen (Artikel 106 GO): siehe Protokoll

10. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

11. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Einreichung): siehe Protokoll

12. Übermittlung von Abkommenstexten durch den Rat: siehe Protokoll

Mittwoch, 25. März 2015

13. Petitionen: siehe Protokoll

14. Mittelübertragungen: siehe Protokoll

15. Beschlüsse über bestimmte Dokumente: siehe Protokoll

16. Arbeitsplan

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 12. März 2015 gemäß Artikel 149 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden. Im Einvernehmen mit den Fraktionen schlage ich Ihnen verschiedene Änderungen der Tagesordnung vor.

— Die Sitzung heute soll bis 23.00 Uhr verlängert werden.

— Die Erklärung der Kommission zur Europäischen Nachbarschaftspolitik soll auf eine spätere Tagung vertagt werden.

— Die Erklärung der Hohen Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik zu den jüngsten Terroranschlägen in Tunesien wird um 19.00 Uhr als erster Punkt nach der Abstimmungsstunde auf die Tagesordnung gesetzt.

— Im Anschluss an die Erklärung darf es eine Rednerrunde der Fraktionen geben.

— Die Entschließung zum Internationalen Roma-Tag, zum Antiziganismus in Europa und zur Anerkennung des Gedenktages für den Völkermord an den Roma im Zweiten Weltkrieg wird in der April-I-Tagung zur Abstimmung gestellt.

Gibt es Einwände gegen diese Änderungen?

Guy Verhofstadt (ALDE). – Mr President, I want to raise a question and ask for a change to today's agenda, more precisely in relation to the vote on the report on the request to lift the immunity of Mr Uspaskich. I would ask you to refer this back to the Committee on Legal Affairs (JURI). Each of us will have received today or yesterday ..

(The President cut off the speaker)

Der Präsident. – Herr Verhofstadt, bitte warten Sie einen Moment. So weit sind wir noch nicht. Ich habe jetzt erst einmal alle Punkte, die bisher unter den Fraktionen vereinbart sind, aufgerufen. Die vom Rechtsausschuss überwiesenen Berichte kommen gleich. Ich gebe Ihnen dazu dann gleich das Wort.

Ich frage zunächst einmal, ob es gegen die vier Punkte, die ich eben hier genannt habe – Verlängerung bis 23.00 Uhr, Nachbarschaftspolitik später, Frau Mogherini um 19.00 Uhr und Roma-Tag in der April-I-Tagung – Einwände gibt.

Das ist nicht der Fall.

(Das Parlament nimmt die Änderungsvorschläge an.)

Der Rechtsausschuss hat mir vier Berichte betreffend die Immunitäten von Kollegen zugeleitet. Das sind die Berichte Chrysogonos, Zwiefka, Regner und Duda. Gemäß Artikel 9 Absatz 8 der Geschäftsordnung werden diese Berichte – das ist bisher vorgesehen – heute Abend zur Abstimmung gestellt. Dazu hat jetzt Herr Verhofstadt das Wort.

Guy Verhofstadt (ALDE). – Mr President, each of us has received an email from our colleague Mr Uspaskich. He sent the message out yesterday and he repeated this letter today with more content and more information.

Mittwoch, 25. März 2015

I would like to give you my input on this. I think there is one principle that is applicable in our House, and that is the right of all of our Members to be treated equally and fairly. I have serious doubts about this in relation to the report on Mr Uspaskich. We have to be 100% sure, in the case of Mr Uspaskich, that there is no *fumus persecutionis*, to use the Latin term, i.e. that a case has not been mounted against him in order to eliminate him and his party from the political stage in his country. I have to tell you that I have serious doubts about this – doubts that have not, unfortunately, been removed by the report that is on our agenda today.

There are many bizarre elements coinciding in this case. First of all, a change in the original charges, a change from an administrative fine to not less than four years' imprisonment – and that two days before an election! A falsified tax declaration – because it now seems that the signature on this paper is not his signature. And then perhaps the most important thing: the revelation in WikiLeaks that the highest authorities in the country want to hound Mr Uspaskich out of politics. The fact that he is a European of Russian origin does not mean that this is allowed, or that his freedom of movement can be limited, preventing him from participating in the election campaign.

On top of all this – and I want to conclude here – the Committee on Legal Affairs (JURI) has also decided that there could be restriction of his personal freedoms. I have here, by way of example, the decision taken in the case of Mr Severin, who was pursued for corruption, and in his case there was never a decision to restrict his ..

(The President cut off the speaker)

Der Präsident. – Herr Verhofstadt! Sie können jetzt nicht das Immunitätsaufhebungsverfahren hier zur Debatte stellen. Sie müssen zu Ihrem Antrag kommen!

Guy Verhofstadt (ALDE). – Mr President, my request is very simple, if you see the difference in treatment, for example, between Mr Uspaskich and Mr Severin, if you see the different elements in the dossier. I am not asking that the plenary should say that Mr Uspaskich is not guilty. What I am asking is for the case to be referred, for a short period, from plenary back to the Committee on Legal Affairs, so that the Committee can respond to the doubts we have, and secondly so that they can also exclude ..

(The President cut off the speaker)

Der Präsident. – Herr Verhofstadt! Zunächst einmal bezieht sich Ihr Antrag auf den Bericht von Frau Regner und nicht auf andere Berichte. Davon gehe ich aus, dass Sie jetzt nur diesen einen Bericht meinen. So habe ich jedenfalls Ihre Wortmeldung verstanden. Wenn Sie die Rücküberweisung an den Ausschuss beantragen, müssen Sie das 24 Stunden vor Beginn der Plenarsitzung tun, oder aber Sie müssen es unmittelbar vor der Abstimmung machen. Das heißt, ich kann jetzt über diesen Antrag nicht abstimmen lassen. Wir setzen ihn ja für nach der Aussprache über den Internationalen Roma-Tag zur Abstimmung auf die Tagesordnung. Ich würde Sie also ermuntern, vor Beginn der Abstimmung diesen Antrag, den Sie gerade gestellt haben, erneut zu stellen. Nur dann können wir die Rücküberweisung an den Ausschuss vornehmen. Ich gehe aber jetzt davon aus, dass das Haus damit einverstanden ist, dass wir die vier Berichte – Chrysogonos, Zwiefka, Regner und Duda, zur Abstimmung um 19.00 Uhr vorgesehen – für die Abstimmungsstunde als Erstes vorsehen.

Guy Verhofstadt (ALDE). – Mr President, I am sorry but I have here Rule 188, which says in paragraph 2 that in a case where the political group is asking for referral back to committee you have to put it to the vote immediately. I do not know if you understand the word 'immediately', but in Dutch it means '*onmiddellijk*' – instantly, directly, now, within a nanosecond – and not at the end of the debate.

Der Präsident. – Herr Verhofstadt! Sie müssen die Texte schon sehr konkret und präzise lesen. Artikel 188 Absatz 2 besagt, dass mindestens 40 Abgeordnete oder eine Fraktion unmittelbar vor oder während einer Abstimmung eine Rückverweisung beantragen können. Wir sind aber nicht in dieser Abstimmung, sondern ich lege gerade erst die Abstimmungsstunde fest. Die Abstimmungsstunde beginnt um 19.00 Uhr. Nach Artikel 188 Absatz 2 können 40 Abgeordnete oder Ihre Fraktion dann die Rücküberweisung beantragen.

Sie können das jetzt noch mal versuchen, aber ich mache das jetzt nicht.

Mittwoch, 25. März 2015

Guy Verhofstadt (ALDE). – Mr President, what you are saying now is in contradiction with paragraph 1 of Rule 188, which says it is before the agenda is fixed. We are now fixing the agenda and I ask you to refer this back to the committee.

Der Präsident. – Herr Verhofstadt! Setzen Sie mal Ihr Hörgerät auf! Ich zitiere Ihnen jetzt den von Ihnen genannten Artikel, weil es sich hier doch um einen weitreichenden Vorgang handelt:

„Artikel 188 Absatz 1: Die Rücküberweisung an den Ausschuss kann bei Festlegung der Tagesordnung oder vor Eröffnung der Aussprache von einer Fraktion oder von mindestens 40 Mitgliedern beantragt werden.“ Das ist das, worauf Sie sich bezogen haben. Das ist der jetzige Zustand, der jetzige Moment. Wir sind bei der Festlegung der Tagesordnung. Sie können dann die Rücküberweisung beantragen, da haben Sie recht. Aber der Artikel geht weiter:

„Die Absicht, einen derartigen Antrag zu stellen, muss dem Präsidenten mindestens 24 Stunden im Voraus angekündigt werden.“

(Zwischenruf von Herrn Verhofstadt: „Paragraph 2, Mr President!“)

Das haben Sie aber nicht gemacht.

(Zwischenruf: „Das ist Bürokratie!“)

Nein, das ist nicht Bürokratie, das ist die Geschäftsordnung, an die wir uns hier alle zu halten haben, auch ich. Ich sage das noch mal: Sie können vor Beginn der Abstimmungsstunde um 19.00 Uhr beantragen, diesen Bericht zurückzuüberweisen. Und jetzt machen wir weiter in der Tagesordnung.

(Zwischenruf von Herrn Verhofstadt: „This is a bureaucratic procedure. I did not know that you were a bureaucrat – but OK.“)

Herr Abgeordneter Verhofstadt! Ich bin schon sehr erstaunt, dass der Vorsitzende einer Fraktion, die ansonsten dafür bekannt ist, dass sie hier massiv auf die Einhaltung der Geschäftsordnung pocht, dann, wenn der Präsident die Geschäftsordnung anwendet, von Bürokratie spricht. Ich weise das mit aller Deutlichkeit zurück! Jemand mit Ihrer politischen Erfahrung weiß auch, dass ich im Recht bin. Aber ich verstehe natürlich Ihre politische Bedrängnis.

*
* *

Die ECR-Fraktion beantragt, eine Aussprache über Erklärungen des Rates und der Kommission zur Belastbarkeit der Europäischen Währungsunion heute Nachmittag auf die Tagesordnung zu setzen, ohne Entschließung.

Zur Begründung des Antrags hat Herr Lucke um das Wort gebeten.

Bernd Lucke, im Namen der ECR-Fraktion. – Herr Präsident! Ich danke Ihnen zunächst für Ihre Worte der Trauer und des Gedenkens zu Beginn dieser Sitzung.

Wir haben in der Tat beantragt, dass wir eine Aussprache zum Thema: *Resilience of the Monetary Union* haben, und wir bitten, diese Aussprache nach der Erklärung des Europäischen Rates und der Kommission durchführen zu können.

Die Begründung ist folgende: Es wird überall in der Öffentlichkeit und in den Medien über die Möglichkeit eines Austritts Griechenlands aus dem Euro gesprochen – nur nicht im Europäischen Parlament. Dass das hier kein Thema sein soll, ist unverständlich, aber es ist in gewisser Hinsicht klar, dass man Schwierigkeiten hat, sich diesem Thema zu nähern, weil eine juristische Möglichkeit zum Austritt nicht gegeben ist. Das führt dazu, dass alle Vorkehrungen, die möglicherweise für den Austritt getroffen werden, hinter verschlossenen Türen – intransparent, im Geheimen – stattfinden. Das heißt, die Bürger haben keine Möglichkeit, in irgendeiner Form zu evaluieren, wie sie davon betroffen sein würden. Es ist völlig unklar, wie ein Austritt vonstatten gehen würde, wenn er denn geordnet verläuft, was wir alle erhoffen.

Das sollten wir hier diskutieren. Wir sollten auch diskutieren, ob es nicht Regeln geben sollte, die einen solchen Austritt regeln, für den Fall, dass er vorkommt.

Mittwoch, 25. März 2015

Richard Sulík (ECR). – Herr Präsident! Im Jahre 1970 kostete eine Deutsche Mark neun Drachmen. 30 Jahre später, im Jahre 2000, kostete eine Deutsche Mark 170 Drachmen.

Diese Entwicklung der Wechselkurse spiegelt die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit wider. Wenn es die Eurozone nicht gäbe, würde eine Deutsche Mark heute 250 Drachmen kosten. Aber nein, die Schöpfer der Eurozone haben gesagt, dass das Verhältnis für alle Ewigkeit festgelegt ist: Eine Deutsche Mark kostet 176 Drachmen!

Das ist der Grund, warum der Euro für Deutschland zu billig und für Griechenland zu teuer ist. Und das ist der Grund, warum Griechenland keine Chance hat, in der Eurozone zu überleben. Deswegen möchte ich den Antrag von Herrn Lucke unterstützen. Was wir brauchen, ist ein System, zum Austritt aus der Eurozone.

Burkhard Balz (PPE). – Herr Präsident! Die Frage der Widerstandskraft der Währungsunion hängt in hohem Maße von der Einhaltung des Stabilitäts- und Wachstumspakts ab.

Kernpunkt des Paktes ist die Erlangung eines Haushalts, der zumindest mittelfristig ausgeglichen ist. Die Nichteinhaltung einer solchen Zielvorgabe in mehreren Mitgliedstaaten hat das wissen wir – zu schlimmen Resultaten geführt. Das Europäische Parlament arbeitet zurzeit am sogenannten Berés-Bericht, welcher sich wesentlich mit der Bestandsaufnahme bezüglich der Anwendung des *Six- and Twopacks* beschäftigt. Deswegen ist die EVP-Fraktion für eine ernste und tiefe Debatte bezüglich der Widerstandsfähigkeit der Währungsunion und schlägt auch deshalb vor, den Berés-Bericht zu einer *key debate* zu machen.

Wir begrüßen ganz grundsätzlich den Vorschlag, der hier gemacht worden ist, empfehlen allerdings, die gleiche Debatte nicht zweimal in kurzem Abstand zu führen.

(Das Parlament lehnt den Antrag der ECR-Fraktion ab.)

(Der Arbeitsplan ist somit angenommen.)

17. Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (Tagung vom 19./20. März 2015) (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärungen des Europäischen Rates und der Kommission zu den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (Tagung vom 19./20. März 2015) (2014/2943(RSP)).

Donald Tusk, President of the European Council. – Mr President, honourable Members, let me first of all convey my deepest condolences to the families of the victims of yesterday's Germanwings tragedy. I would also like to express my sympathy and solidarity with the governments of all affected nations. Our thoughts are with you today.

Now I would like to report to you on the Spring European Council which was an absorbing summit with a long, heavy agenda. We took the first concrete steps towards an Energy Union with all its dimensions. Our discussion focused mostly on energy security. Leaders agreed that in future all gas contracts, both between governments and businesses, need to be more transparent to make sure that they comply with our rules and do not endanger our energy security. The details will be settled in legislation to be proposed very soon by the Commission. I hope our ambition will be supported by this Chamber. We also agreed to explore how European companies might cooperate to buy gas in bulk. This is a timely discussion. Our dependence on external suppliers is a major weakness and I am glad leaders wished to address it. Finally, we agreed to step up Europe's climate diplomacy ahead of the Paris Climate Summit in December.

In the presence of the ECB President, Mr Mario Draghi, we discussed the European economy. The outlook for our economy is improving, at least according to the latest forecasts. Oil prices have declined faster than expected. The ECB is implementing quantitative easing. The euro has depreciated. However, no monetary initiative, no matter how big, will work without structural reforms at national level. The time to reform is now when the wind is blowing in our favour. We still have around five million unemployed young people in the European Union, so nobody can sit down and relax. And neither should this House relax in its efforts to agree the European Investment Fund that will help us provide the investment that Europe needs so badly.

Mittwoch, 25. März 2015

We had a good debate on TTIP. The aim remains clear: to reach an ambitious, comprehensive and mutually beneficial agreement by the end of 2015. Leaders shared the view that we now all need to communicate the potential benefits to the public.

In our sessions dedicated to foreign affairs we discussed both the Eastern and Southern dimensions of our neighbourhood policy. Europe should continue to use its diplomatic weight and to act as a stabilising factor. Based on the contribution of foreign ministers, the European Council debated the security situation in Libya. We are determined to support fully the United Nations talks aimed at securing an immediate ceasefire and the establishment of a government of national unity. We gave a clear sign that we stand ready to support an agreement as soon as it is reached. We also discussed the rise in uncontrolled migration in the context of Libya. The European Union is already taking some measures and these should be stepped up. The European Council also welcomed the intention of the Commission to submit a European Agenda on Migration in May. However, the single best step to control migration is the re-establishment of central authorities in Libya.

Our meeting took place the day after terrorists attacked the Bardo Museum in Tunis, where many lives were lost. We were unanimous in our support of Tunisia's young democracy, its economic and social development, as well as in the fight against terrorism. Tunisia is a shining example of hope and therefore we need to do our best to support it. Together with the High Representative, I will visit Tunisia and the region next week to review the state of play and see how Europe can help to stabilise the situation.

Now turning to the East. This was the last meeting of leaders ahead of the Eastern Partnership summit in Riga. We confirmed our commitment to the six partner countries and highlighted the need to focus on strengthening democratic institutions.

Finally, we agreed to step up our support to the peace process in Ukraine and to link our sanctions regime to the complete implementation of the Minsk Agreement. That is the best hope for ensuring that the deal brokered by President Hollande and Chancellor Merkel is respected. We agreed that if the situation worsens we are ready to take further measures. In the meantime, the European Union will continue to support reform efforts in Ukraine. I commend Parliament's current work to finalise financial assistance to Kiev.

Let me close with a word on Greece, which is so important to the future of the eurozone and the European Union. I held an informal meeting on Greece at the request of Prime Minister Tsipras. The aim of this meeting was very simple: to rebuild mutual trust and avoid misunderstandings. I think we were successful in this. We agreed to speed up the implementation of the Euro Group agreement of 20 February 2015. Prime Minister Tsipras promised to present additional reform plans soon. Let us hope that this clears the way for a solution.

Given that the format of this meeting received particular attention, let me mention that I asked the European Council if members preferred to discuss the Greek question at a Euro Summit, to be held immediately if needed. Leaders did not think this was necessary, or indeed useful at this stage. In the coming weeks and months, I will continue to do all I can to help in this difficult situation. I look forward to our debate.

Jean-Claude Juncker, Präsident der Kommission. – Sehr verehrter Herr Präsident! Ich möchte mich zu Anfang meiner Ausführungen gerne dem anschließen, was Sie zu Beginn der Debatte in der Einleitung gesagt haben: Das Flugzeugunglück gestern hat uns alle tief betroffen gemacht. Und die Vorgänge in Tunesien letzte Woche, in dem Land, in dem der Europäische Frühling sprießt und weiter sprießt, haben uns ebenso betroffen gemacht. Manchmal ist das so – und eigentlich ist das traurig –, dass der Tod anderer Menschen uns besser macht. Wir werden manchmal durch derartige Ereignisse zu besseren Menschen. Aber wir vergessen das wiederum schnell. Ich hätte gerne, dass wir uns längere Zeit an die Geschehnisse erinnern, an die Sie hier – wie ich finde sehr zu Recht – erinnert haben.

Zu dem Ablauf des Europäischen Rates gibt es kaum etwas, was ich den Worten des Ratspräsidenten hinzufügen möchte, es sei denn, um darauf hinzuweisen, dass wir es zurzeit mit einem unwahrscheinlich breit angelegten Konjunkturprogramm zu tun haben. Ich rede nicht von dem Investitionsplan der Kommission, sondern von den Begleiterscheinungen dieses Plans. Die Ölpreise sind um 50 % nach unten korrigiert worden. Das ist eine Konjunkturspritze von 100 Milliarden Euro pro Jahr. Wenn wir den Investitionsplan um 100 Milliarden Euro nach oben korrigieren müssen, wissen wir nicht, wie wir das tun. Aber es ist passiert! Der Ölpreis ist um 50 % gesunken, die Wechselkurse des Euro im Direktvergleich zum amerikanischen Dollar um 30 %. Beides zusammengenommen ist ein wahnsinniges Konjunkturprogramm. Und es ist Sache der Regierungen sowie der Kommission und des Rates, diese neuen Möglichkeiten wirtschaftlicher Auffangbereitschaft in vollem Umfang zu nutzen!

Mittwoch, 25. März 2015

Ich war sehr zufrieden, dass der Europäische Rat – wie vorher schon der Rat der Finanzminister – dem Investitionsprogrammvorhaben der Europäischen Kommission zugestimmt hat. Ich habe sehr wohl zur Kenntnis genommen, Herr Präsident, dass Sie selbst in Ihren Ausführungen vor dem Europäischen Rat dargestellt haben, dass sich das Europäische Parlament intensiv bemühen wird, bis Mitte Juni das Gesetzgebungsverfahren zu einem guten Ende zu führen. Was ja nicht heißt, dass alles, was die Kommission vorgeschlagen hat, eins zu eins vom Parlament „abgenickt“ werden müsste. Aber wir brauchen eine Entscheidung des Europäischen Parlaments bis Mitte Juni, damit wir in die Lage versetzt werden, dieses Investitionsprogramm so schnell und effizient wie möglich umzusetzen und in die Wege zu leiten.

Ich möchte trotzdem noch einmal – auch wenn das einigen hier auf die Nerven gehen könnte – darauf hinweisen, dass wir diese Initialgarantie von 16 Milliarden Euro an Haushaltsmitteln und 5 Milliarden Euro an EIB-Mitteln dringend brauchen. Wir müssen den Investoren einen Plan vorlegen können, bei dem diese Rückversicherungsmöglichkeit gegeben sein wird. Wie das im Detail gemacht wird, ist nicht nur, aber auch Sache des Parlaments. Ich bin zuversichtlich, dass wir uns da auf vernünftigem Wege nicht irgendwo in der Mitte, sondern im Zentrum des gesunden Menschenverstands wiederfinden werden, damit dies alles so gemacht werden kann, wie es gemacht werden muss.

Wir haben uns im Europäischen Rat auf die Grundlinien der Energieunion verständigt aufgrund einer Vorschlagsliste der Europäischen Kommission, die demnächst im Gesetzgebungsverfahren materialisiert werden wird. Dies ist mir ein sehr wichtiges Anliegen! Ich habe hier in diesem Parlament – aber in Straßburg, das ist ja eigentlich der Sitz des Parlaments, – am 15. Juli bei der Erörterung der Prioritäten der damals noch neuen Kommission – sie wird älter und älter, auch Herr Timmermans wächst mit, er wird größer, je älter die Kommission wird – deutlich gemacht, dass die Energieunion ein wichtiges prioritäres Anliegen der damals noch neuen, inzwischen gealterten Kommission ist. Wir haben geliefert, das war auch der Wunsch des Parlaments, wir haben das getan, und dies ist eine wichtige Angelegenheit!

Es gibt vier Grundfreiheiten in den europäischen Verträgen – in den Römischen Verträgen –, und ich hätte gern, dass wir eine fünfte hinzufügen, ohne Vertragsänderungen vornehmen zu müssen: Wir brauchen auch die freie Bewegung der Energie in Europa! Ergo müssen wir die nationalen Silos, die es gibt, und die Geoblockierung im Bereich der Energieversorgung beenden. Ich war sehr froh, dass wir vor Wochen in Madrid einen Gipfel mit dem französischen Staatspräsidenten und den Premierministern Portugals und Spaniens hatten, um die Energieversorgung der Iberischen Halbinsel für die Zukunft sicherzustellen. Portugal liegt an der Peripherie Europas ohne ein peripheres Land zu sein, denn Portugal ist ein wichtiger Mitgliedstaat der Europäischen Union, aber energiepolitisch ist die Versorgungslage in Portugal, teilweise auch in Spanien, sehr unzufriedenstellend. Das versuchen wir über die Politiken, die in die Wege geleitet wurden, zu beheben.

Über TTIP haben wir geredet, und ich habe die Premierminister gebeten, doch einmal deutlich zum Ausdruck zu bringen, wie denn die Lage und die Sicht der Dinge ist. Und alle Premierminister, unabhängig davon, was sie nach Ende des Europäischen Rates in ihren Hauptstädten verkündet haben, haben sich zu dem Ziel bekannt, dass wir dieses Freihandelsabkommen nach Möglichkeit bis Ende des Jahres abschließen sollten. Das ändert nichts daran, dass wir alle – nicht nur einige – denken, dass wir fundamentale europäische Werte nicht auf dem Altar dieses Freihandelsabkommens opfern sollten, dürften, möchten. Aber darüber wird im Detail verhandelt. Und die Kommission hat den Auftrag erhalten, dem Europäischen Rat regelmäßig über den Verlauf der Gespräche zu berichten.

As far as Greece is concerned, I would not like to elaborate too much on this but we had this meeting under the leadership of Donald Tusk for the reasons indicated because, during the last European Council, the Member States did not like to discuss this in a formal meeting of the Euro Group at the highest level. So the President of the Council decided to form a smaller group, mainly to put people in touch who never speak to each other. It was very helpful.

We think that the Greek Government would be best inspired to present us with a list of immediate reforms to be undertaken. Prime Minister Tsipras, with whom I talked last night, is ready to present these reforms by the end of this week or the beginning of next week. These reforms will be examined by the groups which have been created – a technical group, a fact-finding mission in Athens and the so-called Brussels Group, a more politically-oriented group. Then after the assessment that will be given by the three institutions – IMF, Commission and ECB – the Euro Group will be in charge of putting this under its mediation in order allow us to proceed in the best way possible.

Mittwoch, 25. März 2015

I must admit that I have been very pessimistic in recent weeks because no progress whatsoever was being made, but now we are back to normal and I think that we will come to a conclusion which will be in favour both of Greece – and we love Greece – and the European Union.

Monsieur le Président, lundi prochain, je me rendrai avec Federica Mogherini à Kiev. Le président de la République ukrainienne me fait l'honneur de me demander de coprésider le Conseil des ministres. Il est vrai que, depuis de trop longs mois, je n'ai plus présidé un Conseil des ministres, et je dois donc me rendre à Kiev pour ce faire. Lors de cette occasion, je rendrai compte des nombreuses contributions – notamment de Rebecca Harms – à la position du Parlement sur l'Ukraine.

J'ai d'ailleurs pris note, Rebecca, que le groupe des Verts n'était, à ma grande tristesse, pas enthousiasmé par les propositions de la Commission sur l'Union de l'énergie. Je demanderai donc au commissaire de venir s'expliquer devant vous.

Françoise Grossetête, au nom du groupe PPE. – Monsieur le Président, Monsieur le Président du Conseil européen, Monsieur le Président de la Commission, ce Conseil de printemps a effectivement été très riche en débats.

Je commencerai d'ailleurs par évoquer cette Union de l'énergie, qui est particulièrement importante pour nous. Je retiens que les États membres ont apporté leur soutien aux cinq piliers de cette union que sont la sécurité énergétique, l'intégration du marché intérieur, l'efficacité énergétique, la décarbonisation et, bien sûr, la recherche et le développement. On peut s'en réjouir, car il faut accélérer le mouvement! Et traduire en mesures concrètes, le plus rapidement possible, cette Union de l'énergie. Les États membres doivent donc s'investir dans ce domaine et ne doivent surtout pas être frileux face aux enjeux stratégiques.

Permettez-moi d'insister sur certaines priorités.

Premièrement, la sécurité énergétique, qui passe avant tout par la réalisation d'un marché intérieur de l'énergie plus intégré. Les États membres doivent mettre en application les règles existantes avant d'en ajouter d'autres. Sans coopération régionale visant la réalisation de ce marché intérieur de l'énergie et sans application ferme de la législation du troisième paquet sur le marché intérieur de l'énergie, l'Union de l'énergie sera impossible. Nous avons besoin de meilleures connexions et d'une utilisation efficace des réseaux existants. C'est une condition essentielle pour ce marché intérieur.

Deuxièmement, l'Union européenne doit mieux gérer ses approvisionnements par une diversification réelle de ses sources d'énergie. Elle doit réduire sa dépendance énergétique et favoriser l'efficacité énergétique, notamment dans les bâtiments. L'Union européenne sera ainsi plus compétitive.

Troisièmement, les technologies innovantes doivent être le fer de lance de l'Union européenne. Pour devenir le leader mondial de ces technologies liées aux énergies renouvelables, il faut saisir les opportunités dans ces secteurs, non seulement dans l'éolien ou le solaire, mais aussi dans la biomasse, le stockage de l'électricité, le stockage et le captage du CO₂, l'hydrogène et, enfin, le nucléaire du futur.

Le soutien à la recherche et à l'innovation est essentiel à la compétitivité de l'Europe. La tâche est donc grande: renforcer cette compétitivité, pour développer les emplois et permettre à nos jeunes de trouver ces emplois sur le continent européen.

À ce titre, je salue la volonté du Conseil d'insister, dans le cadre du semestre européen, sur la nécessité de mener des réformes structurelles en Europe et d'assainir les comptes publics pour rétablir la croissance, qui reste malheureusement fragile et hétérogène.

L'Union européenne pâtit aujourd'hui d'un manque d'investissements car les investisseurs n'ont pas assez confiance. La Commission doit donc faire appliquer le pacte de stabilité aux États membres de manière ferme. Les réformes structurelles ne se feront pas sans incitation claire au respect des règles européennes. Ces réformes sont trop timides et insuffisantes dans certains pays européens. Ne sous-estimons pas les conséquences terribles de cette absence de réformes de fond pour les peuples européens. La Grèce en est un exemple particulièrement douloureux.

Mittwoch, 25. März 2015

Enfin, le Fonds européen pour les investissements stratégiques, du Président Juncker, envoie un signal fort et tombe à point nommé. Nous le soutenons pleinement car il redonne confiance dans des domaines où l'on ne prenait plus de risques, faute d'espoirs à long terme.

J'insiste particulièrement sur la nécessité de préserver la recherche, fondamentale ou appliquée, car elle est le terreau de l'innovation de demain.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Tibor Szanyi (S&D), *Kékkártyás kérdés.* – Képviselő Asszony, Ön – amúgy nagyon helyesen – ecsetelte az imént az energiaunió előnyeit, illetve erősebb, fegyelmesebb fellépést sürgetett a tagországokkal szemben. Tisztelettel kérdzem, hogy az a magyar kormány, bizonyos Orbán Viktor által vezetve – akinek egyébként a pártja az Önök soraiban ül – épp ezekben a napokban kötöget 10 évre, 20 évre, 30 évre előre titkosított energiaszerződéseket az oroszokkal, ez Önök számára elfogadható magatartás-e?

Françoise Grossetête (PPE), *réponse «carton bleu».* – Bien évidemment, chaque État membre est souverain dans le choix de son approvisionnement, à savoir de son «mix» énergétique ainsi que de ses possibilités d'approvisionnement. Il est certain que de telles décisions ne vont pas dans le sens d'une harmonisation de ce que nous avons à décider dans le cadre de cette Union pour l'énergie.

J'espère que nous arriverons à convaincre tous les États membres qu'il faut effectivement coopérer.

Kathleen Van Brempt, *namens de S&D-Fractie.* – Ik wil het vooral over het energiebeleid hebben en ook over het investeringsbeleid. Ik vond u een beetje kort van stof toen u op de energie-unie en de besluiten ter zake inging. Toch wil ik u feliciteren met de besluiten die u over de energie-unie heeft genomen. Waarom? Omdat de kracht van de energie-unie onder de bezielende leiding van vicevoorzitter Šefčovič in de totaalbenadering zit. Niet alleen de energiezekerheid, niet alleen klimaat - hoe belangrijk ook -, niet alleen de energie-armoede of de behoefte aan energie van onze industrie, maar de totale benadering. Als wij dat plaatje bekijken, dan weten wij eigenlijk wat er nodig is. Wij weten, dat staat ook in de energie-unie, dat wij naar een koolstofarme economie moeten.

Dat klinkt dan zeer logisch en dan zijn wij het misschien in theorie wel eens, maar het blijft een beetje een theoretisch concept. Daar moeten wij toch voor oppassen, want er is een tijd geweest dat wij vooral in Europa een voortrekkersrol speelden bij nieuwe technologie, hernieuwbare energie en zelfs energie-efficiëntie. Maar die leidende rol zijn wij aan het verliezen. Er zijn andere economieën en regio's in de wereld die dat overnemen. Derhalve moeten wij inzetten op zekerheid en een totaalplaatje.

Waarom doen wij dat niet? Waarom investeren wij niet in die energie-efficiëntie en die hernieuwbare energie? Omdat wij 28 verschillende soorten beleid hebben, met een energiemix hier en een energiemix daar, zonder een duidelijk plaatje waar wij naartoe moeten. Dat is de kracht van de energie-unie en daarin moet je prioriteiten stellen.

Een van die prioriteiten, die opnieuw duidelijk in de energie-unie is aangegeven, is de energie-efficiëntie, omdat die nu net dat plaatje volledig maakt. De energie-efficiëntie creëert jobs, zorgt ervoor dat wij onze klimaatdoelstellingen halen en maakt van onze industrieën de meest energie-efficiënte industrieën. Maar ook daar moeten wij oppassen dat het niet bij theorie blijft.

En dan kom ik toch op het investeringsplan. U heeft brede steun - en ik richt mij nu tot de Commissievoorzitter - van het Parlement voor dat plan. Wij willen meer investeringen. Wat ons betreft is de energie-unie één van de pijlers die daaronder zit, één van de kaders die bepaalt waarin geïnvesteerd moet worden. Daarover zijn wij het eens, maar daarom zijn wij ook een beetje op ons ongemak in het Europees Parlement en ook collega Grossetête heeft het terecht aangegeven: een andere pijler van de energie-unie is onderzoek en ontwikkeling. Zonder onderzoek en ontwikkeling halen wij het niet. En dus is het voor ons onaanvaardbaar dat er middelen uit Horizon 2020 komen en moeten wij gaan zoeken naar een goed compromis.

[De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag overeenkomstig artikel 162, lid 8, van het Reglement.]

Mittwoch, 25. März 2015

Kazimierz Michał Ujazdowski (ECR), *pytanie zadane przez podniesienie „niebieskiej kartki”*. – Panie Przewodniczący! Ja właściwie od pani Grossetête dowiedziałem się, czy jest unia energetyczna, i bardzo wyraźnie zabrzmiała teza, że jest ona dekarbonizacją. To jest jeden z pięciu filarów. Pani Poseł wzywała do myślenia całościowego i realistycznego. 9/10 gospodarki europejskiej oparte jest na węglu. Nie można uderzać w coś, co jest podstawą naszej gospodarki, a w sposób szczególny podstawą w Europie Środkowej. Chciałbym wiedzieć, jakie jest Pani zdanie na ten temat? Czy dekarbonizacja w Pani rozumieniu ma być dogmatycznym celem unii energetycznej, czy jest czymś, nad czym nadal można dyskutować?

Kathleen Van Brempt (S&D), *“blauwe kaart”-antwoord*. – Collega, dat is geen dogma, dat is een absolute doelstelling waarover wij het - hoop ik - eens zijn.

Ik wil iets zeggen over het oosten van Europa, want ik vind dat wij daar wel aandacht aan moeten besteden. Wij kunnen niet van de een op de andere dag zeggen dat het gedaan is met kolen en op termijn met gas, al is dat de ultieme doelstelling als wij onze klimaatverantwoordelijkheid willen nemen. Transitie is het woord. Je moet ervoor zorgen dat je middelen en *know how* ter beschikking stelt in het oosten van Europa om de industrie zo energie-efficiënt mogelijk te maken.

Er moet mij toch iets van het hart. Als wij kijken naar de voorstellen die zijn ingediend in de projectenpijplijn van het investeringsplan, dan zie je vanuit het oosten van Europa bijna geen projecten rond energie-efficiëntie. Laten wij ook in het oosten van Europa van energie-efficiënte bedrijven een topprioriteit maken!

Syed Kamall, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, this was supposed to be a summit to demonstrate the strength and the resolve of the EU. Instead, I am afraid it demonstrated a weakness of will. I have to say that I take no pleasure in saying that, for my group wants to see the EU encouraging cooperation in dealing with issues affecting people in the EU countries right across the EU; not kicking the can down the road.

On Energy Union and energy policy, we secured a commitment to the proposals put on the table but the detail was put off until another meeting. We need to demonstrate – as Ms Grossetête said – how we are going to encourage diversification of energy sources, better interconnection and energy security so that our countries no longer have to rely on unpleasant regimes in the Middle East or on Russia.

On Russia, we welcome the decision to give Minsk a chance but we have been far too slow amongst us in responding to Russian propaganda. And have we forgotten Crimea? What message is the Council giving to Russia? It seems that the EU is saying to Russia: invade first, negotiate second.

This was the summit that was supposed to focus on the economy. But the most serious issue holding back our economies – the eurozone and Greece – does not feature once in the Council conclusions. The major issue was relegated to a late-night discussion with a select few leaders. But all 28 countries have a stake in the euro's future, so why was Greece not discussed in the Council? We were told at the time that this was because the Council President thought that the issue might be ‘a little bit too hot’.

I have to be fair and I have to understand, Mr Tusk, that you are a servant of the Council and therefore you were reflecting that decision of the leaders. But I also have to ask you, if Council meetings are not going to discuss the most pressing issues of the day because an issue is considered ‘a little bit too hot’, then what is the point of the Council meeting? So, Mr Tusk, our plea to you – and our plea to the leaders of these summits – is: show that you have the will to stand up to Russia; show that you have the will to take the tough decisions about the euro and show that you have the will to provide solutions. Nothing should be considered ‘a little bit too hot’ for the Council table.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Mittwoch, 25. März 2015

Andrew Lewer (ECR), blue-card question. – One other item that was raised on the sidelines of the summit by Prime Minister Cameron was the impact that changes to EU VAT rules that were agreed seven years ago are having on micro-enterprises that have taken advantage of the Internet to set up small businesses. I understand, however, that the reaction of one of the Commission President's spokesmen when he heard this matter was going to be raised was: 'Oh, there is just an election on.' And one of his spokesmen sent you a tweet blaming the Member States.

Do you think that is the right attitude for the Commission to take, or is it in conflict with their clear aim to create a digital single market? Yet, when it comes to people raising concerns about obstacles, they simply blame someone else.

President. – Mr Lewer, this was a question to Mr Juncker, but ..

(Mr Juncker made to rise)

No, no, no, wait a minute.

(Laughter)

Mr Kamall, I do not know if it is by chance that in the UK there is an election campaign going on but be careful if you answer now on behalf of the Commission, as I do not know how Mr Cameron will react.

(Laughter)

Syed Kamall (ECR), blue-card answer. – Mr Lewer, I understand, asked a very clear question about the Commission's attitude to the concerns of many digital micro-entrepreneurs who have had these EU VAT rules imposed on them. I know Mr Verhofstadt and his group have also shared that concern, so this is not really a party political issue. Let us be quite clear about that.

I have had some very good meetings with the Commission. It is probably no secret that Mr Timmermans and I had dinner the other night and we discussed this issue ..

(Exclamations and laughter)

It clearly was a secret, Mr Timmermans. I have now completely reduced your credibility in this Parliament – I have ruined your career! Mr Juncker did not have dinner with me, otherwise that would have been the end of his career as well.

Despite the constructive meetings I have had with various people in the Commission, however, I have to say I was a little disappointed by what I considered cheap and shoddy tweets from members of Mr Juncker's team, and also someone calling themselves the press officer for EU better regulation. This morning there was a cross-party breakfast with MEPs from a number of different groups sitting down with these entrepreneurs, and they were disappointed with the tweets coming out of the Commission. My plea to you, Mr Juncker, is please talk to those ..

(The President cut off the speaker)

Guy Verhofstadt, on behalf of the ALDE Group. – Mr President, I would like Mr Kamall to note that I belong to a pro-European group but I have never been invited to a dinner by ..

Actually it was not a dinner, it was a lunch! There is a difference, Mr Timmermans. So next time you will be paying for the dinner with the Liberal Group.

Mr Kamall, you are right about the VAT on small companies who have apps on the Internet. It is ridiculous that we are now starting this VAT system. We could at least exclude the small businesses from that. I know that Mr Ansip, who is responsible for the Digital Agenda, had the idea of putting it on the agenda of the College the next time they discuss the Digital Agenda.

Mittwoch, 25. März 2015

Having said that, Mr Tusk, I completely deplore the fact that you have organised a meeting on Greece with a limited format. What type of Union is this? Greece concerns all the countries of the European Union and at least all the countries of the eurozone and it should not be allowed that there are separate and limited meetings of a number of countries about it. I do not think that this is at all acceptable. It is against the interest of the Union and against the interest of the eurozone to do this.

(Applause)

I know there is always pressure. I had the same thing, I remember, and certainly Jean-Claude had also, in Ghent. Do you remember that, Jean-Claude? The big countries wanted a meeting – I think it was France, Germany and Britain – about Afghanistan after 9/11. They had a separate meeting and they asked me – I was President of the Council – for a separate room. I found the dirtiest room in Ghent to give them for their meeting. The meeting lasted only five minutes. It was so dark in that room that they came out after five minutes and joined the meeting of the whole European Council. So I deplore this. Do not do it. It sends a bad signal to everybody.

I have a number of very short questions. What was decided on Greece? We do not know what has been decided on Greece. When are they coming forward with their package of structural reforms, because that is the starting point of every exercise on Greece? Secondly, what is the decision on Russia? We need a proactive line – we already have a debate on this. Have the sanctions been deepened if Russia and Mr Putin go further? And has a positive package also been decided? I mean a positive package for young people, young students and researchers. We need to liberalise to make it easier for them to have visas to our countries.

On the Energy Union, I think Ms Van Brempt is quite right that decisions on interconnection require a leading role for the Commission. If no decision is made by the Member States to give a leading role to the Commission to lead the negotiations about energy agreements and interconnections investments, we do not have a real Energy Union.

Finally, I am very disappointed that you did not take a decision on roaming charges and that you continue with this bad decision. Regarding digital, we are still living in the 20th century and not in the 21st century in Europe.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Νεοκλής Συλικιώτης, εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL. – Κύριε Πρόεδρε, εμείς, πρέπει να πω, δεν χρειαζόμαστε ούτε δείπνα, ούτε γεύματα για να μεταφέρουμε τις απόψεις μας, τις μεταφέρουμε εδώ, εν πλήρη διαφάνεια, όπως μεταφέρουμε τις απόψεις μας για την Επιτροπή και στις επιτροπές του Κοινοβουλίου. Σε ό,τι αφορά την Ευρωπαϊκή Ένωση, κύριοι συνάδελφοι, στα συμπεράσματα του Συμβουλίου υπήρχε μια σημαντική αναφορά για την ανάγκη διασφάλισης της κυριαρχίας και των κυριαρχικών δικαιωμάτων των κρατών μελών για την εξερεύνηση και ανάπτυξη των φυσικών πόρων.

Δεν γίνεται όμως καμία προσπάθεια για να πιεστεί η Τουρκία να σταματήσει τις παράνομες ενέργειες και την παρενόχληση της Κυπριακής Δημοκρατίας στην άσκηση των κυριαρχικών της δικαιωμάτων για εξερεύνηση και εκμετάλλευση των φυσικών της πόρων, όπως εμποδίζει βεβαίως και την επανέναξη των διακοινοτικών συνομιλιών για λύση του κυπριακού. Δεν υπάρχει καμία πίεση απέναντι στην Τουρκία να υλοποιήσει τις συμβατικές της υποχρεώσεις, πέραν του γεγονότος ότι η Τουρκία με τον τρόπο αυτό επηρεάζει συνολικά την ενεργειακή ανάπτυξη της περιοχής, αλλά και την ενεργειακή ασφάλεια της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Στα συμπεράσματα του Συμβουλίου, επίσης, αναφέρεται η σημασία αξιοποίησης των εγχώριων πηγών ενέργειας. Εν τούτοις, παραβλέπεται ο ρόλος που μπορεί να διαδραματίσουν τα κοιτάσματα φυσικού αερίου της Κύπρου, αλλά και της ευρύτερης περιοχής της ανατολικής Μεσογείου. Η ίδια παράλειψη εντοπίζεται τόσο στην ανακοίνωση της Επιτροπής για την ενεργειακή ένωση, όσο και στην ανακοίνωση για την ενεργειακή ασφάλεια.

Τώρα, σε ό,τι αφορά τα θέματα της οικονομίας: οι αποφάσεις του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου επιβεβαίωσαν επίσης τη συνέχιση των νεοφιλελεύθερων πολιτικών λιτότητας που οδήγησαν στη σημερινή κρίση. Δεν αρκεί, κύριε Tusk, να βελτιώνονται οι δείκτες της οικονομίας την ώρα που οι λαοί βυθίζονται ολοένα και περισσότερο στην φτώχεια, την ανεργία και την εξαθλίωση.

Mittwoch, 25. März 2015

Όσον αφορά την Ελλάδα, το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο, η Επιτροπή, η Ευρωπαϊκή Κεντρική Τράπεζα, η Ευρωομάδα πρέπει να σταματήσουν τους χρηματοδοτικούς εκβιασμούς. Η ελληνική κυβέρνηση διεκδικεί για τη χώρα και τον λαό της τον τερματισμό των καταστροφικών πολιτικών που έχουν επιβάλει η Τρόικα και τα μνημόνια. Αφήστε την ελληνική κυβέρνηση να υλοποιήσει το πρόγραμμά της για αντιμετώπιση της ανθρωπιστικής κρίσης και ουσιαστικής στήριξης του ελληνικού λαού. Στηρίξτε τις προσπάθειες της ελληνικής κυβέρνησης και αφήστε την να υλοποιήσει τις μεταρρυθμίσεις που δεν έκαναν προηγούμενες κυβερνήσεις και αναφέρομαι σε μεταρρυθμίσεις που μπορούν να δώσουν ώθηση στην πραγματική οικονομία, αλλά και να αντιμετωπίσουν τα σοβαρά προβλήματα φοροδιαφυγής και διαφθοράς, γιατί τελικά έχει επιβεβαιωθεί στην πράξη ότι η έξοδος από το μνημόνιο δεν σημαίνει απαλλαγή από τις πολιτικές σκληρής λιτότητας.

Πέρα από την Ελλάδα και την Κύπρο, οι οποίες βρίσκονται σε καθεστώς μνημονίου, σε χώρες όπως η Ιρλανδία, η Ισπανία, η Πορτογαλία, που υποτίθεται ότι έχουν εξέλθει από τα μνημόνια, συνεχίζονται οι ίδιες πολιτικές της λιτότητας, συνεχίζονται οι ιδιωτικοποιήσεις, οι εκπονήσεις κατοικιών, το ξήλωμα του κοινωνικού κράτους, η αύξηση της ανεργίας και η φτωχοποίηση των λαών. Με αυτές τις πολιτικές, οι λαοί της Ευρώπης δεν πρόκειται να εξέλθουν ποτέ από την κρίση.

Jonathan Arnott (EFDD), blue-card question to Mr Verhofstadt. – Mr Verhofstadt, I am glad to see that you are now fighting against the VAT MOSS regulations which are having such a crippling effect on small businesses in my constituency, but I have to ask you this: you have had seven years to get this right. Why have you not? Does it not say something about the structures in this place where it is possible to sleepwalk into a nightmare like this one?

Guy Verhofstadt (ALDE), blue-card answer. – (inaudible as microphone not switched on) ... that is the first point. The second point and the most important is that it is the intention of the college – from what I have understood – to make an exception for all small and medium-sized companies which are active with apps on the Internet. That is the best way forward and that is also the reason why I said to Mr Tusk that he has to review this bad decision about roaming charges because that also affects that same digital union. Let us not spend time on the bad decisions of the past. For me what is important is that the Commission is now back on the right track.

Rebecca Harms, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident! Wir sind noch immer bei der Aussprache über den Rat, den Gipfel in der letzten Woche – gut, das habe ich verstanden. Ich finde es ganz gut, dass in einer solchen Aussprache mal gelacht wird, und wir das, was da zustande und nicht zustande gebracht worden ist, vielleicht etwas distanzierter betrachten.

Herr Juncker hat völlig Recht: Ich gehörte zu denjenigen, die sehr enttäuscht gewesen sind – am wenigsten vielleicht von dem, was außerhalb der Tagesordnung stattgefunden hat, von der Einladung an einige besondere Streithähne in der Griechenland-Frage. Denn mein Eindruck war, dass dieser kleine Nebengipfel absolut erforderlich war, um die Spannungen, die entstanden waren, unter Kontrolle zu bekommen und um auf dem Weg für die Griechenlandhilfe wegzukommen von einem fast unausweichlich erscheinenden „Graccident“. Das war das Wort, das rund um diesen Gipfel Konjunktur hatte, dass möglicherweise – ohne dass das wirklich beabsichtigt ist – dadurch, dass sich Debatten verselbstständigen, Griechenland aus der Eurozone ausscheidet und wir dann in einigen Monaten hier nur noch die Trümmer zusammensammeln können. Ich bin davon überzeugt, dass ein solcher „Graccident“ für Griechenland schlimme Folgen hätte, aber auch für die Europäische Union schwerwiegende politische Folgen hätte.

Ich habe bei den Gipfeln, die ich seit einigen Jahren beobachte, manchmal den Eindruck, dass, solange wir diese grundsätzlichen Probleme des Euro und der Eurokrise nicht lösen können, andere große, mutige Entscheidungen für die Europäische Union dadurch regelrecht verbaut sind, dass sich dieses Laborieren an der Eurokrise auf alles drauflegt.

Da komme ich dann auch zu der Energieunion, Herr Juncker. Ich gehörte zu denjenigen, die begeistert reagiert haben auf das, was Herr Tusk vorgeschlagen hatte. Ich finde, dass man tatsächlich, wenn man die Energieunion richtig macht, nicht nur optimalen Klimaschutz liefern kann, dass man Innovation in großen Industriebereichen hinkriegen kann, dass man Sicherheit, Versorgungssicherheit, aber auch Sicherheit gegenüber Russland und anderen Ländern, von denen wir abhängig sind, schaffen kann. Aber man muss das auch richtig machen! Wenn man wieder den alten Energiemix in den Mittelpunkt stellt, dann können wir das als Zukunftsprojekt vergessen! In England sollen – dank europäischer Großzügigkeit bei Subventionen – Atomkraftwerke gebaut werden, da soll der Strompreis noch in 45 Jahren das Doppelte bis Dreifache des heutigen Strompreises betragen. Erzählen Sie mir mal, warum das in den Mittelpunkt gestellt wird und nicht erneuerbare Energien, die heute schon in Deutschland dafür sorgen, dass Industriestrompreise konkurrenzlos niedrig sind, auch wenn immer das Gegenteil behauptet wird! Energieunion wäre für mich das, was für die Gründungsväter der Europäischen Union die Verträge für Kohle und Stahl oder Euratom waren. Wenn wir das heute machen, dann müssen wir das fokussieren auf das Neue, und nicht auf das Alte. Das muss doch auch für Sie irgendwann mal langweilig sein! Oder muss wirklich erst eine ganz neue Politikergeneration kommen, bevor man hier etwas Neues anfangen kann?

Mittwoch, 25. März 2015

Letzte Enttäuschung, auch gegenüber Herrn Tusk: Ich finde es schade, dass das Sanktionsregime gegenüber Russland nicht verbindlich an die Umsetzung von Minsk geknüpft worden ist. Das ist auf den nächsten Gipfel vertagt worden. Das ist ein schwacher Punkt der EU gegenüber Russland.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Bernd Lucke (ECR), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Frau Kollegin Harms! Ich wollte das natürlich gerne aufgreifen, dass Sie gesagt haben, Sie fürchten einen „Graccident“. Ich teile Ihre Sorgen dort. Aber stimmen Sie mir denn nicht zu, dass, wenn ein zufälliges Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro als ein Unfall eine große Gefahr ist, dann angesichts der Tatsache, dass es Griechenland heute nicht besser, sondern schlechter geht als vor fünf Jahren und, angesichts der Tatsache, dass eine Regierung da ist, die das Programm nicht fortsetzen möchte, es dann höchste Zeit ist, dass ein geordnetes Ausscheiden Griechenlands aus dem Euro von den Europäischen Institutionen vorbereitet wird?

Rebecca Harms (Verts/ALE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Ich bin in der Auseinandersetzung um richtig oder falsch in der Krisenpolitik immer gegen einseitige Austerität in Griechenland angetreten. Ich weiß, warum Griechenland heute in dieser Situation ist. Da gibt es hausgemachte Verantwortung, aber es gibt auch Verantwortung, die wir hier in diesem Parlament oft diskutiert haben. Wir haben nicht wahre Reformen unterstützt, sondern einseitige Haushaltskürzungen als Reformen verkauft. Das hat zu dieser Situation geführt. Den Weg raus für Griechenland würde ich gerne gemeinsam mit den Griechen suchen. Dafür tritt meine Fraktion an. Ich sage Ihnen, Herr Lucke: Ich bin dagegen, dass wir überhaupt zulassen, darüber nachzudenken, dass jemand die Eurozone oder die Europäische Union verlässt. Denn ich glaube, dass damit eigentlich das Auflösen der Europäischen Union insgesamt anfängt. Und davon halte ich in diesen Zeiten gar nichts!

Paul Nuttall, *on behalf of the EFDD Group*. – Mr President, today I was going to talk about issues ranging from Greece to the EU's energy policy, but when travelling in I thought all this can wait because I do not believe today should be about political point-scoring. We will have many opportunities to debate and no doubt disagree, Mr Juncker, over the next four years, but today my opinion should be about quiet and unified reflection.

What happened yesterday in the French Alps represented a sickening loss of life and one which has been felt right across our great continent. As you all know, I am thoroughly opposed to the European Union and its institutions but I am actually proud to be a European. Indeed, the fact that my colleagues and I do not believe in the structures of the EU does not make us lesser Europeans.

I would therefore, on behalf of my group, like to offer my condolences firstly to Germany. Sixty-seven of the 144 passengers who have died were German citizens, including 16 children returning from an exchange trip. Over 40 passengers are believed to be Spanish, and as someone who has lived and worked in Barcelona and someone who still has friends in that great Catalan city, my thoughts are with them at this difficult time. Also on board that tragic flight were Britons, Dutch, Danes and Belgians. This tragedy has touched us all.

We must hope for the sake of the families that the salvage operation will be swift and that they get the answers that they need as quickly as possible so that they can understand why this aeroplane fell to the ground and their loved ones lost their lives. I think I speak not only on behalf of my group but I am pretty sure the whole of the European Parliament when I say that our thoughts and our prayers are with the friends and families of those who so tragically lost their lives in the French Alps yesterday. God bless.

(Applause)

Harald Vilimsky (NI). – Herr Präsident! Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um von österreichischer Seite und vonseiten meiner Partei, der Freiheitlichen Partei in Österreich, unser tief empfundenes Mitleid für die Hinterbliebenen dieses tragischen Flugzeugunglücks auszudrücken. Mögen all jene Menschen, die jetzt trauern, auch ausreichend Kraft und Stärke besitzen, durch diese schweren Stunden hindurchzugehen.

Mittwoch, 25. März 2015

Ich weiß, heute ist nicht der Tag der großen politischen Auseinandersetzung, aber eines möchte ich Ihnen, der Mehrheit dieses Hauses, nicht ersparen. Es gibt aus meiner Sicht ein mehr als legitimes Anliegen, die mehr als brisante Situation in Griechenland hier zu debattieren. Es geht um die Frage des möglichen Ausstiegs Griechenlands aus der Währungsunion, es geht um unseren Wohlstand, und es geht um Kaufkraftstabilität und die Frage, wie Europa sich weiter entwickelt. Und die Mehrheit dieses Hauses lehnt es ab, dass die europäische Volksvertretung darüber debattieren kann. Ich kann nur sagen: Schämen Sie sich, meine Damen und Herren, dass Sie vonseiten der Sozialdemokraten und Christdemokraten hier eine Debatte verhindern! Wundern Sie sich auch nicht, wenn bei der nächsten Europawahl die Wahlbeteiligung, die jetzt schon in manchen Staaten unter 15 % liegt, noch weiter zurückgeht durch die Politikverdrossenheit, die Sie mit diesem Verhalten hier bewusst erzeugen.

Elisabetta Gardini (PPE). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, noto con soddisfazione che il Consiglio riconosce che la crisi in Libia richiede la piena attenzione dell'Unione europea, che non può limitarsi al ruolo di osservatore. Io credo che siamo stati troppo a lungo latitanti e contraddittori. Mi auguro davvero che il Mediterraneo torni ad essere centrale nell'azione di questa nostra Unione.

Però vorrei soffermarmi oggi sul capitolo della crescita e dell'occupazione, in particolare sul FEIS. Le linee guida sono condivisibili ma vorrei approfittare anche della presenza del Presidente Juncker per sottoporre a lui quella che ritengo una cosa imprescindibile, ossia io sono convinta che sia necessario assicurare all'interno del comitato per gli investimenti la presenza di esperti settoriali con conoscenza specifica della situazione dei mercati geografici di intervento. Questa presenza è fondamentale, signor Presidente, per permettere proprio al suo piano di intervenire nei settori dove i benefici per il mercato europeo sono maggiori nel breve e nel lungo periodo, assicurando allo stesso tempo il raggiungimento di obiettivi di coesione dell'economia europea.

Quello che voglio dire è che il comitato per gli investimenti deve operare nel senso di promuovere la coesione economica europea a livello sociale e territoriale, pur rispettando la scelta di non allocare geograficamente le risorse. Noi raggiungeremo gli obiettivi di sviluppo e crescita solo se le nostre scelte, se le scelte che saranno operate, saranno in grado di ridurre gli squilibri tra le diverse regioni dell'Unione. Guai a noi se quello che andiamo a fare andasse invece ad aumentare gli squilibri tra le regioni. Quindi lascio alla sua attenzione questo punto.

PRESIDENZA DELL'ON. DAVID-MARIA SASSOLI

Vicepresidente

Enrique Guerrero Salom (S&D). – Señor Presidente, el señor Juncker, al principio de su intervención, hacía referencia al contexto económico general en el que nos movemos y señalaba que algunos elementos están variando positivamente -el precio del petróleo, el tipo de cambio del euro, algunas magnitudes macroeconómicas-; pero estamos muy lejos de haber superado los problemas que estamos padeciendo desde hace unos años.

En lo que se refiere al crecimiento, este año vamos a crecer un poco más del 1 %. Eso es como la tercera parte de Estados Unidos, y ese crecimiento viene después de dos años de crecimiento cero o de recesión.

En lo que se refiere al desempleo, duplicamos la tasa de desempleo de Estados Unidos, tenemos un desempleo de larga duración muy importante, y no conseguimos reducir el desempleo juvenil.

La inversión está un 20 % por debajo de la que existía antes de la crisis, y siguen aumentando las divergencias dentro de la Unión Europea, lo que pone en riesgo la cohesión social y pone en riesgo también la convergencia.

Mittwoch, 25. März 2015

Frente a esta situación, la Comisión está respondiendo. La Comisión ha presentado el programa de inversión, el plan de inversión; ha presentado una propuesta de flexibilidad de las reglas del Pacto de estabilidad y crecimiento; ha presentado también una propuesta política sobre transparencia fiscal y, hoy mismo, ha hecho referencia a la necesidad de que utilicemos las nuevas posibilidades del petróleo y del tipo de cambio.

Sin embargo, el Consejo no está respondiendo con la misma intensidad. Y creo que, mientras reconocemos que hay una línea de actuación frente a la crisis en manos de la Comisión, sigue siendo tímida -si no un poco autista- la posición del Consejo respecto de estos problemas. Por tanto, yo le pido al Consejo que adopte el mismo compromiso con la misma intensidad que al menos está mostrando la Comisión.

Permítame terminar, señor Sassoli, señalando que, para mi desgracia, yo no he podido crecer como el señor Timmermans, desde que se presentó la Comisión a principios del mes de julio. Desgraciadamente, mi estatura sigue siendo equivalente.

Presidente. – Richiamo tutti al rispetto dei tempi, è inutile dirlo, anche perché siamo un po' in ritardo rispetto alla votazione delle ore 19.00.

Ho il piacere di salutare gli ufficiali dei carabinieri della scuola di perfezionamento del 21° corso dell'Arma dei carabinieri di Roma, che sono qui con noi oggi. Vi ringrazio della vostra presenza.

Anna Elżbieta Fotyga (ECR). – Panowie Przewodniczący! Ja również łączę się w żałobie z rodzinami ofiar zamachu w Muzeum Bardo w Tunezji i katastrofy samolotu Germanwings we Francji i z narodami, do których te ofiary należały.

Na temat unii energetycznej. Zapisy w konkluzjach Rady rzeczywiście mogłabym uznać za pierwsze kroki prowadzące do unii energetycznej, gdyby nie dość wyraźny opis wskazujący na kierunki rozwoju. I tak po kolei: dekarbonizacja. Ten dogmat z punktu widzenia Polski jest nieakceptowalny. W instytucjach naukowych świata opracowywane są technologie czystego węgla. Łatwo jest zlikwidować całą gałąź przemysłu. Znacznie trudniej odbudować taką gałąź i dobrobyt ludzi, którzy od pokoleń z nią byli związani.

Druga sprawa: zarówno dekarbonizacja, jak i regionalne podejście do tworzenia wspólnego rynku energii dla mojego regionu Europy Środkowej i Wschodniej stanowią śmiertelne zagrożenie i – prawdę powiedziawszy – znacznie mniejszą ochronę, jeśli chodzi o bezpieczeństwo energetyczne, niż obecna sytuacja prawna w Unii Europejskiej.

Podobnie ma się rzecz z poufnością umów. Chcę przypomnieć, że to poprzedniemu komisarzowi Oettingerowi zawdzięczamy lepszą sytuację Polski w relacjach energetycznych z Federacją Rosyjską niż jednemu z poprzednich polskich rządów.

A teraz przechodzę do swoich tematów. Zgadzam się z konkluzjami dotyczącymi Tunezji i Libii. Sądzę, że jest to właściwy kierunek podejścia, zarówno Rady, jak i Komisji.

Jeśli chodzi o Rosję i Ukrainę, reżim sankcyjny powinien być wyraźnie związany nie z kontrolą nad granicą wschodnią, ale powinien być związany z odzyskaniem przez Ukrainę kontroli nad swoim terytorium, włączając w to Krym. Chcę przypomnieć, że od września, czyli od Mińska I, po luty — Mińsk II — sytuacja tak naprawdę w tym zakresie się pogorszyła. I powinniśmy myśleć o tym, jak zwiększyć te sankcje, a nie zmniejszać je.

(Mówczyni zgodziła się odpowiedzieć na pytanie zadane przez podniesienie „niebieskiej kartki” (art. 162 ust. 8 Regulaminu))

Ivan Jakovčić (ALDE), pitanje koje je podizanjem plave kartice postavio. – Gospodo Fotyga, hvala što ste prihvatili moju plavu karticu. Nekoliko vaših kolega iz Poljske cijelo vrijeme govori o tome kako trebamo dobro razmisliti da li i na koji način riješavati se ugljena kao energenta.

Jedan sam od onih koji je u Hrvatskoj protiv projekta kojim se pokušava izgraditi termoelektrana na ugljen.

Mittwoch, 25. März 2015

Pitam vas koje energetske potrebe Poljske vidite i na koji način mislite da bi trebalo uvesti druge energente u Poljsku?

Anna Elżbieta Fotyga (ECR), blue-card answer. – I would like to reply. Certainly for many years we have tried unsuccessfully to implement the LNG terminal in Poland. Nobody knows why it is going so slowly. It should be much faster. It should contribute to the energy mix of Poland and to the security of Poland making us independent from Russia. The same goes for shale gas possibilities. We have been engaged in many projects of this kind and unfortunately there are obstacles to this. Energy efficiency and other resources are also possible.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, ο Πρόεδρος του Ευρωπαϊκού Συμβουλίου μας μίλησε για την ανάγκη διαρθρωτικών μεταρρυθμίσεων προκειμένου να επανέλθει η ανάπτυξη στην Ένωση. Κανείς δεν αρνείται την ανάγκη μεταρρυθμίσεων. Το κρίσιμο ερώτημα, όμως, είναι για τι είδους μεταρρυθμίσεις πρόκειται. Η απορρύθμιση της αγοράς εργασίας, ώστε η εργασία να παραδοθεί ανοργάνωτη και άσπλη στο κεφάλαιο δεν οδηγεί στην ανάπτυξη, αλλά στην ύφεση. Η ισοπέδωση των κοινωνικών δικαιωμάτων και η βίαιη φτωχοποίηση των οικονομικά ασθενέστερων δεν είναι βήμα προόδου, αλλά βήμα αντίδρασης και οπισθοδρόμησης.

Η κρίσιμη, η απαραίτητη διαρθρωτική μεταρρύθμιση είναι η καταπολέμηση της φοροδιαφυγής και της διαφθοράς και μάλιστα ιδίως της μεγάλης κλίμακας φοροδιαφυγής και διαφθοράς που εκπορεύεται από τις πολυεθνικές μεγάλες επιχειρήσεις. Σε αυτά πρέπει να επικεντρωθεί η προσοχή μας και αυτά πρέπει να καταπολεμηθεί η πολιτική της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

Όσο για την Ελλάδα ειδικότερα, πρέπει να γίνει αντιληπτό ότι οι πολιτικές της Τρόικας ήταν σε μεγάλο βαθμό τοξικές, οδήγησαν σε ανθρωπιστική κρίση και πρέπει να διορθωθούν, όπως αποφάνθηκε ο ελληνικός λαός στις εκλογές του Ιανουαρίου. Αυτό πρέπει να γίνει μέσα στα πλαίσια των ευρωπαϊκών κανόνων και βασικά στοιχεία αυτών των κανόνων είναι, πρώτον, ο σεβασμός στα θεμελιώδη δικαιώματα, μεταξύ αυτών και στα κοινωνικά δικαιώματα όλων των ευρωπαίων, άρα και των ελλήνων, και δεύτερον, το ανέκκλητο της συμμετοχής των κρατών στην ευρωζώνη.

(Ο ομιλητής δέχεται να απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 162, παράγραφος 8, του κανονισμού))

Marco Valli (EFDD), domanda «cartellino blu». – On. Chrysogonos, vorrei rivolgerle una domanda. Siccome stanno trovando proprio un muro al Consiglio e non vogliono assolutamente accettare questi evidenti fatti che lei ha riportato, non sarebbe più giusto iniziare a valutare, visto che questa situazione di stallo poi genererà ancora una crisi più grande, un'eventuale exit strategy o uscita dall'euro, o iniziare a chiederla appunto in Consiglio in maniera forte?

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL), απάντηση «γαλάζια κάρτα». – Η έξοδος από την ευρωζώνη δεν προβλέπεται στους ευρωπαϊκούς κανόνες, ούτε και αποτελεί θέληση του ελληνικού λαού. Η εντολή την οποία έλαβε η ελληνική κυβέρνηση στις τελευταίες εκλογές, δεν είναι για έξοδο από την ευρωζώνη, ή πολύ περισσότερο από την Ένωση, αλλά είναι για σκληρή διαπραγμάτευση μέσα στο υπάρχον θεσμικό πλαίσιο προκειμένου να βελτιωθεί η κατάσταση της ελληνικής οικονομίας και κοινωνίας, προκειμένου να δοθεί στην Ελλάδα μια ευκαιρία να αναπνεύσει. Give Greece a chance.

Tiziana Beghin (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, nell'ennesimo Consiglio europeo dedicato alla questione greca si è parlato ancora una volta la lingua dell'austerità. Sono dispiaciuta che il sig. Juncker non sia più qui, sig. Tusk, e forse mi si comprenderà meglio se la parlerò anch'io, quindi mi permetto di continuare in tedesco.

Heute sehen wir eine Erpressung in Europa, eine tägliche Erpressung gegenüber einem ganzen Volk. Der deutsche Minister Schäuble erpresst Griechenland, wenn er sagt: Ohne Reformen der Griechen passiert gar nichts. Der Präsident der Eurogruppe, Herr Dijsselbloem, droht eine mögliche Kapitalverkehrskontrolle wie in Zypern an, und die EZB bedroht die griechische Regierung mit einer quantitativen Lockerung, die die Banken auf Kosten der Realwirtschaft erleichtert.

Mittwoch, 25. März 2015

Griechenland hat über seine Verhältnisse gelebt, das ist wahr. Aber Deutschland hat sicherlich unter seinen Verhältnissen gelebt. Mit dem Euro sind die deutschen Löhne fest geblieben und Arbeiten sind prekär geworden. Alles dies, um einen verrückten Export zu fördern statt die Binnennachfrage zu verstärken. Natürlich will ein Deutscher keinen Cent für einen Griechen verlieren, gerade in Zeiten, in denen das deutsche Volk den Gürtel enger schnallen muss. Statt die Macht der Hochfinanzen zu bekämpfen, haben sie den Euro verwendet, um Arbeit anzugreifen und sie in eine Einstellungsvariable zu verwandeln.

Die Währungsunion hat die europäische Solidarität und den Integrationswillen zerstört. Griechenland wird ein zweites Zypern werden, weil sie sich weigern, das Problem zu sehen, nämlich dass die Währungsunion nicht funktioniert. Man muss die Zwänge, vor allem die sinnlose 3%-Regel, ändern. Ein Ausstieg aus dem Euro ist die einzige Lösung für Griechenland.

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, οι αποφάσεις της συνόδου κορυφής και των πολυμερών και διμερών συναντήσεων που ακολούθησαν σημαδεύονται από τη συμφωνία της ελληνικής κυβέρνησης με την Ευρωπαϊκή Ένωση, την τράπεζά της και το Διεθνές Νομισματικό Ταμείο, για να προχωρήσουν οι αντιλαϊκές μεταρρυθμίσεις που θα καταφέρουν νέο βαρύ πλήγμα στους εργαζόμενους και θα δώσουν νέα προνόμια και κεφάλαια στους επιχειρηματικούς ομίλους.

Η ελληνική κυβέρνηση συνεχίζει τις ιδιωτικοποιήσεις, την πολιτική της άγριας φορολογίας, την κατεδάφιση του ασφαλιστικού συστήματος. Αυτά προβλέπουν, άλλωστε, τα μνημόνια και η Τρόικα, που με άλλο όνομα, μένουν στη θέση τους. Πολύ περισσότερο αυτά ορίζουν οι Συνθήκες της Ευρωπαϊκής Ένωσης, οι κανόνες και οι μηχανισμοί επιτήρησης του Συμφώνου Σταθερότητας και του Ευρωπαϊκού Εξαμήνου.

Μόνος δρόμος για τον λαό είναι με την πάλη του να μην δείξει καμία ανοχή στη νέα αντιλαϊκή συμφωνία της κυβέρνησης με την Ευρωπαϊκή Ένωση για επέκταση του μνημονίου, να δείξει τώρα αποφασιστικότητα για άμεση κατάργηση των μνημονίων και των εφαρμοστικών νόμων, με ανάκτηση όλων των απωλειών, με ρήξη με την Ευρωπαϊκή Ένωση, το κεφάλαιο και την εξουσία τους.

Alain Lamassoure (PPE). – Monsieur le Président, je félicite le Conseil européen et la Commission pour la nouvelle méthode de travail: désormais, chaque sommet est consacré à un sujet principal. Cette fois, c'était l'Union de l'énergie.

Monsieur le Président du Conseil, je vous invite à prévoir dès maintenant de consacrer, à l'automne, une réunion du Conseil européen au problème de la fiscalité des entreprises dans l'Union. En effet, la différence de traitement fiscal des entreprises est devenue la cause majeure de fragmentation du marché intérieur et d'inégalité entre les petites et les grandes entreprises.

De récentes révélations de la presse ont déclenché l'indignation des opinions publiques si bien que – comme diraient les physiciens – les conditions de température et de pression sont réunies pour espérer, désormais, des progrès décisifs en la matière.

La Commission européenne a adopté un calendrier serré et le Parlement a créé une commission spéciale pour appuyer, stimuler et prolonger ses travaux. Mais, sur ce sujet, tout dépendra des gouvernements et de la capacité des chefs de gouvernement à se faire obéir par leurs ministres des finances.

En 1992, de grands dirigeants ont imposé la disparition des monnaies nationales à des ministres des finances et aux gouverneurs des banques centrales qui n'en voulaient à aucun prix. C'est une décision aussi importante et aussi courageuse que le Conseil européen sera invité à prendre, Monsieur le Président, sous votre présidence.

Elisa Ferreira (S&D). – Senhor Presidente, gostaria de apoiar a proposta que acabou de ser feita por Alain Lamassoure e hoje não falarei da Grécia. Prefiro abordar a questão da energia esperando que o espírito europeu e o bom senso imperem na resolução do problema grego.

A energia é uma questão central para a União Europeia e ainda bem que a abordaram. Segundo os dados da Comissão Europeia, 53% dessa energia é importada, o que equivale a um gasto anual de 400 mil milhões de euros. Ainda, o preço da energia na União Europeia é 40% mais cara do que nos Estados Unidos.

Mittwoch, 25. März 2015

Portugal, assim como muitos outros países do sul, acreditou na sinceridade da agenda alternativa, a agenda europeia que coloca as energias solar, eólica e hídrica das marés no centro das suas opções e investiram fortemente para poderem adquirir vantagens competitivas nessa área. No entanto, quando querem exportar, esses países esbarram não com uma montanha física, porque essa a tecnologia ultrapassa, mas com a montanha da falta de vontade política de outros países e, sejamos claros, o peso de alguns *lobbies* poderosos como o *lobby* do nuclear.

No passado dia 4 de março, Portugal, Espanha, França assinaram um acordo, que foi hoje aqui evocado por Jean-Claude Juncker, sob os seus auspícios, para a interconexão de, pelo menos, 10% das suas redes elétricas e da criação das correspondentes redes físicas. O objetivo de interconexão entre Portugal e Espanha é ainda maior: é de 11% em 2016 e 15% em 2020.

O último Conselho Europeu reconheceu este acordo e disse que ele constitui um passo bem-vindo para alcançar o objetivo 2020 da União Europeia. O problema é que este objetivo de 10% tem sido inúmeras vezes reafirmado pelos líderes europeus nos últimos anos, com grandes efeitos de anúncio e nenhuma consequência prática. É por isso que espero que a União Europeia e o Conselho de Ministros sejam agora tão exigentes no cumprimento deste acordo como têm sido com outros bem menos justos e bem menos importantes e que os novos instrumentos de apoio ao investimento sejam considerados como prioritários para, afinal, as promessas darem origem à ação concreta. Os europeus precisam disto.

(A oradora aceita responder a uma pergunta «cartão azul» (n.º 8 do artigo 162.º)).

Molly Scott Cato (Verts/ALE), *blue-card question*. — You drew attention to the importance of interconnectors between countries in providing connections for transferring renewable energy across the Union, but when I am out visiting small renewable energy producers they are much more concerned about upgrading to the grid so that they can put the energy they produce back into the grid network. Do you think that is also an important part of what we need to provide in the Energy Union?

Elisa Ferreira (S&D), *Resposta segundo o procedimento «cartão azul»*. — O problema obviamente fundamental é um problema que está razoavelmente resolvido já no meu país e, neste momento, aquilo que sobressai é a dúvida se os investimentos que foram feitos podem, de facto, dar origem a uma mudança da combinação energética europeia ou se têm que ficar limitados ao país onde são produzidos, onde, de facto, há capacidade de sobreprodução e dificuldade de armazenamento.

Portanto, é essa a questão que, neste momento, se coloca: é, de facto, tirar partido das vantagens competitivas que nós temos.

Ulrike Trebesius (ECR). — Herr Präsident! Die Griechenland-Rettung war beim Europäischen Rat wieder einmal das Hauptthema. An allen vereinbarten Strukturen der Europäischen Union vorbei hat sich eine informelle Gruppe gebildet mit Frau Merkel und Herrn Tusk, Hollande, Juncker, Draghi und Dijsselbloem, die in dieser Zusammensetzung wichtige Entscheidungen über die Köpfe der anderen hinweg getroffen haben. Wir haben eine neue Griechenlandhilfe bewilligt, die angeblich aus ungenutzten Mitteln der Europäischen Strukturfonds kommt. Die Kommission hat sogar Mittel für Horizont 2020, für die Europäische Grundlagenforschung, für das EFSI-Programm plündern müssen. Woher bekommen sie nun plötzlich 2 Milliarden Euro? Ich bitte dringend um Aufklärung. Das ist immerhin keine Kleinigkeit!

Und wie immer werden die Probleme nur in die Zukunft verschoben, ob von Herrn Juncker, Herrn Draghi oder den anderen Rettungseuropäern, die es mit den Gesetzen nicht so genau nehmen. Das Kernproblem ist und bleibt der Euro – „Der griechischen Tragödie zweiter Teil“ schreibt ein norddeutsches Lokalblatt. „Jedenfalls muss aber ernstlich die Angelegenheit im Auge behalten werden, sonst ist alles Geld, welches Griechenland erhalten hat, total verloren.“ Dieses Zitat ist 118 Jahre alt. Schon damals hat man Griechenland Geld geliehen. Wir sollten endlich aus der Geschichte lernen!

Valentinas Mazuronis (EFDD). — Mr President, the last European Council took many important decisions for Lithuania and other Member States of the European Union with regard to the Energy Union, the Juncker fund and our Eastern partners. The Energy Union, and especially the connection of the energy islands to the internal energy market, is the guarantee of our energy security. We must make every effort to see that President Juncker's project, the European Fund for Strategic Investment, overcomes all the obstacles.

Mittwoch, 25. März 2015

In view of the Eastern Partnership Summit in Riga, we should send a strong signal to all our Eastern partners that we will continue to support their commitment to fundamental freedoms and values, and at least that we shall never recognise or forget the illegal annexation of Crimea, and that we shall give all possible political, economic and military support to Ukraine. We must remain united.

Ελευθέριος Συναδινός (NI). – Κύριε Πρόεδρε, Θεοτόκε Παρθένε, χαιρε κεχαριτωμένη Μαρία, ό Κύριος μετά Σου.

Με την ευκαιρία της διπλής εορτής, του Ευαγγελισμού της Θεοτόκου και της επανάστασης των Ελλήνων κατά των Τούρκων το 1821, εύχομαι σε όλους τους απανταχού Έλληνες, χρόνια πολλά.

Τα αποτελέσματα της Ευρωμάδας για την Ελλάδα της 20ής Μαρτίου είναι ότι οι ηγέτες της Ευρωζώνης συμφωνούν με αυτά που ήδη συμφώνησαν την 20ή Φεβρουαρίου. Δυστυχώς ο Ελληνικός λαός δεν γνωρίζει περί των συμφωνηθέντων.

Ας μιλήσουμε τη γλώσσα της αλήθειας. Το μνημόνιο είναι ακόμα εδώ, με επιπλέον μέτρα, μεταρρυθμίσεις και μονομερείς δεσμεύσεις και περαιτέρω αφαίμαξη των Ελλήνων. Απλά, άλλαξε το γλωσσικό περιτύλιγμα της συμφωνίας. Ειλικρινά, χωρίς μείωση της συγχρηματοδότησης των διαρθρωτικών ταμείων, χωρίς μείωση των επιτοκίων της δανειακής διευκόλυνσης, δεν προβλέπεται οικονομική ανάκαμψη και δημιουργία θέσεων εργασίας.

Για το θέμα δε της Ουκρανίας, ας λάβουμε υπόψη τη θέληση του ουκρανικού λαού. Είτε με ελεύθερες εκλογές, είτε με δημοψήφισμα και τα αποτελέσματα να χρησιμοποιηθούν για τη διαμόρφωση της κοινής εξωτερικής πολιτικής της Ευρωπαϊκής Ενωσης. Με ανακοινώσεις και πολιτικές αφορισμού της Ρωσίας, ουσιαστικά δυναμιτίζουμε τη συμφωνία του Μινσκ, αλλά και κάθε προσπάθεια ειρηνικής διευθέτησης του προβλήματος.

Esteban González Pons (PPE). – Señor Presidente, quiero, en primer lugar, sumarme, en nombre de la delegación española del Partido Popular, a quienes han manifestado su solidaridad con las víctimas del accidente aéreo producido ayer en los Alpes -una tragedia ocurrida en Europa que nos afecta como europeos, que nos emociona como europeos y que debe preocuparnos como europeos- y aprovechar también para agradecer el esfuerzo que están haciendo las autoridades francesas para recoger los restos de las víctimas y ayudar en cuanto pueden a que se resuelva de la mejor manera posible la investigación sobre este accidente.

Quisiera también felicitar al Consejo por el acuerdo de la Unión de la Energía por dos motivos: primero, porque va a servir para que luchemos mejor desde Europa contra el cambio climático y lleguemos más unidos, más firmes y más coordinados -que es importante- a la Cumbre de París, y, segundo, porque va a ayudar a las interconexiones energéticas, que no solo permiten que las islas energéticas dejen de serlo, sino que, a través por lo menos de la Península Ibérica, pueda llegar el gas del norte de África al resto de Europa.

Por otro lado, celebro también que se haya tratado la revisión de la Política Europea de Vecindad y que en ella se tenga en cuenta el peligro que supone el establecimiento del terrorismo en el norte de África, en particular en Túnez y en Libia, y solicito que en la próxima Cumbre que se va a celebrar sobre «Vecindad Sur» en Barcelona el 13 de abril se les envíe un mensaje claro a los terroristas: Europa va a ser un muro, un muro infranqueable para el terror y para la intolerancia.

Dan Nica (S&D). – Domnule președinte, uniunea energetică trebuie să aibă ca element central o piață internă a energiei eficientă și funcțională, care să asigure creștere economică și locuri de muncă, prețuri accesibile și competitive pentru consumatorii individuali și pentru consumatorii industriali, precum și protejarea consumatorilor vulnerabili.

Consider că au fost făcuți pași importanți de către Consiliu pentru integrarea eficienței energetice între cele cinci dimensiuni, însă ceea ce lipsește, cu adevărat, în abordarea Consiliului este problema sărăciei energetice. Comisia dorește eliminarea prețurilor reglementate, dar această măsură, în absența unor acțiuni imediate și concrete de sprijinire a celor afectați de sărăcia energetică, este vorba de 50 de milioane de persoane, ar putea genera o situație dezastruoasă.

Mittwoch, 25. März 2015

Având în vedere că vorbim de crearea unei piețe comune a energiei, aş dori să întreb dacă nu se are în vedere şi crearea unui dispecerat pentru energie, indispensabil, din punctul meu de vedere, pentru reala funcţionare a unei pieţe unice energetice în Uniunea Europeană. Şi, nu în ultimul rând, salut faptul că toate propunerile de creare a uniunii energetice au ca obiectiv major scăderea preţului la energie şi vom susţine toate aceste măsuri.

Zoltán Balczó (NI). – Az EU csúcson megállapodás született az európai energiaunió megteremtéséről. A dokumentum elvileg elismeri a tagállamok önálló jogát ahhoz, hogy az energiamixükről ők maguk dönthessenek. A gyakorlat azonban egészen mást mutat: az Európai Bizottság egyre több tekintetben magának akarja biztosítani az egyes tagországok energiapolitikájába való beleszólást és döntést. Többek között egy ország harmadik féllel való tárgyalásába is be akar kapcsolódni. Az EP elnöke máris kijelentette, hogy az energiaunióval kapcsolatban a közösségi intézményeké kell, hogy a meghatározó szerep legyen, vagyis a tagállamok helyett központi döntések születessenek. Világossá kell tenni azonban, hogy az energiaunióknak nem központi direktívák útján kell megvalósulnia, hanem a tagállamok szuverenitását figyelembe vevő együttműködésben.

Jacek Saryusz-Wolski (PPE). – Mr President, let me pick up on a few of the conclusions and this time the glass is half full, rather than half empty. First, I want to commend the biological father of the Energy Union, President Tusk, and the legal father – absent now – Mr Juncker, for the Energy Union chapter. It is a newly born baby, it needs care, but it is good that we have started on that road looking towards the master plan for Energy Union for our prosperity and security.

Key to the agreement in this part of the conclusions is the word 'transparency'. It is obviously about gas contracts. We need to reinforce the European Commission competence. Imagine President Juncker sitting opposite President Putin, Putin knowing everything about our gas contracts and Juncker knowing nothing. It is grotesque. Do we want to refuse to put our side on an equal footing with our partners who are sometimes opponents? Russia sees our cards and we do not see theirs. The European Commission has the right to know what Moscow knows about our gas contracts.

Energy independence is also important and, as is regularly stressed, so is the question of sovereignty of our choices in foreign affairs, and we see dangerous cracks there, where the principle of solidarity of the Member States is under threat.

I want also to commend the European Commission and President Tusk for staying on course on Russian sanctions. It is not a final legal decision but it is important that it is clearly linked to the complete implementation of the Minsk Agreement and not just the ceasefire.

Matthias Groote (S&D). – Herr Präsident! Erst einmal muss man sagen, es ist gut, dass sich der Rat mit der Energieunion beschäftigt hat, weil ich fest davon überzeugt bin, dass es ein Projekt ist, das Europa nach vorne bringen kann. Ein Projekt, bei dem wir auch den Menschen aufzeigen können, dass eine Europäische Union mit 520 Millionen Einwohnern ein gemeinsames Projekt haben kann, dass wir Fortschritt organisieren und für Wohlstand eintreten, denn die Welt hat sich in den letzten Jahren geändert.

Wir sind über 7 Milliarden Menschen auf diesem Globus. Wenn wir Energiesicherheit generieren wollen, aber auch Klimaschutz betreiben wollen, und wenn wir untereinander eine sichere, aber auch nachhaltige Energieversorgung haben wollen, dann geht das nur, wenn man die Dinge zusammen anpackt.

Darum sollten wir schauen, was vereint uns eigentlich bei diesem Projekt? Ich finde es sehr begrüßenswert, dass die Kommission diese Initiative ergriffen hat. Bei vielen Dingen im Zusammenhang mit der Energieunion können wir Sozialdemokraten zustimmen, weil die Vorschläge nämlich fast deckungsgleich sind mit dem Papier, das wir auf den Weg gebracht haben. An der ein oder anderen Stelle fehlt es noch, etwa beim Thema Innovation.

Wir sind als Kontinent Europa sehr innovationsfähig. Darauf sollten wir auch unser Hauptaugenmerk legen und darauf, dass wir an dieser Stelle auch klare Gesetzgebung haben. Wir sollten nicht nur darüber reden, sondern wir brauchen eine klare Gesetzgebung, damit Investoren Sicherheit haben, wenn sie in Zukunft Geld investieren in erneuerbare Energien, in nachhaltige Energieproduktionsformen. Eines ist sicher: Jeder Euro, den wir jetzt ausgeben, wird für 30, 40, 50 Jahre gebunden sein. Darum müssen wir sehr wohl überlegen, welche Weichen für Innovation, für eine nachhaltige Energieversorgung und für eine nachhaltige Zukunft aller 520 Millionen Europäerinnen und Europäer gestellt werden.

Mittwoch, 25. März 2015

Adina-Ioana Vălean (PPE). – Mr President, I sense a strong commitment for the Energy Union reflected by the Council conclusions. Prioritising the implementation of the third package, accelerating build-up of the PCIs; these are good signs of decisive action to counter the current risk of supply to the European Union.

What lags behind, in my opinion, is changing the way our consumers access and perceive energy. Security and solidarity, once reached, must be followed immediately by functioning markets, otherwise we will keep our citizens tied to the paradigm of energy as a fixed price public service instead of a commodity.

That is why I support accelerating the development of flexible regional markets for gas which replace bilateral agreements and long-term oil-indexed contracts. Regional cooperation must be streamlined towards aggregating liquidity and building trading hubs. Structured dialogue between national governments, regulatory authorities and TSOs should be facilitated continuously by the Commission and ACER, and deadlines should be set. Once we have succeeded in interconnecting pipelines and grids, we must succeed in interconnecting demand and supply for citizens and companies alike.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Carlos Zorrinho (S&D), Pergunta segundo o procedimento «cartão azul». – Estou também de acordo com a importância da União Energética e, como disse, as interligações vão ajudar muito a termos uma energia com maior qualidade, mais segurança e os mercados poderem funcionar, mas, para isso, têm que funcionar como um sistema e um sistema é sempre limitado pelo elo mais fraco. Não acha que faltam, nesta decisão sobre a União Energética, ações concretas que terão que ser aplicadas se algum país não cooperar com esta estratégia?

(O orador aceita responder a uma pergunta «cartão azul» (n.º 8 do artigo 162.º)).

Adina-Ioana Vălean (PPE), blue-card answer. – As I said, I salute the fact that we are going to accelerate implementation of the third package. I think the vision is right – an interconnected continent with multiple entry points – and if we add to this the market hubs then I think this is a good solution for everyone.

Francisco Assis (S&D). – Senhor Presidente, queria referir-me àquilo que foram as discussões e as decisões tomadas neste Conselho no âmbito da política externa e da política de vizinhança. Queria começar por referir a importância das decisões que foram tomadas em relação à questão ucraniana, o contributo que a União Europeia quer continuar a dar para a edificação de um verdadeiro Estado democrático na Ucrânia e, por outro lado, as decisões que foram tomadas em matéria de manutenção das sanções à Rússia, sem perder de vista a necessidade de manter também um diálogo ativo com a Rússia, dado que temos que ter sempre em perspetiva a necessidade de uma parceria estratégica com esse nosso vizinho.

De salientar também as decisões que foram tomadas em relação à Líbia e o apelo a que se constituísse rapidamente um governo de unidade nacional naquele país, bem como todas as considerações que foram formuladas em relação ao Próximo e ao Médio Oriente, nomeadamente no âmbito do combate ao terrorismo, e, desse ponto de vista e nesse âmbito, queria aqui salientar a importância de reforçar a cooperação da União Europeia com a Tunísia.

A Tunísia é hoje um local de fronteira entre a civilização e a barbárie. Não é o local de choque de civilizações, de uma suposta civilização ocidental face a uma suposta civilização muçulmana. Não é disso que se trata.

É verdadeiramente um confronto entre valores civilizacionais de expressão universal e uma barbárie que, em nome do islamismo, se tem vindo a impor naquela região.

Foi na Tunísia que começou a Primavera Árabe e a Tunísia tem sido o grande exemplo, o único, infelizmente, até à atualidade, de um sucesso nesse processo de democratização de uma sociedade árabe. O que se passou na última semana na Tunísia, que já aqui foi devidamente condenado e lamentado, deve levar-nos a ter a noção de que nós devemos reforçar a cooperação com a Tunísia.

Mittwoch, 25. März 2015

O atual Presidente tunisino ainda hoje, numa entrevista a um jornal francês, dizia que, apesar de todas as declarações retóricas, muitos países não têm ainda fornecido à Tunísia o apoio a que se tinham comprometido e a União Europeia tem responsabilidades especiais e deve voltar-se nesse sentido.

Quero, por último, fazer ainda uma referência, àquilo que considero muito importante: as decisões que foram tomadas em matéria de política de migrações, criando condições para garantir o melhor acolhimento daqueles que procuram as terras europeias.

Paul Rübig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Präsident! Mich würde vom Kollegen Assis interessieren – nachdem der digitale Binnenmarkt in der aktuellen Verhandlung steht –, ob er auch der Meinung ist, dass wir für die Bürgerinnen und Bürger Europas endlich die Roamingzuschläge beim internationalen Roaming abschaffen können. Ich glaube, das wäre für uns alle sehr wichtig, dass 2015 die Roamingzuschläge für unsere Konsumentinnen und Konsumenten wegfallen. Viele unserer Bürger, über 140 Millionen Bürger, reisen jedes Jahr. Sind Sie dafür, dass noch heuer die Roamingzuschläge abgeschafft werden?

Francisco Assis (S&D), *Resposta segundo o procedimento «cartão azul»*. – Estou inteiramente de acordo com essa preocupação. Evidentemente que isso poderá dar um contributo para a concretização e a afirmação do projeto europeu. A Europa também avança no processo europeu, materializando essas ambições e expectativas do comum dos cidadãos, e é evidente que a manutenção das taxas de *roaming* prejudicam, num aspeto muito concreto o avanço do espírito europeu e, por isso, o que lhe posso dizer, evidentemente, é que comungo inteiramente das suas preocupações e também eu faço um apelo aos governos europeus para que seja possível avançar, o mais depressa possível, no sentido de garantir aquilo que preconizou.

Procedura catch-the-eye

João Ferreira (GUE/NGL). – Senhor Presidente, estão à vista os resultados da liberalização do setor energético. As miríficas promessas confrontam-se com a dura realidade. Os monopólios naturais da produção e distribuição de energia foram primeiro retalhados e depois privatizados. Agora, com a dita união da energia e o mercado interno da energia, criam-se as condições para o avanço da concentração monopolista à escala europeia. É este o objetivo puro e duro, por muito que o procurem envolver e adornar com uma retórica que não passa disso mesmo, retórica ambiental de eficiência e sustentabilidade. Entretanto, enquanto os novos monopólios privados se abotoam com lucros fabulosos, em Portugal, a EDP, no ano passado, gerou novamente mais de mil milhões de euros de lucros. As famílias, as empresas são asfixiadas por uma fatura energética que nunca foi tão alta. Ora, a insistência profunda nas mesmas políticas não trará resultados diferentes. Quer a dinamização da economia, quer a sustentabilidade do modelo energético que exigem consistem na recuperação do controlo público democrático sobre este setor estratégico.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodine predsjedniče, već sam u više navrata iskazao podršku zajedničkom energetskom tržištu i energetskoj uniji. U ovom trenutku želim naglasiti tri stvari od kojih su se dvije dogodile ovih dana. Naime, g. Šešćović je bio na svečanom otvaranju radova povodom otvaranja plinovoda TANAP u Turskoj, a taj bi plinovod s njegovim krakom TAP trebao biti vrlo bitan za mnoge europske zemlje.

Želim osnažiti interes da se izgrade TANAP i TAP, jer mislim da je to dobar put kojim se može riješiti problem energetike jednog dijela zemalja Europske unije.

Druga stvar, nedavno smo bili u Srbiji, Crnoj Gori i Albaniji. Ponavljam i upozoravam Komisiju - Balkan ima strahovito velike potencijale, tisuće megavata za obnovljive izvore hidroenergije.

Treće: izgradnja NLG terminala na Krku, na sjeveru Jadrana. Pozivam Komisiju da podrži i taj projekt.

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κύριε Πρόεδρε, κύριε Juncker και κύριοι της Επιτροπής, η πραγματικότητα σας διαψεύδει, αφού η Τρόικα συνεχίζει να σφίγγει τη θηλιά γύρω από την Ελλάδα, προκαλώντας πιστωτική ασφυξία. Χθες, ο Draghi, συνεχίζοντας την εκβιαστική του πολιτική, απαγόρευσε και νομικά στις ελληνικές τράπεζες να αγοράζουν επιπλέον έντοκα γραμμάτια του ελληνικού δημοσίου. Αλλά και το Euroworking group απέρριψε σήμερα, παράνομα, το αίτημα της Ελλάδας να της επιστραφεί το 1,2 δισεκατομμύρια ευρώ, που από σφάλμα του ΤΧΣ και της ελληνικής κυβέρνησης επιστράφηκαν στον EFSF.

Mittwoch, 25. März 2015

Επίσης το Eurogroup συνεχίζει παράνομα να αρνείται την επιστροφή 1,9 δισεκατομμυρίων ευρώ από τα τοκογλυφικά κέρδη που έβγαλε η ΕΚΤ από τα ελληνικά ομόλογα.

Κύριε Juncker, σήμερα ο ελληνικός λαός γιορτάζει την επανάσταση του 1821, που έγινε προκειμένου η Ελλάδα να ανακτήσει την εθνική της ανεξαρτησία. Να γνωρίζετε ότι ο ελληνικός λαός, εμπνεόμενος από τον αγώνα του '21, παλεύει και σήμερα να ανακτήσει την εθνική του ανεξαρτησία και να πετάξει την Τρόικα και τους δανειστές έξω από την πατρίδα μας.

Monika Flašíková Beňová (S&D). – Škoda, že odišiel pán Juncker, chcela som sa ho opýtať, ako pokračujeme, ako pokračuje Komisia v boji proti daňovým únikom a proti daňovým rajom. Ale spýtam sa na dve veci, alebo poviem o dvoch veciach, ktoré sú dôležité z toho posledného zasadnutia Rady: a to je diskusia o energetickej únii a to, akým spôsobom budeme ďalej postupovať na Ukrajinu. Myslím si, že energetická únia je jeden z najlepších projektov, ktorý nás čaká. Dôležité bude, aby sme dokázali ustrážiť, aby Komisia dokázala ustrážiť a aby Rada dokázala potvrdiť to, že ceny, ktoré vzniknú z takéhoto projektu pre príjemcov, pre ľudí, ktorí sú častokrát naozaj vo veľmi ťažkej životnej situácii, budú akceptovateľné a budú zaplatiteľné. Aby to teda nebol projekt, ktorý bude v prospech veľkých firiem, energetických firiem, ale aby to bol projekt v prospech občanov. A veľmi krátko k Ukrajine. Pán Tusk, tá situácia na Ukrajine je naozaj veľmi zlá, dnes boli opäť veľké demonštrácie v Kyjeve. Tentokrát sa demonštruje proti vláde. Bolo by naozaj na mieste, keby sme Ukrajine vytvorili väčší priestor a keby sme sa neobmedzovali iba na akési pôžičky alebo iba na pôžičky, ktoré teraz ideme Ukrajine poskytovať, ale aby sme celú túto situáciu lepšie hodnotili aj z toho politického uhla pohľadu.

Dubravka Šuica (PPE). – Gospodine predsjedniče, vidimo da se proljetni samit bavio mnogim temama, i to od TTIP-a, energetske unije, Libije, Tunisa, Ukrajine. Mnoge teme su bile nezaobilazne i na dnevnom redu, no ipak ste se posvetili jednoj temi, a to je energetska unija i dobra je praksa da se posvećujete uglavnom jednoj temi.

Energetska unija je tema koja trenutačno sve nas zaokuplja, ali ne radi se samo o više od 500 milijuna građana Europske unije koje zanima ta tema, nego radi se i o investicijama u energetiku i vrlo je važno osnažiti investitore kako bi bili sigurni da se u Europi može sigurno ulagati.

Želim podržati početno izlaganje g. Tuska. Rekli ste da se strukturne reforme prije svega najprije moraju napraviti na nacionalnoj razini. U tome vas zaista želim podržati, jer bez strukturnih reformi na nacionalnoj razini neće biti rasta i razvoja, a nas posebno interesira zaposlenost mladih, odnosno nezaposlenost te vas molim da na tome inzistirate.

(Fine della procedura catch-the-eye)

Frans Timmermans, First Vice-President of the Commission. – Mr President, honourable Members, I only have a few remarks to make. First of all, I want to thank Mr Nuttall for devoting all the time he had today to the tragic events yesterday in France involving the Germanwings aircraft. I think he spoke on behalf of all of us and I want to thank him warmly for that.

Secondly, many of the Members of the European Parliament have addressed the issue of the Energy Union today and I just want to start by saying there is a common thread between three of the main projects of this Commission – the Juncker plan, investment, the Energy Union and the digital single market. All three of them have as goals the creation of growth and jobs in Europe and not to do this in a traditional way. Because I believe that if Europe thinks it can win in this enormous global competition on the basis of competition on wages or of competition on production costs Europe will lose.

Europe can only win if it wins on innovation, if it wins on sustainability, if it wins on making an early transition into sustainable energy resources and sustainable social relations as well, because sustainability is about energy, it is about the economy and it is about social relations.

Mittwoch, 25. März 2015

I would like you to see these three projects connected to one another on that basis. I would like to underscore what has been said by many of your Members that the Energy Union is obviously meant to protect us against blackmail from outside energy sources and producers. Obviously it has a geopolitical importance but, apart from that, it also has the huge advantage of helping us in the transition – which is inevitable – to less dependency on fossil fuels and to a greater use of the huge potential of renewable energy, which does not only contribute to a better environment but which is also a driving force in innovation and creating a new form of jobs and a new form of productivity and a new form of economy for the European continent.

Very concretely on the questions regarding VAT, this legislation has come into force recently but it was decided a long time ago. The Commission is carefully evaluating it in a very pragmatic way and obviously the Commission will never want this legislation to have adverse effects on small entrepreneurs who are very often at the cutting edge of creating new employment and creating new forms of business.

We will very carefully evaluate the effects. If the effects are not the effects intended by the legislation, or simply not foreseen by the legislation at the time it was drafted because the economy has developed in the digital area in particular and developed far more quickly than we could have envisaged at the time seven years ago, or if there are adverse effects, then certainly the Commission will take that into account. The two speakers on behalf of the ECR can therefore be assured that this has certainly been taken on board and that we had started on it before Prime Minister Cameron raised the issue with us, but we certainly feel encouraged by the fact that he did.

Donald Tusk, *President of the European Council*. – Mr President, honourable Members, I will be very brief because I know how heavy your agenda is today so I shall say just a few words. When it comes to the questions from Ms Grossetête, Ms Van Brempt and Ms Harms, you are absolutely right that all five dimensions of the Energy Union are important. They are interconnected and mutually reinforcing no doubt, including renewables of course. But at this European Council we have focused our discussions on some of these aspects, in particular energy security, but also the so-called ‘climate diplomacy’, because of the Paris Summit.

You will know better than me that the EU took strategic decisions on climate policy for the first time in 2007, and in October 2014 we decided on the framework of climate policy until 2030. We will come back to it in the European Council in view of the outcome of the conference in Paris. You can be sure that it will be one of the most important things in my whole term. And you are absolutely right: I was too brief in my introductory remarks, especially when it came to the Energy Union, but I was given just five minutes and I always try to respect the rules and I am a guest here, so sorry about that.

As regards the question from Mr Verhofstadt and this problem with informal meetings in Brussels, the informal meetings in Brussels and also during European Council meetings are not my invention. In fact this is the most common method of work in Brussels. We have dozens of informal meetings every day, especially during our meetings. I can assure you that such a meeting with Mr Tsipras, Chancellor Merkel, President Hollande and the institutions was not a decisive meeting and it was absolutely clear for all of them, and also for the audience and for Member States. What made it more important was that it was a clear request from Prime Minister Tsipras and not from the largest Member States. I have heard it said that France and Germany, as the two biggest Member States, requested this meeting but that is not true.

It was the clear request of the Greek Government. The second point is that in fact the leaders of the eurozone Member States asked me – even begged me – to do everything to avoid the risk of confrontation at the highest political level. In fact it is my job to avoid political crises and misunderstandings. We were certainly not ready to take the final decisions at the highest political level. This was also clear from my partners in the eurozone.

Mittwoch, 25. März 2015

Regarding Russia, I would like to recall a short part of our conclusion. The European Council agreed that the duration of the restrictive measures against the Russian Federation, adopted on 31 July 2014 and enhanced on 8 September 2014, should be clearly linked to the complete implementation of the Minsk Agreements. You know my position and my opinion but, believe me, this is the highest common denominator today among the 28 Member States. I am in complete agreement with you that perhaps we need a more ambitious and more proactive policy towards Russia and Ukraine but today this kind of agreement is what is in fact possible.

I am sure that we should not downplay the significance of these conclusions. There was a very tough discussion about complete implementation. My feeling is that these conclusions about sanctions are relatively tough if I compare them to the mood or atmosphere among some Member States. I feel responsible for this conclusion but I also feel satisfied. I know that in politics almost everything is about impressions and not about facts but, in this case – I mean Russia and Ukraine but also in the case of the Greek crisis – I think the facts are much more important than impressions. I am quite sure that the results of our meeting regarding these two very difficult issues are quite satisfactory.

Presidente. – La discussione è chiusa.

Ringrazio Consiglio e Commissione per essere stati con noi, qui al massimo livello.

Dichiarazioni scritte (articolo 162)

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Gerbiamas pirmininke, Komisijos nary, kolegos, Energijos sąjungos kūrimo kontekste ypač pabrėžiamas solidarumas. Tačiau kokius pagrindus ES solidarumui kloja faktai, kad į Italiją ir Vokietiją „Gazprom“ pradėjo tiekti daugiau dujų po to, kai kovo 5 dieną Italijos premjeras apsilankė pas Rusijos prezidentą V. - Putiną, o vokiečių kompanijos „Wintershall“ vadovas – pas „Gazprom“ vadovą? Ar politinis susitarimas dėl didesnio skaidrumo sudarant dujų pirkimo susitarimus reiškia jog valstybės narės privalės Komisijai teikti informaciją apie tokius susitarimus, ar tai išliks tik politine deklaracija? Labai gaila, kad deklaruojamas ES valstybių narių solidarumas dar nereiškia realiai įgyvendintų projektų ir vieningos ir ištisos solidarios valstybių narių pozicijos bei veiksmų.

Dominique Bilde (NI), par écrit. – Le Conseil européen semble se réjouir de la situation désastreuse engendrée par ses propres politiques. On y serine comme chaque année qu'il faut plus de réformes structurelles, c'est-à-dire toujours plus de dérégulation et de précarité. Alors que le chômage des jeunes atteint 23 % en zone euro, la seule réponse de l'UE a été une timide garantie, dont la Cour des comptes a récemment pointé du doigt les lacunes. Rien n'est proposé pour le déficit de formation et de qualification des pays du sud de la zone euro et rien ne peut l'être dans le contexte de consolidation budgétaire qui mine la croissance. Or, sans un minimum de croissance, toute baisse du chômage est impossible. Le Conseil européen se félicite du plan Juncker, qui n'est qu'un écran de fumée conduisant à d'importants effets d'aubaines, sans réelle augmentation du montant global de l'investissement productif. Tant que l'Union européenne n'aura pas fait le bon diagnostic, et s'enfermera dans un dogme libre échangiste, dont même les plus éminents théoriciens ont, sur la fin de leur vie, mis en garde contre les conséquences désastreuses pour les publics les plus fragiles, la situation ne pourra pas s'améliorer.

Mittwoch, 25. März 2015

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Per paskutinįjį Europos Vadovų Tarybos susitikimą buvo aptarti labai svarbūs visai Europai klausimai. Pirmiausia, Europos Vadovų Taryba apsvartė Komisijos pateiktą Energetikos sąjungą, nes būtina užtikrinti saugų, tvarų, nebrangų energijos tiekimą visiems piliečiams. Mūsų žmonėms, jų namų ūkiams ir įmonėms vis labiau rūpi, kad energija būtų įperkama, o jos kainos konkurencingos. Deja, bet ekonominės krizės metu išaugo ir energetinis skurdas, nes sąskaitos už šildymą, elektrą yra didžiulės ir ne visi žmonės pajėgūs jas apmokėti. Europos Vadovų Taryba didžiausią dėmesį atkreipė į energetinį saugumą ir ragina sustiprinti elektros energijos bei dujų tiekimo saugumą reglamentuojančių teisės aktų sistemą. Be to, energetinis saugumas gali būti sustiprintas, užtikrinant stabilius tinklus, efektyviau vartojant energiją ir pasinaudojant vietos ištekliais ir saugiomis bei tvariomis mažo anglies dioksido kiekio technologijomis. Susitikimo metu taip pat buvo aptartas Europos Semestras ir metinė užimtumo augimo apžvalga. Europos Vadovų Taryba pasikeitė nuomonėmis apie ekonominę padėtį Europoje ir apie valstybių narių vykdomų pagrindinių struktūrinių reformų įgyvendinimą. Ji patvirtino tris pagrindines metinės augimo apžvalgos kryptis, t.y. investicijos, struktūrinės reformos ir augimui palankus fiskalinis konsolidavimas, ir paprašė valstybių narių atspindėti šiuos prioritetus savo būsimoje nacionalinėse reformų programose ir stabilumo ar konvergencijos programose.

Nicola Caputo (S&D), per iscritto. – Le conclusioni della riunione del Consiglio europeo del 19 e del 20 marzo rappresentano un passo in avanti per la costituzione dell'Unione energetica. Ritengo molto importante in questo senso l'indicazione del Consiglio di accelerare i progetti infrastrutturali per l'energia elettrica ed il gas, comprese le interconnessioni, con particolare riferimento alle regioni periferiche. È proprio in queste regioni e nelle aree rurali più svantaggiate che i progetti in infrastrutture per energia e gas potrebbero non solo garantire un avanzamento importante verso una piena integrazione del mercato europeo dell'energia, ma anche dispiegare un notevole valore sociale ed economico, favorendo la creazione di posti di lavoro, la crescita a lungo termine e la competitività di queste aree.

È positivo anche il riferimento del Consiglio all'importanza di ridurre le emissioni e di sviluppare il mercato delle energie rinnovabili. Credo manchi invece un riferimento alla necessità di ridurre la dipendenza dell'UE dall'importazione di fonti fossili. Inoltre ritengo che il Consiglio abbia perso un'occasione per insistere in modo deciso sulla necessità di sostenere la ricerca nel campo energetico. È infatti evidente che per sviluppare in maniera soddisfacente il mercato dell'energia rinnovabile di nuova generazione è necessario un aumento degli investimenti nella ricerca.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – Durante l'incontro al vertice tenutosi il 19 e 20 marzo, i leader europei hanno affrontato tre temi principali: l'energia, le relazioni esterne e, ovviamente, le riforme strutturali connesse alla questione greca. Sul tema dell'energia e dell'Unione energetica gli impegni, ancorché positivi, rimangono per il momento abbastanza vaghi. Oltre infatti a decidere di stabilire le prime tappe dell'Unione energetica, è stato ribadito l'impegno nei confronti dell'investimento in energie rinnovabili ed efficienza energetica e, senza specificazioni particolari, quello a rafforzare la diplomazia climatica in vista del vertice di Parigi. In riferimento alle relazioni esterne, i leader hanno deciso, come prevedibile, di allineare l'attuale regime di sanzioni all'attuazione degli accordi di Minsk, ma il vero punto caldo rimane la Grecia. La soluzione non può essere la punizione del popolo greco e l'imposizione di reiterate misure di austerità, che hanno mostrato la loro inadeguatezza ad affrontare la crisi in tutta Europa, ma una revisione del patto di stabilità e crescita, a partire dalla regola del 3% in riferimento al rapporto tra debito e PIL.

Simona Bonafè (S&D), per iscritto. – Le conclusioni adottate dal Consiglio europeo il 19 e 20 marzo, che approvano la strategia quadro della Commissione europea per la realizzazione di un'Unione dell'energia, rappresentano un ulteriore ed incoraggiante *step* nella definizione di una lungimirante politica sul clima e sull'energia avviata dall'Unione europea in questi ultimi mesi. Come ben sappiamo, i problemi maggiori in questo senso rimangono la dipendenza energetica, la frammentazione dei mercati dell'energia ed il basso investimento in interconnessioni ed infrastrutture.

Come chiaramente dettagliato nella comunicazione e nelle conclusioni del Consiglio, la soluzione europea in campo energetico riunisce, con uno sguardo unitario, tutti i temi e le questioni inevitabilmente interessati: la sostenibilità ambientale, la disponibilità di energia, la sicurezza degli approvvigionamenti, l'efficienza energetica, il ruolo della ricerca e dell'innovazione, la decarbonizzazione dell'economia e gli investimenti in infrastrutture. Dobbiamo a questo proposito puntare sulle interconnessioni interne, ed allo stesso tempo sulla diversificazione delle forniture, guardando non solo ad Est ma anche a Sud delle frontiere europee. La commissione ENVI, della quale faccio parte, ed il Parlamento tutto accolgono positivamente i progressi fatti e continueranno a lavorare in direzione del completamento e del funzionamento del mercato dell'energia ed in vista della COP21 di Parigi a fine anno.

Mittwoch, 25. März 2015

Λευτέρης Χριστοφόρου (PPE), γραπτώς. – Η πρόθεση της Ευρωπαϊκής Ένωσης για δημιουργία της Ενεργειακής Ένωσης πρέπει να στοχεύει στην Διασφάλιση της Ενεργειακής Ασφάλειας για όλες τις χώρες της ΕΕ. Πολύ ορθά το Ευρωπαϊκό Συμβούλιο τόνισε την υποχρέωση της ΕΕ να προστατεύσει τα ενεργειακά αποθέματα των χωρών-μελών της, που συγχρόνως αποτελούν και τα ενεργειακά αποθέματα της ίδιας της ΕΕ. Έτσι αποτελεί βασική υποχρέωση της ΕΕ να προστατεύσει με κάθε τρόπο τα ενεργειακά αποθέματα που βρίσκονται στις Αποκλειστικές Οικονομικές Ζώνες χωρών-μελών.

Δυστυχώς, στην περιοχή της Ανατολικής Μεσογείου δημιουργείται κλίμα αστάθειας και προκλήσεων από την Τουρκία. Απροκάλυπτα, η Τουρκία παραβιάζει την Κυπριακή ΑΟΖ και τα κυριαρχικά δικαιώματα της Κύπρου, χώρας-μέλους της ΕΕ. Η Ευρωπαϊκή Ένωση οφείλει, εάν πραγματικά εννοεί στην πράξη την Ευρωπαϊκή Ενεργειακή Ένωση, να διασφαλίσει με κάθε τρόπο τα Ευρωπαϊκά Ενεργειακά Αποθέματα και να στείλει σαφές μήνυμα αυστηρών κυρώσεων στην Τουρκία.

Ταυτόχρονα, οφείλω, να καταγγείλω την πρόθεση της Τουρκίας να ανεγείρει πυρηνικό σταθμό στο Άκουγιου, μια σεισμογενή περιοχή, θέτοντας σε κίνδυνο ολόκληρη την περιοχή. Το ότι η Τουρκία περιφρονεί και γι' αυτό το θέμα τους πάντες, πρέπει να απασχολήσει την ΕΕ, στην οποία η Τουρκία είναι χώρα υποψήφια για ένταξη.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Le Conseil européen a entériné les nouvelles initiatives de la Commission européenne dans le domaine de l'énergie. Le Conseil et le Parlement doivent maintenant travailler et prendre leurs responsabilités pour faire de l'Union de l'énergie une réponse ambitieuse et adaptée aux défis de la sécurité énergétique, de la compétitivité des entreprises, du passage à une économie sobre en carbone et enfin de la précarité énergétique. À la lecture des conclusions du Conseil, chacun peut mesurer l'étendue du défi que ce projet constitue. Il convient de mieux coordonner des politiques énergétiques disparates voir divergentes au niveau des infrastructures de réseaux et d'approvisionnement, tout en respectant la compétence des États-membres dans le choix de leur bouquet énergétique. Il convient en outre d'apporter un cadre politique commun et adapté à la diversité des énergies produites en Europe, de l'énergie éolienne de la mer du Nord et des montagnes espagnoles à l'énergie solaire latine, sans oublier le nucléaire français. Il convient enfin de proposer un financement public et privé à la hauteur de nos ambitions, la Commission estimant le coût de l'Union de l'énergie à 2 000 milliards d'ici à 2025. Voici donc la teneur des défis qui nous attendent et la responsabilité qui nous incombe.

Norbert Erdős (PPE), írásban. – Az Európai Tanács következtetései kapcsán az energiaunió megvalósításáról és a globális éghajlatváltozás kezelésének uniós tervéről szükséges szólnom. Egyetértek az európai energiahálózatok (főleg a gáz- és a villanyvezetékek) lehető legnagyobb mértékű összekapcsolásának az ösztönzésével. Számos tagállam súlyos energiafüggőségben áll egyes harmadik országoktól, amely jelentősen leszűkíti a mozgásterüket az energiabeszerezések során. Egy ország függetlensége nagymértékben függ az energiafüggősége alakulásától, ezért az energiabeszerezések diverzifikációja minden uniós tagállam alapvető érdeke kell, hogy legyen. A lényeg az, hogy az EU jelentős támogatásokat tudjon nyújtani az energiahálózatok összekapcsolására. Nem jó jel, hogy az ún. Juncker beruházási csomag finanszírozására a Bizottság pont a fenti célkitűzés megvalósítását finanszírozó Európai Hálózatfinanszírozási Eszköz költségvetéséből csoportosítana át egy jelentősebb összeget.

Másrészt üdvözlöm, hogy a közlemény kiemelt célkitűzésként jelöli meg az energiahatékonyság fejlesztését és a megújuló energiatermelésre való áttérés erőteljes ösztönzését. A Bizottság azonban tartózkodjon minden olyan lépéstől, amely a megújuló energiák felhasználását akadályozza. Ne korlátozzuk például a biomassza alapanyagát adó hasznos fafajták telepítését, a terméshozamtöbbletből előállított első generációs bioetanol előállítását vagy az éghatékonny biomasszákának támogatását.

Végül nem értek egyet a mezőgazdaságnak az üvegházgázkibocsátás-csökkentési célkitűzés hatálya alá történő jelentős bevonásával. Az agrárium a kibocsátások mindössze 10%-áért felel, azonban egy jelentős kibocsátáscsökkentés – különösen az ammóniát és a metánt illetően – az európai állattenyésztés összeomlását és a növénytermesztés visszaszorulását eredményezné.

Jonás Fernández (S&D), por escrito. – La Directiva sobre Intercambio Automático de Información entre Estados miembros aprobada en 2014 cubre intereses y dividendos en cuentas y beneficios procedentes de la venta de activos financieros. Sin embargo, no incluye las resoluciones fiscales (en su mayoría secretas) entre Estados miembros y multinacionales, que es lo que ha revelado Lux Leaks. La Comisión propone modificar la Directiva 2011/12/UE para extender este intercambio automático de información a los acuerdos fiscales. De este modo, este tipo de resoluciones de las administraciones fiscales en favor de empresas tendrán que ser comunicados automáticamente a todos los Estados miembros y a la Comisión. La propuesta tiene una retroactividad de diez años y no se podrá alegar secreto comercial o profesional para no proporcionar la información. Es una medida positiva y necesaria, pero la propuesta actual tiene algunos puntos débiles: la información intercambiada no será accesible por la ciudadanía; la obligación de intercambiar se condiciona a

Mittwoch, 25. März 2015

un impacto transfronterizo de los acuerdos fiscales, lo que puede suponer una vía de escape; la obligación solo afecta a personas jurídicas (personas físicas como actores o futbolistas de alto caché podrían firmar este tipo de acuerdos); no se especifican sanciones en caso de incumplimiento de la obligación de intercambio

Adam Gierek (S&D), *na piśmie*. – Projekt unii energetycznej to nic nowego. To zbiór dotychczasowych regulacji. To nierozwiązywalne jedno równanie z wieloma niewiadomymi. Czyż można bowiem jednocześnie zapewnić realizację takich priorytetów, jak bezpieczeństwo energetyczne, konkurencyjność globalna oraz ochrona klimatu, bez modyfikacji dyskryminującego niektóre państwa (np. Polskę) Pakietu Klimatyczno-Energetycznego?

Potrzebne jest lepsze, wolne od dotychczasowych wpływów lobbystycznych prawo gwarantujące bezpieczeństwo energetyczne. Bezpieczeństwo oparte na wzroście efektywności energetycznej oraz wykorzystywaniu lokalnych źródeł energii stanowi jedyną receptę na odzyskanie globalnej konkurencyjności przez Europę. Wskaźnik realnej technicznej efektywności, a nie ograniczenie użytkowania energii, jak to wynika z aktualnej dyrektywy, winien się stać podstawowym narzędziem realizacji celów klimatycznych. Trzeba w tym celu od nowa napisać dyrektywę dot. użytkowania energii z uwzględnieniem fizykalnego ujęcia efektywności procesów konwersji i generowania energii, przesyłu (efektywne sieci, rurociągi oraz magazyny) oraz użytkowania końcowego (budownictwo oraz urządzenia użytkowe).

Z kolei efektywność energetyczna brutto liczona dla poszczególnych państw członkowskich winna być liczona przy pomocy wskaźnika uwzględniającego PKB tych krajów (wg Eurostatu) na początku okresu obliczeniowego i na jego końcu. Poprawę wymaga również EU ETS, gdyż dotychczasowy system jest niespójny – nie uwzględnia wielu czynników, w tym aktywnego wpływu technicznych wskaźników efektywności w sektorach oraz udziału użytkowanych OZE na zmniejszenie konieczności zakupu uprawnień.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Tisztelt Elnök Úr! A március 19–20-i Európai Tanács következtetéseiben kiemelt helyet kapott az energiaunióra vonatkozó keretstratégia és az idén decemberben Párizsban tartandó ENSZ éghajlat-változási konferencia előkészítése. Az állam- és kormányfők által megszabott politikai keret az energiaunióra vonatkozó jogalkotást továbbra is a tagállamok hatáskörében tartja, és több olyan alapelvet rögzít, amely kiemelten fontos a magyar energiastratégia szempontjából. Először is az energia ára, az energia megfizethetősége kellő súllyal szerepel a következtetésekben. A szöveg alapelvi szinten rögzíti továbbá, hogy egy adott ország energiaforrásainak összetételét nemzeti hatáskörben kell tartani. Végül üdvözlendő, hogy a következtetésekben külön hangsúlyozzák az energiainfrastruktúra-fejlesztés támogatását, amelybe a már meglévő hálózatok jobb kihasználása is beletartozik.

Noha a keretstratégiát megvalósító konkrét jogszabályjavaslatok még csak ezután következnek, ezen alapelvek mentén alapvetően támogatható számunkra az energiaunióra vonatkozó elképzelés. Az ENSZ 21. klímakonferenciája kapcsán végül fontosnak tartom ismételten hangsúlyozni, hogy a klímaváltozás elleni globális küzdelem a jövőben csak akkor lehet eredményes, ha a 2015-ös párizsi konferencia előtt más fejlett országok és a jelenleg még fejlődő nagy kibocsátók is az EU-hoz mérhető ambiciózus vállalásokat tesznek. Az EU már elvégezte a maga házi feladatát, amikor a 2030-as klíma- és energiakeretnek megfelelően beadványában egyedülállóan magas, 40%-os kibocsátáscsökkentést vállalt. Most a többiekén a sor.

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. – Renewed commitment to creating an EU Energy Union is too crucial in the new security situation to be watered down by typical national differences. A working Energy Union means developing coherent energy diplomacy, based on EU core values.

I call for the synchronisation of the Baltic states' energy systems with European continental networks to be speeded up. Remembering the first anniversary of the Russian annexation of Crimea, the EU must take care that this outrageous act against international order will not be overshadowed by further fighting in eastern Ukraine.

I congratulate President Tusk on having achieved the highest common denominator in applying restrictions on Russia. However, the slightest rift in unity, or any nervous attempt to shortcut the way back to Realpolitik, could encourage Putin to continue his brinkmanship. We are at a breaking point. Sanctions have started to make an impact. Therefore I encourage all hesitant Member States to make EU policy vis-a-vis Russia more united, more ambitious and more proactive, to use President Tusk's terms. The EU has to keep the sanctions going until the Minsk Agreements are fully implemented. That implementation must include Crimea, which was not mentioned by name in Minsk.

Mittwoch, 25. März 2015

Csaba Molnár (S&D), írásban. – Tisztelt Elnök Úr! A jelenlegi magyar kormány különutas energiapolitikája, a magyar miniszterelnök nemzeti szuverenitást féltő álláspontja veszélyezteti az európai energiaunió kialakítására tett rendkívül ambiciózus bizottsági javaslatot. Nem véletlen, hogy számos meghatározó európai napilap az európai csúcsot megelőzően a visegrádi négyek közötti nézeteltérésről számolt be a magyar kormányzat oroszbarát energiapolitikája miatt. Nem véletlen, hogy a jelenlegi magyar kormány kihagyásával formálódik az új közép-kelet-európai összefogás Ausztria, Csehország és Szlovákia részvételével. Az energiauniós javaslat fontos pillanatban látott napvilágot. Oroszország Ukrajna ellen irányuló területi agressziója, a kelet-ukrajnai konfliktus rávilágított, hogy Oroszország többé nem megbízható partnere Európának. Nem építhetjük ezért Oroszországra Európa keleti felének, köztük Magyarország energiaellátásának biztonságát. Az energiaunió mihamarabbi felállítására van szükség, amely garantálja az uniós egységet Oroszországgal szemben, valamint a tagállamok által kötött energiaszállítási szerződések átláthatóságát.

Az energiaszállítási és földgázszerződések kapcsán a Bizottság előzetes normakontrollja az egyetlen garancia arra, hogy a tagállamok vezetői nem kötnek olyan megállapodásokat Oroszországgal, amelyek az uniós egységet megbontják, a tagállamok energiaellátását kiszolgáltatják. Üdvözlöm ezért Tusk elnök úr javaslatát, amelyben mind a kormányközi, mind a kereskedelmi szerződések teljes átláthatósága, a szerződések előzetes uniós normakontrollja mellett tört pálcát.

Sophie Montel (NI), par écrit. – Le Conseil européen se gargarise une nouvelle fois des piteux résultats engendrés par ses propres politiques. On retrouve ici les sempiternelles exhortations: toujours plus de réformes structurelles, qui aboutissent évidemment à plus de dérégulation et de précarité. Rappelons que le chômage des jeunes atteint 23 % dans la zone euro, et que, face à ce désastre, l'UE propose une légère garantie, dont la Cour des comptes vient d'ailleurs de lister les carences. En outre, on ne trouve aucune proposition sur le déficit de formation et de qualification dans les pays du sud de la zone euro. La difficulté première étant le contexte de consolidation budgétaire qui plombe toute reprise de croissance. Or, sans un minimum de croissance, toute baisse du chômage est clairement impossible. Le Conseil européen, lui, se rassure avec le plan Juncker, qui n'est qu'une illusion aboutissant à d'importants effets d'aubaines, sans véritable augmentation du montant global de l'investissement productif. Pour sauver l'euro, l'Union européenne a donc sacrifié une génération. L'UE se montre incapable de faire le bon diagnostic, obsédée par le dogme ultralibéral, dont même les plus éminents théoriciens ont, sur la fin de leur vie, mis en garde contre les conséquences désastreuses pour les publics les plus fragiles.

Victor Negrescu (S&D), în scris. – În cadrul Consiliului European din perioada 19-20 martie 2015 au fost atinse mai multe subiecte, printre care și problematica unei politici comune în domeniul energiei. Acest subiect atât de important pentru viitorul Europei trebuie să devină o prioritate pe agenda Uniunii Europene și un mecanism prin care să fie stimulate cooperarea și solidaritatea între statele membre.

O astfel de politică comună în domeniul energiei trebuie să însemne următoarele elemente:

— un tarif comun negociat de import pentru gazul, petrolul și alte surse energetice importate de către statele membre din afara spațiului european. Acest lucru va conduce la o reducere a inegalităților de tratament aplicate țărilor din Estul Europei, care plătesc chiar de până la 7 ori mai mult prețul resurselor energetice importate.

— lupta împotriva inegalităților prin protejarea consumatorilor dezavantajați economic.

În consecință, subvenționarea accesului la energie pentru persoanele cu venituri reduse și implementarea unui calendar comun și negociat de evoluție a tarifelor aplicate trebuie să devină o prioritate europeană, pentru a nu crea noi mijloace prin care grupuri sau regiuni să fie excluse de la beneficiile unei piețe comune – sperăm – mai echitabile și mai ecologice. În consecință, sprijin demersurile inițiate de Comisia Europeană și Consiliul European și sper într-o implementare cât mai rapidă a acestor măsuri de echilibrare a pieței de energie.

Момчил Неков (S&D), в писмена форма. – На мнение съм, че ракурсът, който избра да води Европейският съвет относно политиката на ЕС към Русия от последната година, не води до желаните резултати и трябва да се промени.

Mittwoch, 25. März 2015

В момент, в който нашите граждани и най-вече тези, заети в селското стопанство и туризма, очакват от нас решения и политики в тяхна подкрепа и защита, Европейският съвет ни въвлича в нов цикъл на удължаване на санкциите. От тях страдат отношенията не само на управленско ниво, но и милиони граждани и цели икономически сектори, най-вече в Европа. Земеделци от моята страна - България, приеха със страх новината, защото помнят какво стана след прилагането на подобни санкции миналата година - изпаднаха в безмилостна конкуренция с хиляди други европейски фермери за крайно недостатъчните компенсации, изчерпани за дни. Наша отговорност е да прогоним този страх и да им върнем увереността, че много скоро ще дойдат по-добри времена за тях.

Солидарността става все по-чужда в Европейския съюз, а разрывът между решенията, взети от някои европейски политици и реалните проблеми и нуждите на средностатистическия европейец стават все по-големи. Трябва да се търсят решения за благото на обикновения гражданин и те да се прилагат на практика възможно най-скоро.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – Pozdravljam zaključke sa sastanka Europskog vijeća kojima se potvrđuje predanost EU-a u stvaranju energetske unije temeljenoj na energetskoj sigurnosti, solidarnosti i povjerenju, integriranom europskom energetskom tržištu i energetskoj učinkovitosti koja doprinosi smanjenju potrošnje, dekarbonizaciji gospodarstva, istraživanju, inovaciji i konkurentnosti. Pri tome je ključno ubrzavanje infrastrukturnih projekata, s ciljem osiguravanja energetske sigurnosti i internog energetskog tržišta koje dobro funkcionira. Također je važno uskladiti postojeće nacionalno zakonodavstvo s pravom EU-a u području energetike i osigurati njegovu potpunu provedbu i primjenu, posebno kada je riječ o kupnji plina od vanjskih dobavljača. Razvoj učinkovitijeg, fleksibilnog tržišnog modela treba pratiti poboljšanu regionalnu suradnju i pomoći integraciji obnovljivih izvora energije. U pogledu vanjskih odnosa, pozdravljam opredjeljenje da se ojačaju odnosi sa susjedima, te da se predanost EU-a usmjeri istočnim i južnim partnerima. Kada je riječ o odnosima Rusije i Ukrajine, Europsko vijeće pozvalo je sve strane na brzu i potpunu provedbu sporazuma iz Minska i poštivanje preuzetih obveza te je naglasilo odgovornost ruskih vlasti u tom pogledu. U odnosu na Libiju, EU je iskazala spremnost sa zemljama u regiji i međunarodnim partnerima, doprinijeti provedbi sporazuma o formiranju vlade nacionalnog jedinstva u potpunosti se koristeći svim svojim instrumentima što je važno za demokratske procese u toj zemlji.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Pozdravljam zaključke Vijeća usvojene na prošlotjednom sastanku koji se odnose na teme koje će uvelike definirati budućnost europskog projekta. Prije svega se to odnosi na energetska uniju koja ima potencijal da političku integraciju unije nadogradi onom energetskom s ciljem ostvarenja, prije svega, energetske sigurnosti. Nadam se da će energetske politike Unije biti uključene u reviziju politike susjedstva i biti snažan faktor u nastavku politike proširenja. Drago mi je što je Vijeće podržalo ovaj prijedlog te se nadam da će podršku ovom projektu slijediti povećanje investicija i sredstava već postojećim energetskim projektima. Dva postojeća projekta od iznimnog značaja za Hrvatsku i susjedstvo su i LNG terminal na Krku i Jadransko-jonski plinovod. Jedan od načina da se to postigne je Europski fond za strateška ulaganja kojeg je Vijeće također podržalo na ovom sastanku kako bi bio operabilan već sredinom ove godine. Što se tiče pregovora o TTIP-u, cijenim konstruktivan pristup Vijeća i još jednom želim naglasiti kako slobodnom kretanju kapitala treba prethoditi potpuni vizni reciprocitet i slobodno kretanje svih građana Unije. I na kraju, drago mi je da je i Vijeće prepoznalo ozbiljnost problema stradanja migranata na južnim granicama Unije te se nadam da će Europska agenda za migracije koju očekujemo u svibnju ponuditi adekvatna rješenja.

Monika Smolková (S&D), *písomne.* – Zasadnutie Európskej rady sa venovalo veľmi dôležitým témam. K najdôležitejším patrila stratégia energetickej únie, ktorú predložil podpredseda Komisie Maroš Šefčovič a ktorá bude mať v budúcnosti Európy významnú úlohu. Diverzifikácia energetických zdrojov, znižovanie emisií, energetická efektívnosť, nové technológie a inovácie v oblasti energetiky a klímy prinesú rast ekonomiky a úspory pre veľko- aj malospotrebitel'ov energie. Európska rada sa tiež venovala otázke, ktorá zamestnáva obyvateľov Európy aj médiá každý deň. Je to vojnový konflikt na Ukrajine. Preto som veľmi rada, že Európska rada vyzvala všetky strany zapojené do tohto konfliktu, aby rýchlo a plne vykonávali dohody z Minska a splnili svoje záväzky. Monitorovanie a overovanie vykonávania dohôd z Minska sa musí stať súčasťou agendy EÚ, aby sme správne reagovali na trvanie, posilnenie, resp. rušenie reštriktívnych opatrení voči Ruskej federácii.

Richard Sulík (ECR), *písomne.* – Najdôležitejšou udalosťou posledného zasadnutia Európskej rady bol pokrok ohľadom budovania energetickej únie. Návrhy ohľadom fungovania energetickej únie sú zatiaľ len vo veľmi ranom štádiu, preto ich prípadná škodlivosť bude závisieť najmä od konkrétnej aplikácie týchto návrhov. Najmä odbúravanie rôznych administratívnych bariér medzi krajinami v rámci budovania energetickej únie vítam. No veľký dôraz na „energetickú efektívnosť“, ktorá v praxi vedie k prijímaniu absurdných regulácií, prípadne veľký dôraz na nezmyselnú prísnosť klimatických cieľov bude však pre ekonomiku EÚ len veľmi ťažko prospešný.

Mittwoch, 25. März 2015

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Unione energetica e politica estera: questi i temi al centro dei lavori del Consiglio europeo, come al solito più attento alla retorica di facciata che alla ricerca di soluzioni credibili per rilanciare l'economia.

Il *summit* si è limitato ad avallare il vecchio approccio alla crisi basato su riforme strutturali, capitali privati e consolidamento fiscale (leggi: austerità), mentre la questione greca è stata affrontata ai margini delle riunioni ufficiali, silenziosamente, dopo cena, tra pochi leader selezionati. Un modo per ribadire che la crisi è esclusiva responsabilità dei greci e non affare di interesse comune, ignorando ogni legame con l'austerità imposta con i programmi di aggiustamento, la speculazione finanziaria o gli squilibri macroeconomici dell'Euro.

Eppure, questo *summit* poteva essere l'occasione per rivedere completamente la *governance* economica, per rilanciare una strategia contro povertà e disoccupazione nonché per avviare, al più alto livello politico, una discussione multilaterale sulla soluzione della crisi greca e dell'Eurozona, valutando tutte le opzioni, inclusa l'uscita dall'Euro e la ristrutturazione dei debiti sovrani.

Purtroppo, l'assenza di questi temi durante il *summit* mi convince sempre più che il problema di fondo sia la persistente inerzia delle istituzioni, la mancanza di volontà politica e di senso di responsabilità. Che forse è ancora più difficile da correggere, rispetto a una carenza di liquidità.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O Conselho Europeu realizou, nas suas conclusões, uma troca de pontos de vista sobre a situação económica na Europa e a implementação das reformas estruturais fundamentais empreendidas pelos Estados—Membros. O Conselho Europeu volta a insistir nos três principais pilares da Análise Anual do Crescimento (investimento, reformas estruturais e consolidação orçamental favorável ao crescimento) e intima os Estados-Membros a repercutirem essas prioridades nos seus próximos programas nacionais de reformas e nos programas de estabilidade ou de convergência. Isto mostra que os governos continuam cegos em relação à realidade social e política da Europa, dominada pelo desemprego, pelo alastramento da pobreza e pela ausência de perspetivas de crescimento. Precisamos de uma Europa voltada para os cidadãos, não de uma Europa amarrada aos interesses das grandes empresas multinacionais e do setor financeiro.

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – Konkluzje Rady Europejskiej i Komisji z 19 i 20 marca 2015 r. obejmują szereg istotnych dla Unii Europejskiej zagadnień. Po pierwsze, dotyczą unii energetycznej, która niewątpliwie jest ważnym elementem wspólnej polityki państw członkowskich. Rada Europejska słusznie podkreśliła znaczenie przyspieszenia prac infrastrukturalnych, w tym stworzenia połączenia z regionami peryferyjnymi w celu zbudowania bezpiecznego wewnętrznego rynku energetycznego.

Przedmiotem oświadczenia jest także Europejski Semestr, w ramach którego Rada Europejska poruszyła bardzo istotny temat negocjacji UE z USA w sprawie transatlantyckiego partnerstwa handlowo-inwestycyjnego TTIP. Słusznie podkreślono ambitny cel, aby do końca roku zakończyć toczące się negocjacje w sprawie kompleksowego i obustronnie korzystnego porozumienia.

Ostatnim tematem, nie mniej ważnym, zawartym w konkluzjach, są stosunki zewnętrzne UE. Z pewnością aktualnie prowadzony przegląd europejskiej polityki sąsiedztwa powinien zapewnić dalsze zaangażowanie we współpracę zarówno ze wschodnimi, jak i południowymi partnerami Unii Europejskiej w celu zacieśnienia kooperacji w zakresie mobilności, możliwości rynkowych czy połączeń międzysystemowych.

18. Jährlicher Steuerbericht - Angenommener Beschluss über die Politik der Steuertransparenz (Aussprache)

Presidente. – L'ordine del giorno reca la discussione congiunta sulla politica fiscale:

— dichiarazione della Commissione sulla decisione adottata in merito alla politica di trasparenza fiscale (2015/2601(RSP))

— relazione di Eva Kaili, a nome della commissione per i problemi economici e monetari, sulla relazione annuale in materia di fiscalità (2014/2144(INI)) (A8-0040/2015).

Mittwoch, 25. März 2015

Eva Kaili, *rapporteur*. – Mr President, one of the major challenges of the annual tax report for this year was to employ a more political view on the subject rather than just following the standard path of doing business as usual.

The emergence of the LuxLeaks cases during the drafting period has vindicated our view and compelled a political response. It was necessary for the Parliament to take a political position and not to pretend that nothing had happened. This annual tax report is the standard vehicle of the Committee on Economic and Monetary Affairs on tax issues. The interest shown in it by MEPs is proved by the numerous amendments tabled on the issue, urging a clear political message.

There was a wide range of proposals. More specifically, we can underline the focus on issues related to the requirement for social justice in tax policies. There was widespread concern about the taxation of capital, the taxation of income resources from interest payments, dividends and security returns, as well as on the control of financial vehicles used to facilitate tax evasion. In the same vein, the financial transaction tax still remains very popular. Many colleagues made proposals on its enhancement and expansion, as well as on the use of its proceeds to augment either the EU budget or the fund for climate change and even the European Fund for Strategic Investment.

Moreover, the discussion indicated the persistent concern of the Parliament about corporation taxation, especially the Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB) and the minimum corporate tax contributions. There were many proposals which linked taxation to the competitiveness of European firms, as well as amendments on the way in which SMEs are taxed.

Finally, the Parliament is still divided between those who favour coordination and those who favour harmonisation. The recurring coordination failures – as SwissLeaks and LuxLeaks also indicate – prompted many of our colleagues to stress the importance of more harmonisation on tax issues, using the European Semester, and other issues such as access to funding for honest taxpayers. The Parliament, as indicated in the compromise process, attempted to show a responsible stance with very strong support for a set of policies for assisting the fight against aggressive tax planning, tax avoidance and tax evasion, as well as policies to minimise the tax gap.

There is also widespread understanding of the necessity for good governance in tax matters, for simple tax systems and tax policies that encourage entrepreneurship, strengthen competitiveness and support SMEs, and, moreover, understanding of the social consequences of tax policies, especially for economically weaker people.

There are also issues that we can discuss further in the future, so as to share common ground for common policy initiatives. These issues include a definition of tax havens, sanctions against those who assist in tax fraud, country-by-country reporting, the OECD's Base Erosion and Profit Shifting, the FTT, and shifting the tax burden from labour.

One of the most important contested issues concerned the automatic exchange of information for making tax ruling practices and non-transparent agreements between Member States and multinationals apparent. So, in the light of current developments and public concern, it is extremely important for the Parliament to show its firm stance against any non-transparent practice that reduces legal certainty for taxpayers and distorts intra-market competition.

We welcome the Commission's prompt proposal on tax transparency to fight tax evasion and avoidance, which stresses that the provision of information can no longer be refused on the grounds of inappropriate disclosure of information and of commercial, industrial or professional secrecy. However, we must be very sceptical so long as the set of consequences for those who do not comply is not explicitly identified.

Overall, despite the disagreement, we can say that the annual tax report is clear, coherent and focused, and that it lays the basis for a relevant, timely, fair, transparent, socially responsible and business-friendly tax policy for the European Union.

Mittwoch, 25. März 2015

IN THE CHAIR: MAIREAD McGUINNESS

Vice-President

Pierre Moscovici, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs, je vous remercie de me donner l'opportunité d'avoir avec vous un échange sur la fiscalité en Europe.

Le rapport annuel sur la fiscalité, dont nous discutons aujourd'hui, dresse un diagnostic que je partage entièrement.

Le panorama de la fiscalité des entreprises et des personnes en Europe est à la fois illisible et trop peu efficace. Le manque de coordination des pratiques et des règles fiscales des États membres pose des problèmes fondamentaux à l'ensemble de l'Union.

Premièrement, les règles fiscales, trop souvent, segmentent le marché intérieur d'une manière telle que la plupart des entreprises européennes ou étrangères n'y ont pas pleinement accès et rencontrent des entraves qui brident leurs possibilités de croissance.

Deuxièmement, les autorités fiscales ne sont plus en mesure – ou le sont moins – de collecter convenablement l'impôt qui leur est dû. Certains contribuables pratiquent une planification fiscale agressive pour profiter des différences et des incohérences qui existent entre les systèmes fiscaux. De surcroît, force est de constater que les États membres, eux-mêmes, se livrent à une concurrence exagérée pour attirer les bases d'imposition les plus mobiles.

Troisièmement, face à la révélation de ce système inique, qui profite aux plus puissants, au détriment de tous les autres – et qui n'est plus toléré car il n'est plus tolérable –, le consentement à l'impôt est en train de s'estomper. C'est le cœur même du contrat social entre le citoyen et les autorités publiques qui est en jeu.

Nous faisons donc face à une situation critique qui réclame une action rapide et d'envergure. Mes objectifs sont les mêmes que les vôtres. Tout d'abord, nous devons rétablir la justice fiscale au sein de l'Union et des États membres. Nous devons enfin créer un véritable marché intérieur fiscal, un cadre transparent et prévisible pour que les entreprises investissent et que le consommateur retrouve confiance. Et, finalement, nous devons mettre la fiscalité au service des priorités politiques de l'Union, que ce soit le marché unique du numérique – la Commission en parlait ce matin – ou l'Union de l'énergie.

Les solutions existent et certaines nous sont déjà connues depuis plusieurs années. Leur mise en place exigera un engagement de tous et, en premier lieu, de la plupart des États membres, qui ont le dernier mot sur ces questions et qui devront se mettre d'accord sur les solutions ambitieuses que nous leur proposerons.

Le président de la Commission, Jean-Claude Juncker, a fait de la lutte contre la fraude et l'évasion fiscale une priorité politique absolue de cette Commission et je tiens à m'attarder quelques instants sur ce point.

La Commission européenne, vous le savez, vient de prendre une série de mesures fortes pour améliorer la transparence fiscale dans l'Union avec, tout d'abord, une proposition de directive relative à l'échange d'informations sur les *rulings* ou – en français – rescrits fiscaux. Il s'agit de mettre à la disposition de tous les États membres des informations sur l'impact des décisions de leurs partenaires sur leur propre base d'imposition, ce qui va de pair avec un engagement consistant à promouvoir la transparence, au-delà des rescrits fiscaux, afin que l'Union européenne reste un précurseur en matière de transparence fiscale globale.

Mittwoch, 25. März 2015

Une possibilité pourrait être – comme vous le recommandez dans le rapport annuel sur la fiscalité – d'étendre à tous les secteurs l'exigence actuelle, faite à certaines industries dans l'Union européenne, de rendre publiques certaines informations financières pays par pays. C'est un débat que la Commission est prête à avoir avec le Parlement. La Commission n'a pas encore pris de décision sur la meilleure façon de procéder, ce qui nécessitera une analyse plus approfondie, mais elle entend travailler d'arrache-pied pour mener à bien cette analyse qui reste un préalable nécessaire à de futures positions communes.

La question du lieu où les bénéfices doivent être taxés est, par ailleurs, particulièrement pertinente dans l'Union européenne, en raison de ses caractéristiques uniques telles que l'existence d'une zone dotée d'une monnaie unique et d'un marché intérieur comptant vingt-huit systèmes fiscaux différents. Nous sommes dotés de nos propres règles, de nos propres priorités et de nos propres objectifs. L'Union peut s'appuyer sur le travail utile fourni par l'OCDE, mais elle ne peut pas se reposer uniquement sur ses travaux. Le programme de travail de la Commission pour 2015 prévoit qu'elle présentera, à la lumière de l'évolution au niveau mondial, un plan d'action pour la fiscalité des sociétés dans le marché unique, où les profits devront plus systématiquement se voir taxés là où la valeur est créée, pour rapprocher la production de la taxation.

Ce plan d'action permettra de relancer les discussions sur le projet ACCIS (ou CCCTB), qui devrait permettre d'harmoniser la base taxable pour de nombreuses sociétés qui opèrent au niveau transfrontalier dans l'Union européenne. Cela permettrait non seulement de rendre le marché intérieur plus compétitif mais aussi de limiter les possibilités de manipulation fiscale par les sociétés, ce qui est pour nous une priorité. Cela devrait aussi comporter des actions à plus court terme pour permettre de mettre en œuvre, dans l'Union, les solutions qui auront été agréées au niveau mondial, notamment au niveau du G20.

Il est prévu que la Commission adopte ce plan d'action – deuxième phase de notre démarche – avant l'été, au début du mois de juin je pense. Je suis sûr que votre Assemblée, par les travaux menés au sein des commissions TAXE et ECON, contribuera positivement à la préparation de ce plan d'action. Je souhaiterais encore dire quelques mots sur deux sujets.

D'abord, la taxe sur les transactions financières. La mise en œuvre d'un cadre ambitieux de taxe sur les transactions financières nationales est une priorité que la Commission partage avec ce Parlement, comme indiqué par le président Juncker dans ses orientations politiques. En effet, la Commission encourage des réformes fiscales qui mettent à contribution ceux qui ont profité des politiques de sauvetage coûteuses et qui permettent d'élargir l'assiette imposable et d'alléger la charge fiscale pesant sur le travail.

Je me félicite qu'à l'occasion du dernier Conseil Ecofin, en janvier, les États membres participant à la coopération renforcée aient réitéré leur volonté de créer les conditions pour la mise en œuvre d'un cadre européen de TTF nationales harmonisé à partir du 1^{er} janvier 2016. Je note aussi que les États membres de la coopération renforcée ont déclaré que les TTF nationales devraient reposer sur la base imposable la plus large possible avec des taux bas, tout en prenant en compte leur impact sur l'économie réelle et les risques de délocalisation.

Les services de la Commission ont toujours offert et continueront à offrir un support technique aux États membres afin de parvenir rapidement à un accord, dans un esprit d'ouverture au compromis, tout en défendant les principes fondamentaux de la proposition de la Commission.

Enfin, pour ce qui concerne les impôts indirects, je tiens à souligner que la Commission entend présenter, au cours de ce mandat, une série de réformes du système de la TVA pour améliorer son fonctionnement, en réduire la charge administrative afin, notamment, d'adopter un régime définitif de la TVA. La Commission privilégie et privilégiera une approche globale car l'introduction de mesures *ad hoc* éparpillées risquerait, notamment au vu des négociations au Conseil, de déboucher sur des solutions incohérentes, voire de n'aboutir – on connaît la façon dont cela fonctionne – à aucune solution. Ceci s'applique également à la réflexion sur les taux de TVA.

Je tiens à remercier M^{me} Kaili pour son excellent rapport et à rappeler que je suis à la disposition du Parlement pour que nous puissions avancer ensemble sur ce sujet essentiel. J'aurai d'ailleurs le 30 mars un échange avec la commission spéciale TAXE dans l'esprit qui doit dominer, à savoir l'esprit de transparence et de collaboration entre nous.

Mittwoch, 25. März 2015

Theodor Dumitru Stolojan, în numele grupului PPE. – Doamnă președinte, în primul rând, doresc să salut noua inițiativă a Comisiei Europene privind pachetul pentru transparență fiscală. Am convingerea că introducerea schimbului automat de informații între statele membre cu privire la deciziile fiscale răspunde cerinței cetățenilor, iar aceștia doresc un lucru simplu și corect: impozitarea profiturilor să se producă în țara în care acestea au fost realizate și nu să fie transferate în altă țară prin decizii fiscale individuale sau prin artificii contabile. Așteptăm cu interes și noul plan de acțiune pe care Comisia Europeană l-a promis împotriva evaziunii fiscale și a evitării plății impozitelor.

În al doilea rând, doresc să mulțumesc doamnei Kaili, raportoarea, precum și celorlalți colegi cu care am colaborat foarte bine în definitivarea acestui raport. Doresc să subliniez o singură propoziție importantă din acest raport: numai printr-o colaborare strânsă între statele membre, între statele membre și țările terțe vom putea înregistra un progres substanțial în ceea ce privește lupta împotriva evaziunii fiscale și a mutării profiturilor.

Elisa Ferreira, em nome do Grupo S&D. – Senhor Comissário, no meu país, Portugal, como em muitos outros, uma pequena empresa que tenha conseguido sobreviver à crise, para além de dificilmente conseguir crédito, tem de pagar 23% de imposto sobre os seus lucros. Ao mesmo tempo, várias grandes empresas multinacionais, como a Amazon, a Starbucks ou a IKEA, conseguem, alegadamente, pagar taxas de pouco mais de 1%, jogando com as diferenças fiscais entre os Estados da União Europeia.

Segundo exemplo, se o meu país não conseguir receitas fiscais suficientes para cobrir despesas essenciais na educação, saúde ou apoio à velhice, corre o risco de pagar uma multa que pode ir até 0,5% do PIB por incumprimento das regras de governação económica.

No entanto, 19 das 20 maiores empresas portuguesas, das que mais poderiam contribuir com os seus contributos fiscais para equilibrar estas contas públicas, optaram por transferir a sede para a Holanda ou para o Luxemburgo, para beneficiarem das vantagens fiscais que lhes são oferecidas.

Esta prática de *dumping* fiscal entre países que partilham o mesmo mercado e a mesma moeda torna-se insuportável aos cidadãos. A recente proposta da Comissão Europeia torna obrigatória a troca de informações entre os países da União Europeia sobre práticas de otimização fiscal. É um passo na direção certa que eu reconheço e agradeço ao Comissário Moscovici, mas é, ainda assim, insuficiente. Há uma quantidade de medidas que têm de ser tomadas de combate aos paraísos fiscais, de harmonização da base tributável para as empresas, de reporte de país a país. E o esforço que se está a exigir aos cidadãos exige também que tenhamos uma determinação no avanço desses dossiês.

O Parlamento Europeu está totalmente determinado a contribuir para essa nova modalidade de tratamento fiscal e esperamos sinceramente, para além do apoio da sociedade civil, para além do apoio da Comissão, que tenhamos o mesmo espírito de convergência da parte do Conselho. Os cidadãos é isso que exigem e é essa resposta que nós temos hoje que dar.

Zbigniew Kuźmiuk, w imieniu grupy ECR. – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Mimo tego, że w ramach Unii Europejskiej mamy podatki zharmonizowane, takie jak VAT i akcyza, i niezharmonizowane, takie jak podatki dochodowe od firm i od osób fizycznych, to w obydwu tych obszarach podatkowych mamy do czynienia z bardzo niekorzystnymi zjawiskami. Chciałbym zwrócić uwagę tylko na dwie kwestie.

Wyłudzenia podatku VAT w większości krajów Unii wynoszą już dziesiątki miliardów euro rocznie i z roku na rok rosną. Co więcej, coraz więcej jest tzw. przestępstw karuzelowych, polegających na mnożeniu faktur sprzedaży towarów bądź usług pomiędzy firmami z różnych krajów bez przeprowadzania rzeczywistych transakcji i na tej podstawie wyłudzenia podatku VAT. Coraz częściej państwa członkowskie bronią się przed tym wyłudzaniem tzw. odwróconym VAT, ale to wypacza ideę tego podatku.

W zakresie podatków dochodowych mieliśmy do czynienia z wielkimi optymalizacjami podatkowymi dokonywanymi przez wielkie koncerny z udziałem służb skarbowych Luksemburga. Budżet mojego kraju na tych optymalizacjach stracił około 4 mld rocznie. Mam nadzieję, że zaproponowana przez Komisję automatyczna wymiana informacji spowoduje ukroczenie tej optymalizacji.

Cora van Nieuwenhuizen, namens de ALDE-Fractie. – Toen ik een aantal jaren geleden aangaf dat ik geïnteresseerd was in belastingonderwerpen werd ik een beetje meewarig aangekeken, want het was maar een saai en stoffig onderwerp en het was politiek ook absoluut niet spannend. Dat is in deze dagen ontzettend veranderd, maar ik kan niet zeggen dat de aanleiding daarvoor nou zo positief is. Want helaas is het allemaal veroorzaakt door LuxLeaks en zijn wij nu in een situatie dat gewone burgers zich allemaal zorgen maken over het feit dat zij het gevoel hebben dat zij veel meer belasting moeten betalen - hetzelfde geldt voor kleine ondernemers - dan dat de grote multinationals doen. Het lijkt erop dat zij door de mazen van het net glippen.

Mittwoch, 25. März 2015

Ik denk dat het heel goed is dat wij nu van het momentum gebruikmaken om stappen voorwaarts te zetten en daar is in ieder geval voor nodig dat wij precies weten waar wij het over hebben. Wij moeten de juiste definities met elkaar hebben, want in het debat worden zowel belastingontwijking als belastingfraude en belastingvermijding door elkaar gehaald. Alles wordt door elkaar gebruikt. De definitie van belastingparadijs, wat verstaan wij daar nu precies onder? Daar moeten wij met elkaar goede afspraken over maken, zodat wij over hetzelfde spreken.

Het huidige voorstel van de Commissie met het oog op meer transparantie juichen wij zeer toe. Want om te weten waar je het over hebt is die transparantie broodnodig. Ik heb daarbij nog wel één vraag aan de Commissie. Wij weten allemaal dat dit probleem een wereldwijd probleem is en niet alleen beperkt tot Europa, dus in hoeverre spreekt u ook met andere grootmachten over transparantie inzake belastingdeals?

Marisa Matias, em nome do Grupo GUE/NGL. – Senhora Presidente, o mínimo que nós podemos dizer da política fiscal atualmente é que ela é ineficiente e injusta. O que nós vimos nos últimos anos, em particular nos anos de crise, e isso torna-se mais chocante associado à austeridade, foi em nome da competitividade a uma enorme queda da taxaço do capital, seja nos lucros, seja nas receitas. Em nome da chamada consolidação orçamental, assistimos a um aumento incrível da taxaço quer do trabalho, quer do consumo, o que associado à austeridade e à recessão, só trouxe mesmo consequências muito devastadoras para a periferia da zona euro. E o resultado é que, em matéria de distribuição do rendimento e da riqueza, nós tornamo-nos cada vez mais desiguais. Assistimos também a práticas fiscais agressivas, assistimos a escândalos associados à elisão e à fraude fiscal, assim como à evasão fiscal, e vimos que a Lux Leaks é apenas a ponta do iceberg.

Os dados da Comissão Europeia mostram que os cidadãos europeus perdem um trilião de euros por ano em resultado de práticas de evasão fiscal. Como nós vimos, todos os anos também, há uma injustiça permanente. Dezanove das vinte maiores empresas em Portugal mudaram a sua sede para a Holanda ou para o Luxemburgo para não pagarem tantos impostos. Assistimos, de facto, a práticas de *dumping* fiscal.

O pacote que a Comissão agora propõe sobre transparência fiscal não traz nada de novo. São medidas que já existiam desde 1977 e que a Comissão não pôs em prática. E chamar transparência à troca de informações entre autoridades fiscais é, no mínimo, exagerado. Transparência era ser público.

Molly Scott Cato, on behalf of the Verts/ALE Group. – Madam President, to the surprise of many, tax has become an issue of great interest during the past year. As corporations and wealthy individuals have found ever more intricate ways to avoid paying their fair share, taxation has become divorced from economic activity and, as a result, public coffers have been starved of revenue and governments have been unable to invest in necessary infrastructure or provide support for their needy citizens. We have reached the stage where it is vital for the protection of our civilised societies that we address the issue of tax avoidance and aggressive tax planning.

Tax avoidance is also undermining the single market, as the Commissioner pointed out. Transnational corporations are able to cut sweetheart deals with governments and to organise transfer pricing deals that could never be possible for the small businesses that are the backbone of our local communities across the European Union. In our role as the voice of small business and strong local economies, Greens demand that completing the single market should include the requirement of fair taxation across the Union, to ensure fair competition between small businesses and multinationals.

In November last year, after the emergence into the public domain of the scandalous deals that had been agreed by President Juncker while he was Prime Minister of Luxembourg, there was a motion for the removal of the whole Commission. However, in spite of deep concerns about certain Commissioners, the Greens' position was that they should be given a chance to resolve these problems before being dismissed. We challenged Juncker to 'act or go'.

Last week, we saw the Commission's proposed action and it will not surprise you to know that we were deeply disappointed. The proposal on information exchange between Member States is necessary and welcome, clarifying an obligation which has existed since the 1970s but which has not been properly applied. If it had been applied, it would have ensured that scandalous 'tax rulings' could not have been kept concealed. However, this is only one of a number of measures that could and should be introduced to improve transparency on taxation.

Mittwoch, 25. März 2015

So I am pleased to welcome the many strong statements focused on addressing the issue of tax competition and tax avoidance included in this year's annual tax report, especially the repeated call for a compulsory common consolidated tax base. I also welcome the establishment of the special committee to investigate tax affairs across the union.

However, as a Green, I was deeply disappointed that, in this year that will culminate in the Paris negotiations on climate change, our most important amendments – calling for ecological taxation, the ending of tax advantages and exemptions granted to the aviation industry, and the phasing out of other fossil fuel subsidies – were rejected. We should all remember that tax, when used strategically, can provide incentives to move our communities towards the sort of future we imagine for our children, a future of sustainability and justice.

Marco Zanni, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, ci era stato detto che dopo lo scandalo *LuxLeaks* bisognava fare qualcosa, che la Commissione si sarebbe impegnata a fondo per contrastare il problema dell'evasione fiscale e dell'elusione fiscale favorite da alcuni Stati membri, come tutti noi ben sapevamo. Lo stesso Presidente Juncker, da grande esperto del settore, con anni di pratica in Lussemburgo, aveva garantito che si sarebbe impegnato in prima persona per combattere questi fenomeni che non solo danneggiano gli Stati membri ma minano lo stesso concetto di Unione europea, che si mostra anche in questo ambito un'Unione di mera facciata, nella quale i paesi cercano solamente di imporsi gli uni sugli altri con mezzi più o meno leciti.

Ci saremmo aspettati quindi misure ben diverse rispetto a quelle proposte dal Commissario Moscovici la scorsa settimana. Si continua ad ignorare, per incapacità o malafede, il nocciolo della questione: il fatto che questi sistemi, trasparenti o meno, sono di fatto leciti. Servono soluzioni realmente incisive, non ci si può limitare ad un semplice obbligo di scambio di informazioni tra Stati, escludendo peraltro i cittadini dall'accesso a questi documenti. Non è questo quello di cui abbiamo bisogno!

La questione di fondo è una sola: se non vengono cambiate le regole e queste pratiche continuano ad essere formalmente legali, la situazione non cambierà mai e continueremo a discutere all'infinito su maggiore trasparenza o minore trasparenza e collaborazione, senza risolvere mai nulla. Mi chiedo quindi insieme a 500 milioni di cittadini europei se ci sia davvero una volontà politica di risolvere questa distorsione. Che senso ha parlare di Europa unita e solidale quando vengono permesse queste pratiche?

Janusz Korwin-Mikke (NI). – Pani Przewodnicząca! Hasłem Unii Europejskiej jest różnorodność, tymczasem w każdej, powtarzam, w każdej sprawie domagamy się totalitarnego ujednolicenia. Jeżeli koleżanka z Portugalii się skarży, że ludzie uciekają do Holandii, to niech obniżą podatki do poziomu niższego niż w Holandii – połowa Holandii przyjedzie do Portugalii. Bardzo proste!

Celem powinno być zmuszenie rządów, żeby konkurowały o firmy, żeby konkurowały, żeby przyciągnąć obywateli, żeby przyciągnąć poszczególnych przedsiębiorców. Niestety, widzę, że na sali dominuje tendencja totalitarna, że wszystko musi być jednolite. Dlatego sądzę, że Unia Europejska musi zostać zniszczona.

Burkhard Balz (PPE). – Frau Präsidentin! Wir begrüßen, dass die Europäische Kommission nun erste Schritte unternommen hat, um in der Bekämpfung von Steuerflucht und Steuervermeidung voranzukommen.

Diese Schritte waren überfällig, aber sie sind längst noch nicht ausreichend. Es ist richtig und absolut notwendig, bei dem automatischen Austausch von Informationen unter den Mitgliedstaaten anzusetzen. Die Mitgliedstaaten dürfen sich hier nicht mehr herausreden. Der Austausch muss verpflichtend, regelmäßig und überprüfbar sein. Und es ist richtig und absolut notwendig, dass wir die globalen Vereinbarungen der OECD zur Steuertransparenz vollumfassend umsetzen und dafür auch formal die richtigen Bedingungen schaffen.

Und es ist richtig und absolut notwendig, dass die Kommission bei der Einführung einer gemeinsamen Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage durchgreifen und den Gesetzgebungsprozess wieder ins Laufen bringen möchte.

Mittwoch, 25. März 2015

Und es ist richtig und notwendig, dass die Kommission die Arbeit der *Code of Conduct*-Gruppe überprüfen und verbessern will. Es ist auch richtig, die Verfügbarkeit von Informationen und multinationalen Unternehmen auf den Prüfstand stellen.

Es ist aber nicht notwendig, eine Informationsbürokratie für den gesamten Unternehmenssektor zu schaffen. Wir stellen gerade die Realwirtschaft und unsere europäischen Unternehmen wirtschaftspolitisch in die erste Reihe, um EU-weit eine Investitionsoffensive, Arbeitsplatzwachstum und mehr Innovationen zu erreichen. Mit überbordenden Berichtspflichten machen wir uns vieles kaputt.

Wer bei der Berichterstattung nicht auf die zusätzlichen Kosten, auf die Effektivität und die Proportionalität schaut, bleibt auf einem Auge blind. Berichtspflichten nur um des Berichtens Willen finden keine Unterstützung bei uns.

Peter Simon (S&D). – Frau Präsidentin! Illegitime, aber nicht illegale Praktiken wurden in der EU im Bereich Steuern viel zu lange geduldet. Den Bürgerinnen und Bürgern war das häufig nicht bewusst, es ist ihnen erst durch die vor einigen Monaten ans Tageslicht gekommenen Dinge rund um Luxleaks voll ins Bewusstsein gelangt. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich gefragt, warum große internationale Unternehmen den Steuersatz zulasten Dritter, zu ihren Lasten, aushandeln können, während sie brav ihre Steuern zahlen.

Wenn wir dies ändern wollen, wenn wir illegitime Dinge nicht mehr einfach so geschehen lassen wollen, dann brauchen wir Transparenz. Dafür ist die Initiative, die die Kommission jetzt gestartet hat, ein erster Baustein. Duldendes Wegschauen ist nicht mehr möglich, wenn wir zu einem verpflichtenden Informationsaustausch über Steuervorbescheide zwischen den Mitgliedstaaten kommen. Nur: Verpflichtungen haben wir in diesem Bereich auch in der Vergangenheit schon einige gehabt. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass ein Verstoß hiergegen künftig auch strafbewehrt ist. Nur wenn es Konsequenzen zu fürchten gibt – da bin ich mir sicher –, werden Mitgliedstaaten an dieser Stelle ihrer Verpflichtung voll nachkommen.

Es ist auch gut, wenn die Kommission jetzt vorschlägt, dass wir ein zentrales Register einführen sollen, in dem Steuervorbescheide aufgeführt werden. Wichtig wäre es aber, dass wir sicherstellen, dass darin tatsächlich alle Steuervorbescheide von Unternehmen enthalten sind und dass dieses Register nicht nur den Mitgliedstaaten der Europäischen Union zugänglich ist, sondern bei Wahrung aller steuerrechtlichen Datenschutzgrundsätze auch der Öffentlichkeit. Ein solches Register sollte öffentlich sein!

Es ist zu begrüßen, wenn die Kommission für Juni anstrebt, in ihrem zweiten Steuertransparenzpaket Vorschläge für eine gemeinsame Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage vorzulegen. Ich möchte sie aber auch deutlich dazu ermutigen, bei der Frage, was wir darüber hinaus tun, der Frage der Darstellung – wo zahlen Unternehmen ihre Steuern? –, beim *Country-by-country-reporting* mutig voranzugehen. Transparenz ist die Voraussetzung dafür, dass Illegitimes künftig auch illegal wird.

Dariusz Rosati (PPE). – Pani Przewodnicząca! Unikanie podatków przy pomocy rozmaitych półlegalnych i nielegalnych metod kosztuje nasze budżety wiele pieniędzy. Dlatego z wielkim zadowoleniem witam inicjatywę Komisji i propozycję, która stanowi – moim zdaniem – pierwszy krok na drodze do uporządkowania tej dziedziny, polegającą na wymianie obowiązkowej informacji na temat decyzji podatkowych. Chcę również podziękować pani poseł sprawozdawcy, pani Kaili, za przygotowanie wyważonego sprawozdania.

Jest jednak jeden temat kontrowersyjny, o którym chcę powiedzieć kilka słów. W ust. 25 pani poseł proponuje, aby Komisja Europejska rozważyła wprowadzenie minimalnych stawek podatku od firm w celu – cytuję – „ograniczenia szkodliwej konkurencji podatkowej między państwami członkowskimi”. Uważam, że to zły pomysł, i to z kilku powodów. Po pierwsze, państwa członkowskie znajdują się na różnym poziomie rozwoju gospodarczego: niektóre są w stanie oferować bardzo dobre warunki do działania biznesu, inne po prostu nie mają takich środków. Dotyczy to infrastruktury czy usług publicznych, administracji rządowej. Dlatego nie jest rzeczą celową, aby ustalać minimalne stawki podatkowe, po prostu ze względu na to, że część państw może po prostu nie być w stanie oferować takich usług dla biznesu. I po drugie – to jest decyzja polityczna. W zależności od tego, która partia wygrywa, ta partia decyduje o podziale dochodu i o polityce podatkowej. Nie powinniśmy ingerować w ten demokratyczny proces wyborczy.

Mittwoch, 25. März 2015

Anneliese Dodds (S&D). – Madam President, I remember sitting in this Chamber five months ago in the immediate wake of the LuxLeaks scandal, and we were back together again two months ago in the wake of another scandal – SwissLeaks. So I am delighted that finally we have a first response from the Commission. I strongly welcome the measures that the Commission has recommended on tax rulings, but, frankly, we need far more action if we are truly going to meet the expectations of our citizens.

I have to say I was very concerned that the Commission's communication was lukewarm in relation to country-by-country reporting of profits by multinationals. The Parliament has long supported this measure, and I hope that the Commission will let us continue with our internal work promoting it. I also hope that the Commission will be publicly more supportive of immediate action to move ahead with country-by-country reporting.

We already have evidence that there is no negative impact from country-by-country reporting in relation to extracting industries and banking. We also know it would have a positive impact on SMEs, who at the moment are not competing on a level playing field with those firms who can shift their profits and hide where economy activity is truly occurring. So I hope the Commission will strongly support the urgent need for country-by-country reporting, and that it will also support the other measures that traditionally we in this Chamber have argued for, not just the Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCTB) – and I support what the Commissioner said on this today – but also black-listing of those who evade tax and the tax advisers who help them do it, and having a common definition of tax havens.

Tom Vandenkendelaere (PPE). – Fiscale competitie tussen lidstaten is gezond en wenselijk, maar er kan pas van een echte competitie sprake zijn wanneer de spelregels vastliggen en voor alle deelnemers gelijk en transparant zijn. Het fiscale transparantiepakket dat de Commissie nu voorlegt is een belangrijke eerste stap en haalt alvast de *tax rulings* uit het duister.

Maar ik verwacht meer. Klare spelregels, maar ook gelijke wapens. Daarom is het nodig dat wij de verantwoordiging rond LuxLeaks en SwissLeaks aangrijpen om eindelijk stappen te zetten naar een CCCTB. Met een eengemaakte belastbare basis voor vennootschapsbelasting wordt het ontwijken van belastingen immers bijzonder moeilijk. Concurrentie tussen lidstaten blijft mogelijk, bijvoorbeeld op het vlak van tarifiering, maar dan wel met een open vizier.

Wij weten allemaal, collega's, waar dit dossier vastzit en ik steun de Commissie in haar voornemen om de CCCTB te deblokken. Maar wordt het misschien niet eens tijd om dit dossier op tafel van de regeringsleiders te leggen? Als jongere wil ik namelijk niet enkel een Europa van grote woorden en waarden. Mijn generatie wil vooral een Europa van daden.

Werner Langen (PPE). – Frau Präsidentin! Die Diskussion über den jährlichen Steuerbericht ist diesmal keine Routineveranstaltung. Wir haben in den letzten zwanzig Jahren immer wieder Forderungen nach Transparenz und gegen Steuerdumping diskutiert, und nichts ist geschehen. Die Kommission hat weitgehend vor sich hin geschlafen. Erst die Entwicklung der letzten Monate hat gezeigt, wie notwendig dies ist. Deshalb begrüße ich auch die ersten Schritte, denn das Thema der Steuerhinterziehung und der Steuervermeidung hat ein Volumen erreicht, das an die Substanz der ehrlichen Steuerzahler geht, von Hunderten von Millionen Arbeitnehmern und mindestens 20 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen. Wenn ich sehe, dass die Steuervermeidung auf jährlich bis zu eine Billion Euro geschätzt wird, dann müssen jetzt endlich Taten folgen! Bisher waren es die Mitgliedstaaten, die unter indirekter Assistenz der Kommission keine entsprechende Harmonisierung vorgenommen haben. Es geht nicht um Steuerharmonisierung auf hohem Niveau, sondern ausschließlich um eine Strategie gegen Steuerdumping und gegen Steuervermeidung in Übereinstimmung mit den Artikeln 101–109 des EU-Vertrags, die unlauteren Wettbewerb auch bei Steuerfragen nicht erlauben.

Brian Hayes (PPE). – Madam President, I very much welcome the Commission's proposals of last week and I also welcome the fact that we are moving in relation to the automatic exchange of tax information. I believe European citizens stand united in opposing aggressive tax planning and on making sure that corporates and large businesses pay their fair share.

Mittwoch, 25. März 2015

I do not believe, however, that ordinary EU citizens want a fully harmonised tax code, and I think that this is ultimately a matter for the Member States to decide by way of direct elections in each country. However, we have to take an aggressive position when it comes to large corporates which are using all of the facilities to evade taxation.

Finally, I want to say this: we also need a radical debate in this Parliament and elsewhere, especially in the Commission, about effective tax rates because there are many countries within the European Union which claim to have a tax rate of 30% but effectively have a tax rate of 8%, 9% or 10%. This debate must focus on effective tax rates because that is the important way to shine a light on this entire area.

Catch-the-eye procedure

Seán Kelly (PPE). – Madam President, I concur completely with my colleague Mr Hayes, who outlined our position as regards this whole dossier. We absolutely agree that tax avoidance, tax evasion, and also the exchange of tax information, are key aspects dealt with in this proposal, and we are in favour of that. But we cannot accept the inclusion of Common Consolidated Corporate Tax Base (CCCBT) proposals. I note that quite a number of small countries have difficulty with this, and we think it discriminates against them. Competition is the life of trade, and it applies to tax as well in the European Union. For that reason we want to emphasise that we cannot accept this proposal, and we have voted against it every time in the past.

Monika Flašíková Beňová (S&D). – Daňová politika je dlhodobo v Európskej únii zaznávanou témou. Vždy bola odkladaná a vždy bola posúvaná z dôvodu akéhosi strachu a obavy z harmonizácie daní. Aj dnes to tu viackrát zaznelo. Treba ale úprimne povedať, že harmonizácia daní by mala byť takou čerešničkou na torte a v tejto chvíli by jej mali predchádzať najmä veľmi výrazné a jednoznačné opatrenia, ktoré zabránia daňovým únikom, ktoré ale zabránia aj tomu, aby spoločnosti v rámci Európskej únie mohli vždy vyhľadať tú krajinu pre svoju podnikateľskú činnosť, ktorá má zvýhodnenú sadzbu. Príkladom u nás na Slovensku je zdravotné poistenie. Zo zákona musí každý občan Slovenskej republiky zaplatiť zdravotné poistenie, a pritom niektoré spoločnosti sú domisilované v iných členských štátoch Európskej únie, kde je oveľa výhodnejšia sadzba práve pre poskytovanie tejto služby. Preto je daňová politika veľmi dôležitá, pretože ochraňuje našich zamestnancov a ochraňuje ľudí v členských štátoch.

Ruža Tomašić (ECR). – Gospodine predsjedniče, izvjestiteljica ispravno prepoznaje potrebu za poreznim rasterećenjem malih i srednjih poduzeća, no ipak, po mom mišljenju, nije uputila dovoljno oštar poziv državama članicama s nestimulativnim poreznim politikama da rasterete svoje porezne obveznike i poduzeća.

Danas se mi ne bismo u ovoj mjeri bavili borbom protiv utaje i izbjegavanja plaćanja poreza da države članice prekomjernim nametima i administrativnim teretom nisu doslovno prognale dio građana i poduzeća u područje sive ekonomije.

Sukladno tome ne podržavam izvjestiteljčinu osudu onih država članica koje su nastojale uspostaviti stimulativan porezni sustav koji potiče ulaganja i privlači strane ulagače. Nisu te države krive što su konkurentne, već su ostale krive što to nisu.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE). – Señora Presidenta, saludo el contenido de este informe anual sobre fiscalidad porque es el que hacía falta tras el escándalo de «LuxLeaks».

Hace falta transparencia sobre el funcionamiento de las Haciendas europeas, más armonización y participación para que los contribuyentes aporten iniciativas que «empasten» mejor impuestos y realidad productiva.

La fiscalidad debe ponerse al servicio de la economía real, favorecer al contribuyente honesto y castigar la rapiña financiera, la elusión, la evasión y la planificación fiscal agresiva. Compitamos con la fiscalidad apoyando la innovación, y no la elusión.

Quienes practiquen estas conductas, creo que, además de las sanciones fiscales, deberían quedar al margen de la contratación y de las ayudas públicas. Necesitamos, además, la tasa sobre transacciones financieras que genere recursos propios para las instituciones comunes, y una urgente reforma del IVA, que está viejo, es injusto y facilita la elusión.

Mittwoch, 25. März 2015

Finalmente, felicidades por el enfoque planetario, porque eso es lo que los europeístas verdaderos esperamos de nuestra Unión.

Miguel Viegas (GUE/NGL). – Este debate é um hino à hipocrisia. Governantes como o Presidente Juncker conviveram durante décadas com práticas de evasão fiscal, incentivando mesmo essas práticas, e estão agora, subitamente, muito preocupados com a justiça fiscal.

Este relatório não é mais do que uma lista de piedosas intenções que não vinculam nada nem ninguém. Aponta escândalos, mas usa formulações inócuas e inconsequentes que não apontam para o verdadeiro problema. E o problema remonta à década de oitenta, à revolução neoliberal, à privatização de setores-chave da nossa economia, criando impérios que mandam nos nossos governos e nas nossas instituições.

A redução da base tributária das empresas, a livre circulação de capitais, os paraísos fiscais, a fraude e a evasão fiscal são todas filhas da mesma doença, que é a subordinação do poder político ao poder económico, ou seja, ou mudamos isto ou tudo fica na mesma.

Ulrike Lunacek (Verts/ALE). – Frau Präsidentin, Herr Kommissar, meine Damen und Herren auch auf der Tribüne! Nach dem Luxleaks-Skandal hat Kommissionspräsident Juncker der als damaliger Finanzminister und Regierungschef von Luxemburg selber darin involviert war, versprochen, dass nun der Steuerhinterziehung in Europa endlich ein Riegel vorgeschoben wird.

Der automatische Informationsaustausch, das Register – das ist ein erster wichtiger Schritt. Aber das ist noch lange nicht genug. Gerade jetzt braucht die öffentliche Hand Geld, um zu investieren in Bildung, in die Ökologisierung der Wirtschaft und des Steuersystems. Deshalb ist für uns Grüne ganz klar: Auf europäischer Ebene und auch in meinem Heimatland Österreich ein klares Ja zum Ende des Bankgeheimnisses, und zwar nicht nur für Unternehmen, wie das die österreichische Bundesregierung jetzt vorschlägt, sondern auch für Privatpersonen. Es ist völlig unverständlich, warum Privatpersonen weiterhin Steuern hinterziehen dürfen.

Da geht es nicht um das Sparbuch der Oma, wie das oft behauptet wird, sondern es geht um Steuerbetrug, Steuervermeidung, Steuerhinterziehung in großem Ausmaß. Dieser Betrug an den Bürgerinnen und Bürgern muss endlich ein Ende haben.

(End of catch-the-eye procedure)

Pierre Moscovici, Membre de la Commission. – Madame la Présidente, Mesdames et Messieurs, je tiens d'abord à vous remercier, chacun d'entre vous, pour toutes vos contributions.

Ce que je retiens de ce débat, c'est tout d'abord une très grande convergence de vues sur les objectifs. Tous, quelles que soient nos préférences, nous voulons mettre en place une fiscalité plus juste et plus efficace dans l'Union. Nous souhaitons mettre en place un cadre transparent et prévisible pour les entreprises de l'Union, qui leur permette d'être compétitives sur les marchés mondiaux. Nous souhaitons redonner aux administrations fiscales des États membres les moyens d'exercer les prérogatives qui sont les leurs et qui sont aujourd'hui affaiblies.

C'est le message que je ferai passer auprès des ministres des finances et que nous devons tous faire passer auprès des gouvernements nationaux, qui, vous le savez, ont un rôle essentiel à jouer en la matière – la règle de l'unanimité est une règle qui complique les choses –, si nous voulons que l'Europe reste crédible dans ce domaine.

Je ferai trois brèves remarques, en style télégraphique.

Premièrement, en réponse à certaines observations, je peux vous dire que ma conviction est que ce que nous proposons est substantiel et qu'en matière de transparence notamment, les avancées du paquet que je vais présenter la semaine prochaine marquent – je n'hésite pas à le dire – une forme de nouvelle ère pour l'Union européenne: jamais n'avait été proposée une démarche aussi ambitieuse, qui va bien au-delà, en réalité, de l'arsenal dont nous disposons depuis 1977.

J'ajoute qu'il s'agit, bien sûr, d'une première phase et non pas d'une fin en soi. La Commission présentera avant l'été un deuxième paquet qui comprendra à la fois des mesures pour la compétitivité et qui comportera de nouvelles étapes vers la transparence, que je suis – je l'ai dit – prêt à étudier avec vous. J'ai mentionné le *country by country report*.

Mittwoch, 25. März 2015

Deuxièmement, il est vrai que nous n'agissons pas que pour nous-mêmes. Nous le faisons dans un cadre qui est mondial, dans le cadre notamment de l'initiative BEPS de l'OCDE, dans le cadre de l'initiative du G20 et je souhaite que des collaborations soient ouvertes avec d'autres pays hors Union européenne.

Je citerai par exemple, dans un domaine autre que celui dont nous traitons aujourd'hui, l'accord sur l'échange automatique d'informations en matière bancaire, qui a été paraphé la semaine dernière avec la Suisse et qui sera conclu cet été. C'est une vraie révolution, là encore, qui marque la fin future du secret bancaire, dans un grand pays dont on sait qu'en l'occurrence, il a une certaine image.

Troisièmement, je veux vous assurer de ma détermination à faire bouger les choses, à m'appuyer sans hésitation sur les exigences d'une opinion publique qui, aujourd'hui, ne tolère plus certaines injustices ni certaines pratiques, de mettre les États membres devant leurs responsabilités. Pour ce faire, nous avons bien sûr besoin – vous, le Parlement, et nous, la Commission – de travailler ensemble, presque main dans la main. C'est pourquoi je serai à l'écoute de vos propositions. C'est aussi pourquoi les travaux que votre assemblée mène, au sein des commissions ECON et TAXE sur ce sujet, jouent un rôle essentiel tant à l'égard de la prise de conscience publique de la situation actuelle de la fiscalité dans l'Union que de la définition des solutions à mettre en œuvre. J'attends avec impatience les résultats ce travail commun.

Eva Kaili, rapporteur. – Madam President, I would like to thank colleagues for taking the floor and for their contributions. I am especially grateful to the shadow rapporteurs, who made this annual tax report the most political until now, for setting priorities. We will keep working for more common policy initiatives.

Unfortunately there is also a set of subjects on which we did not all find common ground, such as environmental issues and other indicators relating to the potential to generate growth and jobs, as well as the issue of protecting and defending whistleblowers – thanks to whom we know how the system works.

Allow me also to thank Commissioner Moscovici for his commitment, for listening to us, and for saying that he will present more initiatives by June of this year. Thank you very much, Commissioner. I would also ask the Council to listen to us, as Parliament now has a clear, coherent and to-the-point position in this report, which sets the basis for a relevant, timely, fair, transparent, socially responsible and business-friendly tax policy for the EU.

Thank you all, and I hope that we will keep working together to move things forward in the near future.

President. – The debate is closed.

The vote will take place shortly.

Written statements (Rule 162)

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), por escrito. – La Directiva sobre Intercambio Automático de Información entre Estados miembros aprobada en 2014 cubre intereses y dividendos en cuentas y beneficios procedentes de la venta de activos financieros. Sin embargo, no incluye las resoluciones fiscales (en su mayoría secretas) entre Estados miembros y multinacionales, que es lo que ha revelado Lux Leaks. La Comisión propone modificar la Directiva 2011/12/UE para extender este intercambio automático de información a los acuerdos fiscales. De este modo, este tipo de resoluciones de las administraciones fiscales en favor de empresas tendrán que ser comunicados automáticamente a todos los Estados miembros y a la Comisión. La propuesta tiene una retroactividad de diez años y no se podrá alegar secreto comercial o profesional para no proporcionar la información. Es una medida positiva y necesaria, pero la propuesta actual tiene algunos puntos débiles: la información intercambiada no será accesible por la ciudadanía; la obligación de intercambiar se condiciona a un impacto transfronterizo de los acuerdos fiscales, lo que puede suponer una vía de escape; la obligación solo afecta a personas jurídicas (personas físicas como actores o futbolistas de alto caché podrían firmar este tipo de acuerdos); no se especifican sanciones en caso de incumplimiento de la obligación de intercambio.

Mittwoch, 25. März 2015

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I cannot possibly support this report, which seems to believe in everything that is wrong with the European Union. We do not want more tax harmonisation. We do not want a Financial Transaction Tax to drain more money out of the United Kingdom economy. We do not want the EU to get involved with the Member States' sovereignty and their right to set their own tax policies. We do not want the EU to do things which should be done by the OECD. And we do not want the EU empire-building with its own resources either.

Guillaume Balas (S&D), *par écrit*. — Permettez-moi de saluer la qualité du rapport annuel sur la fiscalité porté par la députée socialiste Eva Kaili. Ce texte souligne d'abord l'étendue de la fraude et de l'évasion fiscales: chaque année, ce sont près de 1 000 milliards d'euros qui échappent aux recettes fiscales des États membres de l'Union européenne alors même que les finances publiques ont été durement éprouvées par la crise économique et financière. Cette résolution comporte plusieurs messages forts que le Parlement européen adresse au Conseil: les discussions autour de la taxe sur les transactions financières n'ont que trop duré, les 11 États membres participant à la coopération renforcée doivent prendre leurs responsabilités pour mettre enfin en place cet instrument de justice fiscale. De la même manière, l'assiette commune consolidée de l'impôt sur les sociétés, première étape vers l'harmonisation fiscale, doit revêtir un caractère obligatoire dans la proposition de la Commission.

Hugues Bayet (S&D), *par écrit*. – La Commission a présenté son «paquet fiscal», qui vise à rendre la fiscalité européenne plus transparente. Une des mesures phares de cette initiative est l'introduction de l'échange automatique d'informations entre les États membres de l'Union européenne. Si nous réussissons à faire adopter cette mesure, elle constituera un outil essentiel dans la lutte contre l'évasion fiscale. Je tiens à rappeler que chaque année l'évasion fiscale fait perdre 1 000 milliards d'euros aux États membres. Les cinquante plus grandes entreprises européennes ont domicilié un cinquième de leurs filiales dans les paradis fiscaux. Ce sont des milliards d'euros qui sont cachés et qui ne reviennent pas dans les caisses des États où ces entreprises font des bénéfices. Une réponse politique est donc cruciale pour répondre à ce problème. Pour les socialistes, l'impôt est juste quand il est équitablement réparti afin de permettre à la société de réaliser des investissements qui servent à la collectivité: routes, écoles, hôpitaux,... De plus, lorsque cet impôt est perçu principalement sur le dos des travailleurs alors que les spéculateurs et les grandes fortunes ne participent pas suffisamment à l'effort collectif, cela pose problème. Je conclurai en disant que c'est un premier pas satisfaisant mais que d'autres étapes sont encore nécessaires.

Catherine Bearder (ALDE), *in writing*. – I would like to raise the recent changes to EU rules on VAT and the impact they are having on micro-businesses across Europe selling services online. When these changes were negotiated, over six years ago, the aim was to prevent large companies from gaining a competitive advantage by basing themselves in countries with lower VAT rates. This should have helped small online businesses to compete. Unfortunately, these rules are now having the opposite effect. Requirements, including keeping customer records for 10 years and providing proof of buyers' locations, have proved excessively burdensome for many sole traders selling services such as e-books and craft patterns online. The message from across Europe is clear: the Commission must take swift and decisive action to reduce the burden of this legislation on our smallest and most innovative firms. Digital entrepreneurs will form the bedrock of the EU's future economic prosperity and competitiveness. We cannot afford to throttle them with excessive regulation.

Mittwoch, 25. März 2015

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), por escrito. – La Directiva sobre Intercambio Automático de Información entre Estados miembros aprobada en 2014 cubre intereses y dividendos en cuentas y beneficios procedentes de la venta de activos financieros. Sin embargo, no incluye las resoluciones fiscales (en su mayoría secretas) entre Estados miembros y multinacionales, que es lo que ha revelado Lux Leaks. La Comisión propone modificar la Directiva 2011/12/UE para extender este intercambio automático de información a los acuerdos fiscales. De este modo, este tipo de resoluciones de las administraciones fiscales en favor de empresas tendrán que ser comunicados automáticamente a todos los Estados miembros y a la Comisión. La propuesta tiene una retroactividad de diez años y no se podrá alegar secreto comercial o profesional para no proporcionar la información. Es una medida positiva y necesaria, pero la propuesta actual tiene algunos puntos débiles: la información intercambiada no será accesible por la ciudadanía; la obligación de intercambiar se condiciona a un impacto transfronterizo de los acuerdos fiscales, lo que puede suponer una vía de escape; la obligación solo afecta a personas jurídicas (personas físicas como actores o futbolistas de alto caché podrían firmar este tipo de acuerdos); no se especifican sanciones en caso de incumplimiento de la obligación de intercambio.

José Blanco López (S&D), por escrito. – La Directiva sobre Intercambio Automático de Información entre Estados miembros aprobada en 2014 cubre intereses y dividendos en cuentas y beneficios procedentes de la venta de activos financieros. Sin embargo, no incluye las resoluciones fiscales (en su mayoría secretas) entre Estados miembros y multinacionales, que es lo que ha revelado Lux Leaks. La Comisión propone modificar la Directiva 2011/12/UE para extender este intercambio automático de información a los acuerdos fiscales. De este modo, este tipo de resoluciones de las administraciones fiscales en favor de empresas tendrán que ser comunicadas automáticamente a todos los Estados miembros y a la Comisión. La propuesta tiene una retroactividad de diez años y no se podrá alegar secreto comercial o profesional para no proporcionar la información. Es una medida positiva y necesaria, pero la propuesta actual tiene algunos puntos débiles: la información intercambiada no será accesible por la ciudadanía; la obligación de intercambiar se condiciona a un impacto transfronterizo de los acuerdos fiscales, lo que puede suponer una vía de escape; la obligación solo afecta a personas jurídicas (personas físicas como actores o futbolistas de alto caché podrían firmar este tipo de acuerdos); no se especifican sanciones en caso de incumplimiento de la obligación de intercambio.

Iratxe García Pérez (S&D), por escrito. – La Directiva sobre Intercambio Automático de Información entre Estados miembros aprobada en 2014 cubre intereses y dividendos en cuentas y beneficios procedentes de la venta de activos financieros. Sin embargo, no incluye las resoluciones fiscales (en su mayoría secretas) entre Estados miembros y multinacionales, que es lo que ha revelado Lux Leaks. La Comisión propone modificar la Directiva 2011/12/UE para extender este intercambio automático de información a los acuerdos fiscales. De este modo, este tipo de resoluciones de las administraciones fiscales en favor de empresas tendrán que ser comunicadas automáticamente a todos los Estados miembros y a la Comisión. La propuesta tiene una retroactividad de diez años y no se podrá alegar secreto comercial o profesional para no proporcionar la información. Es una medida positiva y necesaria, pero la propuesta actual tiene algunos puntos débiles: la información intercambiada no será accesible por la ciudadanía; la obligación de intercambiar se condiciona a un impacto transfronterizo de los acuerdos fiscales, lo que puede suponer una vía de escape; la obligación solo afecta a personas jurídicas (personas físicas como actores o futbolistas de alto caché podrían firmar este tipo de acuerdos); no se especifican sanciones en caso de incumplimiento de la obligación de intercambio.

Doru-Claudian Frunzulică (S&D), in writing. – I welcome the fact that we have presented concrete proposals to fight tax evasion and avoidance after the unacceptable revelations of the Lux Leaks and Swiss Leaks scandals. It is clear that we must take stronger action to tackle corporate tax avoidance and aggressive tax planning. I support the inclusion of a list of practical demands in the report to make implementation of our proposals more effective. The report includes measures to reduce mismatches between tax systems and rules to extend country-by-country reporting to monitor where business profits are located and where taxes are paid. It also includes common EU criteria to define tax havens. I believe this call for more transparency and regulation represents an important step ahead in the fight against tax evasion and tax avoidance and a pragmatic tool to foster growth and strengthen the EMU. I would like to congratulate my colleague Eva Kaili for her holistic approach to the subject of taxation policy.

Mittwoch, 25. März 2015

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – La Directiva sobre Intercambio Automático de Información entre Estados miembros aprobada en 2014 cubre intereses y dividendos en cuentas y beneficios procedentes de la venta de activos financieros. Sin embargo, no incluye las resoluciones fiscales (en su mayoría secretas) entre Estados miembros y multinacionales, que es lo que ha revelado Lux Leaks. La Comisión propone modificar la Directiva 2011/12/UE para extender este intercambio automático de información a los acuerdos fiscales. De este modo, este tipo de resoluciones de las administraciones fiscales en favor de empresas tendrán que ser comunicadas automáticamente a todos los Estados miembros y a la Comisión. La propuesta tiene una retroactividad de diez años y no se podrá alegar secreto comercial o profesional para no proporcionar la información. Es una medida positiva y necesaria, aunque la propuesta actual tiene algunos puntos débiles que habrá que corregir en el trámite parlamentario, como los siguientes: la información intercambiada no será accesible por la ciudadanía; la obligación de intercambiar se condiciona a un impacto transfronterizo de los acuerdos fiscales, lo que puede suponer una vía de escape; la obligación solo afecta a personas jurídicas (personas físicas como actores o futbolistas de alto caché podrían firmar este tipo de acuerdos); no se especifican sanciones en caso de incumplimiento de la obligación de intercambio.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – L'Europa deve agire con prontezza ed efficacia per risolvere gli squilibri creati dalla mancanza di trasparenza fiscale e dalle pratiche di elusione ed evasione. Questi fenomeni, oltre a essere un comportamento illecito e intollerabile, costituiscono anche un danno economico notevole per l'economia, in un momento di così grande crisi in cui ogni risorsa pubblica deve essere reperita e messa a disposizione della crescita.

Il Parlamento europeo dedica oggi una sessione importante alla lotta contro l'evasione fiscale. Credo sia un segno importante per rispondere alle rivelazioni e agli scandali *Luxleaks* e *Swissleaks*, che hanno giustamente dettato preoccupazione nell'opinione pubblica. Il passo successivo ora è agire politicamente e legislativamente per ridurre quanto possibile le contraddizioni e le divergenze tra i vari Stati membri in materia fiscale, per eliminare i paradisi fiscali ancora esistenti all'interno dell'UE e soprattutto per controllare che i profitti delle grandi imprese siano effettivamente pagati nei paesi in cui si esercita l'attività produttiva e commerciale.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto convintamente la relazione annuale in materia di fiscalità perché ho condiviso l'approccio globale che il PE propone in materia di politica fiscale, che resta appannaggio degli Stati membri, poiché essa potrà rivelarsi uno strumento funzionale alla promozione della crescita e all'approfondimento necessario dell'UEM.

Condivido pienamente la necessità di spostare l'onere fiscale dal lavoro ad altre forme di tassazione sostenibile, affinché tutti i settori economici contribuiscano in modo equo alla crescita e alla creazione di posti di lavoro di qualità. Ritengo pertanto molto importante che la Commissione abbia ripreso con interesse il progetto della direttiva sulla CCCTB, relativa alla base imponibile consolidata comune per l'imposta sulle società, purché escluda le piccole e medie imprese e quelle a vocazione cooperativa, come richiesto nella risoluzione del PE del 2012. Sostengo pienamente l'invito rivolto alla Commissione perché s'impegni a presentare una proposta legislativa atta ad introdurre un'aliquota minima sulle società volta ad arginare la concorrenza sleale in materia fiscale. Infine invito gli Stati membri impegnati nella cooperazione rafforzata sulla FTT a ridare vigore a questa cooperazione, al fine di introdurre una tassazione sulle transazioni finanziarie altamente speculative e per questa via introdurre nuove forme di risorse proprie nel bilancio UE.

Mittwoch, 25. März 2015

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – La Directiva sobre Intercambio Automático de Información entre Estados miembros aprobada en 2014 cubre intereses y dividendos en cuentas y beneficios procedentes de la venta de activos financieros. Sin embargo, no incluye las resoluciones fiscales (en su mayoría secretas) entre Estados miembros y multinacionales, que es lo que ha revelado Lux Leaks. La Comisión propone modificar la Directiva 2011/12/UE para extender este intercambio automático de información a los acuerdos fiscales. De este modo, este tipo de resoluciones de las administraciones fiscales en favor de empresas tendrán que ser comunicadas automáticamente a todos los Estados miembros y a la Comisión. La propuesta tiene una retroactividad de diez años y no se podrá alegar secreto comercial o profesional para no proporcionar la información. Es una medida positiva y necesaria, pero la propuesta actual tiene algunos puntos débiles: la información intercambiada no será accesible por la ciudadanía; la obligación de intercambiar se condiciona a un impacto transfronterizo de los acuerdos fiscales, lo que puede suponer una vía de escape; la obligación solo afecta a personas jurídicas (personas físicas como actores o futbolistas de alto caché podrían firmar este tipo de acuerdos); no se especifican sanciones en caso de incumplimiento de la obligación de intercambio.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – La Directiva sobre Intercambio Automático de Información entre Estados miembros aprobada en 2014 cubre intereses y dividendos en cuentas y beneficios procedentes de la venta de activos financieros. Sin embargo, no incluye las resoluciones fiscales (en su mayoría secretas) entre Estados miembros y multinacionales, que es lo que ha revelado Lux Leaks. La Comisión propone modificar la Directiva 2011/12/UE para extender este intercambio automático de información a los acuerdos fiscales. De este modo, este tipo de resoluciones de las administraciones fiscales en favor de empresas tendrán que ser comunicadas automáticamente a todos los Estados miembros y a la Comisión. La propuesta tiene una retroactividad de diez años y no se podrá alegar secreto comercial o profesional para no proporcionar la información. Es una medida positiva y necesaria, pero la propuesta actual tiene algunos puntos débiles: la información intercambiada no será accesible por la ciudadanía; la obligación de intercambiar se condiciona a un impacto transfronterizo de los acuerdos fiscales, lo que puede suponer una vía de escape; la obligación solo afecta a personas jurídicas (personas físicas como actores o futbolistas de alto caché podrían firmar este tipo de acuerdos); no se especifican sanciones en caso de incumplimiento de la obligación de intercambio.

Cătălin Sorin Ivan (S&D), *în scris*. – Pierdereă anuală în UE ca urmare a fraudei fiscale și a sustragerii de la plata taxelor este estimată la 1 000 de miliarde de euro. Lupta cu fraudă fiscală trebuie să fie o prioritate.

Parlamentul European trebuie să fie foarte ferm în ceea ce privește combaterea acestor practici lipsite de transparență care denaturează concurența pe piață. Trebuie să avem o politică fiscală care promovează incluziunea, transparența și corectitudinea și în același timp încurajează buna guvernare și este un instrument eficient de promovare a justiției sociale și a reducerii inegalităților economice. Avem nevoie de politici care să combată evaziunea fiscală, care să reducă diferențele de fiscalitate care nu sunt corecte, care să încurajeze competitivitatea și să sprijine IMM-urile. De asemenea, avem nevoie de măsuri de combatere a paradisurilor fiscale.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito*. – No puede haber fiscalidad justa sin publicidad. La fiscalidad necesita transparencia y en el siglo XXI no puede haber opacidad con la irresponsabilidad social. Bajo estos principios, quiero hacer tres sugerencias a la propuesta de la Comisión Europea relativa a la modificación de la Directiva sobre el intercambio automático y obligatorio de información en el ámbito de la fiscalidad: 1. La información intercambiada debe ser accesible a los ciudadanos y los medios de comunicación. No solo a los Estados. Privar a los ciudadanos del acceso a esta información no tiene justificación ni puede explicarse en el siglo de la transparencia. 2. La obligación de informar a los Estados debe incluir también a sus acuerdos con las personas físicas y no solo a las jurídicas. 3. Los Estados deben publicar una lista negra de empresas que cometan fraudes fiscales o elusión fiscal para que la reputación corporativa de las compañías quede afectada por la irresponsabilidad fiscal.

Danuta Jazłowiecka (PPE), *na piśmie*. – Szanowni Państwo! Ostrożne szacunki wskazują, iż każdego roku państwa członkowskie tracą miliardy euro z tytułu działań zmierzających do uniknięcia opodatkowania. Sprawia to, że w czasach kryzysu uszczuplane są wpływy budżetowe niezbędne do prowadzenia aktywnej polityki pobudzania gospodarki. Jednak o wiele większym problemem jest to, iż takie działania oznaczają zachwianie reguł uczciwej konkurencji.

Mittwoch, 25. März 2015

Największym przegranym powszechnej praktyki unikania lub uchylania się od opodatkowania są małe i średnie przedsiębiorstwa, które nie mają możliwości wynegocjowania sobie zwolnień podatkowych. Dlatego też wdzięczna jestem Komisji, iż tak szybko podjęła działania zmierzające do ukrócenia nieuczciwej polityki podatkowej. Zaproponowane zmiany idą w dobrym kierunku, bowiem fundamentem aktywności państw w tej materii powinna być przejrzystość. Zobowiązanie państw członkowskich do regularnego przekazywania informacji na temat indywidualnych interpretacji podatkowych jest dobrym rozwiązaniem, bowiem utrudni nieuczciwe praktyki niektórych rządów. Niezbędne jest jednak precyzyjne zdefiniowanie tych decyzji, tak aby było wiadomo, które z nich wymagają zgłoszenia. Możemy się bowiem spodziewać, iż część rządów będzie próbowała obejść te przepisy i nadal przyciągać do siebie podatników.

Warta rozważenia jest również zasygnalizowana przez Komisję propozycja wprowadzenia europejskiego numeru identyfikacji podatkowej. Niewątpliwie ułatwi ona wymianę informacji pomiędzy administracjami podatkowymi państw członkowskich i pozwoli szybciej zidentyfikować negatywne praktyki poszczególnych przedsiębiorstw.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), por escrito. – La Directiva sobre Intercambio Automático de Información entre Estados miembros aprobada en 2014 cubre intereses y dividendos en cuentas y beneficios procedentes de la venta de activos financieros. Sin embargo, no incluye las resoluciones fiscales (en su mayoría secretas) entre Estados miembros y multinacionales, que es lo que ha revelado Lux Leaks. La Comisión propone modificar la Directiva 2011/12/UE para extender este intercambio automático de información a los acuerdos fiscales. De este modo, este tipo de resoluciones de las administraciones fiscales en favor de empresas tendrán que ser comunicadas automáticamente a todos los Estados miembros y a la Comisión. La propuesta tiene una retroactividad de diez años y no se podrá alegar secreto comercial o profesional para no proporcionar la información. Es una medida positiva y necesaria, pero la propuesta actual tiene algunos puntos débiles: la información intercambiada no será accesible por la ciudadanía; la obligación de intercambiar se condiciona a un impacto transfronterizo de los acuerdos fiscales, lo que puede suponer una vía de escape; la obligación solo afecta a personas jurídicas (personas físicas como actores o futbolistas de alto caché podrían firmar este tipo de acuerdos); no se especifican sanciones en caso de incumplimiento de la obligación de intercambio.

Νότης Μαριάς (ECR), γραπτώς. – Κύριε Μοσκοβισί, Η φορομνηστική πολιτική της τρόικας που επιβλήθηκε στην Ελλάδα έκανε τους φτωχούς φτωχότερους και τους πλούσιους πλουσιότερους. Έτσι, με την εφαρμογή του μνημονίου τα χαμηλότερα εισοδήματα επιβαρύνθηκαν φορολογικά κατά 337% ενώ τα υψηλότερα εισοδήματα μόνο κατά 9%.

Και όμως ακόμη και σήμερα η τρόικα απαιτεί αύξηση των έμμεσων φόρων, αύξηση του ΦΠΑ στα νησιά, αλλά και αύξηση του φόρου των ακινήτων. Ταυτόχρονα οι πολιτικές φοροαποφυγής τύπου Luxleaks αποστέρησαν την Ελλάδα και άλλες χώρες του Ευρωπαϊκού Νότου από φορολογικά έσοδα πολλών δισεκατομμυρίων ευρώ.

Για αυτό πρέπει να σταματήσει το φορολογικό ντάμπινγκ. Πρέπει να ληφθούν μέτρα κατά των μεγάλων επιχειρήσεων που μέσω του συστήματος των ενδοομιλικών συναλλαγών είναι πρωταθλήτριες στην φοροαποφυγή και την φοροδιαφυγή.

Τέλος, πρέπει να χτυπηθεί στη ρίζα του το λαθρεμπόριο καυσίμων και τσιγάρων. Επομένως, πρέπει να οικοδομήσουμε ένα φορολογικό σύστημα που θα διασφαλίζει την φορολογική δικαιοσύνη σε πανευρωπαϊκό επίπεδο.

Lola Sánchez Caldentey (GUE/NGL), por escrito. – El paquete de transparencia fiscal presentado la semana pasada por la Comisión Europea que, en respuesta al escándalo «LuxLeaks», pretende combatir el secretismo de acuerdos fiscales entre grandes corporaciones y Gobiernos es bastante vago.

Para empezar, pese a incluir algunas mejoras en la información que reciben las autoridades fiscales de los Estados, no debería llamarse paquete de transparencia, puesto que mantiene la opacidad ante la gente al ocultar el acceso de los ciudadanos a la información de dichos acuerdos. Para alcanzar un nivel de transparencia digno, es la gente quien debe tener la posibilidad de acceder a la información.

Espero que el paquete fiscal para corporaciones que la Comisión publicará en junio vaya más allá y sea ambicioso en la publicidad del beneficiario último de estructuras empresariales, con informes públicos país por país sobre la actividad de las empresas, y que intente frenar la competencia entre Estados para reducir el *dumping* fiscal.

Mittwoch, 25. März 2015

Eva Paunova (PPE), in writing. – The Annual Tax Report is an important exercise as it addresses issues such as tax fraud, tax evasion and tax havens, which pose a threat to both the nature of the single market and the image of the EU. As an integral part of the European Single Market, the Digital Single Market is also highly dependent on the tax legislative framework the EU is shaping. This framework should enable the core aim of the Digital Single Market – establishing a single market that gives equal conditions for production and trade for any European over the internet. I thus welcome the report, which calls for treating e-products equally with their physical alternatives with regards to taxation issues. Currently, e-commerce presents a major challenge for tax administrations, given the often multi-jurisdictional nature of the transactions and the potential anonymity of the parties. The EU should therefore push for policies that make it easier to do e-commerce. The proposal in the Annual Tax Report that invites the Commission to come up with a clear legislative framework to ensure equality between electronic and physical products is a good first step, yet there is a further need to review all EU tax policy from a Digital Market Perspective.

Pavel Poc (S&D), písemně. – Velmi vítám nový balíček Evropské komise k posílení daňové transparentnosti v Evropské unii. Balíček představuje slibný krok k zavedení spravedlnosti a férovosti do současných neprůhledných daňových systémů jednotlivých členských států. Není akceptovatelné, aby každoročně až 1 miliarda eur potenciálního příjmu z daní byla ztracena díky daňovým podvodům a únikům. Skutečnost, že daňové břemeno není rozloženo rovnoměrně a spravedlivě, je neomluvitelná. Zejména v době hospodářského poklesu a růstu chudoby, kdy není dostatek veřejných zdrojů k pokrytí investic. Je potřeba vyvinout tlak na Radu Evropské unie, kde i jeden negativní postoj členského státu může zablokovat jakýkoliv pokrok v tomto ohledu. Současný návrh Komise je bezesporu krok správným směrem. Automatická výměna informací mezi daňovými úřady členských států, které se v dnešní době mohou rozhodnout neposkytnout žádané informace, totiž pomůže hledat daňové mezery a nesrovnalosti. Balíček v jeho současné podobě však nemůže být konečnou metou. Neměli bychom dlouhodobě akceptovat situaci, kdy se posilněnému dohledu vyhnou nadnárodní společnosti, jež uzavřely daňovou dohodu před více než deseti lety. K dosažení celkové transparentnosti musíme také cílit prostřednictvím vytvoření registru, který nebude sloužit jen daňovým úřadům členských zemí a Evropské komisi. Registr by měl být otevřen široké společnosti a měl by zahrnovat jak právníky, tak i fyzické osoby.

Claude Rolin (PPE), par écrit. – Monsieur le commissaire, le Parlement européen doit envoyer un message politique fort en faveur de mesures immédiates pour la transparence fiscale et la fiscalité combinée à une justice sociale. Je me réjouis que ce rapport jette les bases de futurs travaux parlementaires en la matière tels que l'introduction d'une assiette commune consolidée pour l'impôt sur les sociétés pour les entreprises européennes, et le renforcement de la transparence des rescrits fiscaux. Néanmoins, il faut que les États membres et la Commission jouent eux aussi un rôle encore plus prépondérant en ce qui concerne les moyens de lutte contre la fraude fiscale et l'optimisation fiscale agressive. Bien sûr, je salue à ce titre la publication du paquet sur la transparence fiscale par la Commission européenne le 18 mars. J'appelle cependant à ce que d'autres propositions efficaces soient présentées dans les prochains mois pour intensifier la lutte contre les paradis fiscaux et la fraude fiscale. Par exemple, il convient que la Commission dresse, avant juillet 2015, une liste noire des paradis fiscaux et des pays dont les pratiques fiscales faussent la concurrence. La lutte contre la planification fiscale agressive et l'évasion fiscale est au cœur des inquiétudes des citoyens. Cela doit être une priorité absolue pour l'Union.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), por escrito. – La Directiva sobre Intercambio Automático de Información entre Estados miembros aprobada en 2014 cubre intereses y dividendos en cuentas y beneficios procedentes de la venta de activos financieros. Sin embargo, no incluye las resoluciones fiscales (en su mayoría secretas) entre Estados miembros y multinacionales, que es lo que ha revelado Lux Leaks. La Comisión propone modificar la Directiva 2011/12/UE para extender este intercambio automático de información a los acuerdos fiscales. De este modo, este tipo de resoluciones de las administraciones fiscales en favor de empresas tendrán que ser comunicadas automáticamente a todos los Estados miembros y a la Comisión. La propuesta tiene una retroactividad de diez años y no se podrá alegar secreto comercial o profesional para no proporcionar la información. Es una medida positiva y necesaria, pero la propuesta actual tiene algunos puntos débiles: la información intercambiada no será accesible por la ciudadanía; la obligación de intercambiar se condiciona a un impacto transfronterizo de los acuerdos fiscales, lo que puede suponer una vía de escape; la obligación solo afecta a personas jurídicas (personas físicas como actores o futbolistas de alto caché podrían firmar este tipo de acuerdos); no se especifican sanciones en caso de incumplimiento de la obligación de intercambio.

Mittwoch, 25. März 2015

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – We have witnessed big public relations and political exercises to project the unacceptable activities of 'tax havens' in Europe and elsewhere. Beyond obvious excesses in tax adjudication, which cannot be justified (no matter who does them and how), these exercises have actually targeted the financial services sectors of a number of EU Member States. Most of them, with the exception of the UK, are among the European minnows. Suddenly it seems as if countries which specialise in the provision of financial services should be considered a threat to the integrity of the EU. A recalibration of this approach is needed.

The fact is that financial services remain necessary in a globalising world which has accepted neoliberal rules when ensuring that financial flows across nations and continents are managed efficiently. That financial services migrate towards given countries and not others reflects an international division of labour without which some countries would be perpetually in growth mode, others in perpetual stagnation. Increasingly, it is taken for granted that there must be something shady in policies which encourage the provision of financial services. To claim that such provision implies the encouragement of tax avoidance, or indeed evasion, is manifestly false.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Novi paket mjera za poreznu transparentnost Europske misije obvezat će 28 država članica na dijeljenje podatka o svim poreznim ugovorima koje su sklopile s multinacionalnim kompanijama. Osiguravajući jaču suradnju između država članica, kao i njihovih poreznih uprava, nove mjere bitno će poboljšati transparentnost poreznih rješenja u odnosu na situaciju s kojom se danas suočavamo. Klub zastupnika Zelenih/ESS odlučio je biti vodeća politička snaga u borbi protiv poreznih prijevara u Europskoj uniji te je predložio osnivanje Istražnog odbora Europskog parlamenta koji bi ispitao sve moguće slučajeve kršenja europskih poreznih zakona i praksi. Uvjeran sam kako je Istraživački odbor najjači instrument u rukama Europskog parlamenta te kroz nadzornu moć zastupnica i zastupnika Europskog parlamenta predstavlja moć građana u Europskoj uniji. Jedino je njime moguć sveobuhvatni pristup službenoj dokumentaciji država članica, Komisije i Vijeća Europske unije. Iz navedenih razloga bitno je na kvalitetan način iskoristiti mandat novoformiranog Posebnog odbora te na taj način zaštititi javni interes svih građanki i građana Europske unije.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Transparentnost je jedna od temeljnih principa funkcioniranja Europske unije koja mora biti podjednako zastupljena u svim segmentima funkcioniranja Unije, a u tom smislu posebno ističem financijsko poslovanje. Zato me raduje da konačno razgovaramo o neusklađenosti poreznih politika u članicama EU-a, kao i o poreznoj evaziji. Činjenice da se mnoge odredbe ne tumače u duhu zakona te da se izbjegava plaćanje obveza ukazuju na nužnost mijenjanja politike porezne transparentnosti. Takvi postupci nisu nezakoniti jer su različite prirode od klasične utaje poreza, no ipak, ako je neki postupak u skladu sa zakonom ne znači nužno da je i moralan. Stoga ohrabruje da Komisija intenzivira napore u rješavanju ovog problema i da stvari ne prepušta slučaju jer porezna transparentnost je ključni element za njegovo rješenje. Porezna evazija i izbjegavanje poreza uz korupciju predstavljaju većinu ne naplaćenih potraživanja država članica što su prepoznali i Parlament i Vijeće. Stoga je važno donijeti, a još važnije provesti učinkovite mjere za povećanje porezne transparentnosti u području oporezivanja. Paket porezne transparentnosti prvi je korak ka generiranju većih prihoda u proračunu čime će se otvoriti prostor za alokaciju tih sredstava za rješavanje gospodarskih i socijalnih problema u EU-u, koji su u ovom trenutku prioritet.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – La Directiva sobre Intercambio Automático de Información entre Estados miembros aprobada en 2014 cubre intereses y dividendos en cuentas y beneficios procedentes de la venta de activos financieros. Sin embargo, no incluye las resoluciones fiscales (en su mayoría secretas) entre Estados miembros y multinacionales, que es lo que ha revelado Lux Leaks. La Comisión propone modificar la Directiva 2011/12/UE para extender este intercambio automático de información a los acuerdos fiscales. De este modo, este tipo de resoluciones de las administraciones fiscales en favor de empresas tendrán que ser comunicadas automáticamente a todos los Estados miembros y a la Comisión. La propuesta tiene una retroactividad de diez años y no se podrá alegar secreto comercial o profesional para no proporcionar la información. Es una medida positiva y necesaria, pero la propuesta actual tiene algunos puntos débiles: la información intercambiada no será accesible por la ciudadanía; la obligación de intercambiar se condiciona a un impacto transfronterizo de los acuerdos fiscales, lo que puede suponer una vía de escape; la obligación solo afecta a personas jurídicas (personas físicas como actores o futbolistas de alto caché podrían firmar este tipo de acuerdos); no se especifican sanciones en caso de incumplimiento de la obligación de intercambio.

Mittwoch, 25. März 2015

Θεόδωρος Ζαγοράκης (PPE), γραπτώς. – Η προώθηση ενός δίκαιου, απλού, σταθερού και διαφανούς φορολογικού συστήματος οφείλει να είναι μια από τις βασικότερες προτεραιότητες σε ευρωπαϊκό επίπεδο. Δυστυχώς, μέχρι σήμερα, δεν υπήρξε η απαραίτητη συνεργασία στην Ευρώπη στον τομέα αυτό, ενώ λόγω των προγραμμάτων λιτότητας, οδηγηθήκαμε σε αρκετές περιπτώσεις σε μια άνευ προηγουμένου υπερφορολόγηση συγκεκριμένων επαγγελματικών κατηγοριών. Πρέπει να γίνει κατανοητό από όλους: Ένα χαμηλό επίπεδο φόρων είναι επιβεβλημένο όχι μόνο για την ευημερία των πολιτών, αλλά και για την ανταγωνιστικότητα και τη δημιουργία νέων θέσεων εργασίας. Χρειαζόμαστε κοινωνικά δίκαια φορολογικά συστήματα τα οποία θα λειτουργήσουν ως εργαλεία οικονομικής ανάπτυξης. Παράλληλα, χρειαζόμαστε μια συνολική στρατηγική για την καταπολέμηση της φοροδιαφυγής.

Πρέπει να επισημάνουμε, ωστόσο, ότι πολύ συχνά δίνεται προτεραιότητα στη φοροδιαφυγή μικρής κλίμακας, αντί σε επίπεδο μεγάλων πολυεθνικών. Για την καταπολέμηση της φοροδιαφυγής είναι απαραίτητο να αντιμετωπίσουμε αποτελεσματικά τον επιθετικό φορολογικό σχεδιασμό και φυσικά τους φορολογικούς παράδεισους. Η νέα πρόταση της Επιτροπής σχετικά με την υποχρεωτική ανταλλαγή πληροφοριών για τις διασυννοριακές φορολογικές συμφωνίες κινείται σαφώς προς την σωστή κατεύθυνση. Πρέπει όμως να προχωρήσουν άμεσα φορολογικές συμφωνίες και με τρίτες χώρες. Αυτό θα μπορούσε να αποτελέσει μια ρεαλιστική εναλλακτική, μειώνοντας την επιβάρυνση των έντιμων φορολογουμένων και εξασφαλίζοντας τους αναγκαίους πρόσθετους πόρους για την προώθηση των δημόσιων επενδύσεων.

Pablo Zalba Bidegain (PPE), *por escrito*. – La transparencia en la Unión Europea se ha convertido en un pilar del Parlamento Europeo y el resto de instituciones europeas en los últimos años. Para las instituciones europeas, al igual que para los Estados miembros, la lucha contra el fraude fiscal debe ser una prioridad. Las empresas deben pagar sus impuestos allá donde se generan sus beneficios. Las iniciativas que se están llevando a cabo y también las que están por venir dentro de la Unión Europea, tanto en el ámbito de la tributación de sociedades y la lucha contra las prácticas fiscales perjudiciales, como en el de la cooperación administrativa, deben fomentar fundamentalmente la transparencia y el intercambio de información. Es de gran importancia la propuesta de Directiva para establecer el intercambio de información sobre acuerdos tributarios, ya que permitirá que los Estados miembros tengan acceso a los acuerdos que las administraciones de los otros países otorguen a los contribuyentes, asegurando de esta manera una adecuada tributación. Me gustaría destacar el importante trabajo que está desarrollando la Comisión Especial sobre Resoluciones Fiscales y Otras Medidas de Naturaleza o Efectos Similares, liderada por nuestro colega Alain Lamassoure.

Carlos Zorrinho (S&D), *por escrito*. – O mercado único europeu é um mercado imperfeito, limitado por barreiras físicas e legais de circulação de bens e serviços, mas também por práticas como a elisão e a evasão fiscal e a concorrência fiscal agressiva entre Estados—Membros. Estas práticas atingem a confiança dos cidadãos europeus no mercado único. Fenómenos como o «Lux leaks» ou o incentivo de alguns países a que empresas doutros países europeus transfiram as obrigações fiscais para fora do seu território de operação têm que ser rapidamente combatidos.

O pacote fiscal apresentado pela Comissão Europeia, focado na transparência, responde a uma necessidade, mas é claramente insuficiente. O plano de ação sobre tributação de empresas anunciado para o verão, associado ao relatório que está a ser preparado no quadro do Parlamento Europeu, tem que dar um sinal claro de harmonização fiscal. Não basta transparência. É precisa cooperação ativa e anulação determinada das práticas fiscais danosas no contexto da UE.

19. Makrofinanzhilfe für die Ukraine (Aussprache)

President. – The next item is the report by Gabrielius Landsbergis, on behalf of the Committee on International Trade, on macro-financial assistance to Ukraine (COM(2015)0005 – C8-0005/2015 – 2015/0005(COD)) (A8-0056/2015).

Gabrielius Landsbergis, *rapporteur*. – Madam President, today we will vote on a small part of EU history. We are voting for EUR 1.8 billion of macro-financial aid to Ukraine, which will be the biggest financial package given by the European Union to any third country. But that alone is not as important as the political message that the European Union is united in its effort to help Ukraine and to back it when the help is most needed.

Mittwoch, 25. März 2015

It has to be noted that our friends as well as our adversaries are looking for cracks in our unity. Ukraine needs our unity in order to sustain clear reasoning for their reforms. Just yesterday, we had an opportunity to talk to the Ukrainian Minister of the Economy. He gave us a cold but clear overview on the reforms that his Ministry and the Government are undertaking. Fighting the oligarchic structures, battling corruption and addressing inefficiency in the public sector are just a few of the points that he raised. It seemed to me that even the critics should have been convinced that Ukraine is doing its utmost to reform itself.

It is chilling to imagine any of our countries going through those sorts of reforms, actually changing dramatically many fields of life that people were accustomed to. That was one reason why a colleague asked if the Minister is sure that the people of Ukraine will keep up with and support the pace of the reforms. We were reassured that, with a clear message from Europe that Europe is standing by them, the people will support and understand the need for reform.

Our foes would rejoice if they saw us disunited and would use it for their propaganda. We already know what they would say: 'See, Europe cannot help the country that itself wished to sign an association agreement!'

The Council, the Commission, the Committee on International Trade (INTA) and the Committee on Foreign Affairs (AFET) are all calling for agreement on the proposed report without amendments, for one main reason. That reason is that time is of crucial importance here. If we vote 'yes' on the report today, the Commission will be able to issue the first tranche of the funds to Ukraine at the beginning of the summer. If we want the country, which is still fighting for its territory, to be able to stabilise its budget and economy, we have to agree on providing the funds as soon as possible.

Of course, I have heard critics say that we are not sure whether the money will be used transparently or whether there are enough incentives for reform in the report. I believe, at this stage, that the Commission has provided for enough controls in the document that would be signed with Ukraine after our vote and following approval by the Council. We are, and will remain, in close contact with the Support Group for Ukraine regarding the reforms and regarding transparency in relation to the funds provided. When the situation in Ukraine stabilises, and I want to believe that it will, we will come back to the debate on how we can help Ukraine on its path to reform.

Dear colleagues, I call on you to support this report as presented without amendments, and to demonstrate our resolution to stand by Ukraine.

Valdis Dombrovskis, *Vice-President of the Commission*. – Madam President, first of all, I would like to thank the rapporteur, Mr Landsbergis and the Committee on International Trade (INTA) for their valuable work on this report and for expediting approval procedures. I would also like to thank the Committee on Foreign Affairs (AFET) for its contribution.

As you know, the Commission submitted its proposal for a macro-financial assistance operation for Ukraine in the context of the enormous political and security challenges in Ukraine, and a deteriorating economic situation. Ukraine is confronted by deep recession: its currency has depreciated strongly, inflation has been rising and international reserves have been declining. This shows that the situation is very acute, and Ukraine badly needs international financial assistance as soon as possible.

Indeed, international donors led by the IMF have wrapped up a new financial aid package for Ukraine, with the most recent IMF extended fund facility, of 11 March 2015, amounting to USD 17.5 billion. The EU is also contributing with its current Commission proposal for macro-financial assistance (MFA) of EUR 1.8 billion in addition to the previous MFA operations of EUR 1.6 billion in loans. It is intended that this MFA operation will be disbursed in three equal tranches, and this is going to be the highest amount of assistance ever disbursed to a third country in such a short period of time.

Mittwoch, 25. März 2015

Of course, a new MFA operation will be subject to the fulfilment of conditions, namely political preconditions concerning respect for democratic mechanisms, human rights and the rule of law. Moreover, Ukraine must satisfactorily implement the IMF programme and, last but not least, must fulfil economic and financial policy conditions to be agreed between the EU and Ukraine in a memorandum of understanding. In this context, potential policy measures in the areas of public finance management, anti-corruption and transparency, the business environment, energy sector reform and financial sector reform are being explored and will be discussed with our Ukrainian partners.

I would stress that timing is of the essence here. Ukraine's most urgent and important financing needs are in 2015, and the first two of the three tranches under the newly proposed MFA operation should be disbursed this year – i.e. the first tranche before the summer break in mid-2015.

Contrary to its proposal for last year's MFA operation of EUR 1 billion, which was based on the urgency procedure, with a Council decision as provided for in Article 213 of the Treaty, the Commission has based the present proposal on Article 212 of the Treaty, which provides for a decision under the ordinary legislative procedure. The current Commission proposal follows precisely established practice for MFA operations – practice also reflected in the Joint Declaration of Parliament and the Council of 12 August 2013 on granting MFA.

In view of Ukraine's urgent financial needs, swift adoption of the current proposal by the co-legislators under the ordinary legislative procedure is very important. Therefore, I am pleased that the International Trade and Foreign Affairs committees upheld the Commission proposal without amendments. I am also pleased that the Council, through Coreper, today agreed to adopt the Commission's proposal without amendments.

Jacek Saryusz-Wolski, autor projektu opinii Komisji Spraw Zagranicznych. – Pani Przewodnicząca, Panie Komisarzu! Chcę powiedzieć, że dzisiejsza decyzja, która zapadnie (jestem o tym przekonany) o pomocy makrofinansowej, kolejnej transzy dla Ukrainy w wysokości 1,8 mld euro jest decyzją nie tylko ważną finansowo, jest bardzo ważną decyzją politycznie.

Ukraina pilnie potrzebuje wsparcia, jej stabilność finansowa jest zagrożona. Ukraina nie jest biednym krajem, jest źle zarządzana, potrzebuje reform, toczy wojnę obronną. Straciła już 25% gospodarki i część terytorium – wojna kosztuje dużo. Toczy wojnę i reformuje zarazem – to rzecz bez precedensu w historii europejskiej. Potrzebne jest zatem szybkie i szczodre wsparcie finansowe. Wojna wykrwawia Ukrainę i bez transfuzji finansowej i innej Ukraina sobie nie poradzi. Pomoc Ukrainie to imperatyw polityczny. Największym prezentem dla rosyjskiego agresora byłoby pozwolić na to, ażeby Ukraina uległa bankructwu. Do tego dopuścić nie możemy!

Adam Szejnfeld, w imieniu grupy PPE. – Pani Przewodnicząca! Ukraina jest stowarzyszona z Unią Europejską, konsekwencją tego powinno być zobowiązanie Wspólnoty do wspierania tego kraju na jego drodze do budowania sprawnej i efektywnej administracji, wspierania rozwoju gospodarczego czy restrukturyzacji przemysłu. Ważne jest także ograniczenie ubóstwa oraz budowanie społeczeństwa obywatelskiego.

Ukraina walczy teraz na wielu frontach, na tym najgorszym, militarnym, także, ale równocześnie musi przeprowadzać bardzo kosztowne reformy społeczno-gospodarcze. Bez pomocy Unii Europejskiej nie poradzi sobie z tymi historycznymi wyzwaniami. W imię więc międzynarodowej solidarności powinniśmy poprzeć zadanie finansowego wsparcia naszego wschodniego sąsiada.

Victor Boștinaru, în numele grupului S&D. – Doamnă președinte, Ucraina se află în stare de război astăzi, un război de supraviețuire în fața unei agresiuni din partea Rusiei care desfășoară un război hibrid, nedeclarat, dar impus și condus sistematic după ocuparea ilegală a Crimeii. Și acest lucru nu ar trebui să fie uitat și negat de nimeni în această sală.

Ucraina este un partener strategic pentru Uniunea Europeană și pentru lumea euroatlantică. Solidaritatea și susținerea europeană pentru Ucraina trebuie să fie, mai mult ca niciodată, substanțială, constantă și eficientă. De aceea, sunt convins că această finanțare de 1,8 miliarde, aprobată prin procedură de urgență de către Comisia INTA - și sunt convins că astăzi va fi aprobată și de Parlament - răspunde urgenței și păstrează coerența angajamentelor noastre. Ucraina face față unei recesiuni severe, iar criza se va prelungi pentru că este rezultatul unor probleme grave macroeconomice și structurale, agravate de un conflict de lungă durată și previzibil cu durată lungă în viitor.

Mittwoch, 25. März 2015

Și un mesaj pentru guvernul ucrainean și pentru poporul ucrainean: pentru ca aceste reforme dramatice, dureroase să obțină rezultate în timp de război, ele au nevoie de sprijinul poporului ucrainean. Facem apel ca guvernul ucrainean să nu uite nicio clipă că trebuie să conducă aceste reforme cu poporul ucrainean.

Mark Demesmaeker, *namens de ECR-Fractie*. – Wij steunen dit voorstel om Oekraïne macrofinanciële bijstand toe te kennen.

Volgende elementen zijn voor ons alvast belangrijk. Dit programma is een reactie op een crisissituatie, veroorzaakt door structurele problemen en verergerd door de Russische agressie. De regering van Oekraïne heeft de verantwoordelijkheid om die lang bestaande structurele problemen, zoals corruptie, selectieve justitie, enzovoort aan te pakken. De conditionaliteit in het MFB-programma moet bijdragen tot de nodige hervormingen.

Er zijn hoopvolle signalen. De Verchovno Rada maakte deze week nog werk van grotere transparantie van het overheidsapparaat. En vandaag werden twee leidinggevende ambtenaren gearresteerd op verdenking van corruptie. De aanpak van het schandaal rond UkrTransNafta toont aan dat oligarchen eindelijk het signaal krijgen dat ze moeten kiezen: hun zaken of de politiek. En dat als zij kiezen voor de zaken, zij niet langer direct deel kunnen uitmaken van de macht. Wij moeten onze Oekraïense vrienden aanmoedigen op die weg verder te gaan. Zo kan en zal onze financiële bijdrage echt een hefboom zijn voor meer democratie, welvaart, rechtszekerheid en perspectief voor de bevolking.

Johannes Cornelis van Baalen, *on behalf of the ALDE Group*. – Madam President, like all the previous speakers the ALDE Group will also support this package because Ukraine is in need of this support.

Of course we must be sure that Ukraine reforms – all the other speakers have also said this. Therefore, it would be good, and it is important, that inspectors from both the IMF and the EU are *'sur place'*, that they will be present to advise and to guide.

Ukraine is a country of which a part is annexed and a part is occupied by rebels supported by Russia, and therefore it is an immense task for it to survive. But, in order to survive, it should reform.

Helmut Scholz, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Um es vorwegzunehmen: Unsere Fraktion wird nachher gegen die Makrofinanzhilfe stimmen. Und um auch das gleich klarzustellen: Unsere Fraktion will wie andere, dass die Ukraine ein souveränes und territorial ungeteiltes Land ist. Auch unsere Fraktion will, dass sich die Ukraine zu einem Land mit funktionierenden demokratischen Strukturen entwickelt, aber auch zu einem Land, in dem Menschen sozial gesichert, politisch selbstbestimmt und demokratisch frei leben können, frei vom Einfluss der weiter ungehindert agierenden Oligarchen. Und auch unsere Fraktion sieht, in welcher extrem schwierigen wirtschaftlichen Situation sich das Land und vor allem seine Menschen befinden.

Wir stimmen aber dagegen, weil wir glauben, dass der mit der Makrofinanzhilfe verknüpfte wirtschaftspolitische Kurs bereits in der EU gescheitert ist, Stichwort Griechenland. Wir stimmen dagegen, weil wir nicht akzeptieren, dass sich das Parlament organisiert einer Debatte entzieht, wie man mit der erkennbaren Zahlungsunfähigkeit der Ukraine in Zukunft umgehen will. Wir stimmen auch dagegen, weil wir glauben, dass die ukrainische Regierung eine klare Botschaft dieses Parlaments braucht: So wie Moskau muss auch Kiew alles unterlassen, was den Kern von Minsk II unterminiert. Es kann und darf keine militärische Lösung im Donbass geben. Und vielleicht ist der gestern erzwungene Rücktritt eines eingesetzten Oligarchen durch einen gewählten Oligarchen ein erster Schritt in diese Richtung. Allein, mir fehlt der Glaube!

Heidi Hautala, *Verts/ALE-ryhmän puolesta*. – Arvoisa puhemies, vihreiden / Euroopan vapaan allianssin ryhmä on varauksetta tämän ehdotuksen kannalla, ja katsonne, että on erittäin tärkeää turvata Ukrainan valtion suvereenisuus välttämällä se, että se ajautuisi selvitystilaan. Se olisi kaikkein pahinta, mitä Ukrainan suvereenisuudelle voisi tapahtua.

Mittwoch, 25. März 2015

On kuitenkin tiettenkin niin, että tämä makrotaloudellinen apu ei ehkä ole aivan ideaalinen Ukrainan tilanteeseen. Se on välttämätön, mutta haluaisimme nähdä, että jatkossa Ukraina saa enemmän myös ihan suoria avustuksia, jotka sitten osoitetaan näihin reformeihin, jotka koskevat ennen kaikkea instituutioiden rakentamista ja korruption kitkemistä, mutta tämä ehdotus on kuitenkin tärkeä, jotta voidaan estää Ukrainan ajautuminen selvitystilaan.

Matteo Salvini (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la Lega Nord è assolutamente contraria a questo tipo di intervento. È una scelta sbagliata che alimenta ulteriori risentimenti, che tende a continuare una guerra commerciale contro la Russia che non ha nessun tipo di senso. Nel 2015 con la Russia bisogna dialogare, bisogna commerciare, bisogna cooperare contro il terrorismo internazionale, non bisogna giocare alla guerra.

E poi viene da ridere quando si parla di sovranità di uno Stato che non fa neanche parte dell'Unione europea, quando da quarant'anni uno Stato membro dell'Unione europea, Cipro, è per metà del suo territorio militarmente occupato da quella Turchia con cui qualche europarlamentare che è seduto qua dentro e parla di pace vorrebbe condividere il futuro dell'Unione europea. Io preferirei che questi due miliardi di euro fossero destinati a cittadini europei in difficoltà e non usati per alimentare altre guerre.

Andrej Plenković (PPE). – Gospođo potpredsjednice, pozdravljam i čestitam našem izvijestitelju kolegi Landsbergisu, zahvaljujem povjereniku Dobrovskisu na predavljanju ovog paketa makrofinancijske pomoći od 1,8 milijardi eura, još jednog važnog doprinosa Europske unije financijskoj stabilnosti Ukrajine.

Prošli tjedan bili smo izaslanstvo Odbora za proračun, Odbora za obranu sigurnosti i ja kao predsjednik delegacije za Ukrajinu u Kijevu. Shvatili smo vrlo zahtjevnu i tešku situaciju stabilnosti javnih financija Ukrajine, što zbog ratnih troškova, što zbog svih ostalih ekonomskih i financijskih problema u kojima se zemlja u ovome trenutku nalazi.

Današnja poruka je važna politička poruka solidarnosti, jedinstva Europske unije i želje da pomognemo zemlji čiji veliki dio proračuna odlazi na troškove rata, troškove obrane i stoga smatram da je ovih 1,8 milijardi eura dodatan doprinos kontinuiteta naše jasne političke podrške Ukrajini u teškoj situaciji kada je suočena s agresijom od strane Ruske federacije.

David Martin (S&D). – Madam President, of course I agree with those who say that, in a time of war and given the capital flight that Ukraine is facing, we have no option but to give them support and to express our solidarity with the people of Ukraine.

However, I think it is vital that we do not just give the money, but that we insist, as the Commission has indicated it will, that human-rights reforms are genuine in Ukraine, that corruption is properly tackled in Ukraine, that democracy is properly embedded in Ukraine and, above all, that the money does not end up in the pockets of oligarchs.

I have heard people say that, of the EUR 1.83 billion, a billion will go to the people of Ukraine and EUR 0.83 billion will end up in the pockets of the oligarchs. That cannot be allowed to happen, so the Commission must monitor this money very closely.

We will hear, of course, that the situation in Ukraine at the present time is difficult, but I think the message we have to send as a parliament is that the crisis Ukraine is living through at the present time should be the catalyst for fundamental reform, not the excuse for postponing it.

Ryszard Czarnecki (ECR). – Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Jako wiceprzewodniczący Parlamentu Europejskiego odpowiedzialny za politykę wschodnią chciałem podziękować Panu Komisarzowi, panu wiceprzewodniczącemu Komisji, za jego wkład. Myślę, że Pan lepiej niż wielu innych komisarzy czuje sytuację w tym regionie Europy. Na pewno lepiej niż pański rodak, Piebalgs, który odpowiadał za politykę energetyczną i bronił Nordstreamu, co naprawdę było kiepskim pomysłem.

Tak, pomoc dla Ukrainy jest potrzebna. Proszę nie opowiadać bzdur o jakiejś wojnie, którą toczy z Rosją: to Rosja napadła na kraj sąsiadujący z Unią Europejską. Takie są fakty. Pomoc ekonomiczna jest niezbędna, jeżeli nie chcemy Ukrainy, ukraińskiego społeczeństwa zepchnąć ponownie w kierunku Moskwy. Ta pomoc po prostu Ukrainie się należy. I to chciałem mocno podkreślić.

Mittwoch, 25. März 2015

Kaja Kallas (ALDE). – Madam President, more than a year ago Ukrainians were protesting in Kiev for closer European integration. A few weeks ago some were back on the streets but for different reasons: heating price increases, inflation and the collapse of the currency.

It is our responsibility, as partners and allies of Ukraine, to provide financial support but it is also our responsibility to help Ukraine with long-term rather than short-term solutions. These solutions are reforms – reforms to restore confidence by reinforcing the rule of law, tackling corruption and taking measures to improve the business environment.

My country, Estonia, went through these painful reforms for the long-term benefits of a sustainable future. Only Ukraine, as a sovereign country, can deliver these reforms but, as the European Union, we need to ensure that we provide the right assistance that will contribute to changing Ukraine for the better and transforming Ukraine's future.

Marcel de Graaff (NI). – Er moet absoluut geen geld naar Oekraïne. U en ik weten maar al te goed dat deze regering twee miljard euro nodig heeft om de oorlog tegen Oost-Oekraïne voort te zetten. De regering in Oekraïne deugt in geen enkel opzicht. Zij heeft geen enkel respect voor het zelfbeschikkingsrecht van volkeren waaronder de bevolking van Oost-Oekraïne en de Krim. Zij bombardeert burgers in Oost-Oekraïne met honderden doden tot gevolg, een oorlogsmisdaad waarvoor zij vervolgd moet worden. Zij bemoeilijkt het onderzoek naar het neerhalen van vlucht MH17 waarbij 298 mensen zijn omgekomen. Zij geeft geen enkele verklaring voor de inmiddels zes politieke opposanten van het regime die de afgelopen twee maanden zijn omgekomen.

Ik vraag de Europese Commissie: maak u niet medeplichtig aan de oorlogsmisdaden van dit regime. Ga niet in oorlog met Rusland en gooi geen zuur verdiend belastinggeld in de zakken van deze corrupte bende.

Jarosław Wałęsa (PPE). – Pani Przewodnicząca! Ukraińska gospodarka znalazła się w stanie poważnego kryzysu spowodowanego przez długotrwałe problemy strukturalne, które w ostatnim czasie zaostrzyły się w wyniku konfliktu zbrojnego. W obecnej sytuacji wsparcie finansowe dla Ukrainy jest niezbędne, ale musi iść w parze z głębokimi reformami. I pomoc, którą oferujemy, pomoc ze strony Unii Europejskiej, powinna być ukierunkowana na wzmocnienie najbardziej wrażliwych sfer gospodarki ukraińskiej.

Zmiany te muszą dotyczyć uzyskania stabilizacji fiskalnej, poprawy wskaźników ekonomicznych, ale również kwestie walki z korupcją, podatki, poprawa sytuacji sektora finansowego oraz środowiska biznesowego. I koncentrując się na tych powyższych obszarach, Unia Europejska z pewnością zwiększy swój wkład w łagodzenie trudności finansowych na Ukrainie i przyczyni się również do wsparcia celów Unii Europejskiej w zakresie promowania stabilności gospodarczej i rozwoju na Ukrainie, a także poszerzy nasze zrozumienie polityki naszych wschodnich sąsiadów. Najbardziej istotnym elementem jest jednak to, żeby nasza pomoc wzmocniła zobowiązania rządu Ukrainy w zakresie wprowadzania reform gospodarczych.

Alessia Maria Mosca (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, la situazione in Ucraina rimane preoccupante economicamente e socialmente nonostante i recenti sviluppi. L'Unione europea non può ritirarsi ora da un aiuto per la crescita del paese e per questo troviamo che sia necessaria la concessione dell'assistenza. L'assistenza finanziaria proposta dalla Commissione può permettere un contributo al nuovo pacchetto di aiuti internazionali all'Ucraina, sia direttamente che indirettamente, grazie alla mobilitazione e al contributo di altri partner. Siamo convinti che gli interessi di politica commerciale debbano essere coerenti con quelli di politica estera e che in questa fase sia necessario continuare a lanciare un segnale forte nei confronti di un popolo in difficoltà.

La concessione dell'assistenza finanziaria vuole anche essere un segnale al governo ucraino perché continui nelle riforme strutturali. Abbiamo avuto segnali sul maggiore livello di attenzione che viene prestato alla lotta contro la corruzione e alla riforma del fisco e della pubblica amministrazione. Siamo convinti che siano passi nella giusta direzione, che devono includere un sempre maggior numero di cittadini come beneficiari.

Mittwoch, 25. März 2015

Jean Arthuis (ALDE). – Madame la Présidente, je rentre d'une mission conjointe de la commission des budgets et de la sous-commission «sécurité et défense» à Kiev. En Ukraine, la crise est sur tous les fronts. La guerre n'a pas cessé, le coût humain est lourd: des morts chaque jour et des centaines de milliers de migrants qui fuient la zone des combats. L'économie se contracte, l'inflation explose, la monnaie s'effondre.

Le nouveau gouvernement ukrainien et sa majorité parlementaire ont la volonté de mener des réformes en profondeur mais ils ont besoin d'une aide efficace et de moyens financiers. Certes, nous saluons les équipes européennes qui nous représentent sur le territoire. Nous les avons rencontrées mais elles ne sont pas seules: de nombreuses institutions internationales sont sur place. C'est dire, Monsieur le Commissaire, si nous avons besoin d'une coordination entre les donateurs et prêteurs internationaux, mais aussi d'une coordination au sein des services de l'Union européenne, à Bruxelles, d'abord, et entre Bruxelles et Kiev. Nous devons aussi simplifier nos procédures, réduire nos délais de prise de décisions et de paiements afin de pouvoir répondre en temps réel aux urgences manifestes.

Quand il y a le feu dans la maison, on ne discute pas le prix de l'eau.

Dans ce contexte dramatique, l'Union européenne doit accepter le leadership de la coordination et veiller au bon équilibre entre la rigueur des aides et l'acceptabilité des mesures de conditionnalité par le peuple ukrainien, un peuple courageux mais en souffrance, un peuple qui attend des résultats pour retrouver l'espoir et la confiance en l'avenir.

Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, l'Ukraine est, à tous égards, l'épreuve de vérité pour l'Union européenne.

Dariusz Rosati (PPE). – Madam President, I fully support the draft decision to extend macro-financial assistance (MFA) to Ukraine, and for a number of reasons. First, we should provide support to a neighbouring country which is struggling with a massive economic and humanitarian crisis and is the victim of outright military aggression from Russia. This is not only our moral obligation, it is also a very sensible political decision because we are providing support to a pro-European, pro-reform and democratic government and, in this way, we contribute to our own security. Second, the decision to extend MFA is a manifestation of our European solidarity. It is also a sign of our sense of responsibility for stability in the region. It is a sign of our willingness to play an important role in our neighbourhood.

Having said that, I have to call on the Commission to make sure that the money is spent on support for the reform process and on state-building in Ukraine because we have to make sure that this assistance benefits all the people of Ukraine.

Tonino Picula (S&D). – Gospođo predsjednice,

Podržavam stajalište izjavitelja da se, bez amandmana i dodatnog odugovlačenja, što prije osigura financijska pomoć Ukrajini čije će se gospodarstvo ove godine smanjiti za 6 %. Nacionalna valuta hrvnja imala je prošle godine najozbiljniji pad vrijednosti na svijetu od 38 %.

Milijun ljudi je napustilo domove, milijun i pol živi u teškim uvjetima na području sukoba, 20 % industrijskog potencijala nije moguće koristiti jer se nalazi na okupiranom području, a čak 1 700 000 djece je pogođeno krizom čiji se kraj ne nazire.

Procjenjuje se da zemlja za oporavak treba barem 50 milijardi eura.

U takvoj situaciji 1,8 milijardi eura o kojima ovdje raspravljamo je skroman, ali važan prilog pokušajima Ukrajine da zaštiti svoje stanovništvo koje pogoršanje gospodarske i socijalne situacije ugrožava više nego agresija.

EU treba položiti ukrajinske ispite jer je Ukrajina pitanje budućnosti europskog projekta, pitanje određivanja vrijednosti više nego zemljopisnih granica. Ukrajina je dio Europe po oba kriterija i zbog toga zaslužuje našu punu podršku!

Mittwoch, 25. März 2015

Frank Engel (PPE). – Madam President, tonight we are discussing EUR 1.8 billion, whereas we know that Ukraine is very likely to need EUR 50 billion, and there is another EUR 17 billion or so coming from the International Monetary Fund. Ukraine is facing massive liquidity problems. Ukraine is on the verge of bankruptcy, and I am absolutely certain that the bankruptcy of Ukraine would be worse than a full-scale invasion of Ukraine. It would be tantamount to that.

We will need to go further than this and we know it, and we should not focus on conditionalities which we know Ukraine will not be able to meet. When you are at war, you do not reform the state and save up for winter at the same time. We will have to be much more creative than we currently are. We might even have to conceive of things like opening up the European Stability Mechanism for Ukraine. At the end of the day, either we will be serious or Ukraine will go down.

Jean-Paul Denanot (S&D). – Madame la Présidente, chers collègues, en votant cette aide macro-financière, nous devons avant tout penser au peuple ukrainien qui a souffert et souffre encore de la guerre, de la crise politique mais aussi de la crise économique.

Il est évident que l'Union européenne doit venir en aide à l'Ukraine mais il est tout aussi évident que cette aide doit s'accompagner de réformes et notamment de celle concernant la lutte contre la corruption dans tous les domaines — y compris celui de la délivrance des diplômes universitaires — qui dénature la démocratie.

Ангел Джамбазки (ECR). – Г-жо Председател, уважаеми г-н Комисар, уважаеми колеги, безспорно икономиката на Украйна се намира в изключително тежко състояние, безспорна е тежката икономическа криза и обезценяването на валутата на държавата. От тази гледна точка този заем може би е жизненоспасяващ и необходим, но бих помолил и докладчика, и Комисаря за едно много строго следене на разходите на тези средства, за да отидат те там, където са необходими, а не в ръцете на тези, които и в момента, в днешния ден водят помежду си война по улиците на украинските градове.

И още нещо бих помолил: нека този заем бъде свързан със сериозни задължения от страна на украинското правителство за реформи, особено в сферата на запазването на човешките права на националните малцинства, които в държавата Украйна всъщност са повече от дори от коренното население.

Напомням още веднъж, само броят на българското малцинство там е повече от половин милион.

Urmaz Paet (ALDE). – Madam President, it is of the utmost importance that we grant Ukraine the third macro-financial assistance package of EUR 1.8 billion. This may not be the end of Ukraine's needs and we must be ready for that.

Ukraine needs to go on with its reforms, the most crucial ones being the fight against corruption, reforming the security forces and the taxation system, and making the business environment better. Trust must be restored in the banking sector, avoidance of tax payments must be resolved and transparency enhanced. We need to move on with the consultations on a Deep and Comprehensive Free Trade Agreement (DCFTA) and this should not lead to the further postponement of the EU-DCFTA beyond 1 January 2016.

Of course, Ukraine's future depends on when and how the conflict can be resolved in eastern Ukraine. Therefore the sanctions against Russia must be prolonged until the Minsk Agreements are fully implemented. If necessary, sanctions must be broadened. And the occupation of Crimea has to stop.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL). – Senhora Presidente, a União Europeia encoraja a Ucrânia para concretizar projetos de reformas. Tal expressão até poderia ser comovente senão soubéssemos que reformas estão previstas. É a tal condicionalidade que muitos países que receberam a troica já conhecem tão bem: privatizações, livre circulação de capitais para alargar o mercado interno, reformas laborais mais condicentes com o paradigma moderno da União Europeia e do FMI, chamada mão de obra barata e sem direitos.

Aliás, tanto era a vontade da União Europeia de «ajudar» a Ucrânia que até apoiou e incitou um golpe veiculado por forças nacionalistas, fascistas e neonazis, situação que desembocaria, naturalmente, na calamidade económica e social, consequência da guerra. E, mais uma vez, um pretexto para a União Europeia ajudar o povo ucraniano. Com amigos destes, quem é que necessita de inimigos?

Mittwoch, 25. März 2015

Jean-Luc Schaffhauser (NI). – Madame la Présidente, chers collègues, j'aurais trois remarques à formuler.

Premièrement, vous avez souligné à maintes reprises que le pays était en guerre. Selon les statuts internationaux du FMI, il est interdit d'intervenir en Ukraine car – vous l'avez dit – le pays est en guerre. J'ai juste pensé que notre Assemblée s'en tiendrait à l'état de droit, mais ce n'est pas le cas.

Deuxièmement, notre aide doit être assortie de conditions. Nous affirmons qu'il faudrait maintenir les sanctions à l'égard des Russes pour être sûrs qu'ils appliqueront les accords de Minsk. Selon moi, la contrepartie est vraie: nous ne devons soutenir et aider Kiev qu'à condition que Kiev respecte les accords de Minsk, ce qui n'est pas le cas aujourd'hui.

Troisièmement, nous avons interrompu un processus électoral normal pour nous retrouver ensuite avec un pays en faillite: 10 000 morts, 100 000 réfugiés, un pouvoir d'achat divisé par quatre et ce n'est pas fini!

Votre aide ne changera rien à cette situation!

Elmar Brok (PPE). – Frau Präsidentin, Herr Vizepräsident! Gerade Ihre letzte Bemerkung macht es deutlich: Wir haben hier Leute auf der Rechten, die die russische Aggression befördern, und wir haben Leute auf der äußersten Linken, die sie bejubeln. Aus diesem Grund müssen wir erkennen, dass es hier darum geht, dass ein Land in Europa Freiheit genießen muss und dass die wirtschaftliche Hilfe, die wir heute beschließen wollen – ich danke der Kommission für den Vortrag –, von uns weiter aufgebaut werden muss, damit dieses Volk eine Chance hat. Hier geht es nicht um normale makroökonomische Hilfe, hier geht es um den Freiheitskampf eines Volkes, den wir gegen die rechten und linken Befürworter einer Diktatur unterstützen müssen für die Freiheit ganz Europas.

Monika Smolková (S&D). – Ukrajina sa už dlhodobo nachádza vo veľmi zlej hospodárskej situácii a vojnový konflikt tento problém ešte prehĺbil. Preto poskytnutie makrofinančnej pomoci Ukrajine Parlament podporil s podmienkou, že táto pomoc bude neustále monitorovaná, aby sa finančné prostriedky použili v prospech zníženia chudoby obyvateľov. Súčasne musia predstavitelia nášho susedného štátu urýchlene prijať opatrenia na boj proti rozšírenej korupcii a podvodom a na zlepšenie daňovej disciplíny. Táto pomoc nie je prvá a určite ani posledná. Keď sme v roku 2010 schvaľovali Ukrajine makrofinančnú pomoc, súčasťou uznesenia bola aj podmienka dôkladného vykonávania nevyhnutných štrukturálnych reforiem či opatrenia, ktoré má prijať Ukrajina v oblasti predchádzania a boja proti podvodom a korupcii. Dnes je rok 2015 a my opäť žiadame od Ukrajiny to isté. Preto je na mieste otázka: budeme vedieť kontrolovať toky tejto pomoci v prospech obyvateľov ťažko skúšaného ľudu Ukrajiny, a nie na ich oligarchov? Pán komisár, prosím Vás, odpovedzte.

(End of catch-the-eye procedure)

Valdis Dombrovskis, Vice-President of the Commission. – Madam President, honourable Members, first of all I would like to thank the European Parliament for its broad support for the Commission's proposal, which we could see in the debates. It is important that we are moving forward with financial assistance to Ukraine, given the worsening security and economic situation there.

Some colleagues raised the question of whether this financial assistance is sufficient, and quite clearly we will need to discuss further steps, further support, further involvement, with Ukraine in the coming months and years. It is certainly a step forward. Some colleagues also raised the question of the purpose of this macro-financial assistance. It has been outlined very clearly that this assistance can be used only for non-military purposes, but I would like to underline once again the urgency of this decision, in view of Ukraine's immediate financing needs and the need to make this disbursement to Ukraine before the summer break.

As you know, amendments to the Commission proposal could trigger a second reading and significantly delay the adoption process. Therefore, on the basis of the valuable work done by the rapporteur and the Committee on International Trade (INTA), I count on your support for this important financial assistance programme to Ukraine in these difficult times, and I urge you to vote today in favour of the Commission's proposal without the 12 amendments tabled last week.

Mittwoch, 25. März 2015

The President of the Commission, Mr Juncker, is going to Kiev next week and hopes to be able to deliver the good news in person. Thank you for your attention and, I hope, for your support.

Gabrielius Landsbergis, rapporteur. – Madam President, I have to say that I am very optimistic. I hear the unanimous voice of support for Ukraine from so many groups in the House, and I hope that in a few moments we will all be proud Members of a European Parliament which made the right decision. We thank you again for all your support and wisdom.

(Sustained applause)

President. – The debate is closed.

The vote will be held shortly.

Written statements (Rule 162)

Dita Charanzová (ALDE), in writing. – Today we send a strong message to the people of Ukraine and to Ukraine's neighbours that despite these extremely difficult times, the European Union will continue to support its partner. Since political developments in early 2014, the extreme vulnerability of the Ukrainian economy must also be addressed to secure a peaceful and prosperous future for all Ukrainians. Although Ukraine's troubles remain far from over, I am confident that this assistance will nonetheless make a difference in providing much-needed help to balance the country's budget.

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne. – Je nespochybniteľné, že ukrajinské hospodárstvo potrebuje pomoc, pretože je vážne zasiahnuté dlhodobými štrukturálnymi problémami v dôsledku ozbrojeného konfliktu. Keďže Ukrajina stratila prístup na medzinárodné trhy pre financovanie dlhu, tak medzeru vo vonkajšom financovaní môže vyplniť iba dodatočná makrofinančná pomoc zo strany Európskej únie, pretože Ukrajina bude potrebovať kapitál, aby uskutočnila všetky reformy a stabilizovala domácu politickú situáciu. Na jednej strane musím preto privítať akýsi záväzok a pripravenosť Európskej únie podporovať krajiny, ktoré sa vydávajú na cestu reforiem v čase hospodárskych a politických ťažkostí, no na druhej strane je veľmi dôležité, aby sme boli schopní odsledovať, ako sa použijú poskytnuté finančné prostriedky, a to najmä na Ukrajinu, ktorá má zásadný problém s korupciou a klientelizmom. Ak teda Európska únia nastúpila cestu plnej podpory Ukrajine, musíme ukázať, že sme ochotní a pripravení pomôcť a že vieme konať rýchlo, zodpovedne a stať sa za svojimi politickými a hospodárskymi záväzkami. Je však veľmi dôležité, aby európska solidarita nebola len slepá, ale podporená reálnymi výsledkami a krokmi, pretože ekonomická a hospodárska situácia v našich členských štátoch tiež nie je veľmi uspokojivá a veľa občanov má právom pocit, že Európska únia by mala najskôr vyriešiť naliehavé hospodárske problémy vo svojom vnútri a až potom pomáhať navonok.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Prijedlog Europske komisije kojim se dodjeljuje dodatnih 1.8 milijardi eura makrofinancijske pomoći Ukrajini važan je i presudan u više pogleda. Ukrajina je zemlja strateške važnosti za Europsku uniju, ali i za zemlje krajnjeg istoga starog kontinenta, koje nisu članice EU-a, zbog geopolitičkih razloga, te radi krhke političke stabilnosti i trenutno izvanredno zaoštrenog odnosa s Rusijom. Europska unija osjetila je posljedice ukrajinske krize kako na ekonomskoj, tako i na socijalnoj razini. Nedvojbeno je da su Ukrajini potrebne neophodne gospodarske i društvene reforme u vidu ublažavanja negativnih učinka krize i radi poticanja sveobuhvatnog rasta. Smatram da se navedenim sredstvima od 1.8 milijardi eura ide prema podršci Europske unije i njenih tijela, pokretanju strukturnih reformi i demokratskih procesa kako bi se spriječilo dodatno pogoršanje dugogodišnje ekonomske recesije i stagnacije uzrokovane raznim sukobima i okupacijama, te otvorio put istinskim promjenama. Ističem također plodnu djelotvornost zajedničkog i koordiniranog pristupa u ostvarivanju cjelovitog plana pomoći koji može, indirektno, biti katalizator za mobilizaciju dodatnih financijskih sredstava. Vjerujem da mehanizam makroekonomske financijske pomoći, koji predstavlja izuzetan odgovor Europske unije sličnim kriznim situacijama i koji je dostupan i drugim partnerima EU-a, može doprinijeti stabilnosti istočnog europskog susjedstva i ubrzati proces oporavka Ukrajine.

Илхан Ключюк (ALDE), в писмена форма. – Уважаеми колеги, решението за отпускане на макрофинансова помощ е от изключителна важност за провеждането на политически и икономически реформи в Украйна. Отношенията ни с Украйна се развиват в рамките на Европейската политика за съседство и ние трябва да подкрепим усилията на правителството по пътя на реформите.

Mittwoch, 25. März 2015

Военният конфликт, който доведе до нарушаването на суверенитета и териториалната цялост, се отразява пагубно на украинска икономика. Голяма част от нея беше фокусирана в анексирания от Русия полуостров Крим, както и в държаните от сепаратистите Донетска и Луганска област. В резултат на това, икономиката на страната се сви с повече от 20% през последната година, а преките бюджетни разходи във връзка с конфликта влошават допълнително платежния баланс и ликвидността на Украйна.

В този контекст, смятам отпускането на финансова помощ за напълно навременна мярка, защото нуждите на страната от външно финансиране са значително по-големи от първоначално определените. От своя страна, властите в Украйна трябва да потвърдят ангажимента си за реформи в съответствие с рамката, предвидена от Споразумението за асоцииране, и да представят ясен план за действие.

Indrek Tarand (Verts/ALE), in writing. – Helping Ukraine in rebuilding its economy and providing advice regarding structural reforms is a very important and honourable task, since these solid building blocks are a necessity for a sustainable future for Ukraine. Unfortunately, our efforts to help Ukraine in the long term would be largely undermined if France were to provide Mistral warships to Russia. Right now, the French are waiting for an improvement in the conflict, like an effective ceasefire or at least a temporary stagnation in its perpetual escalation, in order to be able to deliver these warships to Russia. This is the wrong attitude towards this problem, since we have to keep in mind the bigger picture. Even if we make progress towards solving the conflict in Ukraine, we must remember this was not an isolated incident in Russia's aggressive expansionism in the region. Unless regime change happens in Russia, there will never be a right time to provide military equipment to a country that does not respect the territorial integrity of its neighbours, and where opponents of the regime are murdered. Since France cannot sell these warships to Russia at any time in the near future, a different buyer for these ships has to be sought.

20. Abstimmungsstunde

VORSITZ: RAINER WIELAND

Vizepräsident

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Abstimmungsstunde.

Aufgrund der Verspätung finden die mündlichen Erklärungen zur Abstimmung nicht direkt nach der Abstimmung statt, sondern am Ende der heutigen Aussprache.

(Abstimmungsergebnisse und sonstige Einzelheiten der Abstimmung: siehe Protokoll).

20.1. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/018 GR/Attica Broadcasting, Griechenland (A8-0050/2015 - Georgios Kyrtzos) (Abstimmung)

20.2. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/015 GR/ATTICA - Edition, Griechenland (A8-0051/2015 - Lefteris Christoforou) (Abstimmung)

20.3. Antrag auf Aufhebung der Immunität von António Marinho e Pinto (A8-0062/2015 - Kostas Chrysogonos) (Abstimmung)

Mittwoch, 25. März 2015

20.4. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Ivan Jakovčić (A8-0059/2015 - Tadeusz Zwiefka) (Abstimmung)

20.5. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/016 IE/Lufthansa Technik, Irland (A8-0052/2015 - Victor Negrescu) (Abstimmung)

20.6. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Viktor Uspaskich (A8-0061/2015 - Evelyn Regner) (Abstimmung)

— Vor der Abstimmung:

Guy Verhofstadt (ALDE). – Mr President, after the emphatic discussion that I had with President Schulz – who told me that I should intervene now and not two hours ago – I call for this report to be referred back to committee on the basis of Rule 188(2). The reason is that, if you read the report, there are still doubts about a number of important issues – WikiLeaks documents and so on. There are also doubts about something that is especially important. When we dealt with the case of Mr Severin, we agreed to lift his immunity but on the condition that his capacity to exercise his mandate was not affected, that his personal freedom was not restricted. I would ask the Committee on Legal Affairs to take the same decision in the current case, and to reconsider this, so that Mr Uspaskich's personal freedom is not restricted. I do not see why Mr Uspaskich should be treated in a less favourable way than Mr Severin, who was pursued for corruption, which is a much more serious matter. For that reason, I ask you to have a vote to refer this back to the committee.

Bruno Gollnisch (NI). – Monsieur le Président, bien que M. Verhofstadt soit un adversaire politique, je soutiens fermement sa proposition.

J'ai siégé pendant plus de dix ans à la commission spéciale qui s'appelait alors «commission du règlement, de la vérification des pouvoirs et des immunités». Il y avait, il y a plus de vingt ans, dans ce Parlement, une jurisprudence objective, due à un de nos collègues – M. Donnez –, qui disait très clairement que lorsqu'il y avait un *fumus persecutionis*, une odeur de persécution politique, selon laquelle le député était poursuivi par des adversaires politiques et pour des raisons politiques, il fallait maintenir son immunité.

Cette jurisprudence, je l'ai, je pense, personnellement toujours observée, y compris lorsqu'il s'est agi d'un adversaire politique. J'ai observé avec regret une évolution de la commission qui tendait à maintenir l'immunité, disons, des parlementaires *mainstream* et à la lever systématiquement, même pour des affaires d'expression politique, pour les parlementaires «politiquement incorrects».

Je conclus, Monsieur le Président. J'aurais souhaité que M. Verhofstadt appliquât la même ..

(Le Président retire la parole à l'orateur)

Evelyn Regner (S&D). – Herr Präsident! Herr Uspaskich hatte umfassend Gelegenheit, sich in seinem Fall zu Wort zu melden.

Der Rechtsausschuss ist in dieser Angelegenheit sehr umsichtig, sehr sorgsam vorgegangen – wie auch in anderen Immunitätsfällen. Wir haben uns eingehend damit beschäftigt – schon in der letzten Legislaturperiode. Das Ganze ist ein Verfahren, das jetzt vor dem Berufungsgericht ist, und wir haben diesen selben Fall abermals sehr sorgfältig im Rechtsausschuss behandelt.

Daher ist die Entscheidung absolut reif – und zwar jetzt. Wir haben uns diesen Fall wirklich lange und ganz genau angeschaut und jetzt ist der Zeitpunkt, um auch darüber abzustimmen.

(Beifall)

(Das Parlament lehnt die Rücküberweisung an den Ausschuss ab.)

Mittwoch, 25. März 2015

20.7. Antrag auf Schutz der Vorrechte und der Immunität von Gabriele Albertini (A8-0058/2015 - Andrzej Duda)**20.8. Makrofinanzhilfe für die Ukraine (A8-0056/2015 - Gabrielius Landsbergis) (Abstimmung)****20.9. Jährlicher Steuerbericht (A8-0040/2015 - Eva Kaili) (Abstimmung)**

— Vor der Abstimmung über Ziffer 37:

Eva Kaili, rapporteur. – Mr President, I should like to move the following oral amendment so that paragraph 37 reads as follows: ‘Welcomes the swift implementation of country-by-country (CbC) reporting for banks as defined in the fourth amendment to the Capital Requirements Directive (CRD4); calls on the Commission to introduce as a next step mandatory CbC reporting for cross-border companies, excluding SMEs, in all sectors and in all the countries in which they operate, including non-cooperative jurisdictions and tax havens, through an immediate revision of the accounting directive, whilst ensuring that administrative burdens are minimised.’

(Der mündliche Änderungsantrag wird übernommen.)

Der Präsident. – Damit ist die Abstimmungsstunde geschlossen.

21. Berichtigungen des Stimmverhaltens und beabsichtigtes Stimmverhalten: siehe Protokoll**22. Jüngste Terroranschläge in Tunesien (Aussprache)**

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die Aussprache über die Erklärung der Vizepräsidentin der Kommission/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik zu den jüngsten Terroranschlägen in Tunesien (2015/2633(RSP)).

Federica Mogherini, Vice-President of the Commission/High Representative of the Union for Foreign Affairs and Security Policy. – Mr President, we discussed the situation in Tunisia to some extent in the margins the last time we discussed Libya in Strasbourg. I remember that, on that occasion, we said that Libya was definitely one of the main problems we have to deal with in our neighbourhood, and that this applies not only to European countries but also to Libya's neighbouring countries, starting with Tunisia. And here we are, some weeks later, discussing that fragile situation which is even more evident after the attack which took place last week.

Tunisia is a very special neighbour for us. First of all, it is a neighbour which demonstrates that democracy, freedom and inclusive politics can be the future for the region. I was very impressed by the words of a boy participating in the demonstrations just after the attack in Tunis, who said that what terrifies the terrorists is ‘us’ – referring to his generation of Tunisian people in that street. The best response we can give to the attack that took place, and to the fragility of Tunisia, is to support that boy, that girl, those Tunisians of all ages who were in the streets reacting to the attack – just as French citizens, together with others, reacted to the attack in January in Paris – all the Tunisians, especially the younger generation, who believe in a free, democratic, open future for the country.

The day before the attack, we were here in Brussels, together with the Foreign Minister of Tunisia, for the Association Council between the European Union and Tunisia. We were doing two things. On the one hand, we were discussing, as we do among partners, the positive developments in the country in the last year – the adoption of a new constitution, legislative elections, presidential elections, a unity government – and also the elements that make Tunisia fragile still: its youth, which is highly educated but has very low employment rates and very poor employment experiences; the place in society for young people and for young girls in particular in Tunisia; the fact that some steps in the democratic process still need to be taken – I am thinking of the local elections due to take place later this year; the differences – the cleavages – between different parts of the country, in which different regions have huge differences of income, social conditions and economic conditions; a sense of disparity within the country (we were even discussing the possibility of promoting twinnings between some regions or cities in Tunisia and some regions or cities in the European Union); and also the security challenge for the country.

Mittwoch, 25. März 2015

The security challenge comes, first of all, from the fact that Tunisia is one of the countries, if not the country, in the region where the number of foreign fighters is highest, around 3 000; but it also comes from the situation in Libya and the issue of border control. But apart from discussing all these things, we were also doing something else with the Foreign Minister of Tunisia. We were signing cooperation agreements together to open up European Union programmes to Tunisians: those Tunisian young people, enterprises, students or researchers who are willing, or who aspire, to participate in European Union programmes in an open way, opening the way for strong cooperation. We also discussed our next high-level visit from the European Union after my own visit – I visited Tunisia the week after the new Government took office in February — and the fact that next Tuesday we will visit the country with President Tusk.

The day after the attack I had a telephone conversation with the Prime Minister of Tunisia. We exchanged condolences – from my side for the Tunisian victims and for the attack on the heart of the country, and he expressed his condolences to me in the sense of the European Union, as many of the victims were Europeans. But he basically told me one thing: that they were doing all they could to react, to make sure that this attack did not interrupt their process, which was still fragile and difficult but which was on track, and that they needed to be supported by friends, and they saw the EU countries as their main friends.

I passed this message to the European Council which was taking place on the same day, and which opened with a minute of silence. I shared with the Heads of State and Government the concrete elements of our effort to be a special friend to Tunisia in these difficult times, and our effort to increase cooperation. This is about four different levels of increasing cooperation: security cooperation, financial support, support for the economy with concrete, immediate measures, and regional cooperation focusing on Libya.

Let me go quickly through these four issues, starting with security cooperation. Obviously security is at the heart of a democracy and of a democratic system, but the converse is also true. Security can be sustained only with a genuine democratic process respecting human rights and the rule of law, and we know that one strengthens the other. Democracy strengthens security and security strengthens democracy. That is why, from the European Union side, we are engaged in three different reviews in Tunisia: one on justice, one on border management and the third on security-sector reform. Actions on border management will start shortly, and a very ambitious security-sector reform programme, addressing counter terrorism, among other challenges, is now in its very final stage of preparation – this will include EUR 25 million. We are also working with our Tunisian partners to support the reform of their justice sector.

We know that we need to do much more, especially at the present time. The EU counter-terrorism coordinator was in Tunis, at my request, just a few days before the attack, and started discussing with his counterparts areas of cooperation, including a counter-terrorism dialogue and a package of measures that will soon be finalised and, we hope, will be implemented in the coming months. It is important that in this process we keep the partnership on a completely equal level and that we discuss and decide everything with our Tunisian partners.

However, we know that supporting Tunisia's stability requires not only security. It means mainly – and I stressed this in my public messages as strongly as I could – supporting the economic and democratic transition. This is what will make Tunisia stronger.

How do we do that? First, through financial assistance. Since 2011 the European Union has more than doubled the initial commitments to Tunisia. For last year alone – 2014 — nearly EUR 170 million was allocated to Tunisia, and micro-financial assistance of up to EUR 300 million in loans comes in addition to that. Financial allocations for 2015 have not yet been completely decided, but we are working with Commissioner Hahn to make sure that Tunisia gets what it needs and what it deserves, and that is also in our own interests. But beyond financial assistance, there are concrete measures – sometimes even creative measures – that we have to put in place to accompany Tunisia along its path of strengthening democracy and the economy.

A true progressive integration of the Tunisian economy into the European internal market, supporting the economic model that was chosen by Tunisia and in the manner and pace suited to its own economy: this could be one element.

Mittwoch, 25. März 2015

The European Union is ready – and we started discussing this with the new Tunisian authorities last month – to start negotiations for a deep and comprehensive free trade agreement with Tunisia. It is probably also important to give a positive sign to investors, so that they can find ways of supporting economic recovery in the country. This will obviously bring results in the medium and long term, but we also have an urgent need to support Tunisia immediately. Earlier this year we adjusted our monthly import quotas on olive oil – something very small, but something very important for Tunisia – and we can do more in this respect. The Commission is also starting to work on Tunisia's application to be associated with the Horizon 2020 research programme. These are only examples – and others will follow – of where we can make a difference completely and immediately.

The fourth level of cooperation is, obviously, in relation to Libya. On one side there is the border issue, on the other side there is the bigger Libya issue that affects the situation in Tunisia. I expect some speakers will return to that, so maybe I will leave more for my replies in the end, but you know – and we discussed this in Strasbourg last time – that we are increasing the level of our commitment and of our engagement in diplomatic work.

Just two days ago here in Brussels, I myself hosted a meeting of 34 mayors from various cities in Libya. Listening to them, I heard on the one side a desperation that only mayors can understand, facing their own people in very difficult situations. Most of those cities were bombed while we were meeting. But on the other side there was a strong, passionate, emotional feeling of needing to move forward and finding the political agreement that could allow Libya to restart.

That meeting produced good results in terms of concrete cooperation and confidence-building measures, and also an appeal to the political track to produce a result. You know that a plan to establish a new political framework is currently being discussed, not only in Rabat but also in Tobruk, Tripoli and other cities, and I think – and it is also the view of our Tunisian friends – that this will be the only way to solve the Libyan crisis.

Let me add one more thing before I finish, and this is about you, honourable Members, and Tunisia. Parliamentary cooperation is also an essential part of the support that Tunisia is looking for. It is a country where your engagement can have a huge impact. The two European Union electoral observation missions in 2011 and in 2014, and the European Parliament contribution to the ongoing EU project assisting the Tunisian parliament, were really significant for them, and also for us. I look forward to the establishment of the Joint Parliamentary Committee with Tunisia, which is provided for in the action plan for a privileged partnership.

The European Parliament, by strengthening its links with the new parliament, can certainly play a key role in reinforcing Tunisian democracy. I think we all saw the images of Tunisian Members of Parliament singing their hymn inside the Parliament during the attack, just as they were working on an anti-terrorism law. Our debate today is also our way of standing together with them and saying to all Tunisians – not only the Members of Parliament but starting with them – and to the rest of the world and the region, that they will never be alone, and that if they turn towards us to look for friends, we will be there ready to support them. They will always find us ready.

Der Präsident. – Ich habe vergessen, darauf hinzuweisen, dass es bei diesem Tagesordnungspunkt außer der Runde der Fraktionssprecher kein *Catch-the-eye*-Verfahren gibt und dass blaue Karten nicht benutzt werden können. Ich bitte Sie auch, sich streng an die Redezeit zu halten. Wir haben erhebliche Verspätung.

Cristian Dan Preda, au nom du groupe PPE. – Monsieur le Président, Madame la Haute Représentante, tout de suite après l'attaque effroyable du musée du Bardo, le groupe du Parti populaire européen (démocrates-chrétiens) a condamné cet acte et, comme je l'ai fait moi-même il y a une semaine sur les réseaux sociaux, je voudrais présenter mes condoléances aux familles et aux proches des victimes et manifester notre pleine solidarité avec le peuple tunisien dans cette épreuve.

L'attaque du musée du Bardo a pris pour cible le pays de la région qui a réellement fait des efforts pour transformer en réalité les promesses du printemps arabe. Au-delà des victimes innocentes, l'attaque visait donc à frapper la transition démocratique tunisienne elle-même, transition qui est un scénario politique et institutionnel unique dans le monde arabe. Mais qu'on ne s'y trompe pas, l'attaque de Tunis n'est pas uniquement une attaque contre notre partenaire mais aussi une attaque contre l'Europe.

Mittwoch, 25. März 2015

D'abord, c'est évident, parce que la majorité des victimes sont des citoyens européens. Ensuite, parce que la sécurité de la Méditerranée est aussi notre sécurité. Enfin, parce que l'attaque du musée du Bardo est une attaque sur nos valeurs: la tolérance et les libertés fondamentales.

Daech a revendiqué cette attaque, nous confrontant encore une fois à la barbarie d'une idéologie bâtie sur une interprétation politique de l'Islam et sur le rejet de l'autre. Les mêmes barbarie et intolérance qui ont frappé, vendredi dernier, le Yémen. Les mêmes barbarie et intolérance qui ont frappé les chrétiens du Pakistan, victimes d'attentats suicides, le 15 mars.

Face à tout cela, nous devons plus que jamais rester fermes dans la défense de nos valeurs, lutter ensemble contre le terrorisme et le fanatisme, avec nos partenaires et, en premier lieu, avec la Tunisie.

Nous avons soutenu la transition démocratique de ce pays depuis le début et nous ne devons pas l'abandonner en ces heures critiques. Il faut un réel soutien international et je me réjouis d'entendre M^{me} la Haute Représentante sur toutes les dimensions de cette coopération qui doit absolument être renforcée.

Je veux ajouter que, d'ici quelques jours, une délégation de nos collègues qui font partie de la délégation pour les relations avec les pays du Maghreb et l'Union du Maghreb arabe se rendra en Tunisie pour échanger avec nos collègues parlementaires.

Pier Antonio Panzeri, a nome del gruppo S&D. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, sono tornato questa mattina da Tunisi dove ho avuto alcuni incontri istituzionali a partire dal Presidente dell'Assemblea parlamentare, che mi ha confermato che l'obiettivo principale dell'attacco terroristico era il parlamento tunisino.

Nello scambio di opinioni avuto con i diversi interlocutori ho percepito la consapevolezza che la Tunisia potesse essere un bersaglio ideale per un attacco terroristico. Questo paese che ha dato l'avvio alla Primavera araba è anche il paese più avanzato sulla strada della transizione democratica e la capacità delle forze politiche di dare vita, non senza una vivace dialettica, ad una Costituzione moderna e ad un governo di unità, dopo le elezioni di qualche mese fa, non può che essere sottolineata positivamente.

Da parte nostra dobbiamo avere una altrettanto adeguata consapevolezza che la Tunisia è stata colpita proprio perché un esito positivo di questo esperimento rappresenterebbe un punto di riferimento per tutta la regione e per tutta l'Europa, perché ciò sarebbe la più ampia dimostrazione che è possibile assicurare un futuro democratico e libero in un paese arabo. E questo per i terroristi non è tollerabile, perché il loro obiettivo è il caos in tutta la regione mediterranea. Per questo non si può che concordare con le affermazioni del presidente della Repubblica tunisina: il terrorismo non è solo un problema della Tunisia, ma riguarda tutti. Anche perché nell'attentato al museo del Bardo sono stati uccisi molti turisti europei e ciò ha provocato una duplice conseguenza: da una parte l'innalzamento del livello di paura, già molto alto per le vicende che investono la Libia, e dall'altra una ricaduta negativa sull'immagine della Tunisia con oggettive conseguenze devastanti – penso soprattutto agli introiti economici derivanti dall'attività turistica.

Se ci è chiaro tutto questo, allora abbiamo bisogno di poche parole e di molti fatti concreti. Oggi, non domani! L'Europa ha più che mai un compito decisivo nei confronti della Tunisia, su due versanti. Innanzitutto serve un sostegno politico alle istituzioni e alle forze democratiche agendo sul piano istituzionale e civile, per rafforzare gli anticorpi capaci di fronteggiare la minaccia sempre più pervasiva dello Stato islamico – e qui, come veniva richiamato dall'Alto rappresentante, c'è un compito ovviamente anche nostro, del Parlamento europeo. E poi serve un cospicuo contributo finanziario, subito, sulla falsariga di ciò che abbiamo qualche minuto fa accordato all'Ucraina sotto il profilo dell'assistenza finanziaria. Questo è il primo banco di prova della nuova politica di vicinato, della sua capacità di essere flessibile e di individuare le priorità, e non ho dubbi a dire che per noi, per i Socialisti e democratici, la Tunisia è oggi la priorità.

Signora Alto rappresentante, sono consapevole della sua sensibilità, ma le chiedo di farsi partecipe di questa nostra richiesta e di rendere possibile al più presto, oltre alle cose che lei ha detto, una decisione politica da parte della Commissione europea e del Consiglio dando un seguito concreto al Consiglio di associazione che si è svolto il 17 maggio, proprio per fare in modo che questi fatti rispondano efficacemente ai problemi che oggi abbiamo in Tunisia.

Mittwoch, 25. März 2015

Charles Tannock, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, firstly on behalf of the ECR I would like to extend my condolences and prayers to the families and the victims of the 18 March Bardo museum shooting in Tunis. Twenty-three people died in this brutal assault, where gunmen were randomly firing with automatic weapons at innocent visitors and tourists.

Islamic State has claimed responsibility for the attack, and whether or not it is true that it was actually carried out by ISIS – we do not know – the attack shows the threat posed by Jihadist terrorists to the democracies of the world.

Tunisia is a Muslim-majority country, and the lone success story of the Arab Spring. These terrorists do not seem to care who they kill: Muslims, Christians or Jews. They only care about one thing, and that is the destruction of those they view as an enemy of their utopic caliphate. These men are evil. They are a threat to everything this parliament and the EU stands for. It is our duty in this House and in the European Union to do everything we can in our power, both economically and in security terms, to help the fledgling democracy of Tunisia.

Fernando Maura Barandiarán, *en nombre del Grupo ALDE*. – Señor Presidente, señora Alta Representante, Señorías, tal como auguré en el debate sobre la situación en Libia, celebrado en la anterior sesión plenaria, la descomposición de este país ya ha alcanzado a Túnez.

Quisiera recordarles que la Alta Representante declaró en ese mismo debate que la situación de Libia y el norte de África es una prioridad de la Unión Europea junto con la de Ucrania. Sin embargo, esta igualdad de prioridades no parece reflejarse ni en términos económicos ni en términos políticos. En concreto, dos tercios de los fondos del Instrumento Europeo de Vecindad son destinados a la región este de Europa, con una población de algo más de 12 millones de habitantes, mientras que a la región sur, con una población de 22 millones, no se le presta la misma atención. Esto pone en evidencia el desequilibrio de prioridades.

Pero la situación en la parte meridional de la Unión es extrema. Es necesario revisar con carácter urgente la Política Europea de Vecindad para que garantice de manera equilibrada el compromiso permanente y profundo de la Unión con sus socios orientales y meridionales.

En el caso concreto de Túnez, el atentado terrorista de la semana pasada, además de buscar descarrilar su incipiente democracia, ha buscado perjudicar su sector productivo más importante, el turismo. No podemos olvidar que Túnez es el único país donde la transición democrática ha sido genuina: en ningún otro país árabe hay un Gobierno islamista que haya ganado y perdido el poder en elecciones libres; no hay ningún otro Estado de la orilla sur del Mediterráneo -la frontera sur de la Unión Europea- que no sea hoy una autocracia religiosa o militar, excepto Túnez; y el Estado Islámico, que estamos lejos de derrotar, está llamando a su puerta.

Debemos, por lo tanto, salir al encuentro de esta situación, debemos ayudar a Túnez con todos los medios de que dispongamos e iniciar un plan integral de apoyo, que incluya préstamos, inversiones y ayuda de seguridad durante los próximos años. No podemos permitirnos ni un solo foco más de tensión e inestabilidad en la frontera sur de Europa, no podemos permitirnos perder Túnez.

Javier Couso Permu, *en nombre del Grupo GUE/NGL*. – Señor Presidente, gracias, señora Mogherini, por venir otra vez a esta Cámara.

Lo primero, condenar y lamentar esos terribles atentados en nombre del sectarismo y del fanatismo religioso. Por desgracia habíamos tenido avisos en el sur empobrecido del país, había habido también atentados de estas características y no les habíamos hecho mucho caso. En su reacción, señora Alta Representante, hizo bien en apresurarse a hacer referencia a Libia, no le falta razón, porque la amenaza del terrorismo yihadista no se puede atacar país por país. Ese enfoque basado en la idea de que todos los males de Oriente Medio eran consecuencia de la existencia de un puñado de dictadores ha generado monstruos como la organización del Estado Islámico. Porque hay que decir con claridad y sin ningún tipo de tapujos que esa organización terrorista es hija de las políticas de injerencia.

Estados Unidos prefirió engordar y fortalecer a las brutales monarquías del Golfo con el fin de asegurar su dominio geopolítico, y algunos Gobiernos europeos, en contra de sus propios intereses, hicieron un seguidismo vergonzoso. El Estado Islámico está hoy bien financiado y bien armado por una rica retaguardia, y es cada vez más fuerte en el Mediterráneo porque muchos actores de esta Unión Europea contribuyeron activamente a destrozarse las estructuras de los Estados seculares.

Mittwoch, 25. März 2015

Para la solución, no podemos olvidar la importancia de los actores regionales; no podemos olvidar la importancia de las instituciones multinacionales. Pero hay que recalcar que no es tiempo de intervenciones unilaterales, de aventuras neoimperiales, ni de servir a intereses atlánticos que cada vez se parecen menos a los nuestros.

Barbara Lochbihler, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Herr Präsident! Der Anschlag auf das Bardo-Museum in Tunis hat mindestens 22 Zivilisten das Leben gekostet. Inzwischen hat sich der Islamische Staat zu diesem abscheulichen Verbrechen bekannt. Sie, EU-Außenbeauftragte Mogherini, haben kurz nach dem Anschlag der tunesischen Regierung Unterstützung zugesichert und sich dabei nicht allein auf Sicherheitsmaßnahmen, sondern gerade auch auf die ökonomische und demokratische Entwicklung des Landes bezogen und haben das hier heute noch einmal sehr detailliert ausgeführt.

Es ist wichtig, dass wir in Europa unsere Solidarität mit Tunesien in dieser schwierigen Zeit bekunden. Wir müssen dabei unseren Worten aber auch Taten folgen lassen und bereit sein, angemessene Mittel zur Verfügung zu stellen, um Tunesien stärker als bisher zu unterstützen. Die Unterstützung muss gewährleisten, dass dieser Anschlag nicht zu einem Rückschlag für den Transformationsprozess des Landes wird, sondern Tunesien sich weiter zu einem demokratischen Erfolgsmodell in der Region entwickeln kann. Tausende Tunesier sind in der letzten Woche auf die Straße gegangen. Bei den Protesten fand auch ein zentraler Slogan der Jasminrevolution von 2011 in abgewandelter Form erneut Anwendung. Aus dem Ruf „Wir haben keine Angst!“ wurde nun „Wir haben keine Angst vor Terrorismus!“. Angesichts der globalen Bedrohung durch Dschihadisten sollte dies nicht nur eine zentrale Botschaft für Tunesien sein, sondern für die gesamte Region und auch für Europa. „Wir haben keine Angst vor Terrorismus!“ sollte jedoch auch als eine Mahnung gegen voreilige Maßnahmen und Überreaktionen verstanden werden. Ich sehe es als unsere Aufgabe, die Tunesier darin zu unterstützen, dass Maßnahmen zum Schutz vor Terrorismus in Einklang mit menschenrechtlichen Prinzipien stehen. Sehr wichtig wäre es deshalb, dass die EU insbesondere die Stärkung von rechtsstaatlichen Institutionen fördert.

Abschließend möchte ich auf das jetzt in Tunis stattfindende Weltsozialforum hinweisen. Dass es stattfindet, ist auch eine konkrete Solidaritätserklärung mit der tunesischen Gesellschaft.

Fabio Massimo Castaldo, *au nom du groupe EFDD*. – Monsieur le Président, pourquoi cette tragédie a-t-elle frappé les seuls Tunisiens, chers collègues?

Au cours des derniers mois, je me suis rendu trois fois à Tunis pour observer le bon déroulement des élections dans l'unique pays où le printemps arabe a véritablement porté ses fruits. Aujourd'hui, quand je pense aux images de sang et de mort de l'attentat, je sais qu'elles ne réussiront pas à effacer celles des moments que j'ai vécus: des images teintées d'enthousiasme, de cet incroyable engagement du peuple tunisien au moment de préparer et d'organiser les élections.

Un mot résonne encore: *choukran*, merci. Merci d'être avec nous, de nous soutenir et de nous encourager pendant que nous retrouvons notre liberté de parole, de vote et d'opinion, alors que nous nous efforçons de parvenir à une réforme sociale équitable, que nous commençons à bâtir un avenir meilleur pour nos enfants. Partout, dans les bureaux de vote et ailleurs dans le pays, j'ai trouvé hospitalité, éducation et chaleur. J'ai également visité ses musées, ce merveilleux Bardo et sa collection de mosaïques, qui témoigne de trois millénaires d'échanges et de relations entre l'Europe et l'Afrique du Nord.

Pourquoi la Tunisie, donc? Parce que d'aucuns veulent détruire son tourisme et son économie, pour étouffer sa démocratie et la voix des jeunes citoyens tunisiens. Pour plonger le pays dans l'anarchie, en défendant des positions de force avec les flammes de la violence. Pour faire croire, avec la terreur, qu'il n'y a aucune coexistence possible entre l'islam et la démocratie. Et cet intérêt n'est pas seulement celui des terroristes, malheureusement. Si l'on tombe dans le piège du choc des civilisations ou des religions, cette rhétorique fallacieuse gagnera.

Je crois, moi, aux paroles du roi de Jordanie lorsqu'il affirme que les musulmans, de par le monde, ne permettront pas aux terroristes d'exploiter leur foi pour commettre une barbarie intolérable. Nous ne devons pas non plus leur permettre de nous exploiter. Il faut redoubler d'efforts d'une façon concrète. Ce n'est qu'en coopérant et en travaillant ensemble dans les domaines économique, politique, sécuritaire, social et culturel, que nous vaincrons, toujours ensemble, la culture de la force avec la force de la culture.

Oui, collègues, nous sommes tous Tunisiens.

Mittwoch, 25. März 2015

Mario Borghesio (NI). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, Alto rappresentante, non limitiamoci alle condoglianze, che naturalmente condivido – molte delle vittime sono miei conterranei, purtroppo. Si ricordi che l'ISIS non si combatte con i paternostri o con le preghiere, magari anche in latino, anche in arabo. L'Europa piuttosto fornisca subito alla Tunisia mezzi idonei, militari ma anche di intelligence, e operi non solo attraverso la solita brutta figura dei burocrati mandati a gironzolare per Tunisi, soggiornando negli alberghi a cinque stelle senza concludere niente di concreto.

Il primo degli obiettivi è sigillare le frontiere con la Libia, sigillare queste frontiere per stoppare il via vai incontrollato dei guerrieri di Allah. E quindi deploro le lacrime di cocodrillo, come italiano, di certi governanti che non hanno fatto niente per combattere il fenomeno dei *foreign fighters* e che però sono in prima fila davanti alle telecamere a piangere ai funerali delle povere vittime. Bisogna fare qualcosa di concreto, combattere seriamente questo pericolo e naturalmente aiutare la povera Tunisia. Andiamo tutti in vacanza in Tunisia!

Federica Mogherini, Vicepresidente della Commissione (VP/AR). – Signor Presidente, onorevoli deputati, inizierò con il rispondere all'on. Borghesio. Il tema del controllo delle frontiere tra Tunisia e Libia è stato esattamente uno dei punti che abbiamo discusso con il ministro degli Esteri tunisino il giorno prima dell'attacco al Bardo. E lui ha detto, in quella riunione, che la Tunisia non ha nessun interesse e nessuna intenzione di sigillare le proprie frontiere con la Libia. Io sono abituata, nel rispetto di un paese, innanzitutto a rispettare le decisioni delle sue autorità, soprattutto quando è uno dei paesi che ha vissuto una transizione democratica di successo. Allora la prima base, il primo principio del nostro sostegno alla Tunisia deve essere il rispetto delle decisioni proprie, autonome, che le autorità tunisine prendono e prenderanno, perché è chiaro che la sfida è comune.

È anche chiaro che non si tratta di scontro né di religioni, né di civiltà, perché le vittime erano insieme europei, non europei, tunisini, musulmani, cristiani e atei, ed è chiaro anche che l'attacco era insieme un attacco all'Europa e un attacco alla Tunisia. Quindi qui non c'è uno scontro tra Nord e Sud del Mediterraneo: qui c'è un lavoro comune, paziente, difficile, concreto da fare insieme tra le due sponde del Mediterraneo contro la violenza e contro il terrorismo.

Ed è un lavoro che non possiamo illuderci si possa risolvere solo con misure di sicurezza. Le misure di sicurezza, anche immediate, vanno fatte. Ma la sfida la vinceremo – e questo è quello che ci dicono i nostri amici tunisini – soltanto se riusciremo ad investire veramente sulle giovani generazioni tunisine offrendo un lavoro, offrendo un posto nella società, offrendo dignità, che era quello che i giovani tunisini chiedevano iniziando la rivoluzione anni fa: dignità! Credo che questo sia il nostro compito, quello di sostenere con rispetto un percorso che è proprio della Tunisia, con tutti i mezzi che abbiamo, ma nel rispetto e nella dignità.

Ci sono stati alcuni interventi che hanno sollevato alcuni punti precisi, ne citerò due. Uno riguarda la revisione della politica europea di vicinato. Questo è stato uno dei punti che abbiamo discusso per l'appunto con la Tunisia proprio il giorno prima dell'attentato. È il tema che avremo all'ordine del giorno di un incontro a Barcellona il 13 di aprile con i nostri vicini della sponda Sud del Mediterraneo, così come ne parleremo con i nostri partner orientali più avanti a maggio. La revisione della politica europea di vicinato può essere per noi e per i nostri partner uno strumento eccezionale, se non lo prendiamo come una revisione burocratica, come un esercizio interno; può essere davvero il momento per pensare insieme, in quello spirito di rispetto reciproco, quali strumenti ci possono essere più utili insieme, per affrontare le sfide che oggi sono diverse da quelle che c'erano dieci anni fa.

E al Sud certamente c'è la sfida della stabilità della regione, c'è la sfida del terrorismo, c'è la sfida dell'assenza o della fragilità di istituzioni statali e c'è la sfida della Libia, che non è soltanto una sfida libica perché, come qualcuno di voi ha detto, le vittime sono tutte uguali, e condivido. Le vittime sono tutte uguali: ci si riferiva ad altri attentati che avevano fatto altre vittime e su cui reagiamo di meno, condivido molto. Le vittime sono tutte uguali e sono tutte importanti e ci terrei a dire una parola oggi, qui, anche sulle vittime che ci sono in altre parti del mondo, a volte molto vicine alla Tunisia: penso alla Nigeria, penso a quello che sta succedendo in Yemen. Non è il tema di questa sera, ma dobbiamo fare attenzione innanzitutto a non usare due pesi e due misure nelle nostre condanne, nella nostra reazione, e dobbiamo anche fare attenzione a che le crisi regionali non si saldino – e qui vorrei fare un riferimento all'invito che mi veniva fatto da uno di voi a sollecitare risposte non unilaterali ma nel quadro multilaterale. Ecco, io faccio mio questo appello. È un lavoro che stiamo facendo quotidianamente e faticosamente insieme alle Nazioni Unite, insieme alla Lega araba, insieme ai partner regionali. Credo che in questo momento in particolare sia importante che tutti gli attori, in particolare della regione, agiscano con responsabilità, non soltanto in Libia ma anche sullo Yemen.

Mittwoch, 25. März 2015

Abbiamo bisogno di un quadro regionale che, insieme al quadro multilaterale e internazionale, insieme alle Nazioni Unite, insieme all'Unione europea, riesca non soltanto a reagire ma anche ad agire cercando soluzioni sostenibili nel lungo periodo, perché è troppo spesso il caso che un modo di «risolvere», tra molte virgolette, una crisi si trasforma anni dopo in una nuova crisi. Allora dobbiamo essere lungimiranti e capire in quali modi, a partire dalla Libia, ma non soltanto sulla Libia, noi riusciamo a prevenire crisi future e anche a prevenire il terrorismo nella regione.

Un'ultima nota che voglio fare è rispetto all'allocazione dei fondi. Qualcuno ha fatto riferimento ad una divisione iniqua: due terzi per l'Est e un terzo per il Sud. È una regola non scritta ma è una regola non scritta all'inverso: due terzi dei fondi sono normalmente allocati al Sud, un terzo all'Est. È una questione che chiaramente può essere sempre discussa, ma ci tenevo a precisare questo dato, che attualmente è così, non viceversa.

Der Präsident. – Die Aussprache ist geschlossen.

Schriftliche Erklärungen (Artikel 162 GO)

Nicolas Bay (NI), par écrit. – L'attaque terroriste qui a frappé la capitale de la Tunisie le 18 mars dernier révèle une fois de plus la barbarie des islamistes qui s'en prennent à l'héritage culturel de civilisations anciennes, lequel fait partie du patrimoine matériel de toute l'humanité. Quoi de plus vil que de s'attaquer aux vestiges de civilisations disparues et à ceux qui viennent aujourd'hui admirer — ou, tout simplement, découvrir — ce que ces civilisations nous ont légué? Face à ces barbares, il est plus que jamais urgent de revoir notre diplomatie et de cesser de soutenir des régimes qui, tels ceux de l'Arabie Saoudite ou du Qatar, sont fortement suspectés d'entretenir le terrorisme islamique.

Aymeric Chauprade (NI), par écrit. – Les attaques terroristes qui ont frappé la Tunisie le 18 mars dernier sont une nouvelle attaque contre le modèle civilisationnel européen. Les assaillants ont ainsi choisi le musée Bardo de Tunis, non seulement parce qu'il attire chaque année des milliers de touristes occidentaux, mais aussi parce qu'il est un véritable écrin du patrimoine tunisien pré-islamique. Les djihadistes, à l'image de leurs chefs à la tête de l'État islamique, entendent ainsi mener leur propre révolution culturelle pour faire table rase d'une Histoire qu'ils jugent blasphématoire. Face à cette barbarie, il est temps que l'Union européenne se débarrasse des oripeaux de son idéalisme pour revêtir le réalisme qui s'impose. C'est en participant à la programmation de la déstabilisation de l'Afrique que l'Union européenne a fait le lit du terrorisme: de l'effondrement de la Libye a résulté un chaos islamiste, comme l'a souligné le chef de l'État tunisien, M. Béji Caïd Essebsi. Combien de temps encore, chers collègues, laisserez-vous votre idéalisme être l'humus du terrorisme? Il est temps de prendre nos responsabilités, de revoir notre diplomatie à l'égard de certains pays suspectés de financer le terrorisme. Il est temps de renouer avec l'Histoire.

Carlos Coelho (PPE), por escrito. – Junto-me a todos quantos apresentaram condolências pelos ataques do passado dia 18 de março em Tunes. Numa região fustigada pela guerra, pela instabilidade política e pelo sofrimento, a Tunísia é ainda o único sucesso da Primavera árabe. Também, por isso, é essencial que sejam desenvolvidos todos os esforços para que este país prossiga o seu caminho para a Democracia. Se todo e qualquer ataque contra vidas humanas deve merecer o nosso mais profundo repúdio, esta tragédia deve constituir também um forte apelo à ação e a um reforçado combate aos fundamentalismos de qualquer espécie.

As declarações da Alta Representante, que estou certo encontram eco nesta câmara, são, por isso, de louvar. A União Europeia deve não só manter mas reforçar a sua presença e apoio à Tunísia, na luta contra o terrorismo, no aumento da segurança, na consolidação do regime democrático e no desenvolvimento económico e social.

Andi Cristea (S&D), în scris. – Tunisia este țara din care a pornit „primăvara arabă”. Este singura țară din regiune unde valorile democratice sunt vizibile: forțele politice islamice moderate și multe partide nereligioase fac eforturi să se așeze la masa dialogului, iar drepturile cetățenilor, inclusiv cele ale femeilor, sunt bine reglementate și respectate, în comparație cu alte state arabe.

Atentatul terorist asupra Muzeului Național din Tunis este un atac la valorile occidentale. Uniunea Europeană trebuie să coopereze mai strâns cu partenerii săi pentru a face față amenințărilor teroriste. De asemenea, este important a fi mobilizate toate instrumentele necesare pentru a sprijini deplin Tunisia în lupta contra terorismului și în reformarea domeniului securității. Condamn ferm acest atac terorist; la nivel politic, asemenea acțiuni odioase nu trebuie să împie-teze asupra procesului de consolidare a democrației din Tunisia, după aprobarea în Parlament a noii Constituții.

Mittwoch, 25. März 2015

Tunisia are nevoie de ajutor în ceea ce privește securitatea, pe lângă sprijinul economic și social. Totodată, avem datoria să fim alături de aceasta în angajamentul său de promovare a păcii și a democrației. Astfel de acte de violență nu trebuie să ne descurajeze, ci dimpotrivă să ne unească pentru a face față unor asemenea amenințări.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – I recenti attentati terroristici al Museo Bardo di Tunisi hanno inferto un duro colpo a un paese simbolo di libertà e democrazia che è sceso in piazza all'indomani degli attacchi, con determinazione, contro il fondamentalismo e il terrorismo. Di fronte a questi atti odiosi e alla luce del rinnovato clima di tensione che sta caratterizzando la scena internazionale, l'Unione europea è chiamata a contribuire alla lotta al terrore con una strategia globale che sappia contrastare la violenza individuandone le radici più profonde. Occorre, dunque, aumentare la sicurezza nella regione del Mediterraneo, ma soprattutto rafforzare i legami politici, economici, sociali e culturali, con la finalità di creare una vasta area di approfondita cooperazione mediterranea. Solo con un nuovo impegno dell'Unione europea nei confronti della regione del Mediterraneo vi potrà essere maggiore sicurezza in Tunisia, nel Maghreb e in tutta la sponda meridionale del «Mare nostrum».

Eugen Freund (S&D), *schriftlich*. – Vier Jahre ist es nun her, dass der Machthaber Zine El-Abidine Ben Ali gestürzt wurde, vier Jahre lang hat Tunesien Schritt für Schritt ein demokratisches Land aufgebaut. Erst wenige Monate sind seit den ersten freien Wahlen vergangen, in denen eine neue progressive Verfassung aufgebaut wurde. In diesem Prozess hat aber auch die bewaffnete Dschihadistenbewegung einen Aufschwung erlebt. Der jüngste Terroranschlag auf das tunesische Nationalmuseum Bardo ist ein klarer Anschlag auf die junge und noch wenig gefestigte Demokratie des Staates. Wir müssen in der Europäischen Union Tunesien als einem der demokratischsten arabischen Länder jetzt größtmögliche Unterstützung zusichern. Nun gilt es, sich dezidiert gegen die Gräueltaten auszusprechen und eine Ausbreitung des Terrors zu verhindern. Eine funktionierende Demokratie ist eines der wirkungsvollsten Mittel gegen islamistischen Extremismus und Gewalt.

Wir sollten aber auch bei den Hintergründen ansetzen, die dem Terror Nährboden geben: die schlechten Lebensbedingungen und fehlende Zukunftsperspektiven vieler junger Tunesier sowie die überlaufende Gewalt aus Libyen. Die tunesische Regierung muss jetzt stark bleiben und beweisen, dass die Anschläge nicht zu einer stärkeren Spannung zwischen dem westlichen und dem demokratieskeptischen Lager führen. Sicherheit und Demokratie bedingen einander und Sicherheit erreichen wir dauerhaft nur, wenn wir in die junge Generation in Tunesien investieren.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – La menace terroriste a encore frappé. Cet effroyable attentat au musée du Bardo de Tunis est une attaque contre la transition démocratique tunisienne, mais également contre l'Europe et ses valeurs. Plus que jamais, l'Union européenne doit intensifier sa coopération avec ses partenaires si elle veut pouvoir lutter efficacement contre la menace terroriste mondiale et éteindre les foyers du djihadisme. Aussi, je me félicite de la déclaration du Conseil européen du 20 mars dernier annonçant que l'Union européenne et ses États membres vont intensifier leur coopération avec la Tunisie afin de contrer cette menace terroriste commune, de renforcer la démocratie tunisienne et de participer à son développement socio-économique.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – L'attentato in Tunisia è stato un colpo incredibile, davanti alla porta della casa europea. Ma non solo: è un attacco mirato all'unico caso di reale volontà di democratizzazione nella regione. Ed è soprattutto per questo, più che per la vicinanza geografica, che noi europei, l'Unione europea, dovremmo sentirci coinvolti.

Il cammino intrapreso dalla Tunisia dopo la Primavera araba è un modello, dove il partito islamico tunisino, Ennahda, ha partecipato alla creazione di una Costituzione laica, in un'ottica di collaborazione e di marginalizzazione delle frange estremiste. Questo cammino non si è concluso con la violenza cieca che l'ha colpito la scorsa settimana: la Tunisia è ancora una terra piena di speranze. Ma è anche una terra con problemi molto seri: l'economia del paese ha bisogno di un aiuto importante per diminuire la disoccupazione generale e quella giovanile in modo particolare. Ha bisogno di una spinta, che permetta di accompagnare l'impegno nella democratizzazione delle istituzioni con una speranza concreta di una vita migliore per le famiglie.

L'Europa non può distogliere lo sguardo: è nostro dovere sostenere il percorso democratico di Stati in difficoltà, questa è l'occasione di dare concretezza ai valori e agli ideali sui quali abbiamo costruito la nostra casa comune.

Mittwoch, 25. März 2015

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Najoštrije osuđujem strašan teroristički napad u muzeju u Tunisu te izražavam sućut obiteljima 19 žrtava. Riječ je o aktu kojim se ugrožavaju vrijednosti mira, tolerancije i solidarnosti koje njeguje civilizirani svijet. U ovim okolnostima potrebno je pružiti punu potporu vlastima i narodu Tunisa u njihovoj borbi protiv terorista i svih oblika radikalizma. Teško ekonomsko stanje ne pridonosi demokratskoj stabilnosti i izgradnji institucija, te je u tom kontekstu ključna uloga EU-a. Bitno je da EU pošalje jasnu poruku da Tunizani nisu sami, te da imaju prijatelje koji su im spremni pomoći. Članovi parlamentarnog izaslanstva za zemlje Magreba su 'prvi među jednakima' koji mogu pomoći u tom smislu, izražavajući solidarnost s građanima Tunisa. Također, važna komponenta za demokratski i ekonomski razvitak Tunisa je ulaganje u obrazovanje mladih Tunizana, jer će oni biti snaga za ekonomski oporavak. Ravnomjernom preraspodjelom financijskih sredstava EU-a, Europska susjedska politika će pridonijeti miru i stabilnosti na svojim istočnim i južnim granicama.

23. Beschäftigungsbedingungen einschließlich Mindestlöhne im Straßengüterverkehr - Übereinstimmung der deutschen Vorschriften über den im Transportsektor geltenden Mindestlohn mit EU-Recht (Aussprache)

Der Präsident. – Als nächster Punkt der Tagesordnung folgt die gemeinsame Aussprache über

— die Anfrage zur mündlichen Beantwortung an die Kommission über Beschäftigungsbedingungen einschließlich Mindestlöhne im Straßengüterverkehr von Marita Ulvskog im Namen des Ausschusses für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (2015/2571(RSP)) (O-000019/2015— B8-0106/2015) und

— die Erklärung der Kommission zur Übereinstimmung der deutschen Vorschriften über den im Transportsektor geltenden Mindestlohn mit EU-Recht (2015/2620(RSP)).

Marita Ulvskog, *frågeställare.* – Herr talman! Ett av mina starkaste minnen från EU-valrörelsen i fjol är ett telefonsamtal från en präst i Sverige. Hon uttryckte sin förtvivlan över den sociala nöd som rådde på den stora parkeringsplatsen utanför hennes stad.

Där står rader av lastbilar uppställda, i väntan på nya körningar. Under tiden bor och lever chaufförerna i sina bilar. De har svårt med mat och hygien, gör upp eldar på parkeringsplatserna eller värmer sig på små spritkök i den svenska vinterkylan. De har ingen lön, inget kollektivavtal – bara sin väntan. Detta är ovärdigt.

Åkerinäringen har stora problem med osund konkurrens. Från länder med lägre löner och sämre villkor körs permanent inrikestrafik i länder där högre löner och bättre villkor gäller. Människor tvingas arbeta under oacceptabla förhållanden, samtidigt som seriösa åkeriföretag slås ut.

De flesta medlemsstater har kollektivförhandlade eller lagstadgade minimiskalor för löner, även för transportsektorn. En del medlemsstater tillämpar dem också på exempelvis utländska åkerier, i fråga om minimilöner och administrativa krav, som exempelvis förhandstillstånd, när de utför vägtransporter utomlands, i transitfart som internationella transporter eller cabotage.

Jag vill därför å utskottet för sysselsättning och sociala frågor vägnar ställa följande frågor till kommissionen:

För det första, vilka föreskrifter i EU-lagstiftningen och i nationell lag anser kommissionen gälla för lastbilsförare och andra arbetstagare som tillhandahåller tjänster på väg genom eller i en annan medlemsstat? Vad gäller i fråga om anställningsvillkor och gällande lag inom transit eller värdmedlemsstatens territorium? I vilken utsträckning får inhemska bestämmelser gälla för utländsk transportverksamhet?

Fråga två: Hur ser kommissionen på sådan transportverksamhet i fråga om anställningsvillkor och den lag som ska tillämpas på anställningsförhållandet vid tiden för tillhandahållandet av tjänsten, bland annat utstationeringsdirektivet och Rom I-förordningen?

Fråga tre: Vilka åtgärder tänker kommissionen vidta för att skydda de sociala rättigheterna för arbetstagare inom vägtransportsektorn?

Mittwoch, 25. März 2015

EU:s mål om att uppnå en avreglerad inre marknad kommer nämligen aldrig att kunna förverkligas om inte kommissionen också vågar erkänna de problem, de mycket allvarliga problem, som EU-regelverken gett upphov till. När kommissionen nu förbereder en stor översyn av Europas transportregler kan man inte längre blunda för problemen. I stället för fortsatta liberaliseringar måste därför åtgärder mot social dumpning och orättvis konkurrens komma på plats. Det kommer att vara avgörande för EU-projektets innehåll, både när det gäller regelverk och den demokratiska halten.

PRESIDE: RAMÓN LUIS VALCÁRCEL

Vicepresidente

Violeta Bulc, *Member of the Commission*. – Mr President, honourable Members, socially responsible road transport services which are at the same time safe and efficient are the key pillar in the creation of a fairer and deeper internal transport market, a market shaped by people, for people and – that was my promise – one which respects workers' rights and contributes to developing society and the economy in the EU.

Each and every symptom of social unfairness and unfair competition must be combatted. However, prevention is the best means of redress.

Let me stress that the Commission welcomes the introduction of minimum wages at national level. They are fully in line with the social policy commitment of this Commission. However, it goes without saying that national measures on a minimum wage applicable to the transport sector must be applied in a manner which is fully compatible with EU law, notably the Treaty principles on free movement of goods and freedom to provide services.

This implies, *inter alia*, that the measures should be non-discriminatory, and that any restriction of such freedom should be justified having regard to the principle of proportionality. The Commission understands that the first questions to be raised in that respect concern the recently introduced scheme operated by Germany. The Commission is assessing thoroughly the German rules on minimum wages and their impact on the transport sector and on the proper functioning of the internal market, taking into account in particular the information provided recently by the German authorities' response to the Commission's inquiry.

Therefore, I am not yet in a position at this stage of the procedure to provide precise answers to Parliament's questions. The legal assessment is complex, as it involves basic EU Treaty principles, in particular in relation to the freedom just mentioned, but also several pieces of legislation, notably the Posting of Workers directive. In addition, the measures also need to be analysed in the context of regulations which liberalise the road transport market, Regulation nos 1072/2009 and 2073/2009.

The Commission will decide on further steps based on the results of this comprehensive assessment, and will inform Parliament of its position as soon as possible.

Mr President, honourable Members, let me turn to the third question and share with you the Commission's vision for improving social and working conditions in transport, in particular road transport. The Commission is fully committed to promoting fair social standards and fair working and business conditions. These three elements are crucial to creating a sound framework for more and better jobs in the sector. It is also of the utmost importance that the current legislation at both EU and national level is fully and equally understood and applied across the EU. This concerns all stakeholders including Member States, shippers, drivers, freight forwarders and other operators active in transport.

With a view to completing the existing framework in line, notably, with the aspects just mentioned, the Commission is currently considering new measures which could be presented in a 'road package' in 2016.

Mittwoch, 25. März 2015

David Casa, *fisem il-grupp PPE*. – Il-kwistjoni li ghandna quddiemna hija wahda li tippreokkupa l-isfera Ewropea minn żmien għal żmien. Sitwazzjoni li fiha hemm żewġ partijiet involuti u għandhom argumenti validi fi hdan id-djalogu Ewropew.

Il-punti mressqa minn dawk kollha li huma kontra dawn il-kundizzjonijiet jikkoncernaw l-aktar il-moviment hieles tas-servizzi u oġġetti, punt kardinali tas-suq hieles. Jista' jiġi argumentat li jekk ninsistu li xufier jithallas skont il-lokazzjoni geografika tiegħu, dan jista' jwassal għal tnaqqis fil-kompetittività u jmur kontra dawn il-libertajiet imsemmija.

Min-naħa l-oħra l-pożizzjoni li hađu xi whud mill-pajjiżi membri tikkwota l-prinċipju tas-sussidjarjetà bħala argument prinċipali. Is-Sigurtà Soċjali baqgħet prerogattiva ta' kull pajjiż membru speċjalment f'każi li jirrigwardaw il-paga minima nazzjonali. Punt iehor huwa li l-paġi differenti fit-trasport ta' merkanzija ġewwa stat tista' twassal, minhabba l-pressjoni kompetittiva, għal nuqqas ta' harsien tar-regoli u tista' taffettwa s-sigurtà fit-toroq.

Kollegi, id-drittijiet tal-haddiema huma ta' importanza vitali għal dan il-Parlament, iżda anke l-prinċipju tas-sussidjarjetà. U allura nitlob lill-Kummissjoni tikkonsidra sew dawn iż-żewġ punti.

Filwaqt illi jiena nirringrazzja lill-Kummissjoni għall-kontribut li tat s'issa, nawgura li nsibu l-aqwa soluzzjoni possibbli għall-benifċċju tal-partijiet kollha konċernati.

Jutta Steinruck, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident! Wenn ein Lkw-Fahrer in einem anderen EU-Land unterwegs ist, dann muss er sich an die dortige Straßenverkehrsordnung halten.

Das stellt in ganz Europa kein Mensch in Frage. Das Gleiche muss auch für Mindestlöhne gelten. Wo europaweite Regeln fehlen, da haben die Mitgliedstaaten das Recht, das selbst in die Hand zu nehmen. Das bestätigen die Entsenderichtlinie, die Rom-I-Verordnung und auch zahlreiche EuGH-Urteile ganz eindeutig.

Wir Sozialdemokraten wollen im Transportgewerbe, aber auch in allen anderen Branchen, gleichen Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Dann kommt nun der Vorwurf, dass Mindestlöhne Unternehmen ruinieren würden. Nein, falsch! Unternehmen ruinieren Unternehmen. Nämlich die, die auf dem Rücken der Arbeitnehmer und auf Kosten verantwortlicher Unternehmen Lohn- und Sozialdumping betreiben.

Diese Profitgier ist schuld, dass auch alles kontrolliert werden muss. Das hat nichts mit Bürokratie zu tun, sondern es schützt die ehrlichen Unternehmen vor Betrügnern und die Arbeitnehmer vor Ausbeutung.

Ich bin seit vielen Jahren in engem Kontakt mit Lkw-Fahrern, mit Transportunternehmen in ganz Europa. Was ich da erlebe, ist teilweise moderne Sklaverei. Fahrer, die kreuz und quer durch Europa fahren, in den Lkws übernachten, ihre täglichen Bedürfnisse an Raststätten erledigen, monatelang von zuhause weg sind. Da gab es schon Löhne bis 300 Euro im Monat. Das darf nicht das gängige Geschäftsmodell in Europa sein. Deshalb müssen Mindestlöhne – ohne Ausnahmen, ohne Schlupflöcher – überall und für alle gelten.

Ich hoffe, dass sich die Kommission dieser Sichtweise anschließt und ein deutliches Zeichen gegen Sozialdumping, aber auch gegen ruinösen Unterbietungswettbewerb setzt, denn das ist auch fairer Wettbewerb in Europa und die Freiheit der fairen Unternehmen.

El Presidente. – Señora Steinruck, tiene una tarjeta azul del señor Chrysogonos.

Hay solicitudes de más tarjetas, pero adviertan que llevamos un retraso considerable, por lo cual aceptaremos una sola tarjeta azul por turno.

Lamentamos que sea así; pero, si no, nos eternizaríamos.

¿Acepta usted la tarjeta? No acepta la tarjeta.

Richard Sulík, *za skupinu ECR*. – Minimálna mzda je sama osebe ekonomický nezmysel preto, lebo postihuje práve tých najzraniteľnejších, tých, ktorých zručnosti majú hodnotu nižšiu, ako je minimálna mzda. Títo zamestnanci majú fakticky zakázané pracovať. Je nad slnko jasnejšie, že minimálna mzda zvyšuje nezamestnanosť, najmä ak je tak vysoko nastavená ako tá nemecká. Nemecko zrejme zabudlo, že pred 10 rokmi bolo chorým mužom Európy, avšak pokiaľ sa Nemecko rozhodne škodiť svojej ekonomike, je to jeho problém a jeho vec. Lenže Nemecko zneužíva minimálnu mzdu na nekorektné uzavretie svojho trhu: to je v rozpore s jednotným voľným trhom. Zákon o minimálnej mzde je diskriminačne nastavený, lebo prehnanou administratívou neférovu zaťažuje len zahraničných prepravcov, nie domácich, ktorí tieto povinnosti nemajú. Navyše diéty nesmú byť súčasťou minimálnej mzdy, čo znamená, že nakoniec zahraničný prepravca musí platiť viac ako ten nemecký – to je ďalšia diskriminácia. Takýto postup je nekorektný, obzvlášť od

Mittwoch, 25. März 2015

krajiny, ktorá má silný export preto, lebo profituje zo slabého eura na úkor ekonomicky slabších krajín. Preto žiadam Európsku komisiu, aby v tomto prípade rázne konala a donútila Nemecko obmedziť svoju minimálnu mzdu len na pracovné vzťahy podliehajúce nemeckému právnemu poriadku. To znamená v prípade prepravcov, nech pre kapotáž platí minimálna mzda, avšak nie pre transport, nie pre export a nie pre import.

Martina Dlabajová, za skupinu ALDE. – Já sleduji s velkým znepokojením dopady, které má německý zákon o minimální mzdě na evropské zaměstnavatele, a zejména dopravce.

Každý stát má plný nárok na vlastní zákon o minimální mzdě, pokud chce, není ovšem možné, aby aplikace takového zákona odporovala zásadám EU. Tady jde jednoznačně o postup proti základním principům volného trhu a volného pohybu osob a služeb. Německé opatření bohužel zapadá do současného trendu rostoucího protekcionismu v rámci EU. Nebezpečné je především to, že pokud aplikaci zákona v této podobě Německo obhájí, lze očekávat řetězovou reakci v dalších zemích. Kromě finanční zátěže nemůžeme opomenout ani obrovský nárůst byrokracie, která je v rozporu s přijatým evropským principem *smart regulation*. Opravdu můžeme ve 21. století v Evropě po firmách požadovat zaslání dokumentace faxem někam do Kolína či podrobné pracovní záznamy jejich zaměstnanců vedené pouze v němčině?

Ovšem já zásadně vidím vedle právních a technických aspektů, že německá minimální mzda je zásadní politický problém pro Evropu, jde o krok zpět. Místo dalšího sjednocování se v Evropě staví mezi státy neviditelná bariéra. To přece popírá smysl existence EU a smysl naší práce.

Dnes odpoledne jsem se před budovou Parlamentu setkala se zástupci českých dopravců, kteří zde společně s dopravci dalších zemí protestují proti německému zákonu. Demonstranti se mě ptali, jaké mám informace, jak se situace vyvíjí. Mají obavy o přežití, a především ti malí dopravci. A co jsem jim mohla říct? Nic, paní komisařko, nic. Po týdnech kladení dotazů a čekání na vyjádření zodpovědných orgánů stále nemáme řešení.

Víte, pro každého podnikatele je nejhorší nejistota a pro mne je ta nejistota nepřijatelná. Tato právní nejistota trvá již 3 měsíce. Takže se ptám, paní komisařko, kdy bude opravdu finální jasné zhodnocení? Kdy budete mít jasné jednoznačné odpovědi pro naše dopravce a zaměstnavatele? Prosím, zveřejněte německou odpověď, kterou máte už více než 3 týdny? Jste případně připravena začít řízení pro splnění povinnosti proti Německu? Děkuji Vám.

Patrick Le Hyaric, au nom du groupe GUE/NGL. – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, nous sommes ici face à un profond vice inhérent à l'actuelle construction européenne qui fait primer le droit à la concurrence sur le droit et le progrès social. Alors qu'un État – l'Allemagne – décide la création d'un salaire minimum, des pays voisins ainsi que la Commission ont exercé une pression antisociale pour que ce salaire minimum ne s'applique pas aux chauffeurs routiers. Cette façon de faire condamne les salariés européens au moins-disant social perpétuel. Il ne faut pas accepter une telle logique.

La Commission et notre Parlement doivent soutenir toute initiative permettant une harmonisation sociale vers le haut: la mise en œuvre d'un salaire minimum en progression dans chaque pays, une révision de la directive des travailleurs détachés dans le sens d'une égalité de traitement de tous les travailleurs dans l'Union européenne.

Nous avons la responsabilité de faire primer le progrès social sur le mortifère droit à la concurrence.

El Presidente. – No querría ser descortés, pero pido a los invitados en la tribuna que se abstengan de hacer manifestaciones ni a favor ni en contra de las opiniones o intervenciones de los señores y señoras diputados, por favor.

Terry Reintke, im Namen der Verts/ALE-Fraktion. – Herr Präsident, sehr geehrte Frau Kommissarin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wofür genau brauchen wir eigentlich die Europäische Union? Stellen Sie diese Frage heute europäischen Bürgerinnen und Bürgern, sagen viele, die EU sei ein Projekt des Neoliberalismus, des ungezügelter Wettbewerbs und vor allem im Interesse der Banken und großen Unternehmen. Soziale Rechte seien in den Hintergrund gerückt gegenüber Gewinnstreben und Profitmaximierung.

Mittwoch, 25. März 2015

Die Debatte um Mindestlöhne im Transportsektor, die wir heute führen, ist ein kritischer Punkt, um zu zeigen, dass die EU viel mehr ist als das. Denn genau der Streit um die Frage von Mindestlöhnen macht eines sehr deutlich: dass wir in der Sicherstellung von sozialen Rechten und fairen Arbeitsbedingungen für alle EU-Bürgerinnen und -Bürger nach wie vor einen langen Weg vor uns haben. Die Debatte zeigt nämlich das Ungleichgewicht zwischen einem europäischen integrierten Binnenmarkt, auf dem EU-weit Dienstleistungen angeboten werden können, und dem Fehlen europaweiter sozialer Mindeststandards, die für alle Bürgerinnen und Bürger gerechte Arbeitsbedingungen sicherstellen. Genau deshalb sollte die EU-Kommission diese Debatte zum Anlass nehmen, endlich nachhaltige Vorschläge zu machen, wie gemeinsame soziale Mindeststandards im Transportsektor und darüber hinaus garantiert werden können. Wir als Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerinnen und Bürger Europas sollten gemeinsam mit Gewerkschaften und Zivilgesellschaft dafür kämpfen, dass ein soziales und gerechtes Europa Wirklichkeit wird.

Laura Agea, a nome del gruppo EFDD. – Signor Presidente, onorevoli colleghi, noi parliamo di Europa, anzi l'Europa parla spesso di questa Unione del mercato, mercato unico, unità monetaria, unità economica... Molto spesso, secondo me, ne straparliamo senza avere una cognizione di causa. Ci consideriamo o ci dovremmo considerare una squadra, però pretendiamo di giocare all'interno della stessa squadra con 28 regole diverse. Questo è impossibile, e dovremmo anche avere il coraggio di dirlo ai cittadini, di dire che qua quello che è il problema degli autotrasportatori, nel caso specifico, ma il problema del *dumping* sociale, ovunque e a qualunque livello in Europa si viene a generare, è determinato dalla mancanza di una regolamentazione unitaria a livello europeo e dal proliferare di milioni di leggi interne diverse, che ovviamente questo determinano. Quindi non ci stupiamo, non veniamo qua a dire «dobbiamo tutelare i trasportatori, dobbiamo tutelare il mercato interno», perché abbiamo tutti ragione e tutti torto. Ma fino a quando non ci decideremo ad avere regole certe che garantiscano a livello europeo i lavoratori da una parte e il mercato e i paesi dall'altra, questo è il risultato che ci aspetta.

Quindi lei ha ragione su un mercato più giusto. E le regole, quando le facciamo per questo mercato più giusto? Perché o iniziamo a dare delle risposte che abbiano una loro certezza oppure veniamo sempre a parlare delle stesse cose, e poi quando si tratta di dare delle risposte concrete, penso ai signori che stanno lassù, che immagino siano la categoria e i diretti interessati, gli possiamo anche chiedere di non applaudire, però cari miei noi dobbiamo tutelare loro, quindi quando ci decideremo a regolare un mercato e daremo delle regole certe e precise potremo anche dire che non devono applaudire, però gli interessi che vanno rispettati sono i loro.

El Presidente. – Señora Agea, no provoque situaciones innecesarias y, en cualquier caso, respete la decisión de esta Presidencia.

Vicky Maeijer (NI). – Op 1 januari van dit jaar heeft Duitsland een wettelijk minimumloon ingevoerd, van toepassing op iedere werknemer die in Duitsland arbeid verricht. Het land waar ik vandaan kom, Nederland, heeft een grote transportsector en ruim 45% van het Nederlands goederenvervoer gaat naar of door Duitsland.

Voor Nederland zit het probleem niet zozeer in de hoogte van het minimumloon. De problemen zitten echter in de gigantische administratieve ballast, de extra kosten die dit met zich meebrengt en het feit dat concurrenten uit lagere loonlanden elders zullen compenseren voor de in Duitsland gewerkte uren.

Voorzitter, in een Unie van soevereine staten staat het Duitsland vrij om dergelijke wetgeving in te voeren. Die vrijheid wil mijn partij namelijk ook voor Nederland, als daar behoefte aan is. Wij willen echter wel een dringend beroep op onze oosterburen doen om de negatieve effecten van deze wetgeving aan te pakken, zodat de Nederlandse transportsector niet onevenredig benadeeld wordt en de Nederlandse chauffeur hier niet de rekening voor hoeft te betalen.

Marian-Jean Marinescu (PPE). – Domnule președinte, salariul minim este o măsură economică pe care fiecare stat membru are libertatea să o aplice. Este o măsură care se aplică cetățenilor din statul respectiv sau cetățenilor care lucrează în statul respectiv cu contract de muncă individual. În niciun caz nu se poate aplica muncitorilor angajați de o companie externă statului membru, din domeniul serviciilor, de exemplu, în special transportul rutier. Obligația companiilor să plătească conducătorii auto pentru transport internațional cu cel puțin salariul minim aplicat în Germania pe perioada rulării pe teritoriul Germaniei încalcă evident regulile pieței unice, directiva serviciilor. Obligația companiilor de a menține conturi separate și de a le pune la dispoziția autorităților germane este o cerință complet în afara oricărei legislații naționale sau europene. O asemenea măsură constituie un precedent periculos, deja alte state membre au anunțat intenția de a aplica măsuri similare care vor crea mari probleme pe piața unică din Uniunea Europeană. Adaug regulile noi, în afara regulamentelor europene, impuse de alte state membre conducătorilor auto, precum și

Mittwoch, 25. März 2015

amenzile aberante prevăzute de legislația acestor state, inclusiv Germania.

Cred că este evident că aceste măsuri pot fi considerate măsuri protecționiste.

Cer Comisiei să continue procedura de constatare a neîndeplinirii obligațiilor și să ajungă la un rezultat cât mai repede posibil, pentru a limita pierderile suferite de transportatorii dintr-un număr important de state membre, inclusiv România.

Bogusław Liberadzki (S&D). – Mr President, this new German law, the so-called MiLoG, has been applied on a territorial scale and is contrary to certain EU laws. First of all, it is against Article 56 of the Treaty on the Functioning of the European Union. Secondly, it is against Article 8 of the Rome I Regulation. Thirdly, it is against Article 1 of Directive 96/71/EC concerning the posting of workers and it is against Article 9 of Regulation No 1072/2009 on common access to the international road haulage market. Truck and bus drivers perform international carriage operations on German territory only on a temporary basis, so they are not workers posted in Germany. These drivers remain employed by their own original employers, and international travel is a core feature of the work they conduct. I would therefore expect you, Commissioner, not to promise us new laws; I would expect you to execute the laws which already exist.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

István Ujhelyi (S&D), Kékkártyás kérdés. – Én ma Liberadzki úrral közösen ott álltam kint az esőben az épület előtt, ahol öt ország munkaadói álltak és tiltakoztak a mostani szabályok ellen. Itt van az a petíció, amit átvettünk, amit nekünk küldtek, európai parlamenti képviselőknék. El fogom Önöknek küldeni, mindannyiuknak. Egyetért-e velem abban a Képviselő úr, hogy szeretnénk, hogyha magasabb lenne a bérezése a munkavállalóinknak, a sofőrjeinknek? De ez a megoldás, a német megoldás inkább munkanélküliséget fog hozni több ország mostani munkavállalóinak, mintsem magasabb béreket. Mert csak nálunk, Magyarországon ez 40–50 ezer ember munkahelyét érintheti. Nem magasabb bérük, hanem kevesebb munkájuk lesz.

Bogusław Liberadzki (S&D), odpowiedź na pytanie zadane przez podniesienie „niebieskiej kartki”. – Tak, zgadzam się z tym, że mogą stracić pracę, ale jeszcze jedno krótkie wyjaśnienie. To nie prawda, że zarabiają 300 euro, jak to słyszeliśmy. Płaca kierowcy, np. polskiego, składa się z trzech czynników: płacy stałej – i ta płaca stała jest rzędu 500-600 euro miesięcznie, elementów zmiennych – i to jest 400-600 euro miesięcznie i tzw. *daily allowance* – 45 euro dziennie za każdy dzień pobytu poza granicą. I to jest właśnie w sumie niemalże 8 euro 50 centów.

Tomasz Piotr Poręba (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Tutaj kolega Liberadzki przedstawił zapisy traktatów, dyrektyw, wobec których nowe przepisy odnośnie płacy minimalnej w Niemczech po prostu stoją w sprzeczności, no chociażby z tą jasno zdefiniowaną w traktacie lizbońskim zasadą swobodnego świadczenia usług i swobodnego przepływu towarów oraz dyrektywą dotyczącą pracowników delegowanych.

Myślę, że my dzisiaj tutaj powinniśmy prosić wszyscy tutaj Panią Komisarz o to, żebyśmy otrzymali bardzo jasne stanowisko Komisji Europejskiej, również w kontekście odpowiedzi, jaka została do Komisji Europejskiej w ostatnich tygodniach przesłana. Abyśmy mieli jasną sytuację. W moim przekonaniu przepisy o stawce minimalnej w Niemczech łamią wszystkie możliwe traktaty i dyrektywy unijne i to powinniśmy jak najszybciej utrzymać.

I, drodzy państwo, jest jeszcze jedna rzecz, bardzo istotna w tym kontekście. Przecież w większości państw członkowskich prawo do minimalnej stawki wynagrodzenia chronione jest przepisami prawa krajowego, dlatego w żaden sposób nie można się zgodzić na to, aby jedno państwo członkowskie, w tym przypadku Niemcy, narzucało swoje warunki płacowe innym państwom członkowskim. Zwróćcie również Państwo na to uwagę. Dlatego rola Komisji Europejskiej jest tutaj kluczowa. Liczę na to, że będzie wkrótce przesłane do Parlamentu Europejskiego jasne stanowisko, czy te przepisy nie łamią traktatów, a my tutaj w Parlamencie Europejskim będziemy tę sprawę monitorować, tak aby te złe przepisy po prostu zostały zawieszone jak najszybciej.

Gesine Meissner (ALDE). – Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Kommissarin! Normalerweise bin ich sehr stolz auf unsere deutsche Gründlichkeit. Aber in diesem Fall ist die deutsche Regierung weit über das Ziel hinausgeschossen mit ihrer Detailversessenheit. Es ist tatsächlich so, dass ich überhaupt nicht gegen Mindestlöhne als solche bin. Das hat die Frau Kommissarin gesagt: Darüber kann jedes Land selber entscheiden, das ist nationale Souveränität – vollkommen okay. In diesem Fall ist es aber das erste Mal – wir sind ja nicht das erste Land, das ein Mindestlohngesetz hat, ganz viele andere hatten es auch schon –, dass der Transportsektor, auch der Transitsektor, so detailversessen beschrieben worden ist, bis dahin – meine Kollegin hat es gesagt –, dass Faxes vorweg auf Deutsch geschickt werden

Mittwoch, 25. März 2015

sollen an die deutsche Regierung, die deutschen Behörden, wann genau welches Unternehmen sich wie lange auf deutschem Boden aufhält, und dass man sich versichern soll, dass man den deutschen Mindestlohn bezahlt. Meines Erachtens geht das deutlich übers Ziel hinaus, und es ist auch gegen europäisches Recht.

Die Prüfung ist noch nicht abgeschlossen, das haben Sie gesagt. Aber wie kann man denn für den Binnenmarkt sein, wo wir in den einzelnen Ländern unterschiedliche Lebensbedingungen haben, natürlich auch unterschiedliche Lohnniveaus. Das ist einfach so! Wir wollen auf keinen Fall, dass die LKW-Fahrer schlecht behandelt werden. Da liegt auch vieles im Argen. Das gebe ich genau so zu. Aber meines Erachtens – das hat auch Herr Ujhelyi gesagt, das betrifft auch die Petition und die Demonstration – ist dies der falsche Weg, um dem abzuweichen. Da müssen wir wirklich anders vorgehen, um bessere Bedingungen für die LKW-Fahrer zu schaffen. Es ist tatsächlich so, dass meines Erachtens Deutschland damit ein Fass aufgemacht hat. Denn es ist das erste Mal, dass eben Logistik und Transport drin ist – eine europäische Politik.

Jetzt hat Frankreich nachgezogen. Frankreich will das jetzt genauso machen. Wenn andere Länder dazukommen, was soll denn dann bitte ein Spediteur machen, der durch fünf verschiedene Länder fährt? In Polen ist der Lohn relativ niedrig, bei 1,95 Euro oder auch ein bisschen mehr, in Luxemburg 11,10 Euro, in Frankreich 9,61 Euro, in Deutschland 8,50 Euro. Wie soll man das auseinanderdröseln, und wer soll das auch kontrollieren? Meines Erachtens geht das in diesem Fall ganz klar am Ziel, die Leute besserzustellen, vorbei und absolut gegen Europa und gegen den Binnenmarkt. Das können wir meines Erachtens überhaupt nicht dulden. Als Letztes: Ich befürchte auch, dass kleine mittelständische Unternehmen, die wir immer schützen wollen, nun gerade aufgeben müssen und Arbeitsplätzen verlustig gehen. Das ist auch nicht Europas Wille!

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Ismail Ertug (S&D), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Herr Präsident! Ich habe bewusst eine blaue Karte gezogen, weil die Kollegin Meissner nämlich gesagt hat, dass nun Frankreich nachziehen würde. Meine Frage wäre, ob das tatsächlich der Fall ist, werte Kollegin Meissner. Denn die Französische Republik hatte bis 2010 genau dieses Gesetz. Sie hat das aufgehoben und jetzt erwägt sie, es wieder einzuführen. Es ist ein grundlegender Unterschied zwischen dem, was tatsächlich Fakt ist, und dem, was die Kollegin Meissner dargestellt hat. Daher möchte ich sie fragen, ob sie darüber informiert ist.

Gesine Meissner (ALDE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Vielleicht sollte man mal überprüfen, warum denn Frankreich das zurückgezogen hat. Nämlich genau, weil es so, wie es war, gegen EU-Recht verstoßen hat.

Ich sage es noch einmal: Das ist genau die Gefahr. Wenn wir jetzt in Deutschland damit anfangen und Frankreich nachzieht, wie soll dann bitte ein Spediteur aus Osteuropa, der einen niedrigeren Lohn zahlt, weil dort auch andere Lebensbedingungen, andere Lebenshaltungskosten herrschen, da mithalten können? Das würde heißen, dass nur die deutschen und die französischen Unternehmen überleben können, weil die das zahlen können und die anderen nicht. Das ist doch nicht europäisch!

Wir wollen doch, dass überall Arbeitsplätze vorhanden sind und dass die Leute ihr Auskommen haben. Da müssen wir ansetzen.

Tania González Peñas (GUE/NGL). – Señor Presidente, los mercados únicos se convierten, en muchas ocasiones, en una herramienta para devaluar las condiciones de trabajo. El mercado de transporte, que es tan importante para el desarrollo económico y social, es un mercado frágil que se está precarizando por prácticas desleales, como la deslocalización de empresas hacia países con bajos costes de explotación.

La normativa que tenemos, o no sirve o legitima el *dumping* social; el principio de libertad de elección en los contratos de trabajo, recogido en el Reglamento «Roma I», es una falsedad: el trabajador nunca puede elegir frente al empleador sus condiciones laborales.

La Unión Europea tiene que favorecer, al alza y no a la baja, la armonización de las condiciones de vida y de trabajo: un salario mínimo no puede significar la «bajada del salario mínimo» en algunos países de la Unión.

Mittwoch, 25. März 2015

Y tenemos que favorecer el equilibrio económico entre los distintos países de la Unión Europea, porque esta es, al final, la causa última de estas desigualdades y estas diferencias, y no imponer, como se viene haciendo, al resto de países las condiciones laborales de los países que tienen las condiciones más bajas.

Karima Delli (Verts/ALE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, je salue la présence de nombreux syndicalistes européens des transports, qui sont ici, dans notre hémicycle, et qui nous écoutent.

Le dumping social est une spirale infernale, qui dresse les salariés les uns contre les autres et qui favorise les grandes entreprises au détriment des petites entreprises.

On parle aujourd'hui, dans le secteur des transports, de concurrence sauvage sur les coûts du travail parce que, justement, les salariés sont particulièrement mobiles dans ce secteur. Dentressangle dans le secteur du transport routier, Ryanair dans celui du transport aérien: ces entreprises ne jouent pas le jeu. Dans le secteur du transport maritime, c'est pareil: une nouvelle forme d'esclavage moderne se développe, chaque jour, à cet égard, avec l'exploitation de salariés non déclarés.

Madame la Commissaire, tout le monde est d'accord dans cet hémicycle: nous avons un vrai problème avec le dumping social dans les transports. Oui, agissons! Créons une agence européenne d'inspection du travail, afin de contrôler et de punir les employeurs sans scrupules. Mettons en place une liste noire de ces entreprises. Mettons en place des normes minimales pour les conditions de travail et les salaires. C'est justement là l'occasion de mettre en place le salaire minimum partout en Europe.

Quant aux transports, il faut – c'est vrai – aller plus vite: renforcer les règles du cabotage dans le secteur du transport routier, clarifier, notamment le problème des pavillons nationaux dans le secteur du transport maritime. Les législations allemande et française ont récemment évolué de manière à ce que chaque chauffeur routier soit payé au salaire minimum durant, notamment, son passage sur le territoire. Il n'est pas question d'attendre que chaque État mette en place sa propre législation. C'est à l'Europe de prendre ses responsabilités et d'apporter une réponse commune.

Si nous ne nous mobilisons pas maintenant contre le dumping social dans ce secteur, ce poison peut mettre fin à notre projet, le projet européen.

(L'oratrice accepte de répondre à une question «carton bleu» (article 162, paragraphe 8, du règlement))

Ivan Jakovčić (ALDE), pitanje koje je podizanjem plave kartice postavio. – Gospodine predsjedniče, htio bih uvaženu zastupnicu pitati, kada već govori o potrebi ujednačavanja plaća onih koji prevoze robe, da li misli da bi možda trebalo ujednačiti plaće svih liječnika u Europskoj uniji jer su oni kirurzi, oni nas liječe, oni brinu o nama pa bi možda i svi liječnici trebali imati istu plaću, što bi možda bilo bitnije nego da to imaju oni koji rade težak posao prevozeći robe.

Mi živimo u različitoj Europi, imamo različite plaće, različite standarde. Ne govorim o socijalnom dampingu, radi se o problemu različitog standarda.

Karima Delli (Verts/ALE), réponse «carton bleu». – Monsieur le député, ma phrase était très claire. J'ai dit: «C'est l'occasion de mettre en place le salaire minimum partout en Europe». Indépendamment du secteur: le salaire minimum devrait concerner tous les secteurs. Voilà l'Europe sociale que nous attendons: pour le même travail, le même salaire partout en Europe!

Peter Lundgren (EFDD). – Herr talman! Jag har något som inte någon av er ledamöter, mina kolleger, här har, nämligen 30 års erfarenhet av att sitta bakom ratten i en lastbil. Jag vet precis vilka problemen är, jag vet varför de har uppstått, och jag ser hur situationen förvärras.

I Sverige översvämmas marknaden av bilar som kör för ersättningar som ligger långt under gränsen för vad ett svenskt företag kan göra. Bilarna bemannas av förare som kan ha så låg ersättning som 500 euro i månaden. Det är vad ni, kära ledamöter, har i traktamente på två dagar! Ni har till och med mer i traktamente än vad de har i månaden.

Det som sker är skandalöst – och allt sker i skydd av EU:s cabotageförordning som är full av kryphål. Det som sker på våra vägar är helt enkelt inte anständigt.

Mittwoch, 25. März 2015

Är minimilöner kanske en väg att gå? Jag vet inte, men svenska företag går i konkurs på löpande band. Förare friställs, skattepengar går förlorade. En rättvis konkurrens räds ingen, men den situationen finns inte nu. Då hör man försvaret att de utländska bilarnas förare har en lön som är helt ok jämfört med vad de tjänar i sitt hemland. Vad hjälper det? De befinner sig inte i sitt hemland. De har helt andra levnadskostnader.

Nu är frågan vad kommissionen tänker göra för att få ordning på detta problem. Somliga kallar det protektionism och nationalism när man försöker skydda sitt lands företag och anställda. Jag kallar det moral och anständighet när man kräver rättvisa villkor på våra vägar och arbetsplatser. Den sociala dumpningen måste stoppas. Vad har kommissionen för förslag för att uppnå detta? Någon jäkla ordning måste det ändå vara inom transportsektorn!

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κύριε Πρόεδρε, συμμερίζομαι κι εγώ τις ανησυχίες που εκφράζονται με την ερώτηση αυτή. Ειδικά στον τομέα των ευρωπαϊκών οδικών μεταφορών έχουμε πολλά παραδείγματα εκμετάλλευσης των εργαζομένων και πλήρη καταστρατήγηση των εργασιακών τους δικαιωμάτων. Δυστυχώς, όμως, το πρόβλημα δεν περιορίζεται μόνο εκεί. Έχουμε καταγγελίες όπου εργοδότες πιέζουν οδηγούς να εργάζονται για πολλές ώρες εξαντλητικής οδήγησης ξεπερνώντας τα ανθρώπινα όρια ατοχής. Επίσης, δεν υπάρχει δεύτερος οδηγός, όπως προβλέπεται σε μεγάλα οδικά ταξίδια, τόσο σε οχήματα μεταφοράς εμπορευμάτων, αλλά και σε τουριστικά λεωφορεία.

Η κατάσταση αυτή εγκυμονεί αυξημένο κίνδυνο τροχαίων ατυχημάτων.

Ο τρόπος με τον οποίο έχει δομηθεί η Κοινή Αγορά δίνει ευκαιρίες σε όσους αδιαφορούν για τα εργασιακά δικαιώματα και επιτρέπει την εργασιακή εκμετάλλευση. Για να σταματήσουν λοιπόν αυτά τα φαινόμενα χρειαζόμαστε λύσεις ριζοσπαστικές, οι οποίες θα αποδείξουν έμπρακτα την ευρωπαϊκή αλληλεγγύη. Πρέπει, λοιπόν, να κινηθούμε για την υιοθέτηση μιας δίκαιης πολιτικής, τόσο στις αμοιβές όσο και στους όρους εργασίας σε ολόκληρη την Ένωση. Με αυτόν τον τρόπο θα καταπολεμηθούν τέτοια φαινόμενα και θα βρεθούμε ένα βήμα πιο κοντά σε μια Ευρώπη των λαών και των εθνών και όχι στην Ευρώπη των κερδοσκόπων και των εκμεταλλευτών.

Wim van de Camp (PPE). – Ik moet u zeggen dat ik de komst van het Duitse minimumloon van harte toejuich. Ik denk dat het voor een sociaal Europa belangrijk is dat alle lidstaten van de Europese Unie een minimumloon krijgen. Die minimumlonen zullen verschillen, maar die zullen op de lange duur - en ik weet dat het voor velen té lang duurt - naar elkaar toe groeien. Maar als wij allemaal een minimumloon hebben, dan weten wij tenminste waarover wij praten.

Het tweede punt. Evenals de heer Marinescu heb ik problemen met de handhaving van het Duitse minimumloon voor het transitverkeer. Ik denk dat je dan de zaak onnodig complex maakt en dat dit buitengewoon veel administratieve regels met zich meebrengt. Ik ben ook benieuwd wat de procedure van de Europese Commissie op dat vlak met zich meebrengt en ons gaat leren.

Dan even over de binnenlandse cabotage in Duitsland. Ik ga ervan uit dat dan ook het Duitse minimumloon betaald wordt voor transport in Duitsland door niet-Duitse bedrijven. Dat is ook weer een stap naar een eerlijker speelveld. Nogmaals, ik weet dat het voor sommigen te langzaam gaat, maar een sociaal en competitief Europa moet dat doen.

Dan de andere problemen in de sector. Ook in Nederland hebben wij parkeerplaatsen waar in het weekend 50, 60, 70, vooral Oost-Europese chauffeurs hun potje koken, hun behoefte doen. Dat is een schrijnend sociaal probleem. Ik hoop, mevrouw Bulc, dat u daar in het wegvervoerpakket aandacht aan zult besteden, want werknemers in Europa hebben recht op een eerlijk loon en eerlijke sociale voorzieningen.

[De spreker gaat in op een "blauwe kaart"-vraag overeenkomstig artikel 162, lid 8, van het Reglement.]

José Inácio Faria (ALDE), Pergunta segundo o procedimento «cartão azul». – Como explica a imposição desta medida às pequenas e médias empresas, em primeiro lugar, que não têm capacidade para financiar? A verdade é que penso que esta medida que foi feita à medida, exatamente, das grandes empresas alemãs e, pelos vistos, das holandesas.

Mittwoch, 25. März 2015

O colega não acredita que esta medida foi pensada para beneficiar unicamente as empresas alemãs e levar à falência as suas congéneres estrangeiras? Não acredita que esta não é mais do que uma medida protecionista?

Wim van de Camp (PPE), *“blauwe kaart”-antwoord*. – Het antwoord is helder. Ook een midden- en kleinbedrijf moet minimale sociale voorwaarden betalen. Als dat niet kan, dan is het bedrijf waarschijnlijk niet levensvatbaar. Het kan niet zo zijn dat een midden- en kleinbedrijf moet overleven met drie euro vijftig per uur. Dan raken wij aan de kern van dat sociale Europa. Denk ook aan onze kiezers. Het draagvlak voor Europa neemt op dit moment af en de sociale paragraaf — de heer Juncker heeft het gezegd in zijn introductiespeech - zal meer aandacht behoeven.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D). – pone Komisijos nary, kreipiuosi į Jus ir klausiu, ar yra teisėta tai, kad vienos valstybės nacionaliniai įstatymai transporto sektoriuje, gali būti primesti kitoms šalims? Kokiu pagrindu? Ar jie neiškraipo sąžiningos konkurencijos ir ar taip elgdamiesi nesudarysime sąlygų precedentams ne tik transporto srityje, bet ir kitose ekonominės veiklos srityse. Rinkos skaidymas ir nesąžininga konkurencija iš tikrųjų kelia labai rimtą pavojų rytų Europos šalių vežėjams, tarp jų ir mano gimtosios Lietuvos. Nes jie tikrai negalės konkuruoti su Vokietijos nustatytais reikalavimais. Todėl gali atsitikti pats blogiausias variantas, mūsų vežėjai bankrutuos. Darbuotojai neteks darbo, neteks pajamų. Ir galiausiai visoje šioje situacijoje turime atsižvelgti į pačius darbuotojus ir jų teises. Jie iš tikrųjų dirba sunkų darbą, todėl turi būti tinkamai apmokami ir socialiai apsaugoti. Pone Komisare, dar kartą kreipiuosi į Jus. Komisija dirbdama kartu su valstybėmis narėmis, turi imtis reikiamų priemonių transporto sektoriuje, kad darbuotojai turėtų darbą su tinkamomis socialinėmis garantijomis.

Anthea McIntyre (ECR). – Mr President, I am very concerned to see the principle of subsidiarity properly upheld. We must respect the competence of Member States and their freedom to set their own minimum wages and address their own social policy issues as they see fit. Under no circumstances should this debate be used as an opportunity to call for an EU-wide solution or an EU framework on minimum wages. These are exclusively the preserve of the Member State and should be addressed at Member State level.

The Commission, as guardian of the Treaties, must defend freedom to provide services and the free movement of goods. This is key to the proper functioning of the single market. The new rules in Germany require prenotification and extra record-keeping, and I think such conditions have brought in additional burdens and administrative requirements which are of grave concern to small businesses. I sympathise with these concerns but it is crucial that we are very clear as to what we are asking the Commission to do and what things the Commission has the competence to do. Interfering in minimum wages is not one of them.

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8))

Bronis Ropė (Verts/ALE), *pakėlus mėlynąją kortelę pateiktas klausimas*. – Norėčiau gerbiamos kolegės paklausti, kaip Jūs manote, ar šis sprendimas nėra tiesiogiai susijęs su savo rinkos apsauga?

Anthea McIntyre (ECR), *blue-card answer*. – My concern is that we should maintain the single market – and indeed we still have not completed the single market – which is important, but it is equally important, and possibly more so, that the rights and responsibilities of Member States and the subsidiarity principle be recognised by Europe. I am very concerned that Europe is trying to do more and more. We listened to the Commissioner say we must do the things that we can do better together, but not get involved in detail. My view is that social policy should be the prerogative of the Member States.

Ulla Tørnæs (ALDE). – Mr President, I would like to underline the fact that Germany is, of course, fully within its rights in adopting a minimum wage. The minimum wage itself is not the problem. The problem is that with the minimum wage come piles of bureaucracy which are creating a wall around Germany for foreign workers, and this is not in compliance with the Single Market Act. I do not understand how Germany can decide what the wage should be in different countries. According to the Treaty, Germany does not have the competence to do this. Some people are claiming that the German application of the minimum wage is one of the most serious attacks on the single market since the adoption of the Single Market Act. These protectionist measures create barriers all the way down through Europe.

Mittwoch, 25. März 2015

This is very serious and very worrying. It is the Commission's responsibility to protect the single market. From what I have heard so far, I am not convinced that the Commission is fulfilling its responsibilities in this regard. Having said that, I notice Commissioner Bulc stated that national implementation of the various laws should comply with the different aspects of the EU legislation. Therefore, I have a very simple question to the Commission: will the Commissioner give this House a guarantee today that it will do whatever it takes to protect a smoothly functioning European single market?

(The speaker agreed to take a blue-card question under Rule 162(8)).

Michael Cramer (Verts/ALE), *Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“*. – Mehr als zwanzig Länder in der Europäischen Union haben einen Mindestlohn. Und alle sind für gleichen Lohn für gleiche Arbeit am selben Arbeitsplatz. Sie wollen keine Differenzierung. Deshalb muss das geachtet werden.

Ich bin froh, dass Deutschland als 23. Land jetzt endlich einen Mindestlohn hat. Und das muss beachtet werden. Und der Missbrauch nimmt zu, Sozialdumping nimmt zu! Was haben wir davon, wenn z. B. in Litauen oder Lettland demnächst dort nur Lkw-Fahrer sind, die aus Weißrussland kommen, weil sie eben Sozialdumping haben? Das bringt Europa nicht zusammen, das entzweit uns. Deshalb brauchen wir gleichen Lohn für gleiche Arbeit am selben Arbeitsplatz.

Ulla Tørnæs (ALDE), *blue-card answer*. – Coming from a country where the social partners actually do the collective bargaining, I am not against a minimum wage, but it is up to the partners to decide what the level should be. I do not think Germany can decide what the level for Danish workers working in Germany should be. As I see it, this is not an issue that Germany can decide and, from my understanding of the European legal framework, Germany does not have the competence to decide on things like that.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Přesto, že EU dosáhla v budování jednotného trhu mnoha úspěchů, nový německý zákon o minimální mzdě jde proti němu.

To je pozoruhodné zvláště v dnešní době, kdy se snažíme rozvíjet ekonomiku zlepšením investičního prostředí, a my namísto bourání bariér nové administrativní bariéry budujeme. Jsem osobně ráda, že se německým pracujícím konečně dostalo práva na minimální mzdu. Obávám se však, že německá vláda toho zneužila k tomu, aby získala konkurenční výhodu a zásadním způsobem narušila volný pohyb služeb na vnitřním trhu.

Aplikace návrhu německé vlády v plném rozsahu by zavinila likvidaci českých autodopravců. Kromě značné finanční zátěže je s realizací zákona spojena rovněž významná administrativní zátěž, která rovněž nepomáhá volnému pohybu služeb na vnitřním trhu a vztahuje se navíc jen na zahraniční přepravce.

Aplikace zmíněné legislativy povede k prohlubování dvou rychlostní Evropy a jedná se vlastně o částečné zablokování pracovního trhu. Žádáme v tomto směru jasné vyjádření Evropské komise, která by měla zvážit, zda bude ve vleku německé vlády či zda bude skutečně zastupovat zájmy všech členských zemí a prosazovat evropské právo a pilíře, na kterých je EU postavena, včetně např. minimálních sociálních standardů zaměstnanců v celé Evropě či dokonce otevření debaty o celoevropské minimální mzdě.

Daniela Aiuto (EFDD). – Signor Presidente, onorevoli colleghi, l'Europa dei buoni propositi si dimentica di tutelare i suoi cittadini e le sue imprese, e pur di realizzare i propri obiettivi calpesta diritti e regole.

Il mercato unico ha notevoli vantaggi, ma allo stesso tempo bisogna superare tanti problemi dovuti alle differenze economiche e di salario che esistono in paesi diversi e che si tramutano in un'alterazione della concorrenza. Anche in Italia, come in Germania, arrivano imprese di autotrasporto da paesi dell'Est Europa che grazie a costi del lavoro più bassi, garantiti dai loro Stati di appartenenza, praticano prezzi minori e dunque una concorrenza non leale nei confronti delle imprese italiane o tedesche, che si impoveriscono sempre più e sono costrette a chiudere.

Come fare allora per garantire allo stesso tempo il mercato unico europeo e i diritti dei lavoratori? Come Movimento 5 Stelle, in Italia abbiamo proposto di dare delle garanzie minime sociali ai cittadini e ai lavoratori con il reddito di cittadinanza, e condividiamo anche un reddito minimo di lavoro. Per ridurre il divario con gli altri paesi dobbiamo ora adottare delle regole in Europa che tengano conto di dove effettivamente le imprese svolgono il proprio lavoro e che tutelino una concorrenza corretta e leale. Ci vogliono regole chiare, che si basino sulla reciprocità. Non è mettendo in ginocchio le imprese dei singoli Stati membri che potremo costruire quest'Europa.

Mittwoch, 25. März 2015

Thomas Mann (PPE). – Herr Präsident! Der Straßengüterverkehr ist die Hauptschlagader der europäischen Wirtschaft.

75% aller Transporte in der EU rollen über die Straße. Die dort Beschäftigten erhalten in Deutschland einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde. Offen gesagt nicht zur Freude aller, auch aus dem Mittelstand kommen Bedenken: Dokumentationspflichten bedeuten höhere bürokratische Lasten. Aber auf der anderen Seite brauchen wir Fairness in der Entlohnung. Wir brauchen die Verhinderung von Sozialdumping. Wir brauchen den Schutz auch von jenen Unternehmen, die redlich mit ihren Beschäftigten umgehen.

Es gab viel Kritik, auch gerade hier. Wir wollen in Deutschland keine neuen Mauern haben. Wir haben genug von der einen gehabt. Die deutsche Bundesregierung hat gehandelt. Sie hat den Mindestlohn für reine Transitfahrten durch unser Land für Lkw ausgesetzt, Kontrollen eingestellt, Bußgeldverfahren ausgesetzt. Aber wenn Lkw durch Deutschland fahren und dort be- und entladen werden, dann – wie bei der Kabotage – ist der Mindestlohn zu zahlen.

Frau Kommissarin, Sie haben zugesagt, die komplizierten Regulierungen zu überprüfen. Einverstanden! Wir alle brauchen Rechtssicherheit bei Bewahrung des Subsidiaritätsprinzips. Ich empfehle, mit großer Sorgfalt vorzugehen und die volle Bandbreite an Auswirkungen auf einzelne Branchen und Mitgliedstaaten zu analysieren. Wettbewerbsverzerrungen zulasten der Arbeitnehmer und zulasten des Mittelstandes müssen verhindert werden.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), pytanie zadane przez podniesienie „niebieskiej kartki”. – Panie Przewodniczący! Wielokrotnie na tej sali padła definicja „dumpingu społecznego”. Ja nigdzie się z taką w ekonomii definicją nie spotkałam i nie spotkałam przedsiębiorcy, który by świadczył swoje usługi poniżej kosztów, jakie ponosi. Chciałabym zapytać Pana o definicję „dumpingu społecznego”.

Thomas Mann (PPE), Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte”. – Das Wichtigste von allem ist doch, dass die Menschen spüren, sie werden gerecht bezahlt. Dafür gibt es verschiedene Möglichkeiten. Sie haben darauf hingewiesen: Auch wir in Deutschland haben mittlerweile eine Mindestlohnregelung, die nicht jeder akzeptieren kann. Das Wesentliche ist, dass die Menschen spüren, sie haben eine Arbeit geleistet und bekommen dafür einen Lohn, und dass nicht die Situation vorherrscht, die die Kolleginnen und Kollegen geschildert haben, in der die Menschen nichts weiter spüren als Ausbeutung. Das muss verhindert werden, dafür haben wir starke Sozialpartner, auch bei uns in Deutschland, mit einer guten Sozialpartner-Tradition. Wenn wir das erreichen können, werden wir Gemeinsamkeit erzielen. Sorgen Sie dafür, dass Sie auch starke Sozialpartner in anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union bekommen! Dann kommen wir in vielen Bereichen zu dem Konsens, der notwendig ist.

Christine Revault D’Allonnes Bonnefoy (S&D). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, chers collègues, les pratiques de dumping social appauvrissent les travailleurs et mettent à mal le projet européen. Elles doivent être combattues avec fermeté. Le marché intérieur et la compétitivité ne peuvent servir de prétexte pour remettre en cause l’amélioration des conditions de travail dans tous les pays et je me félicite de la décision du gouvernement allemand d’instaurer un salaire minimum pour le cabotage. Il ne s’agit pas ici de défendre tel ou tel pays mais bien de défendre une idée et une conviction.

En décembre, le Parlement européen avait déjà montré sa détermination en refusant de voter un acte qui n’intégrait pas les pratiques illégales de cabotage en tant qu’infractions graves. Il est temps, aujourd’hui, que la Commission européenne se penche sérieusement sur la protection des droits sociaux dans les transports.

Pour terminer, je souhaiterais rappeler que l’application d’un salaire minimum aux opérations de cabotage, qui sont clairement couvertes par la directive sur les travailleurs détachés, est pleinement compatible avec le droit européen. Les entreprises de transport routier doivent se conformer aux conditions de rémunération des pays où elles effectuent des opérations de cabotage.

Mittwoch, 25. März 2015

En France, il existe un salaire minimum et les initiatives du gouvernement permettront justement de s'assurer que la législation européenne est bien respectée.

Anders Primdahl Vistisen (ECR). – Hr. Formand! For Dansk Folkeparti er der ikke nogen tvivl om, hvad kernen i dette problem består af. Kernen i dette problem er for os retten til national selvbestemmelse. Det er for os et helt klart nationalt anliggende, hvad de forskellige løn- og arbejdsvilkår skal være, hvordan man indretter en velfærdsstat, og det er ikke noget, som EU hverken direkte eller indirekte skal blande sig i. Til den ret til at indrette sit nationale arbejdsmarked hører også retten til at sikre sig, at alle spiller efter reglerne, hvis man ønsker at være lønarbejder i en anden medlemsstat. Derfor mener vi principielt, at tyskerne har ret til at indføre mindsteløn. Man kan altid diskutere, om kontrolmekanismerne er de rette, men man har også retten til at have sådanne kontrolmekanismer, og der er for mig ingen tvivl om, at det er kernen i et fornuftigt europæisk samarbejde, at man respekterer de suveræne rettigheder, som nationalstaterne bør have i samarbejdet.

Dominique Riquet (ALDE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, du fait du caractère très particulier du transport routier international – différent d'ailleurs suivant qu'il s'agisse de transit ou de cabotage –, le rattachement hasardeux à la directive des travailleurs détachés ou au règlement Rome I — d'ailleurs souvent de manière aléatoire – a de très nombreuses conséquences néfastes.

Premièrement, un grand désordre pour le cadre de travail des chauffeurs routiers internationaux, qui soit sont honteusement exploités, soit voient leur emploi détruit, puisque les filières nationales ont perdu des milliers d'emplois de chauffeurs. Deuxièmement, en réaction à ces faits, la prise de mesures par les États membres – et c'est le sujet d'aujourd'hui –, qui peut avoir de graves conséquences pour le fonctionnement du marché unique lui-même. Troisièmement, l'incertitude dans laquelle se trouvent les institutions sur l'attitude à adopter, ce qui est, Madame la Commissaire, votre cas aujourd'hui.

J'appelle donc avec force la Commission à se pencher sur ce problème et à adopter un cadre juridique spécifique pour les travailleurs du transport routier international, permettant à la fois de défendre leurs droits et d'assurer un bon fonctionnement de ce secteur, si important pour l'Union. Il convient de rappeler que 72 % des marchandises, à l'intérieur de l'Union, sont transportées par la route: c'est donc un outil essentiel du marché. Les incertitudes et les approximations actuelles ne peuvent dès lors plus être tolérées.

Elisabeth Morin-Chartier (PPE). – Monsieur le Président, Madame la Commissaire, la Commission est au pied du mur: nous débattons d'un sujet éminemment européen, à savoir le transport routier. Sans mettre à mal les PME qui, à travers toute l'Europe – nous le savons – créent de l'emploi, nous avons aujourd'hui besoin de plusieurs éclaircissements.

Le premier, c'est la distinction entre les activités de transit et les activités de cabotage. Il est extrêmement important que vous soyez claire sur ce sujet.

Le deuxième point, c'est l'articulation entre le travail que nous avons mené sur la directive sur les travailleurs détachés et l'organisation, aujourd'hui, du travail des transporteurs routiers. Nous avons vraiment besoin d'un éclaircissement très net sur ce sujet, d'un cadre juridique, comme l'ont dit certains de mes collègues, parce que nous ne pouvons pas nous laisser entraîner sur la pente du dumping social et de la concurrence déloyale entre les entreprises. Du débat que j'entends ici ce soir, je comprends que nous allons bien au-delà. Nous sommes dans un débat qui n'est plus un débat européen: nous sommes revenus à des débats nationaux, dans lesquels chacun est en train de défendre son bout de lard.

Oui, nous avons besoin que la Commission soit une Commission sociale, comme l'a dit et nous l'a promis Jean-Claude Juncker. Aussi, vous devez faire un pas en avant et être ferme en ce qui concerne ce secteur.

Ole Christensen (S&D). – Hr. Formand! Jeg er meget enig i det, der lige er blevet sagt. Men når nu næsten alle vestlige lande har lavet foranstaltninger for at gøre forholdene bedre i transportbranchen, så det kunne det jo være, der var noget galt med de regler, der fungerer på europæisk niveau. Der er ikke ét eneste land, der ved, hvordan man skal administrere efter reglerne. Hvad er en carbotagekørsel? Hvad er et postkasseselskab? Og så videre, og så videre. Det er der ingen, der kan svare på. Så det var måske på tide, at Kommissionen kunne komme med et bud på, hvordan man kan lave fælles regler, der kan administreres på en måde, så vi får en fair konkurrence landene imellem. Der er ingen tvivl i mit sind om, at intentionerne i den europæiske lovgivning er, at hvis man ønsker at drive forretning i et andet land, og man ønsker at være arbejdstager i et andet land, så skal man arbejde under de forhold, der gælder i det land. Det er uomtvisteligt. Det står i Traktaten. Men lad os få nogle fælles regler, der kan administreres efter, så vi får en fair transportbranche igen.

Mittwoch, 25. März 2015

Kosma Złotowski (ECR). – Pani Komisarz! Panie Przewodniczący! Wielokrotnie słyszeliśmy w tej Izbie hasła europejskiej solidarności i peany na cześć integracji europejskiej. Chwalimy się, jak wiele osiągnęliśmy w budowaniu wspólnego rynku i ganimy przykłady łamania swobód gospodarczych, które są przecież fundamentem Unii Europejskiej. Ale kiedy przychodzi do konkretnego przypadku łamania prawa unijnego przez jedno z państw członkowskich, na reakcję Komisji Europejskiej musimy czekać.

Wprowadzone przez rząd niemiecki regulacje dotyczące płacy minimalnej wynikają bez wątpienia ze słusznych pobudek: wszyscy zgadzamy się, że godne wynagrodzenie za wykonywaną pracę to sprawa bezdyskusyjna. Jednak zakres tych przepisów i objęcie nimi również pracowników sektora transportowego z innych krajów zamiast pomagać sprawie ochrony praw pracowników, szkodzi jej. Uderzają one w swobodę świadczenia usług i bezpośrednio w przedsiębiorstwa transportowe, m.in. z Polski, ale przecież nie tylko, czego efektem będą nie podwyżki, ale zwolnienia. Uchwalenie tych przepisów to atak wymierzony w wolną konkurencję i pozycję rynkową, jaką dzięki dobrej organizacji i solidnej pracy wypracowali sobie – polscy również – przewoźnicy w Europie.

Um gut verstanden zu werden, besonders von unseren deutschen Freunden, sage ich es auf Deutsch: Ich rufe die Kommission auf, schnellstens das neue deutsche Gesetz für vertragswidrig zu erklären. Es muss ein eindeutiges Signal gegeben werden für andere Mitgliedstaaten, dass die Vertragswidrigkeiten von der Kommission nicht akzeptiert werden können.

Danuta Jazłowiecka (PPE). – Panie Przewodniczący! Dzisiaj zamiast rozmawiać o racjonalnych rozwiązaniach zgodnych z nadrzędnymi zapisami traktatów, opieramy naszą debatę o niezdefiniowane pojęcie, jakim jest dumping socjalny stający się pretekstem do wprowadzenia protekcyjnych przepisów łamiących fundamentalną zasadę swobody świadczenia usług i przewidujących nieproporcjonalnie wysokie kary i obciążenia administracyjne adresowane do przewoźników innych krajów w każdej sytuacji: tranzytu, transportu międzynarodowego czy kabotażu.

Przypomnę, iż przewaga konkurencyjna polegająca m.in. na niższych kosztach pracy, ale też sprawności organizacyjnej i wydajności pracy nie może być utożsamiana z dumpingiem socjalnym. Wiemy, że niższe koszty pracy wynikają m.in. z różnic w poziomach rozwoju gospodarczego poszczególnych państw, wynikają także z różnic w systemach zabezpieczenia społecznego, wysokościach składek odprowadzanych przez przedsiębiorstwa. Nie można zatem mówić o dumpingu socjalnym, gdyż żadna firma nie może sobie pozwolić na prowadzenie działalności gospodarczej poniżej kosztów.

Dzisiaj nikt z nas nie kwestionuje prawa, któregośkolwiek państwa członkowskiego do wprowadzenia w swoim kraju płacy minimalnej. Problemem jest jednak zakres stosowania przepisów dotyczących tej płacy w stosunku do osób zatrudnionych w innych państwach członkowskich i jego zgodności ze swobodą świadczenia usług na rynku wewnętrznym. Ze względu na chaos i niepewność prawną, jaka powstała w wyniku ostatnich niemieckich regulacji prawnych, dzisiaj domagamy się od Komisji Europejskiej jasnej i klarownej odpowiedzi: w jakim zakresie prawo krajowe Niemiec dotyczące płacy minimalnej powinno być stosowane wobec zagranicznych przewoźników transportowych, jednocześnie nie wchodząc w kolizję z prawem Unii Europejskiej i prawem krajowym pozostałych państw członkowskich.

Olga Sehnalová (S&D). – Diskuse o uplatnění německého zákona o minimální mzdě nemá jen aspekt jeho souladu s právem EU, právní nejistoty dopravců, které jsou vystaveni od 1. ledna letošního roku a komplikované administrativní zátěže. To vše je nutné vyřešit, a to velmi brzy, paní komisařko. V tomto ohledu i já vyzývám k rychlé reakci, která situaci dopravců vyjasní za dodržení evropského práva.

Kontext debaty je ovšem hlubší a dlouhodobější. Někdo mu říká sociální dumping, někdo konkurenceschopnost založená na nižších nákladech, zejména mzdách. V sousedních zemích EU při existenci vnitřního trhu a volném pohybu služeb existují propastné rozdíly. Stanovená minimální mzda v Německu je např. čtyřikrát vyšší než v České republice a je dokonce dvakrát tak vysoká, jako je česká průměrná mzda. Současná situace v sektoru dopravy tento problém jen ukázala v celé své šíři.

Ať již bude rozhodnutí Evropské komise jakékoliv, tento rozpor s tím z Evropy nezmizí.

Mittwoch, 25. März 2015

Evžen Tošenovský (ECR). – Přidávám se ke kolegům, kteří silně kritizují rozhodnutí německých orgánů ohledně minimální mzdy. Kdyby se tento systém vztahoval pouze na německé dopravce, tak by to samozřejmě bylo jen věc Německa. Bohužel, dramaticky to dopadá na podnikatele jiných zemí, kteří jsou tak buď nuceni porušovat domácí zákony, nebo se vystavit vysokým sankčním pokutám ze strany německých úřadů. Jsem velmi znepokojen, že podle dostupných propočtů to může být pro mnohé, zejména malé firmy, likvidační.

EU je založena na základních principech svobodného pohybu lidí, zboží a služeb mezi členskými státy. Zde ale vidíme jasné porušení tohoto principu a nechceme být přeci svědky série protiakcí a de facto klasické obchodní války mezi členskými státy EU. Vyzývám tedy německou vládu, aby tato opatření okamžitě zrušila, upravila a Komisi, aby tento problém urychleně vyřešila.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE). – Senhor Presidente, Senhora Comissária, Caros Colegas, obviamente que a questão que aqui debatemos do salário mínimo é parte de uma discussão mais alargada sobre o que, efetivamente, são os reais entraves ao desenvolvimento de um mercado rodoviário sem barreiras e, claramente, que tem consequências gravosas principalmente para os países periféricos, como é o caso, não só mas também, de Portugal e não podemos esquecer que estas questões afetam o crescimento económico e, em última instância, acabam por afetar também o crescimento das exportações.

Julgo que é imperiosa uma clareza jurídica para as transportadoras, mas também uma simplificação do quadro regulamentar exigente. Temos aqui duas questões de fundo. Por um lado, a falta de controlo eficaz em relação às operações de cabotagem e, por outro, as diferenças na aplicação de certas disposições, como é o exemplo da proibição do descanso semanal regular a bordo de veículos, como acontece em França e na Bélgica.

Precisamos, pois, de rever os requisitos de estabelecimento, evitando a transferência de atividades para outros Estados-Membros, com o fim deliberado da evasão ao impostos e à tributação do trabalho.

A Sra. Comissária falou aqui das condições de trabalho justas e acho muito bem que o tenha feito, porque julgo que é importante salvaguardar, nesse sentido, a situação social e laboral dos trabalhadores europeus, sobretudo respeitando o princípio da subsidiariedade.

Termino, pois, questionando a Comissão se está mesmo disposta, e para quando, a iniciar uma reforma efetiva do mercado de transporte rodoviário na União, para que todas as empresas possam competir em pé de igualdade e para que os seus trabalhadores tenham acesso a condições equitativas não apenas mas também em países como Portugal.

Siôn Simon (S&D). – Mr President, my briefing note from my excellent assistant says in capital letters 'COMPLEX ISSUE', and the Commissioner, when she opened the debate, said the legal assessment is complex. You would think from listening to the debate tonight that this was a complex issue – but it is not complex at all. This is an incredibly simple issue. We are asked to believe that unless this measure is contested the haulage industry in north-eastern Europe will collapse under the weight of the costs.

But Comrade Liberadzki said in passing that actually the average effective wage for truck drivers in Poland is EUR 8.5 per hour, the cost of these vehicles is EUR 100 000-plus, the diesel costs thousands of pounds and the tolls are hundreds of euros, so the notion that this cost can cripple these industries is ridiculous. The Posting of Workers Directive is clear: you pay the rate for the job in the country where you are doing business.

Николай Барков (ECR). – Защо трябва да превръщаме изкуствено германските фирми в монополисти? Минималните ставки на заплащане в транспорта трябва да бъдат съобразени със законните заплащания на заплатите във всяка отделна страна-членка на Европейския съюз. Ако работодателите на шофьори на камиони от най-бедната страна в Европа - България са задължение да плащат минимални ставки по френски или немски стандарт, то това би било убийствено за българския транспортен бранш.

Централизираното определяне на заплати е абсолютно неприложимо сред държавите в Европейския съюз заради огромните разлики в стандарта на заплащане. В интерес на националните икономики е минималните ставки да се определят от националните законодателства, а заплащането на работниците в транзитните превози да не бъде обект на централизирани регламенти от Европейската комисия.

Mittwoch, 25. März 2015

Припомням, г-жо Комисар, основното правило на Европейския съюз е свободно движение на стоки и хора.

Deirdre Clune (PPE). – Mr President, I agree with the concept of a minimum wage. I think it is very important, and I am glad that Germany has introduced such a scheme. However, different states have different rates and the cost of the minimum wage in Germany is different to that in Ireland, different to that in the Czech Republic, different to that in Bulgaria. In individual states we have different approaches to wage levels, and indeed to taxation, and the cost of living can vary. I do know – and I do understand – there has been unfair treatment of workers, exploitation of workers, and that should not happen, but we cannot have one country setting itself up as judge and jury in this whole area. I would urge the Commission to do something about this, because in the absence of a policy in this area we get the kind of situation we are discussing now. It is important that this void be filled and it needs to be addressed.

My main concern in this whole issue is that I have been contacted by Irish road haulage operators who are concerned at the level of bureaucracy, the level of red tape, that it will involve for them. It will certainly add to their costs. It will discourage them from crossing Germany. They will maybe seek alternative routes, increasing their costs again and ultimately increasing the cost to the consumer. I think it is important that we have a moratorium while we address this situation, which ultimately has to be decided on an EU—wide basis. I do not think we can have one country dictating how we operate in this area.

Ismail Ertug (S&D). – Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, diese Debatte ist tatsächlich komplex.

Sie zeigt auch im Kern, dass dies das Ergebnis der unterschiedlichen Standards innerhalb der Europäischen Union ist. Ich glaube, das ist der Kern der Debatte. Da müssen wir auch unter uns ehrlich sein und das auch so ansprechen.

Niedrigere Löhne verursachen niedrigere Kosten für die Unternehmer. Niedrigere Kosten für Unternehmer heißt letztendlich auch niedrigere Angebotspreise, wenn es darum geht, einen Auftrag auch zu bekommen. Das ist selbstverständlich ein klarer Wettbewerbsvorteil für die Länder, die niedrigere Standards haben. Ich wundere mich im Übrigen auch über diejenigen, die sagen, dass der deutsche Mindestlohn höher sei und nicht auf andere anwendbar wäre. Aber dieselben Unternehmer aus diesen Ländern legen letztendlich ihre Angebote oder ihre Preise nach Maßgabe der deutschen, der französischen oder der italienischen Preise fest, da beschwert sich aber keiner darüber. Wenn es um die Löhne geht ja, aber wenn dann die Unternehmer das Geld kassieren, dann nein.

Deswegen will ich Ihnen ein Beispiel aus meiner Heimat nennen. Ich bin ein Repräsentant des ostbayerischen Bereiches in Deutschland. Ich bin an der Grenze zur Tschechischen Republik. Was machen deutsche Unternehmen? Und daher stammt auch die Kritik der deutschen FDP, weil sie nämlich von der Lobby getrieben ist. Diese Unternehmen lagern ihre Betriebe aus, 50 km weiter nach Osten. Sie bilden dort eine *letterbox company* mit Beschäftigten, die letztendlich tschechische Staatsbürger sind, womöglich andere Staatsangehörigkeiten haben, zu deren niedrigen Standards. Aber die Arbeit – und darum geht es – wird dann letztendlich in einem anderen Staat gemacht wie z.B. in Deutschland.

Jetzt kann man da unterschiedlicher Auffassung sein. Nur müssen wir ehrlich sein, und wir müssen die Kommission letztendlich auch darum bitten, dass wir tatsächlich einen europäischen Ansatz bekommen, was die Definition angeht. Was ist Kabotage? Was ist vor allem auch Transitverkehr? Und vor allem – das habe ich heute noch gar nicht gehört – was ist der grenzüberschreitende Verkehr? Das ist auch entscheidend. Was ist mit Lkws, die z.B. von Prag nach München fahren, ausladen und sofort wieder zurückfahren? Diese Punkte müssen wir näher definieren. Dann können wir auch zu einem Kompromiss kommen.

(Der Redner ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 162 Absatz 8 der Geschäftsordnung zu beantworten.)

Zigmantas Balčytis (S&D), pakėlus mėlynąją kortelę pateiktas klausimas. – Mes su gerbiamu Izmailu esame senai pažįstami nuo praėjusios kadencijos ir šitas klausimas šiandien iš tikrųjų nurodo, kad pačioje Europos Sąjungoje yra daug neišspręstų klausimų. Tai nėra šiandien pats esminis klausimas kalbant apie socialinį dempingą. Stodami į Europos Sąjungą mes privalėjome atverti savo rinkas. Ir visi puikiai žinojo kokia skirtinga ekonominė situacija, skirtinga mokesčių sistema ir taip yra skirtingas minimalus atlyginimas. Pas mus Lietuvoje irgi jis egzistuoja. Bet kalba yra apie tai, kad Vokietija, iš tikrųjų įvesdama šitą įstatymą, stengiasi nukonkuruoti kitų valstybių vežėjus, kad atsirastų laisvesnė rinka, kad jie galėtų ją užimti. Ir ar Jums neatrodo, mano kolega, kad vis dėl to, kaip Jūs ir pasakėt, reikia išsiaiškinti, kad mūsų Europos Sąjungoje iš tikrųjų nesugriūtų patys pagrindiniai principai, pasitikėjimas vienas kitu.

Mittwoch, 25. März 2015

Ismail Ertug (S&D). – Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“. Lieber Zigmantas, das ist schon richtig, was Du sagst. Es gehört aber zur Ehrlichkeit mit dazu, deswegen sage ich das: Wir müssen das auf europäischer Ebene lösen. Das Problem wäre zum Beispiel gelöst, wenn wir Unternehmen, die Aufträge weitergeben aus deren Sitzstaat, letztendlich verpflichten, diesen Mindestlohn zu bezahlen. Dann wäre das Problem gelöst. Im Übrigen reden wir ja nicht über Arbeit in Litauen oder in Rumänien oder in Ungarn. Wir reden über Arbeit, die auf dem Territorium des Staates stattfindet, der einen Mindestlohn erhoben hat. Ich verstehe natürlich, dass der preisliche Wettbewerbsvorteil dadurch erodiert. Aber im Grunde genommen kann man auch nichts dagegen haben, wenn letztendlich dieser Mitgliedstaat auch seinen Mindestlohn erhebt. Ich weiß, das Thema ist komplex. Aber wir müssen dranbleiben.

Dawid Bohdan Jackiewicz (ECR). – Panie Przewodniczący! Pani Komisarz! Wprowadzone przez Niemcy rozwiązania uderzają w branżę transportową w Polsce i w innych krajach Europy Środkowo-Wschodniej, są zagrożeniem dla rozwoju naszych firm i oznaczają likwidację miejsc pracy. Trzeba to sobie powiedzieć bardzo wyraźnie i głośno. Tworzą niebezpieczny precedens, bo jeśli dzisiaj pozwolimy na obowiązywanie takich przepisów, to jutro mogą one zostać wprowadzone w innych branżach i w innych krajach, przez inne państwa Unii Europejskiej. Nastąpi nowa era protekcjonizmu, a to oznacza koniec wolnego handlu, wolnego rynku, swobód gospodarczych i wolnego przepływu siły roboczej w Unii Europejskiej. Fundamenty Unii Europejskiej legną wówczas w gruzach.

W Polsce przez lata polskie firmy transportowe budowały swoją pozycję na rynku europejskim, wiele firm nie wytrzymało tej rywalizacji. Konkurowaliśmy z przewoźnikami z innych krajów, budując nowoczesną flotę transportową. Dziś prawie 39% wszystkich przewozów ładunków eksportowanych z Polski dostarczanych było właśnie do Niemiec. Nie możemy pozwolić, aby ten wysiłek jedną decyzją administracyjną legł w gruzach. Domagamy się przestrzegania prawa Unii Europejskiej i wolnego rynku i domagamy się jasnych zasad. I nie pozwólmy, aby pod pretekstem troski o warunki pracy kierowców w innych krajach Niemcy tak naprawdę eliminowały konkurencję dla swoich własnych firm transportowych. To właśnie oznacza protekcjonizm!

Sven Schulze (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Seit dem 1. Januar 2015 gilt in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro. Dass in Deutschland nicht jeder über die Einführung dieses Mindestlohns erfreut war, insbesondere Teile des Mittelstandes nicht, das ist auch bis nach Brüssel durchgedrungen. Es geht dabei im Wesentlichen nicht um die 8,50 Euro – das ist nicht das Problem –, sondern es geht um die Bürokratie, die damit verbunden ist. Die 8,50 Euro gelten auch für das Transportgewerbe und sollen auch für den Transit durch Deutschland gelten. Der Unmut und die Verunsicherung in anderen Mitgliedstaaten über die deutsche Regelung sind da, das haben wir heute gehört.

Dass mit dem Gesetz etwas nicht zu stimmen scheint, zeigt die hektische Reaktion der deutschen Arbeitsministerin. Sie hat, obwohl sie Änderungen anfangs ausgeschlossen hat, mit dem Prüfungsbeginn durch Brüssel die Mindestlohnregelung für reine Transitfahrten bis auf weiteres ausgesetzt. So müssen unsere Nachbarn – vor allem aus Osteuropa – nun erst einmal keine Einsatzpläne ihrer Fahrer an den deutschen Zoll schicken. Hier hat Brüssel indirekt für Bürokratieabbau gesorgt. Ich finde es richtig, dass sich die Kommission dieses deutsche Bürokratiemonster nun genauer anschaut. Die Kommission hat heute vorgetragen, dass das Verfahren noch läuft und weiter geprüft wird. Ich kann Frau Nahles nur empfehlen, diese Prüfung zum Anlass zu nehmen, das Mindestlohngesetz zu überarbeiten, insbesondere die vielen Dokumentationspflichten im Hinblick auf die Gehälter müssen zurückgefahren werden.

Abschließend: Wir dürfen uns mit diesem Gesetz keine Wettbewerbsverzerrung innerhalb Europas erlauben und dürfen keine neuen Hindernisse im Binnenmarkt schaffen.

El Presidente. – Miren, hay diversas peticiones, hay tarjetas azules que, lamentablemente, no vamos a poder atender porque -repito- hemos acumulado más de media hora de retraso, por una parte, y, por otra, ya hemos concedido la palabra a quienes anteriormente hicieron uso de la misma, razón por la cual, en este caso, no podemos concederles el turno de palabra.

Georges Bach (PPE). – Herr Präsident, Frau Kommissarin! Bei der Frage, die wir heute behandeln, handelt es sich um kein rein nationales Problem. Und es geht auch nicht um die Einführung eines Mindestlohns in einem bestimmten Mitgliedstaat. Es ist auch keine Frage der Höhe des Mindestlohns. Obwohl die Lohnpolitik unter das Subsidiaritätsprinzip fällt, ist der Mindestlohn eine europäische Angelegenheit. Er berührt Bereiche wie Wettbewerb, Sozialdumping, Binnenmarkt und Freizügigkeit. Und genau hier liegt das Problem: nationale Gegebenheiten, Subsidiarität und trotzdem eine europäische Angelegenheit. Aus diesem Grund muss die Kommission in dieser Frage klar Position beziehen. Ich bin für einen gesetzlichen Mindestlohn und bedauere, dass es in einigen Mitgliedstaaten noch keinen gibt bzw. dass er in manchen Mitgliedstaaten nur unzureichend umgesetzt ist. Sozialdumping im Bereich des Straßentransportes hat alarmierende

Mittwoch, 25. März 2015

Ausmaße angenommen.

Es gibt eine Gesetzgebung, und die wurde mehrfach erwähnt: Entsenderichtlinie, Rom I, Richtlinie 1071 aus dem Jahr 2009. Aber diese wird umgangen respektive nicht kontrolliert. Hinzu kommt jetzt neuerdings, dass viele Mitgliedstaaten eigene Maßnahmen treffen und die Regeln nach ihren Vorstellungen auslegen. Und deshalb, Frau Kommissarin, konnten Sie mich in Ihren Ausführungen nicht überzeugen. Aber möglicherweise ist das auch noch zu früh. Deshalb warte ich mit Spannung auf dieses *whole package*.

Meine Frage an Frau Kommissarin ist: Wie plant die Kommission, in dieser kritischen Situation vorzugehen, und wie sehen möglicherweise Maßnahmen oder Pläne in dieser Hinsicht aus?

Elnökváltás: GÁLL-PELCZ ILDIKÓ

alelnök

Anne Sander (PPE). – Madame la Présidente, Madame la Commissaire, la question que nous traitons ce soir est d'une importance capitale pour l'avenir du transport routier européen et, plus généralement, pour la vision que nous avons de l'Europe sociale.

Actuellement, vous le savez, les routiers internationaux peuvent, pendant sept jours, charger et décharger leurs camions dans un pays de passage avant d'arriver dans leur pays de destination. C'est ce qu'on appelle le cabotage. Cependant, ces routiers n'ont le droit ni au même salaire minimum, ni à la même protection sociale que leurs collègues du pays qu'ils traversent. L'activité est pourtant bien identique et est bien menée sur le même territoire.

Dans mon pays – la France –, pays le plus caboté d'Europe, les routiers français sont donc directement concurrencés, sur leur marché national, par d'autres routiers européens, ce qui a conduit la France à perdre 21 000 emplois en quinze ans. Nous allons d'ailleurs bientôt voter une aide de deux millions d'euros pour les routiers licenciés du transporteur Mory Ducros.

Il faudrait vraiment une solution européenne afin de combler le vide juridique existant. Il convient selon moi de redéfinir les règles de cabotage et de créer un régime spécifique pour les travailleurs hautement mobiles. Oui à la mobilité et à la concurrence, mais non à une course folle au dumping social.

„Catch the eye” eljárás

Andor Deli (PPE). – Sokan úgy tartják, hogy a minimálbér kérdése a tagállami szubszidiaritás és az egységes szolgáltatási piac elve közötti vita. Ugyanakkor az egységes piac sohasem a bérek azonosságáról, teljes kiegyenlítettségéről szólt, hiszen a bérkülönbségek vannak, és lesznek is az egyes tagállamok között.

Félreértés ne essék, távol áll tőlünk az, hogy elleneznénk egy tagállam szuverén jogát ahhoz, hogy minimálbért állapítson meg, de azt már elvárjuk, hogy azt úgy tegye meg, hogy eközben ne veszélyeztesse az Európai Unió alapvető értékeit. Most egy szűkebb területről beszélünk, a közúti fuvarozásról. Szociális köntösbe bújtatni egy kérdést, amely ugyanakkor súlyos pénzügyi és adminisztrációs többletterhet jelent a fuvarozó vállalatok – és különösen a kis- és középvállalkozások számára – nem korrekt hozzáállás. És akkor még nem említettük az előírt nemzeti szabályok megsértéséért kiróható büntetések összegét, amelyek olyan magasak, hogy egyetlen csapással tönkretehetnek kisebb vállalkozásokat, miközben épp a kkv-k fejlesztése és erősítése az általánosan meghatározott uniós célkitűzés.

Szükség van az Európai Bizottság gyors és határozott kiállására, mert egyedül ez tehet pontot erre a vitára, és egyúttal elejét veheti annak, hogy az egységes európai piac fokozatosan leépüljön egy 1992 előtti szintre. Tegye a Bizottság azt, ami az alapfeladata, legyen az alapító szerződések és értékeink őre.

Mittwoch, 25. März 2015

Zigmantas Balčytis (S&D). – Vokietijos priimtas įstatymas nesiderina nei su ekonomine logika, nei su kertiniais Europos Sąjungos vidaus rinkos veikimo principais. Apie tai čia buvo šiandien kalbėta visą vakarą. Tai yra ne tik vienos šalies kišimasis į kitų šalių socialinę politiką ir darbo klausimus. Tokiais įstatymais yra neva kovojama su socialiniu dempingu, tačiau realiai tai yra priemonė uždaryti nacionalines vežimo įmones ir panaikinti konkurenciją, ypač Rytų ir Centrinės Europos šalių vežėjų. Ir tai sukurs papildomą socialinę įtampą tose šalyse. Rusija jau taiko apribojimus vežėjams ypač iš kaimyninių Europos Sąjungos šalių. Šio apribojimo paveikti vežėjai, siekdami išsaugoti savo verslą ir darbo vietas, dėjo dideles pastangas perorientuoti pervežimus iš rytų į vakarus, todėl nesuprantama, kaip pačios Europos Sąjungos valstybės narės tokiu sudėtingu laikotarpiu įveda apsunkinančias priemones kitų šalių vežėjams. Tai pakerta pasitikėjimą vieningos bendrosios rinkos, solidarumo ir laisvos konkurencijos principu.

Νότης Μαριάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, οι καταστάσεις στην Ευρωπαϊκή Ένωση λόγω της οικονομικής κρίσης «φέρνουν τα πάνω κάτω». Οι χώρες της Ευρωπαϊκής περιφέρειας ανέκαθεν υποστήριζαν τον ελάχιστο μισθό και την προστασία του μεταφορικού τους έργου μέσω του καμποτάζ. Η Γερμανία πάντοτε ήταν υπέρ του ανοίγματος της αγοράς, υπέρ της οδηγίας Μπολκενστάιν, κατά του καμποτάζ και κατά της θέσπισης ελάχιστου μισθού.

Τώρα όμως που οι μεταφορείς των χωρών της ευρωπαϊκής περιφέρειας αξιοποιούν την εσωτερική αγορά, η Γερμανία με πρόσχημα την εφαρμογή του ελάχιστου μισθού, ορθώνει τείχη προστατευτισμού. Προσπαθεί να θέσει εκτός μεταφορικού έργου τις μικρές μεταφορικές επιχειρήσεις των κρατών της ευρωπαϊκής περιφέρειας. Για να αρθούν αυτές οι αντιφάσεις πρέπει να θεσπισθεί ένας ελάχιστος μέσος ευρωπαϊκός μισθός, να σταματήσουν οι αθέμιτες πρακτικές, να σταματήσει το κοινωνικό ντάμπινγκ και να προστατευθούν τα δικαιώματα των εργαζομένων.

Καθώς λοιπόν οι μεταφορείς των φτωχών χωρών συγκρούονται με τους μεταφορείς των πλουσίων χωρών, «κάτι δεν πάει καλά στο Βασίλειο της Δανιμαρκίας», όπου τελικά συνεχίζει να κυβερνά η τραπεζοκρατία.

Ivan Jakovčić (ALDE). – Gospodo predsjednice, kako sam razumio da ćete Vi dati riječ praktički svakoj grupaciji, ja sam se prvi javio, to je istina, ali moj kolega José Faria me moli da on govori pa bih Vas ljubazno zamolio da umjesto ALDE grupe govori José Faria, a ne ja, jer vidim da nećemo oboje dobiti riječ.

(Az elnök elfogadta Jakovcic úr javaslatát.)

José Inácio Faria (ALDE). – Senhora Comissária, Caros Colegas, temos de ter claro que o que aqui estamos a debater não é apenas uma questão social ou económica nem exclusivamente circunscrita ao setor dos transportes. É, antes de mais, uma questão de integração europeia. É uma questão de integração europeia porque estamos na presença de uma medida contrária ao Direito Europeu.

Ao longo do processo de construção do mercado interno, houve sempre a preocupação de observar o princípio do reconhecimento mútuo de legislações nacionais, com vista ao estabelecimento das liberdades fundamentais. Neste contexto, esta medida não pode senão representar um retrocesso.

Para além disso, viola aquilo que é um princípio reconhecido da liberdade de circulação, ou seja, a aplicação de apenas um regime laboral aos trabalhadores em trânsito na União e, mais especificamente, um regime de remuneração mínima.

A nossa obrigação é contribuir para uma política europeia integrada na promoção do mercado interno europeu e não o inverso. A União Europeia nunca deixou de se rever na liberdade de circulação de pessoas, que ocupa a base mais fundamental do projeto europeu.

Termino, dizendo que não nos oporemos a esta medida se o Estado alemão se comprometer a pagar a diferença salarial que esta medida implicará para as pequenas e médias empresas.

Κώστας Χρυσόγονος (GUE/NGL). – Κύριε Πρόεδρε, λυπάμαι επειδή το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο συζητάει απόψε ένα πολύ σοβαρό θέμα, όπως η ελάχιστη αμοιβή εργασίας, με τρόπο απαξιωτικό. Εστιάζουμε τη συζήτηση μόνο στην ελάχιστη αμοιβή των εργαζομένων στις οδικές μεταφορές, σε μία χώρα, και λησμονούμε το γενικότερο πρόβλημα της κατοχύρωσης της εργασίας κάθε είδους σε κάθε κράτος μέλος. Και αντιμετωπίζουμε το θέμα κυρίως από την πλευρά των κανόνων του ανταγωνισμού, αντί για τις ανάγκες και τη ζωή των ανθρώπων.

Mittwoch, 25. März 2015

Εάν η Ευρωπαϊκή Ένωση ήθελε να φανεί συνεπής στις αρχές της προστασίας των θεμελιωδών δικαιωμάτων, σύμφωνα με το άρθρο 2 της ιδρυτικής της Συνθήκης, τότε θα έπρεπε να καθιερωθεί ως γενική αρχή ότι κανένας σε καμία χώρα δεν επιτρέπεται να αμείβεται με μισθό κάτω από το ελάχιστο όριο αξιοπρεπούς διαβιώσεως.

Αντίθετα, όμως, οι εφαρμοζόμενες πολιτικές της Ένωσης οδηγούν σε μειώσεις μισθών κάτω από τα επίπεδα αυτά, ιδίως στις μνημονιακές χώρες, στο όνομα μιας ψευδεπίγραφης ανταγωνιστικότητας. Αλλάξτε πορεία πριν να είναι αργά.

Bronis Ropė (Verts/ALE). – Manau, kad pakankamai jau buvo šitas klausimas išaiškintas ir išstudijuotas iš visų pusių. Ir manau, kad iš vienos pusės mes turime labai aiškiai sau pasakyti, kad Europoje yra didžiuliai skirtumai ir turime pasidaryti pakankamai aiškų planą, kaip tuos skirtumus kuo greičiau sumažinti, sušvelninti. O Komisija, manau, šiuo atveju turi atsiimti savo teisę, atsistatyti savo teises, siųsti Vokietijai aiškų signalą, kad Vokietija peržengė savo įgaliojimus ir Vokietija turi tuoj pat stabdyti taikymą kitoms šalims, juos taikyti tik tai savo šaliai. O mes tada turėsime laiko išsiaiškinti ir numatyti sistemą ir paskui ją suderinus paleisti.

(A „catch the eye” eljárás vége.)

Violeta Bulc, Member of the Commission. – Madam President, honourable Members, thank you very much for your very straightforward comments. I have heard them and I will ensure that they are taken into account by the Commission in its current assessment process, as well as its further work on enhancing the clarity and consistency of applicable social and market rules, in particular as part of the road package. By doing so, we will take a more comprehensive approach, which many of you have called for.

I would like to underline that the establishment of national minimum pay rates is a positive development. But of course the national measures, while protecting workers, must respect EU law so as to preserve the proper functioning of the internal market with all the benefits it brings across Europe. We shall also draw lessons from this experience.

The Commission will continue to monitor ongoing developments. It reserves the right to intervene against unilateral measures that unduly restrict fundamental freedoms such as the free movement of goods, workers and services. In the pursuit of constant improvement, we will also be looking into the most appropriate measures to create efficient, safe and socially responsible road transport services, with people at the heart of EU transport policy.

Finally, I would like to stress one more time that the Commission will inform Parliament of the outcome of its assessment of the compatibility of the German measures with EU law as soon as possible, but please understand that we need to follow EU procedures and that takes time. I assure you, however, that the Commission will continue to act as a guardian of the EU Treaty and EU law. I will see you again as soon as possible on this topic.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). – Pani Przewodnicząca! Ja chciałam powiedzieć, że na tej sali jest ponad 30% kobiet, a Pani udzieliła w procedurze „catch the eye” głosu 7 mężczyznom. Ja jako kobieta czuję się dyskryminowana.

Elnök asszony. – Képviselőtársaim érzékenysége így a késő esti órákban megérthető, mindannyian úgy érezzük, amikor ott ülünk, hogy hátrányban vagyunk. Sajnos, Képviselő Asszony, nem eszerint történik a választás, hanem sorrendben a legelső hozzászóló kapta meg a képviselőcsoportok közül a hozzászólás lehetőségét. Tudom, hogy nagyon nehéz ehhez hozzászokni, bizony a rendelkezésre álló időkeret e tekintetben szűkös, de továbbítom Képviselő Asszony észrevételét az Elnökség részére.

Ezzel a közös vitát lezárom.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Mittwoch, 25. März 2015

Ivo Belet (PPE), *schriftelijk*. – De sociale dumping die aan de gang is in de vervoerssector (net als in de bouwsector) is onhoudbaar. Bedrijven en hun werknemers zijn verwikkeld in een *race to the bottom* ten koste van de werknemers, ongeacht hun afkomst. Vrij verkeer van diensten is een pijler van onze Unie, maar het zal zonder enige twijfel op de helling komen te staan als we niks doen aan sociale wanpraktijken. Sommige van die toestanden zijn het gevolg van regelrechte fraude, spookbedrijven of valse zelfstandigen. Die moeten de lidstaten effectiever aanpakken door hun sociale inspectiediensten te versterken.

Andere situaties hebben echter te maken met de grote loonverschillen in Europa. Lidstaten met een minimumloon schieten nu in eigen voet omdat transportfirma's uit andere lidstaten dat minimum niet moeten respecteren. Dat is onhoudbaar. Daarom hebben we begrip voor de Duitse maatregel. De Europese Commissie moet met voorstellen komen om dit recht te trekken. In de eerste plaats in het belang van de vrachtwagenchauffeurs, van wie er velen vandaag worden uitgebuit. De huidige toestanden in de vervoerssector zijn Europa onwaardig en vragen om een krachtdadig antwoord. Het is de enige weg om onze interne markt ook in de toekomst voluit te laten functioneren.

Isabella De Monte (S&D). – La legge tedesca sul salario minimo entrata in vigore a gennaio 2015 ci pone dinanzi ad un dilemma di enorme rilevanza politica. Da un lato, battersi per assicurare un salario minimo a tutti i lavoratori è una sfida di cui la nostra famiglia politica si è sempre fatta portatrice; dall'altro purtroppo questo diritto, così come formulato, nasconde una volontà proibizionista e di chiusura della Germania. Essa, di fatto, va contro il principio sancito dal trattato di fondazione dell'Unione europea che garantisce la libera circolazione delle merci. Infatti, se posso essere d'accordo sul principio sostanziale per cui la vita di ciascun lavoratore dovrebbe essere dignitosa, il modo in cui la Germania applica questa legge è da ritenere scorretto. Richiedere l'invio via fax (e non voglio soffermarmi in questa sede sul metodo antiquato), della documentazione attestante la propria posizione lavorativa e il proprio salario, tradotti in lingua tedesca, mesi prima di un trasporto, crea nuovi aggravii per le imprese ma soprattutto per quei piccoli trasportatori che non sono in grado di sopportare tali spese. Per questo motivo ritengo che la Commissione debba prendere dei provvedimenti tempestivi per assicurare che i principi dell'Unione non siano intaccati.

Ангел Джамбазки (ECR), *в писмена форма*. – Немското предложение звучи изключително хубаво, но истината е, че тази мярка се въвежда и за да се ограничи достъпа на чужди фирми в Германия. Според приетите от Берлин правила всички наемни работници, дори тези които преминават през Германия, трябва да получават 8,5 евро на час. По този начин българските транспортни превозвачи ще бъдат задължени да изплащат подобни заплати плюс командировъчни. Това ги прави неконкурентноспособни и просто ще се откажат да работят в Германия. Тази идея на Германия да ограничи превозвачите от България, Полша, Литва и други европейски държави цели да облагодетелства немските превозвачи. Единият ден големите държави членки ни говорят за свободен пазар и конкуренция, а на другия ден в националните си законодателства приемат точно обратните мерки. Между другото, Франция също прилага този подход и се опитва да дискриминира превозвачите от малките държави. Франция пък се опитва да въведе правила, които да задължат шофьорите да спят на хотел, което нарушава маршрута им и оскъпява превоза. Целта на всички тези уж незначителни мерки е да ограничат малките държави. Това е вид протекционизъм. Обаче, когато се прилага от Германия и Франция, е уж законно, а ако ние решим да го направим, ще ни наложат санкции. Ето срещу този двоен стандарт се борим.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), *na piśmie*. – Szanowni Państwo! Przedmiotem debaty jest wpływ nowej ustawy o płacy minimalnej w Niemczech, która ma mieć nieoczekiwane zastosowanie na skalę całej Unii. W moim przekonaniu takie rozumienie niemieckiego prawa jest sprzeczne z prawem Unii Europejskiej, przede wszystkim z zasadą o swobodnym przepływie osób, dóbr i usług. Debata ta ma nie tylko aspekty prawne, ale też i społeczne. Przewoźnicy z innych krajów będą mieli praktycznie do wyboru dwa wyjścia, obydwa niekorzystne: albo złamią niemieckie prawo i będą wynagradzać kierowców jak dotąd wg stawek kraju pochodzenia, co grozi wysokimi karami, albo będą płacić wg niemieckich stawek, co może doprowadzić nawet do bankructwa niektórych firm i utraty pracy przez setki kierowców w Europie.

Firmy nie mogą sobie pozwolić na prowadzenie działalności gospodarczej poniżej kosztów. Różnice w poziomach gospodarczych poszczególnych państw są oczywiste i nie wyrównają się w ciągu paru lat. Nie można zatem „wyrównywać” stawek na koszt innych, co *de facto* ma wyeliminować z rynku tańszą konkurencję. Domagamy się od KE jasnej i szybkiej odpowiedzi, w jakim zakresie prawo krajowe Niemiec dotyczące płacy minimalnej może, czy też nie powinno być stosowane wobec zagranicznych przewoźników transportowych?

Mittwoch, 25. März 2015

Jens Gieseke (PPE), *schriftlich*. – Mit der Verabschiedung des Mindestlohns in Deutschland begann auch die Diskussion über die Anwendung der neuen Gesetzgebung auf ausländische LKW-Fahrer, die Deutschland lediglich durchqueren. Eine solche Regelung ist jedoch nicht konform mit geltendem EU-Recht. Zu Recht hatte die Europäische Kommission daraufhin ein Pilotverfahren – die Vorstufe eines Vertragsverletzungsverfahrens – gegen die Bundesregierung eingeleitet. Der Mindestlohn im Transitverkehr wurde daraufhin ausgesetzt. Es ist wichtig, dass wir hier eine europäische Lösung finden und eine Überregulierung vermeiden. Wir können von europäischen Spediteuren nicht verlangen, dass sie bei einer Fahrt von Lissabon nach Warschau in jedem Mitgliedstaat unterschiedliche Löhne zahlen müssen. Bei Fahrten, die nur innerhalb der Bundesrepublik stattfinden, oder wenn die Fracht in Deutschland entladen wird, müssen jedoch gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmer gelten. Unabhängig vom Standort einer Spedition muss in diesen Fällen der Mindestlohn für die Arbeit innerhalb Deutschlands anteilmäßig entrichtet werden. Nur so können wir einen fairen Wettbewerb gewährleisten.

Krzysztof Hetman (PPE), *na piśmie*. – Jestem głęboko zaniepokojony działaniem niektórych krajów i próbą objęcia ustawą o płacy minimalnej pracowników zagranicznych wykonujących usługi przewozowe na ich terytorium. Uważam, że działanie to jest sprzeczne z jedną z podstawowych zasad Unii, jaką jest zasada swobodnego przepływu usług, która stanowi filar jednolitego rynku. Kierowcy z krajów takich jak m.in. Polska są konkurencyjni na rynku europejskim nie tylko dlatego, że ich koszty pracy są niższe, ale też z powodu dobrej organizacji pracy i wydajności, co w żadnym wypadku nie jest przejawem „dumpingu socjalnego”.

Rzecz jasna w przypadku kierowców, tak jak wszystkich innych pracowników, obowiązuje prawo pracy. Zwracam uwagę na fakt, że we wszystkich państwach członkowskich ustanowiono szereg zasad, dotyczących m.in. czasu jazdy, pracy i odpoczynku czy użycia tachografów, które mają na celu ochronę socjalną pracowników. Te przepisy są w dużej mierze zharmonizowane i rzecz jasna muszą być przez wszystkich przestrzegane. Ewentualne zastosowanie płacy minimalnej byłoby w moim przekonaniu nie tylko niezgodne z zasadą swobody świadczenia usług, ale także przyniosłoby wiele strat dla przedsiębiorców i pracowników w sektorze, który zatrudnia 5 milionów osób. Dlatego mam nadzieję, że Komisja szybko rozstrzygnie wszelkie wątpliwości prawne związane z tymi przepisami.

Ádám Kósa (PPE), *írásban*. – A nagy kérdésem: megéri-e az európai vámunió az 50. születésnapját 2018-ban, vagy nyugdíjba küldik azt, véget vetve az EU egyik legfontosabb eredményének? Hogy miért kérdezem ezt? Ha a szolgáltatások árába ezentúl be kell építeni a különböző országok eltérő minimálbéréiből fakadó magasabb költségeket, akkor jogos a kérdés: ez mennyiben térne el „elméletileg” attól, hogy ha vámokat vetünk ki a másik EU tagállamban készült árukra, mondván, hogy az előállítási költsége az adott terméknek belföldön magasabb, így a különbözetet a gyártó cég állhatná annak érdekében, hogy a hazai kkv-k versenyképessége (hasonlóan a magasabb minimálbért fizető vállalkozásokhoz) ne romoljon és a verseny ebből a szempontból „egyenlő esélyű” legyen. Várom a Bizottság álláspontját, hogy ugyanolyanok lesznek-e a következmények ezen minimálbéres szabályozással kapcsolatban, mintha vámokat vetnénk ki az egyes tagállamok – hasonló megfontolásokból – a saját versenyképességük megőrzése érdekében? Ennek itt és most véget kell vetni.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE), *na piśmie*. – Nie zgadzam się z argumentami podnoszonymi podczas dyskusji, powołującymi się na stosowanie dumpingu socjalnego przez pracowników i firmy pochodzące zwłaszcza z państw Europy Środkowo-Wschodniej. Przewaga konkurencyjna, która wiąże się z niższymi kosztami pracy wynikającymi z różnic w poziomach rozwoju gospodarczego państw, nie może być traktowana na równi z dumpingiem socjalnym. Polscy pracownicy, nie tylko ci z sektora transportowego, poprzez świadczenie usług po niższych cenach, ale nie poniżej kosztów, przyczyniają się do rozwoju gospodarek także tych krajów, na których terytorium świadczą usługi.

Nikt nie kwestionuje prawa państw członkowskich do wprowadzania płacy minimalnej – wiele krajów, w tym Polska, dawno je wprowadziła – ale nie może ono uderzać w swobody, które leżą u podstaw integracji europejskiej. Przepisy TUE muszą być przestrzegane, a ustanawiane prawo krajowe nie może być z nimi sprzeczne. Dlatego ważne jest, aby Komisja jak najszybciej wypowiedziała się na temat zgodności interpretacji prawa niemieckiego z europejskim.

Mittwoch, 25. März 2015

Stosowanie zasady terytorialnej przez Niemcy, wymuszanie stosowania niemieckich stawek płacy minimalnej przy nieporównywalnych systemach wynagrodzeń, tłumaczenia wszystkich adekwatnych dokumentów, nowe i niejasne obciążenia administracyjne operacji transportowych realizowanych na terytorium Niemiec niezależnie od ich charakteru (tranzyt, transport międzynarodowy, kabotaż) uderzają w zasady integracji i europejskiego rynku wewnętrznego, ograniczają swobodę świadczenia usług, kwestionując istotę funkcjonowania UE.

Eduard Kukan (PPE), písomne. – Zákon o minimálnej mzde v Nemecku je problematický, a práve preto rozpútal vášnivú debatu na európskej úrovni. Má totižto priamy dosah na princíp voľného pohybu služieb a obnovuje národný protekcionizmus. Výrazne obmedzuje slovenské špeditérské firmy. Situácia je vážna a považujem ju za protichodnú s princípom slobodného trhu a voľným pohybom tovarov v EÚ. Tento princíp je súčasťou základných slobôd EÚ. Práve preto podporím myšlienku zrušenia pôsobnosti tohto zákona v cestnej doprave v Nemecku.

Paloma López Bermejo (GUE/NGL), por escrito. – La internacionalización de la economía es un duro límite para la izquierda de cada Estado: políticas de expansión de la demanda y los servicios públicos, de aumento de los salarios o de mejora de las condiciones laborales, se ven en riesgo por la facilidad con la que el capital muda sus fábricas y sus depósitos allí donde la tributación es más laxa y mayor la explotación de las y los trabajadores. En consecuencia, la lucha contra el dumping fiscal o laboral exige, cada vez más, negociaciones y decisiones a nivel europeo. Pero la actual UE no sólo insiste en replicar la lógica del mercado, sino incluso en acelerar la descomposición de las conquistas del movimiento obrero en cada Estado. Así, en vez de defender claramente la introducción de un salario mínimo en el transporte, la Comisión mantiene la ambigüedad sobre la interpretación de sus propias directivas, demorando una decisión que necesariamente validaría su legalidad. En vez de contribuir a regular un sector gravemente afectado por la liberalización de servicios y la laxitud en la implementación de la normativa laboral, la Comisión es incapaz de salir en su defensa, ahondando en la profunda crisis del proyecto europeo.

Verónica Lope Fontagné (PPE), por escrito. – Durante los últimos años, tanto la Comisión como el Parlamento Europeo estamos pidiendo, siempre que sea posible, reducir la carga administrativa de las empresas, para no poner más obstáculos a su actividad económica y hacer pleno uso del potencial del mercado único, que se basa principalmente en la libre circulación de personas, bienes y mercancías. El transporte por carretera aglutina una parte mayoritaria del transporte de mercancías en la Unión Europea y es el elemento principal de dicho mercado interior. Por ello, es necesario eliminar las barreras técnicas y legales que todavía subsisten. No creemos que exista *dumping* social en países en los que el poder adquisitivo es sencillamente inferior. Si hay prácticas ilegales, habrá que controlarlas, pero no tiene mucho sentido que una norma de salario mínimo pretenda igualar a países con rentas per cápita tan diferentes. La Comisión Europea debería actuar de forma rápida y clara en un asunto que trasciende claramente las fronteras nacionales y va más allá del principio de subsidiariedad, además de ser un antecedente regulatorio con claras consecuencias.

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE), na piśmie. –

1. Dlaczego KE w sposób jednoznaczny nie odpowie, czy przepisy dotyczące płacy minimalnej w Niemczech są zgodne czy nie są zgodne z przepisami i traktatem UE?

2. W moim odczuciu są one niezgodne nie tylko z prawem UE, ale i z jego naczelną zasadą wspólnego konkurencyjnego rynku. Zamiast tworzyć, niszczą miejsca pracy.

3. Przewaga konkurencyjna polegająca m.in. na niższych kosztach pracy, ale też sprawności organizacyjnej i wydajności pracy, nie może być utożsamiana z „dumpingiem socjalnym”.

4. Każdy kraj członkowski ma inną płacę minimalną, inne składniki płacy i inne koszty, na jakiej więc podstawie niemieckie przepisy mają obowiązywać podmioty gospodarcze z innych krajów. Nie mówiąc już, że te przepisy zwiększają obciążenia administracyjne i biurokratyczne i mogą być podstawą do wielotysięcznej i nieproporcjonalnej kary pieniężnej, a także stanowią barierę w swobodzie świadczenia usług w międzynarodowym transporcie.

Vladimír Maňka (S&D), písomne. – Inštitút minimálnej mzdy v každom štáte je opatrenie, ktoré sociálni demokrati môžu len podporiť. Na druhej strane je neprípustné, aby to zasahovalo do zákonov iných krajín, ktoré upravujú výšku minimálnej mzdy. Na jednej strane je pochopiteľné, aby Nemecko požadovalo dostatočné finančné zabezpečenie osôb – zamestnancov, ktorí sa pohybujú na ich území. Na druhej strane Nemecko takto zasahuje do zákonov iných štátov, čo má ďalšie účinky, napríklad aj na náročnosť mzdového účtovníctva (vykazovanie pracovných ciest, sledovanie času prechodu hraníc). To komplikuje pracovnoprávne vzťahy (a teda aj mzdové nároky) medzi zamestnancami a zamestnávateľmi so sídlom v inej krajine. Hlavné voči novým členským štátom je krok Nemecka diskriminačný, prináša nerovnaké podmienky, keď subjekty z týchto štátov nie sú schopné pokryť náklady, ktoré toto opatrenie prinieslo, a môžu byť

Mittwoch, 25. März 2015

preto vytlačené z nemeckého trhu. V každom prípade situácia vyžaduje komplexné riešenie. Preto musí Komisia pokračovať v konaní, aby nedochádzalo k porušovaniu európskych zmlúv.

József Nagy (PPE), írásban. – A német minimálbértörvény az egységes piac alapelvének mond ellen. Szembemegy a szolgáltatások szabad áramlásának uniós alapelvével is. Ez a szabályozás 16 uniós tagállam vállalkozásait érinti negatívan, ráadásul, ha ez így maradhat, dominóeffektust vonhat maga után, romba döntve gyakorlatilag az egységes piacot. Ma egy német kamionsofőr 8,5 eurós órabérrel dolgozik. Egy szlovák 2,5 eurót kap ugyanazért a munkáért. Szép dolog lenne persze, ha a szlovák munkavállalók is német fizetéseket kapnának, bár ott tartanánk, azonban ha kicsit is realistán gondolkodunk, láthatjuk, hogy a német rendelkezés igazi célja a német munkavállalók segítése. A szlovák vállalkozók egyszerűen elveszítik versenyképességüket ilyen feltételek mellett, s ez pedig feketén fehérén a munkahelyek bizonytalanná válását jelenti. Az Európai Bizottság, mint az uniós törvények őre, köteles biztosítani, hogy a tagállamok jogszabályai ne menjenek szembe az uniós vívmányokkal. Bízom benne, hogy a kilógó lóláb fennakad a Bizottság rostáján.

Julia Pitera (PPE), na piśmie. – Od 1 stycznia 2015 r. na terytorium Niemiec wprowadzono płacę minimalną. W Polsce wpłynie to na losy zatrudnionych w 26 tysiącach firm, świadczących usługi w transporcie międzynarodowym 145 tysiącami samochodów. Firmy te, dbając o jakość usług i warunki pracy kierowców, zaciągają kredyty na zakup nowoczesnych samochodów. Liczba zarejestrowanych w Polsce w 2012 r. fabrycznie nowych samochodów, głównie produkcji niemieckiej, francuskiej, skandynawskiej i włoskiej, wynosiła aż 14 tys. Nowa stawka znacząco obciąża finansowo, również kosztami administracyjnymi i kosztami tłumaczeń, polskie firmy transportowe, co zagraża ich istnieniu i doprowadzi do bezrobocia zatrudnionych w nich pracowników. Przyniesie też straty fabrykom samochodów produkowanych w krajach UE, kupowanych przez polskie firmy.

Regulacje kolidują z prawem Unii Europejskiej, w szczególności nie uwzględniają art. 45 TUE o swobodnym przepływie pracowników. Nie uwzględniają też orzeczenia Trybunału Sprawiedliwości UE w Luksemburgu (18 września 2014 r.; C-549/13), który w konkluzji stwierdził: „W sytuacji takiej jak w postępowaniu głównym, w której oferent zamierza wykonać zamówienie publiczne przy wykorzystaniu wyłącznie pracowników zatrudnionych przez podwykonawcę mającego siedzibę w państwie członkowskim innym niż to, do którego należy instytucja zamawiająca, art. 56 TFUE sprzeciwia się stosowaniu przepisów państwa członkowskiego, do którego należy ta instytucja zamawiająca, zobowiązujących tego podwykonawcę do zapłaty rzeczonym pracownikom minimalnego wynagrodzenia określonego przez te przepisy”.

Csaba Sógor (PPE), in writing. – The recent imposition by Germany of a minimum wage for freight transporters from other Member States is just another in a recent row of economic protectionist measures in Europe disguised as social ones. What is worrying is that, even in this House, we are hearing more and more calls against so-called social dumping from the East. We should be careful not to misuse economic terms: dumping means exporting a product to another country at a price either below the price charged on its home market or below its cost of production. This is clearly not the case at hand. The reality is that, despite EU efforts, there still are strong disparities between Member States in terms of economic development, wages and production costs, just as there are differences in terms of financial backgrounds, technological development, access to finance and so on. Forcing companies in other Member States to artificially increase their costs, and placing on them burdensome administrative requirements, is not the way to make the EU a competitive player on the global market. If it really intends to be one, it should not be afraid of competition.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. – Nemčija od 1. januarja 2015 zahteva od tujih prevoznikov, ki prevažajo blago ali potnike v Nemčiji, dokazilo, da svojim voznikom zagotavljajo minimalno plačilo 8,5 EUR bruto na uro. Tak ukrep je pozitiven z vidika preprečevanja socialnega dumpinga v cestnem prometu in slovenski prevozniki ga izpolnjujejo, a hkrati tak enostranski ukrep ogroža načelo prostega pretoka storitev. V EU ne moremo reševati enega problema tako, da ustvarimo novega. Predvsem gre tukaj za omejitve na notranjem trgu EU in dominacijo Nemčije pred konkurenco, ki jih na ta način ovira. Vpeljava minimalne plače v Nemčiji za voznike kamionov je logična in sprejemljiva, vendar tega ne morejo zahtevati tudi od drugih držav članic, ki imajo popolnoma drugačne standarde in plače. Potrebno je zmanjšati administrativne ovire, vendar ne na račun zaščite delavcev, ki se jih prevečkrat izkorišča in jim za delo izplačuje pre-nizko plačo. Neravnovesje med integracijo enotnega trga in zagotavljanjem neoviranih storitev na eni strani in pomanjkanje enotnih socialnih standardov na drugi strani je nedopustno in ne moremo pustiti, da se te težave pojavljajo v EU. Evropska komisija bi morala na ravni EU določiti minimalne standarde za delovne pogoje in tudi poskrbeti za praviča plačila v prometnem sektorju.

Mittwoch, 25. März 2015

Tibor Szanyi (S&D), írásban. – A fent említett német törvény óránként minimum 8,50 eurót határoz meg a Németország területén dolgozó munkavállalók esetében. Ennek értelmében a munkáltatóknak a nyilvántartási okmányokat előre be kell nyújtani a német hatóságok számára, amely többletköltségekkel és adminisztratív terhekkel is járhat. Azt kell azonban mondanom, hogy a minimálbér növelése, az egységes európai minimálbér felé történő lépéseket üdvözlendőnek tartom. Emellett természetesen a törvény más tagállamokra gyakorolt hatását és a törvény jogszerűségét vizsgálni kell, melyet az Európai Bizottság meg is tesz. Kérdezem, hogy prognosztizálja-e az Európai Bizottság a munkahelyek számának csökkenését az intézkedés hatásaként? Vizsgálják-e, hogy ténylegesen növekednek-e a munkavállalók bérei vagy a munkaadók terhei? Kérdezem továbbá, hogy a Bizottság álláspontja kialakításakor milyen tanulmányokat vesz figyelembe?

Ivan Štefanec (PPE), písomne. – Nemecká legislatíva je precedensom, pretože zavádza mzdu na zamestnancov iných krajín. Je nevyhnutné presadzovať zásady slobodného pohybu na našom spoločnom európskom trhu a nebudovať bariéry medzi východom a západom EÚ. Vyzývam Európsku komisiu, aby v tomto prípade ihneď konala.

Valdemar Tomaševski (ECR), raštu. – Šiandienos diskusijos dėl įdarbinimo sąlygų, įskaitant transporto sektoriuje taikomas minimalaus darbo užmokesčio normas, paliečia labai svarbią daugumai Europos šalių ir jų prioritetams paslaugų srityje problemą. Tai turi ypatingai didelę reikšmę šalims, kuriose kelių transporto paslaugos yra svarbi ekonomikos dalis. Taip yra Lietuvoje, kur transporto paslaugos sudaro 10 procentų šalies BVP. Todėl ruošiant Sąjungos sprendimus šiuo klausimu turi būti atsižvelgiama į tokių šalių kaip mano interesus. Pastarieji beprasmiški Vokietijos reglamentai, įsakantys taikyti minimalų darbo užmokestį taip pat ir vežėjams iš kitų šalių, paskatino Europos krizę transporto pramonėje. Nepriimtina, kad vienos šalies teisiniai aktai įpareigotų verslininkus iš kitų šalių, neužsiimančius ūkine veikla tos šalies teritorijoje. Juk naudojimas automobiliniu tranzitu kažkurioje šalyje nėra tas pats, kaip vairuotojų darbo pareiškimas toje šalyje. Vokietijos reglamentai šiuo atveju nuėjo per toli ir paskatino sutrikimus Sąjungos vidaus rinkoje bei ribotą produktų judėjimo laisvę. Atrodo, jog geriausia išeitis būtų jei Europos Komisija įvestų seną ir patikrintą „kilmės šalies“ principą kalbant apie transporto paslaugų ir tarptautinio transporto teikėjus. Tokiu būdu išvengsime bendrovių ir darbuotojų iš naujų valstybių narių diskriminacijos, kuriems transporto paslaugos panaudojant tranzitą per trečiąsias šalis yra svarbi jų ekonomikos dalis.

Claudia Tapardel (S&D), în scris. – Susțin salariul minim ca principiu social și economic în întreaga Uniune Europeană. Această discuție nu este, însă, despre salariul minim, ci despre aplicarea principiului subsidiarității în legislația europeană și a principiului competitivității în economia UE. Dacă respectăm aceste principii fundamentale pentru dezvoltarea unitară a Uniunii Europene, cred că putem fi mai atenți la sfera de aplicabilitate a salariului minim din statele vestice și la modul în care impunerea acestor norme afectează economiile din Est.

Sectorul transporturilor din Europa Centrală și de Est este populat cu IMM-uri care oferă locuri de muncă, IMM-uri care ajută la dezvoltarea unei economii în creștere. Dacă aceste IMM-uri sunt împiedicate să funcționeze, prin impunerea unor norme pe care nu le pot respecta, atunci responsabilitatea pierderii unui număr considerabil de locuri de muncă pe umerii cui cade?

Cred în principiul reglementării salariului minim pe economie în toate sectoarele economice, dar nu cred că aceste măsuri trebuie să afecteze negativ libera circulație a mărfurilor în UE și în nici un caz să afecteze negativ menținerea competitivității companiilor din state precum România. Vreau să creăm un mediu economic și o piață armonizată sub principiile și legislația europeană pe care cu toții ne-am angajat să le respectăm.

Mittwoch, 25. März 2015

Henna Virkkunen (PPE), kirjallinen. – Puhemies! Tavaroiden, palveluiden ja ihmisten vapaa liikkuvuus on EU:n tärkein peruspilari. Pidän huolestuttavana, että tuota periaatetta ollaan nyt useissa Euroopan maissa torjumassa keinotekoisia raja-aitoja pystyttämällä. Teknisesti ajantasainen kalusto ja pätevät ammattikuljettajat takaavat turvallisen tavaroiden liikumisen myös pyörillä ympäri Euroopan. Onkin tärkeää, että työehdot ovat reilut ja esimerkiksi kuljettajien lepoajoista pidetään kiinni. Sen sijaan jokaisen maan omien työehtojen soveltaminen läpiajoliikenteessä ei ole järkevää. Palkkatasot vaihtelevat naapurimaidenkin kesken. Jokaisen maan työehtojen omien soveltaminen jopa läpiajoliikenteessä aiheuttaa myös kohtuutonta hallinnollista taakkaa kuljetusyrityksille ja aiheuttaa esteitä vapaalle liikkuvuudelle. Liikenteen saralla on vielä useita esteitä, ennen kuin voimme puhua avoimista ja toimivista sisämarkkinoista. Huomiota on suunnattu Euroopan yhdistäviin väyliin ja niiden kehittämiseen. Hyvästäkään tieverkostosta ei kuitenkaan ole hyötyä, jos sen käyttämistä vaikeutetaan rakentamalla esteitä vapaan liikkuvuuden tielle.

Владимир Уручев (PPE), в писмена форма. – Действащият в Германия от 1 януари 2015 г. Закон за минималната работна заплата в транспортния сектор породи редица притеснения относно съответствието му с правото на ЕС и по-специално с разпоредбите за вътрешния пазар и директивата за командироване на работници. Въвеждането на минимално възнаграждение от 8,50 евро за всеки час, изработен на територията на Германия, е своеобразна протекционистка мярка, която води до редица негативни последици: допълнителни административни разходи за транспортните превозвачи, повишени транспортни разходи с цел търсене на алтернативни маршрути, както и по-високи цени за крайния потребител.

Новите разпоредби са особено неблагоприятни за малките и средни международни превозвачи. По данни на Международния съюз за автомобилен транспорт (ИРУ) прилагането на закона е свързано с увеличаване на административните им разходи средно с 65 000 евро на година, което може да принуди голяма част от тях да напуснат сектора. Българските превозвачи са особено притеснени от очакваната значителна допълнителна административна тежест, която новият закон ще наложи на чуждестранните транспортни оператори, както и от липсата на яснота по практическото му прилагане и опасността от налагане на тежки финансови санкции.

Затова приветствам предприетото от ЕК детайлно проучване на немския закон и наложения от немското правителство мораториум върху прилагането му по отношение на транзитните превози, извършвани от чуждестранни превозвачи.

Tomáš Zdechovský (PPE), písemně. – Čtyři svobody, které nám umožňuje vnitřní trh – volný pohyb zboží, osob, služeb a kapitálu – jsou podle mého názoru jedním z největších a bezesporu nejviditelnějším úspěchem evropské integrace. Proto nesmí národní právo žádného z členských zemí tyto svobody omezovat. Nejen že bychom poté čelili diskriminaci příslušníků jiných zemí EU, ale také bychom mohli být příčinou jejich finančních potíží, popřípadě úplného bankrotu. Legislativa, kterou v současné době Německo zavádí a vážně o ni uvažují i jiné země EU, je proto v určitých odvětvích, konkrétně v dopravě, v rozporu se čtyřmi svobodami, které EU garantuje svým občanům. Pojďme tedy hledat řešení, které neohroží fungování společného trhu a nepoškodí tak legální zájmy podniků z ostatních členských zemí.

Janusz Zemke (S&D), na piśmie. – Przyjęcie przez Niemcy minimalnej płacy w sektorze transportowym ma fundamentalny wpływ na funkcjonowanie przedsiębiorstw transportowych w Europie, w tym w Polsce. Musimy pamiętać, że niższe koszty pracy wynikają głównie z różnic w poziomie rozwoju poszczególnych państw unijnych. Przedsiębiorcy, korzystając z tej przewagi, przyczyniają się do rozwoju gospodarczego swoich państw i tworzenia w nich setek tysięcy miejsc pracy.

Moim zdaniem decyzje rządu Niemiec mogą doprowadzić do upadku wielu przewoźników, powodując kolosalne problemy finansowe i społeczne. Istotnym argumentem przeciwko przyjęciu płacy minimalnej w wysokości 8,5 euro za godzinę jest sprzeczność tej decyzji z normami unijnymi, zwłaszcza z dyrektywą dotyczącą delegowania pracowników w ramach świadczenia usług. Naruszono zasadę swobodnego świadczenia usług jako podstawy rynku wewnętrznego. Nie bierze się przy tym pod uwagę różnych rodzajów świadczonych usług transportowych, odrywając tym samym decyzje od faktycznych okoliczności.

Zwracam się w związku z tym do Komisji Europejskiej, by w trybie pilnym przeanalizowała zgodność niemieckiej ustawy o płacy minimalnej z unijnym prawem. Nie jest bowiem jasne, w jakim zakresie prawo państwa członkowskiego Unii dotyczące płacy minimalnej powinno być stosowane wobec zagranicznych przewoźników transportowych, tak by nie wchodziło w kolizję z prawem UE i prawem innych państw członkowskich. Szybkie wykonanie tej analizy może uchronić tysiące przewoźników przed upadłością.

Mittwoch, 25. März 2015

24. Internationaler Roma-Tag - Antiziganismus in Europa und Anerkennung des Gedenktags für den Völkermord an den Roma im Zweiten Weltkrieg durch die EU (Aussprache)

Elnök asszony. – A következő pont a Tanács és a Bizottság nyilatkozatai „Nemzetközi roma nap – cigányellenesség Európában és a második világháború alatti roma népiirtás EU általi elismerése” témában (2015/2615 (RSP)).

Zanda Kalniņa-Lukaševica, President-in-Office of the Council. – Madam President, it is a privilege to address this session today, and today we are discussing an issue that goes to the heart of European values, of who we are and what we stand for. So, as we prepare to celebrate International Roma Day on 8 April, it is opportune to reflect on the situation of Europe's largest ethnic minority, on their circumstances, and on progress made and the challenges ahead. Not only is it opportune, but it is also necessary because Europe's success in improving the situation of Roma communities is a measure of our ability to promote integration and tackle social exclusion everywhere.

That is why four years ago the Council established the EU Framework for National Roma Integration Strategies. This Framework invited Member States to come forward with strategies to promote Roma inclusion in four key areas – education, employment, healthcare and housing. And just over a year ago, on 9 December 2013, the Council added fresh impetus to this drive by adopting a recommendation on effective Roma integration measures.

There has been progress. Member States have stepped up their efforts and are taking action. The European Parliament has been very instrumental, by keeping the topic on the agenda, by assisting with ideas and discussion, as well as by reminding the Council and its Member States of the need to further progress on the issue. But this is a long road and major challenges remain. It is regrettable that in 2015 many Roma still live in conditions that are simply unacceptable. They still face deep poverty and social marginalisation. Many lack basic access to housing and healthcare. The unemployment rate is above the EU average, and Roma children are less likely to finish school. According to the EU Fundamental Rights Agency, as many as 54% of Roma still experience discrimination when looking for employment. Too often, Roma are the victims of prejudice, intolerance and social exclusion.

Joint EU and national level action is helping, but genuine progress, the sort that will help not just future generations of Roma but also this generation, requires something much more fundamental than what is in place today: a change in public attitudes towards Roma communities. That is far easier said than done.

There are three concrete steps that we can take to improve public awareness and understanding, all of which are included in the Council's recommendation of December 2013. First, tackling prejudice and discrimination head on. This is a no-brainer and true for every group facing intolerance. We must take effective measures to combat anti-Gypsyism, negative rhetoric and hate speech. We must fight against racist and stigmatising language.

Second, raising public awareness about Roma people. As we all know, intolerance is a common product of misunderstanding. So improving understanding of Roma communities, not just of the problems they face, but also of their history and rich culture, has to be part of the solution. Roma culture is an inherent part of the cultural diversity of the European Union. How aware, for example, are ordinary Europeans of the Roma genocide during the Second World War? Fostering public awareness of Roma history and culture, especially the traumatic and tragic events of the Second World War, is one of the most powerful ways in which we can support social cohesion and fight exclusion. This learning must start in our schools and universities and be nurtured across our societies. That also includes the media, which has a vital role to play.

Third, and perhaps most urgently, we need to empower the Roma community, to give them a real platform to speak out for themselves, and to actively engage in public life as full EU citizens. These steps are key strands of the Council's recommendation of December 2013. I note with great pleasure that they are also important issues for Parliament. Being a politician myself, I am convinced that parliamentarians play a significant role in shaping society's attitude. The European Parliament plays a particularly important role in promoting tolerance.

Mittwoch, 25. März 2015

With International Roma Day almost upon us, we must celebrate the contribution made by Roma to Europe's cultural and historical tapestry, and we must redouble our commitment to tackling the social and economic challenges they face. We all need to work hand-in-hand towards full eradication of discrimination, towards raising public awareness and empowering Roma communities. Only then can we really make progress on this pressing agenda. I will conclude by paraphrasing a famous advertisement. Let us strive towards the Union, which helps people help themselves!

Věra Jourová, *Member of the Commission*. – Madam President, honourable Members of Parliament, thank you for giving me a chance to speak to you today on a subject which is often overlooked. On 2 August 1944 almost 3 000 elderly people, women and children – the remaining Sinti and Roma of the so-called *Zigeunerlager* in the Nazi concentration camp of Auschwitz-Birkenau – were murdered in the gas chambers. The atrocities against Roma and Sinti during the Second World War must not be forgotten.

This debate is a very small acknowledgement of a terrible debt. A moral debt to the Roma and Sinti people, wiped off the face of the earth during the Second World War, and wiped from our memories after the Second World War. Commemorating the Roma and Sinti victims is our duty. And we have to remain vigilant. Extremists are becoming more visible and their audience bigger. Hate speech is getting louder, hate crime more frequent. Europe's old demons are attempting a comeback. We must confront them.

Fifteen years ago we put in place anti-discrimination directives, yet Roma are still victims of discrimination. We have legislation in place combating racism and xenophobia, yet Roma are still victims of racism and xenophobia. I agree that anti-Gypsyism, as a specific form of racism, must be of serious concern to all of us.

A lot has been done at national and European level over the past few years to foster the integration of Roma. In particular, the adoption of the EU Framework for National Roma Integration Strategies in 2011 initiated a change in Roma integration policies in the Member States. But although we have put in place comprehensive integration strategies and made funding available, and despite our efforts to promote diversity and to highlight the benefits of Roma integration, Roma are still victims of economic and social exclusion and we still see very few real improvements on the ground.

We need consistency and coherence in our action. The Commission monitors Member States' compliance with the Racial Equality Directive, which prohibits discrimination on grounds of racial or ethnic origin in a number of specific fields, including education. The Commission is ready to take action whenever Member States are found to be in breach of their duties under the directive.

Deeply rooted stereotypes and prejudices link Roma to criminality, anti-social behaviour or benefit dependency. But how can we dismantle such stereotypes and prejudices? First, by applying the principle of equality before the law. Roma are EU citizens, and as such they should enjoy the same rights and have the same duties as the rest of us. Second, by ensuring equal opportunities. This is the fundamental objective behind our action – to build societies which offer equal opportunities to all, including to Roma.

The 2013 Council recommendation on Roma integration requests that Member States implement measures to combat discrimination and anti-Gypsyism. To be effective, fighting discrimination should be mainstreamed into all policies, including on education, employment and access to services. It starts with basic education. Roma children must not be segregated. Teaching Roma children from socially excluded communities to read, count and write is necessary, but it is not sufficient to create that special feeling of belonging to a society.

I expect the Member States to raise awareness about the benefits of Roma integration, both in Roma communities and among the general public. They could address the inclusion problems that Roma face in public curricula and teaching materials. We will carefully monitor these aspects in the Member States' reports about their implementation measures at the end of this year. There are policies and legal and financial tools in place, both at national and EU level. We need to work on their combined enforcement in order to achieve sustainable results. We need to join forces and assume our roles and responsibilities in this process. We need to ensure that the solutions are discussed and implemented at local level, since this is where the exclusion takes place. This is, at least, what I take as the main message from last week's European Platform for Roma Inclusion meeting.

Mittwoch, 25. März 2015

Another outcome is the importance of building trust among stakeholders in Roma integration at national level. Therefore, national Roma platforms should be set up, and we will work on this together with the National Roma Contact Points.

Europe's tragic past serves as a reminder of our duties and responsibilities towards the future. I believe our debate today will raise greater awareness and send a strong signal against anti-Gypsyism and all forms of racism.

György Hölvényi, a PPE képviselőcsoport nevében. – A közelgő nemzetközi roma nap lehetőséget ad számunkra, hogy jobban megismerjük a romák társadalmi helyzetét, kultúráját. Magyarországon hivatalos emléknap az augusztus 2-i roma holokauszt nemzetközi emléknap. A roma holokausztról, a porrajmos-ról a mai napig nagyon kevesen tudnak, annak ellenére, hogy ötszázezer roma és szinti életét követelte. A roma népirtás az egész emberiség ellen elkövetett bűn, amelyre nincs, és nem is lehet magyarázat. Ennek örökségét itt mi mindannyian hordozzuk, akár hazánkban, akár a tágabb Európában, illetve bárhol a világban.

Emlékeztetni szeretnék arra, hogy Magyarország 2011-es európai elnöksége alatt fogadták el a tagállamok az Államtitkár asszony által is említett európai romastratégiát. Ennek kiemelt célja a romák felzárkóztatásának elősegítése, életkörülményeinek javítása. A magyar nemzeti társadalmi felzárkózási stratégia ennek érdekében az átfogó és hatékony megoldásokat keresi. Hangsúlyozom: keresi és támogatja, de azért legyünk tisztában azzal, hogy egy több évtizedes, évszázados lemaradást kell bepótolni, behozni. A bölcsődétől egészen az egyetemekig igyekszik segíteni a halmozottan hátrányos helyzetűek, közte a roma fiatalok integrációját. Magyarország, hazám, nekilátott a munkának, mégis a romapolitikáját nagyon sokan igaztalanul támadják. Időnként úgy érezzük magunkat, mint az a sebész, akit a munkája miatt magának a betegség okozójának tartanak. A változáshoz idő kell, hosszú évtizedes kitartó munkára. Ezt az utat nem lehet megspórolni. És, tisztelt Képviselőtársaim, felhívnom a figyelmet, hogy elsősorban otthon, mindenki a saját hazájában csinálja meg a házi feladatát.

A romák társadalmi felzárkóztatása nem csak az egyik legfontosabb stratégiai kihívás, hanem az egyik legígéretesebb lehetőség is Európa számára. Köszönöm szépen a figyelmet!

Soraya Post, för S&D-gruppen. – Fru talman och kommissionär Jourová!

Situationen för romer inom EU:s medlemsstater är, som det är i dag, under all kritik. Varje dag bryter vi mot de fundamentala mänskliga rättigheterna och EU:s grundläggande värderingar. Tiotals miljoner människor lever dagligen i stort utanförskap, inom alla områden. Diskriminering, hatbrott och fattigdom är effekter av antiziganismen. Detta bygger enbart på romsk etnicitet.

Anti-Gypsyism, antiziganism, som riktar sig mot romer har gjort så faktiskt sedan tidigt 1400-tal. Det är dags att ta ett starkt politiskt ställningstagande i denna mycket angelägna situation.

Vi bör skämmas. Det är inte ok att människor i dag i ett modernt samhälle på grund av etnicitet fortfarande inte kan ha en vision om sin framtid, utan enbart har en daglig överlevnadsstrategi.

Ett första steg i arbetet mot antiziganism är att vi i denna folkvalda kammare med gemensam röst röstar för en resolution om erkännandet av den 2 augusti som minnesdag för romernas förintelse. Denna dag uppmärksammas redan av det romska samfundet.

Zigeunernacht – mellan den 2 och 3 augusti tömde man Auschwitz/Birkenau på återstående romer. Klockan 9.00 på morgonen den 2 augusti såg listan ut på följande sätt: 2 987 människor. Klockan 9.00 den 3 augusti stod det 0. Vittnen talar om att lukten och stanken från krematoriet aldrig ville ta slut.

Under Nürnbergerättegångarna nämndes inte romer. Inga romer kunde vittna.

I år firar vi 70 år av befrielsen av koncentrationslägren Auschwitz/Birkenau. Jag tycker att det är hög tid att ge romerna ett erkännande av den 2 augusti. Det är av ett stort symboliskt värde för Europas romer, men också för demokratin i sig. Det handlar om att erkänna historien och sikta mot en framtid byggd på EU:s grundläggande värden.

Jag vill påpeka att denna resolution inte har någon politisk färg. Det är en skyldighet för alla oss som står för demokratiska värderingar att rösta för denna resolution i april.

Ivan Jakovčić, u ime kluba ALDE. – Gospodo predsjednice, Jasenovac je još jedan nacistički logor u kojemu je izvršen veliki pogrom Roma i trebamo zato jasno govoriti o genocidu koji je učinjen u Drugom svjetskom ratu. Nažalost predrasude, diskriminacija, netolerancija i rasizam postoje i danas.

Ja želim iznijeti ovdje svoje iskustvo kao čovjek koji je vodio Istru 12 godina. Imam odlična iskustva s Romima i uspjeli smo pogotovo u gradu Puli jako integrirati Rome. Što smo učinili? Prvo, uvijek obilježavamo Svjetski međunarodni dan Roma i to vrlo javno i vrlo otvoreno. Drugo, što se tiče edukacije, napravili smo vrtiće za malu romsku djecu gdje sam im jednom odnio i titove mandarine s Brijuna koje su bile simbol poklon nekada u bivšoj Jugoslaviji. Treće, organizirali smo njihova sportska društva. Četvrto, učinili smo puno za njihovu mikroekonomiju. Peto, imamo posebnu radio emisiju u kojoj redovito sudjeluju Romi. Šesto, sudjeluju na svim manifestacijama gdje njeguju svoj kulturni identitet.

Mittwoch, 25. März 2015

Imamo još puno toga za reći, ali volim govoriti o pozitivnim primjerima. Ovo je recimo nešto pozitivno.

Elnök asszony. – Bár megjegyzem, ezt képviselőcsoporton belül is megbeszélhetik, de Öné a szó.

José Inácio Faria (ALDE), *Pergunta segundo o procedimento «cartão azul».* – Piadas à parte, vamos ao que interessa. Caro colega, falou da experiência na sua comunidade com os Roma, eu gostaria de saber como é que essas iniciativas foram financiadas e já agora, também, se entende que a Comissão Europeia deveria também financiar outras iniciativas desse género como aquelas que acabou de falar.

Ivan Jakovčić (ALDE), *odgovor na pitanje postavljeno podizanjem plave kartice.* – Definitivno je jasno da i Europska komisija može sudjelovati u financiranju ovih aktivnosti i poznato mi je da postoje programi gdje Europska komisija i financira razne aktivnosti. Međutim, o ovim konkretnim stvarima o kojima sam ja govorio, od edukacije pa do kulturnih, sportskih i drugih manifestacija, radio emisije, mikroekonomije. To su bili uglavnom lokalni izvori grada Pule, odnosno istarske regije koju sam vodio i mislim da je upravo lokalno djelovanje presudno za dobru integraciju Roma. Naši veliki napori ovdje i razgovori o tome su neophodni, ali lokalno djelovanje je presudno.

Curzio Maltese, *a nome del gruppo GUE/NGL.* – Signora Presidente, onorevoli colleghi, rom e sinti sono un vero e autentico popolo europeo, che vive quasi in ogni angolo di questo continente da molti secoli, parla diverse lingue europee e avrebbe il diritto storico a considerare l'Europa come propria casa, almeno quanto gli altri popoli. Eppure questo popolo di 12 milioni di persone – più di belgi, portoghesi o svedesi – è discriminato, perseguitato e non riconosciuto come minoranza in molte nazioni, compresa l'Italia.

Trovo assurdo che a 70 anni di distanza dal genocidio di rom e sinti l'Europa debba ancora discutere e non abbia ancora istituito una giornata in memoria delle vittime di questo crimine. Ancora oggi i rom vivono in Europa in una condizione intollerabile, con un'aspettativa di vita di poco superiore ai 60 anni, un'alta mortalità infantile e una disoccupazione in alcune regioni superiore al 90%.

In più sono oggetto di crescenti attacchi che non suscitano la stessa indignazione di altre forme di razzismo e spesso rimangono impuniti. Contro questa impunità le forze democratiche dovrebbero agire in modo concreto e non soltanto con enunciazioni di principio. Noi, i deputati dell'Altra Europa, insieme alla nostra candidata rom Dijana Pavlović, abbiamo preparato una denuncia contro un membro di questo Parlamento, l'on. Buonanno della Lega Nord, che parlerà dopo di me, che aveva usato nei confronti del popolo rom l'espressione hitleriana «feccia della società» durante una trasmissione televisiva. Dobbiamo fare questo tutti i giorni, fare rispettare le leggi che ci siamo dati, combattere questa vergogna dell'anti-gitanismo.

Bodil Ceballos, *för Verts/ALE-gruppen.* – Fru talman! Det sista steget i ett folkmord anses vara att förneka det. Det är därför viktigt att vi nu inför den internationella romadagen talar tydligt om det som länge i alltför hög grad har förminskats, det vill säga folkmordet på romer under andra världskriget.

Det var samma tid, samma krig, samma administration, samma väg in i gaskamrarna – oavsett om du var rom, jude, gay, funktionsnedsatt etc. Holocaust handlar om alla offer i nazisternas förintelsläger.

Mittwoch, 25. März 2015

Som ett folk utan egen stat finns romerna mer eller mindre i alla våra länder. De är medborgare som vi och en del av våra samhällen, men de fick vare sig då eller nu föra sin egen talan. Romers mest grundläggande rättigheter kränks fortfarande i många europeiska länder. De diskrimineras och förföljs. Majoritetssamhället talar om romer och för romer. Vi tror att vi vet vad som är bäst för dem, och vi dikterar deras villkor. Vi fortsätter att dela in människor i kategorier på grundval av etnicitet, sexuell läggning etc.

Att vi nu år 2015, 70 år efter andra världskriget slut, fortsätter att behandla romer som andra klassens medborgare är inte acceptabelt.

Gianluca Buonanno (NI). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, io sono colui che viene additato come razzista europeo. Penso al titolo di questa discussione, «La zingarofobia» – ma la fobia che cos'è? Si usa in psichiatria per dire che è una paura immotivata. Allora io chiedo: ma è una paura immotivata quando ci sono i rom e gli zingari che rubano dappertutto? Certo, non tutti sono uguali, ci mancherebbe altro, però una gran parte di loro sono portati a ruberie, sono portati a usare i bambini per andare a rubare – questo lo dicono anche le forze dell'ordine – sono portati a fare in modo che i bambini non vadano a scuola per loro volontà ma solo per andare a rubare.

Allora, scusatemi, fate la giornata dei rom e degli zingari il 2 agosto e gli altri 364 giorni cosa facciamo, su quelli che invece sono stati derubati? In chiusura ci sono i diritti del fanciullo: andate a vedere cosa fanno con i loro figli! Allora se c'è il diritto al fanciullo c'è anche il diritto, in questa sede autorevole, per me, di dire il diritto al fanciullo di tutti quelli che pensano che non esista il problema! Il problema esiste, non facciamo gli ipocriti! Bisogna intervenire. Il passato è passato, ognuno ha i suoi diritti e i suoi doveri. I doveri sono quelli di non rubare e i diritti sono quelli di mandare a scuola i propri figli e di lavorare in maniera tranquilla e serena!

Tomáš Zdechovský (PPE) – Paní předsedající, dovolu mi, abych na začátku svého projevu upozornil na projev pana Buonanna, který opravdu nešetří svými rasistickými a diskriminačními výroky proti romské populaci, a chtěl bych, abyste tento můj požadavek přednesla na předsednictvu Evropského parlamentu.

K věci samotné. Dámy a pánové, Romové jsou Evropané jako my, jako vy pane Buonanno, jako já. Je to menšina, která má sice 9 milionů, ale není v Evropském parlamentu zastoupena. Vás Italů je tady spousta, ale kolik je tady Romů?

To jsou právě ty otázky, kdy my Romy diskriminujeme na základě toho, že jsou jiní. Tvrdit o Romech, že všichni kradou, že všichni dělají nepravosti, je primitivismus, se kterým vystupují právě pravcoví radikálové a je to právě ten latentní rasismus, kterým my podkopáváme evropskou důvěryhodnost a neschopnost Romy integrovat.

Dámy a pánové, já jsem chtěl mluvit úplně o něčem jiném. Chtěl jsem podpořit a poděkovat paní komisařce, že se začala opravdu touto problematikou zabývat. Chtěl jsem hovořit o sociálním bydlení a o tom, jak se věci v Evropě výrazně zlepšují. Česká republika je často kritizována. Paní předsedající, já jsem na začátku vystoupil s technickou připomínkou, rád bych dokončil jenom krátce svůj projev.

Já chci říct, ať nekritizujeme státy, které mají problém s romskou problematikou, a ať se snažíme ukázat příklady dobré praxe, to může Romům pomoci.

Tanja Fajon (S&D). – Ponosna sem, da moja politična skupina vodi borbo proti diskriminaciji Romov in se trudi za njihovo enakopravno vključevanje v evropsko družbo. In žalostna sem, ker celo v naši instituciji, v našem hramu demokracije in spoštovanja človekovih pravic, hodijo poslanci, ki širijo sovražni govor, ki izražajo protiromska, rasistična stališča.

Moja in naša dolžnost je, da te kolege vsak dan ustavljamo, in danes je ponovno javna priložnost, da vsi te kolege in ostale, ki o Romih razmišljajo kot o manjvrednih ljudeh, pa tudi sebe, vprašamo, kako bi se počutili, če bi se rodili kot Romi.

Če bi nam otroka zaprli v psihiatrično ustanovo zato, ker je Rom. Če bi nas same avtomatično poslali v razrede za manj inteligentne, v posebne šole, ker bi bili Romi. Če bi nas pretepli zaradi pripadnosti svoji manjšini ali če bi nam odrekli dostojen pogreb. Te sramote se namreč dogajajo danes, v 21. stoletju v Evropi.

Mittwoch, 25. März 2015

Romi so naša največja narodnostna manjšina in njihove razmere so se v ekonomski krizi bistveno poslabšale. Prihodnost zanje in za nas je izobraževanje.

Izobraziti se morajo Romi, a izobraziti se moramo tudi mi. Zavreči moramo stereotipe. Začnimo tudi uporabljati drugo dikcijo. Ne vprašujmo, kaj lahko mi naredimo za Rome v Evropi. Vprašati se moramo, kaj in predvsem, kako lahko naredimo skupaj z njimi.

Več pozornosti je treba nameniti tudi mladim Romom in njihovim organizacijam. S sistematičnim sodelovanjem, z vzpostavljanjem možnosti, da zasedejo vplivnejše položaje, ter z nenehnim spopadanjem s sovražnim govorom bomo lahko izpeljali ukrepe, ki bodo Romom, tej stoletja diskriminani, celo sistematično pobijani manjšini, zagotovili dostojno, ponosno in pravično življenje.

To in ne etnična pripadnost je namreč tisto, kar Rome najbolj boleče razlikuje od sodržavljanov.

Илхан Кючюк (ALDE). – Г-жо Председател, г-жо Комисар, г-жо Министър, седемдесет години след зверствата на нацисткия режим темата за признаването на геноцида срещу ромите отново е на дневен ред в тази институция.

Днес ромите са най-голямото етническо малцинство в Европейския съюз и същевременно са най-маргинализираната общност. За съжаление голяма част от тази общност продължава да страда от дискриминация и социално изключване, както и да бъде обект на расистки нападки. И това се случва в рамките на Европейския съюз, стожерът на свободата и правата на човека. Ето защо ние трябва да признаем този варварски акт от Втората световна война и да споделим страданието на ромите като исторически урок, който не трябва да се повтаря.

Десетки хиляди роми са избити в лагерите на смъртта и нашите деца трябва да знаят за печалните събития на миналото, защото това е най-добрият урок за борба с дискриминацията. Трябва да продължим да защитаваме малцинствата по пътя на тяхната интеграция. Това е част от нашата политическа отговорност, защото свободата и равноправието са в центъра на ценностната система на Европейския съюз.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Madam President, the Roma are one of the largest ethnic groups in the EU, and International Roma Day is without doubt an important opportunity to recognise the historic and persistent discrimination against them in Europe. Roma suffered hugely during the Holocaust, and were systematically persecuted, deported and killed. It is vital we recognise the suffering they endured and distance ourselves from the sickening comments we heard here this evening, which were nothing short of hate speech.

Today Roma continue to suffer discrimination in many ways, including in education, healthcare and housing, and in ignorance from MEPs in this Chamber. It is vital that all citizens have fair and equal access to provisions which are, after all, human rights. In Ireland, in some instances, the Roma community has been subjected to racism and violent threats. In 2009, Loyalist elements disgracefully intimidated, threatened and eventually forced Roma families out of their homes in South Belfast. Sinn Féin condemns these attacks in the strongest terms, and we continue to defend the rights of the Roma community in Ireland, in Europe and elsewhere.

Barbara Lochbihler (Verts/ALE). – Herr Präsident! Mehr als eine halbe Million Roma und Sinti wurden Schätzungen zufolge durch die rassistische Schreckensherrschaft der deutschen Nationalsozialisten getötet.

Allein in Auschwitz wurden mehr als 23 000 Roma und Sinti in Gaskammern ermordet. Bei der Auflösung des sogenannten Zigeunerlagers in Auschwitz-Birkenau, in der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944, wurden 2 897 Roma und Sinti, überwiegend Frauen, Kinder und Ältere, getötet. Daher wird bereits seit Jahren am 2. August der Opfer des Völkermords an Roma und Sinti gedacht.

Es ist längst überfällig, dass dieser Gedenktag stärker ins Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit gelangt. Der Aufruf zur Anerkennung des 2. August als Europäischer Erinnerungstag des Völkermords an Roma und Sinti findet unsere volle Unterstützung. Und Erinnerung an dieses Verbrechen bedeutet, dass wir auch heute entschieden gegen alle Formen von Rassismus vorgehen müssen und die bestehende Diskriminierung und Ausgrenzung von Roma und Sinti aktiv bekämpfen, wo immer sie auftritt. Auch in diesem Hause!

Mittwoch, 25. März 2015

Gilles Lebreton (NI). – Madame la Présidente, que le Parlement se préoccupe aujourd'hui des Roms n'est pas surprenant. Depuis 2010, l'Union européenne multiplie les communications, les recommandations et les règlements pour forcer les États membres à réaliser l'intégration des Roms. Il s'agit, notamment, de permettre aux Roms de trouver des emplois et des logements, et à leurs enfants d'être scolarisés.

Parallèlement, l'Union européenne a dépensé des milliards d'euros en faveur des Roms. À titre d'exemple, le Fonds social européen a versé 13,3 milliards d'euros entre 2007 et 2013 pour financer l'intégration des Roms. Tous ces efforts ont, en grande partie, échoué.

En France, par exemple, le programme Andatu, dans le département du Rhône, est présenté comme un succès. Il a pourtant coûté 2 600 000 euros sur trois ans et n'a servi aux Roms qu'à obtenir des titres de séjour et à toucher le revenu de solidarité active, sans parvenir à les insérer ni dans le marché du travail ni dans la société française.

Soyons réalistes, mieux vaudrait changer de politique et faire pression sur la Roumanie et la Bulgarie pour qu'elles traitent dignement leurs Roms au lieu d'essayer de les intégrer ailleurs, même lorsqu'ils ne le veulent pas.

Milan Zver (PPE). – Dovolite, da se tudi sam vključim v to razpravo o genocidu nad Romi in Sinti med drugo svetovno vojno.

Bolj, ko spoznavamo nova dejstva o tej temni strani evropske zgodovine, bolj drži teza, da gre res za pozabljen holokavst.

Rad bi podčrtal, da nasilja nad Romi s terminološke plati še ne moremo vključiti v koncept genocida. Zato moramo na ravni Organizacije združenih narodov ali evropskih institucij pomen tega pojma v prihodnosti ustrezno razširiti.

Toda dejstvo je, da je šlo za množičen zločin, za etnično čiščenje, ki je med drugo svetovno vojno zajelo okrog 600.000 Romov, vključno z ženskami in otroci.

Običajno se govori, da so bili storilci tega genocida le nacisti. Dejstvo pa je, da je tudi Stalin v 30-ih letih dal pobijati Romske družine od Leningrada do Moldavije. Tudi fašisti so imeli v Italiji koncentracijska taborišča za Rome.

No, tudi v moji državi so med vojno pobili nekaj sto Romov. Pomenljivo je, da so jih večino pobili partizani, ki so bili pod vodstvom komunističnega revolucionarnega gibanja. Ostalo pa so svoje dodali še nacistične in fašistične oblasti.

Naj zaključim. Le totalitarni režimi in sile, vsi po vrsti, so izvajali genocid nad Romi.

Današnje generacije moramo ostati zavezane spominu na te žrtve in zagotovilu, da se ta in druga grozodejstva naše polpretekle zgodovine ne bodo nikoli več ponovila.

Damian Drăghici (S&D). – Madam President, I am a Roma myself. Europe's largest ethnic minority inside the EU comprises the youngest and fastest-growing demographic segment of the population. For example, by 2020, young Roma will make up one third of the new entrants to the workforce in Hungary and in Bulgaria.

Europe cannot afford another lost generation. This is a matter of human rights and basic values and it is vital to peace and cohesion in society across Europe. Europe cannot afford to ignore the fast growing anti-Gypsy policy within its boundaries. Europe, while adjusting and reinventing its own instruments for a participatory democracy, can no longer be silent in the light of the human rights violations that most European citizens of Roma origin are facing in their daily existence. Racism against Roma is racism too and cannot – and should not – be tolerated any longer.

Racism and intolerance became rooted in European societies as the economic crisis deepened societal cleavages and created the premise for strengthening extremism against poor, deprived, socially-excluded European citizens, often ethnic Roma. As we can see even here with our colleague, Mr Buonanno, racism is no longer limited to the fringes of society. It is present even here in the European Parliament. What upsets me, as a Roma, is that I am well enough educated not to discriminate myself. I feel sorry for him.

Mittwoch, 25. März 2015

Legal means alone do not seem sufficient to counter trends and to counter discrimination. More needs to be done. Anti-Gypsyism, as Commissioner Jourová said – and I congratulate her – is one of the most acute problems facing Europe today. It has for far too long been a widely—accepted policy at state stakeholders' level, and this has to stop. Therefore, in the interests of fully participatory democracy, I, as a Roma, pledge myself in favour of acknowledging and assuming, through our internal European Parliament political mechanism, the existence of anti-Gypsy rhetoric.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señora Presidenta, es importante tener este día de conmemoración del genocidio del pueblo gitano en la Segunda Guerra Mundial, pero, en este caso, poco hemos aprendido de los horrores del pasado: la persecución al pueblo romaní continúa, hoy en día, dentro de las fronteras de la Unión Europea.

En el año 2007, el señor Franco Frattini, entonces Vicepresidente de la Comisión Europea, declaró: «Lo que hay que hacer es simple: id a un campamento nómada en Roma y preguntarles: “¿Me puede decir dónde vive?”. Si contestan que no lo saben, cogedlos y enviadlos a Rumanía.».

Y como dijo en ese momento Juan de Dios Ramírez Heredia, Presidente de la Unión Romaní española: “Cogedlos” nos trae el recuerdo de la más triste historia de Europa. “Cogedlos” han dicho siempre los dictadores; “cogedlos” decían los nazis para llevarnos a los campos de concentración y luego a las cámaras de gas».

Y poco ha cambiado la situación desde 2007, salvo que a la ola de racismo y xenofobia se ha sumado también la socialdemocracia. El ahora Primer Ministro francés, Manuel Valls, es conocido por intentar expulsar a una niña de quince años mientras iba de excursión, y además, aquí, en este Parlamento, tenemos también sentada a una extrema derecha que sigue gritando «cogedlos».

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Zgodovina genocida se ne sme ponoviti. Ustvariti moramo Evropo, ki bo omogočala vsem, da si lahko sami pomagajo. Zato seveda se je treba boriti proti vsem oblikam diskriminacije in pa izključenosti.

Kot je bilo danes že večkrat rečeno, Romi so največja etnična skupnost v Evropi, ki ima seveda svojo kulturo, svoje običaje in tudi mogoče včasih svoje dožemanje svobode.

Vendar pa imajo popolnoma enake pravice in dolžnosti kot vsi ostali Evropejci.

Zato seveda je potrebno zagotoviti tudi ustrezne finančne spodbude in pa sredstva za politiko vključevanja, za politiko sodelovanja in pravic za tako politiko, ki bo tudi Romom omogočila življenje, kot ga želimo tudi zase.

Žal pa seveda živimo v času vse večje nestrpnosti, zato je treba okrepiti tudi preventivno delovanje in tu seveda tudi poziv Komisiji, ne samo na dan Romov, ampak tudi druge dni v letu.

Krisztina Morvai (NI). – Talán érdemes lenne megkérdezni a cigány embereket is, hogy ők ma kiket tartanak az ő a legnagyobb ellenségeiknek, a fő cigányelleneseknek. Én megtettem ezt magyarországi országjárásaim során, és felelősségteljes cigányemberek elmondták, hogy azok az ő fő ellenségeik, akiknek elemi érdekük fűződik ahhoz, hogy a cigányság nyomorúságban és segélyfüggőségben maradjon. Kik ezek? Hát elsősorban is a politikusok. Azok a politikusok, akik kampány idején elmennek, és egy-egy csomag térszával, sörrel vagy egyébbel megvásárolják a nyomorúságos helyzetben lévő cigányoknak a szavazatait.

A másik ilyen csoport a korrump cigányvezetők. Azok, akik hatalmas pénzeket „nyúlnak le” – ugye divatos kifejezéssel – különböző projektekre, programokra, a cigányság nyomorúságára hivatkozva, és a cigányság nyomorult része az, aki ezekből semmiféle hasznot nem lát.

A harmadik ilyen csoport az uzsorások, akik nagyon gyakran, és legtöbbször a cigány közösséghez tartozó olyan bűnözők, akik szintén a cigányság nyomorát használják ki, és valóságos katasztrófa lenne számukra, hogyha a cigányság fölemelkedne, mert akkor tisztességes munkából kellene megélniük, hasonlóan a lánykereskedőkhöz és futtatókhöz. Érdemes lenne ezekre a csoportokra is koncentrálni, amikor a cigányságot kívánjuk megvédeni és felemelni.

Agnieszka Kozłowska-Rajewicz (PPE). – Pani Przewodnicząca! Pani Komisarz! Romski holokaust pochłonął ponad 500 tysięcy istnień. W nazistowskich obozach śmierci Romowie byli masowo mordowani, głodzeni, zagazowywani. Dziś leżą w bezimiennych grobach, w nieznanym miejscach, bez kwiatów, bez wieńców, bez honorów oddawanych przez władze i przez tych, którzy przeżyli. Uznanie romskiego holokaustu to jest nasz moralny obowiązek, pierwsza powinność, którą powinniśmy zrobić jako Parlament, a także ważny krok w budowaniu romskiej tożsamości i w budowaniu nowych relacji między Romami i nie-Romami.

Mittwoch, 25. März 2015

Polski Sejm uznał zagładę Romów w 2011 roku, ustanawiając 2 sierpnia Dniem Pamięci Zagłady Romów i Sinti. Co roku w Auschwitz-Birkenau, w nazistowskim obozie koncentracyjnym, gdzie zamordowano 5 tysięcy Romów, z tego 3 tysiące w jedną noc podczas likwidacji cygańskiego obozu, odbywają się oficjalne uroczystości. One są organizowane przez organizacje romskie z udziałem państwowych władz. Polski rządowy program romski liczony w milionach złotych należy do jednego z najlepszych w Europie, ale jest dalece niewystarczający, bo wciąż Romowie żyją naprawdę w dużej biedzie, jest wysoki poziom bezrobocia i bezdomności i to jest wszystko sprzężone z niedostatecznym wykształceniem, czasami bezpaństwowością, i tworzy się błędne koło biedy i dyskryminacji, które musimy koniecznie przerwać.

Uważam, że kluczem do tych lepszych działań jest edukacja, zarówno dzieci romskich, jak i dorosłych, a także współpraca z romskimi asystentami i ludźmi, którzy będą budować mosty pomiędzy społecznością romską a społecznością nieromską.

Kati Piri (S&D). – De Roma-gemeenschap is met 10 miljoen mensen de grootste etnische minderheid in Europa. Hun dagelijks leven wordt stelselmatig moeilijk gemaakt door discriminatie, xenofobie en stigmatisering. Het mag duidelijk zijn dat dit niet slechts een probleem is van Oost-Europese landen, maar van de Europese Unie als geheel. Een triest, maar veelzeggend voorbeeld deed zich drie maanden geleden voor, toen de burgemeester van een voorstad van Parijs weigerde om een overleden Roma-baby te laten begraven in zijn gemeente.

Er zijn de afgelopen jaren tal van politieke maatregelen en initiatieven genomen, ook op Europees niveau. Gericht op huisvesting, onderwijs en zorg hadden deze maatregelen het doel het leven van Roma in Europa te verbeteren. Dat is helaas niet gebeurd. De situatie van Roma is vandaag de dag nog altijd bedroevend slecht in alle EU-lidstaten. Dit zal zo blijven zolang discriminatie en uitsluiting niet worden aangepakt. Er is geen behoefte aan nieuwe werkgroepen, strategieën of grote conferenties. Het is de hoogste tijd om nu eens echt in actie te komen. De mentaliteit en vooroordelen ten opzichte van Roma moeten worden aangepakt.

Daarnaast moeten lidstaten worden aangesproken op hun beleid ten opzichte van minderheden en de eerbiediging van grondrechten. De segregatie van Roma is onacceptabel. De Europese waardengemeenschap is gebaseerd op grondrechten, menselijke waardigheid, gelijkheid en de rechten van minderheden. Het is hoog tijd om deze woorden waar te maken voor de 10 miljoen Roma in Europa.

Michaela Šojdrová (PPE). – Pronásledování romského etnika po roce 1938 se týká také území ČR. Z více než 6 000 Romů přežilo na území Protektorátu Čech a Moravy jen pár stovek.

Dnes v ČR žije až 200 000 Romů, kteří se k tomuto etniku hlásí. Ať už jsou přesné počty jakékoliv, je třeba říci, že situace Romů v ČR se příliš nelepší. Uvádí se, že až polovina Romů je nezaměstnaných a zvláště alarmující situace je u mladé populace, mezi mladými lidmi ve věku 15 až 25 let je 60 až 70 % nezaměstnaných. Důvodem je samozřejmě především nízká vzdělanost.

Česká vláda samozřejmě na tuto situaci reaguje. Přijala strategii opatření pro romskou integraci na léta 2014 až 2020, která se týká především vzdělanosti, zaměstnanosti a také bydlení.

I když velmi pomalu, přeci jen je třeba říci, že situace zejména v oblasti vzdělávání se lepší. Svědčí o tom řada aktivit našich škol a neziskového sektoru a také pravidelný monitoring. Také opatření české vlády, která chce zavést povinný předškolní rok vzdělávání, směřuje právě k podpoře zapojení dětí z romských komunit.

V této souvislosti bych ještě chtěla zdůraznit velmi krásný film, který se jmenuje Cesta ven a který hovoří o současné romské komunitě. Pokud chceme udělat něco aktuálního, dejme mu prostor i v rámci Evropské filmové ceny.

Juan Fernando López Aguilar (S&D). – Señora Presidenta, por nada del mundo hubiera dejado de pedir la palabra en un debate, en este Parlamento Europeo, que reflexiona sobre el Día Internacional del Pueblo Gitano y que rinde tributo a las víctimas del holocausto contra los gitanos en la Segunda Guerra Mundial -que también lo hubo-.

Y, luego, lo hago orgulloso porque el Grupo socialista tuvo entre sus filas al primer diputado gitano de este Parlamento, Juan de Dios Ramírez Heredia, y ahora cuenta entre sus filas con dos distinguidos y honorables miembros, Soraya Post y nuestro compañero Damian Drăghici.

Mittwoch, 25. März 2015

Pero lo hago también orgulloso de que el Grupo socialista mantenga un compromiso indeleble contra la discriminación, por la igualdad de derechos y oportunidades, y también contra la estigmatización de ninguna población, aunque sea una minoría, en la sociedad europea.

Y, por eso, exijo que este Parlamento vigile las estrategias nacionales contra la discriminación contra el pueblo gitano, incluido en un país como el mío, España, que blasona de una experiencia de éxito de integración de la comunidad gitana y que, sin embargo, todavía en lengua castellana hace pervivir el estereotipo contra los gitanos en un conjunto de decires y hasta de chistes.

Extremadamente exigentes contra la estigmatización y sobre todo contra el discurso del odio, deplorando que en este Parlamento hayamos tenido que escuchar manifestaciones de esta estigmatización negativa de los gitanos cargadas de odio, por parte de representantes de la extrema derecha, que avergüenzan a este Parlamento.

Péter Niedermüller (S&D). – Örülök, hogy az Európai Parlament ezzel a fontos témával foglalkozik, és végtelenül sajnálom, hogy erre a vitára is – akárcsak a korábbi antiszemitizmus vitára – ilyen késői órán és szinte üres teremben kerül sor. Az európai romákról beszélünk, akik a mindennapi életükben, a mindennapi élet minden vonatkozásában folyamatos diszkriminációval találkoznak: oktatás, foglalkoztatás, egészségügy. Nekünk, parlamenti képviselőknek – azt gondolom – az az elsődleges feladatunk, hogy olyan kereteket teremtsünk, amely kereteken belül roma polgártársaink is a társadalom teljes jogú tagjának tekintik magukat. Az a feladatunk, hogy a társadalmi és politikai életben való részvételre biztassuk és kérjük őket. Fontosnak tartom, hogy hozzuk létre az Európai Roma Intézetet, amely segíthet a roma és nem roma népesség közötti kapcsolattartásban.

Végül elengedhetetlennek tartom, hogy hivatalos emléknappá minősítsük augusztus 2-át, hiszen ez a szörnyűséges emlékezés, ez a szörnyűséges tett mindannyiunk lelkiismeretét nyomasztja, és mélységesen szégyellem, hogy akkoriban a magyar hatóságok is tettesként voltak jelen ebben a borzalmas eseményben. Föl kell hívnunk a figyelmet arra, hogy a gyűlölet, a diszkrimináció, a rasszizmus ma is jelen van. Épp előbb voltunk tanúi annak, hogy európai parlamenti képviselők hogyan tudnak beszélni. Azt gondolom, ez mindannyiunk szégyene, ez ellen kell minden erőnkkel harcolnunk.

„Catch the eye” eljárás

Csaba Sógor (PPE). – Azt gondolom, hogy a tolerancia és a másság elfogadása nagyon gyakran hiányzik Európában. Az egyik leginkább hátrányos megkülönböztetéssel sújtott csoport pedig a cigányság. Nem kérdés, hogy jelenleg is erős cigányellenesség érzékelhető a tagállamokban, nem csak Európa keleti felén, hanem a nyugati társadalmakban is. Gondoljunk csak a romák elleni hatósági fellépésekre, hazatoloncolásokra. Éppen ezért nagyon fontos látni azt, hogy a roma kérdés nem csupán egyes tagállamok belügye, hanem európai ügy. Csakis közös erőfeszítéssel érhetünk el eredményeket ezen a téren.

Egy olyan tagállamból jövök, Romániából, ahol jelentős roma népesség él, és meggyőződésem, hogy elsősorban szociális problémaként kell erre a kérdésre tekintenünk. Ha hozzásegítjük ezeket a közösségeket ahhoz, hogy a korai iskolaelhagyás mértékének csökkentésével a felnövekvő generációk rákapcsolódjanak a munkaerőpiacra, akkor jelentős mértékben csökkenni fog a cigányellenesség is. Persze ez nem megy egyik évről a másikra, csakis tudatos és hosszú távú tevékenység eredménye lehet.

Monika Smolková (S&D). – Na úvod chcem povedať, že pochádzam zo Slovenska, konkrétne z mesta Košice, ktoré je známe ako stredisko rómskej menšiny, známy Luník 9 hádam pozná každý. Napriek negatívnym správam, ktoré sa často a nie objektívne zverejňujú, chcem poukázať aj na pozitívne príklady, ktoré svedčia o tom, že spolupráca s rómskou komunitou sa na každej úrovni postupne zlepšuje. V meste úspešne pracuje divadlo Romathan a je jediné svojho druhu na Slovensku, rómske mediálne centrum, súkromná základná škola a gymnázium so zameraním na výučbu rómskeho jazyka a rómskych reálií. V poslednom období sa na mnohých školách veľmi dobre osvedčil projekt „Berieme to do vlastných rúk“, ktorý mal za cieľ prezentovať mladých Rómov. Minulý rok mi bolo ctou, že som mohla pozvať na návštevu Európskeho parlamentu v Štrasburgu rómskych komunitných pracovníkov a rómskych novinárov, ktorí následne natočili dokument o Európskom parlamente a o práci nás, európskych poslancov, ktorý potom prezentovali v rómskych komunitách, za čo im chcem veľmi poďakovať, a myslím si, že aj toto je cesta odbúravania bariér.

Mittwoch, 25. März 2015

Νότης Μαρίας (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, το 2011 το Ευρωπαϊκό Κοινοβούλιο έλαβε την ιστορική απόφαση και αναγνώρισε την γενοκτονία των Ρομά από το ναζιστικό καθεστώς και τους συνεργάτες του, αφού θεωρούσαν τους Ρομά ως φυλετικά κατώτερους.

Η σημερινή συζήτηση δεν αναδεικνύει μόνο τη γενοκτονία των χιλιάδων Ρομά από τα ναζιστικά στρατεύματα. Φέρνει στις μνήμες μας τις μαζικές εκτελέσεις χιλιάδων ελλήνων πατριωτών, στα εκατοντάδες ολοκαυτώματα στα μαρτυρικά χωριά της Ελλάδας. Φέρνει στις μνήμες μας τους χιλιάδες Έλληνες που δολοφονήθηκαν στα ναζιστικά στρατόπεδα συγκέντρωσης, στο Άουσβιτς, στο Νταχάου και αλλού.

Θυμίζει σε όλους μας πόσο επίκαιρη είναι η διεκδίκηση των γερμανικών αποζημιώσεων από την Ελλάδα και η εκτέλεση της δικαστικής απόφασης που δικαιώνει τα θύματα του Διστόμου. Εβδομήντα χρόνια μετά τη λήξη του Δευτέρου Παγκοσμίου Πολέμου ο αγώνας για τις γερμανικές αποζημιώσεις συνεχίζεται.

Maite Pagazaurtundúa Ruiz (ALDE). – Señora Presidenta, en 1928, años antes del genocidio de los gitanos, uno de los más grandes poetas españoles, Federico García Lorca, publicó el *Romancero gitano*. Hizo visibles a los gitanos en positivo para la literatura, visibles y dignos, reflejando su frágil humanidad. Hacen falta más «Garcías Lorcas», y hacen falta debates que no sean a horas invisibles, porque tenemos que compensar.

Siguen siendo rechazados los gitanos. Hoy también, hasta para enterrar a un bebé de diez meses —Maria Francesca— el 4 de enero de 2015, en Francia, en Champlan, fue imposible enterrarla allí y tuvieron que enterrarla en otro lugar.

Miren, en el *Romance de la luna*, de García Lorca, se habla de la muerte de un niño gitano en estos versos: «Por el cielo va la luna / con un niño de la mano. / Dentro de la fragua lloran, dando gritos, los gitanos. / El aire la vela, vela. / El aire la está velando.»

Yo ruego por el alma de Maria Francesca y por la nuestra, porque hemos oído hoy cosas que, desde luego, incitan al odio.

Anna Záborská (PPE). – Chcela by som hovoriť o ľudskosti. Slovo Róm totiž znamená človek. Ľudskosť znamená chápať, že každý ľudský život má rovnakú, teda absolútnu hodnotu a dôstojnosť. Uznať genocídu Rómov je aktom precitnutia, znovu objavenia ľudskosti tam, kde ju naši otcovia a dedovia stratili. My sme ich potomkovia a dediči, je preto na nás, aby sme požiadali o odpustenie v ich mene. Ľudskosť je blízkosť, je to schopnosť dotknúť sa, vcítiť sa, podať ruku, objasť. Ak sme dnes sedemdesiat rokov po skončení druhej svetovej vojny znovu znepokojení nárastom odporu voči Rómom v Európe, znamená to, že je v nás stále málo ľudskosti. Poprosme Rómov o odpustenie za zlo, ktorého sme dedičmi, a nájdime spoločne s nimi cestu ľudskosti.

(A „catch the eye” eljárás vége.)

Věra Jourová, Member of the Commission. – Madam President, I esteem this exclusive privilege to be allowed to speak twice here today. Thank you for the opportunity to participate in today's debate. These discussions are always very inspiring for me, with the flow of – mostly – good ideas which we use in our work.

I would like to react quickly to what Ms Záborská said about humanity. This is very much what I feel in my heart, and we must be strong in combating the increasing intolerance we now have in Europe. We had a discussion about this last week with Vice-President Timmermans. We are planning a big conference for October this year, where we want to gather together with all important stakeholders in the European Union to discuss how to combat not only anti-Gypsyism but also anti-Semitism and other forms and signals of increasing intolerance in Europe.

I would like to add something regarding the Commission policy: I would like to call the policy we want to have a practical policy. We do not need big new legislation, new committees, big glossy conferences. We already have legislation in place, so what we need is stronger enforcement of the existing legislation and very precise insistence on observing the law. This is our main principle: that we are all equal before the law. This is something we need to use in the Member States, in everyday policy and everyday action.

Mittwoch, 25. März 2015

We are now assessing the national strategies which we collected from the Member States. I appreciate the Hungarian input, because I know it was the idea of Hungary in 2011 to start to work on the national strategies, which enable us to look at new methods and the new instruments we are going to use in the Member States and to help best practices to be shared by all. So, for instance, I spoke to the Deputy Minister in the Romanian Government who presented to me the new policy the Government wants to start in Romania to help not only Roma citizens but all those who are in need, people suffering from poverty, to overcome these problems. I asked them, please, to implement this as soon as possible, and then in one year's time I would like them to share their experience with others. It is part of the role of the Commission to help ensure that best practices are transferred and to coordinate these actions.

In the newly—submitted national strategies we see a lot of innovation, a lot of good ideas, a lot of effort to get rid of the things that do not work, and not to waste time, energy and money, and a really big effort to solve the problems. I hope the strategies will be as good when put into practice as they look on paper. In all the strategies we see ways of combating unemployment and poverty, ways to increase education and access to services, including housing – very practical things.

A last comment regarding financing. You said here that well—targeted funding is necessary. It is not only the European Social Fund which should be used in the most practical and effective way. In this respect the Commission – and I personally, because I was very active for four years in EU funding – are helping to share best practices and to share information on what works and what has been funded from the European Social Fund. But there are also governments financing projects and programmes for Roma integration and combating poverty, because most of these programmes concern not only Roma citizens but also all those who suffer from poverty. Here we see increasing interest from governments in using their resources to help the situation.

A last comment regarding the NGOs. I very much appreciate the work of NGOs and activists working on the ground because they are doing the right work and the proper work to help the situation. I am convinced that if we find a way to introduce multiannual financing of these NGOs – which, in fact, work in place of the state doing the work which the public sector should otherwise do – they should have more stable financing. This would, in turn, save time and energy for the real work, as they would not be spent chasing money to survive. I apologise for taking so long but the debate was very inspiring and I felt I wanted to add these practical points.

Zanda Kalniņa-Lukaševica, *President-in-Office of the Council*. – Madam President, honourable Members, I have followed the debate with great interest and I will reiterate that politicians play a great role in shaping public opinion. They can do good but they can also cause a lot of damage. This is why I fully share the opinion that there is no room for hate speech in parliamentary chambers.

Many of you have made the suggestion that there should be a commemoration date of the Roma genocide. I must say that the Council has not yet taken a position on this subject. At the same time, I find it symbolic that we are having a discussion on the possibility of a memorial day to commemorate the Roma genocide on the day when my country, Latvia, commemorates victims of the Soviet totalitarian regime. Without prejudice to the Council's eventual position on the matter, as a representative of a country whose people suffered a great deal from totalitarian regimes, I understand the historical, political and educational value of having such a date.

Irrespective of when we celebrate International Roma Day or when exactly we commemorate victims of the genocide, there is an urgent need to address the poverty, marginalisation and discrimination faced by Roma communities. As part of the EU and national action, we have a duty to ourselves, to our values and of course to Roma, to tackle public misunderstanding, raise awareness and fight intolerance because, as we look back, so too must we look forward to ending stigmatisation, to properly integrating Roma – and indeed all minorities – into European society and to showing that every European has a place in Europe.

It has been a pleasure to have this dialogue with you on this really vital issue.

Elnök asszony. – Köszönöm szépen Államtitkár Asszony! Valóban így van, a közvélemény alakítása a mi feladatunk is, és a mi felelősségünk is. Éppen ezért semmiféle gyűlöletbeszéd nem használ, sőt, helye sincs a Parlamentben. Fontos azonban, hogy ne csak beszéljünk, hanem tegyünk is arról, hogy a helyzet javuljon.

Mittwoch, 25. März 2015

A vitát lezáróm. Szavazásra a második áprilisi ülésen kerül sor.

Írásbeli nyilatkozatok (162. cikk)

Petras Auštrevičius (ALDE), in writing. – I believe that, in order to live in a modern society based on such European values as human dignity, one needs to address and understand history and the evolution of human moral behaviour. For this reason we should be prepared to recognise and accept past atrocities committed on the European continent. Therefore, I would like to encourage the honourable Members to recognise the memorial day for the Roma genocide during the WWII period, in which the Nazi regime conducted mass killings of Roma people on racial grounds.

However, certain discriminatory or xenophobic practices against the Roma community persist in a number of EU countries to this day. These practices often arise from prejudices and stereotypes which generate hatred and divide societies. Therefore, it is absolutely essential to obtain the equal treatment of such minorities. We should rethink how their social inclusion within national communities could be enhanced.

I believe, first of all, that we should address the socioeconomic aspect and provide every opportunity to the Roma minority to have access to vocational training and state education, and we should stop the dissemination of biased information building a negative image of the Roma community.

Viorica Dăncilă (S&D), în scris. – În ultimii ani, problematica minorității rome a devenit un subiect prioritar atât în dezbaterile publice, cât și pe agenda politică europeană. Romii reprezintă una dintre cele mai numeroase minorități etnice din Uniunea Europeană, datele statistice indicând existența a cca 12 milioane de romi care locuiesc în diferite state membre, adesea în condiții grele de viață.

Cu toate că în acest timp au fost realizate progrese importante din punct de vedere legislativ și instituțional, realitatea demonstrează că mai sunt lucruri de făcut în ceea ce privește procesul de incluziune socială a comunităților rome. Discriminarea, sărăcia, excluziunea socială, lipsa de educație și de acces la asistență medicală de bază sunt doar câteva probleme cu care comunitatea romă se confruntă și pentru rezolvarea cărora trebuie să luptăm în continuare.

Uniunea Europeană a dezvoltat un cadru legislativ care vizează creșterea integrării sociale a grupurilor marginalizate, combaterea rasismului și a discriminării rasiale, în cadrul unor viziuni strategice generale, precum Strategia Europa 2020, Platforma europeană pentru incluziunea romilor, Cadrul European pentru strategiile de integrare națională a romilor – 2020. Consider că promovarea politicilor de incluziune socială a minorităților, prin inițiative și acțiuni de combatere a sărăciei, trebuie să fie pe lista priorităților agendei europene.

Benedek Jávor (Verts/ALE), írásban. – Az 1971-es első Nemzetközi Roma Világkongresszus óta ünnepeljük a Nemzetközi Roma Napot. Alkalom ez arra, hogy megálljunk egy pillanatra, és áttekintsük a romák helyzetét. Én, ha körülnézek, sajnos azt látom, hogy a romák továbbra sem teljes jogú állampolgárai hazámnak. A romák várható élettartama hazámban 10–15 évvel rövidebb, mint többségi társaiké. Lakhatási körülményeik sok gettóban a harmadik világban élőkéhez hasonlíthatóak, körükben a szegénység folyamatosan növekszik, kitörési lehetőségeik pedig csökkennek. A rendszerváltás óta növekszik az elsődleges munkaerőpiacról kiszoruló romák száma, az évek óta munkanélküliek pedig hiába könyörögnek még valódi megélhetést nem biztosító, megalázó közmunkáért is, gyakran ahhoz sem férnek hozzá. Magyarországon a roma gyerekek majd 2/3-a szegregált oktatási intézményben tanul. A felelős miniszter pedig egy, a bíróság által is diszkriminálónak ítélt iskolafenntartó mellett száll síkra, a bírósági ítéletre pedig jogszabály-módosítás volt a válasza. Miközben a fejlesztésekre szánt EU-s és nemzeti forrásokat egy olyan politikai testület osztja, amelynek kormánypárti vezetője most közel 2 millió euró elköltéséről nem tud számot adni.

Mindennek kapcsán felmerül az Unió felelőssége is a helyzet kialakulásában: rengeteg kiváló terv és elköltött forrás ellenére érzékelhető változás nem történt. Pedig bizton állíthatjuk, hogy a legrosszabb érdekérvényesítő képességgel bíró csoportok helyzete a legjobb indikátor, hogy megfigyeljük, mit hoz Európa jövője.

Marlene Mizzi (S&D), in writing. – The Roma people are Europe's largest ethnic minority. Of an estimated 10-12 million in the whole of Europe, some six million live in the EU, most of them EU citizens. Despite the fact that EU countries have banned discrimination against Roma people, many Roma in the EU are victims of prejudice and social exclusion involving housing, education, access to healthcare and employment. Education is a key element for equality, social inclusion and integration. Every child has a right to equal opportunities for education. However, as many as 50% of Roma children in Europe fail to complete primary education. The EU must ensure the right to basic education for Roma children, with particular emphasis on improving access to early childhood educational opportunities and transi-

Mittwoch, 25. März 2015

tion to quality primary education. It is our responsibility to promote integration and tackle the social exclusion of Roma people. We cannot forget that almost 3 000 Roma men, women, and children were murdered in the gas chambers on the night of 2-3 August 1944, when the Germans liquidated the Zigeunerlager at Auschwitz-Birkenau. Therefore, it is essential to recognise the Roma genocide and establish a European memorial day to commemorate its victims.

Urmas Paet (ALDE), in writing. – Roma are the largest ethnic minority group in Europe. Today many Roma are living in very poor conditions, have lost their jobs and housing and are finding it difficult to support themselves and their families. They are often facing racism, discrimination and social exclusion. In order to integrate Roma people into European societies we must recognise them, learn about them and teach our children their history. That is the key to understanding and overcoming hatred and racism. The killing of Roma during WWII, a process called *Porrajmos*, can be considered one of the largest mass killing in history. This cannot be forgotten. I therefore support the idea of having a European Memorial Day of the Genocide of the Roma.

Christine Revault D'Allonnes Bonnefoy (S&D), par écrit. – La journée internationale des Roms est un événement essentiel pour mieux lutter contre les préjugés et dénoncer les discriminations et les persécutions que les Roms subissent encore trop souvent. La stratégie européenne d'inclusion des Roms adoptée en 2011 reste insuffisamment mise en œuvre dans les États-membres. Ainsi, les Roms n'ont toujours pas accès aux mêmes soins que les autres citoyens européens. Les enfants Roms sont moins scolarisés, et reçoivent même dans certains États des apprentissages normalement destinés aux enfants handicapés. Par ailleurs, les Roms vivent souvent dans des conditions d'hygiène et de salubrité inacceptables tandis que des discriminations à l'embauche persistent. La stratégie d'inclusion des Roms menée par l'Union européenne doit être poursuivie et amplifiée. Pour cela la Commission européenne a la responsabilité d'être plus vigilante quant à son application effective par les États, et d'appliquer des sanctions quand cela est nécessaire. L'inclusion des Roms est un enjeu pour cette minorité mais aussi un défi pour l'Europe. Un défi face au fléau que représente le populisme. Un défi pour l'idée européenne, car les Roms sont le cœur de notre Europe. Cette Europe qui rime avec diversité et multiculturalisme.

Ricardo Serrão Santos (S&D), por escrito. – Durante a Segunda Guerra Mundial, a comunidade cigana foi alvo daquilo a que se pode chamar o «holocausto esquecido». Os Roma foram perseguidos, capturados, sujeitos a trabalhos forçados e assassinados na Alemanha, nos territórios ocupados e nos países que cooperaram com o regime nazi.

Apesar de todas as atrocidades cometidas contra a comunidade cigana, só em 1982 o Governo da República Federal da Alemanha reconheceu a perseguição e o genocídio dos Roma. Trinta anos depois da guerra, muitas das vítimas não viveram tempo suficiente para receber o reconhecimento e a restituição pelos crimes de que foram alvo. Lamentavelmente, não houve sequer a justiça possível para dezenas de milhares de seres humanos.

O estabelecimento do dia em memória do genocídio dos Roma durante a Segunda Guerra Mundial é um gesto que já há muito tarda e que é vital para restabelecer alguma justiça e devolver a dignidade à comunidade cigana.

Apoio inteiramente a iniciativa e espero que este seja um primeiro de muitos passos na construção de uma narrativa diferente relativamente aos Roma e no reconhecimento do seu papel integral na cultura europeia e mundial, histórica, presente e futura.

Marc Tarabella (S&D), par écrit. – C'est le 8 avril 1971, que les Roms, qui représentent la première minorité de l'Union européenne, choisissaient, malgré une situation encore difficile, les symboles de leur communauté ainsi que leur drapeau et leur hymne. On estime qu'il y a entre 7 et 9 millions de Roms qui vivent en Europe. Beaucoup sont toujours victimes de la tzigaphobie. Et celle-ci ne peut être combattue que par la reconnaissance de leur histoire, de leur culture, et de leur contribution au patrimoine européen. Par l'ignorance ou par des d'idées reçus, ils sont encore victimes à différents degrés du racisme et de la discrimination. De nos jours, l'ampleur du génocide des Roms n'est pas assez reconnue au près d'un large public, et certains ignorent même son existence. La situation vécue par les Roms en Europe amène chacun à se questionner sur le nécessaire respect des droits de l'homme, et ce dans tous les pays d'origine des populations Roms où elles sont constamment discriminées et rejetées. La politique européenne est encore à construire en la matière!

Mittwoch, 25. März 2015

István Ujhelyi (S&D), írásban. – A cigányság felzárkóztatása és felemelése mindannyiunk közös felelőssége. De vajon miként élünk ezzel a felelősséggel? Brüsszelből és Strasbourgból nézve olykor flegmán lerázzuk magunkról a kérdést: szervezünk néhány svédasztalos konferenciát, újabb tanulmányokról és háttérelmények megrendeléséről döntünk, majd újabb milliárdokat különítünk el programokra. De megkockáztatom, néhány kivétellel ezek végfelhasználásáról alig bírunk információval.

Csak egyetlen példa: Magyarországon az Országos Roma Önkormányzatnál – amelyet egészen mostanáig egy fideszes országgyűlési képviselő vezetett – nemrég nyomozás indult, miután kiderült: az Európai Uniótól elnyert hatszázmillió forintnyi forrást munkahelyteremtés helyett luxusirodákra és autókra költötték. A magyarországi cigány önkormányzati rendszert évek óta a korrupció, az eredménytelenség, a pénzlenyúlás lengi körbe. Egy feneketlen lyuk, amelybe öntjük az európai adófizetők pénzét, a sor végén lévő cigányság pedig nem profitál belőle. Tarthatatlan, hogy nem kellőképpen kontrolláljuk ezeket a forrásfelhasználásokat, hogy nem kérjük számon az eredményességet. Botránys, hogy kormány-párti politikusok megszállják és lenyúlják a cigányság önszerveződéseit.

Pár nappal ezelőtt vendégül láttam Brüsszelben Cserdi település cigány polgármesterét, aki önerőből, sajátos és olykor radikális programokon keresztül szinte teljesen felszámolta a munkanélküliséget és a bűnözést a falujában. Tanulni kell tőle és a hozzá hasonló, tenni akaró embereket támogatni, nem pedig korrupt és ezzel a cigányság ügyét tovább súlyosbító rendszerekbe ölni a pénzt.

25. Ausführungen von einer Minute (Artikel 163 GO)

Elnök asszony. – A következő napirendi pont a fontos politikai kérdésekkel kapcsolatos egyperces felszólalások (az eljárási szabályzat 163. cikke).

Claude Rolin (PPE). – Madame la Présidente, lors de l'investiture de la nouvelle Commission européenne, Jean-Claude Juncker et Marianne Thyssen ont mis en avant le rôle déterminant du dialogue social.

Ce dialogue est essentiel, mais nous devons reconnaître qu'il ne se porte pas bien aujourd'hui, en particulier en ce qui concerne le dialogue social interprofessionnel. Le récent trentième anniversaire du lancement du dialogue social à Val Duchesse a été l'occasion d'une conférence de haut niveau qui, par sa réussite, a démontré l'attachement de nombreux acteurs à ce dialogue mais surtout leur attente d'un nouveau départ.

La Commission européenne a raison de vouloir relancer ce dialogue, qui dépend de la volonté des partenaires sociaux mais aussi de l'énergie qu'emploiera la Commission à définir une méthode pour les accompagner. Cette démarche doit leur permettre de retrouver le chemin d'accords qui les engagent concrètement, tant au niveau sectoriel qu'au niveau interprofessionnel.

Cette dynamique est indispensable. Elle sera crédible si la Commission s'appuie sur ces accords en leur donnant le poids et la place qu'ils méritent.

Je suis convaincu que c'est un défi que nous devons relever, il en va de l'avenir même du projet européen.

Siôn Simon (S&D). – Madam President, in the Committee on Employment and Social Affairs yesterday we talked about the GBP 42 million of Commission pre-financing that is not being taken up by the UK Government and used in the UK and, on Monday, Labour MPs went to meet Commissioner Crețu and talk to her about the GBP 718 million of EU structural fund money that is not being taken up by the UK Government and used in the UK for the social and economic purposes for which it was intended.

Earlier this afternoon in this Chamber we voted on measures under the European Globalisation Adjustment Fund, as we often do, providing billions of euros of assistance to get people back into work across the EU, but not in the UK, which has never made an application. The message to the Tory Government of the UK is clear: it is our people who are suffering the consequences of your obscurantist isolationism.

Mittwoch, 25. März 2015

Νότης Μαρτιάς (ECR). – Κυρία Πρόεδρε, σύμφωνα με το άρθρο 7 του κανονισμού 472 του 2013, τα κράτη μέλη της Ένωσης που υπόκεινται σε μνημόνιο διεξάγουν πλήρη έλεγχο των δημόσιων οικονομικών τους προκειμένου να εκτιμήσουν τους λόγους που οδήγησαν σε υπερβολικά επίπεδα χρέους και να εντοπίσουν οποιαδήποτε παρατυπία. Καθώς η Ελλάδα έχει διαλυθεί οικονομικά και κοινωνικά, λόγω των μνημονίων που εκτόξευσαν το χρέος στο 175% του ΑΕΠ, καλούμε σήμερα, ανήμερα της εθνικής μας επετείου της 25ης Μαρτίου, την ελληνική κυβέρνηση, αξιοποιώντας τον κανονισμό 472 του 2013, να διενεργήσει άμεσα λογιστικό έλεγχο του χρέους και να διαγράψει το επονειδιστο χρέος.

Άλλωστε, όπως επεσήμανε και ο κ. Juncker, η υπερχρέωση της Ελλάδας οφείλεται σε παράνομες ενέργειες των εποπτικών αρχών της Ευρωπαϊκής Ένωσης, που αν και γνώριζαν ότι η Ελλάδα υπερδανείζεται, κατά παράβαση της Συνθήκης του Μάαστριχτ, έκαναν «τα στραβά μάτια» προκειμένου να συνεχίζεται η απρόσκοπτη εξαγωγή γερμανικών και γαλλικών προϊόντων και βιομηχανικού εξοπλισμού στην Ελλάδα.

Martina Anderson (GUE/NGL). – Madam President, 20 years has passed since the celebrated Arafat-Rabin handshake on the White House lawn, 20 years since the establishment of the Palestinian National Authority, and 20 years since the formal start of the Palestinian-Israeli peace process. Yet it was clear from my third visit to Palestine, and my third refusal into Gaza last week, that this year marks 20 years of shattered hopes and unfulfilled obligations.

In the run-up to the Israeli elections Netanyahu exposed the 20-year pretence that he was a genuine partner for peace when he stated that there would never be a Palestinian state. A hard-hitting EU report warns that Jerusalem has reached a dangerous boiling point of polarisation and violence. Jerusalem is more divided today than at any time since Israeli occupation began in 1967. The report calls for tougher European sanctions against Israel. Without doubt the EU needs to impose such sanctions.

Jordi Sebastià (Verts/ALE). – Señora Presidenta, en primer lugar quiero expresar mi apoyo a las familias y amigos de las víctimas del terrible accidente aéreo que nos ha conmocionado.

Señorías, el informe de la Red Europea por la Igualdad Lingüística sobre la discriminación en España es contundente. En el Estado español, aquellos hablantes de lenguas cooficiales, como el catalán o valenciano —como nosotros lo llamamos—, el gallego, el vasco, el aragonés o el asturiano, ven vulnerados sus derechos fundamentales de forma incompatible con una democracia.

El informe recoge cientos de casos que llegan a límites aberrantes, como negar la asistencia médica o golpear a personas por hablar esas lenguas cooficiales. La mayoría de esos ataques son causados por agentes de la Administración española, incluyendo a fuerzas de seguridad, que actúan impunemente.

Las autoridades españolas consienten esta vulneración de los derechos humanos, porque vivir en su propia lengua es un derecho fundamental que todo Estado europeo debería asegurar. Si toleramos que Gobiernos como el español permitan este tipo de prácticas nos convertimos en cómplices.

Este informe llegará pronto a la Comisión de Derechos Humanos de las Naciones Unidas y, allí, avergonzará a todos los europeos que nos sentimos demócratas.

Ignazio Corrao (EFDD). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, esistono quattro stazioni di terra del MUOS in tutto il mondo. Una di queste si trova in Europa ed esattamente a Niscemi, in Sicilia. La presenza del MUOS in Sicilia è l'esempio di come la volontà dei cittadini e lo Stato di diritto scompaiono quando si trovano a scontrarsi con l'arroganza imperialista del colonizzatore americano, perché di questo si tratta.

Il MUOS serve solo ed esclusivamente alla guerra americana. Nessuno lo vuole, né in Sicilia né in Italia, nuoce alla salute e all'ambiente, e l'ha detto un tribunale italiano, nonostante il governo pensi che i cittadini che hanno fatto ricorso non avessero titolo a farlo, ed è un obiettivo militare sensibile, ma straniero, in territorio siciliano. Nessun siciliano lo vuole, glielo si può chiedere ad uno ad uno, e se l'Europa fosse una comunità si schiererebbe a lato di quei cittadini che giornalmente lottano per la loro salute e per l'ambiente e li difenderebbe contro questa installazione militare straniera in territorio nostro.

Mittwoch, 25. März 2015

Λάμπρος Φουντούλης (NI). – Κυρία Πρόεδρε, από το 2003, οπότε και σχεδιάστηκε η Ευρωπαϊκή Πολιτική Γειτονίας, έχουν σημειωθεί πολλές και μεγάλες αλλαγές στη γειτονία της Ευρώπης. Παντού επικρατεί αστάθεια, μεγάλος αριθμός παρανόμων μεταναστών κινείται προς τις χώρες της Ευρωπαϊκής Ενώσεως, έχουμε δραστηριότητες παρανόμου εμπορίου και την απειλή της τρομοκρατίας. Όλα αυτά δημιουργούν απειλές για την ασφάλεια της Ευρώπης και πρέπει να αντιμετωπιστούν με τον ενδεδειγμένο τρόπο.

Η πολιτική γειτονίας δεν πρέπει να στηρίζεται μόνο στο οικονομικό όφελος. Πρέπει να στηρίζεται στις αρχές και τις αξίες της Ευρωπαϊκής Ενώσεως. Πρέπει να βοηθήσουμε τις χώρες αυτές, ούτως ώστε να μην εξάγουν τα προβλήματά τους στην Ευρώπη. Το σοβαρότερο όμως που πρέπει να κάνουμε είναι να μην αναμιγνυόμαστε στις εσωτερικές τους διαφορές και κυρίως στις εμφύλιες διαμάχες τους. Αναλογιστείτε τι έγινε με την Ουκρανία, τη Λιβύη και κυρίως με τη Συρία, όπου δημιουργήσαμε το τέρας του ISIS που κινδυνεύει και απειλεί να φάει τον Φρανκενστάιν.

Michaela Šojdrová (PPE). – Bohužel musím opět na půdě Evropského parlamentu připomenout, že práva dětí, práva českých sourozenců Michalákových, nejsou stále ještě chráněna a prosazena.

Po více než 3 měsících čekání jsem obdržela odpověď norského Ministerstva pro děti, rovnost a sociální inkluzi na dopis, ve kterém jsem na paní ministryni Horneovou apelovala proti odebrání dětí norskými úřady. V dopise norské ministerstvo uvádí, že do případu nemůže zasahovat a odvolává se na zákon o blahu dítěte. To by nebylo nic špatného, pokud by úřady skutečně vedly své kroky k blahu dítěte a také zachování rodinných vazeb. Bohužel jedná se o opačný proces.

Jednání norských úřadů je pro mě nepochopitelné, neboť v případě, kdy zákon dává mnohem jiné možnosti úpravy, úřady zvolí rovnou pro děti to nejhorší, tzn. odebrání dětí a svěření pěstounům, naprosto cizím lidem.

V tomto směru oceňuji aktivitu Ministerstva zahraničí ČR, které se snaží rodině pomoci a zjednat nápravu. Vzhledem k tomu, že se nejedná o ojedinělý exces vůči občanům členských zemí EU, písemně jsem interpelovala vysokou představitelku EU a požádala jsem ji, aby se zasadila o prosazení práv dětí. Čekám na její odpověď.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D). – Señora Presidenta, escuchen estos datos, por favor: 500 millones de euros invertidos en la construcción de un almacén de gas submarino frente a las costas de Castellón en el este de España; 1 350 millones de euros de indemnización a la sociedad concesionaria por la paralización del proyecto -que pagaremos todos los consumidores durante treinta años en la factura de la luz-; más de 500 sismos registrados en la zona durante un mes a consecuencia de las inyecciones de gas.

Estos son los datos; y los hechos son que el Gobierno de España aprobó una indemnización por Decreto-ley, por más de 1 350 millones de euros, por una instalación que nunca llegó a estar operativa; y que la indemnización se pagó con una celeridad inaudita -en cuarenta días- sin justificar ni la urgencia ni el importe.

Por eso pedimos a la Comisión que, por favor, investigue si esta indemnización está sujeta a derecho.

Kateřina Konečná (GUE/NGL). – Mnohé z vás, kteří znají historii České republiky, asi nepřekvapí, že jsme národem, který je velmi obezřetný, když jde o pobyt, byt krátkodobý, cizích vojsk na našem území či jeho přesuny.

Doufali jsme, že naši tzv. spojenci z NATO budou chápat historické rány na duši českého národa a budou je respektovat. USA by si v tomto směru měly pamatovat silný odpor české veřejnosti proti možnosti postavit na českém území americký radar.

Tento vzor se nyní částečně přelil na americkou kolonu čítající 120 vozidel a 520 vojáků, která bude projíždět územím České republiky v následujících dnech. Chtěla bych informovat evropské instituce, že část občanů a veřejných zástupců se nedomnívá, že podobné demonstrace vojenské moci uklidňují již tak dosti napjatou atmosféru.

Mittwoch, 25. März 2015

Doufám, že se brzy uklidní horké hlavy, které se nepodílí na vytváření mírového ovzduší a narušují mírové ticho demonstrativními přesuny vojsk. Naším cílem by mělo být diplomatické řešení krize, a nikoli její eskalace. EU by neměla přihlížet tomu, aby se dvě velmoci předváděly ve velikosti armád a eskalovalo se tím napětí ve východní Evropě.

Nechceme vidět ukázky cizí moci a vojenské moci, požadujeme, aby armády zůstaly ve svých státech.

Marek Jurek (ECR). – Pani Przewodnicząca! Włoski dziennik internetowy „Quotidiano Nazionale” dopuścił się skandalicznego naruszenia wolności religii i praw milionów chrześcijan wierzących w sakramentalność spowiedzi – katolików, prawosławnych i innych. Nagrywano księży katolickich udzielających sakramentu spowiedzi w dobrej wierze. Szacunek dla nietykalności spowiedzi był zawsze elementem wszystkich cywilizowanych prawodawstw państw europejskich, a z drugiej strony naruszanie i brak szacunku dla sakramentu spowiedzi, podsłuchiwanie, było znamię państw totalitarnych i brutalnej przemocy.

Jeżeli będziemy tolerować taką praktykę, będziemy godzić w prawa milionów ludzi, no a niestety zwróćmy uwagę na jedno: w czasach dzisiejszego kryzysu religii ludzie, którzy korzystają ze spowiedzi, chociaż jest ich wielu w Europie, to są bardzo często mniejszości w poszczególnych krajach Europy. Będziemy godzić w prawa milionów ludzi chcących prowadzić spokojnie swoje życie duchowe, naruszając zaufanie w najbardziej osobistym akcie. Reakcja na ten skandal będzie miarą szacunku dla życia chrześcijańskiego i dla praw tych ludzi. Wzywam do szybkiej reakcji władze Republiki Włoskiej.

Igor Šoltes (Verts/ALE). – Na področju javnih naročil se obrnejo milijarde javnih sredstev in mislim, da je tej temi treba dati posebno pozornost.

Nekateri enačijo javna naročila tudi s korupcijo, mislim pa, da je pri javnih naročilih pomembno tudi vse kaj drugega, ne samo najnižja cena, ker kako lahko pravica do zdrave hrane in zdravega okolja tekmuje z najnižjo ceno.

Jasno, da ne more, in s tem na nek način tudi nižamo kvaliteto življenja ljudem, ki so podvrženi oziroma ki uživajo, v narekovajih, plodove javnih naročil.

V šolah, vrtcih kupujejo hrano na načelu najnižje cene, kjer se kupuje cenejša, manj kvalitetna hrana, to pa seveda lahko bistveno vpliva na zdravje in kvaliteto življenja naših otrok.

Zato seveda pozivam Komisijo, da v skladu z novimi direktivami tudi na tem področju stori potrebne ukrepe.

Krisztina Morvai (NI). – Egy nagyon fontos programra szeretném invitálni kedves képviselőtársaimat. Jövő kedden egy óráról egy közmeghallgatás lesz, ahol a banki csalásoknak, jogsértéseknek a magyar áldozatai fognak beszélni, az úgynevezett „devizahitelesek”, más néven svájci frank alapú kölcsönöknek az elszenvetői, hogy így mondjam.

Sokan azt kérdezik, mikor meglátják a plakátot, hogy „De hát ez a probléma már megoldódott Magyarországon, nem?”. Hiszen forintosították ezeket a svájci frank alapú kölcsönöket, átalakították ezeket a nemzeti valutára. Igen ám, de nem a felvételtörténeti árfolyamon, ami adott esetben 160 forint körül volt, hanem mostani piaci árfolyamon, 260 forintos árfolyamon. Tehát nem igaz, hogy a probléma megoldódott, továbbra is öngyilkosságba hajszolnak embereket, tragédiák következnek.

Kérem Önöket, hogy jöjjenek el, és találjunk megoldást erre az Európában sok millió embert érintő problémára, hiszen nemcsak Magyarországon, hanem Horvátországban, Romániában, Lengyelországban is van ilyen durva konstrukció.

Daniel Buda (PPE). – Doamnă președinte, recente declarații ale ambasadorului rus la Copenhaga, potrivit căruia toate țările participante la sistemul antirachetă NATO vor fi ținte ale Rusiei sunt declarații extrem de grave, care nu trebuie să treacă neobservate de Comisia Europeană, ci, dimpotrivă, trebuie să constituie o preocupare majoră la nivelul acestei instituții. Comisia Europeană nu poate aștepta ca SUA să facă întotdeauna primul pas și să reacționeze în fața agresiunii reprezentanților administrației ruse, cu atât mai mult cu cât aceste declarații vizează direct țări membre ale Uniunii Europene și ale NATO, precum România și Polonia. Siguranța cetățenilor, pacea și stabilitatea întregii Europe sunt puse în pericol în mod sistematic atât prin declarații, cât și prin acțiuni concrete venite din partea Rusiei. Tocmai de aceea, sunt de părere că este nevoie de un efort conjugat al Uniunii Europene și al SUA în fața atitudinii manifestate de Rusia, astfel încât aceasta să înțeleagă că pacea și securitatea în regiune sunt inviolabile, iar răspunsul în caz contrar va fi pe măsură.

Mittwoch, 25. März 2015

Péter Niedermüller (S&D). – A médiapluralizmus, a médiaszabadság az Európai Közösségnek és az Európai Uniónak az egyik legfontosabb közös alapértéke. Az elmúlt években számos magyar képviselő, a Tavares-jelentés és különböző európai intézmények hívták fel arra a figyelmet, hogy Magyarországon ezek az alapértékek veszélybe kerültek. A médianak a függetlensége és a szabadsága nem biztosított úgy, mint más európai országokban. Az azóta eltelt időben a kormány tett ugyan bizonyos lépéseket, mára azonban azt kell mondani, hogy már a közszolgálati politikai függetlenségének a garanciái sincsenek meg. Magyarországon nincs közszolgálati feladatokat ellátó televízió, a rádiófrekvenciák szétosztása is rendkívül egyoldalú. Azt kell mondanom, nem magyar ügyről van szó, az Európai Unió alapértékeinek a kérdéséről van szó, és éppen ezért az Európai Parlamentnek alapvető feladata, hogy felhívja a figyelmet ezeknek a szabadságjogoknak a megsérülésére.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL). – Señora Presidenta, hace ya unos meses, el humorista gráfico conocido como «El Roto» publicó una viñeta en la que se podía leer: «Hay que alentar a los jóvenes a salir del país, no sea que pretendan cambiarlo.»

Centenares de miles de jóvenes -y no tan jóvenes- en los últimos años se han visto obligados a exiliarse porque en el Estado español se les niega el futuro. Se les expulsa y, además, después, cuando ya están fuera, se les impide votar.

En 2011, el Partido Popular y el Partido Socialista cambiaron la ley electoral y ahora los ciudadanos y ciudadanas españoles residentes en el extranjero tienen que rogar el voto para poder participar en las elecciones, todo un proceso con mil trabas y mil dificultades que, prácticamente, les impide ejercer su derecho al voto.

De hecho, en las últimas elecciones europeas solo votó el 4,5 % del censo de residentes en el extranjero y en Andalucía solo el 3,8 %, cosa que pone en duda la legitimidad del resultado electoral.

Es perfecto: primero les echan y luego no les dejan votar. Perfecto para que algunos continúen apoltronados en sus escaños sirviendo a aquellos que nos han conducido a la situación actual de paro y exilio. Pero quieran o no, y a pesar de que le niegan el voto a miles de jóvenes, vamos a cambiar este país.

Jiří Pospíšil (PPE). – Já se chci ve svém příspěvku vrátit k tématu ČR jako český poslanec EP, a to k tématu ochrany práv spotřebitele v oblasti telekomunikačních služeb.

Už jsem jednou informoval o tom, že v ČR byl přijat zákon o elektronických komunikacích, který podle většiny právníků je v rozporu s obsahem směrnice o univerzální službě a výrazně zkracuje práva spotřebitele ve vztahu k významným, vlivným a ekonomicky silným operátorům.

Poslal jsem otázku v této věci Komisi a byl jsem velmi potěšen tím, že Komise tuto věc nebere na lehkou váhu, že konstatuje, že věc sleduje, a že se Komise obrátila na ČR s žádostí o vysvětlení a zajištění souladu české legislativy s právem EU. Chci Komisi požádat a vyzvat, aby toto téma dále sledovala a v případě, že se prokáže nesoulad, aby učinila veškeré kroky k nápravě této, podle mého názoru, diskriminující české legislativy.

Clara Eugenia Aguilera García (S&D). – Señora Presidenta, quiero traer a este Pleno cuál ha sido el impacto de la crisis en los derechos fundamentales de los españoles, después de los tres años de gobierno del Partido Popular. La valoración que voy a realizar corresponde a las conclusiones de un trabajo publicado por este Parlamento.

Dice el estudio: «Las numerosas medidas de austeridad adoptadas en España, con recortes en los presupuestos social, educativo y de salud, han llevado a un preocupante incremento en la pobreza de la familia, impactando negativamente en los derechos fundamentales. En la educación, las reformas adoptadas han llevado a una gran desigualdad del sistema educativo español; la sanidad pública ha dejado de ser universal y gratuita; en las pensiones se reconoce que ya se está dando una reducción del importe de las mismas con la consiguiente reducción del poder adquisitivo». El informe concluye diciendo que las medidas de austeridad que ha adoptado el Gobierno de Rajoy han llevado a una creciente desigualdad en España.

Mittwoch, 25. März 2015

La primera respuesta de la ciudadanía ante estas duras políticas está en los resultados que ha obtenido el Partido Popular en mi región, Andalucía, el pasado domingo, perdiendo el 14 % de los votos, frente a la victoria del Partido Socialista, que ha realizado otra política en defensa de los derechos fundamentales.

Jaromír Štětina (PPE). – Včera podvýbor pro obranu a bezpečnost (SEDE) projednával otázky militarizace Krymu a bezpečnostní situaci jeden rok po ilegálním připojení Krymu k Rusku. V diskusi vystoupil i Refat Čubarov, předseda - Medžlisu krymských Tatarů. Zdůraznil, že pouhé splnění minských dohod ze strany Ruska nemůže být důvodem k zastavení sankcí vůči Ruské federaci.

Nesmíme, dámy a pánové, ztrácet zde zřetеле, že teritoriální loupež Krymu, který je součástí suverénního státu Ukrajina, je vážným porušením mezinárodního práva. Vystoupil jsem na veřejší diskusi a informoval podvýbor SEDE, že v nejbližších dnech projede přes mou zemi, Českou republikou, na cestě z Pobaltí do Německa konvoj americké armády. Považuji tuto demonstraci vojenské připravenosti k obraně za nanejvýš potřebnou. Proto jsem v SEDE navrhl, aby mezinárodní společenství svou připravenost k obraně demonstrovalo i na území Ukrajiny a ve vodách Černého moře jako další krok tlaku na Rusko po uplatnění sankcí.

Δημήτρης Παπαδάκης (S&D). – Κυρία Πρόεδρε, στη Συρία ο απολογισμός είναι δραματικός και έχουμε μία χώρα στα ερείπια, με πάνω από 220.000 νεκρούς, ενώ χιλιάδες είναι οι άμαχοι και τα παιδιά μεταξύ των θυμάτων. Ο αριθμός των προσφύγων ανέρχεται σε περίπου 4 εκατομμύρια, ενώ των εκτοπισμένων σε 7,6 εκατομμύρια.

Και ενώ η ανθρωπιστική κρίση στη Συρία βαθαίνει, δεν έχουν αναληφθεί επαρκείς και αποτελεσματικές πρωτοβουλίες εκ μέρους της Ευρωπαϊκής Ένωσης για την επίλυσή της. Πρέπει, επιτέλους, να γίνει κατανοητό σε όλους ότι ο μεγαλύτερος εχθρός της ανθρωπότητας είναι το ISIS.

Μήπως ήρθε η στιγμή να έρθουμε σε συνεννόηση με το Ιράν και το καθεστώς της Συρίας για να επέλθει κάποια σταθερότητα; Τελικός στόχος όλων μας επιβάλλεται να είναι ο τερματισμός της εν λόγω κατάστασης ώστε να σταματήσει να υποφέρει ο άμαχος πληθυσμός.

Anna Záborská (PPE). – Ekonomický tlak a jednostranná politika rovnakého zastúpenia žien a mužov na pracovnom trhu Európskej únie vedie mnohé ženy k odkladaniu tehotenstva na obdobie po tridsiatke. S vyšším vekom matky však rastie aj pravdepodobnosť výskytu Downovho syndrómu. Tieto ženy aj nenarodené deti si zaslúžia od spoločnosti viac než len prenatalnú diagnostiku a v prípade pozitívneho nálezu ponuku bezplatného potratu. V sobotu 21. marca sme si pripomenuli svetový deň Downovho syndrómu. Financovanie výskumu zameraného na túto genetickú poruchu by malo patriť medzi priority programu Horizont 2020. Ľudia narodení s touto poruchou by tak mohli mať k dispozícii liečbu, ktorá by im umožnila plne samostatný a produktívny život.

Nicola Caputo (S&D). – Signora Presidente, onorevoli colleghi, un'intera regione del Sud Italia, la Puglia, è messa in ginocchio da un'epidemia che sta distruggendo i suoi uliveti. È identificata attualmente nel batterio della Xylella fastidiosa la causa primaria della malattia degli ulivi, ma non si ha certezza che il batterio sia il vero ed unico responsabile, occorrendo ancora una fase di studio che auspico il più rapida e puntuale possibile.

L'epidemia pare essere stata definita in modo troppo affrettato e la stessa eradicazione degli uliveti proposta dal Commissario Andriukaitis si potrebbe giustificare solo con la certezza che sia l'unico rimedio possibile. Ciò che senza dubbio è vero è invece il gravissimo danno inferto all'economia regionale pugliese, con la minaccia che incombe su oltre 23 000 ettari di uliveti e la messa in pericolo di un intero settore, che vede possibile un calo di produzione fino al 40%.

Chiedo alla Commissione di intervenire immediatamente con la previsione di misure di compensazione per gli agricoltori definendo un adeguato indennizzo per l'eventuale abbattimento delle piante e di investire maggiormente nella ricerca, l'unico vero rimedio in grado di debellare definitivamente questo cancro per l'agricoltura pugliese e non solo.

Milan Zver (PPE). – Pred mesecem dni je vrhovno sodišče Republike Slovenije po formi in vsebini odpravilo sporno poročilo komisije o preprečevanju korupcije, ki je leta 2013 služilo kot orodje za odstranitev sicer uspešne desnosredinske vlade Janeza Janše.

S padcem vlade so zastale nujne reforme, predvsem privatizacija.

Mittwoch, 25. März 2015

Z odločitvijo sodišča je po dveh letih pravici sicer zadoščeno, toda gospodarske, socialne in politične posledice ostajajo. Še posebej skrbi slabo delovanje slovenskega pravosodja, ki zaradi tega med državljani uživa najnižjo raven zaupanja v primerjavi z drugimi državami članicami. Naj spomnim samo na zloglasni proces Patria.

Evropsko komisijo pozivam, naj čim prej pripravi šestorček ukrepov na področju pravosodja, ki bo omogočal zunanji sistemski nadzor nad delovanjem sodišč v državah članicah. Le tako lahko državljani, še posebej iz tranzicijskih držav, pričakujejo izboljšave.

Ricardo Serrão Santos (S&D). – Há indícios de que a União Europeia importa produtos no valor de 6 mil milhões de euros provenientes de terrenos agrícolas conquistados à desflorestação ilegal de florestas tropicais, que são, muitas vezes, a base de sustento de comunidades locais.

A destruição selvagem de florestas para fins produtivos de óleo de palma, de soja, de carne e pele de bovinos é um ato absolutamente criminoso, com graves consequências ambientais e sociais. Pode, adicionalmente, inferir-se que estas importações submetem os agricultores europeus a concorrência desleal. As instituições europeias e os seus cidadãos devem ser alertados para estes indícios e, a confirmarem-se, deve proceder-se a uma compensação das partes lesadas e a uma restituição dos serviços ambientais às comunidades autóctonas.

Chamo ainda a atenção para o facto de que o processo de desflorestação, onde estão envolvidos comportamentos de corrupção e violência, põe em causa a estabilidade do clima e conduz à perda da biodiversidade e estes são temas com os quais a União Europeia está formalmente comprometida na sua estratégia de desenvolvimento sustentável, de mitigação do aquecimento global e da luta contra a perda da biodiversidade.

Cristian Dan Preda (PPE). – Doamnă președinte, o gravă criză politică este în plină desfășurare la București. Seamănă cu cea din vara lui 2012. Senatul a decis să încalce Constituția. „Nu ne pasă de ea!”, a spus una dintre membrele camerei superioare. Era vorba despre un vot pentru ridicarea imunității unui fost ministru, Dan Șova. Acesta este acuzat de procurorii anticorupție de complicitate la abuz în serviciu. Mai mult de jumătate din senatorii prezenți au votat pentru ridicarea imunității, dar președintele Senatului și primul-ministru, prieten apropiat al lui Șova, au decis să considere votul ca unul negativ. Sunt încălcate astfel Constituția și mai multe decizii și ale Curții Constituționale. Este disprețuit bunul simț elementar. Lumea a ieșit în stradă la București și strigă: „Parlamentul e penal!”. Cer, aici, demisia premierului Ponta! Singura soluție este organizarea de alegeri anticipate.

Elnök asszony. – A napirendi pontot ezzel lezárom.

26. Stimmerklärungen

26.1. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/018 GR/Attica Broadcasting, Griechenland (A8-0050/2015 - Georgios Kyrtos)

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

Lars Adaktusson (PPE), skriftlig. – I dag röstade vi om ekonomiska bidrag från den s.k. globaliseringsfonden till personer som blivit arbetslösa efter det att europeiska företag lagts ned. Jag röstar konsekvent nej till dessa arbetslöshetsbidrag på grund av två anledningar: För det första ska arbetsmarknadspolitik och ekonomiskt stöd till arbetslösa beslutas om, och finansieras, på nationell nivå – inte på EU-nivå. För det andra bygger grundidén till fonden på att globalisering är någonting negativt – vilket inte stämmer. Globalisering och fri handel leder till tillväxt och fred.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – He votado a favor del informe ya que permite la movilización de a raíz de 928 despidos en 16 empresas que operan en la división 60 («Actividades de programación y emisión de radio y televisión»)(4) de la NACE Rev. 2 en la región NUTS de nivel 2(5) de la región de Ática (EL 30), en Grecia.

Mittwoch, 25. März 2015

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Grecia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), γραπτώς. – Το Ευρωπαϊκό Ταμείο Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση δημιουργήθηκε για να παράσχει πρόσθετη στήριξη στους εργαζομένους που υφίστανται τις συνέπειες της παγκοσμιοποίησης. Είναι θετικό το γεγονός ότι η Ένωση έχει θεσπίσει νομοθετικά και δημοσιονομικά μέσα για να παρέχει πρόσθετη στήριξη στους εργαζομένους και για να διευκολύνει την επανένταξή τους στην αγορά εργασίας. Θεωρώ ότι η οικονομική βοήθεια της Ένωσης προς τους εργαζομένους που απολύονται θα πρέπει να έχει δυναμικό χαρακτήρα και να διατίθεται όσο το δυνατόν ταχύτερα και αποτελεσματικότερα.

Η αίτηση αυτή έρχεται από την Ελλάδα και αφορά τον χώρο των ηλεκτρονικών Μέσων Μαζικής Ενημέρωσης. Ο τομέας αυτός επλήγη ιδιαίτερα από την κρίση. Πολλοί εργαζόμενοι από τα ηλεκτρονικά μέσα απολύθηκαν κατά τη διάρκεια της κρίσης λόγω της μείωσης των διαφημιστικών εσόδων. Για τον λόγο αυτό οι Ελληνικές αρχές ζήτησαν πρόσθετη χρηματοδότηση 5,04 εκατομμυρίων για την επανακατάρτιση και την επανένταξη 928 απολυμένων εργαζομένων από επιχειρήσεις στην Περιφέρεια Αττικής.

Ως εκ τούτου, υπερψηφίζω την έκθεση, η οποία εγκρίνει την αίτηση EGF/2014/018 GR/Attica Broadcasting, από την Ελλάδα για την κινητοποίηση πόρων από το Ευρωπαϊκό Ταμείο Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση.

Jonathan Arnott (EFDD), in writing. – The principle of subsidiarity dictates that decisions should be taken at the closest possible level to the citizen – in this case at regional or national level. Therefore, these projects should not be funded by the European Union.

It is absurd that the arbiters of whether this funding should, or should not, be given are Members of the European Parliament with no detailed knowledge of the situation. This project may well be of benefit to the people of Greece, but I am not best placed to judge.

The European Globalisation Adjustment Fund should be scrapped, which would give money back to the Member States to decide for themselves about the appropriateness of such funding. Consequently, I had no option but to vote against – even though this may be a worthwhile project.

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – mobilizuoti EGF lėšas Graikijos reikmėms siekiant paremti darbuotojų, atleistų iš įmonės „Attica Broadcasting“, atliekančios veiklą leidybos sektoriuje, reintegraciją į darbo rinką. Graikijos ekonomika šeštus metus iš eilės patiria gilų nuosmukį, nuo 2008 m. Graikijos BVP sumažėjo 25,7 proc., valdžios sektoriaus vartojimas – 21 proc., privatus vartojimas – 32,3 proc., o nedarbas išaugo 20,6 proc. Iš EGF ketinama skirti bendrą 5 046 000 EUR sumą 928 atleistiems darbuotojams. Jiems pritaikytas paslaugų paketas apims orientavimą ir konsultavimą, igūdžių vertinimą, perkvalifikavimą, profesinį mokymą, bei konsultacijas verslumo klausimais.

Nicolas Bay (NI), par écrit. – Bien qu'opposé au système hypocrite du «Fonds d'ajustement à la mondialisation», j'ai voté en faveur de ce rapport visant à venir en aide aux 928 salariés frappés par la fermeture de 16 entreprises de télédiffusion.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), por escrito. – He votado a favor de esta propuesta porque la solicitud de las autoridades griegas cumple los criterios de admisibilidad establecidos por el Reglamento FEAG. Los despidos son en el sector de actividades de programación y emisión de radio y televisión de la región de Ática que está vinculado a la crisis económica y financiera mundial. En total son 928 despidos en 16 empresas que operan en la división 60 («Actividades de programación y emisión de radio y televisión»)(4) de la NACE Rev. 2 en la región NUTS de nivel 2(5) de la región de Ática (EL 30), en Grecia. En este momento, la región de Ática es la de mayor número de desempleados entre las doce regiones griegas;

Y también porque la solicitud que se plantea será para la orientación profesional, la formación, el reciclaje y la formación profesional, la formación y la educación especializadas, la búsqueda de empleo y los subsidios a la formación y la movilidad, y todos los trabajadores despedidos elegibles participarán en las medidas financiadas por el FEAG.

Mittwoch, 25. März 2015

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – Cette demande, qui concerne la Grèce et plus précisément l'Attique, la région la plus touchée par le chômage en Grèce (26,3 %), propose la mobilisation de crédits d'engagements (5,046 millions d'euros) pour aider le secteur de la diffusion en Grèce, suite au licenciement de 928 personnes dans 16 entreprises du secteur de la diffusion.

Les causes évoquées consistent dans la chute du pouvoir d'achat des ménages ayant entraîné un effondrement de la demande et dans la dégradation des conditions d'octroi de crédit.

L'aide se compose de subventions à la réorientation et à la formation professionnelle, ou encore d'allocations de chômage.

Cependant, ces causes ne sont que la conséquence de la compression dramatique de la demande intérieure et de l'austérité budgétaire en vigueur en Grèce, sous prétexte d'assainissement budgétaire et de réduction du déficit extérieur.

Cette aide étant essentielle au redressement économique de cette région grecque, j'ai décidé de voter pour.

Même si le Fonds d'ajustement à la mondialisation constitue un pis-aller face aux problèmes engendrés par la politique d'austérité et l'ouverture aux quatre vents de la mondialisation, il semble indispensable d'accorder une aide financière à ces secteurs actuellement menacés par la crise.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. – Ho votato a favore della mobilitazione del FEG, il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, per sostenere 928 lavoratori greci in 16 imprese afferenti al settore dell'attività di programmazione e trasmissione. Ritengo doveroso appoggiare tale finanziamento che va a sostenere una regione, l'Attica, che è quella a più alto tasso di disoccupazione della Grecia. Il FEG rimane un ottimo strumento per il sostegno ad imprese e lavoratori colpiti dalla crisi, ma necessita di una semplificazione dell'iter burocratico per la sua attivazione, affinché possa incidere positivamente sulla vita dei cittadini soprattutto in questo periodo di crisi.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat för detta betänkande.

Det gör jag därför att arbetarna i de aktuella fallen ska ges ekonomiskt stöd för omskolning och/eller andra åtgärder för att finna nya jobb.

Dock vill jag understryka att den omfattande arbetslösheten i EU skulle kunna bekämpas effektivt om man stoppar den åtstramningspolitik som EU-kommissionen och medlemsstaternas regeringar sedan länge bedriver.

För att skapa nya arbetstillfällen i Europa krävs en ny ekonomisk politik med massiva offentliga och miljövänliga investeringar. Det krävs samhällsnyttiga investeringar inom skola, vård och omsorg, men också i infrastruktur, järnväg, kollektivtrafik, energisnåla bostäder och hållbara energisystem.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 5 046 000 euros del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a 928 trabajadores que han perdido su empleo en dieciséis empresas que operan en el sector de las actividades de programación y emisión de radio y televisión en la región de Ática, en Grecia, como consecuencia de la crisis económica y financiera que azota al país heleno y que, por una parte, ha limitado de forma significativa los costes relacionados con la información cotidiana, a pesar de su importancia, y, por otra, ha restringido drásticamente los préstamos a empresas y particulares como consecuencia de la falta de liquidez de las entidades bancarias griegas. Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades de orientación profesional, formación, reciclaje y búsqueda de empleo, además de subvenciones para la creación de nuevas empresas y promoción del emprendimiento.

Si bien estas ayudas no son capaces por sí solas de paliar el drama del desempleo en la región de Ática, que alberga ya el mayor número de desempleados entre las doce regiones griegas, sí constituyen una buena asistencia y formación para la reinserción laboral de los trabajadores afectados.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Europos Parlamentas pritaria finansinės paramos iš Europos Globalizacijos fondo skyrimui 928 darbuotojams, atleistiems iš Graikijos kompanijos „Attika Broadcasting“ per ataskaitinį laikotarpį nuo 2014 m. birželio 12 d. iki rugsėjo 12 d. Pasak Graikijos valdžios institucijų, pagrindiniai darbuotojų atleidimų nulėmę įvykiai buvo du: sumažėjusios namų ūkių disponuojamos pajamos dėl didesnės mokesčių naštos, sumažėjusių atlyginimų (privačiajame ir viešajame sektoriuose) ir augančio nedarbo ir dėl to smarkiai sumažėjusi perkamoji galia ir atsiradęs poreikis suskirstyti išlaidas pagal prioritetus smarkiai apribojant, nepaisant jos svarbos, kasdienės informacijos išlaidas. Taip pat, dėl grynųjų pinigų trūkumo Graikijos bankuose drastiškai

Mittwoch, 25. März 2015

sumažėjęs paskolų išdavimas įmonėms ir asmenims. Bendrai finansuotiną suderintą prie individualių poreikių pritaikytų paslaugų paketą sudaro profesinio orientavimo, mokymo, perkvalifikavimo ir profesinio mokymo paslaugos, subsidija savarankiškam darbui, darbo paieškos išmoka ir mokymo išmoka bei judumo pašalpa.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási alap létrehozása eddig kiemelkedően fontos eszköznek bizonyult a világherkesekelem fő strukturális változásainak következményei által sújtott vagy a globális pénzügyi és gazdasági válság következtében elbocsátott munkavállalóknak. Tapasztalataim szerint az eddig odaítélt támogatások segítettek az elbocsátott dolgozók újbóli beilleszkedését a munkaerőpiacra. A görög kormány kérése megfelel az alap létrehozása során megfogalmazott előírásoknak, ezért támogatam elfogadását.

Franc Bogovič (PPE), *pisno*. – Podprl sem predlagani sklep o dodelitvi sredstev iz Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji (ESPG) v višini dobrih 5 milijonov evrov, namenjenih šestnajstim podjetjem iz grške regije Atika, ki delujejo na področju radijske in televizijske dejavnosti in so zaradi poslabšanja gospodarskega položaja bila prisiljena odpuščati. S sredstvi ESGP bo tako zagotovljena pomoč 928 delavcem, ki so v letu 2014 izgubili delo.

Odpuščenim delavcem bodo tako na voljo ukrepi, kot so poklicno usmerjanje, usposabljanje (ponovno, poklicno in specializirano usposabljanje), izobraževanje ter nadomestila za iskanje zaposlitve, usposabljanje in mobilnost. Za subvencije za samozaposlovanje bo namenjenih 1,8 milijona evrov, za različne oblike usposabljanj 1,536 milijona evrov, 1,152 milijona evrov pa bo namenjeno nadomestilom za usposabljanje. 120 delavcem bo zagotovljeno nadomestilo za mobilnost, ki jim bo pomagalo pri selitvi v kraj, kjer jim bo ponujeno novo delovno mesto.

Regija Atika je namreč glede stopnje nezaposlenosti v najslabšem položaju med dvanajstimi grškimi regijami, saj v njej že zdaj živi največ nezaposlenih ljudi v Grčiji. Zato je tovrstna pomoč iz proračuna EU še kako potrebna.

Upam, da bo tudi Slovenija začela intenzivneje koristiti sredstva iz ESGP in tako omogočila ponovno zaposlitev posameznikom, ki so v preteklosti izgubili delo.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Budući da je Grčka podnijela opravdan i cjelovit zahtjev za financijski doprinos iz EGF-a slijedom otpuštanja 928 radnika u 16 poduzeća u regiji Atici razine NUTS 2, podržavam ovu Odluku.

Marie-Christine Boutonnet (NI), *par écrit*. – Cette demande de la Grèce d'intervention du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, intervient suite au licenciement de 928 personnes dans 16 entreprises opérant dans le secteur des activités de programmation et de diffusion.

Les travaux de la commission des budgets indiquent «que les licenciements dans le secteur de la diffusion de la région de l'Attique présentent un lien avec la crise financière et économique mondiale qui, d'un côté, a diminué le revenu disponible des ménages, ce qui a entraîné une chute très forte du pouvoir d'achat et, d'un autre côté, a fortement réduit les prêts aux entreprises et aux particuliers en raison des difficultés de trésorerie des banques grecques». Ils relèvent en outre que «ces licenciements devraient avoir un très grand impact négatif dans la région de l'Attique, qui compte déjà le plus grand nombre de chômeurs en Grèce».

J'ai voté donc voté pour l'intervention du fonds à hauteur de 5 046 000 euros.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour, since I maintain it is very important to deploy the European Globalisation Adjustment Fund in order to help Greek citizens who have lost their jobs.

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Regiunea Attica este o zonă care până la începutul crizei a oferit multe locuri de muncă însă, din cauza crizei, numărul șomerilor a crescut simțitor, Attica situându-se, astăzi, printre primele regiuni cu cei mai mulți șomeri din Grecia.

Suma de 5 046 000 EUR pentru cei 928 de muncitori poate fi de folos pentru relansarea zonei din punct de vedere al forței de muncă. S-a ajuns la această situație deoarece, în condiții de criză economică, băncile nu au mai putut oferi credite, ca urmare a insuficienței de lichidități. S-a creat astfel un cerc vicios, care împiedică și îngreunează bunul mers al lucrurilor, atât pentru muncitori, cât și pentru sistem.

Mittwoch, 25. März 2015

Susțin acest raport deoarece orice sprijin venit în ajutorul celor care au puterea, forța și voința de a munci este binevenit atât pentru zona afectată, cât și pentru Uniune, în ansamblul ei.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento a sostegno dell'occupazione e dei lavoratori vittime della globalizzazione.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta relativa alla mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (il FEG, istituito per fornire sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze di rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale) che fa riferimento alla domanda presentata dalla Grecia per un contributo finanziario a titolo del FEG in seguito a 928 collocamenti in esubero presso 16 imprese operanti in attività di programmazione e trasmissione.

L'economia greca sta attraversando una grave recessione: secondo i dati dell'ELSTAT, l'autorità statistica greca, dal 2008 il PIL greco è sceso di 25,7 punti percentuali, il consumo pubblico di 21 punti percentuali e il consumo privato di 32,3 punti percentuali, mentre la disoccupazione è salita di 20,6 punti percentuali. Per queste motivazioni ho deciso di votare a favore della mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione.

Mi rammarico che le aziende italiane non possano usufruire maggiormente del FEG per la mancanza di sostegno da parte delle istituzioni locali e nazionali, che hanno presentato tra il 2007 e il 2014 solo 14 richieste in totale.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report. This report is concerned with the re-integration into the labour market of an estimated 958 workers of 16 enterprises operating in the programming and broadcasting sector in the Greek region of Attica. This is a particularly important issue for me, as only recently in my own constituency and my home town of Carrickmacross, 140 workers were made redundant from our local BOSE factory. This has had a devastating effect on the workers, their families and the wider community. We do not yet know if an application for funding from the European Globalisation Fund will be made in this instance, but adequate support for the workers in retraining and up—skilling must be provided in any case. The Fund plays a vital role in ameliorating what is a very distressing situation for workers who have found their whole livelihoods placed into disarray. In what is often a very harrowing situation, it is important to focus on the positive and constructive options which are available. However, I would like to add a general qualification that no government should use this fund as justification for making workers redundant.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La presente mobilitazione del FEG interviene, ancora una volta, nell'Attica, la regione greca con il più alto tasso di disoccupazione. Alla base della domanda di mobilitazione vi è il collocamento in esubero di 928 lavoratori provenienti da 16 imprese che agiscono nel settore della programmazione e trasmissione audiovisiva. Si tratta della prima domanda FEG presentata dal settore, e la richiesta è stata sollecitata dai beneficiari stessi presso il ministero del Lavoro greco. Si tratta di una nota particolarmente positiva, anche in virtù del fatto che ha permesso che venissero identificati servizi di intervento personalizzati dal momento che i licenziamenti hanno avuto luogo in 16 diverse società.

Aymeric Chauprade (NI), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui permettra de soulager quelque peu 928 salariés frappés par la fermeture de 16 entreprises de diffusion de télévision.

Chacun le sait, la Grèce subit depuis 2008 une intense récession; selon ELSTAT – l'autorité statistique grecque – depuis 2008, le PIB grec a chuté de 25,7 points.

Cette situation, nous le savons, est la conséquence de la crise financière, une crise provoquée par une mondialisation sauvage, créature d'un ultra-libéralisme débridé.

Le peuple grec qui subit l'austérité, les licenciements massifs, le déclassement depuis six ans maintenant, mérite bien de recevoir une maigre compensation de la part de cette Union Européenne qui, par ailleurs, est si souvent complice de sa persécution économique et budgétaire.

Mittwoch, 25. März 2015

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Dall'inizio dell'anno 2015 questa è la nona domanda di accesso al Fondo di adeguamento alla globalizzazione sulla quale il Parlamento europeo si pronuncia. È un segno evidente delle difficoltà che stanno conoscendo tutti i paesi dell'Unione e che riguardano, oramai, quasi tutti i settori di attività colpiti direttamente o indirettamente da questa lunga crisi economica e finanziaria.

La società greca Attica Broadcasting, come molte altre del suo paese, ha risentito della grave recessione che ha coinvolto la Grecia per il sesto anno consecutivo. Nonostante gli sforzi e i nuovi piani aziendali, la società ha registrato un esubero di 928 persone.

Ho votato a favore della richiesta presentata dalla Grecia alla Commissione europea, accolta favorevolmente anche dal Comitato bilancio del Consiglio, di mobilitare 5 046 000 EUR per far fronte agli effetti della crisi e, soprattutto, per sostenere i tanti lavoratori adesso disoccupati.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Il provvedimento che abbiamo esaminato fa riferimento, rispetto al quadro del bilancio 2015, alla mobilitazione del FEG per un importo totale di 5 046 000 EUR per la Grecia. Essa riguarda la messa in esubero di 928 lavoratori. La richiesta si basa sul ricollocamento di almeno 500 lavoratori nell'arco di nove mesi in imprese operanti nello stesso settore economico definito a livello delle divisioni della NACE Rev. 2.

È da premettere che il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è stato istituito per fornire sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze di rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale.

Secondo i dati citati dalle autorità greche, l'economia dello Stato attraversa una grave recessione. Inoltre si comunica che la grave recessione oramai si protrae da diversi anni e che il consumo pubblico è sceso di 21 punti percentuali e quello privato di 32,3 punti, mentre la disoccupazione è salita di 20,6 punti. Due fattori principali sembrerebbero le cause degli esuberi: la diminuzione del reddito familiare dovuto al forte aumento della disoccupazione e la notevole riduzione del credito ai singoli cittadini e alle imprese. Per queste considerazioni ho deciso di votare favorevolmente.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della mobilitazione del FEG in favore della Grecia perché reputo che tale stanziamento possa rappresentare una compensazione tra i costi ed i benefici che possono scaturire dai cambiamenti strutturali del commercio mondiale dovuti alla globalizzazione.

Reputo che i 928 esuberi presso 16 imprese operanti in attività di programmazione e trasmissione della regione dell'Attica siano una conseguenza indiretta di tali modifiche dei *pattern of trade*, poiché la crisi economica e finanziaria mondiale da un lato ha comportato una diminuzione del reddito disponibile alle famiglie e, di conseguenza, un crollo del potere di acquisto e la necessità di stabilire priorità di spesa limitando fortemente l'acquisto di informazione nonostante la sua importanza e, dall'altro lato, ha ridotto i prestiti alle imprese e ai singoli cittadini a causa della mancanza di liquidità presso le banche greche.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi criado em 2006 para prestar assistência adicional aos trabalhadores afetados pelas consequências de mudanças importantes na estrutura do comércio internacional e para ajudar à sua reintegração no mercado de trabalho.

A partir de 1 de maio de 2009, o âmbito de aplicação do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi alargado, passando a incluir o apoio a trabalhadores despedidos em consequência direta da crise económica, financeira e social.

Nesta altura em que a Europa está a braços com uma crise financeira, económica e social, sendo o desemprego uma das principais consequências, a União Europeia deverá utilizar todos os meios ao seu alcance para reagir, nomeadamente, no que se refere aos apoios a prestar às pessoas que ficaram sem emprego.

Assim, apoiei o presente relatório referente à mobilização de 5.046.000 euros a favor da Grécia com o objetivo de apoiar os 928 trabalhadores despedidos, em 16 empresas ligadas à atividade de programação de rádio e de televisão.

Mittwoch, 25. März 2015

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto favorevole sulla domanda di mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione EGF/2014/018 GR/Attica Broadcasting per le seguenti ragioni. Detto fondo offre un sostegno a coloro che hanno perso il lavoro a seguito di rilevanti cambiamenti strutturali del commercio mondiale ovvero a causa della crisi economica e finanziaria.

Le autorità greche, ben prima della decisione di ricorrere al FEG, hanno optato per la realizzazione di servizi personalizzati per i lavoratori trattando direttamente con i rappresentanti di questi ultimi (si parla di 928 esuberanti, ripartiti su 16 società differenti che operano tuttavia nel medesimo campo, dovuti alla crisi economica). Tale ultima evidenza assume connotati molto rilevanti posto che, come si evince dalla relazione, i licenziamenti avranno un impatto negativo sull'Attica che, giova evidenziare, già detiene il triste primato in ordine alla percentuale di disoccupati in Grecia.

In conclusione, sembrano sussistere tutti i requisiti di accesso al Fondo che, nel caso di specie, si concretano nella perdita di lavoro a causa della crisi economica e in un notevole danno economico all'economia regionale.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – 928 personnel from 16 enterprises working in the programming and broadcasting sector have been made redundant. Such redundancies are linked to the global financial and economic crisis. The European Globalisation Fund measures recommended will seek the reintegration of redundant workers into employment through occupational guidance, training, retraining and job search. I have thus voted in favour of this report.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Ho deciso di votare favorevolmente alla proposta di stanziamento dei fondi FEG in favore delle 16 aziende impegnate nel settore dell'attività di programmazione (*broadcasting*) in maniera da tutelare i 928 lavoratori collocati in esubero. Infatti, in un momento di grave crisi economica e in un paese come la Grecia, la concessione di aiuti finanziari è l'unico strumento che può evitare ulteriori chiusure di aziende e perdite di posti di lavoro, aggravando ancor di più la situazione di emergenza sociale, che per alcuni suoi aspetti potrebbe essere considerata un'emergenza umanitaria.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. –

He votado a favor del informe ya que permite la movilización de a raíz de 928 despidos en 16 empresas que operan en la división 60 («Actividades de programación y emisión de radio y televisión»)(4) de la NACE Rev. 2 en la región NUTS de nivel 2(5) de la región de Ática (EL 30), en Grecia.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Grecia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This application refers to the mobilisation of a total amount of EUR 5 046 000 from the European Globalisation Adjustment Fund for Greece. It concerns 928 redundancies in the reference period from 12 September 2013 to 12 June 2014.

The events giving rise to the redundancies at Attica Broadcasting, according to the Greek authorities, were mainly two: (1) the decrease of available household income - due to the increase in the tax burden, decreasing salaries and rising unemployment - resulting in the need to prioritise spending while limiting significantly the cost of everyday information; and (2) the drastic reduction of loans to enterprises and individuals due to the lack of cash in the Greek banks.

As this action will provide a second chance to workers who have been unfairly affected by changes beyond their control, I voted in favour of the application.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo viene di nuovo chiamato a far fronte agli effetti della crisi degli ultimi anni e dei cambiamenti strutturali determinati dalla globalizzazione.

Mittwoch, 25. März 2015

Si exprime voto favorevole per la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione per le tre richieste all'ordine del giorno in questa plenaria.

La mobilitazione del FEG, lanciata nel 2007, ha sostenuto già più di 120 000 lavoratori e rappresenta uno strumento fondamentale di solidarietà intra-europea con il primario obiettivo di un reinserimento professionale dei lavoratori interessati.

Altre procedure di richiesta di mobilitazione del FEG sono già in itinere ed anche su esse non mancherà il personale sostegno, nell'ottica della piena e concreta attuazione delle politiche sociali dell'Unione europea.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Suite au licenciement de 928 employés au sein de 16 entreprises dans le secteur de la diffusion, la Grèce a demandé à l'Union européenne de mobiliser le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) pour soutenir les personnes ayant perdu leur emploi et pour les aider à retrouver un travail ou à créer leur propre entreprise.

L'aide octroyée s'élève à 5 046 000 euros et couvre 60 % du coût des projets qui seront proposés à ces employés. Étant donné que la demande de la Grèce correspond aux critères de mobilisation du FEM, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Depuis 2008, la Grèce connaît une crise financière et budgétaire d'une ampleur sans précédent. Dans ce contexte, les biens et services qui ne sont pas de première nécessité sont particulièrement impactés par la baisse de la consommation des ménages. Il en est notamment ainsi dans le secteur de la diffusion. J'ai soutenu la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) de manière à venir en aide à près de 1 000 salariés licenciés dans 16 entreprises de ce secteur qui se sont retrouvés dans une situation de fragilité sociale. Avec le cofinancement du FEM, ces salariés pourront bénéficier d'un ensemble de services personnalisés comme des aides à l'orientation professionnelle, à la formation, à la reconversion et à la mobilité.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – L'economia greca attraversa una grave crisi recessiva per il sesto anno consecutivo. In base ai dati dell'ELSTAT, l'autorità statistica greca, dal 2008 il PIL greco è sceso di 25,7 punti percentuali, il consumo pubblico di 21 punti percentuali e il consumo privato di 32,3 punti percentuali, mentre la disoccupazione è salita di 20,6 punti percentuali.

Ho sostenuto la proposta di mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione perché permetterà il reinserimento nel mercato del lavoro dei 928 lavoratori collocati in esubero presso l'Attica Broadcasting, azienda greca colpita dai rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale dovuti alla globalizzazione.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – 2015. február 3-án a Bizottság határozatra irányuló javaslatot fogadott el az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap Görögország javára történő igénybevételére. A kérelmet 2014. szeptember 4-én küldték el a Bizottságnak. A Bizottság megállapította, hogy a kérelem eleget tesz az EGAA igénybevételéhez szükséges, a 2013. december 17-i 1309/2013/EK európai parlamenti és tanácsi rendelet 4. cikke (1) bekezdésének b) pontjában megállapított követelményeknek. A görög hatóságok szerint főként az alábbi események vezettek az elbocsátásokhoz: 1. az adóterhek növekedése, a fizetések csökkenése (ami mind a magán-, mind az állami szektor alkalmazottait érintette) és a munkanélküliség fokozódása miatt csökkent a háztartások rendelkezésére álló jövedelem, aminek következtében rendkívüli mértékben visszaesett a vásárlóerő, és a fogyasztóknak rangsorolniuk kellett kiadásait, és jelentőségük ellenére számottevően csökkenteniük kellett a mindennapi tájékozódásra költött összegeket; 2. a görög bankok likviditási problémái miatt drámai mértékben beszűkültek a vállalkozások és a magánszemélyek rendelkezésére álló hitelforrások.

A személyre szabott szolgáltatások társfinanszírozandó, összehangolt csomagja pályaorientációt, képzést, átképzést, szakmai képzést, önfoglalkoztatási támogatást, munkakeresési támogatást, képzési és mobilitási támogatást foglal magában. A Fidesz-KDNP delegációja a szolidaritás jegyében támogatja az indítványt. Fontos, hogy az elbocsátott munkavállalók megfelelő támogatást kapjanak a munkaerőpiacon való újbóli elhelyezkedésükhöz.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτως*. – Υπερψήφισα την έκθεση καθώς, παρότι διαφωνώ με το τρόπο διαχείρισης των κονδυλίων, η συγκεκριμένη έκθεση αφορά την Ελλάδα.

Mittwoch, 25. März 2015

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – 2015. február 3-án a Bizottság határozatra irányuló javaslatot fogadott el az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap Görögország javára történő igénybevételére. A kérelmet 2014. szeptember 4-én küldték el a Bizottságnak. A Bizottság megállapította, hogy a kérelem eleget tesz az EGAA igénybevételéhez szükséges, a 2013. december 17-i 1309/2013/EK európai parlamenti és tanácsi rendelet 4. cikke (1) bekezdésének b) pontjában megállapított követelményeknek. A görög hatóságok szerint főként az alábbi események vezettek az elbocsátásokhoz: 1. az adóterhek növekedése, a fizetések csökkenése (ami mind a magán-, mind az állami szektor alkalmazottait érintette) és a munkanélküliség fokozódása miatt csökkent a háztartások rendelkezésére álló jövedelem, aminek következtében rendkívüli mértékben visszaesett a vásárlóerő, és a fogyasztóknak rangsorolniuk kellett kiadásait, és jelentőségük ellenére számottevően csökkenteniük kellett a mindennapi tájékozódásra költött összegeket; 2. a görög bankok likviditási problémái miatt drámai mértékben beszűkültek a vállalkozások és a magánszemélyek rendelkezésére álló hitelforrások.

A személyre szabott szolgáltatások társfinanszírozandó, összehangolt csomagja pályaorientációt, képzést, átképzést, szakmai képzést, önfoglalkoztatási támogatást, munkakeresési támogatást, képzési és mobilitási támogatást foglal magában. A Fidesz-KDNP delegációja a szolidaritás jegyében támogatja az indítványt. Fontos, hogy az elbocsátott munkavállalók megfelelő támogatást kapjanak a munkaerőpiacon való újbóli elhelyezkedésükhöz.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund was set up to provide additional assistance to workers who have lost their jobs as a result of major structural changes in world trade patterns. I voted in favour of this report because it is a means by which the EU can give valuable help to local economies hard hit by company closures. I regret that the government has not taken advantage of this fund in Wales.

José Inácio Faria (ALDE), *por escrito*. – O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização é um instrumento que confere apoio aos trabalhadores que sofrem as consequências de importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial e visa prestar assistência aos trabalhadores despedidos.

No caso da Attica Broadcasting, e considerando que a candidatura satisfaz os critérios de elegibilidade previstos no Regulamento FEG, o pacote de auxílio que votei favoravelmente é composto por orientação profissional, formação, reconversão e formação profissional e subsídios para o trabalho independente, a procura de emprego e a mobilidade, visando melhorar a empregabilidade de todos os trabalhadores. Este apoio deve ser complementar à responsabilidade da empresa por força da legislação nacional e não sobreponível a outro tipo de suporte financeiro por parte de União.

De acordo com os dados transmitidos pelas autoridades gregas, a economia grega encontra-se, pelo sexto ano consecutivo (2008-2013), em profunda recessão. Segundo o ELSTAT, a autoridade estatística grega, desde 2008, o PIB grego diminuiu 25,7 pontos percentuais, o consumo público 21 pontos percentuais e o consumo privado 32,3 pontos percentuais, ao passo que o desemprego registou um aumento de 20,6 pontos percentuais. Este apoio diz respeito a 928 despedimentos no período de referência de 12 de setembro de 2013 a 12 de junho de 2014.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O FEG foi criado para fornecer suporte adicional para trabalhadores despedidos na sequência de importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial devido à globalização ou à crise financeira e ajudá-los a encontrar novos empregos. Aos trabalhadores despedidos são oferecidas medidas tais como suporte para a criação de empresas, assistência na procura de emprego, orientação profissional e vários tipos de formação. Na maioria dos casos, as autoridades nacionais já começaram a tomar medidas para obter o reembolso dos seus custos pela UE, quando os seus pedidos são aprovados.

As autoridades gregas apresentaram uma candidatura a respeito de despedimentos em 16 empresas que operam em atividades de programação de rádio e de televisão na região da Ática, correspondendo a uma contribuição financeira no montante de mais de cinco milhões de euros. Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (NI), *par écrit*. – J'ai voté positivement, car il s'agit avant tout, même si la politique libre-échangiste absolue de l'Union européenne est à l'origine des difficultés des entreprises européennes, de soutenir une entreprise en difficulté, ses dirigeants et ses salariés.

Mittwoch, 25. März 2015

Raffaele Fitto (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa richiesta di mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione per fornire sostegno supplementare ai lavoratori greci della Attica Broadcasting, che hanno risentito delle conseguenze di rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Hospodárska a finančná kríza zasiahla v nemalej miere aj trh práce v Grécku. Fond na prispôsobenie sa globalizácii bol zriadený na poskytnutie potrebnej a nevyhnutnej podpory pre pracovníkov, ktorých sa dotkli veľké štrukturálne zmeny v odvetví svetového obchodu. Európska komisia prijala 3. februára 2015 návrh o mobilizácii fondu v prospech Grécka. Na opätovné začlenenie 928 zamestnancov sa má použiť 5 046 000 EUR zo zdrojov Európskeho fondu na prispôsobenie globalizácii. Grécke hospodárstvo sa nachádza už šiesty rok po sebe v hlboknej recesii. Predmetné finančné prostriedky z fondu sú určené na opätovné zapojenie nezamestnaných pracovníkov formou pracovného poradenstva, profilovania a odborného vzdelávania.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. – Voto favorevolmente alla concessione del fondo di 5 046 000 EUR per i 928 esuberi in 16 imprese nella regione dell'Attica, che è la regione con il più alto tasso di disoccupazione della Grecia.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφπτώς*. – Αν και διαφωνώ με τον τρόπο που διαχειρίζονται τα κονδύλια του ΕΤΠ και κάποιες εταιρείες θησαυρίζουν με τη μετεκπαίδευση σε νέες δεξιότητες των απολυμένων με ελάχιστα χρήματα να πηγαίνουν προς όφελος των ανέργων, υπερψηφίζω την αίτηση EGF/2014/018 GR/Attica Broadcasting γιατί αφορά Έλληνες.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted against the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund. I am entirely against the use of these funds since they do not respect the principle of subsidiarity as social welfare is firmly a Member State competency. Additionally, I do not believe that this represents any value for money and it is a waste of resources.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – 2015. február 3-án a Bizottság határozatra irányuló javaslatot fogadott el az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap Görögország javára történő igénybevételére.

A kérelmet 2014. szeptember 4-én küldték el a Bizottságnak. A Bizottság megállapította, hogy a kérelem eleget tesz az EGAA igénybevételéhez szükséges, a 2013. december 17-i 1309/2013/EK európai parlamenti és tanácsi rendelet 4. cikke (1) bekezdésének b) pontjában megállapított követelményeknek.

A görög hatóságok szerint főként az alábbi események vezettek az elbocsátásokhoz: (1) az adóterhek növekedése, a fizetések csökkenése (ami mind a magán-, mind az állami szektor alkalmazottait érintette) és a munkanélküliség fokozódása miatt csökkent a háztartások rendelkezésére álló jövedelem, aminek következtében rendkívüli mértékben visszacsúszott a vásárlóerő, és a fogyasztóknak rangsorolniuk kellett kiadásait, és jelentőségük ellenére számottevően csökkenteniük kellett a mindennapi tájékozódásra költött összegeket; (2) a görög bankok likviditási problémái miatt drámai mértékben beszűkültek a vállalkozások és a magánszemélyek rendelkezésére álló hitelforrások.

A személyre szabott szolgáltatások társfinanszírozandó, összehangolt csomagja pályaorientációt, képzést, átképzést, szakmai képzést, önfoglalkoztatási támogatást, munkakeresési támogatást, képzési és mobilitási támogatást foglal magában.

A Fidesz–KDNP delegációja a szolidaritás jegyében támogatja az indítványt. Fontos, hogy az elbocsátott munkavállalók megfelelő támogatást kapjanak a munkaerőpiacon való újbóli elhelyezkedésükhöz.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque da luz verde a la movilización del FEAG para prestar una contribución financiera por un importe de 5 046 000 euros en respuesta a la solicitud presentada por Grecia en relación con los 120 despidos realizados en dieciséis empresas que operan en el sector de actividades de programación y emisión de radio y televisión en Grecia.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – È un dovere dell'Unione europea, in momenti come questi, essere a fianco delle famiglie greche e fare quanto possibile per aiutare il maggior numero di persone in difficoltà.

Mittwoch, 25. März 2015

Per questi motivi ho votato sì alla richiesta da parte della Grecia di utilizzo del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, in conformità del punto 13 dell'accordo interistituzionale del 2 dicembre 2013 tra il Parlamento europeo, il Consiglio e la Commissione sulla disciplina di bilancio, sulla cooperazione in materia di bilancio e sulla sana gestione finanziaria.

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Ho votato con convinzione la relazione del collega Kyrtos che mobilita un aiuto concreto ai lavoratori di Attica Broadcasting, in risposta alla domanda presentata dal governo della Grecia.

La Grecia è stata fin troppo duramente colpita dalla crisi occupazionale ed economica degli ultimi cinque anni. L'auspicio è che queste misure, oltre a rappresentare uno strumento di reinserimento professionale come previsto dal Fondo di adeguamento alla globalizzazione, possano anche essere intese finalmente come un gesto di apertura e sensibilità da parte dell'Europa. I collocamenti in esubero dei lavoratori di Attica Broadcasting avranno un'ulteriore incidenza negativa su una regione che già registra il numero più elevato di disoccupati in Grecia. Auspicio pertanto che lo sblocco dei finanziamenti possa porre un palliativo immediato e introdurre misure che ricreino fiducia e competenze per i lavoratori interessati.

Elena Gentile (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore delle relazioni sulle proposte di decisione del PE e del Consiglio per la mobilitazione di contributi del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, pari a 5 046 000 EUR e 3 746 700 EUR, in favore del settore dell'informazione in Grecia.

Eventi drammatici, come quello di Attica Broadcasting, con l'esubero di 928 lavoratori da parte di 16 società televisive, o il caso di Attica Publishing, con l'esubero di 705 lavoratori occupati in 46 imprese del settore pubblicitario, richiedono impegno e solidarietà.

Le due vicende hanno origini comuni, la crisi economica, e risposte comuni: chiusure ed esuberi di massa.

Il calo del reddito familiare e del potere d'acquisto e il taglio del credito alle imprese hanno piegato la Grecia, aprendo gravi scenari per territori quali la regione dell'Attica, fra i più poveri del paese, e determinando la rinuncia a servizi quali l'informazione, ritenuti superflui. Questo è tanto più grave considerata la chiusura dell'emittente pubblica RTF per volere della Troika, e il *vulnus* democratico dovuto alla mancanza di un sistema d'informazione plurale.

Il finanziamento a titolo del FEG di servizi personalizzati di riqualificazione e formazione professionale, sussidi per l'imprenditoria e per l'avvio di start-up è quindi davvero doveroso in un'ottica di solidarietà europea.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe sobre movilización de recursos para la adaptación a un espacio globalizado. El informe trata sobre una partida destinada a la reintegración en el mercado laboral de 928 trabajadores de 16 empresas en la región griega de Attica.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of this report as I support the provision of additional assistance to workers suffering from major structural changes in world trade patterns. The UK has never made an application under this Fund. UK workers therefore receive none of this support.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour, because the purpose of the European Globalisation Adjustment Fund is to provide additional assistance to workers suffering from the consequences of major structural changes in world trade patterns. In this case, 928 people had lost their jobs as a consequence of globalisation.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – 2015. február 3-án a Bizottság határozatra irányuló javaslatot fogadott el az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap Görögország javára történő igénybevételére.

Mittwoch, 25. März 2015

A kérelmet 2014. szeptember 4-én küldték el a Bizottságnak. A Bizottság megállapította, hogy a kérelem eleget tesz az EGAA igénybevételéhez szükséges, a 2013. december 17-i 1309/2013/EK európai parlamenti és tanácsi rendelet 4. cikke (1) bekezdésének b) pontjában megállapított követelményeknek.

A görög hatóságok szerint főként az alábbi események vezettek az elbocsátásokhoz: (1) az adóterhek növekedése, a fizetések csökkenése (ami mind a magán-, mind az állami szektor alkalmazottait érintette) és a munkanélküliség fokozódása miatt csökkent a háztartások rendelkezésére álló jövedelem, aminek következtében rendkívüli mértékben visszacsúszott a vásárlóerő, és a fogyasztóknak rangsorolniuk kellett kiadásait, és jelentőségük ellenére számottevően csökkenteniük kellett a mindennapi tájékozódásra költött összegeket; (2) a görög bankok likviditási problémái miatt drámai mértékben beszűkültek a vállalkozások és a magánszemélyek rendelkezésére álló hitelforrások.

A személyre szabott szolgáltatások társfinanszírozandó, összehangolt csomagja pályaorientációt, képzést, átképzést, szakmai képzést, önfoglalkoztatási támogatást, munkakeresési támogatást, képzési és mobilitási támogatást foglal magában.

A Fidesz–KDNP delegációja a szolidaritás jegyében támogatja az indítványt. Fontos, hogy az elbocsátott munkavállalók megfelelő támogatást kapjanak a munkaerőpiacon való újbóli elhelyezkedésükhöz.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado a favor de este informe sobre movilización de recursos para la adaptación a un espacio globalizado. El informe trata sobre una partida destinada a la reintegración en el mercado laboral de 928 trabajadores de 16 empresas en la región griega de Attica.

Carlos Iturgaiz (PPE), por escrito. – Voto a favor.

El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización se creó para proporcionar ayuda adicional a los trabajadores que sufren las consecuencias de grandes cambios estructurales en los patrones del comercio mundial. Evaluando la solicitud presentada, considero que ésta debe ser concedida.

Ivan Jakovčić (ALDE), napisan. – Glasovao sam za prijedlog Rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu Odluke Parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizacije u korist 928 otpuštenih grčkih radnika u regiji Attici zbog toga što je situacija u Grčkoj iznimno teška, a recesija koja je pogodila grčku ekonomiju traje već više od šest godina. U takvim slučajevima važno je što brže i učinkovitije pružati adekvatnu pomoć i potporu kako bi se ublažile posljedice svjetskih strukturnih promjena.

Regija Attica grčka je regija s najvećom stopom nezaposlenosti, a gospodarska situacija dodatno će se pogoršati ovim otpuštanjima. Stoga, smatram da je financijska pomoć EGF-a od iznimne važnosti kako bi se radnike čim prije reintegriralo na tržište rada i potaknuo rast poduzetništva, a ujedno se time pokazuje solidarnost Europske unije.

Philippe Juvin (PPE), par écrit. – J'ai soutenu la résolution portant sur la demande de mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation introduite par la Grèce suite à des licenciements survenus dans 16 entreprises spécialisées dans la programmation et la diffusion radiophonique et télévisuelle. Ce Fonds a été créé pour favoriser la réinsertion sur le marché du travail des travailleurs victimes des modifications de la structure du commerce international résultant de la mondialisation, ou de la crise financière. Aussi, je me félicite de l'adoption de cette aide s'élevant à 5 046 000 euros.

Εύα Καϊλή (S&D), γραπτώς. – Ψήφισα υπέρ διότι θεωρώ, πως πρέπει να παρασχεθεί πρόσθετη στήριξη στους εργαζομένους, που υφίστανται τις συνέπειες των μεγάλων διαρθρωτικών αλλαγών στη μορφή του παγκόσμιου εμπορίου και πρέπει αυτοί να στηριχθούν με σκοπό την επανένταξή τους στην αγορά εργασίας, στην περίπτωση μάλιστα που έχουν απολυθεί λόγω της παγκόσμιας χρηματοπιστωτικής και οικονομικής κρίσης, όπως εν προκειμένω συμβαίνει με τους εργαζομένους της Attica Broadcasting.

Mittwoch, 25. März 2015

Barbara Kappel (NI), *schriftlich*. – Der Antrag wurde am 4. September 2014 bei der Europäischen Kommission eingereicht. Griechenland stellte den Antrag auf Unterstützung aus dem EGF, nachdem 705 Mitarbeiter im Betrachtungszeitraum 12.9.2013–12.6.2014 entlassen wurden. Die Unterstützung erfolgt in Form von Berufsberatung und Hilfe bei der Karriereplanung, Hilfestellung bei der Unternehmensgründung und Gründerberatung, Ausbildung, Fortbildungs- und Hochschulbildungsprogrammen, Ausbildungsstipendien und Einkommensbeihilfen. Ich unterstütze diese Hilfestellung für die entlassenen Arbeitnehmer in Griechenland und stimme deshalb für diesen Antrag.

Seán Kelly (PPE), *in writing*. – I am pleased to support the application for the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund made by Attica Broadcasting. The European Globalisation Adjustment Fund was set up to provide additional assistance to workers who have lost their jobs as a result of major structural changes in world trade patterns. Attica Broadcasting was a large employer in the Attica Region of Greece, and the 928 redundancies which have resulted from its closure have had a significant adverse impact on the local economy, which was already struggling with large-scale unemployment. I therefore voted in favour of this report as it is a means by which the EU can give valuable help to the local economy and support the workers affected by helping them re-enter the labour market.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of mobilisation of the Fund, as I support giving assistance to reintegrate workers in the labour market made redundant due to major structural changes in world trade patterns due to globalisation and the economic crisis.

Jérôme Lavrilleux (PPE), *par écrit*. – Comme j'avais déjà eu l'occasion de le faire en commission de l'emploi et des affaires sociales, j'ai voté en faveur du rapport Krystos visant à mobiliser le Fonds européen d'ajustement à la mobilisation (FEM) en ce qui concerne 928 salariés licenciés de l'entreprise grecque Attica Broadcasting.

Les 5 046 000 euros alloués au titre du FEM permettront de financer un projet global de 8 410 000 euros qui prévoit notamment des services d'accompagnement professionnel, des formations professionnelles, des conseils spécifiques en matière d'entrepreneuriat et des aides à la création d'entreprise.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport Krystos visant à mobiliser le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) en faveur des 928 salariés licenciés de l'entreprise grecque de radiodiffusion Attica Broadcasting.

Les entreprises grecques de médias ont perdu près la moitié de leur principale source de revenus entre 2009 et 2013 lorsque de nombreux annonceurs se sont retirés.

Dans ce contexte, et pour la première fois dans le secteur des médias de masse, les 5,04 millions d'euros mobilisés au titre du FEM permettront de financer de nombreuses aides à l'accompagnement professionnel et à la formation dans l'objectif de réintégrer les salariés licenciés dans le monde du travail.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Las autoridades griegas presentaron la solicitud de contribución financiera del FEAG (Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización) con la referencia EGF/2014/018 GR/Attica Broadcasting, a raíz de 928 despidos en 16 empresas del sector de la programación y la radiodifusión. Además, me gustaría señalar que es la primera solicitud de ayuda al FEAG procedente de este sector.

La mayor parte de los fondos solicitados se destinan a apoyar la creación de empresas en forma de subvenciones para trabajo por cuenta propia y medidas de formación, incluidos subsidios a la formación profesional y a la formación.

Por ello, considero que las medidas de apoyo a la orientación profesional, la formación y el empleo autónomo deben tener en cuenta las oportunidades emergentes que los nuevos medios de comunicación en la web pueden ofrecer a estos trabajadores.

Por todo ello, voté favorablemente a esta propuesta.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Grčka ekonomija teško se oporavlja od posljedica krize koja tamo traje već 6 godina. U tom razdoblju, točnije od 2008., zabilježen je pad BDP-a od 25,7 %, a prognoze Komisije pokazuju da je rast u 2014. tek 1 %.

Mittwoch, 25. März 2015

Od 2008. tisuće poduzeća prestalo je s radom, a njihovi radnici završili su na burzi. Nezaposlenost se u razdoblju krize povećala za 20,6 %.

Grčke vlasti podnijele su zahtjev za mobilizacijom Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji u iznosu od 5 milijuna eura u za pomoć 928 otpuštena radnika. Traženi iznos iskoristio bi se za sufinanciranje projekta pomoći otpuštenim radnicima 16 poduzeća iz sektora masovnih medija. Paket pomoći sastoji se od personalizirane usluge profesionalnog usmjeravanja, osposobljavanja te subvencija za samozapošljavanje kako bi se reintegriralo radnike na tržište rada.

Podržavam zahtjev za mobilizacijom EGF-a s obzirom da je Grčka, uz Španjolsku i Portugal, članica Europske unije s najvećom stopom nezaposlenosti koja kontinuirano raste, a podaci o osobnoj potrošnji u vrijeme krize zabrinjavajući. Analize iz 2012. pokazuju da 23 % građana Grčke živi ispod praga siromaštva, pa je osobna potrošnja u vrijeme krize pala za 32,3 %.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Podľa schválených pravidiel Európskeho fondu na prispôsobenie sa globalizácii žiadosť spĺňa podmienky na poskytnutie pomoci vo forme finančného príspevku.

Grécko sa od roku 2008 nachádza v hlbkej recesii. Región, do ktorého pomoc smeruje, má v porovnaní s ostatnými regiónmi v Grécku najväčší podiel nezamestnaných. Prepustenie 928 zamestnancov v roku 2014 túto situáciu v regióne zhoršilo. Poskytnutá pomoc je účelovo viazaná na prijatie aktívnych opatrení na trhu práce a opätovné začlenenie prepustených zamestnancov do pracovného procesu.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραφικώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου όσον αφορά την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση, σύμφωνα με το σημείο 13 της διοργανικής συμφωνίας της 2ας Δεκεμβρίου 2013, μεταξύ του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, του Συμβουλίου και της Επιτροπής για τη δημοσιονομική πειθαρχία, τη συνεργασία σε δημοσιονομικά θέματα και τη χρηστή δημοσιονομική διαχείριση, διότι οι ελληνικές αρχές αποφάσισαν να δρομολογήσουν την εφαρμογή των εξατομικευμένων υπηρεσιών προς τους πληγέντες εργαζομένους στις 28 Νοεμβρίου 2014, πολύ πριν από την απόφαση σχετικά με τη χορήγηση στήριξης από το ΕΤΠ για την προτεινόμενη συντονισμένη δέσμη μέτρων.

David Martin (S&D), *in writing*. – By way of an explanation of my vote, I considered this an appropriate cause for the mobilisation of the EGF.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Sono favorevole alla mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione a favore della Grecia.

La domanda in questione riguarda la mobilitazione per un importo totale di 5 046 000 EUR relativa a 928 esuberi presso 16 imprese operanti nella NACE, società del settore «Attività di programmazione e trasmissione».

La mobilitazione del FEG permetterà di cofinanziare fondamentali misure quali l'assistenza individuale nella ricerca di un nuovo impiego, corsi di formazione e di riqualificazione e promozione dell'imprenditorialità.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – La profonda trasformazione del sistema commerciale internazionale, attribuibile all'avanzare della globalizzazione e alla crisi economica e finanziaria, ha condotto la Grecia verso drammatiche condizioni economiche e sociali.

Secondo i dati citati dalle autorità greche, l'economia del paese sta ancora attraversando un'intensa fase di recessione.

Ho scelto di sostenere con voto favorevole la relazione Kyrtos, che sostiene la mobilitazione del FEG a supporto di 928 lavoratori in esubero presso la Attica Broadcasting, poiché trovo necessario che l'Unione europea, sulla scorta del principio di solidarietà, non perda occasione per soccorrere gli Stati membri in difficoltà.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización se creó para prestar ayuda adicional a los trabajadores que sufren las consecuencias de grandes cambios estructurales en los patrones del comercio mundial.

Mittwoch, 25. März 2015

He votado a favor de apoyar la propuesta de movilizar la cantidad de 5 046 000 euros para Grecia, con el fin de apoyar a las 928 personas que fueron despedidas en un total de 16 empresas, como consecuencia de la crisis que se vive a nivel nacional e internacional.

Confío en que este apoyo pueda realmente facilitar la reinserción en el mercado laboral de los trabajadores afectados.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. – Angesichts des Rückganges des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte infolge der erhöhten Steuerlast, der sinkenden Gehälter und der steigenden Arbeitslosigkeit sowie aufgrund der drastischen Einschränkung der Kreditvergabe an Unternehmen und Einzelpersonen aufgrund fehlender Liquidität der griechischen Banken kam es zu zahlreichen Entlassungen von Arbeitnehmern. Diese erwerbslos gewordenen Arbeiter gilt es bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen, weshalb dieser Antrag auch meine positive Stimme erhielt.

Valentinas Mazuronis (EFDD), *raštu*. – Balsavau už paramos skyrimą Graikijos Atikos regionui, kuriame dėl ekonominės krizės uždarius 16 skirtingų leidybos sektoriaus įmonių per devynis ataskaitinio laikotarpio mėnesius darbo neteko 928 darbuotojai. Siekiant kuo skubiau spręsti kylančias socialines problemas bei atsizvelgiant į darbo rinkos situaciją nukentėjusiam rajone, parama skiriama atleistų darbuotojų profesiniam perorientavimui, apmokymams bei priemonėms skatinančioms verslumą, savarankišką darbą bei darbo vietų kūrimą. Parama skiriama iš Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondo.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La Grèce a subi de plein fouet l'austérité des précédents gouvernements, fidèles compagnons de l'infâme troïka et de ses «réformes structurelles». La demande concerne les 1 000 salariés des télévisions locales de la région de l'Attique. En effet les dépenses publiques dans les médias de masse ont chuté de 57 % entre 2008 et 2012. Depuis son arrivée au pouvoir, Syriza a déjà présenté un projet de loi pour réembaucher les salariés de la chaîne de télévision publique ERT. Des méthodes sûrement plus efficaces que les propositions d'auto-entrepreneuriat et de déménagement contraint contenues dans ce rapport. Je m'abstiens néanmoins pour ne pas priver les travailleurs grecs de ce fonds.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A UE é um espaço de solidariedade e nela se enquadra o Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização. Estes apoios são fundamentais para o auxílio aos desempregados e às vítimas das deslocalizações que se verificam num contexto globalizado. É cada vez maior o número de empresas que se deslocalizam, aproveitando os reduzidos preços do fator trabalho, que são praticados em vários países, nomeadamente na China e na Índia, com efeitos nocivos para os países que respeitam os direitos dos trabalhadores.

O FEG destina-se a ajudar os trabalhadores vítimas da deslocalização de empresas e é fundamental para facilitar o acesso a um novo emprego. O FEG já foi no passado utilizado por outros países da UE, cabendo agora dar esse auxílio à Grécia, que apresentou a candidatura EGF/2014/018 GR/Attica broadcasting a uma contribuição financeira do FEG, no seguimento de 928 despedimentos em 16 empresas que operam na divisão 60 (atividades de programação de rádio e de televisão) da NACE Rev. 2, na região da Ática de nível NUTS 2 (EL 30), na Grécia.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) is one of the key tools in the EU's arsenal to provide additional assistance to workers negatively impacted upon by major structural changes in world trade patterns. The Commission approved this specific application as it met the conditions for mobilising EGF to support the local economy. I therefore voted in favour of this report to alleviate the situation of 928 workers in the broadcasting sector in Greece due to the global financial and economic crisis.

Giulia Moi (EFDD), *per iscritto*. – In Grecia, nel settore delle attività di programmazione e trasmissione televisiva, sono stati collocati in esubero 928 lavoratori in 16 diverse imprese. Votiamo a favore dello stanziamento dei fondi FEG sotto forma di sussidi al lavoro autonomo e misure di formazione professionale per sostenere l'avvio di imprese.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap az Unió belüli szolidaritás egyik fontos intézménye; olyan aktív foglalkoztatáspolitikai eszköz, amely a munkaerőpiacra történő visszatérés terheit megosztja a dolgozó, az érintett tagország és az Unió között, eredménye pedig segít a munkába újra bekapcsolódni képes dolgozónak, a munkanélküliséget kezelni kénytelen tagországnak és a foglalkoztatás növelését célul kitűző Uniónak egyaránt. A Görögország által benyújtott két kérelem az attikai régióban 46 műsorszolgáltató, illetve kiadói vállalatnál elbocsátandó 705 munkavállaló munkaerő-piaci reintegrációjára irányuló személyre szabott szolgáltatáshoz igényel segítséget. A kérelem a Bizottság állásfoglalása szerint megfelel a rendeletben meghatározott jogosultsági kritériumoknak, a szolgáltatás nyújtása jóval a segítség odaítélése előtt megkezdődött. Mindennek alapján a kérelmet támogatásra érdemesnek találtam.

Mittwoch, 25. März 2015

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O Regulamento n.º 1927/2006 do Parlamento Europeu e do Conselho, de 20 de dezembro de 2006, instituiu o Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização (FEG) com o objetivo de apoiar os trabalhadores que perderam os seus postos de trabalho devido a alterações estruturais no contexto da economia global.

Este relatório refere-se à mobilização de um montante total de 5 046 000 euros do FEG a favor da Grécia. Diz respeito a 928 despedimentos no período de referência de 12 de setembro de 2013 a 12 de junho de 2014.

Estes despedimentos ocorreram devido à redução do rendimento disponível das famílias e ao aumento do desemprego, que resultou numa enorme queda do poder de compra e na necessidade de estabelecer prioridades em termos de despesas, limitando significativamente as verbas consagradas à informação diária, conforme sucedeu com a Attica Broadcasting.

O pacote coordenado de serviços personalizados a cofinanciar é composto por orientação profissional, formação, reconversão e formação profissional e subsídios ao trabalho independente, à procura de emprego, à formação e à mobilidade.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. – Cette demande, qui concerne la Grèce et plus précisément l'Attique, région la plus touchée par le chômage en Grèce (26,3 %), propose la mobilisation de crédits d'engagements (5,046 millions d'euros) pour aider le secteur de la diffusion en Grèce, suite au licenciement de 928 personnes dans 16 entreprises du secteur de la diffusion.

Les causes évoquées sont la chute du pouvoir d'achat des ménages, qui a entraîné un effondrement de la demande, et la dégradation des conditions d'octroi de crédit.

Cependant, ces causes ne sont que la conséquence de la compression dramatique de la demande intérieure et de l'austérité budgétaire en vigueur en Grèce, sous prétexte d'assainissement budgétaire et de réduction du déficit extérieur.

L'aide se compose de subventions à la réorientation et à la formation professionnelle, ou encore d'allocations de chômage. Afin de ne pas pénaliser davantage les personnes licenciées j'ai voté pour ce rapport.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation. Il s'agit d'activer le Fonds à hauteur de 5 millions d'euros pour appuyer le reclassement de près de 1 000 salariés licenciés par 16 entreprises de l'Attique. En Grèce, le PIB a chuté de près de 25 % depuis le début de la crise, alors que le taux de chômage augmentait de 20 points. La mobilisation du Fonds témoigne une nouvelle fois de la solidarité de l'Union européenne avec les citoyens grecs les plus durement frappés par la crise économique.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo con favore la domanda di mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione a favore della Grecia, al fine di sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro dei lavoratori dell'azienda Attica Broadcasting, che sono stati licenziati in conseguenza di trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale.

In base ai dati citati dalle autorità greche, gli esuberi sono stati causati dalla diminuzione del reddito disponibile delle famiglie, dovuta all'aumento della pressione fiscale, alla diminuzione dei salari (sia nel settore pubblico sia in quello privato) e all'aumento della disoccupazione, che hanno causato un crollo del potere d'acquisto e la necessità di stabilire priorità di spesa limitando fortemente il costo dell'informazione quotidiana.

Il pacchetto coordinato dei servizi personalizzati da cofinanziare sarà diretto prevalentemente ad azioni di orientamento professionale, alla formazione ed alla riqualificazione e saranno previste delle indennità per la ricerca di un lavoro e la mobilità. Siamo dunque certi che tali incentivi europei rappresenteranno un valido aiuto finalizzato al reinserimento di questi lavoratori.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) è stato istituito per fornire sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze di rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale.

Mittwoch, 25. März 2015

La domanda in esame, la nona nel quadro del bilancio 2015, si riferisce alla mobilitazione del FEG a favore della Grecia per un importo totale di 5 046 000 EUR. Nello specifico, riguarda 928 esuberi presso 16 imprese operanti nelle attività di programmazione e trasmissione nel periodo di riferimento tra il 12 settembre 2013 e il 12 giugno 2014.

Alla luce di quanto esposto, ho espresso il mio consenso nei confronti della relazione Kyrtos poiché ritengo che i lavoratori, vittime della crisi economico-finanziaria e degli squilibri del mercato attribuibili all'avanzamento della globalizzazione, debbano godere di un pieno sostegno da parte dell'Unione europea.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Am votat pentru mobilizarea Fondului european de ajustare la globalizare: cererea EGF/2014/018, GR/Attica Broadcasting în calitate de raportor special al Grupului S&D pentru FEG. Cererea este bine documentată și respectă cerințele Comisiei Europene în domeniu.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. – Durch die Finanzkrise haben griechische Haushalte die Prioritäten bei ihren Ausgaben deutlich umgestellt. Bei ihren Ausgaben mussten zahlreiche Haushalte auf nicht als lebensnotwendig geltende Güter des täglichen Gebrauchs wie Fernseh- oder Zeitungsabonnements verzichten. Hier handelt es sich um einen Verkaufsrückgang von 60%. Die Werbeausgaben in den griechischen Massenmedien sind um die Hälfte zurückgegangen. Rundfunkdienstleister sollten 5,04 Millionen Euro an EGF-Hilfen als Unterstützung erhalten. Eine Unterstützung in diesem Fall erachte ich als sehr wichtig und stimme daher dafür.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin ettepanekut eraldada Kreekale EGFist 5 046 000 eurot, sest selle abil saab tööturule tagasi aidata 928 inimest, kes koondamise tagajärjel töötuks jäid. Töötus on Euroopa Liidus üks valusamaid probleeme. EGF fondi abil saame need inimesed uuesti tööturul mobiliseerida.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą.

Šio fondo skiriama parama yra gyvybiškai svarbi ekonominio ir socialinio atsigavimo metu. Šiuo laikotarpiu labai svarbu, kad ES rodytų solidarumą su atleistais darbuotojais.

Paramą skirti yra būtina, kadangi 928 darbuotojų atleidimas iš transliavimo sektoriaus įmonių itin neigiamai paveikė Atikos regioną. Pažymėtina, kad šiam regione jau dabar yra nustatytas didžiausias, palyginti su kitais 12 regionų, bedarbių skaičius Graikijoje.

Neabejotinai skirta parama padės atleistiems darbuotojams kaip įmanoma greičiau susirasti naują darbą ir vėl integruotis į darbo rinką. EGF fondo lėšos turi būti mobilizuotos kuo skubiau, kadangi atleidimas yra tiesiogiai susijęs su pasauline finansų ir ekonomikos krize, dėl kurios sumažėjo namų ūkių disponuojamos pajamos ir todėl smarkai sumažėjo perkamoji galia, drastiškai sumažėjo paskolų išdavimas įmonėms ir asmenims, nes Graikijos bankams trūko grynųjų pinigų.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerato che l'Unione ha predisposto strumenti legislativi e di bilancio per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei grandi cambiamenti strutturali nei flussi commerciali mondiali o della crisi economica e finanziaria globale, e per assisterli nel reinserimento nel mercato del lavoro; che il sostegno finanziario dell'Unione ai lavoratori collocati in esubero dovrebbe essere dinamico e reso disponibile nel modo più rapido ed efficiente possibile, in conformità della dichiarazione comune del Parlamento europeo, del Consiglio e della Commissione, adottata durante la riunione di concertazione del 17 luglio 2008, e nel rispetto dell'AlI del 2 dicembre 2013 con riferimento all'adozione di decisioni di mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG);

mi compiaccio che a tutti i lavoratori sia stato offerto orientamento professionale, consistente in vari tirocini, che fornirà loro consulenza individuale e personalizzata nonché piani per il reinserimento nel mondo del lavoro, e approvo la decisione allegata alla presente risoluzione.

Per tali ragioni ho espresso il mio voto favorevole.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam ovaj zahtjev koji su podnijele grčke vlasti za financijski doprinos EGF-a koji slijedi nakon otpuštanja radnika u 16 poduzeća koja posluju u programskom i televizijskom sektoru u regiji Attica u Grčkoj.

Mittwoch, 25. März 2015

Budući da je grčka ekonomija godinama u velikim problemima, a već šestu godinu za redom u dubokoj recesiji, vlada je poduzela nepopularne mjere za otplatu stranog duga, kao što su povećanje poreznih prihoda, racionalizacija javne potrošnje i smanjenje plaća radnika u javnim službama. To je dovelo do pada osobne potrošnje i do smanjenja kupovne moći.

Stoga podržavam ovaj zahtjev koji se odnosi na zbrinjavanje 928 radnika iz 16 poduzeća, a koji predlaže da se mobilizira EGF za iznos od 5 046 000 EUR što predstavlja 60 % ukupnih troškova predloženih mjera kako bi se osigurao doprinos za njihovu primjenu.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Budući da je Europski fond za prilagodbu globalizaciji (EGF) osnovan radi pružanja potpore otpuštenim radnicima i samozaposlenim osobama koje su prestale sa svojom djelatnošću zbog velikih strukturnih promjena u svjetskim trgovinskim tokovima prouzročenih globalizacijom, zbog dugotrajne svjetske financijske i gospodarske krize spomenute u Uredbi (EZ) br. 546/2009(3) ili zbog nove svjetske financijske i gospodarske krize te kako bi im se pomoglo pri reintegraciji na tržište rada, podržavam odobrenje od 5 046 000 EUR u odobrenim sredstvima za preuzimanje obveza i odobrenim sredstvima za plaćanja kako bi se djelomično financirali gubitci nastali otpuštanjima u 16 poduzeća koja djeluju u okviru odjeljka 60. klasifikacije NACE Rev. 2 (emitiranje programa). Države članice trebaju pokazati međusobnu solidarnost kad je potrebno, te mi je drago da su to pokazale i danas na ovom primjeru.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Europski fond za prilagodbu globalizaciji (EGF) je osnovan kako bi pružio dodatnu potporu radnicima koji su pogođeni posljedicama velikih strukturnih promjena u međunarodnoj trgovini i kako bi im pomogao u reintegraciji na tržištu rada, odnosno pri pronalasku novog radnog mjesta. Istovremeno financijska pomoć Unije otpuštenim radnicima treba biti dinamična i dostupna što je brže i učinkovitije moguće.

Grčka su tijela podnijela zahtjev EGF/2014/018 GR/Attica Broadcasting za financijski doprinos iz EGF-a, slijedom otpuštanja 928 radnika u 16 poduzeća iz sektora emitiranja programa. Prema podacima grčkih vlasti, gospodarstvo je u posljednjih šest godina (2008. – 2013.) u dubokoj recesiji, a prema ELSTAT-u, grčkom tijelu za statistiku, od 2008. grčki BDP se smanjio za 25,7 postotnih bodova; javna potrošnja za 21 postotni bod, a privatna potrošnja za 32,3 postotna boda, dok se nezaposlenost povećala za 20,6 postotnih bodova. Očekuje se kako će otpuštanja imati izuzetno negativan utjecaj na regiju Atike koja bilježi ukupno najveći broj nezaposlenih u Grčkoj, u usporedbi s 12 ostalih regija.

Stoga podržavam Izvješće izvjestitelja Georgiosa Kyrtiosa o mobilizaciji 5.046.000 EUR, što predstavlja 60 % ukupnog troška, jer je cilj pomoći otpuštenim radnicima u osposobljavanju i prekvalifikaciji za nova radna mjesta.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Tak jako již tradičně musím v případě schvalování uvolnění prostředků z Evropského fondu pro přizpůsobování se globalizaci konstatovat, že tyto prostředky v drtivé většině případů míří do tzv. starých členských států. I dnes je tomu tak a poměr je dokonce tři případy vůči žádnému. Bez zajímavosti není ani to, že dnes schvalujeme dva případy, kdy prostředky z fondu poputují do Řecka. Přes uvedené výhrady jsem zprávu podpořil, ale stále věřím, že se popsaný stav změní.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A Grécia apresentou uma candidatura com vista a obter uma contribuição financeira do FEG, na sequência de 928 despedimentos em 16 empresas, que operam na divisão 60 da NACE Rev. 2 (Atividades de programação de rádio e de televisão), na região de Ática, durante o período entre 12 de setembro de 2013 e 12 de junho de 2014.

De acordo com a Comissão, a referida candidatura cumpre os critérios de elegibilidade previstos no Regulamento FEG, verificando-se, por um lado, que os despedimentos em causa estão ligados à crise económica e financeira mundial, uma vez que o rendimento disponível das famílias diminuiu, o que resultou numa enorme queda do poder de compra e na necessidade de estabelecer prioridades em termos de despesas, limitando significativamente as verbas consagradas à informação diária e reduzindo drasticamente os empréstimos às empresas e aos particulares devido à falta de liquidez dos bancos gregos, e, por outro lado, que os despedimentos terão repercussões muito negativas para a região da Ática, que já conta com o maior número de desempregados na Grécia em comparação com as outras 12 regiões. Votei, por isso, favoravelmente esta resolução, que aprova a decisão de mobilização do FEG a favor da Grécia.

Mittwoch, 25. März 2015

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 5 046 000 euros del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a 928 trabajadores que han perdido su empleo en dieciséis empresas que operan en el sector de las actividades de programación y emisión de radio y televisión en la región de Ática, en Grecia, como consecuencia de la crisis económica y financiera que azota al país heleno y que, por una parte, ha limitado de forma significativa los costes relacionados con la información cotidiana, a pesar de su importancia, y, por otra, ha restringido drásticamente los préstamos a empresas y particulares como consecuencia de la falta de liquidez de las entidades bancarias griegas. Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades de orientación profesional, formación, reciclaje y búsqueda de empleo, además de subvenciones para la creación de nuevas empresas y promoción del emprendimiento.

Si bien estas ayudas no son capaces por sí solas de paliar el drama del desempleo en la región de Ática, que alberga ya el mayor número de desempleados entre las doce regiones griegas, sí constituyen una buena asistencia y formación para la reinserción laboral de los trabajadores afectados.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation afin de venir en aide aux 928 travailleurs licenciés par la société Attica Broadcasting. Ce n'est un secret pour personne: la Grèce est probablement le pays européen qui souffre le plus de la crise financière et économique que traverse l'Europe. Aussi bien la consommation publique que la consommation privée ont chuté drastiquement (respectivement de 21 et 32,3 points de pourcentage entre 2008 et 2013). Comme souvent dans ces cas-là, cette baisse a été principalement ressentie au niveau des dépenses jugées non essentielles comme les achats de magazines et de journaux, secteur dans lequel Attica Broadcasting est actif. Compte tenu de ces éléments, il me semble normal et important de voter en faveur de la mobilisation du Fonds, et ce pour un montant de 5 046 000 euros.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização é um mecanismo de auxílio financeiro que visa apoiar, de forma complementar, os trabalhadores vítimas das deslocalizações verificadas no contexto globalizado em que vivemos.

A Grécia apresentou uma candidatura à contribuição financeira do FEG com vista a fazer face aos 928 despedimentos que ocorreram em 16 empresas ligadas ao sector audiovisual na região de Ática. Note-se que esta é a primeira candidatura neste sector.

Sendo que o despedimento deste número de trabalhadores trará efeitos negativos para esta região grega, que possui a taxa de desemprego mais elevada no conjunto das 12 regiões, considero importante a presente proposta, no sentido de conceder uma contribuição financeira à Grécia, no montante de 5 046 000 €, sobretudo tendo em conta que a maior parte destes fundos será canalizada para apoiar a criação de empresas e apostar na formação profissional.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione perché apprezzo lo sforzo che fa l'Unione europea per aiutare i nostri concittadini che a causa della crisi globale soffrono particolarmente. Questa domanda andrà ad aiutare 928 persone operanti in 16 imprese greche, paese che in questo momento ha un grande bisogno d'aiuto.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. – Ho deciso di votare in maniera favorevole in quanto si richiede la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento per una cifra di circa cinque milioni di euro per far fronte a 928 esuberi in 16 imprese situate in Grecia che svolgono attività di programmazione e trasmissione.

Petri Sarvamaa (PPE), *kirjallinen*. – Kreikan hakemus Attican alueella ohjelmatoimintaa ja joukkoviestintää harjoittaneiden 46 yhtiön alasajosta seuranneista työttömyysvaikutuksista noudattaa eurooppalaisen globalisaatorahaston kriteereitä. Hakemus koskettaa 705:tä työttömäksi joutunutta.

Mietintö osoittaa, että työvoiman vähennyksillä on erittäin huomattava vaikutus Attican alueella, joka on jo muutenkin pahinta työttömyysaluetta Kreikassa. Viranomaiset aloittivat aktiiviset toimet työttömäksi joutuneiden auttamiseksi ja aktivoimiseksi jo hyvissä ajoin ennen EU:n komission päätöstä suositaa avustuksen myöntämistä globalisaatorahastosta.

Mietintö osoittaa myös, että kaikki työttömäksi joutuneet ovat tulleet tai ovat tulossa aktivoimistoimien piiriin. Äänestin tämän mietinnön puolesta.

Mittwoch, 25. März 2015

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe ya que permite la movilización de a raíz de 928 despidos en 16 empresas que operan en la división 60 («Actividades de programación y emisión de radio y televisión»)(4) de la NACE Rev. 2 en la región NUTS de nivel 2(5) de la región de Ática (EL 30), en Grecia.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores y trabajadoras en el contexto del desempleo en Grecia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Remo Sernagiotto (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto favorevole per mobilitare il FEG (Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione) in merito alla domanda di contributo finanziario presentata dalla Grecia in seguito alle collocazioni in esubero e alle cessazioni di attività in 16 imprese operanti nella divisione 60 («Attività di programmazione e trasmissione»).

Ritengo che tale contributo possa rappresentare un valido aiuto per questi 928 lavoratori che si trovano ora senza impiego e che riceveranno un'assistenza tempestiva per il ricollocamento grazie, ad esempio, a una formazione adeguata, al riconoscimento delle competenze acquisite durante l'intera carriera e a un efficace servizio di orientamento professionale.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in support of the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund in favour of Greece to support the reintegration in the labour market of workers made redundant due to the global financial and economic crisis. It refers to the mobilisation of a total amount of EUR 5 046 000 from the EGF and concerns 928 redundancies in the reference period from 12 September 2013 to 12 June 2014.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Región Attika v Grécku patrí medzi tie, ktoré majú najvyššiu nezamestnanosť. Preto vláda Grécka požiadala o finančný príspevok z Európskeho globalizačného fondu pre 928 pracovníkov v 16 podnikoch, ktorí pracovali v oblasti výroby a vysielania programov a boli prepustení v dôsledku rušenia podnikov. Koordinovaný balík personalizovaných služieb, ktorý sa má na 60 % spolufinancovať z Európskeho globalizačného fondu, zahŕňa profesijné poradenstvo, vzdelávanie, rekvalifikáciu a odbornú prípravu, dotácie na samostatnú zárobkovú činnosť, príspevok pri uchádzaní sa o zamestnanie, príspevok na odbornú prípravu a príspevok na cestovanie za prácou. Grécke orgány musia pri čerpaní týchto prostriedkov dodržiavať zásady rovnakého zaobchádzania a nediskriminácie a finančné prostriedky musia byť použité na podporu jednotlivých pracovníkov, a nie na reštrukturalizáciu spoločností alebo odvetví. Žiadosť Grécka som podporila.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Evropski sklad za prilagoditev globalizaciji je instrument, s katerim Evropska unija zagotavlja dodatno podporo delavcem, ki so jih prizadele posledice velikih strukturnih sprememb v svetovnih trgovinskih tokovih, in pomoč pri njihovi ponovni vključitvi na trg dela.

Vloga za finančni prispevek, ki jo je za pomoč regiji Atika, kjer je bilo odpuščenih 928 presežnih delavcev v 16 podjetjih, predložila Grčija, izpolnjuje merila za upravičenost do pomoči.

Odpuščanja v radijskem in televizijskem sektorju v regiji Atika so posledica svetovne finančne in gospodarske krize, ki je zmanjšala razpoložljive dohodke gospodinjstev, zaradi česar je upadla kupna moč, stroški gospodinjstev, povezani z vsakodnevnimi informacijami, pa so se zmanjšali. Poleg tega je zaradi pomanjkanja denarja v grških bankah prišlo do zmanjšanja obsega posojil podjetjem in posameznikom.

Odpuščanje ima resne posledice za regijo Atika, kjer je bilo število brezposelnih že pred odpuščanjem v tem sektorju najvišje v Grčiji.

Ker sveženj sofinanciranih storitev pokriva naslednja pomembna področja: poklicno usmerjanje in usposabljanje, pomoč za samozaposlovanje in nadomestila za iskanje zaposlitve, sem predlog resolucije podprl.

Mittwoch, 25. März 2015

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della mobilitazione del Fondo di adeguamento alla globalizzazione al fine di sostenere 928 dipendenti di Attica Broadcasting, gruppo di società operanti nel settore della programmazione e trasmissione nella regione dell'Attica, in Grecia.

I licenziamenti sono riconducibili alla crisi finanziaria ed economica mondiale che, comportando una diminuzione del reddito disponibile alle famiglie greche e del loro potere di acquisto, ha determinato la necessità di ridurre la spesa in servizi non essenziali, quali l'informazione quotidiana attraverso abbonamenti ai servizi televisivi. Gli esuberi di Attica Broadcasting avranno un'enorme incidenza negativa sulla regione dell'Attica, che già registra il numero più elevato di disoccupati in Grecia se paragonata con le altre 12 regioni.

L'aiuto di 5 046 000 EUR fornito dal Fondo di adeguamento alla globalizzazione contribuirà a cofinanziare un pacchetto di servizi personalizzati di orientamento professionale, formazione professionale, formazione e istruzione specializzate, indennità per la ricerca di occupazione e, per un numero di lavoratori selezionati, un contributo volto a consentire loro di avviare un'impresa propria al fine di promuovere l'imprenditorialità.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržavam ovu rezoluciju budući da je Grčka podnijela zahtjev EGF/2014/018 GR/Attica Broadcasting za financijski doprinos iz Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji slijedom otpuštanja 928 radnika u 16 poduzeća koja djeluju u okviru odjeljka 60. NACE Rev. 2 (emitiranje programa) u regiji Attici razine NUTS 2 (EL 30) Attica Broadcasting u Grčkoj. Pozdravljam činjenicu da se očekuje da će svi otpušteni radnici koji ispunjavaju uvjete sudjelovati u mjerama za koje potpora dolazi iz EGF-a te sukladno odredbi Grčka ima pravo na financijski doprinos.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Budući da je Europski fond za prilagodbu globalizaciji osnovan upravo s ciljem pružanja potpore otpuštenim radnicima i samozaposlenima koji su pogođeni velikim ekonomskim promjenama vođenih globalizacijom, slažem se s izvješćem te pozdravljam odluku da se usvoji zahtjev Grčke. Naime, Grčka je podnijela zahtjev za financijskim sredstvima iz EGF-a slijedom otpuštanja 928 radnika u čak 16 poduzeća u regiji Atici koja u odnosu na druge regije u Grčkoj već bilježi ukupno najveći broj nezaposlenih. Pozitivno je za istaknuti kako je Grčka i prije donošenja odluke o odobravanju sredstava iz EGF-a poduzela potrebne korake kako bi pomogla radnicima i profesionalno ih usmjerila, a ovim sredstvima to će biti olakšano omogućiti, također je vrlo dobro što će značajan iznos sredstava biti usmjeren na pružanje podrške novoosnovanim poduzećima u obliku poticaja za samozapošljavanje. Podržavam već poduzete korake i izražavam nadu da će ovakve aktivne mjere dovesti do trajnog, dugoročnog zaposlenja koje predstavlja važan faktor u oporavku svake ekonomije.

Richard Sulík (ECR), *pisomne*. – Návrh som nepodporil, pretože ako dlhodobo vyhlasujem, prerozdelenie peňazí s cieľom pomôcť „obetiam globalizácie“ v konečnom dôsledku zosilňuje presne tie problémy, ktoré majú byť riešené. Ak Európska únia chce, aby zamestnanci netrpeli v dôsledku „globalizácie“, mala by sama prehodnotiť svoje politiky, ktoré znižujú konkurencieschopnosť firiem v EÚ, najmä svoje nezmyselné prísne klimatické ciele.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za resoluciju o uporabi sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji za Attico broadcasting - Grčija po odpustitvi 928 presežnih delavcev v 16 podjetjih, ki delujejo v radijski in televizijski dejavnosti. Odpušćanje v radijskem in televizijskem sektorju v regiji Atika je povezano s svetovno finanćno in gospodarsko krizo, ki je na eni strani zmanjšala razpoložljive dohodke gospodinjev ter na drugi strani drastićno zmanjšala obseg posojil podjetjem in posameznikom zaradi pomanjkanja denarja v grških bankah. Resolucijo sem podprla tudi zaradi tega, ker delavci prihajajo iz regije Atika, kjer v primerjavi z ostalimi grškimi regijami živi najveć nezaposlenih ljudi.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. – Στηρίζω, γιατί αφορά Έλληνες ανέρργους, με τη διαφωνία ότι τα κονδύλια θα έπρεπε να δοδούν σε προγράμματα απασχόλησης των ανέρργων ή/και απολυμένων και όχι σε κάποιες εταιρείες που θα αμειφδούν για να τους εκπαιδεύουν. Στην Ελλάδα έχουμε πρόβλημα ανεργίας και όχι έλλειψης γνώσεων, δεξιότητων και πτυχίων στους ανέρργους.

Mittwoch, 25. März 2015

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la mobilisation du Fonds pour soutenir ces travailleurs. Cette aide a pour objectif de réorienter professionnellement et de former les travailleurs victimes de restructurations et de licenciements au sein de leur entreprise. Ce Fonds est le symbole d'une Europe qui peut être plus solidaire.

Soulignons toutefois qu'en ce qui concerne l'ensemble de ces aides, il s'agit toujours de pallier les dégâts d'un libéralisme débridé auquel il faut aujourd'hui substituer des initiatives d'investissement public ciblées et massives.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report because I think it is important to provide European industries with financial support when they have to undergo structural changes which put at risk the economic and social sustainability of a region. The broadcasting sector in the region of Attica faced 928 redundancies in 16 different enterprises. It is the first time the EGF has been mobilised in support of the programming and broadcasting sector. The region of Attica is the region with the largest number of unemployed people in Greece and it is of utmost importance to co-fund the coordinated package of personalised services for the workers. This fund will be used to develop appropriate training to reintegrate these workers into the job market, and in certain cases will support the movement of people who find another job somewhere else in Greece. Most of the funding will be used to support business start-ups. I believe it will mark a path to durable and long-term employment in the region.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe sobre movilización de recursos para la adaptación a un espacio globalizado. El informe trata sobre una partida destinada a la reintegración en el mercado laboral de 928 trabajadores de 16 empresas en la región griega de Attica.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I voted for this report because the European Union has legislative and budgetary instruments to provide additional support for workers who suffer the consequences of major structural changes in world trade patterns or global economic and financial crisis, and to assist their reintegration into the labour market. I hope that the workers of this Greek company may have a better future.

Mylène Troszczynski (NI), *par écrit*. – La délégation vote systématiquement les «fonds européens d'ajustement à la mondialisation» car il s'agit de programmes de soutien aux salariés d'entreprises parfois obligées de licencier sous la pression de la dérégulation des marchés, conséquences des politiques ultra-libérales désastreuses appliquées au sein de cette union européenne qui n'est capable de défendre ni les peuples qui la composent ni les entreprises qui la font vivre.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – Mi voto ha sido favorable a este informe, al igual que al resto de informes que en esta sesión plenaria han pedido la movilización de un fondo esencial para la mitigación del impacto de la globalización en el funcionamiento de las economías locales y el futuro de las regiones afectadas por procesos de desindustrialización, especialmente relevante en regiones periféricas como Grecia.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore della mobilitazione del Fondo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) richiesta dalla Grecia al fine di sostenere 928 lavoratori collocati in esubero presso 16 aziende operanti nel settore del *broadcasting*. Tale settore è stato infatti duramente colpito dalla crisi finanziaria ed economica globale, che ha costretto le famiglie a ridurre drasticamente i consumi in beni e servizi non essenziali, soprattutto in quelle regioni europee più in difficoltà, come la regione dell'Attica, che registra il più alto livello di disoccupazione di tutta la Grecia.

Benché io sia assolutamente convinto che la situazione greca richieda urgentemente una completa revisione delle attuali politiche economiche e la rinegoziazione degli accordi finanziari con i partner europei, ritengo che il FEG rappresenti comunque uno strumento concreto per arginare, almeno in parte, la gravissima emergenza economica e sociale che colpisce per primi i lavoratori. Grazie a questo aiuto, che ammonta a oltre 5 milioni di euro, l'Europa contribuirà a cofinanziare un pacchetto di servizi di orientamento e formazione professionale, indennità per la ricerca di occupazione e contributi per l'avvio di nuove imprese.

Mittwoch, 25. März 2015

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe ya que permite la movilización de a raíz de 928 despidos en 16 empresas que operan en la división 60 («Actividades de programación y emisión de radio y televisión»)(4) de la NACE Rev. 2 en la región NUTS de nivel 2(5) de la región de Ática (EL 30), en Grecia.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Grecia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Devido à crise financeira e económica global que afetou profundamente a economia grega, a Grécia solicitou a assistência do FEG na sequência do despedimento de trabalhadores no setor da comunicação social, neste caso de 928 trabalhadores em 16 empresas da área da programação e radiodifusão. Neste contexto, as empresas de comunicação social tiveram uma retração nas suas receitas, já que os gastos em publicidade, uma das suas fontes básicas de receita, caíram, drasticamente, cerca de 57%.

Os despedimentos abrangidos por esta candidatura ao FEG estão concentrados em Ática, uma região com uma taxa de desemprego de 28% e onde há poucas ofertas de emprego em comparação com o elevado número de candidatos a emprego. Como consequência, mais de 70% dos desempregados estão fora do mercado de trabalho por mais de 12 meses.

As medidas cofinanciadas pelo FEG ajudaram os trabalhadores a encontrar novos postos de trabalho, proporcionando-lhes formação, aconselhamento específico para o empreendedorismo, contribuições para a abertura de empresas. Todos os trabalhadores despedidos são elegíveis para participar nas medidas.

Sem deixar de relevar este apoio, reafirmamos a nossa crítica relativamente à falta de medidas para travar o rumo das políticas neoliberais que, mais uma vez, levaram a este desfecho.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. – Angesichts des Rückganges des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte infolge der erhöhten Steuerlast, der sinkenden Gehälter und der steigenden Arbeitslosigkeit sowie aufgrund der drastischen Einschränkung der Kreditvergabe an Unternehmen und Einzelpersonen aufgrund fehlender Liquidität der griechischen Banken kam es zu zahlreichen Entlassungen von Arbeitnehmern. Diese erwerbslos gewordenen Arbeiter gilt es bei der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt zu unterstützen, weshalb dieser Antrag auch meine positive Stimme erhielt.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – A Grécia solicitou a assistência do FEG na sequência do despedimento de trabalhadores no sector da comunicação social, neste caso de 928 trabalhadores em 16 empresas da área da programação e radiodifusão.

Essas perdas de empregos foram o resultado da crise financeira e económica global que afetou profundamente a economia grega.

Durante os anos de 2009-2012, as empresas que operavam nos sectores da comunicação social encerraram as suas atividades ou reduziram o seu pessoal. Neste contexto, as empresas de comunicação social tiveram uma retração nas suas receitas, já que os gastos em publicidade, uma das suas fontes básicas de receita, caíram drasticamente. Todos os despedimentos abrangidos por esta candidatura ao FEG estão concentrados em Ática, uma região com uma taxa de desemprego de 28% e onde há poucas ofertas de emprego em comparação com o elevado número de candidatos a emprego. Como consequência, mais de 70% dos desempregados estão fora do mercado de trabalho por mais de 12 meses.

Concordamos com a mobilização desta ajuda de forma célere, para apoiar os principais visados pelas consequências da liberalização do comércio mundial, reafirmando ainda a nossa crítica relativamente à falta de medidas para travar o rumo das políticas neoliberais que mais uma vez levaram a este desfecho.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji v primeru odpušćanj v radijski in televizijski dejavnosti v grški regiji Atika (Attica Broadcasting) sem glasoval, saj je bila odpušćitev 928 presežnih delavcev v 16 različnih podjetjih povezana s svetovno finančno in gospodarsko krizo, zaradi katere so gospodinjstva svoja sredstva preusmerila v nujne dobrine in se je zmanjšala kupna moč za radijske in televizijske storitve. Za poročilo sem glasoval tudi zato, ker odpušćanje presežnih delavcev slabo vpliva na omenjeno regijo, v kateri že zdaj živi največ nezaposlenih v Grčiji, in ker poročilo omogoča, da bo ESPG sofinanciral iskanje zaposlitve, poklicno usmerjanje, usposabljanje, izobraževanje, mobilnost in ustanavljanje lastnih podjetij. Sklad bo z zagotavljanjem sredstev uresničljivim poslovnim pobudam spodbujal podjet-

Mittwoch, 25. März 2015

ništvo, kar naj bi vodilo tudi k ustvarjanju dodatnih delovnih mest.

26.2. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/015 GR/ATTICA - Edition, Griechenland (A8-0051/2015 - Lefteris Christoforou)

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – I dag röstade vi om ekonomiska bidrag från den s.k. globaliseringsfonden till personer som blivit arbetslösa efter det att europeiska företag lagts ned. Jag röstar konsekvent nej till dessa arbetslöshetsbidrag på grund av två anledningar: För det första ska arbetsmarknadspolitik och ekonomiskt stöd till arbetslösa beslutas om, och finansieras, på nationell nivå – inte på EU-nivå. För det andra bygger grundidén till fonden på att globalisering är någonting negativt – vilket inte stämmer. Globalisering och fri handel leder till tillväxt och fred.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe ya que permite la movilización de a raíz de 705 despidos efectuados en 46 empresas que operan en la división 58 («Edición»)(4) de la NACE Rev. 2 en la región NUTS de nivel 2(5) de la región de Ática (EL 30), en Grecia.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Grecia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτως*. – Το Ευρωπαϊκό Ταμείο Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση δημιουργήθηκε για να παράσχει πρόσθετη στήριξη στους εργαζομένους που υφίστανται τις συνέπειες της Παγκοσμιοποίησης. Είναι θετικό το γεγονός ότι η Ένωση έχει θεσπίσει νομοθετικά και δημοσιονομικά μέσα για να παρέχει πρόσθετη στήριξη στους εργαζομένους και για να διευκολύνει την επανένταξή τους στην αγορά εργασίας. Θεωρώ ότι η οικονομική βοήθεια της Ένωσης προς τους εργαζομένους που απολύονται θα πρέπει να έχει δυναμικό χαρακτήρα και να διατίθεται όσο το δυνατόν ταχύτερα και αποτελεσματικότερα.

Η αίτηση αυτή έρχεται από την Ελλάδα και αφορά τον χώρο των εκδόσεων. Ο τομέας των Μέσων Μαζικής Ενημέρωσης επλήγη ιδιαίτερα από την κρίση. Πολλοί εργαζόμενοι από έντυπα μέσα απολύθηκαν κατά τη διάρκεια της κρίσης λόγω της μείωσης των διαφημιστικών εσόδων. Για τον λόγο αυτό οι Ελληνικές αρχές ζήτησαν πρόσθετη χρηματοδότηση 3,75 εκατομμυρίων για την επανακατάρτιση και την επανένταξη 705 απολυμένων εργαζομένων από επιχειρήσεις στην Περιφέρεια Αττικής.

Ως εκ τούτου, υπερψηφίζω την έκθεση, η οποία εγκρίνει την αίτηση EGF/2014/015 GR/Attica Broadcasting publishing activities, από την Ελλάδα για την κινητοποίηση πόρων από το Ευρωπαϊκό Ταμείο Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The principle of subsidiarity dictates that decisions should be taken at the closest possible level to the citizen – in this case at regional or national level. Therefore, these projects should not be funded by the European Union.

It is absurd that the arbiters of whether this funding should, or should not, be given are Members of the European Parliament with no detailed knowledge of the situation. This project may well be of benefit to the people of Greece, but I am not best placed to judge.

The European Globalisation Adjustment Fund should be scrapped, which would give money back to the Member States to decide for themselves about the appropriateness of such funding. Consequently, I had no option but to vote against – even though this may be a worthwhile project.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – mobilizuoti EGF lėšas Graikijos reikmėms siekiant paremti darbuotojų, atleistų iš įmonės „Attica Publishing“, atliekančios veiklą transliavimo sektoriuje, reintegraciją į darbo rinką. Graikijos ekonomika šeštus metus iš eilės patiria gilų nuosmukį, nuo 2008 m. Graikijos BVP sumažėjo 25,7 proc., valdžios sektoriaus vartojimas – 21 proc., privatus vartojimas – 32,3 proc., o nedarbas išaugo 20,6 proc. Iš EGF ketinama skirti bendrą 3 746 700 EUR sumą 705 atleistiems darbuotojams. Jiems pritaikytas paslaugų paketas apims orientavimą ir konsultavimą, įgūdžių vertinimą, perkvalifikavimą, profesinį mokymą bei konsultacijas verslumo klausimais.

Mittwoch, 25. März 2015

Nicolas Bay (NI), *par écrit*. – Bien qu'opposé au système hypocrite du «Fonds d'ajustement à la mondialisation», j'ai voté en faveur de ce rapport, qui prévoit de dédommager les 705 salariés des 46 entreprises grecques d'Attica opérant dans le milieu éditorial.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Creo que hay que destacar especialmente la movilización de estos fondos para el sector griego de la edición porque van a ayudar a resolver una situación extremadamente grave y compleja con una activa, intensa y positiva participación de los beneficiarios. Las medidas de apoyo financiadas están casi personalizadas, construidas a la carta gracias a la implicación de las personas que van a recibirlo. Hay todo tipo de medidas y destacan especialmente las que van a apoyar acciones de autoemprendimiento, algo que hace mucha falta en la economía Griega.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – Cette demande de mobilisation du Fonds d'ajustement à la mondialisation concerne le secteur de l'édition en Grèce, qui doit faire face au licenciement de 705 personnes dans 46 entreprises de la région de l'Attique.

Le montant des crédits d'engagement s'élève à 3 746 700 euros, composé principalement d'aides à la réorientation et à la formation professionnelle, ou encore de subventions à l'activité indépendante (auto-entrepreneur) et à la création d'entreprises.

Les motifs de la demande et les causes sont les mêmes que pour le secteur de la diffusion, à savoir la baisse du revenu disponible des ménages et le resserrement du crédit aux entreprises lié à la situation difficile du système bancaire grec. Mais cet état de fait a largement été entretenu par les politiques d'austérité exigées par Bruxelles.

Cependant, cette aide étant essentielle à la survie de ce secteur en Grèce, j'ai décidé de voter pour.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. – Ho sostenuto, col mio voto, la mobilitazione del FEG per un valore di 3 746 700 EUR in favore di 705 dipendenti licenziati in Grecia nel comparto editoriale. Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è uno strumento indispensabile per rimediare al malfunzionamento del mercato interno, ma ribadisco anche in questa sede che il suo processo di attivazione deve essere velocizzato per sostenere più incisivamente i nostri cittadini.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat för detta betänkande. Det gör jag därför att arbetarna i de aktuella fallen ska ges ekonomiskt stöd för omskolning och/eller andra åtgärder för att finna nya jobb. Dock vill jag understryka att den omfattande arbetslösheten i EU skulle kunna bekämpas effektivt om man stoppar den åtstramningspolitik som kommissionen och medlemsstaternas regeringar sedan länge bedriver.

För att skapa nya arbetstillfällen i Europa krävs en ny ekonomisk politik med massiva offentliga och miljövänliga investeringar. Det krävs samhällsnyttiga investeringar inom skola, vård och omsorg, men också i infrastruktur, järnväg, kollektivtrafik, energisnåla bostäder och hållbara energisystem.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 3 746 700 euros del Fondo de Ajuste a la Globalización destinados a 705 trabajadores que han perdido su empleo en 46 empresas que operan en el sector de la edición en la región de Ática, en Grecia, como consecuencia de la crisis económica y financiera que azota al país heleno, que ha reducido la renta disponible de los hogares provocando una enorme caída del poder adquisitivo y la necesidad de establecer prioridades de gasto, disminuyendo el dispendio correspondiente a productos no considerados de primera necesidad para la vida cotidiana, como las revistas y los periódicos, además de reducir drásticamente los préstamos a las empresas y los particulares.

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades de orientación profesional, formación, reciclaje y búsqueda de empleo, además de subvenciones para la promoción del emprendimiento.

Si bien estas ayudas no son capaces por sí solas de paliar el drama del desempleo en la región de Ática, que alberga ya el mayor número de desempleados entre las doce regiones griegas sí constituyen una buena asistencia y formación para la reinserción laboral de los trabajadores afectados.

Mittwoch, 25. März 2015

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Europos Parlamentas pritaria finansinės paramos iš Europos Globalizacijos fondo skyrimui 705 darbuotojams, atleistiems iš Graikijos kompanijos „Attika Publishing“ per ataskaitinį laikotarpį nuo 2014 m. birželio 12 d. iki rugsėjo 12 d. Pasak Graikijos valdžios institucijų, pagrindiniai darbuotojų atleidimą nulėmę įvykiai buvo du: sumažėjusios namų ūkių disponuojamos pajamos dėl didesnės mokesčių naštos, sumažėjusių atlyginimų (privačiame ir viešajame sektoriuose) ir augančio nedarbo ir dėl to smarkiai sumažėjusi perkamoji galia ir atsiradęs poreikis suskirstyti išlaidas pagal prioritetus smarkiai apribojant, nepaisant jos svarbos, kasdienės informacijos išlaidas. Taip pat, dėl grynųjų pinigų trūkumo Graikijos bankuose drastiškai sumažėjęs paskolų išdavimas įmonėms ir asmenims. Bendrai finansuotiną suderintą prie individualių poreikių pritaikytą paslaugų paketą sudaro profesinio orientavimo, mokymo, perkvalifikavimo ir profesinio mokymo paslaugos, subsidija savarankiškam darbui, darbo paieškos išmoka ir mokymo išmoka bei judumo pašalpa.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási alap igénybevétele során fontos, hogy a dolgozók munkavállalási esélyeit személyre szabott képzések és korábbi szakmai tapasztalataik elismerése révén javítsuk. Elvárható, hogy a továbbképzés ne csak az elbocsátott munkavállalók szükségleteihez, egyéni elképzeléseihez, hanem a tényleges üzleti környezethez is igazodjon.

Franc Bogovič (PPE), pisno. – Glasoval sem ZA predlagano poročilo oz. sklep o dodelitvi sredstev iz Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji (ESPG) v višini dobrih 3.746.700 evrov 46 podjetjem iz grške regije Atika, ki delujejo na področju založništke dejavnosti in so zaradi poslabšanja gospodarskega položaja bila prisiljena odpuščati. S sredstvi ESPG bo tako zagotovljena pomoč 705 delavcem, ki so v letu 2014 izgubili delo.

Odpuščenim delavcem bo tako namenjenih 1,2 milijona evrov v obliki subvencij za samozaposlovanje, 1,104 milijona evrov za poklicno usmerjanje in usposabljanje. 828.000 evrov bo namenjeno nadomestilom za usposabljanje, preostali del sredstev pa nadomestilom za iskanje zaposlitve in mobilnost.

Do 80 odpuščenih delavcev bo tako lahko prejelo največ 15.000 evrov pomoči pri ustanovitvi lastnega podjetja, prav tako 80 odpuščenih delavcev pa bo upravičenih do nadomestila za mobilnost, ki jim bo pomagalo pri selitvi v kraj, kjer jim bo ponujeno novo delovno mesto

Regija Atika je namreč po stopnji nezaposlenosti v najslabšem položaju med dvanajstimi grškimi regijami, saj v njej že zdaj živi največ nezaposlenih ljudi v Grčiji. Zato je tovrstna pomoč iz proračuna EU še kako potrebna.

Upam, da bo tudi Slovenija začela intenzivneje koristiti sredstva iz ESPG in bo tako omogočila ponovno zaposlitev posameznikom, ki so v preteklosti izgubili delo.

Biljana Borzan (S&D), napisan. – Budući da grčki zahtjev ispunjava kriterije prihvatljivosti utvrđene Uredbom o EGF-u, podržavam financijsku pomoć 705 otpuštenih radnika u 46 grčkih poduzeća.

Marie-Christine Boutonnet (NI), par écrit. – Le rapport de Lefteris Christoforou, présenté en commission des budgets, est favorable à une mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, à hauteur de 3 746 700 euros. Le secteur de l'édition, en Grèce, est confronté à de graves difficultés. Quarante-six entreprises ont procédé à 705 licenciements.

La commission des budgets salue le fait «que les autorités grecques, soucieuses d'apporter une aide rapide aux travailleurs, ont décidé de lancer la mise en œuvre de services personnalisés destinés aux travailleurs concernés le 28 novembre 2014, sans attendre la décision d'octroi d'un soutien du FEM pour l'ensemble coordonné proposé».

Ainsi, «des mesures d'orientation professionnelle, de formation et de formation professionnelle, d'aides à l'emploi indépendant ainsi que d'allocations de recherche d'emploi, de formation et de mobilité» sont prévues. Celles-ci sont effectuées «en consultation avec les représentants des bénéficiaires visés».

J'ai voté pour l'intervention du fonds.

Mercedes Bresso (S&D), per iscritto. – I voted yes because the mobilisation of the EGF is fundamental to support the redundant workers in Greece.

Mittwoch, 25. März 2015

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Regiunea Attica din Grecia este o zonă productivă din punct de vedere al activităților media însă criza, la fel ca și în celelalte domenii, a reușit să se instaleze. Așa se face că, la fel ca și în cazul Attica Broadcasting, au avut loc disponibilizări. Problemele economice în acest sector au fost determinate de scăderea veniturilor, fapt ce a dus la micșorarea numărului de persoane care doreau să mai cumpere ziare și reviste, acestea fiind materialele produse de întreprinderile afectate de problemele economice din regiunea Attica. Astfel, lipsa cererii a dus la disponibilizarea a 705 persoane.

Am votat în favoarea acestui raport deoarece prin acordarea celor 3 746 700 EUR s-ar acorda un sprijin consistent pentru muncitorii din regiunea Attica, o regiune compromisă din cauza crizei. Persoanele s-ar putea reintegra mai ușor pe piața muncii prin intermediul unor cursuri de formare și astfel zona ar putea fi relansată economic prin intermediul celor care lucrează acolo.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. – Ho votato a favore del provvedimento. Sostengo l'occupazione e i lavoratori vittime della globalizzazione.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta relativa alla mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (il FEG, istituito per fornire sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze di rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale) che fa riferimento alla domanda presentata dalla Grecia in relazione agli esuberi in 46 imprese operanti nel settore dell'editoria nella regione dell'Attica.

Questi esuberi nel settore editoriale della regione dell'Attica sono legati alla crisi economica e finanziaria mondiale la quale, oltre ad erodere il reddito a disposizione dei nuclei familiari, ha ridotto drasticamente i prestiti alle imprese a causa della mancanza di liquidità delle banche greche. Il legame tra gli esuberi e le trasformazioni rilevanti della struttura economica mondiale dovute alla globalizzazione appare quindi chiaro. Ho quindi votato a favore di questa misura.

Mi rammarico che le aziende italiane non possano usufruire maggiormente del FEG per la mancanza di sostegno da parte delle istituzioni locali e nazionali che hanno presentato tra il 2007 e il 2014 solo 14 richieste in totale.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – I voted in favour of this report. This report is concerned with the re-integration into the labour market of an estimated 705 workers of 46 enterprises operating in the publishing sector in the Greek region of Attica. This is a particularly important issue for me as only recently in my own constituency and my home town of Carrickmacross, 140 workers were made redundant from our local BOSE factory. This has had a devastating effect on the workers, their families and the wider community. We do not yet know if an application for funding from the European Globalisation Fund will be made in this instance, but adequate support for workers in retraining and up—skilling must be provided in any case. The Fund plays a vital role in ameliorating what is a very distressing situation for workers who have found their whole livelihoods placed into disarray. In what is often a very harrowing situation, it is important to focus on the positive and constructive options which are available. However, I would like to add a general qualification that no government should use this fund as justification for making workers redundant.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – All'origine dell'attuale mobilitazione del FEG vi sono 705 esuberi in 46 imprese operanti nel settore editoriale nella regione dell'Attica in Grecia, che – in una situazione generale statale particolarmente difficile – conta già il maggior numero di disoccupati rispetto alle altre regioni. La crisi, sentita molto forte nel paese, ha eroso profondamente il reddito delle famiglie, determinando un forte calo del potere d'acquisto, accompagnato da un importante freno delle banche a cedere prestiti a cittadini ed imprese. È facile comprendere come un settore come quello editoriale, pure centrale in tutte le società democratiche, risulta pesantemente penalizzato da un contesto simile.

Aymeric Chauprade (NI), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui prévoit de dédommager 705 salariés de 46 entreprises grecques d'Attica opérant dans le milieu éditorial.

Alors que le chômage en Grèce a augmenté de 20,6 % depuis 2008, le FEM doit pouvoir venir en aide à un État dans lequel, comme le précise le rapport, la crise économique et financière mondiale a provoqué la baisse du revenu disponible des ménages, avec pour conséquence une forte chute du pouvoir d'achat et la nécessité d'établir des priorités dans les dépenses.

Mittwoch, 25. März 2015

Logiquement, le secteur de l'édition en pâtit puisque les Grecs, frappés par l'austérité imposée par la troïka, ne consomment plus ou beaucoup moins de produits culturels et littéraires.

Combattant l'austérité imposée par le FMI et l'Union européenne, je suis donc favorable à cette dotation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation.

Caterina Chinnici (S&D), *per iscritto*. – Le difficili condizioni economiche in cui versa la Grecia sono molto evidenti. La recessione per il sesto anno consecutivo ha eroso il reddito di gran parte della popolazione, con la conseguente ed inevitabile riduzione del potere di acquisto.

La ristrettezza economica in cui versano le famiglie greche ha contribuito a riconoscere priorità a quei beni ritenuti necessari, facendo quindi ridurre il consumo di altri prodotti, come quelli afferenti al settore dell'editoria.

La crisi dell'Attica Publishing nasce da tale situazione e ha purtroppo coinvolto 705 persone e 46 imprese.

Ho votato a favore della richiesta presentata dalla Grecia alla Commissione europea, accolta favorevolmente anche dal Comitato bilancio del Consiglio, di mobilitare dal bilancio generale dell'Unione europea per l'esercizio 2015 una somma pari a 3 746 700 euro, con l'auspicio che possa esserci presto una ripresa economica a livello europeo

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Il provvedimento che abbiamo esaminato fa riferimento, rispetto al quadro del bilancio 2015, alla mobilitazione del FEG per un importo totale di 3 746 700 EUR per la Grecia. Essa riguarda 705 esuberanti. La richiesta si basa sul ricollocamento di almeno 500 lavoratori nell'arco di nove mesi in imprese operanti nello stesso settore economico definito a livello delle divisioni della NACE Rev. 2.

È da premettere che il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è stato istituito per fornire sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze di rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale.

Secondo i dati citati dalle autorità greche, l'economia dello Stato attraversa una grave recessione. Inoltre la grave recessione oramai si protrae da diversi anni e il consumo pubblico è sceso di 21 punti percentuali e quello privato di 23,3 punti, mentre la disoccupazione è salita di 20,6 punti. Due fattori principali sembrerebbero le cause degli esuberanti: la diminuzione del reddito familiare dovuto al forte aumento della disoccupazione e la notevole riduzione del credito ai singoli cittadini e alle imprese. Per queste considerazioni ho deciso di votare favorevolmente.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della mobilitazione del FEG in favore della Grecia perché reputo che possa rappresentare un aggiustamento dei cambiamenti strutturali del commercio mondiale dovuti alla globalizzazione.

Trovo che i 705 esuberanti in 46 imprese operanti nel settore editoriale della regione dell'Attica siano una conseguenza indiretta di tali cambiamenti, poiché la crisi economica e finanziaria mondiale, che sta colpendo in particolar modo la Grecia, ha eroso il reddito a disposizione dei nuclei familiari, determinando un forte calo del potere d'acquisto e la necessità di porre le spese in ordine di priorità, tagliando quanto si ritiene non essenziale alla vita quotidiana, come appunto le riviste e i quotidiani.

Della risoluzione mi compiaccio particolarmente del fatto che a tutti i lavoratori in esubero ammissibili sia stato offerto un servizio di orientamento professionale che comprende varie fasi e che fornirà a ciascun individuo una consulenza personalizzata e un piano per il reinserimento nel mondo del lavoro.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi criado em 2006 para prestar assistência adicional aos trabalhadores afetados pelas consequências de mudanças importantes na estrutura do comércio internacional e para ajudar à sua reintegração no mercado de trabalho.

A partir de 1 de maio de 2009, o âmbito de aplicação do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi alargado, passando a incluir o apoio a trabalhadores despedidos em consequência direta da crise económica, financeira e social.

Mittwoch, 25. März 2015

Nesta altura em que a Europa está a braços com uma crise financeira, económica e social, sendo o desemprego uma das principais consequências, a União Europeia deverá utilizar todos os meios ao seu alcance para reagir, nomeadamente, no que se refere aos apoios a prestar às pessoas que ficaram sem emprego.

Assim, apoiei o presente relatório referente à mobilização de 3.746,700 euros a favor da Grécia com o objetivo de apoiar os 705 trabalhadores despedidos, em 46 empresas que operavam na área da edição.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto favorevole sulla domanda di mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione EGF/2014/015 GR/Attica Publishing activities per le seguenti ragioni. Il FEG è lo strumento promosso dall'Unione europea per garantire un sostegno ai lavoratori in esubero quale conseguenza di trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale dovute alla globalizzazione. Condizione necessaria perché la tutela del fondo possa trovare applicazione è che gli esuberanti in parola abbiano un impatto negativo notevole sull'economia regionale o locale.

Nel caso di specie si parla di 705 lavoratori in esubero a causa della crisi economica, provenienti da 46 diverse società operanti nel medesimo settore nella regione dell'Attica che, al momento, possiede il più alto tasso di disoccupazione di tutta la Grecia.

Giova peraltro evidenziare che i servizi messi a disposizione dalle autorità greche ai lavoratori in parola, nonostante siano stati frutto di un enorme sforzo, non sono stati in grado di risolvere in via definitiva il problema poiché molto complesso.

Sembrano pertanto rispettati tutti i requisiti di accesso al FEG che, nel caso di specie, si concretano nella perdita di lavoro a causa della crisi economica (di innumerevoli lavoratori) ed un danno economico notevole all'economia regionale.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The report states that 705 workers from 46 enterprises working in the publishing sector have been made redundant due to the global financial and economic crisis. Redundant workers will participate in the co-founded personalised services which will include support for start-ups, occupational guidance, training measures, including vocational training and training allowances, as well as a job search and mobility allowance. I have thus voted in favour of this report, which seeks to redress the situation by increasing the employability of workers to reintegrate them into the workforce.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Voto a favore della mobilitazione del Fondo FEG in maniera da salvaguardare i 705 lavoratori in esubero delle 46 imprese impegnate nel settore dell'editoria. Allo stato attuale solo attraverso la concessione di questi aiuti è possibile la tutela dell'occupazione in un'area del paese ellenico duramente colpito dalla crisi.

Javier Couso Permy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe ya que permite la movilización de a raíz de 705 despidos efectuados en 46 empresas que operan en la división 58 («Edición»)(4) de la NACE Rev. 2 en la región NUTS de nivel 2(5) de la región de Ática (EL 30), en Grecia.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Grecia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This application concerns 705 redundancies from Greek company Attica Publishing in the reference period from 12 September 2013 to 12 June 2014.

The events giving rise to the redundancies, according to the Greek authorities, were mainly two: (1) the decrease of available household income - due to the increase in the tax burden, decreasing salaries and rising unemployment - resulting in the need to prioritise spending while limiting significantly the cost of everyday information; and (2) the drastic reduction of loans to enterprises and individuals due to the lack of cash in the Greek banks.

Mittwoch, 25. März 2015

As this action will provide a second chance to workers who have been unfairly affected by changes beyond their control, I voted in favour of the application.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Suite au licenciement de 705 employés au sein de 46 entreprises dans le secteur de l'édition, la Grèce a demandé à l'Union européenne de mobiliser le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) pour soutenir les personnes ayant perdu leur emploi et pour les aider à retrouver un travail ou à créer leur propre entreprise. L'aide octroyée est à hauteur 3 746 700 euros et couvre 60 % du coût des projets qui seront proposés à ces employés. Compte tenu que la demande de la Grèce correspond aux critères de mobilisation du FEM, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) afin de venir en aide à la Grèce confrontée à des licenciements importants dans le secteur de l'édition. Le secteur de l'édition, qui ne représente pas des biens de première nécessité pour les consommateurs, a particulièrement souffert de la récession grecque. Cela se traduit par une baisse de 60 % des ventes dans le secteur de l'édition pour la période 2009-2013 et un nombre important de licenciements. L'octroi de ce fonds favorisera la réinsertion sur le marché du travail de 705 travailleurs, dans l'optique de soutenir une relance de la croissance dans ce pays.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Ho sostenuto la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione a favore della Grecia, al fine di sostenere il reinserimento nel mercato di 705 lavoratori licenziati a causa della crisi economica e finanziaria mondiale. Gli eventi che hanno causato gli esuberi, secondo le autorità greche, sono principalmente due: l'erosione del reddito a disposizione dei nuclei familiari che ha determinato un forte calo del potere d'acquisto e la drastica riduzione dei prestiti alle imprese e ai singoli cittadini a causa della mancanza di liquidità delle banche greche.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – 2015. február 3-án a Bizottság határozatra irányuló javaslatot fogadott el az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap Görögország javára történő igénybevételére, hogy támogassa a pénzügyi és gazdasági világválság következtében elbocsátott munkavállalók munkaerőpiacra történő újbóli beilleszkedését. Kérelmükben a görög hatóságok szerint főként az alábbi események vezettek az elbocsátásokhoz: 1. az adóterhek növekedése, a fizetések csökkenése (ami mind a magán-, mind az állami szektor alkalmazottait érintette) és a munkanélküliség fokozódása miatt csökkent a háztartások rendelkezésére álló jövedelem, aminek következtében rendkívüli mértékben visszaesett a vásárlóerő, és a fogyasztóknak rangsorolniuk kellett kiadásait, és elhagyniuk azokat a termékeket, amelyeket nem tartanak alapvető fontosságúnak a mindennapokban; 2. a görög bankok likviditási problémái miatt drámai mértékben beszűkültek a vállalkozások és a magánszemélyek rendelkezésére álló hitelforrások. Az ágazatban működő vállalkozások (újságok, magazinok stb.) értékesítései a termékeik iránti meggengült kereslet miatt 60%-kal estek vissza a 2009–2013 közötti időszakban.

A személyre szabott szolgáltatások társfinanszírozandó, összehangolt csomagja pályaorientációt, képzést, szakmai képzést, önfoglalkoztatási támogatást, munkakeresési támogatást, képzési és mobilitási támogatást foglal magában. A Fidesz-KDNP delegációja a szolidaritás jegyében támogatja az indítványt. Fontos, hogy az elbocsátott munkavállalók megfelelő támogatást kapjanak a munkaerőpiacon való újbóli elhelyezkedésükhöz.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτως*. – Υπερψήφισα την έκθεση καθώς, παρότι διαφωνώ με το τρόπο διαχείρισης των κονδυλίων, η συγκεκριμένη έκθεση αφορά την Ελλάδα.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – A jelenlegi magyar kormány az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap igénybe vételét eddig alig kezdeményezte. Elsősorban saját erőből igyekezett és igyekszik ugyanis megoldani egyes munkahelyek megszűnését és ennek negatív hatásait. A kormány sikeres gazdaságpolitikája következtében Magyarországon jelenleg a munkahelyek növekedése és nem a csökkenése figyelhető meg. Az Európai Unió – tiltakozásunk ellenére – elég mostohán bánik az európai dohányágazattal. Az Európában évszázadok óta termesztett dohány 80 ezer mezőgazdasági termelő megélhetését biztosítja és 350 ezer idénymunkást foglalkoztat évente, legnagyobb részt Bulgária, Spanyolország, Görögország, Olaszország, Lengyelország, Magyarország és Románia szegény régióiban. Ismert tény, hogy az európai termelés abban különbözik a fejlődő világ nagy exportáló országaiénál, hogy, bár kisebb mennyiségű, de magasabb minőségű, stabilabb és nyomon követhetőbb. Ez utóbbi tulajdonságok hozzájárulnak a dohányzás közegészségügyi következményeinek az enyhítéséhez.

Mittwoch, 25. März 2015

A KAP reformja során az Európai Parlament véleménye ellenére a Bizottság elérte, hogy 2015-től teljesen megszűnjön a dohánytermelés uniós támogatása. Jelentősen vissza fog esni az ellenőrzött körülmények között folyó európai dohánytermelés, így jelentősen megnőhet az EU-n kívül előállított, kevésbé ellenőrzött dohánytermékek importja és az illegális behozatal is. Az említett intézkedések és hatások miatt jelentős veszély áll fenn, hogy számos munkahely megszűnik majd a dohánytermelési ágazatban. A témával kapcsolatos írásbeli kérdésemre válaszul a Bizottság egyedül az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap igénybe vételét látja kivitelezhetőnek.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund was set up to provide additional assistance to workers who have lost their jobs as a result of major structural changes in world trade patterns. I voted in favour of this report because it is a means by which the EU can give valuable help to local economies hard hit by company closures. I regret that the government has not taken advantage of this fund in Wales.

José Inácio Faria (ALDE), *por escrito*. – O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização é um instrumento que confere apoio aos trabalhadores que sofrem as consequências de importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial e visa prestar assistência aos trabalhadores despedidos.

No caso da Attica publishing activities, e considerando que a candidatura satisfaz os critérios de elegibilidade previstos no Regulamento FEG, o pacote de auxílio que votei favoravelmente é composto por orientação profissional, formação, reconversão e formação profissional e subsídios para o trabalho independente, a procura de emprego e a mobilidade, visando melhorar a empregabilidade de todos os trabalhadores. Este apoio deve ser complementar à responsabilidade da empresa por força da legislação nacional e não sobreponível a outro tipo de suporte financeiro por parte de União.

De acordo com os dados transmitidos pelas autoridades gregas, a economia grega encontra-se, pelo sexto ano consecutivo (2008-2013), em profunda recessão. Segundo o ELSTAT, a autoridade estatística grega, desde 2008, o PIB grego diminuiu 25,7 pontos percentuais, o consumo público 21 pontos percentuais e o consumo privado 32,3 pontos percentuais, ao passo que o desemprego registou um aumento de 20,6 pontos percentuais.

Este apoio diz respeito a 705 despedimentos no período de referência de 12 de setembro de 2013 a 12 de junho de 2014.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O FEG foi criado para fornecer suporte adicional aos trabalhadores despedidos na sequência de importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial devido à globalização ou à crise financeira e para ajudá-los a encontrar novos empregos. Aos trabalhadores despedidos são oferecidas medidas tais como suporte para a criação de empresas, assistência na procura de emprego, orientação profissional e vários tipos de formação. Na maioria dos casos, as autoridades nacionais já começaram a tomar medidas para obter o reembolso dos seus custos pela UE, quando os seus pedidos são aprovados.

As autoridades gregas apresentaram uma candidatura a respeito de despedimentos em 46 empresas que operam em atividades de edição na região da Ática, que prevê uma contribuição financeira no montante de 3 746 700 euros. Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (NI), *par écrit*. – J'ai voté positivement, car il s'agit avant tout, même si la politique libre-échangiste absolue de l'Union européenne est à l'origine des difficultés des entreprises européennes, de soutenir une entreprise en difficulté, ses dirigeants et ses salariés.

Raffaele Fitto (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa richiesta di mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione per fornire sostegno supplementare ai lavoratori greci della Attica Publishing che hanno risentito delle conseguenze di rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale.

Mittwoch, 25. März 2015

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Hospodárska a finančná kríza zasiahla v nemalej miere aj trh práce v Grécku. Fond na prispôsobenie sa globalizácii bol zriadený na poskytnutie potrebnej a nevyhnutnej podpory pre pracovníkov, ktorých sa dotkli veľké štrukturálne zmeny v odvetví svetového obchodu. Európska komisia prijala 3. februára 2015 návrh o mobilizácii fondu v prospech Grécka. Na opätovné začlenenie 705 zamestnancov sa má použiť 3 746 700 EUR zo zdrojov Európskeho fondu na prispôsobenie globalizácii. Grécke hospodárstvo sa nachádza už šiesty rok po sebe v hlbokéj recesii. Predmetné finančné prostriedky z fondu sú určené na opätovné zapojenie nezamestnaných pracovníkov formou pracovného poradenstva, profilovania a odborného vzdelávania.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. – Voto favorevolmente alla concessione del fondo di 3 746 700 EUR per 705 esuberi in 46 imprese del settore attività editoriali nella regione dell'Attica, che è la regione con il più alto tasso di disoccupazione della Grecia.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραπτώς*. – Αν και διαφωνώ με τον τρόπο που διαχειρίζονται τα κονδύλια του ΕΤΠ, και κάποιες εταιρείες θησαυρίζουν με τη μετεκπαίδευση σε νέες δεξιότητες των απολυμένων με ελάχιστα χρήματα να πηγαίνουν προς όφελος των ανέργων, υπερψηφίζω την αίτηση EGF/2014/015 GR/Attica Publishing activities γιατί αφορά Έλληνες.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – 2015. február 3-án a Bizottság határozatra irányuló javaslatot fogadott el az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap Görögország javára történő igénybevételére, hogy támogassa a pénzügyi és gazdasági világválság következtében elbocsátott munkavállalók munkaerőpiacra történő újbóli beilleszkedését.

Kérelmükben a görög hatóságok szerint főként az alábbi események vezettek az elbocsátásokhoz: (1) az adóterhek növekedése, a fizetések csökkenése (ami mind a magán-, mind az állami szektor alkalmazottait érintette) és a munkanélküliség fokozódása miatt csökkent a háztartások rendelkezésére álló jövedelem, aminek következtében rendkívüli mértékben visszaesett a vásárlóerő, és a fogyasztóknak rangsorolniuk kellett kiadásait, és elhagyniuk azokat a termékeket, amelyeket nem tartanak alapvető fontosságúnak a mindennapokban; (2) a görög bankok likviditási problémái miatt drámai mértékben beszűkültek a vállalkozások és a magánszemélyek rendelkezésére álló hitelforrások.

Az ágazatban működő vállalkozások (újságok, magazinok stb.) értékesítései a termékeik iránti meggyengült kereslet miatt 60%-kal estek vissza a 2009–2013 közötti időszakban.

A személyre szabott szolgáltatások társfinanszírozandó, összehangolt csomagja pályaorientációt, képzést, szakmai képzést, önfoglalkoztatási támogatást, munkakeresési támogatást, képzési és mobilitási támogatást foglal magában.

A Fidesz–KDNP delegációja a szolidaritás jegyében támogatja az indítványt. Fontos, hogy az elbocsátott munkavállalók megfelelő támogatást kapjanak a munkaerőpiacon való újbóli elhelyezkedésükhöz.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe porque con su aprobación se movilizará el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización por un importe de 3 746 700 euros en relación con los 80 despidos realizados en cuarenta y seis empresas que operan en el sector de la edición en Ática, Grecia.

El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización se creó para proporcionar apoyo adicional a los trabajadores despedidos como consecuencia de grandes cambios estructurales en los patrones del comercio mundial provocados por la globalización o la crisis financiera y para ayudarles a encontrar nuevos puestos de trabajo.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – È un dovere da parte dell'Unione europea in momenti come questi essere a fianco delle famiglie greche e fare quanto possibile per aiutare il maggior numero di persone in difficoltà.

Per questi motivi ho votato sì alla richiesta da parte della Grecia di utilizzo del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, in conformità del punto 13 dell'accordo interistituzionale del 2 dicembre 2013 tra il Parlamento europeo, il Consiglio e la Commissione sulla disciplina di bilancio, sulla cooperazione in materia di bilancio e sulla sana gestione finanziaria.

Mittwoch, 25. März 2015

Enrico Gasbarra (S&D), *per iscritto*. – Ho votato con convinzione la relazione del collega Christoforou che mobilita un aiuto concreto a favore dei lavoratori di Attica Publishing Activities, in risposta alla domanda presentata dal governo della Grecia.

La Grecia è stata fin troppo duramente colpita dalla crisi occupazione ed economica degli ultimi cinque anni; l'auspicio è che queste misure, oltre a rappresentare uno strumento di reinserimento professionale come previsto dal Fondo di adeguamento alla globalizzazione, possano anche essere intese finalmente come un gesto di apertura e sensibilità da parte dell'Europa.

I collocamenti in esubero dei lavoratori di Attica Publishing avranno un'ulteriore incidenza negativa su una regione che già registra il numero più elevato di disoccupati in Grecia. Auspicio pertanto che lo sblocco dei finanziamenti possa porre un palliativo immediato e introdurre misure che ricreino fiducia e competenze per i lavoratori interessati.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe sobre movilización de recursos para la adaptación a un espacio globalizado. El informe trata sobre una partida destinada a la reintegración en el mercado laboral de 705 trabajadores de 46 empresas en la región griega de Attica.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted in favour of the implementation of the European Globalisation Adjustment Fund to offer assistance in Greece following 928 redundancies across 16 enterprises. The funding shall contribute to the costs of measures for the reintegration of 120 redundant workers into employment. The coordinated package of personalised services to be co-funded covers three main areas: redeployment, training and promotion of entrepreneurship (including support for enterprise creation and collective projects). The UK has never made an application under this Fund. UK workers therefore receive none of this support

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour, because the purpose of the European Globalisation Adjustment Fund is to provide additional assistance to workers suffering from the consequences of major structural changes in world trade patterns. In this case of the publishing sector in the Attica region, 705 people have lost their jobs. These redundancies are expected to have huge negative impacts on the Attica region, which already has the largest number of all the unemployed people in Greece as compared to the other 12 regions. Therefore, the publishing activities sector has been the subject of an application for financial support under the European Globalisation Adjustment Fund.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – 2015. február 3-án a Bizottság határozatra irányuló javaslatot fogadott el az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap Görögország javára történő igénybevételére, hogy támogassa a pénzügyi és gazdasági világválság következtében elbocsátott munkavállalók munkaerőpiacra történő újbóli beilleszkedését.

Kérelmükben a görög hatóságok szerint főként az alábbi események vezettek az elbocsátásokhoz: (1) az adóterhek növekedése, a fizetések csökkenése (ami mind a magán-, mind az állami szektor alkalmazottait érintette) és a munkanélküliség fokozódása miatt csökkent a háztartások rendelkezésére álló jövedelem, aminek következtében rendkívüli mértékben visszaesett a vásárlóerő, és a fogyasztóknak rangsorolniuk kellett kiadásait, és elhagyniuk azokat a termékeket, amelyeket nem tartanak alapvető fontosságúnak a mindennapokban; (2) a görög bankok likviditási problémái miatt drámai mértékben beszűkültek a vállalkozások és a magánszemélyek rendelkezésére álló hitelforrások.

Az ágazatban működő vállalkozások (újságok, magazinok stb.) értékesítései a termékeik iránti meggyengült kereslet miatt 60%-kal estek vissza a 2009–2013 közötti időszakban.

A személyre szabott szolgáltatások társfinanszírozandó, összehangolt csomagja pályaorientációt, képzést, szakmai képzést, önfoglalkoztatási támogatást, munkakeresési támogatást, képzési és mobilitási támogatást foglal magában.

A Fidesz-KDNP delegációja a szolidaritás jegyében támogatja az indítványt. Fontos, hogy az elbocsátott munkavállalók megfelelő támogatást kapjanak a munkaerőpiacon való újbóli elhelyezkedésükhöz.

Mittwoch, 25. März 2015

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe sobre movilización de recursos para la adaptación a un espacio globalizado. El informe trata sobre una partida destinada a la reintegración en el mercado laboral de 705 trabajadores de 46 empresas en la región griega de Attica.

Carlos Iturgaiz (PPE), *por escrito*. – Voto a favor.

El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización se creó para proporcionar ayuda adicional a los trabajadores que sufren las consecuencias de grandes cambios estructurales en los patrones del comercio mundial. Evaluando la solicitud presentada, considero que ésta debe ser concedida.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prijedlog Rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu Odluke Parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji u slučaju „Attica Publishing” jer se finansijskim doprinosom EGF-a izravno pomaže gospodarskom stanju grčke regije Attica koja je pogođena nepovoljnim utjecajem 705 otpuštenih radnika.

Svjetska finansijska i gospodarska kriza negativno je utjecala na sektor izdavaštva te je dodatno ugrozila već tešku gospodarsku situaciju i stopu nezaposlenosti spomenute regije. U tom kontekstu podržavam profesionalno usmjeravanje koje je pruženo otpuštenim radnicima te prilagođene programe osposobljavanja i priznavanja sposobnosti i vještina. Važno je stvoriti stabilnu i pozitivnu atmosferu koja bi bila poticaj za otvaranje novih radnih mjesta te za rast gospodarstva, čemu teži Fond za prilagodbu globalizaciji. Držim također da je potrebno što brže i učinkovitije djelovanje.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu la résolution portant sur la demande de mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation introduite par la Grèce concernant des licenciements dans 46 entreprises spécialisées dans l'édition. Ce Fonds a été créé pour favoriser la réinsertion sur le marché du travail des travailleurs victimes des modifications de la structure du commerce international résultant de la mondialisation, ou de la crise financière. Aussi, je me félicite de l'adoption de cette aide s'élevant à 3 746 700 euros.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραφώς*. – Ψήφισα υπέρ διότι θεωρώ πως πρέπει να παρασχεθεί πρόσθετη στήριξη στους εργαζομένους που υφίστανται τις συνέπειες των μεγάλων διαρθρωτικών αλλαγών στη μορφή του παγκόσμιου εμπορίου και να στηριχθούν με σκοπό την επανένταξή τους στην αγορά εργασίας, στην περίπτωση που έχουν απολυθεί λόγω της παγκόσμιας χρηματοπιστωτικής και οικονομικής κρίσης, όπως εν προκειμένω συμβαίνει με τους εργαζομένους της Attica Publishing activities.

Barbara Kappel (NI), *schriftlich*. – Der Antrag wurde am 4. September 2014 bei der Europäischen Kommission eingereicht. Griechenland stellte diesen Antrag auf Unterstützung aus dem EGF, nachdem 928 Mitarbeiter im Betrachtungszeitraum 12.9.2013–12.6.2014 entlassen wurden. Die Unterstützung erfolgt in Form von Berufsberatung und Hilfe bei der Karriereplanung, Hilfestellung bei der Unternehmensgründung und Gründerberatung, Ausbildung, Fortbildungs- und Hochschulbildungsprogrammen, Ausbildungsstipendien und Einkommensbeihilfen. Ich unterstütze diese Hilfestellung für die entlassenen Arbeitnehmer in Griechenland und stimme deshalb für diesen Antrag.

Seán Kelly (PPE), *in writing*. – I am pleased to support the application for the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund made for Attica Publishing activities. The European Globalisation Adjustment Fund was set up to provide additional assistance to workers who have lost their jobs as a result of major structural changes in world trade patterns. Attica Publishing activities were a major employer in the Attica region of Greece, and the 705 redundancies which have resulted from its closure have had a significant adverse impact on the local economy, which was already struggling with large-scale unemployment. I therefore voted in favour of this report as it is a means by which the EU can give valuable help to the local economy and support the workers affected by helping them re-enter the labour market.

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – I voted in favour of mobilisation of the Fund, as I support giving assistance to reintegrate workers into the labour market made redundant due to major structural changes in world trade patterns due to globalisation and the economic crisis.

Jérôme Lavrilleux (PPE), *par écrit*. – Comme j'avais déjà eu l'occasion de le faire en commission parlementaire de l'emploi et des affaires sociales, j'ai voté en faveur du rapport Christoforou relatif à la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) en ce qui concerne 705 anciens salariés de l'entreprise grecque Attica Edition.

Mittwoch, 25. März 2015

L'adoption de ce rapport témoigne de la capacité de l'Union européenne à répondre efficacement aux enjeux et aux difficultés que pose la mondialisation.

En effet, ce sont 705 salariés licenciés opérant dans le secteur de l'édition qui bénéficieront d'une enveloppe de 3 746 700 euros au titre du FEM pour financer des projets tels que des formations ou des conseils d'orientation.

Ce plan, d'une valeur totale de 6 244 500 euros, permettra en outre à ces anciens travailleurs du secteur de l'édition d'adapter leurs compétences et savoir-faire aux nouveaux besoins du marché afin qu'ils retrouvent rapidement un emploi.

Constance Le Grip (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport Christoforou, qui prévoit la mobilisation de plus de 3,7 millions d'euros, au titre du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM), en faveur des salariés licenciés de l'entreprise grecque Attica Edition. Entre 2009 et 2013, la presse grecque a perdu près de 60 % de ses abonnés en raison de la crise économique et financière mondiale.

Grâce au FEM et à un plan d'un montant total de 6 244 500 euros, ce sont plus de 700 salariés qui pourront bénéficier de mesures en faveur de la réinsertion professionnelle telles que l'aide à la recherche d'emploi, l'orientation professionnelle et divers types de formation.

Sander Loones (ECR), *schriftelijk*. – Globalisering is onvermijdelijk en gaat hand in hand met de opening van nieuwe markten, met internationale concurrentie, met economische groei en met jobcreatie. De keerzijde hiervan is jobverlies in minder competitieve sectoren. De N-VA delegatie in het Europees Parlement heeft begrip voor de doelstellingen van het Europees fonds voor aanpassing aan de globalisering (EFG), maar heeft tevens oog voor de belastingbetaler die de factuur betaalt. Bovendien hoort sociaal beleid in eerste instantie een bevoegdheid van de Lidstaten te zijn. Een Europese transferunie is geen panacee om de werkloosheid aan te pakken. Er is vooral nood aan structurele hervormingen om weer aan te knopen met economische groei. De Europarlementsleden van de N-VA hebben zich daarom onthouden op dit dossier.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Las autoridades griegas presentaron la solicitud de contribución financiera del FEAG (Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización) con la referencia EGF/2014/018 GR/Attica Broadcasting, a raíz de 928 despidos en 16 empresas del sector de la programación y la radiodifusión. Además, me gustaría señalar que es la primera solicitud de ayuda al FEAG procedente de este sector.

Por otro lado, la mayor parte de los fondos solicitados se destinan a apoyar la creación de empresas en forma de subvenciones para trabajo por cuenta propia y medidas de formación, incluidos subsidios a la formación profesional y a la formación.

Voté favorablemente a esta propuesta, ya que considero que las medidas de apoyo a la orientación profesional, la formación y el empleo autónomo deben tener en cuenta las oportunidades emergentes que los nuevos medios de comunicación en la web pueden ofrecer a estos trabajadores.

Por todo ello, voté favorablemente a esta propuesta.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Europski fond za prilagodbu globalizaciji kreiran je kako bi se osigurala pomoć bivšim zaposlenicima u pronalasku novog radnog mjesta, edukaciji ili samozapošljavanju, koji su radi posljedica globalizacije te financijske i gospodarske krize ostali bez posla. Grčke vlasti podnijele su zahtjev za mobilizacijom Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji u iznosu od 3.7 milijuna eura za pomoć bivšim zaposlenicima 46 poduzeća iz izdavačkog sektora regije Attica.

Duboka kriza u Grčkoj, koja traje već 6 godina, razlog je otpuštanja velikog broja radnika i zatvaranja tisuća poduzeća iz svih sektora. Izdavački sektor bilježi pad prodaje od 60 posto u razdoblju od 2009. do 2013., jer zbog smanjenja plaća koje je rezultiralo smanjenom osobnom potrošnjom, građani troše samo na osnovne potrebe.

Paket koji se planira sufinancirati sredstvima iz EGF-a namijenjen je ciljanoj pomoći za 705 otpuštenih radnika koji ispunjavaju uvijete. Među njima je čak 576 osoba u dobnoj skupini od 30 do 54 godine.

Mittwoch, 25. März 2015

Podržavam ovaj zahtjev za mobilizacijom Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji s obzirom da se u Grčkoj broj nezaposlenih u vrijeme krize povećao četiri puta i kontinuirano raste, a regija Attica pridonosi s 43 posto grčkom BDP-u, i ima veliki utjecaj na čitavo gospodarstvo Grčke.

Vladimír Maňka (S&D), *pisomne*. – Pomoc vo forme finančného príspevku smeruje na poskytnutie podpory 705 zamestnancom, prepusteným z práce v oblasti nakladateľskej činnosti.

Je dôležité, aby prijímateľ pri využívaní pomoci z EFG použil poskytnuté prostriedky prioritne na podporu trvalých pracovných miest, ktoré pomôžu Grécku na ceste z hospodárskej recesie.

Rovnako je dôležité, aby auditujúce a kontrolné orgány priebežne kontrolovali plnenie podmienok poskytnutej pomoci a jej skutočné použitie.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραφιώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου όσον αφορά την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση, σύμφωνα με το σημείο 13 της διοργανικής συμφωνίας, της 2ας Δεκεμβρίου 2013, μεταξύ του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, του Συμβουλίου και της Επιτροπής για τη δημοσιονομική πειθαρχία, τη συνεργασία σε δημοσιονομικά θέματα και τη χρηστή δημοσιονομική διαχείριση, διότι οι ελληνικές αρχές αποφάσισαν να δρομολογήσουν την εφαρμογή των εξατομικευμένων υπηρεσιών προς τους πληγέντες εργαζομένους στις 28 Νοεμβρίου 2014, πολύ πριν από την απόφαση σχετικά με τη χορήγηση στήριξης από το ΕΤΠ για την προτεινόμενη συντονισμένη δέσμη μέτρων.

David Martin (S&D), *in writing*. – By way of an explanation of my vote, I considered this an appropriate cause for mobilisation of the EGF.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Considero necessaria la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione quale sostegno per il reinserimento nel mercato del lavoro di 705 lavoratori in esubero in 46 imprese operanti nel settore «attività editoriali».

Gli aiuti oggi accordati rappresentano delle valide misure attive finalizzate al reinserimento dei lavoratori.

Per tali ragioni ho votato a favore della relazione concernente la richiesta di mobilitazione del FEG a favore della Grecia.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Le conseguenze attribuibili ai mutamenti del commercio mondiale hanno impattato negativamente l'economia greca, già vittima, da alcuni anni, di un sensibile crollo della domanda interna.

È necessario che l'Unione europea intervenga a sostegno del paese e dei suoi abitanti, affinché il peso derivante dalla depressione economica possa finalmente diminuire.

Per tale ragione ho ritenuto opportuno esprimere il mio consenso nei confronti della relazione Christoforou, che sostiene la mobilitazione del FEG, a vantaggio di 705 lavoratori in esubero presso la Attica Publishing.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Mi apoyo a movilizar el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización para apoyar a otros 705 trabajadores despedidos en Grecia, ya que las empresas en las que trabajaban, sobre todo relacionadas con publicaciones, vieron reducidas sus ventas un 60% en el período 2009-2013, debido a la caída de la demanda de sus productos.

A través de los 3 746 700 euros que aporta la UE en este caso, queremos ayudar a estos trabajadores para que puedan encontrar nuevas posibilidades de empleo que permitan superar la difícil situación económica que se vive en sus familias y en el país, en general.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. – Auch für diesen Antrag stimmte ich positiv, da Arbeitnehmer, die durch die weitreichenden Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge oder in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise entlassen worden sind, bei ihrer Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützt werden müssen. Durch die rückläufige Nachfrage nach Produkten dieser Branche (Zeitungen, Zeitschriften usw.) im Zeitraum 2009–2013 verzeichneten Unternehmen einen Verkaufsrückgang von 60 %. Es gilt, sich Maßnahmen zu überlegen, um diesen Sektor wieder zu stärken.

Mittwoch, 25. März 2015

Valentinas Mazuronis (EFDD), raštu. – Balsavau už paramos skyrimą Graikijos Atikos regionui, kuriame nustatytas didžiausias, palyginti su kitais 12 regionų, bedarbių skaičius Graikijoje. Dėl besitęsiančios pasaulinės finansų ir ekonomikos krizės, iš 46 įmonių atleidus leidybos sektoriaus darbuotojus, kilo eilė socialinių problemų, kurias būtina neatidėliojant spręsti. Todėl parama iš Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondo bus naudojama verslo steigimo skatinimui, profesiniam perorientavimui, mokymo priemonėms, bedarbių pašalpų bei judumo išmokoms.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. – La Grèce a subi de plein fouet l'austérité des précédents gouvernements, fidèles compagnons de l'infâme troïka et de ses «réformes structurelles». La consommation des ménages a baissé de plus de 32 points de pourcentage, tandis que le chômage a augmenté de 20,6 points de pourcentage. Le peuple grec devait surtout survivre et les abonnements annuels et l'achat de la presse quotidienne s'en sont trouvés gravement atteints. Les journaux ont connu une réduction de 60 % de leurs ventes, ce qui a mis en péril une quarantaine d'entreprises du secteur de la région de l'Attique. Ce fonds d'aide à la mondialisation vient en aide à quelque 700 licenciés dans ces entreprises. Je dénonce ces fonds d'aide à la mondialisation, véritable outil d'encouragement des actionnaires et des États à adhérer à l'irresponsabilité sociale du capitalisme. Je m'abstiens sur ce cas particulier afin de soutenir les possibilités de réembauche de ces salariés et de relance d'une presse de qualité grâce à la politique régionale et nationale de Syriza.

Nuno Melo (PPE), por escrito. – A UE é um espaço de solidariedade e nela se enquadra o Fundo Europeu de Ajustamento à globalização. Estes apoios são fundamentais para o auxílio aos desempregados e às vítimas das deslocações que se verificam num contexto globalizado.

É cada vez maior o número de empresas que se deslocalizam, aproveitando os reduzidos preços do fator trabalho, que são praticados em vários países, nomeadamente na China e na Índia, com efeitos nocivos para os países que respeitam os direitos dos trabalhadores. O FEG destina-se a ajudar os trabalhadores vítimas da deslocalização de empresas e é fundamental para facilitar o acesso a um novo emprego.

O FEG já foi no passado utilizado por outros países da UE, cabendo agora dar esse auxílio à Grécia que apresentou a candidatura EGF/2014/015 GR/Attica publishing activities a uma contribuição financeira do FEG, na sequência de 705 despedimentos em 46 empresas que operam na divisão 58 (atividades de edição) da NACE Rev. 2, na região da Ática, de nível NUTS 2 (EL 30), na Grécia.

Roberta Metsola (PPE), in writing. – The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) is one of the key tools in the EU's arsenal to provide additional assistance to workers negatively impacted upon by major structural changes in world trade patterns. The Commission approved this specific application as it met the conditions to mobilise EGF to support the local economy. I therefore voted in favour of this report to alleviate the situation of 705 workers in the publishing sector in Greece due to the global financial and economic crisis.

Giulia Moi (EFDD), per iscritto. – Nel settore delle pubblicazioni editoriali in Grecia (regione Attica), sono stati collocati in esubero 705 lavoratori di 46 imprese diverse operanti nell'editoria. Il sostegno sarà erogato sotto forma di indennità per la ricerca di occupazione e orientamento professionale, indennità per la formazione e indennità per la ricerca di lavoro e mobilità.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), por escrito. – O Regulamento n.º 1927/2006 do Parlamento Europeu e do Conselho, de 20 de dezembro de 2006, instituiu o Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização (FEG) com o objetivo de apoiar os trabalhadores que perderam os seus postos de trabalho devido a alterações estruturais no contexto da economia global.

Os despedimentos na Grécia ocorreram devido à redução do rendimento disponível das famílias e ao aumento do desemprego, que resultou numa enorme queda do poder de compra e na necessidade de estabelecer prioridades em termos de despesas, limitando significativamente as verbas consagradas à informação diária, conforme sucedeu com a Attica Publishing Activities. Importa sublinhar que as empresas deste sector (jornais, revistas, etc.) registaram uma redução de 60% das vendas no período 2009-2013.

Neste sentido, sou a favor da mobilização de um montante total de 3 746 700 euros do FEG, a favor da Grécia, que diz respeito a 705 despedimentos no período de referência de 12 de setembro de 2013 a 12 de junho de 2014.

Mittwoch, 25. März 2015

Sophie Montel (NI), *par écrit*. – Cette demande concerne le secteur de l'édition en Grèce, qui doit faire face au licenciement de 705 personnes dans 46 entreprises de la région de l'Attique.

Le montant des crédits d'engagement s'élève à 3 746 700 euros, composé principalement d'aides à la réorientation et à la formation professionnelle, ou encore de subventions à l'activité indépendante (auto-entrepreneur) et à la création d'entreprises.

Le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation a été mis en place pour apporter une aide aux travailleurs subissant les conséquences de la crise d'un secteur donné, ou des mutations des structures économiques des États membres engendrées par la mondialisation et le libre-échange.

Même si ce Fonds est un pis-aller pour faire face aux problèmes engendrés par la politique d'austérité et l'ouverture aux quatre vents de la mondialisation, il semble indispensable d'accorder une aide financière à ces secteurs actuellement menacés par la crise. Je me suis donc prononcée en faveur de cette aide.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation. Il s'agit de d'activer le Fonds à hauteur de 3,7 millions d'euros pour appuyer le reclassement de 705 salariés licenciés par 46 sociétés de l'Attique. En Grèce, le PIB a chuté de près de 25 % depuis le début de la crise, tandis que, parallèlement, le taux de chômage augmentait de 20 points. La mobilisation du Fonds témoigne une nouvelle fois de la solidarité de l'Union européenne avec les citoyens grecs les plus durement frappés par la crise économique.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo con favore la domanda di mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione a favore della Grecia, al fine di sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro dei lavoratori dell'azienda Attica Publishing, che sono stati licenziati in conseguenza di trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale.

In base ai dati citati dalle autorità greche, gli esuberi sono stati direttamente causati dall'erosione del reddito a disposizione dei nuclei familiari – a causa dell'aumento del carico fiscale, del calo dei salari (dei dipendenti sia pubblici che privati) e della disoccupazione in crescita – che ha determinato un forte calo del potere d'acquisto e la necessità di porre le spese in ordine di priorità, tagliando quanto si ritiene non essenziale alla vita quotidiana. A causa del crollo della domanda, le imprese del settore in oggetto (quotidiani, riviste, ecc.) hanno subito una diminuzione delle vendite del 60% per il periodo 2009-2013.

Il pacchetto coordinato dei servizi personalizzati da cofinanziare sarà diretto prevalentemente ad azioni di orientamento professionale, di formazione, di sovvenzioni per il lavoro autonomo, di indennità per la ricerca di occupazione e la mobilità. Siamo dunque certi che tali incentivi europei rappresenteranno un valido aiuto finalizzato al reinserimento di questi lavoratori.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) è stato creato per fornire sostegno aggiuntivo ai lavoratori vittime della crisi economico-finanziaria e degli squilibri del mercato attribuibili all'avanzamento della globalizzazione.

Il 3 febbraio 2015 la Commissione europea ha adottato una proposta di decisione sulla mobilitazione del FEG a favore della Grecia. La domanda in esame, l'ottava nel quadro del bilancio 2015, chiede la mobilitazione di un importo totale di 3 746 700 euro in favore di 705 esuberi presso 46 imprese operanti nelle attività editoriali nel periodo tra il 12 settembre 2013 e il 12 giugno 2014.

Alla luce di quanto esposto, ho espresso il mio consenso nei confronti della relazione Christoforou poiché ritengo che i lavoratori debbano beneficiare del più ampio supporto da parte dell'Unione europea. Lo stanziamento, che finanzia azioni mirate a potenziare le competenze professionali di questi lavoratori, contribuirà ad offrire loro nuove opportunità di occupazione.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Am votat pentru mobilizarea Fondului european de ajustare la globalizare: cererea EGF/2014/015 GR/Attica Publishing activities în calitate de raportor special al Grupului S&D pentru FEG. Cererea este bine documentată și respectă cerințele Comisiei Europene în domeniu.

Mittwoch, 25. März 2015

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. – Griechische Behörden stellten den Antrag EGF/2014/015 GR/Attica Publishing activities am 4. September 2014. Der Antrag betrifft 705 Arbeitskräfte, die bei 46 Unternehmen entlassen worden sind. Diese Unternehmen waren im Wirtschaftszweig NACE-Rev.-Abteilung 58 (Verlagswesen) in der NUTS-2-Region Attika (EL30) tätig. Gründe dafür waren die Folgen der Wirtschaftskrise. Um Entlassenen Perspektiven einräumen zu können, wurde der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung gegründet, dem jährlich 500 Millionen Euro zur Verfügung stehen. Ich stimme für diesen Bericht, da eine Unterstützung durchaus bedeutend ist und dadurch ein wichtiges Zeichen gesetzt wird.

Urmäs Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin Euroopa Parlamendi resolutsiooni ettepanekut eraldada Kreekale EGFist 3 746 700 eurot, mis võimaldab tööturule tagasi aidata 705 inimest, kes koondamise tagajärjel töötuks jäid. Majanduskriisi tõttu suurenes töötus Euroopa Liidus dramaatiliselt. Struktuursete muutuste ja globaliseerumise tagajärjel on paljud ettevõtted pidanud väga palju töötajaid koondama või ukseid sulgema. EGF-i abil saame need inimesed uuesti tööturul kaasata.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondo lėšų mobilizavimas yra reikalingas ir būtinas, tam kad būtų užkirstas kelis itin neigiamoms pasekmėms, kurios gali kilti dėl tokio didelio atleidimų masto 46 skirtingose leidybos sektoriaus įmonėse.

Atsielgiant į tai, pritariu pasiūlymui skirti finansinę paramą Graikijai aktyvioms darbo rinkos priemonėms įgyvendinti, kadangi 705 darbuotojų atleidimas iš leidybos sektoriaus įmonių Atikos regione yra tiesiogiai susijęs su pasauline finansų ir ekonomikos krize.

Labai svarbu, kad visiems reikalavimus atitinkantiems atleistiems darbuotojams būtų sudarytos tinkamos sąlygos pasinaudoti EGF remiamomis priemonėmis, pritaikytomis prie individualių poreikių. Tik pakankamai ir efektyviai panaudota parama padės šiems darbuotojams sugrįžti į darbo rinką. Siekiant sušvelninti neigiamas pasekmes ir pagerinti neigiamą padėtį, atleistiems darbuotojams turi būti suteikiamos užimtumo skatinimo priemonės bei teikiamos profesinio orientavimo ir persikvalifikavimo galimybės, kurios padės grįžti į darbo rinką kuo anksčiau.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerato che l'Unione ha predisposto strumenti legislativi e di bilancio per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei rilevanti cambiamenti strutturali nei flussi commerciali mondiali o della crisi economica e finanziaria globale, e per assisterli nel reinserimento nel mercato del lavoro; che il sostegno finanziario dell'Unione ai lavoratori collocati in esubero dovrebbe essere dinamico e reso disponibile nel modo più rapido ed efficiente possibile, in conformità della dichiarazione comune del Parlamento europeo, del Consiglio e della Commissione, adottata durante la riunione di concertazione del 17 luglio 2008, e nel rispetto dell'AlI del 2 dicembre 2013 con riferimento all'adozione di decisioni di mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG);

Per tali ragioni ho espresso il mio voto favorevole.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Zbog ekonomskih i finansijskih problema u regiji Attici povezanih sa svjetskom i gospodarskom krizom podržavam ovaj zahtjev koji se odnosi na zbrinjavanje 705 radnika koji su tehnološki višak u 46 poduzeća.

Potrebno je mobilizirati EGF s iznosom od 3 746 700 eura što predstavlja 60 % ukupnih troškova predloženih mjera kako bi se osigurao finansijski doprinos za njihovu primjenu.

Nadalje, napominjem da će ta otpuštanja imati iznimno nepovoljan utjecaj na regiju Atticu koja već sada ima najveći broj nezaposlenih u Grčkoj u odnosu na ostalih 12 regija.

Pozdravljam činjenicu da je svim otpuštenim radnicima koji ispunjavaju uvjete ponuđeno profesionalno usmjeravanje u nekoliko faza, a kojim će im se pružiti individualno, personalizirano savjetovanje i pomoći izraditi planovi za njihovo ponovno zapošljavanje.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Budući da je Europski fond za prilagodbu globalizaciji (EGF) osnovan radi pružanja potpore otpuštenim radnicima i samozaposlenim osobama koje su prestale sa svojom djelatnošću zbog velikih strukturalnih promjena u svjetskim trgovinskim tokovima prouzročenih globalizacijom, zbog dugotrajne svjetske finansijske i gospodarske krize spomenute u Uredbi (EZ) br. 546/2009(3) ili zbog nove svjetske finansijske i gospodarske krize te kako bi im se pomoglo pri reintegraciji na tržište rada, podržavam odobrenje od 3 746 700 EUR u odobrenim sredstvima za preuzimanje obveza i odobrenim sredstvima za plaćanja kako bi se djelomično financirali gubitci nastali u pogledu otpuštanja u 46 poduzeća koja djeluju u okviru odjeljka 58. klasifikacije NACE Rev. 2 (izdavačke djelatnosti). Države članice trebaju pokazati solidarnost jedne prema drugima kad je potrebno, te mi je drago da su to pokazale i danas na ovom primjeru.

Mittwoch, 25. März 2015

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Europski fond za prilagodbu globalizaciji (EGF) je osnovan kako bi pružio dodatnu potporu radnicima koji su pogođeni posljedicama velikih strukturnih promjena u međunarodnoj trgovini i kako bi im pomogao u reintegraciji na tržištu rada, odnosno pri pronalasku novog radnog mjesta. Istovremeno financijska pomoć Unije otpuštenim radnicima treba biti dinamična i dostupna što je brže i učinkovitije moguće.

Grčka je podnijela zahtjev za financijski doprinos iz EGF-a zbog otpuštanja 705 radnika u 46 poduzeća koja djeluju u sektoru izdavaštva u regiji Attici u Grčkoj. Prema grčkim tijelima glavni uzroci otpuštanja su smanjenje raspoloživog dohodka kućanstava zbog povećanja poreznog opterećenja, manjih plaća i porasta nezaposlenosti, a što je dovelo do velikog pada kupovne moći i potrebe za određivanjem prioriteta u potrošnji i izbacivanjem proizvoda koji nisu neophodni za svakodnevni život te drastičnog smanjenja zajmova poduzećima i pojedincima zbog manjka gotovine u grčkim bankama. Smatra se kako će otpuštanja imati i iznimno nepovoljan utjecaj na regiju Atticu koja već sada ima najveći broj nezaposlenih u Grčkoj u odnosu na ostalih 12 regija. Stoga, podržavam Izvješće izvijestitelja Lefterisa Christoforoua o mobilizaciji 3.746.700 EUR, što predstavlja 60 % ukupnog troška, jer je cilj pomoći otpuštenim radnicima u osposobljavanju i prekvalifikaciji za nova radna mjesta.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* – A Grécia apresentou uma candidatura com vista a obter uma contribuição financeira do FEG, na sequência de 705 despedimentos em 46 empresas, que operam na divisão 58 da NACE Rev. 2 (Atividades de edição) na região de Ática, durante o período entre 12 de setembro de 2013 e 12 de junho de 2014.

De acordo com a Comissão, a referida candidatura cumpre os critérios de elegibilidade previstos no Regulamento FEG, verificando-se, por um lado, que os despedimentos no sector da edição na região da Ática estão ligados à crise económica e financeira mundial que reduziu o rendimento disponível das famílias, o que resultou numa enorme queda do poder de compra e na necessidade de estabelecer prioridades em termos de despesas, com o abandono quotidiano das revistas e dos jornais, assim como reduziu drasticamente os empréstimos às empresas e aos particulares devido à falta de liquidez dos bancos gregos, e, por outro lado, que os despedimentos terão repercussões muito negativas para a região da Ática, que já conta com o maior número de desempregados na Grécia em comparação com as outras 12 regiões. Votei, por isso, favoravelmente esta resolução, que aprova a decisão de mobilização do FEG a favor da Grécia.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito.* – He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 3 746 700 euros del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a 705 trabajadores que han perdido su empleo en 46 empresas que operan en el sector de la edición en la región de Ática, en Grecia, como consecuencia de la crisis económica y financiera que azota al país heleno, que ha reducido la renta disponible de los hogares, provocando una enorme caída del poder adquisitivo y la necesidad de establecer prioridades de gasto, disminuyendo el dispendio correspondiente a productos no considerados de primera necesidad para la vida cotidiana, como las revistas y los periódicos, además de reducir drásticamente los préstamos a las empresas y los particulares.

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades de orientación profesional, formación, reciclaje y búsqueda de empleo, además de subvenciones para la promoción del emprendimiento.

Si bien estas ayudas no son capaces por sí solas de paliar el drama del desempleo en la región de Ática, que alberga ya el mayor número de desempleados entre las doce regiones griegas, sí constituyen una buena asistencia y formación para la inserción laboral de los trabajadores afectados.

Claude Rolin (PPE), *par écrit.* – Attica Publishing, société grecque active dans le secteur de l'édition, a procédé au licenciement de 705 travailleurs. La situation socioéconomique en Grèce s'avère compliquée depuis la crise économique et financière. En 2012, 23 % des Grecs vivaient sous le seuil de pauvreté et, en 2014, trois travailleurs ou salariés sur quatre ont déclaré que leur niveau de revenu avait diminué par rapport à l'année précédente en raison des réductions salariales. En conséquence, nombreuses sont les personnes qui ont réduit leurs dépenses en matière de produits qui ne sont pas de première nécessité tels que les magazines et les journaux. Je n'ai donc pas hésité une seule seconde à voter en faveur de la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation. Cette décision va permettre de venir en aide à la Grèce et à ces 705 travailleurs avec une contribution de 3 746 700 euros.

Mittwoch, 25. März 2015

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – À semelhança da proposta anterior, a Grécia apresentou uma outra candidatura ao Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização, com vista a minorar os efeitos do despedimento de 705 trabalhadores em 46 empresas que operam no sector audiovisual, na componente de edição, também na região da Ática.

Uma vez que os critérios para a atribuição deste fundo se encontram preenchidos e dado tratar-se de uma situação similar à anterior candidatura apresentada pela Grécia para o ramo audiovisual, mereceu também o meu voto favorável.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Con questa relazione il Parlamento europeo ha approvato la richiesta proveniente dalla Grecia grazie alla quale con il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione si andranno ad aiutare 705 persone in esubero in 46 imprese. Con questo il Parlamento europeo continua la propria azione in favore dei propri concittadini.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. – Ho deciso di votare in maniera favorevole in quanto si richiede la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione per una cifra di circa tre milioni e settecentomila euro per far fronte a 705 esuberanti in 46 imprese che svolgono attività editoriali in Grecia.

Petri Sarvamaa (PPE), *kirjallinen*. – Kreikan hakemus Attican alueella ohjelmatoimintaa ja joukkoviestintää harjoittaneiden 16 yhtiön alajajosta seuranneista työttömyysvaikutuksista noudattaa eurooppalaisen globalisaatorahaston kriteereitä. Hakemus koskettaa 928:aa työttömäksi joutunutta.

Mietintö osoittaa, että työvoiman vähennyksillä on erittäin huomattava vaikutus Attican alueella, joka on jo muutenkin pahinta työttömyysaluetta Kreikassa. Viranomaiset aloittivat aktiiviset toimet työttömäksi joutuneiden auttamiseksi ja aktivoimiseksi jo hyvissä ajoin ennen EU:n komission päätöstä suositaa avustuksen myöntämistä globalisaatorahastosta.

Mietintö osoittaa myös, että kaikki työttömäksi joutuneet ovat tulleet tai ovat tulossa aktivoimistoimien piiriin. Äänestin tämän mietinnön puolesta.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe ya que permite la movilización de a raíz de 705 despidos efectuados en 46 empresas que operan en la división 58 («Edición»)(4) de la NACE Rev. 2 en la región NUTS de nivel 2(5) de la región de Ática (EL 30), en Grecia.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores y trabajadoras en el contexto del desempleo en Grecia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Remo Sernagiotto (PPE), *per iscritto*. – Ho deciso di votare a favore della mobilitazione del FEG (Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione) in merito alla domanda di contributo finanziario presentata dalla Grecia in seguito alle collocazioni in esubero in 46 imprese operanti nella divisione 58 («Attività editoriali»).

A causa della crisi economica il settore delle comunicazioni è stato colpito duramente e in questo caso i lavoratori che si trovano a essere in esubero sono 705. Per questo motivo ritengo importante dare il mio sostegno.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted to mobilise the European Globalisation Adjustment Fund in favour of Greece. A total amount of EUR 3 746 700 from the EGF will be used to support the reintegration into the labour market of 705 workers made redundant from Attica Publishing activities. The UK has never made an application under this Fund. UK workers therefore receive none of this support.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som žiadosť gréckej vlády na poskytnutie príspevku z Európskeho fondu na prispôsobenie sa globalizácii. V regióne Attica bolo v dôsledku zníženia dostupnosti príjmov domácností – v dôsledku zvýšenia daňového zaťaženia, zníženia plátov a zvyšovania nezamestnanosti, čo malo za následok prudký pokles kúpnej sily, zrušenie podnikov v odvetví vydávania novín a časopisov. Poskytnutý príspevok vo výške 3 746 700 EUR sa vzťahuje na 705 pracovníkov, ktorým sa poskytne príspevok na založenie vlastného podniku, príspevok na mobilitu pracovnej sily, profesijné poradenstvo, odborné vzdelávanie a odbornú prípravu. Navrhované opatrenia sa poskytnú iba pracovníkom a nepoužijú sa na reštrukturalizáciu spoločností alebo odvetví.

Mittwoch, 25. März 2015

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. – Evropski sklad za prilagoditev globalizaciji je instrument, s katerim Evropska unija zagotavlja dodatno podporo delavcem, ki so jih prizadele posledice velikih strukturnih sprememb v svetovnih trgovinskih tokovih, in pomoč pri njihovi ponovni vključitvi na trg dela.

Vloga za finančni prispevek, ki jo je za pomoč regiji Atika, kjer je bilo odpuščenih 705 presežnih delavcev v 46 podjetjih, predložila Grčija, izpolnjuje merila za upravičenost do pomoči.

Odpuščanja v založniškem sektorju v regiji Atika so posledica svetovne finančne in gospodarske krize, ki je zmanjšala razpoložljive dohodke gospodinjstev, zaradi česa je upadla kupna moč, poraba gospodinjstev pa se je preusmerila k nujnim izdelkom, kamor časopisi in revije ne spadajo. Poleg tega je zaradi pomanjkanja denarja v grških bankah prišlo do zmanjšanja obsega posojil podjetjem in posameznikom.

Odpuščanje ima resne posledice za regijo Atika, kjer je bilo število brezposelnih že pred odpuščanjem v tem sektorju najvišje v Grčiji.

Ker sveženj sofinanciranih storitev pokriva naslednja pomembna področja: poklicno usmerjanje in usposabljanje, pomoč za samozaposlovanje ter nadomestila za iskanje zaposlitve, usposabljanje in mobilnost, sem predlog resolucije podprl.

Renato Soru (S&D), per iscritto. – Oggi ho votato a favore della mobilitazione del Fondo di adeguamento alla globalizzazione al fine di sostenere 705 dipendenti di Attica Publishing, gruppo di società operanti nel settore editoriale nella regione dell'Attica in Grecia.

I licenziamenti sono riconducibili alla crisi finanziaria ed economica mondiale, che, comportando una diminuzione del reddito disponibile alle famiglie greche e del loro potere di acquisto, ha determinato la necessità di ridurre la spesa in servizi non essenziali, quali l'informazione quotidiana attraverso abbonamenti a riviste e giornali. Stante il crollo della domanda dei loro prodotti, le imprese del settore in oggetto (quali quotidiani e riviste) hanno infatti subito una diminuzione delle vendite del 60% nel periodo 2009-2013. Gli esuberanti di Attica Publishing avranno un impatto negativo sulla regione dell'Attica che già registra il numero più elevato di disoccupati in Grecia se paragonata con le altre 12 regioni.

L'aiuto di 3 746 700 euro fornito dal Fondo di adeguamento alla globalizzazione contribuirà a cofinanziare un pacchetto di servizi personalizzati mirato a sostenere in particolare la creazione di nuove imprese mediante indennità per la ricerca di occupazione, ma comprende anche l'orientamento professionale, misure di formazione, inclusa la formazione professionale, nonché indennità per la ricerca di un lavoro e la mobilità.

Davor Ivo Stier (PPE), napisan. – Podržavam ovu rezoluciju budući da je Grčka podnijela zahtjev EGF/2014/015 GR/Attica Publishing activities za financijski doprinos iz Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji slijedom otpuštanja 705 radnika u 46 poduzeća koja djeluju u okviru odjeljka 58. NACE Rev. 2 (Izdavačke djelatnosti) u regiji Attici razine NUTS 2 (EL 30) u Grčkoj. Budući da zahtjev ispunjava kriterije prihvatljivosti utvrđene Uredbom o EGF-u, pozdravljam činjenicu da se očekuje da će svi otpušteni radnici koji ispunjavaju uvjete sudjelovati u mjerama za koje potpora dolazi iz EGF-a te sukladno odredbi Grčka ima pravo na financijski doprinos.

Dubravka Šuica (PPE), napisan. – Pozdravljam činjenicu da su grčke vlasti odlučile početi s pružanjem usluga koje će se prilagoditi radnicima prije nego se odobre sredstva iz EGF-a. Otpuštanja kao posljedica sveprisutne krize su izazvala i smanjenje potrošnje kao i otpuštanja u sektorima izdavaštva budući da se najprije eliminiraju rashodi koji nisu nužni za život. Pozdravljam činjenicu da će otpušteni radnici u Attici sudjelovati u potporama iz EGF-a. Važno je uvesti prilagođene programe osposobljavanja uz priznavanja sposobnosti i vještina koje je radnik usvojio tijekom karijere. Pozdravljam činjenicu da će se radnicima ponuditi personalizirano savjetovanje u vezi s budućim zapošljavanjem. Želim naglasiti da bi trebalo sufinancirati one mjere koje potiču dugoročno zaposlenje. Iz svih gore navedenih razloga podržavam ovo izvješće.

Mittwoch, 25. März 2015

Richard Sulík (ECR), *pisomne*. – Hlasoval som proti tomuto návrhu, keďže ho nepovažujem za prospešný. Zaujímavá je tiež logika predstavená v texte návrhu. Prepustenie pracovníkov vo vydavateľskom odvetví vraj súvisí s finančnou a hospodárskou krízou najmä kvôli nižšiemu disponibilnému príjmu domácností a následnej zmene priorít vo výdavkoch týchto domácností. Podobným uvažovaním by však Európska únia mohla ospravedlniť kompenzáciu prakticky akéhokoľvek prepúšťania. Ako aj v iných prípadoch, aj tu však ide len o dotovanie na úkor ostatných, čo vedie len k prehĺbeniu spomínaných problémov.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za resoluciu o uporabi sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji za Attico publishing activities - Grčija po odpustitvi 705 presežnih delavcev v 46 podjetjih, ki delujejo v založništvu. Vloga izpolnjuje merila za upravičenost do pomoči, zato je Grčija upravičena do finančnega prispevka. Resolucijo sem podprla tudi zaradi tega, ker je bilo vsem upravičenim presežnim delavcem ponujeno poklicno usmerjanje, ki zajema več stopenj, kar jim zagotavlja individualno in prilagojeno svetovanje in načrte za ponovno vključitev na trg dela.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. – Στηρίζω, γιατί αφορά Έλληνες ανέργους, με τη διαφωνία ότι τα κονδύλια θα έπρεπε να δοθούν σε προγράμματα απασχόλησης των ανέργων ή/και απολυμένων και όχι σε κάποιες εταιρείες που θα αμειφθούν για να τους εκπαιδεύουν. Στην Ελλάδα έχουμε πρόβλημα ανεργίας και όχι έλλειψης γνώσεων, δεξιοτήτων και πτυχίων στους ανέργους.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la mobilisation du Fonds pour soutenir ces travailleurs. Cette aide a pour objectif de réorienter professionnellement et de former les travailleurs victimes de restructurations et licenciements dans leur entreprise. Ce Fonds représente le symbole d'une Europe qui peut être plus solidaire.

Soulignons toutefois qu'en ce qui concerne l'ensemble de ces aides, il s'agit toujours de pallier les dégâts d'un libéralisme débridé auquel il faut aujourd'hui substituer des initiatives d'investissement public ciblées et massives.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report because I think it is important to provide European industries with financial support when they have to undergo structural changes which put at risk the economic and social sustainability of a region. The publishing sector in the region of Attica suffered from the economic crisis and the decrease in the available household income, and 46 enterprises faced a total of 705 redundancies. It is the second time the EGF has supported the publishing sector. The region of Attica is the region with the largest number of unemployed people in Greece and it is of utmost importance to co-fund the coordinated package of personalised services for the workers. This funding will be used to develop appropriate training to reintegrate these workers into the job market, and in certain cases will support the movement of people who find another job somewhere else in Greece. Part of the funding will be granted to 80 selected workers who will set up their own businesses. I believe it will mark a path to durable and long-term employment in the region.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe sobre movilización de recursos para la adaptación a un espacio globalizado. El informe trata sobre una partida destinada a la reintegración en el mercado laboral de 705 trabajadores de 46 empresas en la región griega de Attica.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – The lay-offs in the publishing sector in the region of Attica are related to the global economic and financial crisis, which reduced households' disposable income and caused a huge drop in purchasing power, creating a need to establish spending priorities.

It is feared that the dismissals in question could have enormous negative effects on the region of Attica, which already has the highest number of unemployed of the 12 Greek regions.

I gave my approval to this report because the package of personalised services to be cofinanced mainly supports entrepreneurship, via grants for self-employment, career counselling, and training measures, including vocational training. It will be a positive means of creating new opportunities for the people affected.

Mittwoch, 25. März 2015

Mylène Troszczynski (NI), *par écrit*. – La délégation vote systématiquement les «fonds européens d'ajustement à la mondialisation» car il s'agit de programmes de soutien aux salariés d'entreprises parfois obligées de licencier sous la pression de la dérégulation des marchés, conséquences des politiques ultra-libérales désastreuses appliquées au sein de cette union européenne qui n'est capable de défendre ni les peuples qui la composent ni les entreprises qui la font vivre.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – Mi voto ha sido favorable a este informe, al igual que al resto de informes que en esta sesión plenaria han pedido la movilización de un fondo esencial para la mitigación del impacto de la globalización en el funcionamiento de las economías locales y el futuro de las regiones afectadas por procesos de desindustrialización, especialmente relevante en regiones periféricas como Grecia.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Ho sostenuto la mobilitazione del Fondo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) a favore della Grecia, al fine di dare assistenza ai 705 esuberi di Attica Publishing, gruppo di aziende della regione dell'Attica, operanti nel settore dell'editoria, che dal 2009 ha subito un crollo delle vendite pari al 60%.

Come nel caso di Attica Broadcasting, oggetto di un altro intervento FEG in favore della regione dell'Attica, gli esuberi sono legati alla crisi finanziaria ed economica mondiale che, comportando una drastica riduzione del reddito disponibile, ha costretto le famiglie a tagliare le spese in prodotti non essenziali, come riviste e quotidiani. Con un contributo pari a 3 746 700 euro i lavoratori collocati in esubero potranno usufruire di un pacchetto di servizi personalizzati di orientamento professionale e di sostegno alla creazione di nuove imprese attraverso indennità per la ricerca di occupazione.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe ya que permite la movilización de a raíz de 705 despidos efectuados en 46 empresas que operan en la división 58 («Edición»)(4) de la NACE Rev. 2 en la región NUTS de nivel 2(5) de la región de Ática (EL 30), en Grecia.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Grecia, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A atividade das empresas dos *media* tem tido, na Grécia, uma tendência de queda constante nos últimos anos: o volume de negócios das empresas de comunicação social na publicação diminuiu mais de 40% durante os últimos três anos (2010-2013), resultando em demissões.

Em função desta crise, a Grécia solicitou a assistência do FEG para acudir ao despedimento de 705 trabalhadores em 46 empresas de publicação.

Esta região, que concentra quase metade do PIB grego, já foi duramente atingida pelas consequências negativas da crise. Todos os despedimentos abrangidos pelas candidaturas ao FEG estão concentrados em Ática, uma região com uma taxa de desemprego de 28% e onde há poucas ofertas de emprego, estando mais de 70% dos desempregados fora do mercado de trabalho por mais de 12 meses.

As medidas cofinanciadas pelo FEG visam ajudar os trabalhadores a encontrar novos postos de trabalho, proporcionando-lhes orientação ativa em termos de carreira, formação vocacional e aconselhamento específico para o empreendedorismo. Na realidade, este fundo apenas representa um apoio limitado no imediato aos trabalhadores, nada contribuindo para resolver as consequências da contínua liberalização do comércio mundial e das políticas neoliberais continuamente seguidas pela UE.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. – Auch für diesen Antrag stimmte ich positiv, da Arbeitnehmer, die durch die weitreichenden Strukturveränderungen im Welthandelsgefüge oder in der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise entlassen worden sind, bei ihrer Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt unterstützt werden müssen. Durch die rückläufige Nachfrage nach Produkten dieser Branche (Zeitungen, Zeitschriften usw.) im Zeitraum 2009–2013 verzeichneten Unternehmen einen Verkaufsrückgang von 60 %. Es gilt, sich Maßnahmen zu überlegen, um diesen Sektor wieder zu stärken.

Mittwoch, 25. März 2015

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – A Grécia solicitou a assistência do FEG na sequência do despedimento de 705 trabalhadores em 46 empresas de publicação.

O volume de negócios nas empresas de *media* tem tido uma tendência de queda constante nos últimos anos: o índice de volume de negócios das empresas de comunicação social no sector da publicação diminuiu mais de 40% durante os últimos três anos (2010-2013), resultando em despedimentos. Já durante os anos de 2009-2012, as empresas que operavam nos sectores dos meios de comunicação social tinham encerrado as suas atividades ou reduzido o seu pessoal.

Estas demissões vieram sobrecarregar uma região que já foi duramente atingida pelas consequências negativas da crise. Todos os despedimentos abrangidos pelas candidaturas ao FEG estão concentrados em Ática, uma região com uma taxa de desemprego de 28% e onde há poucas ofertas de emprego, estando mais de 70% dos desempregados fora do mercado de trabalho por mais de 12 meses. A crise sofrida em Ática afeta toda a economia grega, já que a região contribui com 43% do PIB grego.

Na realidade, este Fundo apenas representa um apoio limitado no imediato aos trabalhadores, um paliativo, nada contribuindo para resolver as consequências da contínua liberalização do comércio mundial e das políticas neoliberais continuamente seguidas pela UE.

Milan Zver (PPE), *pisno*. – Za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji za založniški sektor v grški regiji Atika (Attica Publishing activities) sem glasoval, ker je bila odpustitev 705 presežnih delavcev v 46 različnih podjetjih s področja založništva povezana s svetovno finančno in gospodarsko krizo, zaradi katere je prišlo do preusmeritve porabe gospodinjestv k nujnim izdelkom in do občutnega upada kupne moči na področju manj nujnih izdelkov, kot so revije in časopisi, ter zato, ker v primerjavi z 12 preostalimi grškimi regijami v Atiki živi največje število vseh nezaposlenih v Grčiji. Dobro je, da se sredstva ESPG uporabljajo za ponovno vključitev odpuščenih delavcev na trg dela s pomočjo poklicnega usmerjanja, usposabljanja, podpore mobilnosti in kot podpora zagonskim podjetjem v obliki subvencij za samozaposlovanje. Za poročilo sem glasoval, ker poudarja, da se lahko s pomočjo iz ESPG sofinancirajo le aktivni ukrepi na trgu dela, ki vodijo do stalne in dolgoročne zaposlitve, obenem pa opozarja, da mora biti usposabljanje delavcev prilagojeno tudi dejanskemu poslovnemu okolju.

26.3. Antrag auf Aufhebung der Immunität von António Marinho e Pinto (A8-0062/2015 - Kostas Chrysogonos)

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe pide la suspensión de la inmunidad parlamentaria del eurodiputado portugués de ALDE Antonio Marinho e Pinto. Puesto que el mismo eurodiputado concernido está a favor de la suspensión, he votado a favor.

Marie-Christine Arnautu (NI), *par écrit*. – L'accusation contre M. Marinho e Pinto n'a manifestement aucun rapport avec sa fonction d'eurodéputé mais avec son ancienne fonction de président du barreau portugais. En outre, les actes allégués n'ont pas trait à des opinions ou à des votes émis dans l'exercice de ses fonctions. De plus, M. Marinho demande lui-même la levée de son immunité. J'ai donc voté en faveur de celle-ci.

Nicolas Bay (NI), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée de l'immunité parlementaire du député Marinho e Pinto qui souhaite lui-même pouvoir répondre aux accusations qui lui sont portées de diffamation d'anciens fonctionnaires du barreau portugais à l'époque où il était président de cette instance.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – Le député souhaitant lui-même la levée de son immunité parlementaire, j'ai décidé de voter favorablement.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. – Ero presente in Aula durante la votazione sulla relazione Chrysognos.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad de este diputado a la vista de la petición realizada en este sentido por el juez del Tribunal de Distrito de Coimbra, y de que las acusaciones que se le formulan no se relacionan con opiniones expresadas o votos emitidos por los diputados al Parlamento Europeo en el ejercicio de sus funciones y que no existen sospechas de que se intente obstaculizar el trabajo parlamentario con unas acciones legales que se iniciaron de hecho antes de que este ocupara su escaño en el Parlamento Europeo.

Mittwoch, 25. März 2015

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio sprendimo, nes juo Europos Parlamentas nusprendė atšaukti Europos Parlamento nario iš Portugalijos António Marinho e Pinto imunitetą. Parlamentas atšaukti minėto nario imunitetą nusprendė dėl to, kad byla jam buvo iškelta, kai jis dar nevykdė įgaliojimų Europos Parlamente ir jis yra kaltinamas šmeižęs buvusius Portugalijos advokatų asociacijos darbuotojus tuo metu būdamas Portugalijos advokatų asociacijos pirmininku. Taip pat, Parlamento sprendime nurodoma, kad nesama jokių įtarimų, kad buvo mėginta trukdyti António Marinho e Pinto parlamentiniam darbui pasinaudojant byla, todėl imunitetui atšaukti teisinių kliūčių nėra.

Gianluca Buonanno (NI), per iscritto. – Ho votato a favore della revoca. Il caso riguarda una presunta diffamazione tra membri dell'ordine degli avvocati in Portogallo. Il deputato è la parte su cui grava l'accusa. Non ravviso che i fatti siano collegati all'attività parlamentare o comunque richiamabili ai casi di tutela con immunità previsti dal regolamento.

Matt Carthy (GUE/NGL), in writing. – This report related to the waiver of parliamentary immunity of António Marinho e Pinto, who is a Portuguese MEP.

By waiving an immunity defence, Parliament does not formulate any opinion on the probability of guilt or not of the MEP in question. It only looks at applying the rules on immunity (Rule 7 of its Rules of Procedure and Protocol No 7 to the TFEU) to these cases. When it finds that defamatory statements are made that have no direct and obvious connection to the performance of their duties as an MEP, then it decides to waive immunity, so that court proceedings in the national Member State can be brought or continue. On this basis, I voted in favour of this report.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), per iscritto. – La revoca dell'immunità parlamentare dell'onorevole António Marinho e Pinto è stata richiesta dal giudice del Tribunale distrettuale di Coimbra in relazione a un eventuale procedimento giudiziario per un presunto reato. Poiché le accuse non hanno chiaramente alcun rapporto con la carica di deputato, ma risultano dalla sua precedente funzione di presidente dell'Ordine degli avvocati portoghesi, ho votato a favore della revoca dell'immunità.

Aymeric Chauprade (NI), par écrit. – J'ai décidé de voter en faveur de la demande de levée de l'immunité parlementaire d'António Marinho e Pinto.

Accusé de diffamation d'anciens fonctionnaires du barreau portugais, António Marinho e Pinto a demandé lui-même la levée de son immunité parlementaire, les faits qui lui sont reprochés au Portugal n'ayant rien à voir avec des opinions ou des votes émis dans l'exercice de ses fonctions de député au Parlement européen.

Par ailleurs, rien n'indique que les poursuites engagées contre António Marinho e Pinto soient inspirées par l'intention d'entraver l'activité politique du député.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Il testo in discussione espone le motivazioni del Parlamento europeo nei confronti della richiesta di revocare l'immunità di António Marinho e Pinto, trasmessa l'8 ottobre 2014 dal dott. Rodrigo Pereira da Costa, giudice presso il Tribunale distrettuale di Coimbra.

Avendo esaminato la documentazione ha ritenuto di chiedere alla Assemblea parlamentare di decidere di revocare l'immunità, considerando che le accuse non hanno chiaramente alcun rapporto con la carica di deputato al Parlamento europeo di António Marinho e Pinto, ma risultano dalla sua precedente funzione di presidente dell'Ordine degli avvocati portoghesi; inoltre non si ravvisa alcun motivo per supporre l'esistenza di un *fumus persecutionis*, e il caso in questione ha avuto in realtà inizio prima che António Marinho e Pinto assumesse il suo mandato al Parlamento europeo.

Per queste motivazioni ho ritenuto di votare favorevolmente al provvedimento

Mittwoch, 25. März 2015

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Parliamentary immunity is not a Member's personal privilege but a guarantee of the independence of Parliament as a whole and of its Members. In the case in question the charges are manifestly unrelated to the position of the Member as a Member of the European Parliament and arise from his former position as President of the Portuguese Bar Association. The alleged actions do not relate to opinions expressed or votes cast by the Member of the European Parliament in the performance of his duties within the meaning of Article 8 of Protocol No 7 on the Privileges and Immunities of the European Union. I have thus voted in favour of the report to waive the immunity of the Member.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe pide la suspensión de la inmunidad parlamentaria del eurodiputado portugués de ALDE Antonio Marinho e Pinto. Puesto que el mismo eurodiputado concernido está a favor de la suspensión, he votado a favor.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. – Υπερψήφισα την έκδοση καθώς είμαι εκ θέσεως αντίθετος στα βουλευτικά προνόμια και ιδιαίτερα στη βουλευτική ασυλία. Όλοι είναι ίσοι απέναντι στο νόμο.

José Inácio Faria (ALDE), *por escrito*. – Votei favoravelmente o pedido de levantamento da imunidade do Deputado em causa, em concordância com a vontade manifestada pelo próprio e permitindo dar seguimento ao processo judicial que decorre no Tribunal Judicial da Comarca de Coimbra.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – As autoridades portuguesas enviaram um pedido de levantamento da imunidade parlamentar de Marinho e Pinto, acusado de ter criticado, enquanto bastonário da Ordem dos Advogados Portugueses, uma anterior decisão do órgão disciplinar da própria Ordem que absolvera um seu antigo dirigente. O processo disciplinar havia sido instaurado devido a uma queixa de um juiz contra um antigo bastonário da OAP, tendo este acabado por ser absolvido.

Edouard Ferrand (NI), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée de l'immunité parlementaire, parce que l'intéressé lui-même en faisait la demande.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Είμαι εκ θέσεως ενάντια στα βουλευτικά προνόμια και ιδιαίτερα στη βουλευτική ασυλία, καθώς όλοι είναι ίσοι απέναντι στο νόμο. Υπερψηφίζω, λοιπόν, την αίτηση άρσης της ασυλίας του António Marinho e Pinto.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor dado que el caso no concierne a la actividad del diputado y este acepta la suspensión de su inmunidad.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor dado que el caso no concierne a la actividad del diputado y este acepta la suspensión de su inmunidad.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prijedlog odluke Europskog parlamenta o zahtjevu za ukidanje imuniteta Antoniju Marinhu e Pintu jer se time gospodinu Marinhu e Pintu omogućuje da na sudu dokaže pravu temeljitost optužbe za navodnu klevetu bivših dužnosnika portugalske Odvjetničke komore. No, smatram potrebnim da se zastupniku osigura neometan rad u Europskom parlamentu.

Jean-François Jalkh (NI), *par écrit*. – M. António Marinho e Pinto demande la levée de son immunité parlementaire, j'ai donc décidé de voter pour, considérant que cette décision ne concerne que lui seul. Ce député souhaite en effet avoir la possibilité de se défendre devant la justice de son pays, et uniquement une levée de l'immunité parlementaire le lui permet. Néanmoins, je tiens à exprimer une inquiétude concernant le fond de l'affaire. M. Marinho e Pinto subit une accusation qui me semble à la fois injuste et infondée et que j'estime allant à l'encontre du principe de libre expression, droit de plus en plus restreint dans les pays de l'Union.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la demande de levée de l'immunité parlementaire du député António Marinho e Pinto.

Barbara Kappel (NI), *schriftlich*. – Der zuständige Ausschuss hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, die Immunität von Herrn António Marinho e Pinto, der der Verleumdung ehemaliger Beamter der portugiesischen Anwaltskammer beschuldigt wird, aufzuheben. Da sich der Herr Marinho e Pinto vorgeworfene Tatbestand vor seiner Wahl zum Europäischen Parlament ereignete, soll seine parlamentarische Tätigkeit nun nicht durch das Verfahren behindert werden. Aus diesem Grund stimme ich für den vorliegenden Antrag.

Mittwoch, 25. März 2015

Gilles Lebreton (NI), *par écrit*. – J'ai voté pour car ce député a demandé lui-même la levée de son immunité pour se défendre devant la justice de son pays. Mais, sur le fond, la poursuite semble abusive car elle retient une conception très restrictive de la liberté d'expression.

Peter Lundgren (EFDD), *in writing*. – We will support the requests for waiver of immunities as in these reports. We are in favour of legal equality, the principle under which all people are subject to the same laws of justice – the fact that everyone must be treated equally under the law.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφικώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την αίτηση της άρσης ασυλίας του António Marinho e Pinto, κατόπιν της θετικής εισήγησης της Επιτροπής Νομικών Υποθέσεων του Ε.Κ.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – La relazione concernente la richiesta di revoca dell'immunità di António Marinho e Pinto non mi trova favorevole.

Il deputato deve continuare a godere dell'immunità, in quanto garantista continuerò a votare negativamente queste relazioni.

L'immunità è una garanzia a vantaggio dell'indipendenza del Parlamento europeo come Istituzione e non a vantaggio personale dei membri facenti parte di esso.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Il giudice del Tribunale distrettuale di Coimbra ha richiesto la revoca dell'immunità parlamentare di António Marinho e Pinto, deputato al Parlamento europeo, in relazione a un procedimento giudiziario relativo ad un presunto reato di diffamazione ai danni di ex funzionari dell'Ordine degli avvocati portoghesi.

Considerando che le accuse a carico di António Marinho e Pinto non hanno alcun nesso con l'esercizio del suo mandato di eurodeputato, ho deciso di sostenere con favore la relazione a firma del collega Chrysogonos, che richiede la revoca della sua immunità.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. – António Marinho e Pinto wird in seiner Funktion als Präsident der portugiesischen Anwaltskammer der Verleumdung ehemaliger Beamter beschuldigt. Obwohl die Einleitung des Verfahrens vor seinem Amtsantritt im Europäischen Parlament erfolgte, kann dies die parlamentarische Tätigkeit von António Marinho e Pinto beeinflussen. Aufgrund dessen bekam der Antrag auf Aufhebung der Immunität meine Zustimmung.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La demande concerne la levée de l'immunité de M. Marinho e Pinto, député ALDE portugais. Alors bâtonnier au Portugal il a traité la ministre de la justice de «cafard idiot». Il est poursuivi pour diffamation. Étant donné que M. Marinho e Pinto ne s'oppose pas à la levée de son immunité, je vote pour.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A defesa da independência do mandato do Deputado Europeu é da competência do Parlamento Europeu e essa independência não pode ser posta em causa. De acordo com o artigo 8.º do Protocolo relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia, os membros do Parlamento Europeu não podem ser procurados, detidos ou perseguidos pelas opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções.

Um juiz do tribunal da comarca de Coimbra solicitou o levantamento da imunidade parlamentar de um deputado ao Parlamento Europeu, António Marinho e Pinto, no contexto de uma eventual ação judicial relativa a um delito alegado.

António Marinho e Pinto é acusado do crime de difamação de antigos funcionários da Ordem dos Advogados Portugueses. Visto que as acusações não estão manifestamente relacionadas com as funções de António Marinho e Pinto enquanto deputado ao Parlamento Europeu e derivam do seu anterior cargo de Bastonário da Ordem dos Advogados Portugueses, votei assim favoravelmente ao levantamento da sua imunidade parlamentar.

Bernard Monot (NI), *par écrit*. – Monsieur Marinho e Pinto a lui-même demandé la levée de son immunité parlementaire, il n'y a donc pas de raison de s'y opposer.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Este relatório para o levantamento da imunidade diz respeito a acusações que não estão diretamente relacionadas com a atividade de Deputado ao Parlamento Europeu, uma vez que dizem respeito a um cargo anteriormente exercido pela pessoa em causa. Pelas razões expostas, votei a favor deste relatório que visa levantar a imunidade.

Mittwoch, 25. März 2015

Sophie Montel (NI), *par écrit*. – Le député concerné par cette demande de levée de l'immunité parlementaire étant lui-même favorable à cette demande, j'ai voté pour.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Am votat pentru aprobarea raportului privind cererea de ridicare a imunității lui António Marinho e Pinto.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin António Marinho e Pinto puutumatuse äravõtmise taotlust, kuna tal on Portugalis pooleliolev kohtuasi.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerando che il giudice del Tribunale distrettuale di Coimbra ha richiesto la revoca dell'immunità parlamentare di António Marinho e Pinto, deputato al Parlamento europeo, in relazione a un eventuale procedimento giudiziario in ordine a un presunto reato e che, in base all'articolo 9 del protocollo n. 7 sui privilegi e sulle immunità dell'Unione europea, i membri del Parlamento europeo beneficiano, sul territorio nazionale, delle immunità riconosciute ai membri del parlamento del loro paese; che, in base all'articolo 157, paragrafi 2 e 3, della Costituzione della Repubblica portoghese, nessun deputato può, per tutta la durata della legislatura, essere perseguito, arrestato, detenuto o altrimenti privato della sua libertà senza l'autorizzazione previa dell'Assemblea; che António Marinho e Pinto è accusato di diffamazione nei confronti di ex funzionari dell'Ordine degli avvocati portoghesi e che le accuse non hanno chiaramente alcun rapporto con la carica di deputato al Parlamento europeo di António Marinho e Pinto, ma risultano dalla sua precedente funzione di presidente dell'Ordine degli avvocati portoghesi;

per tali ragioni ho espresso il mio voto favorevole.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Poštujem preporuku izvjestitelja jer, iako kazneni progon nije u vezi s izraženim mišljenjem ili glasanjem pri obnašanju njegovih dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu u smislu članka 8. Protokola br. 7 o povlasticama i imunitetima Europske unije, i navodno kazneno djelo očito nije ni u kakvoj vezi s obnašanjem dužnosti kolege Zagorakisa u svojstvu zastupnika u Europskom parlamentu već je u vezi s njegovom funkcijom predsjednika portugalske Odvjetničke komore, ne postoji razlog za pretpostavku da je kazneni progon pokrenut s namjerom nanošenja političke štete dotičnom zastupniku (*fumus persecutionis*) jer je pokrenut prije nego što je gospodin Pinto postao zastupnik u Europskom parlamentu.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržao sam Izvješće zastupnika Kostasa Chrysogonos o zahtjevu za ukidanje imuniteta zastupniku Antoniju Marinhu e Pintu.

Parlamentarni imunitet je pravno sredstvo kojim se štiti neometano djelovanje zastupnika i time predstavlja neophodno sredstvo zaštite neovisnosti Parlamenta. Kako bi bili vjerodostojni, važno je da parlamentarni imunitet bude isključivo instrument zaštite od političkih motiviranih progona.

U slučaju zastupnika Antonija Marinha e Pinte, Odbor za pravna pitanja je utvrdio da nije riječ o kaznenom progonu pokrenutom s namjerom nanošenja političke štete zastupniku jer je pokrenut prije nego što je postao zastupnik u Europskom parlamentu.

S obzirom da pokrenuti postupak nema nikakve veze s obnašanjem dužnosti Antonija Marinha e Pinte u svojstvu zastupnika u Europskom parlamentu slažem se s jednoglasnom odlukom Odbora za pravna pitanja o ukidanju imuniteta jer pravno sredstvo zaštite predstavnika građana na razini Europske unije ne smije postavljati zastupnike iznad zakona.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – O juiz do tribunal da comarca de Coimbra, Dr. Rodrigo Pereira da Costa, pediu o levantamento da imunidade de António Marinho e Pinto, em 8 de outubro de 2014, em conexão com uma eventual ação judicial relativa a um alegado delito, sendo acusado pelo crime de difamação de antigos funcionários da Ordem dos Advogados Portugueses.

De acordo com o relatório da Comissão dos Assuntos Jurídicos, as acusações resultam do seu anterior cargo de Bastonário da Ordem dos Advogados Portugueses, pelo que não dizem respeito a opiniões ou votos expressos no exercício das suas funções enquanto Deputado ao Parlamento Europeu. Tendo em conta o referido relatório, votei favoravelmente a presente decisão que levanta a imunidade de António Marinho e Pinto.

Mittwoch, 25. März 2015

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad de este diputado a la vista de la petición realizada en este sentido por el juez del Tribunal de Distrito de Coimbra, y de que las acusaciones que se le formulan no se relacionan con opiniones expresadas o votos emitidos por los diputados al Parlamento Europeo en el ejercicio de sus funciones y que no existen sospechas de que se intente obstaculizar el trabajo parlamentario con unas acciones legales que se iniciaron de hecho antes de que este ocupara su escaño en el Parlamento Europeo.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée d'immunité de M. António Marinho e Pinto, afin que la justice portugaise puisse faire son travail, dans le strict respect des droits de la défense, considérant que l'infraction présumée n'a pas de lien direct ou évident avec l'exercice de ses fonctions de député au Parlement européen. En effet, les poursuites engagées ne visent pas à porter préjudice à la carrière politique du député concerné, mais concernent son ancienne activité, lorsque M. Marinho e Pinto occupait la fonction de président du barreau portugais.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório versa sobre o pedido de levantamento da imunidade parlamentar do eurodeputado António Marinho e Pinto, solicitado pelo Juiz do Tribunal da Comarca de Coimbra, em 8 de outubro de 2014, e versa sobre uma eventual ação judicial relativa a um alegado delito cometido pelo deputado ao Parlamento Europeu, num momento prévio às suas atuais funções, no qual vem acusado de um crime de difamação de antigos funcionários da Ordem dos Advogados Portugueses.

Atenta a circunstância de a acusação não estar relacionada com o exercício do atual mandato europeu, resultando antes do seu anterior cargo como Bastonário dessa ordem profissional, e dado o próprio já ter assumido publicamente não pretender utilizar a prerrogativa concedida pelo artigo 9.º do Protocolo n.º 7 relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia, votei favoravelmente este relatório relativo ao levantamento da sua imunidade parlamentar.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe pide la suspensión de la inmunidad parlamentaria del eurodiputado portugués de ALDE Antonio Marinho e Pinto. Puesto que el mismo eurodiputado concernido está a favor de la suspensión, he votado a favor.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – The Socialists & Democrats Group voted in favour of the request for waiver of the immunity of António Marinho e Pinto. The charges are manifestly unrelated to the position of António Marinho e Pinto as a Member of the European Parliament and arise from his former position as President of the Portuguese Bar Association.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržao sam odluku Europskog parlamenta za ukidanje imuniteta Antóniju Marinhui e Pintu koji je 8. listopada 2014. prosljedio dr. Rodrigo Pereira da Costa, sudac Okružnog suda u Coimbri (Ref. 6076/12.OTDLSB), i koji je objavljen na plenarnoj sjednici 12. studenog 2014. godine. Sudac Okružnog suda u Coimbri podnio je zahtjev za ukidanje zastupničkog imuniteta zastupniku u Europskom parlamentu Antóniju Marinhui e Pintu u vezi s mogućim sudskim postupkom za navodno kažnjivo djelo. Navodna djela nisu povezana s izražavanjem mišljenja ili glasanjem zastupnika u Europskom parlamentu pri obavljanju svojih dužnosti u smislu članka 8. Protokola br. 7 o povlasticama i imunitetima Europske unije.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Budući da je 8. listopada 2014. dr. Rodrigo Pereira da Costa, sudac Okružnog suda u Coimbri, prosljedio zahtjev Europskom parlamentu kojim traži ukidanje zastupničkog imuniteta zastupniku Antóniju Marinhui e Pintu vezano za optužbu za klevetu bivših dužnosnika portugalske Odvjetničke komore, podržavam odluku Europskog parlamenta da se kolegi zastupniku ukine imunitet jer smatram da je u duhu Europske Unije iskazati poštovanje i dobru vjeru prema svim zakonodavnim i pravnim institucijama, te vjerujem da i na ovaj način iskazujemo povjerenje u pravosudne sustave država članica.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Οι Ευρωβουλευτές θα πρέπει να λογοδοτούν στη δικαιοσύνη όταν απαιτείται ανάγκη διερεύνησης πράξεών τους, σύμφωνα με τις εκάστοτε υφιστάμενες νόμιμες διαδικασίες.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor dado que el caso no concierne a la actividad del diputado y este acepta la suspensión de su inmunidad.

Mittwoch, 25. März 2015

Mylène Troszczynski (NI), *par écrit*. – La délégation s'est exprimée pour la levée de l'immunité parlementaire d'António Marinho e Pinto à la demande du député. Il est accusé d'avoir diffamé d'anciens fonctionnaires du barreau portugais.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado favorablemente a la suspensión de la impunidad del diputado António Marinho, como práctica habitual en estos casos.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe pide la suspensión de la inmunidad parlamentaria del diputado portugués de ALDE Antonio Marinho e Pinto. Puesto que el mismo diputado concernido está a favor de la suspensión, he votado a favor.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – António Marinho e Pinto é acusado pelo crime de difamação de antigos funcionários da Ordem dos Advogados Portugueses. As acusações não estão manifestamente relacionadas com as funções de António Marinho e Pinto enquanto deputado ao Parlamento Europeu. Resultam do seu anterior cargo na qualidade de Bastonário da Ordem dos Advogados Portugueses.

Uma vez que as alegadas ações não dizem respeito a opiniões ou votos expressos no exercício das funções de deputado ao Parlamento Europeu e que não há suspeitas de qualquer tentativa de obstrução dos trabalhos parlamentares por parte de António Marinho e Pinto, apoiamos o levantamento da imunidade de António Marinho e Pinto.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. – António Marinho e Pinto wird in seiner Funktion als Präsident der portugiesischen Anwaltskammer der Verleumdung ehemaliger Beamter beschuldigt. Obwohl die Einleitung des Verfahrens vor seinem Amtsantritt im Europäischen Parlament erfolgte, kann dies die parlamentarische Tätigkeit von António Marinho e Pinto beeinflussen. Aufgrund dessen bekam der Antrag auf Aufhebung der Immunität meine Zustimmung.

Kristina Winberg (EFDD), *in writing*. – We will support the requests for waiver of immunities as in these reports. We are in favour of legal equality, the principle under which all people are subject to the same laws of justice – the fact that everyone must be treated equally under the law.

26.4. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Ivan Jakovčić (A8-0059/2015 - Tadeusz Zwiefka)

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe pide la suspensión de la inmunidad parlamentaria del diputado croata de ALDE Ivan Jakovcic. Puesto que el mismo diputado concernido está a favor de la suspensión, he votado a favor.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – This report related to the waiver of parliamentary immunity of Ivan Jakovčić, who is a Croatian ALDE MEP. By waiving an immunity defence, Parliament does not formulate any opinion on the probability of guilt or not of the MEP in question. It only looks at applying the rules on immunity (Rule 7 of its Rules of Procedure and Protocol No 7 to the TFEU) to these cases. When it finds that defamatory statements are made that have no direct and obvious connection to the performance of their duties as an MEP, then it decides to waive immunity so that court proceedings in the national Member State can be brought or continue. On this basis, I voted in favour of this report.

Marie-Christine Arnautu (NI), *par écrit*. – Bien que les propos prétendent diffamatoires imputés à Monsieur Jakovčić concernent une affaire remontant à une époque antérieure à son mandat de député européen, ceux-ci ont été prononcés alors que Monsieur Jakovčić exerçait déjà ses fonctions d'eurodéputé. L'immunité parlementaire ne permet pas que des députés soient poursuivis en raison d'opinions émises dans l'exercice de leurs fonctions. Cette levée d'immunité parlementaire est donc une offense à la liberté d'expression. J'ai donc voté contre elle.

Mittwoch, 25. März 2015

Nicolas Bay (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre la levée de l'immunité parlementaire du Monsieur Ivan Jakovčić car je considère qu'il s'agit d'une atteinte à la liberté d'expression d'un parlementaire: on lui reproche en l'occurrence des propos qu'il aurait tenus en juillet 2014 lors d'un entretien à la radiotélévision croate HRT.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre cette demande de levée d'immunité parlementaire car il s'agit là d'une atteinte à la liberté d'expression.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. – Ero presente in Aula durante la votazione sulla relazione Zwiefka.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria de este diputado a la vista de que las acusaciones que se le formulan en su país de origen tienen relación con unas declaraciones presuntamente difamatorias realizadas cuando ya era diputado al Parlamento Europeo pero que no guardan relación directa ni obvia con el ejercicio de las funciones de diputado al Parlamento.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio sprendimo, nes juo Europos Parlamentas nusprendė atšaukti europarlamentaro iš Kroatijos Ivano Jakovčičiaus imunitetą. Parlamentas atšaukti minėto nario imunitetą nusprendė dėl šmeižto, privataus kaltinimo byloje, kuri jam buvo iškelta dėl faktų, nutikusių, kai jis dar nevykdė įgaliojimų Europos Parlamente. Parlamento sprendime taip pat nurodoma, kad, nesama jokių įtarimų, kad buvo mėginta trukdyti Ivano Jakovčičiaus parlamentiniam darbui pasinaudojant byla, todėl imunitetui atšaukti teisinių kliūčių nėra.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. – Ho espresso voto contrario. Il relatore non ravvisa che i fatti contestati siano collegati all'attività parlamentare o comunque richiamabili ai casi di tutela con immunità previsti dal regolamento.

Si tratta di presunta diffamazione (il parlamentare aveva commentato un'accusa rivolta da un privato alle autorità locali della provincia istriana della quale lo stesso era stato governatore), ma l'episodio sembra di scarsa entità.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This report related to the waiver of parliamentary immunity of Ivan Jakovčić, who is a Croatian ALDE MEP. By waiving an immunity defence, Parliament does not formulate any opinion on the probability of guilt or not of the MEP in question. It only looks at applying the rules on immunity (Rule 7 of its Rules of Procedure and Protocol No 7 to the TFEU) to these cases. When it finds that defamatory statements are made that have no direct and obvious connection to the performance of their duties as an MEP, then it decides to waive immunity, so that court proceedings in the national Member State can be brought or continue. On this basis, I voted in favour of this report.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – L'avvocato di un ricorrente privato ha chiesto la revoca dell'immunità dell'onorevole Ivan Jakovčić nel contesto di un processo riguardante un presunto reato di diffamazione. Poiché le dichiarazioni riguardano una questione che risale ad un periodo precedente a quello del mandato parlamentare, la revoca dell'immunità non incontra ostacoli.

Aymeric Chauprade (NI), *par écrit*. – Parce que je suis résolument et sans conditions attaché au principe de liberté d'expression, je ne pouvais que voter contre cette demande de levée de l'immunité parlementaire d'Ivan Jakovčić.

En effet, ce député est poursuivi pour délit de diffamation, au prétexte qu'il a donné dans la presse librement son avis sur un entrepreneur croate.

Si un homme public ne peut plus s'exprimer librement — que ses propos soient désobligeants ou non — face à la frange mondialiste du patronat, que l'on m'explique toutes les grandes déclarations d'intention du Parlement européen dans ses résolutions sur les droits de l'homme et la liberté d'expression.

Une nouvelle hypocrisie des institutions européennes que je me devais de dénoncer.

Mittwoch, 25. März 2015

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Il testo in discussione espone le motivazioni del Parlamento europeo nei confronti della richiesta di revocare l'immunità di Ivan Jakovčić, del 23 ottobre 2014. Il Presidente ha annunciato che a norma dell'articolo 9, paragrafo 1, del regolamento, aveva ricevuto una lettera dell'avvocato di Georg List, importante imprenditore internazionale.

Avendo esaminato la documentazione la Commissione ha ritenuto di chiedere alla Assemblea parlamentare di decidere di revocare l'immunità considerando che le accuse di diffamazione non hanno chiaramente alcun rapporto con la carica di deputato al Parlamento europeo di Ivan Jakovčić, ma risultano dalla sua precedente funzione di governatore della provincia istriana; inoltre non si ravvisa alcun motivo per supporre l'esistenza di un *fumus persecutionis*. Per queste motivazioni ho ritenuto di votare favorevolmente al provvedimento.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Parliamentary immunity is not a Member's personal privilege but a guarantee of the independence of Parliament as a whole and of its Members. The case in question does not have a direct and obvious connection with the Member's performance of his duties as a Member of the European Parliament nor does it constitute an opinion expressed or a vote cast in the performance of his duties as a Member of the European Parliament for the purposes of Article 8 of Protocol No 7. I have thus voted in favour of the report to waive the immunity of the Member.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe pide la suspensión de la inmunidad parlamentaria del diputado croata de ALDE Ivan Jakovcic. Puesto que el mismo diputado concernido está a favor de la suspensión, he votado a favor.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφικώς*. – Υπερψήφισα την έκδοση καθώς είμαι εκ θέσεως αντίθετος στα βουλευτικά προνόμια και ιδιαίτερα στη βουλευτική ασυλία. Όλοι είναι ίσοι απέναντι στο νόμο.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O advogado de um queixoso particular solicitou o levantamento da imunidade parlamentar de um deputado ao Parlamento Europeu, Ivan Jakovčić, por alegado crime de difamação. Ivan Jakovčić era deputado ao Parlamento Europeu no momento da entrevista. No entanto, as alegadas afirmações dizem respeito a uma questão que remonta a uma época em que ainda não desempenhava este cargo e não têm uma ligação direta e evidente com o exercício das funções de deputado ao Parlamento Europeu por Ivan Jakovčić, nem constituem uma opinião ou um voto emitidos no exercício das suas funções de membro do Parlamento Europeu.

Edouard Ferrand (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre la levée de l'immunité parlementaire, parce qu'il s'agit avant tout, ici, de défendre la liberté d'expression.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφικώς*. – Είμαι εκ θέσεως ενάντια στα βουλευτικά προνόμια και ιδιαίτερα στη βουλευτική ασυλία, καθώς όλοι είναι ίσοι απέναντι στο νόμο. Υπερψηφίζω λοιπόν την αίτηση για την άρση της βουλευτικής ασυλίας του Ivan Jakovčić.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe. Entendemos que, aunque Ivan Jakovcic era diputado en el momento en que los hechos tuvieron lugar, estos hechos no están relacionados con su actividad como diputado al Parlamento Europeo, así que no hay problema en la revocación de la inmunidad.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe. Entendemos que, aunque Ivan Jakovcic era diputado al PE en el momento en que los hechos tuvieron lugar, estos hechos no están relacionados con su actividad como diputado al PE, así que no hay problema en la revocación de la inmunidad.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prijedlog odluke Europskog parlamenta o zahtjevu za ukidanje mog imuniteta zbog toga što je to jedini način koji mi omogućava da se ubrzo na sudu suočim s onima koji me optužuju. Važno je da se do kraja istraži i utvrdi što je istina, a zastupnički imunitet nije prioritet nego istina.

Jean-François Jalkh (NI), *par écrit*. – La demande de levée de l'immunité parlementaire est devenue, au fil des années, un moyen comme un autre, pour certains, de s'opposer à leurs adversaires politiques et ainsi d'éviter le débat de fond. Sur fond de suspicion de corruption, Ivan Jakovčić, considéré comme innocent jusqu'à ce que sa culpabilité soit avérée, aurait affirmé, à l'endroit d'un de ses accusateurs, par ailleurs promoteur immobilier: «je ne me prononce pas sur les idiots». Outre la faiblesse de l'injure, je ne peux que m'opposer à ce que M. Jakovčić soit poursuivi pour ces propos, considérant que cela irait à l'encontre de la liberté d'expression. Je regrette par ailleurs que ce concept soit fréquemment manipulé pour servir de basses vues politiciennes. J'ai donc voté contre cette demande de levée de l'immunité parlementaire.

Mittwoch, 25. März 2015

Barbara Kappel (NI), *schriftlich*. – In der Rechtsauslegung des Europäischen Gerichtshofs gilt, dass Äußerungen, die als übertrieben, verärgern oder beleidigend angesehen werden können, nicht mehr von der parlamentarischen Immunität gedeckt werden, wenn sie nicht unmittelbar und offenkundig in Zusammenhang mit der Ausübung eines parlamentarischen Amtes stehen. Im Hinblick auf Art und Inhalt steht die Äußerung von Herrn Ivan Jakovčić in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit der Ausübung seines Amtes als Mitglied des Europäischen Parlaments. Insbesondere zeigt der Sachverhalt, dass die fragliche Äußerung zwar erfolgte, als Herr Jakovčić bereits Mitglied des Europäischen Parlaments war, diese sich jedoch auf eine Angelegenheit bezieht, die aus einer Zeit stammt, in der er noch nicht Inhaber dieses Amtes war. Aus diesem Grund stimme ich dem Antrag, die Immunität von Ivan Jakovčić aufzuheben, zu.

Gilles Lebreton (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre car le grief de diffamation retenu contre ce député paraît peu convaincant. Au bénéfice du doute.

Philippe Loiseau (NI), *par écrit*. – Contre. Même si les propos de M. Jakovčić envers M. List peuvent apparaître comme irrespectueux, ils ne sont pas suffisants pour accepter une demande de levée de son immunité parlementaire. Cela au nom de la liberté d'expression.

Peter Lundgren (EFDD), *in writing*. – We will support the requests for waiver of immunities as in these reports. We are in favour of legal equality, the principle under which all people are subject to the same laws of justice – the fact that everyone must be treated equally under the law.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφικώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την άρση της βουλευτικής ασυλίας του Ivan Jakovčić κατόπιν της θετικής εισήγησης της Επιτροπής Νομικών Υποθέσεων του Ε.Κ.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – La richiesta di revoca dell'immunità di Ivan Jakovčić non mi vede favorevole.

Da garantista rimango convinto che il collega debba continuare a godere dell'immunità.

Continuerò sempre a votare negativamente per questo tipo di relazioni sottolineando che l'immunità parlamentare non è un privilegio personale del deputato, ma una garanzia di indipendenza del Parlamento, in quanto istituzione, e dei suoi membri.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Georg List ha deciso di presentare una denuncia per diffamazione a carico di Ivan Jakovčić. Quest'ultimo avrebbe pronunciato frasi denigratorie nei suoi confronti, in occasione di un'intervista.

All'epoca dei fatti Ivan Jakovčić ricopriva la carica di deputato presso il Parlamento europeo. Tuttavia, le dichiarazioni che gli vengono attribuite riguardano una questione risalente a un periodo antecedente all'inizio del suo mandato.

Per tale ragione, ho scelto di sostenere, con voto favorevole, la relazione Zwiefka, che richiede la revoca dell'immunità parlamentare di Ivan Jakovčić.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. – Die fragliche Äußerung von Ivan Jakovčić bezieht sich auf eine Angelegenheit, die aus einer Zeit stammt, in der er noch nicht Inhaber seines Amtes war. Das Recht auf freie Meinungsäußerung soll gegeben sein, dennoch darf dies kein Freibrief für Verleumdung oder üble Nachrede sein. Deswegen stimmte ich für diesen Antrag.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La demande concerne la levée de l'immunité parlementaire d'Ivan Jakovčić, député croate de l'ALDE. Alors qu'il était gouverneur de la province de l'Istrie en Croatie il a traité d'«idiot» un homme d'affaires allemand qui se plaignait des complications administratives de l'ouverture d'un terrain de polo. Il est poursuivi pour «insulte et diffamation». Ivan Jakovčić n'ayant pas manifesté d'opposition à la levée de son immunité, je vote pour.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A defesa da independência do mandato do Deputado Europeu é da competência do Parlamento Europeu e essa independência não pode ser posta em causa. De acordo com o artigo 8.º Protocolo relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia, os membros do Parlamento Europeu não podem ser procurados, detidos ou perseguidos pelas opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções.

Mittwoch, 25. März 2015

Um advogado de um queixoso particular solicitou o levantamento da imunidade parlamentar de Ivan Jakovčić. O pedido está relacionado com um alegado crime de difamação. O presente pedido diz respeito ao processo penal instaurado contra Ivan Jakovčić, relacionado com afirmações difamatórias que aquele terá proferido numa entrevista à Radiotelevisão Croata HRT.

As afirmações em causa não têm uma ligação direta com o exercício das funções de deputado, nem constituem uma opinião ou um voto emitidos no exercício das suas funções de membro do Parlamento Europeu, no sentido do artigo 8.º do Protocolo n.º 7. Votei, assim, favoravelmente ao levantamento da sua imunidade.

Bernard Monot (NI), *par écrit*. – On demande la levée de l'immunité parlementaire de M. Jakovčić pour avoir publiquement qualifié d'idiot un homme d'affaires qui lui reprochait la lenteur de son action administrative. La liberté d'expression doit demeurer le principe, et les restrictions l'exception. Il semble en outre disproportionné de lever l'immunité d'un parlementaire pour un propos somme toute bénin.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Votei a favor deste relatório, uma vez que a Comissão Parlamentar competente avaliou de acordo com o regulamento todo este processo.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre cette demande de levée d'immunité parlementaire car elle concerne des faits liés à la liberté d'expression.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Am votat pentru aprobarea raportului privind cererea de ridicare a imunității lui Ivan Jakovčić conform deciziei adoptate în Comisia pentru afaceri juridice a Parlamentului European.

Urmaz Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin Ivan Jakovčići puutumatus e äravõtmise taotlust, kuna tal on Horvaatias pooleliolev kohtuasi.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerato che l'avvocato di un ricorrente privato ha chiesto la revoca dell'immunità parlamentare del deputato al Parlamento europeo Ivan Jakovčić nel contesto di un procedimento riguardante un presunto reato di diffamazione; che con una lettera in data 14 febbraio 2014 il rappresentante permanente della Repubblica di Croazia presso l'UE ha informato il Presidente del Parlamento europeo che, in mancanza di norme procedurali specifiche in materia di revoca dell'immunità di un deputato croato al Parlamento europeo, vanno applicate le disposizioni che disciplinano le richieste di revoca dell'immunità di un deputato al parlamento nazionale e che ai sensi di dette disposizioni la richiesta di deliberazione della detenzione preventiva o di avviare un procedimento penale a carico di un deputato può essere inoltrata da ogni organo statale competente, dalla parte lesa come ricorrente o da un ricorrente privato;

per tali ragioni ho espresso il mio voto favorevole.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – No âmbito de um processo penal pendente perante o Tribunal Municipal de Pazin (Croácia), o advogado da parte lesada, na qualidade de requerente, transmitiu ao Parlamento Europeu, em 5 de setembro de 2014, o pedido de levantamento da imunidade de Ivan Jakovčić, em conexão com uma ação judicial em que é acusado de ter proferido afirmações difamatórias numa entrevista à Radiotelevisão Croata HRT, em 22 de julho de 2014.

De acordo com o relatório da Comissão dos Assuntos Jurídicos, Ivan Jakovčić era Deputado ao Parlamento Europeu no momento da entrevista, mas as alegadas afirmações dizem respeito a uma questão que remonta a uma época em que ainda não desempenhava este cargo. Logo, as afirmações em causa não têm uma ligação direta e evidente com o exercício das funções de Deputado ao Parlamento Europeu, nem constituem uma opinião ou um voto emitidos no exercício das suas funções de membro do Parlamento Europeu. Tendo em conta o referido relatório, votei favoravelmente a presente decisão que levanta a imunidade de Ivan Jakovčić.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad parlamentaria de este diputado a la vista de que las acusaciones que se le formulan en su país de origen tienen relación con unas declaraciones presuntamente difamatorias realizadas cuando ya era diputado al Parlamento Europeo pero que no guardan una relación directa ni obvia con el ejercicio de las funciones de diputado al Parlamento.

Mittwoch, 25. März 2015

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée d'immunité de M. Ivan Jakovčić, afin que la justice croate puisse faire son travail, dans le strict respect des droits de la défense, considérant que l'infraction présumée n'a pas de lien direct ou évident avec l'exercice de ses fonctions de député au Parlement européen. Les poursuites engagées ne visent pas à porter préjudice à la carrière politique du député concerné, mais concernent des propos diffamatoires que M. - Jakovčić aurait tenus lors d'un entretien à la radiotélévision croate HRT alors qu'il n'exerçait pas encore la fonction de député européen.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O presente relatório diz respeito a um pedido de levantamento da imunidade parlamentar do eurodeputado croata Ivan Jakovčić, solicitado pelo advogado de Georg List, um homem de negócios internacional, que apresentou queixa-crime contra o atual deputado ao Parlamento Europeu, por difamação, relativamente a declarações de teor ofensivo proferidas no âmbito de uma entrevista concedida à radiotelevisão croata.

Após pronúncia favorável da Comissão de Assuntos Jurídicos referente à admissibilidade de um pedido de levantamento da imunidade efetuado por uma pessoa singular, bem como a sua aplicabilidade ao caso em apreço, considero estarem reunidas as condições para o levantamento da imunidade parlamentar, razão pela qual atribuí o meu voto favorável.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe pide la suspensión de la inmunidad parlamentaria del diputado croata de ALDE Ivan Jakovcic. Puesto que el mismo diputado concernido está a favor de la suspensión, he votado a favor.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in support of the request for waiver of the immunity of Ivan Jakovčić. The statement made by Mr Jakovčić does not have a direct and obvious connection with Mr Jakovčić's performance of his duties as a Member of the European Parliament nor does it constitute an opinion expressed or a vote cast in the performance of his duties as a Member of the European Parliament for the purposes of Article 8 of Protocol No 7.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. – Οι Ευρωβουλευτές θα πρέπει να λογοδοτούν στη δικαιοσύνη όταν απαιτείται ανάγκη διερεύνησης πράξεών τους, σύμφωνα με τις εκάστοτε υφιστάμενες νόμιμες διαδικασίες.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe. Entendemos que, aunque Ivan Jakovcic era diputado al PE en el momento en que los hechos tuvieron lugar, estos hechos no están relacionados con su actividad como diputado al PE, así que no hay problema en la revocación de la inmunidad.

Mylène Troszczynski (NI), *par écrit*. – La délégation du Front National a voté contre la demande de levée de l'immunité parlementaire de Monsieur Jakovčić car nous défendons simplement la liberté d'expression.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado favorablemente a la suspensión de la impunidad del diputado al PE Ivan Jakovcic, como práctica habitual en estos casos.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe pide la suspensión de la inmunidad parlamentaria del diputado croata de ALDE Ivan Jakovcic. Puesto que el mismo diputado concernido está a favor de la suspensión, he votado a favor.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O caso tem a ver com uma queixa apresentada contra Ivan Jakovčić pelo empresário Georg List, um homem de negócios internacional, que tem tentado construir um campo de polo na zona de Motovun (Croácia), desde 2002. Apesar de grandes investimentos, o projeto ainda não foi iniciado devido aos obstáculos políticos e administrativos que Georg List tem alegadamente enfrentado e que o conduziram a culpar, em público, as autoridades locais, inclusive fazendo alegações sobre um caso de potencial suborno. Georg List decidiu, na sequência de uma entrevista, apresentar uma queixa contra Ivan Jakovčić pelo carácter alegadamente difamatório da declaração em causa.

Ivan Jakovčić era deputado ao Parlamento Europeu no momento da entrevista. No entanto, as alegadas afirmações dizem respeito a uma questão que remonta a uma época em que ainda não desempenhava este cargo. Pensamos que este caso carece de uma melhor avaliação por parte dos serviços jurídicos do Parlamento.

Mittwoch, 25. März 2015

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. – Die fragliche Äußerung von Ivan Jakovčić bezieht sich auf eine Angelegenheit, die aus einer Zeit stammt, in der er noch nicht Inhaber seines Amtes war. Das Recht auf freie Meinungsäußerung soll gegeben sein, dennoch darf dies kein Freibrief für Verleumdung oder üble Nachrede sein. Deswegen stimme ich für diesen Antrag.

Kristina Winberg (EFDD), *in writing*. – We will support the requests for waiver of immunities as in these reports. We are in favour of legal equality, the principle under which all people are subject to the same laws of justice – the fact that everyone must be treated equally under the law.

26.5. Inanspruchnahme des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung: Antrag EGF/2014/016 IE/Lufthansa Technik, Irland (A8-0052/2015 - Victor Negrescu)

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

Lars Adaktusson (PPE), *skriftlig*. – I dag röstade vi om ekonomiska bidrag från den s.k. globaliseringsfonden till personer som blivit arbetslösa efter det att europeiska företag lagts ned. Jag röstar konsekvent nej till dessa arbetslöshetsbidrag på grund av två anledningar: För det första ska arbetsmarknadspolitik och ekonomiskt stöd till arbetslösa beslutas om, och finansieras, på nationell nivå – inte på EU-nivå. För det andra bygger grundidén till fonden på att globalisering är någonting negativt – vilket inte stämmer. Globalisering och fri handel leder till tillväxt och fred.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe ya que permite la movilización a raíz de un total de 424 despidos en Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd (LTAI) y en dos de sus proveedores en Irlanda.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Irlanda, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Martina Anderson (GUE/NGL), *i scríbhinn*. – Chaith mé vóta i bhfabhar na tuarascála seo de bharr go n-aithníim go bhfuil an Ciste Eorpach um Choigeartú don Domhandú (CED) ábalta cabhair agus deiseanna a thabhairt dóibh siúd atá tar éis a bpost a chailliúint mar gheall ar an ngéarchéim eacnamaíochta.

Is cás Éireannach é seo agus baineann sé le 250 iomarcaíocht ó *Lufthansa Technik* agus 200 duine óg atá dífhostaithe. Tá tionchar ollmhór ag dúnadh an chomhlachta seo ar an gceantar áitiúil i mBaile Átha Cliath, agus cinnte, níos faide ná sin fós. Bhí sé lonnaithe in áit atá faoi mhíbhuntáiste le leibhéal íseal de gnóthachtáil oideachasúil srl. Mar aon leis sin, tá scileanna faoi leith ag na daoine seo a chiallaíonn go mbeidh sé deacair dóibh post eile a aimsiú in earnáil dhifriúil.

Leis an aistriú airgid de EUR 2 490 758 áfach, beidh na daoine atá fágtha gan fostaíocht anois ábalta scileanna nua a fhoghlaim, rud a chiallaíonn go mbeidh sé níos fusa dóibh post eile a aimsiú in earnáil éagsúil.

De ghnáth bíonn 500 duine ar a laghad de dhíth chun iarratas a dhéanamh chuig CED, mar sin cuirim fáilte roimh an tslí gur cuireadh maolú i bhfeidhm ionas go mbeidh teacht ag na daoine ar an gciste seo.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφιών*. – Το Ευρωπαϊκό Ταμείο Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση δημιουργήθηκε για να παράσχει πρόσθετη στήριξη στους εργαζομένους που υφίστανται τις συνέπειες της παγκοσμιοποίησης. Είναι θετικό το γεγονός ότι η Ένωση έχει θεσπίσει νομοθετικά και δημοσιονομικά μέσα για να παρέχει πρόσθετη στήριξη στους εργαζομένους και κατάρτιση ώστε να διευκολύνει την επανένταξή τους στην αγορά εργασίας.

Θεωρώ ότι η οικονομική βοήθεια της Ένωσης προς τους εργαζομένους που απολύονται θα πρέπει να έχει δυναμικό χαρακτήρα και να διατίθεται όσο το δυνατόν ταχύτερα και αποτελεσματικότερα. Ως εκ τούτου, υπερψηφίζω την έκθεση η οποία εγκρίνει την αίτηση EGF/2014/016 IE/Lufthansa Technik, από την Ιρλανδία για την κινητοποίηση πόρων από το Ευρωπαϊκό Ταμείο Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση.

Mittwoch, 25. März 2015

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – The principle of subsidiarity dictates that decisions should be taken at the closest possible level to the citizen – in this case at regional or national level. Therefore, these projects should not be funded by the European Union. It is absurd that the arbiters of whether this funding should, or should not, be given are Members of the European Parliament with no detailed knowledge of the situation. This project may well be of benefit to the people of Ireland, but I am not best placed to judge. The European Globalisation Adjustment Fund should be scrapped, which would give money back to the Member States to decide for themselves about the appropriateness of such funding. Consequently, I had no option but to vote against – even though this may be a worthwhile project.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas- mobilizuoti EGF lėšas Graikijos reikmėms siekiant paremti darbuotojų, atleistų iš įmonės „Lufthansa Technik“ reintegraciją į darbo rinką. Airijos valdžios institucijos teigia, kad „Lufthansa Technik“ uždarymą nulėmė didelis ES prekybos prekėmis ir paslaugomis pokytis dėl technologijų permainų, nes pereita prie naujos kartos tipo orlaivių ir sudedamųjų dalių gamybos. Išplėtus orlaivių sudedamųjų dalių gamybos būdus buvo daromas poveikis rinkos dėsniams, kuriais buvo grindžiamas „Lufthansa Technik“ verslo modelis, ir pasikeitė pasaulinė orlaivių gamybos vieta. Iš EGF ketinama skirti bendrą 2 490 758 EUR sumą 149 atleistiems darbuotojams. Jiems pritaikytas paslaugų paketas apims orientavimą ir konsultavimą, įgūdžių vertinimą, perkvalifikavimą, profesinį mokymą, bei konsultacijas verslumo klausimais.

Nicolas Bay (NI), *par écrit*. – Bien qu'opposé au système hypocrite du «Fonds d'ajustement à la mondialisation», j'ai voté en faveur de cette aide aux salariés de Lufthansa Technik.

Comme la plupart des industries européennes, le secteur «réparation/installation de machines et d'équipements», aussi important soit-il, subit de plein fouet la concurrence extra-communautaire contre laquelle les institutions européennes refusent de nous protéger.

Et c'est ainsi qu'en plus de la délocalisation de la production mondiale d'avions, les transporteurs aériens d'Europe de l'Ouest et des États-Unis ont de plus en plus tendance à envoyer leurs avions à fuselage large en Chine pour les travaux de maintenance lourds et que même la société-mère Lufthansa Technik a décidé de confier ses opérations MRO mondiales pour l'Airbus A330/A340 à sa filiale Lufthansa Technik Philippines (LTP).

Il est urgent d'empêcher ces délocalisations qui nuisent dramatiquement aux États membres de l'Union Européenne qui voient leurs usines fermer et leurs savoir-faire disparaître, au profit de concurrents qui, souvent, ne respectent pas les normes qui sont les nôtres.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), *por escrito*. – Apoyo la movilización de estos fondos por dos razones: van a afectar a un colectivo de muy difícil recolocación por sus habilidades específicas y una media de edad que está cerca de la edad media de jubilación en Irlanda y por la inclusión de cerca de 200 «ni-nis» que van a disponer de una potente herramienta para incorporarse al mercado laboral. Es una utilización imaginativa y práctica de las posibilidades de los fondos de adaptación a la globalización. Para reflexionar, la causa de los despidos: la deslocalización del gran mantenimiento de los aviones más grandes de compañías europeas hacia países asiáticos. En este caso Filipinas.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – Cette demande concerne l'octroi d'une aide au secteur de l'aviation en Irlande suite à un licenciement de 424 salariés pouvant conduire à des «répercussions graves sur l'emploi et l'économie de la région».

En effet, sans aides publiques, ces licenciements pourraient avoir des conséquences économiques et sociales dramatiques sur la région étant donné la spécificité des compétences des travailleurs concernés.

Cependant, un régime spécial est demandé par la commission des budgets: l'aide ne sera pas accordée à tous les travailleurs licenciés, mais fera l'objet d'une appréciation au cas par cas, pour s'assurer que la condition de «répercussions graves sur l'économie régionale» est remplie.

Il s'agit de mobiliser 2 490 758 euros pour aider la réorientation et la formation, la création d'entreprises...

Mittwoch, 25. März 2015

Ces licenciements sont dus à la modification des structures de l'économie, engendrée par la mondialisation et les délocalisations de la production d'avions. Une fois encore, cela témoigne du comportement hypocrite de l'Union européenne, qui déplore les conséquences des causes qu'elle chérit, à savoir la concurrence mondialisée et dérégulée, et qui ne trouve, pour les réparer, que l'obole à apporter aux travailleurs licenciés...

Considérant que cette aide est indispensable pour réparer les dégâts engendrés par la mondialisation, j'ai voté pour.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. – Ho sostenuto, col mio voto, la mobilitazione del FEG per un valore di 2 490 758 EUR in favore dei 424 lavoratori in esubero presso Lufthansa Technik Airmotive Ireland e due dei suoi fornitori a causa della delocalizzazione in Asia. Il Fondo di adeguamento alla globalizzazione è uno strumento fondamentale per sostenere il mercato interno, ma questa Europa dovrebbe combattere i malfunzionamenti di esso alla base; dobbiamo fermare la delocalizzazione selvaggia delle grandi aziende verso Asia e Cina.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har röstat för detta betänkande. Det gör jag därför att arbetarna i de aktuella fallen ska ges ekonomiskt stöd för omskolning och/eller andra åtgärder för att finna nya jobb. Dock vill jag understryka att den omfattande arbetslösheten i EU skulle kunna bekämpas effektivt om man stoppar den åtstramningspolitik som EU-kommissionen och medlemsstaternas regeringar sedan länge bedriver.

För att skapa nya arbetstillfällen i Europa krävs en ny ekonomisk politik med massiva offentliga och miljövänliga investeringar. Det krävs samhällsnyttiga investeringar inom skola, vård och omsorg, men också i infrastruktur, järnväg, kollektivtrafik, energisnåla bostäder och hållbara energisystem.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 2 490 758 euros del Fondo de Ajuste a la Globalización destinados a 424 trabajadores que han perdido su empleo en Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd y en dos de sus proveedores, en Irlanda, dedicadas a la reparación e instalación de maquinaria y equipo. Estos despidos se han producido como consecuencia de los profundos cambios estructurales en los patrones del comercio internacional provocados por la globalización, como consecuencia de una importante transformación del comercio de la UE de bienes y servicios a causa de un cambio tecnológico en favor de la producción de aeronaves y componentes de nueva generación, de una reorientación hacia prácticas de producción de componentes de aeronaves más amplias, y de un cambio en la ubicación de la producción global de aeronaves; destacando la tendencia de las compañías aéreas de EE.UU. y de Europa Occidental a enviar sus aeronaves de gran capacidad a China para realizar el mantenimiento pesado.

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades en materia de formación y reciclaje que constituyen una buena asistencia para la reinserción laboral de los trabajadores afectados.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Europos Parlamentas pritaria finansinėms paramos skyrimui iš Europos Globalizacijos fondo 149 darbuotojams, atleistiems iš Airijos įmonės „Lufthansa Technik“ per ataskaitinį laikotarpį nuo 2014 m. kovo 1 d. iki birželio 30 d. Airijos valdžios institucijos teigia, kad LTAI uždarymą nulėmė didelis ES prekybos prekėmis ir paslaugomis pokytis dėl technologijų permainų, nes pereita prie naujos kartos tipo orlaivių ir sudedamųjų dalių gamybos. Išplėtus orlaivių sudedamųjų dalių gamybos būdus buvo daromas poveikis rinkos dėsniams, kuriais buvo grindžiamas LTAI verslo modelis, ir pasikeitė pasaulinė orlaivių gamybos vieta. Suderintą bendrai finansuojamų prie individualių poreikių pritaikytų paslaugų paketą sudaro orientavimas ir karjeros planavimas, EGF mokymo stipendijos, mokymas ir tolesnio švietimo programos, aukštojo mokslo programos, parama įmonėms ir savarankiškai dirbantiems asmenims, finansinė parama, įskaitant EGF įnašų kursų išlaidoms padengti schemą.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – Az írást az alábbiak miatt nyújtottam be, hogy a Lufthansa Technik 424 munkavállalót érintő elbocsátása súlyosan érinti az adott terület lakosságát, a foglalkoztatottság helyzetét. Szavazatommal támogattam a kérelmet, de ugyanakkor szeretném felhívni a figyelmet arra, hogy az érintett vállalat globális méretekben tevékenykedik. Ezért a Bizottságnak érdemes figyelemmel kísérnie, hogy a tevékenységek áthelyezése során se a Lufthansa Technik, de általában más vállalat se igényeljen európai uniós vagy más forrásból más országban munkahelyteremtő támogatást.

Mittwoch, 25. März 2015

Franz Bogovič (PPE), *pisno*. – Tudi ta sklep o dodelitvi sredstev ESPG v višini 2.490.758 evrov, namenjenih podpori odpuščenim delavcem v podjetju Lufthansa Technik Airmotive Ireland (LTAI) z Irske, sem podprl.

Zaprte podjetja LTAI je posledica velikih tehnoloških sprememb pri proizvodnji letal, ki so vplivale tudi na njihovo vzdrževanje. Evropski in ameriški letalski prevozniki namreč svoja letala, namenjena medcelinskim poletom, za večja vzdrževalna dela pošiljajo na Kitajsko, zaradi česar evropski vzdrževalci letal ostajajo brez dela. Poleg tega se je celo matična družba Lufthansa Technik odločila, da bodo vzdrževalna dela na določenih tipih letal opravljali v izpostavi podjetja na Filipinih.

Posledično je v regijah južne in vzhodne Irske v sektorju za popravila in montaže strojev prišlo do intenzivnega odpuščanja, ki ima izjemno negativne posledice za celotno območje. Zaradi specifičnih znanj in nizke stopnje izobraženosti je namreč odpuščenim delavcem težko najti novo zaposlitev.

Sredstva ESPG bodo tako namenjena 149 odpuščenim delavcem, ki bodo deležni poklicnega svetovanja, nadaljnega izobraževanja, pomoči za samozaposlitev, visokošolskega izobraževanja, enakih ukrepov pa bo deležnih tudi 200 mladih, ki niso zaposleni ali se ne izobražujejo.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Irska je podnijela zahtjev za finanjski doprinos iz EGF-a slijedom otpuštanja 424 radnika u poduzeću Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd. i dva njegova dobavljača u Irskoj. Situacija ima ozbiljan učinak na zaposlenost u regiji te lokalno i regionalno gospodarstvo. Budući da će irske vlasti, osim za 250 ciljanih korisnika, osigurati usluge prilagođene potrebama koje će se sufinancirati iz EGF-a za najviše 200 mladih ljudi koji nisu zaposleni, ne školuju se i ne osposobljavaju i mlađi su od 25 godina na dan podnošenja zahtjeva, podržavam ovo izvješće.

Marie-Christine Boutonnet (NI), *par écrit*. – J'ai voté pour la mobilisation du fonds européen d'ajustement à la mondialisation. Celui-ci vient en aide aux travailleurs licenciés suite aux changements structurels dans le cadre de la mondialisation.

Cette demande fait suite au licenciement de 424 personnes en Irlande et porte sur 2 490 728 euros, ce qui représente 60 % du coût total. L'intervention des autorités irlandaises en faveur de l'emploi dans ce cadre peut être utile pour pallier les dégâts de la mondialisation.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted yes since I agree with the decision to use the EGF to support the Irish redundant workers of Lufthansa that have lost their jobs.

Lynn Boylan (GUE/NGL), *i scríbhinn*. – Chaith mé vóta i bhfabhar an tuairisc seo de bharr go athnám go bhfuil an Ciste Eorpach um Choigeartú don Domhandú ábalta cabhair agus deiseanna a thabhairt dóibh siúd a bhfuil tar éis a bpost a chailliúint mar gheall ar an géarchéim eacnamaíochta. Is cás Éireannach é seo agus baineann sé le 250 iomarcaíochtaí ó Lufthansa Technik agus 200 daoine ógá atá dífhostaithe. Tá tionchar ollmhór ag dúnadh an comhlacht seo ar an gceantar áitiúil i mBaile Átha Cliath, agus cinnte, níos faide ná sin fós. Bhí sé lonnaithe in áit atá faoi mhíbhuntáiste le leibhéal íseal de gnóthachtáil oideachasúil srl. Mar aon le sin, tá scileanna faoi leith ag na daoine seo a chiallaíonn go mbeidh sé deacair dóibh post eile a aimsiú in earnáil difriúil. Leis an aistriú airgead de EUR 2 490 758 áfach, beidh na daoine atá fágtha gan fostaíocht anois ábalta scileanna nua a fhoghlaim, rud a chiallaíonn go mbeidh sé níos fusa dóibh post eile a aimsiú in earnáil éagsúil. De ghnáth bíonn 500 daoine ar a laghad de dhíth chun iarratas a dhéanamh chuig an EGF, mar sin cuirim fáilte roimh an slí gur chuireadh maolú i bhfeidhm ionas go mbeidh teacht ag na daoine ar an gciste seo.

Mittwoch, 25. März 2015

Daniel Buda (PPE), *în scris*. – Deși globalizarea este văzută drept un factor pozitiv care a condus la integrarea și interdependența piețelor, a avut și efecte negative asupra economiei. Un exemplu este cel al uzinei de întreținere, reparații și revizie de aeronave Lufthansa Technik din Irlanda, care a fost nevoită să facă disponibilizări din cauza schimbărilor survenite în comerțul din UE cu bunuri și servicii. S-a ajuns la schimbarea practicilor de producție de componente de aeronave, ce a determinat mutarea locației producției la nivel mondial, fiind mai rentabil pentru transportatorii din Europa de Vest și SUA să trimită aeronavele în India sau China, pentru mâna de lucru ieftină. Acest lucru l-a făcut și Lufthansa, prin încheierea alianțelor cu operatori din China sau Filipine. Singurul beneficiar a fost transportatorul, dar au avut de suferit muncitorii disponibilizați. Concedierile au avut efecte negative asupra estului și sudului Irlandei. 424 de persoane și alți 200 de tineri care nu sunt integrați profesional și nu urmează niciun program educațional sau de formare pot beneficia de ajutorul FEG în valoare de 2 490 750 EUR.

Susțin propunerea deoarece este necesară reintegrarea muncitorilor care nu-și pot găsi un loc de muncă, ținând cont că cei mai mulți dintre ei dețin competențe doar în acest domeniu.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole. La delocalizzazione verso i mercati asiatici sta causando danni irreparabili e sta portando disoccupazione e povertà in Europa. Dobbiamo sostenere le famiglie dei lavoratori vittime della globalizzazione.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione sulla proposta relativa alla mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (il FEG, istituito per fornire sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze di rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale) che fa riferimento alla domanda presentata dall'Irlanda in relazione agli esuberi presso Lufthansa Technik Airmotive Ireland (LTAI).

Le autorità irlandesi sostengono che il cambiamento verso la produzione di aeromobili e componenti di nuova generazione, il passaggio a metodi su più vasta scala nella produzione dei componenti di aeromobili e il trasferimento geografico della produzione mondiale di aeromobili si sono ripercossi negativamente sul modello aziendale su cui LTAI si basava, provocandone la chiusura.

Gli esuberi appaiono quindi legati alle trasformazioni della struttura del commercio mondiale. Ho quindi votato a favore di questa misura.

Mi rammarico che le aziende italiane non possano usufruire maggiormente del FEG per la mancanza di sostegno da parte delle istituzioni locali e nazionali che hanno presentato tra il 2007 e il 2014 solo 14 richieste in totale.

Matt Carthy (GUE/NGL), *i scríbhinn*. – Chaith mé vóta i bhfabhar na tuarascála seo de bharr go n-aithním go bhfuil an Ciste Eorpach um Choigeartú don Domhandú (CED) ábalta cabhair agus deiseanna a thabhairt dóibh siúd atá tar éis a bpost a chailliúint mar gheall ar an ngéarchéim eacnamaíochta.

Is cás Éireannach é seo agus baineann sé le 250 iomarcaíocht ó *Lufthansa Technik* agus 200 duine óg atá dífhostaithe. Tá tionchar ollmhór ag dúnadh an chomhlachta seo ar an gceantar áitiúil i mBaile Átha Cliath, agus cinnte, níos faide ná sin fós. Bhí sé lonnaithe in áit atá faoi mhíbhuntáiste le leibhéal íseal de gnóthachtáil oideachasúil srl. Mar aon leis sin, tá scileanna faoi leith ag na daoine seo a chiallaíonn go mbeidh sé deacair dóibh post eile a aimsiú in earnáil dhifriúil.

Leis an aistriú airgid de EUR 2 490 758 áfach, beidh na daoine atá fágtha gan fostaíocht anois ábalta scileanna nua a fhoghlaim, rud a chiallaíonn go mbeidh sé níos fusa dóibh post eile a aimsiú in earnáil éagsúil.

De ghnáth bíonn 500 duine ar a laghad de dhíth chun iarratas a dhéanamh chuig CED, mar sin cuirim fáilte roimh an tslí gur cuireadh maolú i bhfeidhm ionas go mbeidh teacht ag na daoine ar an gciste seo.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La mobilitazione del Fondo è stata richiesta a seguito di 424 esuberi presso Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd (LTAI) e due dei suoi fornitori in Irlanda.

Mittwoch, 25. März 2015

Secondo le previsioni, gli esuberi avranno un impatto fortemente negativo sulla regione Southern and Eastern, che presenta importanti sacche di svantaggio locale. La regione si caratterizza infatti per un basso livello di istruzione, la mancanza di qualifiche professionali e livelli elevati di edilizia residenziale pubblica.

I lavoratori impiegati nel settore possiedono competenze molto specifiche e difficilmente sfruttabili in altri settori, il che rende ancora più difficile il riposizionamento. Le misure di intervento saranno quindi concentrate in modo particolarmente insistente su orientamento professionale e pianificazione della carriera.

Aymeric Chauprade (NI), per iscritto. –

J'ai soutenu ce rapport concernant la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation en faveur de Lufthansa Technik. La région sud-est de l'Irlande est, comme beaucoup d'autres régions des États membres de l'Union européenne, touchée de plein fouet par la crise du secteur «réparation et installation de machines et d'équipements», subissant les délocalisations massives de la production mondiale d'avions, notamment vers la Chine.

La compagnie basée en Irlande a en effet procédé à 424 licenciements. Malheureusement, le FEM ne pourra bénéficier qu'à 250 salariés licenciés, mais je salue au passage la décision des autorités irlandaises de fournir des services personnalisés cofinancés par le FEM à un maximum de 200 jeunes de moins de 25 ans sans emploi, sortis du système scolaire ou sans formation (NEET).

En tant que patriote m'opposant aux délocalisations conduisant au démantèlement de nos industries puis de nos savoir-faire européens, je ne pouvais donc que soutenir cette allocation du FEM à Lufthansa Technik.

Caterina Chinnici (S&D), per iscritto. – Gli effetti sulla disoccupazione di questi ultimi anni non sono soltanto legati alla crisi economica e finanziaria, cui è certamente addebitabile la maggior parte della perdita di posti di lavoro, ma anche alle conseguenze della globalizzazione. Questo è il caso della sede irlandese della Lufthansa Technik Airmotive, che ha risentito del mutamento del mercato di beni e servizi della produzione di aeromobili e di quella dei componenti di nuova generazione.

Perché l'Europa rimanga competitiva, e soprattutto per mantenere la produzione all'interno dell'Unione, va ripensata non solo la politica industriale europea ma anche la strategia complessiva, per permettere alle nostre imprese di rimanere competitive sulla scena internazionale.

Ho votato, quindi, a favore della richiesta presentata dall'Irlanda alla Commissione europea, accolta favorevolmente anche dal Comitato bilancio del Consiglio, di mobilitare 2 490 758 euro.

Salvatore Cicu (PPE), per iscritto. – Il provvedimento che abbiamo esaminato prevede la proposta della Commissione di prendere in esame la domanda di Lufthansa Technik affinché sia utilizzata la mobilitazione del FEG per sostenere il reinserimento professionale dei lavoratori collocati in esubero. La richiesta equivale ad un importo di euro 2 490 758 a favore dello Stato irlandese, inoltre prevede il collocamento in esubero di almeno 500 lavoratori nell'arco di un periodo di riferimento di quattro mesi.

È da ricordare che il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è stato istituito per fornire sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze di rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale. Lo Stato irlandese ritiene che la chiusura di LTAI sia conseguenza di un importante mutamento negli scambi di beni e servizi dell'UE, dovuta a una migrazione tecnologica verso la produzione di aeromobili e componenti di nuova generazione, al passaggio a metodi di vasta scala nella produzione dei componenti di aeromobili, con conseguenti ripercussioni sul mercato del modello aziendale su cui LTAI si basava, e infine al trasferimento geografico della produzione mondiale di aeromobili. Per queste motivazioni ho deciso di votare a favore del provvedimento.

Alberto Cirio (PPE), per iscritto. – Ho votato a favore della mobilitazione del FEG in favore dell'Irlanda perché reputo tale Fondo utile a superare il periodo di assestamento successivo alle trasformazioni strutturali del commercio mondiale dovute alla globalizzazione.

Mittwoch, 25. März 2015

Ritengo infatti che i 149 esuberi presso Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd (LTAI) nel settore della «riparazione e installazione di macchine e apparecchiature» nella regione «Southern and Eastern» in Irlanda siano legati a tali trasformazioni, come dimostrato dalla tendenza dei vettori statunitensi e dell'Europa occidentale a inviare i propri aeromobili a fusoliera larga in Cina per la manutenzione pesante e da fatto che persino la società madre Lufthansa Technik ha deciso di basare le proprie operazioni globali di MRO per l'Airbus A330/340 presso la propria controllata Lufthansa Technik Philippines.

Carlos Coelho (PPE), *por escrito*. – Mobilização do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização (candidatura EGF/2014/016 IE/Lufthansa Technik)

Relatório: Victor Negrescu (A8-0052/2015)

O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi criado em 2006 para prestar assistência adicional aos trabalhadores afetados pelas consequências de mudanças importantes na estrutura do comércio internacional e para ajudar à sua reintegração no mercado de trabalho.

A partir de 1 de maio de 2009, o âmbito de aplicação do Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização foi alargado, passando a incluir o apoio a trabalhadores despedidos em consequência direta da crise económica, financeira e social.

Nesta altura em que a Europa está a braços com uma crise financeira, económica e social, sendo o desemprego uma das principais consequências, a União Europeia deverá utilizar todos os meios ao seu alcance para reagir, nomeadamente, no que se refere aos apoios a prestar às pessoas que ficaram sem emprego.

Assim, apoiei o presente relatório referente à mobilização de 2 490 758 euros a favor da Irlanda, com o objetivo de apoiar os 424 trabalhadores despedidos na empresa Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd (LTAI) e em duas das suas empresas fornecedoras na Irlanda.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto favorevole sulla domanda di mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione EGF/2014/016 IE/Lufthansa Technik per le seguenti ragioni.

La domanda riguarda 424 lavoratori di Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd divenuti in esubero a causa della crisi economica. Le autorità irlandesi forniranno una serie di servizi personalizzati di istruzione o di formazione cofinanziati dal FEG per un massimo di 200 giovani disoccupati di età inferiore ai 25 anni al momento della presentazione della domanda.

Tali licenziamenti, posto che le competenze dei lavoratori che operano in tale settore sono molto specifiche e non altrimenti sfruttabili, avranno un'incidenza negativa nell'Irlanda orientale e del sud, che sia da un punto di vista micro-economico che a livello di qualificazioni professionali attraversa attualmente una situazione difficile.

In conclusione, sembrano sussistere tutti i requisiti di accesso al Fondo che, nel caso di specie, si concretano nella perdita di lavoro a causa della crisi economica ed un notevole danno economico all'economia regionale.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The redundancies of 424 workers working in the 'repair and installation of machinery and equipment' sector are linked to major structural changes in world trade patterns due to globalisation. Personalised services for the redundant workers to be co-funded by EGF measures include guidance and career planning, training and provision of further educational programmes, due to the very specific skills of the workers, along with enterprise and self-employment support. I have therefore voted in favour of this report to support the reintegration workers into the labour market.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore della concessione dei fondi FEG per l'Irlanda perché attraverso lo stanziamento di tali somme è possibile salvaguardare i lavoratori posti in esubero dalla Lufthansa Technik e da due dei suoi fornitori. Inoltre, lo stanziamento dovrebbe agevolare la ricerca di impiego per 200 giovani senza occupazione dell'area. Ritengo che la concessione di questi fondi non possa essere lo strumento che può meglio aiutare i lavoratori, ma in mancanza di valide alternative va sostenuto.

Mittwoch, 25. März 2015

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe ya que permite la movilización a raíz de un total de 424 despidos en Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd (LTAI) y en dos de sus proveedores en Irlanda.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Irlanda, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – This application refers to the mobilisation of a total amount of EUR 2 490 758 from the European Globalisation Adjustment Fund for Ireland. It concerns 149 redundancies in the reference period from 1 March 2014 to 30 June 2014.

According to the Irish authorities, the measures initiated on 7 December 2013 combine to form a coordinated package of personalised services and represent active labour market measures with the aim of reintegrating the workers into the labour market. As this action will provide a second chance to workers who have been affected directly by market changes due to globalisation, I voted in favour of the application.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Suite au licenciement de 424 employés au sein de l'entreprise Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd et deux de ses fournisseurs dans le secteur de la réparation des avions, l'Irlande a demandé à l'Union européenne de mobiliser le Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM) pour soutenir les personnes ayant perdu leur emploi et pour les aider à retrouver un travail ou à créer leur propre entreprise. L'aide octroyée est à hauteur 2 490 758 euros et couvre 60 % du coût des projets qui seront proposés à ces employés. Compte tenu que la demande de la Grèce correspond aux critères de mobilisation du FEM, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Face aux conséquences graves sur l'emploi et l'économie locale et régionale générées par des licenciements dans le secteur de la réparation des avions en Irlande, le Parlement européen a soutenu la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM). Le secteur de la réparation des avions en Irlande a souffert de l'évolution technologique vers la production d'avions et de composants de nouvelle génération et d'une modification des pratiques de production des composants pour avions sur le marché mondial. J'ai apporté mon soutien à l'aide à la réinsertion de ces travailleurs licenciés, dont la reconversion apparaît difficile compte tenu de la spécificité de leurs compétences.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione è stato istituito per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei grandi cambiamenti strutturali del commercio mondiale. Ho sostenuto la proposta di mobilitazione del FEG a favore dell'Irlanda, perché permetterà il reinserimento nel mercato del lavoro di 149 lavoratori in esubero presso la Technik Airmotive Ireland, che hanno perso il loro lavoro a causa delle rilevanti trasformazioni del commercio mondiale dovute alla globalizzazione.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A Bizottság 2015. február 6-án határozatra irányuló javaslatot fogadott el az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap Írország javára történő igénybevételére. Célja az volt, hogy támogassa a globalizáció hatására a világkereskedelemben bekövetkezett változások következtében elbocsátott munkavállalók munkaerőpiacra történő újbóli beilleszkedését. A kérelmet 2014. szeptember 19-én küldték el a Bizottságnak, amely megállapította, hogy a kérelem eleget tesz a szükséges feltételeknek. Az ír hatóságok azzal érvelnek, hogy az LTAI-nál bekövetkezett elbocsátáshullám elsősorban az EU termék- és szolgáltatáskereskedelmében bekövetkezett komoly változások eredménye, amely viszont az új generációs légi járművek és alkatrészek gyártása felé forduló technológiai fordulat következménye; a tágabb értelemben vett légijárműalkatrész-gyártás gyakorlatának változása az LTAI alapját képező üzleti modell alapvető piaci tényezőire való kihatással együtt, valamint a globális légijárműgyártás helyében bekövetkezett változás következménye.

Mittwoch, 25. März 2015

A finanszírozandó személyre szabott szolgáltatások összehangolt csomagjának részét képezi a pályaorientáció és karriertervezés, EGAA képzési támogatás, képzési és továbbtanulási programok, felsőoktatási programok, vállalkozási/önfoglalkoztatási támogatások, valamint jövedelemtámogatások, beleértve az EGAA tanfolyami hozzájárulási rendszerét. A Fidesz-KDNP delegációja álláspontjával összhangban úgy vélem, hogy nagyon fontos az indítvány támogatása. Az elbocsátott munkavállalók újbóli elhelyezkedéséhez nélkülözhetetlen, hogy megfelelő támogatást kapjanak.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de cette contribution du FEM suite à 424 licenciements survenus chez Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd en Irlande.

La contribution se destine à 250 bénéficiaires licenciés suite à la fermeture de LTAI consécutivement à une conjonction de facteurs: évolutions technologiques dans la production d'avions et de composants de nouvelle génération et délocalisation de la production mondiale d'avions. Les constructeurs ont désormais tendance à envoyer leurs avions à fuselage large en Chine pour les travaux de maintenance lourds.

Cette situation a des répercussions graves sur l'emploi et l'économie locale, d'autant que la région de Southern and Eastern Ireland abrite une population déjà très défavorisée: faibles niveaux d'instruction, manque de qualifications professionnelles, niveau élevé de logements sociaux. D'autres licenciements dans les entreprises de ce secteur au cours des dernières années compliquent encore davantage la recherche d'emploi pour les travailleurs qui possèdent certaines compétences très spécifiques difficiles à exploiter dans d'autres secteurs.

C'est pourquoi il m'a semblé important d'appuyer la demande de mobilisation du FEM, afin de permettre aux personnes licenciées de bénéficier d'aides européennes au retour à l'emploi: formations, aides à la création d'entreprises en société ou en indépendant et aide aux revenus.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφώς*. – Καταψήφισα την έκθεση καθώς πιστεύω ότι τα χρήματα του Ταμείου Προσαρμογής πρέπει να δίνονται κατά βάση στους απολυμένους και όχι σε εταιρείες μετεκπαίδευσης που παράγουν εξειδικευμένους ανέργους.

Norbert Erdős (PPE), *írásban*. – 2015. február 6-án a Bizottság határozatra irányuló javaslatot fogadott el az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap Írország javára történő igénybevételére, hogy támogassa a globalizáció hatására a világkereskedelemben bekövetkezett fő strukturális változások következtében elbocsátott munkavállalók munkaerőpiacra történő újbóli beilleszkedését. A kérelmet 2014. szeptember 19-én küldték el a Bizottságnak. A Bizottság arra a következtetésre jutott, hogy a kérelem kimeríti a szükséges kivételes körülményeket. Az ír hatóságok azzal érvelnek, hogy az LTAI-nál bekövetkezett elbocsátáshullám elsősorban az EU termék- és szolgáltatás-kereskedelmében bekövetkezett komoly változások eredménye, amely viszont az új generációs légi járművek és alkatrészek gyártása felé forduló technológiai fordulat következménye; a tágabb értelemben vett légijárműalkatrész-gyártás gyakorlatának változása az LTAI alapját képező üzleti modell alapvető piaci tényezőire való kihatással együtt, valamint a globális légijármű-gyártás helyében bekövetkezett változás következménye.

A finanszírozandó személyre szabott szolgáltatások összehangolt csomagjának részét képezi a pályaorientáció és karriertervezés, EGAA képzési támogatás, képzési és továbbtanulási programok, felsőoktatási programok, vállalkozási/önfoglalkoztatási támogatások, valamint jövedelemtámogatások, beleértve az EGAA tanfolyami hozzájárulási rendszerét. A Fidesz-KDNP delegációja a szolidaritás jegyében támogatja az indítványt. Fontos, hogy az elbocsátott munkavállalók megfelelő támogatást kapjanak a munkaerőpiacon való újbóli elhelyezkedésükhöz.

Jill Evans (Verts/ALE), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund was set up to provide additional assistance to workers who have lost their jobs as a result of major structural changes in world trade patterns. I voted in favour of this report because it is a means by which the EU can give valuable help to local economies hard hit by company closures. I regret that the government has not taken advantage of this fund in Wales.

José Inácio Faria (ALDE), *por escrito*. – O Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização é um instrumento que confere apoio aos trabalhadores que sofrem as consequências de importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial e visa prestar assistência aos trabalhadores despedidos.

Mittwoch, 25. März 2015

No caso da Lufthansa Technik, os despedimentos no setor da «reparação, manutenção e instalação de máquinas e equipamentos» nas regiões meridional e oriental da Irlanda estão ligados a mudanças estruturais importantes nos padrões do comércio mundial devidas à globalização, que levaram à deslocalização mundial da produção de aviões.

Considerando que a candidatura satisfaz os critérios de elegibilidade previstos no Regulamento FEG, o pacote de auxílio que votei favoravelmente consiste em medidas de orientação e planeamento profissionais, bolsas de formação FEG, programas de formação e de ensino de segundo ciclo, programas de ensino superior, apoio a empresas e ao autoemprego, bem como de apoio ao rendimento, incluindo o esquema FEG de contribuições para despesas de formação. Este apoio deve ser complementar à responsabilidade da empresa por força da legislação nacional e não sobreponível a outro tipo de suporte financeiro por parte de União.

Este apoio diz respeito a 424 despedimentos na empresa Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd e em duas das suas empresas fornecedoras na Irlanda.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O FEG foi criado para fornecer suporte adicional para trabalhadores despedidos na sequência de importantes mudanças estruturais nos padrões do comércio mundial devido à globalização ou crise financeira e ajudá-los a encontrar novos empregos. Aos trabalhadores despedidos são oferecidas medidas tais como suporte para a criação de empresas, assistência na procura de emprego, orientação profissional e vários tipos de formação. Na maioria dos casos, as autoridades nacionais já começaram a tomar medidas para obter os seus custos reembolsados pela UE, quando os seus pedidos são aprovados.

As autoridades irlandesas apresentaram uma candidatura relativamente a despedimentos na Lufthansa Technik Airmotive Ireland LTD e em duas empresas fornecedoras na Irlanda pedindo a mobilização de uma contribuição financeira de 2 490 758 euros. Votei favoravelmente.

Edouard Ferrand (NI), *par écrit*. – J'ai voté positivement, car il s'agit avant tout, même si la politique libre-échangiste absolue de l'Union européenne est à l'origine des difficultés des entreprises européennes, de soutenir une entreprise en difficulté, ses dirigeants et ses salariés.

Raffaele Fitto (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa richiesta di mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione per fornire sostegno supplementare ai lavoratori irlandesi della Lufthansa Technik che hanno risentito delle conseguenze di rilevanti cambiamenti della struttura del commercio mondiale.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Hospodárska a finančná kríza zasiahla v nemalej miere aj trh práce v Írsku, v dôsledku čoho prišlo k zatvoreniu podniku Lufthansa Technik a k presunu celosvetovej výroby lietadiel. Fond na prispôsobenie sa globalizácii bol zriadený na poskytnutie potrebnej a nevyhnutnej podpory pre pracovníkov, ktorých sa dotkli veľké štrukturálne zmeny v odvetví svetového obchodu. Európska komisia prijala 6. februára 2015 návrh o mobilizácii fondu v prospech Írska. Na opätovné začlenenie 149 zamestnancov sa má použiť 2 490 758 EUR zo zdrojov Európskeho fondu na prispôsobenie sa globalizácii. Európska únia výrazne zmenila spôsob obchodovania v tomto odvetví s tovarom a službami z dôvodu technologického prechodu na výrobu lietadiel a komponentov novej generácie. Predmetné finančné prostriedky z fondu sú určené na opätovné zapojenie nezamestnaných pracovníkov formou pracovného poradenstva, profilovania a odborného vzdelávania.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. – Voto favorevolmente alla concessione del fondo di 2 490 758 EUR per 424 esuberi presso Lufthansa Technik Airmotive Ireland e due dei suoi fornitori.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτως*. – Τα χρήματα του Ταμείου Προσαρμογής πρέπει να δίνονται κατά βάση στους απολυμένους και όχι σε εταιρείες επανένταξης ή μετεκπαίδευσης. Δεν χρειαζόμαστε εξειδικευμένους άνεργους και για αυτό τον λόγο καταψηφίζω την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση: αίτηση EGF/2014/016 IE/Lufthansa Technik.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – 2015. február 6-án a Bizottság határozatra irányuló javaslatot fogadott el az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap Írország javára történő igénybevétele, hogy támogassa a globalizáció hatására a világgazdaságban bekövetkezett fő strukturális változások következtében elbocsátott munkavállalók munkaerőpiacra történő újbóli beilleszkedését.

Mittwoch, 25. März 2015

A kérelmet 2014. szeptember 19-én küldték el a Bizottságnak. A Bizottság arra a következtetésre jutott, hogy a kérelem kimeríti a szükségse kivételes körülményeket.

Az ír hatóságok azzal érvelnek, hogy az LTAI-nál bekövetezett elbocsátáshullám elsősorban az EU termék- és szolgáltatáskereskedelmében bekövetkezett komoly változások eredménye, amely viszont az új generációs légi járművek és alkatrészek gyártása felé forduló technológiai fordulat következménye; a tágabb értelemben vett légijárműalkatrész-gyártás gyakorlatának változása az LTAI alapját képező üzleti modell alapvető piaci tényezőire való kihatással együtt, valamint a globális légijármű-gyártás helyében bekövetkezett változás következménye.

A finanszírozandó személyre szabott szolgáltatások összehangolt csomagjának részét képezi a pályaorientáció és karriertervezés, EGAA képzési támogatás, képzési és továbbtanulási programok, felsőoktatási programok, vállalkozási/önfoglalkoztatási támogatások, valamint jövedelemtámogatások, beleértve az EGAA tanfolyami hozzájárulási rendszerét.

A Fidesz–KDNP delegációja a szolidaritás jegyében támogatja az indítványt. Fontos, hogy az elbocsátott munkavállalók megfelelő támogatást kapjanak a munkaerőpiacon való újbóli elhelyezkedésükhöz.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), por escrito. – He votado a favor de este informe porque con su aprobación se movilizará el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización (FEAG) para proporcionar un importe de 2 490 758 euros en créditos de compromiso y de pago en relación con una solicitud de movilización del FEAG a raíz de los 250 despidos en Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd y en dos de sus proveedores en Irlanda.

Elisabetta Gardini (PPE), per iscritto. – Come nel caso del voto a sostegno dei lavoratori greci, anche in questo caso ritengo che la richiesta di utilizzo del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione, in conformità del punto 13 dell'accordo interistituzionale del 2 dicembre 2013 tra il Parlamento europeo, il Consiglio e la Commissione sulla disciplina di bilancio, sulla cooperazione in materia di bilancio e sulla sana gestione finanziaria, sia ampiamente motivata e giustificata.

Si tratta di finanziamenti richiesti dal governo irlandese con riguardo a un settore, quello della «riparazione e installazione di macchine e apparecchiature» che ha visto una contrazione dell'occupazione totale pari al 52% secondo le autorità irlandesi. I fondi serviranno ad aiutare i lavoratori licenziati a trovare un nuovo impiego e a valorizzare le proprie competenze. Per questi motivi ho espresso parere favorevole.

Enrico Gasbarra (S&D), per iscritto. – Il collega Negrescu ci consegna una relazione importante, per la quale ci tengo a sottolineare il mio sostegno: l'utilizzo del Fondo di adeguamento alla globalizzazione è uno strumento di estrema importanza per esprimere un segno di vicinanza alla famiglie, ai lavoratori, alle imprese.

La domanda presentata dall'Irlanda per Lufthansa Technik coinvolge quasi 450 lavoratori; trovo pertanto importante esprimere una risposta rapida e concreta in grado di ricostruire la fiducia e ricreare capacità occupazionali.

Gli esuberi nel settore della riparazione e installazione di macchine e apparecchiature, in particolare nella regione irlandese del Southern and Eastern, sono indubbiamente legati alle trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale dovute alla globalizzazione. L'Europa deve agire, nel rispetto dei propri impegni internazionali e del proprio ruolo di attore commerciale globale, per adeguare la propria capacità competitiva e per rilanciare un vero piano industriale continentale. Con il Piano Investimenti l'Europa ha avviato una strada nuova; auspico che ora si passi per scelte coraggiose e di grande impatto produttivo ed occupazionale.

Tania González Peñas (GUE/NGL), por escrito. – Hemos votado a favor de este informe sobre movilización de recursos para la adaptación a un espacio globalizado. El informe trata sobre una partida destinada a la reintegración en el mercado laboral de 250 trabajadores en Irlanda y sobre los beneficios económicos que esta movilización presupuestaria tendrá para la región.

Theresa Griffin (S&D), in writing. – I voted in favour of this report, which refers to the Commission's proposal for a decision on the mobilisation of the EGF in favour of Ireland to support the reintegration into the labour market of workers made redundant due to major structural changes in world trade patterns due to globalisation. In order to mobilise the Fund, the Commission has submitted to the Budget Authority a transfer request. I voted in favour of this report as I support the idea of providing additional assistance to workers suffering from major structural changes in world trade patterns, when needed. The UK has never made an application under this Fund. UK workers therefore receive none of this support.

Mittwoch, 25. März 2015

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour, because the purpose of the European Globalisation Adjustment Fund is to provide additional assistance to workers suffering from the consequences of major structural changes in world trade patterns. The closure of the Lufthansa plant was the result of a serious shift in EU trade in goods and services resulting from a technological shift towards the production of new generation aircraft and components. The closure of the plant has had a serious impact on employment and the local and regional economy. I therefore agree with the Commission and rapporteur that due to the exceptional circumstances put forward by the Irish authorities, Ireland is entitled to get a financial contribution from the European Globalisation Adjustment Fund.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – 2015. február 6-án a Bizottság határozatra irányuló javaslatot fogadott el az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap Írország javára történő igénybevételére, hogy támogassa a globalizáció hatására a világkereskedelemben bekövetkezett fő strukturális változások következtében elbocsátott munkavállalók munkaerőpiacra történő újbóli beilleszkedését.

A kérelmet 2014. szeptember 19-én küldték el a Bizottságnak. A Bizottság arra a következtetésre jutott, hogy a kérelem kimeríti a szükséges kivételes körülményeket.

Az ír hatóságok azzal érvelnek, hogy az LTAI-nál bekövetkezett elbocsátáshullám elsősorban az EU termék- és szolgáltatáskereskedelmében bekövetkezett komoly változások eredménye, amely viszont az új generációs légi járművek és alkatrészek gyártása felé forduló technológiai fordulat következménye; a tágabb értelemben vett légijárműalkatrész-gyártás gyakorlatának változása az LTAI alapját képező üzleti modell alapvető piaci tényezőire való kihatással együtt, valamint a globális légijármű-gyártás helyében bekövetkezett változás következménye.

A finanszírozandó személyre szabott szolgáltatások összehangolt csomagjának részét képezi a pályaorientáció és karriertervezés, EGAA képzési támogatás, képzési és továbbtanulási programok, felsőoktatási programok, vállalkozási/önfoglalkoztatási támogatások, valamint jövedelemtámogatások, beleértve az EGAA tanfolyami hozzájárulási rendszerét.

A Fidesz-KDNP delegációja a szolidaritás jegyében támogatja az indítványt. Fontos, hogy az elbocsátott munkavállalók megfelelő támogatást kapjanak a munkaerőpiacon való újbóli elhelyezkedésükhöz.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe sobre movilización de recursos para la adaptación a un espacio globalizado. El informe trata sobre una partida destinada a la reintegración en el mercado laboral de 250 trabajadores en Irlanda y sobre los beneficios económicos que esta movilización presupuestaria tendrá para la región.

Carlos Iturgaiz (PPE), *por escrito*. – Voto a favor.

El Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización se creó para proporcionar ayuda adicional a los trabajadores que sufren las consecuencias de grandes cambios estructurales en los patrones del comercio mundial. Evaluando la solicitud presentada, considero que ésta debe ser concedida.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prijedlog Rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu Odluke Parlamenta i Vijeća o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji za 424 otpuštena radnika poduzeća Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd i dva dobavljača jer navedena otpuštanja imaju značajan utjecaj na lokalno i regionalno gospodarstvo u regiji južne i istočne Irske koja se nalazi na nepovoljnom položaju. Strukturne promjene koje su zahvatile sektor „Popravak i instaliranje strojeva i opreme” zahtijevaju konkretnu mjeru s obzirom na činjenicu da radnici u tom sektoru imaju specifične vještine koje nije lako iskoristiti u drugim sektorima.

Podržavam stoga financijski doprinos EGF-a koji je namijenjen ublažavanju posljedica otpuštanja i čiji je cilj što brži povratak radnika na tržište rada.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu la résolution portant sur la demande de mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation introduite par l'Irlande suite à des licenciements chez Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd. Ce Fonds a été créé pour favoriser la réinsertion sur le marché du travail des travailleurs victimes des modifications de la structure du commerce international résultant de la mondialisation, ou de la crise financière. Aussi, je me félicite de l'adoption de cette aide s'élevant à 2 490 758 euros.

Mittwoch, 25. März 2015

Εύα Καϊλή (S&D), γραπτώς. – Ψήφισα υπέρ, διότι θεωρώ πως πρέπει να παρασχεθεί πρόσθετη στήριξη στους εργαζομένους που υφίστανται τις συνέπειες των μεγάλων διαρθρωτικών αλλαγών στη μορφή του παγκόσμιου εμπορίου και να στηριχθούν με σκοπό την επανένταξή τους στην αγορά εργασίας, στην περίπτωση που έχουν απολυθεί λόγω της παγκόσμιας χρηματοπιστωτικής και οικονομικής κρίσης, όπως εν προκειμένω συμβαίνει με τους εργαζομένους της Lufthansa Technik.

Barbara Kappel (NI), schriftlich. – Irland stellte den Antrag auf Unterstützung aus dem EGF, nachdem 424 Mitarbeiter bei Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd. und von zwei Zulieferbetrieben infolge des wachsenden internationalen Wettbewerbs im Bereich Flugzeugbau und Reparatur von Flugzeugkomponenten gekündigt worden waren. Die durch den EGF kofinanzierten Maßnahmen würden 250 Mitarbeitern, die die Kündigung am schwersten getroffen hatte, und weiteren 200 Jugendlichen bei der Suche nach neuen Arbeitsplätzen helfen. Die Unterstützung erfolgt in Form von Berufsberatung und Hilfe bei der Karriereplanung, Hilfestellung bei der Unternehmensgründung und Gründerberatung, Ausbildung, Fortbildungs- und Hochschulbildungsprogrammen, Ausbildungsstipendien und Einkommensbeihilfen. Ich stimme für diesen Antrag.

Seán Kelly (PPE), in writing. – I am pleased to support the application for the mobilisation of the European Globalisation Adjustment Fund made by Lufthansa Technik Ireland LTD. The European Globalisation Adjustment Fund was set up to provide additional assistance to workers who have lost their jobs as a result of major structural changes in world trade patterns. Lufthansa Technik was a major employer in Rathcoole, Co. Dublin, and the 250 redundancies which have resulted from its closure have had a significant adverse impact on the local economy. I very much welcome this EUR 2.5m investment by the EU, which will be used to help start new businesses, provide career planning assistance, training opportunities and further education programmes for the former workers, as well as up to 200 young people in the area who are not in employment or education. This is a good example of the practical support the European Union can offer those hardest hit by the economic crisis, in particular young people, and help revive the local economy.

Afzal Khan (S&D), in writing. – I voted in favour of mobilisation of the Fund, as I support giving assistance to reintegrate workers into the labour market made redundant due to major structural changes in world trade patterns due to globalisation and the economic crisis.

Jérôme Lavrilleux (PPE), par écrit. – Après l'avoir déjà voté en commission de l'emploi et des affaires sociales, j'ai renouvelé mon vote en faveur du rapport Negrescu qui permettra de financer à hauteur de 60 %, dans le cadre du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation, des projets visant à favoriser la réinsertion de 148 anciens salariés de l'entreprise irlandaise Lufthansa Technik.

Un montant de 2 490 758 euros sera consacré à la mise en place d'aides à l'orientation et à la planification des carrières et à des programmes de formation et d'enseignement avancé.

Ces mesures se révèlent un levier efficace pour lutter contre le chômage de masse dans l'Union et faire face aux conséquences parfois néfastes de la mondialisation.

Constance Le Grip (PPE), par écrit. – J'ai voté en faveur du rapport Negrescu visant à allouer, au titre du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation (FEM), près de 2,5 millions d'euros au financement de mesures en faveur de la réinsertion professionnelle de 148 salariés licenciés de l'entreprise irlandaise Lufthansa Technik.

À travers l'adoption du rapport Negrescu, la mobilisation du FEM permettra d'apporter une aide concrète aux anciens salariés de Lufthansa Technik, démontrant ainsi une nouvelle fois la capacité de l'Union européenne à répondre efficacement aux changements structurels majeurs survenus dans le commerce international en raison de la mondialisation, ou de la crise économique et financière mondiale.

Antonio López-Istúriz White (PPE), por escrito. – Irlanda presentó la solicitud EGF/2014/016 IE/Lufthansa Technik de contribución financiera del FEAG a raíz de un total de 424 despidos en Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd (LTAI) y en dos de sus proveedores en Irlanda.

Los trabajadores de este sector tienen unas competencias muy específicas, difíciles de utilizar en otros sectores, por lo que no les resulta fácil encontrar un nuevo trabajo. Por ello, se debe recordar la importancia que reviste la mejora de las perspectivas de empleo de todos los trabajadores mediante medidas de formación adaptadas y el reconocimiento de las capacitaciones y las competencias adquiridas a lo largo de la carrera profesional del trabajador. Vote favorablemente esta propuesta de resolución y espero que la formación ofrecida en el paquete coordinado no solamente se adapte a las necesidades de los trabajadores despedidos, sino también al entorno empresarial actual.

Mittwoch, 25. März 2015

Ivana Maletić (PPE), *napisan.* – Prošli mjesec Europska komisija usvojila je prijedlog odluke o mobilizaciji Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji u iznosu od 2,5 milijuna eura za pomoć građanima Irske otpuštenima iz poduzeća Lufthansa Technik.

Irske vlasti tvrde da je zatvaranje Lufthansa Technik uvjetovano promjenama u svjetskoj trgovini, tehnološkim promjenama i proizvodnji novih generacija zrakoplova čiji su pokretači zemlje poput Indije i Kine. Tako je i matično poduzeće, Lufthansa Technik iz Njemačke odlučilo svoje pogone preseliti u zemlje gdje je radna snaga jeftinija te inovativniji i brži razvoj zrakoplovne tehnologije. Broj zaposlenih u ovom sektoru u Irskoj trenutačno je samo 1550 osoba, odnosno 52 posto manje nego prije ovih promjena.

Sredstva iz EGF-a bit će iskorištena za sufinanciranje paketa personalizirane pomoći 424 otpuštena radnika. Potrebna im je pomoć u traženju novog posla, te za treninge i obuke ili poticanja na samozapošljavanje.

Vještine i znanja ljudi zaposlenih u ovom sektoru su specifična te im je teže naći posao jer iste vještine nisu potrebne u drugim sektorima. S obzirom na navedeno podržavam zahtjev za mobilizaciju EGF-a za bivše radnike Irske podružnice Lufthansa Technik.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne.* – Európsky fond na prispôsobenie sa globalizácii je prioritne zameraný na podporu a pomoc v prípadoch, keď v dôsledku veľkých štrukturálnych zmien spôsobených globalizáciou a celosvetovou finančnou a hospodárskou krízou bol v priebehu referenčného obdobia prepustený veľký počet zamestnancov, minimálne 500.

Od začiatku roku 2015 ide o druhú žiadosť, keď táto podmienka nie je splnená, aj keď sú tu iné mimoriadne okolnosti spojené s hospodárskym dosahom, keďže v Írsku klesla zamestnanosť v sektore výroby lietadiel o 52 %. Závažnou skutočnosťou je, že ide aj o 200 mladých ľudí vo veku do 25 rokov, ktorí nemajú dostatočné vzdelanie. Pomoc im umožní nájsť si skôr miesto na trhu práce.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφικώς.* – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου όσον αφορά την κινητοποίηση του Ευρωπαϊκού Ταμείου Προσαρμογής στην Παγκοσμιοποίηση, σύμφωνα με το σημείο 13 της διοργανικής συμφωνίας της 2ας Δεκεμβρίου 2013, μεταξύ του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου, του Συμβουλίου και της Επιτροπής για τη δημοσιονομική πειθαρχία, τη συνεργασία σε δημοσιονομικά θέματα και τη χρηστή δημοσιονομική διαχείριση, διότι οι ιρλανδικές αρχές αποφάσισαν να δρομολογήσουν την εφαρμογή των εξατομικευμένων υπηρεσιών προς τους πληγέντες εργαζομένους στις 7 Δεκεμβρίου 2013, πολύ πριν από την απόφαση και μάλιστα και από την αίτηση σχετικά με τη χορήγηση στήριξης από το ΕΤΠ για την προτεινόμενη συντονισμένη δέσμη μέτρων.

David Martin (S&D), *in writing.* – By way of an explanation of my vote, I considered this to be an appropriate cause for mobilisation of the EGF.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto.* – Ho votato a favore della proposta della Commissione riguardante la mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione a sostegno dell'Irlanda per un totale di 2 490 758 EUR.

Ritengo opportuna la mobilitazione del FEG, quale valido aiuto finalizzato al reintegro nel mercato del lavoro dei 149 esuberanti presso la Lufthansa Technik Airmotive Ireland LTD.

È necessario che l'Unione europea intervenga tempestivamente a sostegno dei suoi cittadini ed imprenditori colpiti dalla crisi

Barbara Matera (PPE), *per iscritto.* – A causa di trasformazioni rilevanti nella struttura del commercio mondiale, attribuibili all'avanzare della globalizzazione, il settore economico «riparazione e installazione di macchine e apparecchiature», in Irlanda, ha subito una netta contrazione.

Consapevole di tale realtà, ho deciso di votare a favore della relazione Negrescu, che sostiene la mobilitazione del FEG a beneficio di 424 lavoratori in esubero presso la Lufthansa Technik.

Il contributo comunitario contribuirà a garantire loro un più agevole reinserimento nel mercato del lavoro.

Mittwoch, 25. März 2015

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Mi apoyo a la propuesta de movilizar el Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización para apoyar a Irlanda ante el despido de 424 trabajadores de Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd y dos de sus proveedores.

En este caso, Irlanda no solo va a apoyar con los fondos europeos a estos trabajadores, sino también a 200 jóvenes que ni estudian ni trabajan.

Desde el Parlamento Europeo, confiamos en que la ayuda proporcionada a través de esta herramienta permita a todas estas personas regresar pronto al mercado laboral.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. – Aufgrund der gravierenden Verlagerung im Waren- und Dienstleistungsverkehr der Union, einer Verlagerung bei der generellen Praxis der Herstellung von Luftfahrzeugbauteilen und aufgrund einer geografischen Verlagerung der globalen Flugzeugherstellung kam es zur Schließung der Lufthansa Technik Airmotive Ireland (LTAI). Demnach sind zahlreiche Arbeitnehmer entlassen worden. Diese durch die Strukturveränderung erwerbslos gewordenen Arbeiter müssen natürlich Unterstützung erfahren, weshalb ich auch positiv für diesen Antrag stimme.

Valentinas Mazuronis (EFDD), *raštu*. – Balsavau už tai, kad būtų skirta parama Airijos pietinio ir rytinio regionų gyventojų perkvalifikavimui ir sugrąžinimui į darbo rinką po to, kai uždarius orlaivių ir sudedamųjų dalių gamybos įmonę LTAI, o patronuojančiai įmonei „Lufthansa Technik“ perkėlus savo veiklą į Azijos šalis, buvo atleistas ženklus skaičius darbuotojų, o nedarbo lygis regione pasiekė 23 proc. Parama skiriama iš Europos prisitaikymo prie globalizacijos padarinių fondo bedarbių profesiniam perorientavimui, karjeros planavimo priemonėms, tolesnio švietimo programoms.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce fonds d'aide à la mondialisation joue bien son rôle destructeur. Au lieu d'aider les travailleurs, il encourage les actionnaires et les États à adhérer à l'irresponsabilité sociale du capitalisme. Dans ce cas-ci, une des filiales de Lufthansa spécialisée dans les équipements d'avions laisse près de 500 employés sur le carreau dans des régions d'Irlande où les possibilités d'embauche sont quasiment inexistantes. Pendant ce temps-là, la société-mère de cette compagnie allemande délocalise tranquillement une partie de son activité aux Philippines. Rien n'est fait pour prévenir ce dumping social par nos propres entreprises européennes. Le rapport ne condamne même pas la pratique de l'entreprise, ni ne s'interroge sur la politique européenne industrielle. On sait où conduit la poursuite effrénée des baisses de coûts. L'Allemagne devrait y réfléchir. Je vote contre afin de dénoncer l'aide à la délocalisation apportée par l'Union européenne.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A UE é um espaço de solidariedade e nela se enquadra o Fundo Europeu de Ajustamento à globalização. Estes apoios são fundamentais para o auxílio aos desempregados e às vítimas das deslocações que se verificam num contexto globalizado. É cada vez maior o número de empresas que se deslocalizam, aproveitando os reduzidos preços do factor trabalho que são praticados em vários países, nomeadamente na China e na Índia, com efeitos nocivos para os países que respeitam os direitos dos trabalhadores. O FEG destina-se a ajudar os trabalhadores vítimas da deslocalização de empresas, e é fundamental para facilitar o acesso a um novo emprego. O FEG já foi utilizado no passado por outros países da UE, cabendo agora dar esse auxílio à Irlanda, que apresentou a candidatura EGF/2014/016 IE/Lufthansa Technik a uma contribuição financeira do FEG na sequência de 424 despedimentos na empresa Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd (LTAI) e em duas das suas empresas fornecedoras na Irlanda.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – The European Globalisation Adjustment Fund (EGF) is one of the key tools in the EU's arsenal to provide additional assistance to workers negatively impacted by major structural changes in world trade patterns. The Commission approved this specific application as it met the conditions to mobilise the EGF to support the local economy. I therefore voted in favour of this report to alleviate the situation of 250 workers and 200 young people in Ireland due to a shift towards a new generation of aircraft and components.

Giulia Moi (EFDD), *per iscritto*. – Votiamo a favore della concessione di finanziamenti in favore di 250 lavoratori collocati in esubero nel sud est dell'Irlanda. I fondi serviranno anche a offrire servizi di collocamento per circa 200 giovani disoccupati e non iscritti a corsi di formazione o istruzione con età inferiore ai venticinque anni.

Mittwoch, 25. März 2015

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az Európai Globalizációs Alkalmazkodási Alap az Unió belüli szolidaritás egyik fontos intézménye; olyan aktív foglalkoztatáspolitikai eszköz, amely a munkaerőpiacra történő visszatérés terheit megosztja a dolgozó, az érintett tagország és az Unió között, eredménye pedig segít a munkába újra bekapcsolódni képes dolgozónak, a munkanélküliséget kezelni kénytelen tagországnak és a foglalkoztatás növelését célul kitűző Uniónak egyaránt. Az Írország által benyújtott kérelem 2014. március 1. és június 30. között elbocsátott 149 munkavállaló munkaerő-piaci reintegrációjára irányuló személyre szabott szolgáltatáshoz igényel segítséget. A kérelem a Bizottság állásfoglalása szerint megfelel a rendeletben meghatározott jogosultsági kritériumoknak, a szolgáltatás nyújtása jóval a kérelem benyújtása előtt megkezdődött. Mindennek alapján a kérelmet támogatásra érdemesnek találtam.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O Regulamento (CE) n.º 1927/2006 do Parlamento Europeu e do Conselho, de 20 de Dezembro de 2006, instituiu o Fundo Europeu de Ajustamento à Globalização (FEG) com o objetivo de apoiar os trabalhadores que perderam os seus postos de trabalho devido a alterações estruturais no contexto da economia global.

Esta é a décima candidatura a ser examinada no âmbito do orçamento de 2015 e refere-se à mobilização de um montante total de € 2.490.758 do FEG a favor da Irlanda. As autoridades irlandesas argumentam que o encerramento da empresa LTAI resulta de uma profunda alteração no comércio de bens e serviços na UE decorrente de uma viragem tecnológica no sentido da produção de aviões de nova geração e respetivos componentes.

A candidatura diz, assim, respeito ao despedimento de 149 pessoas no período de referência entre 1 de março de 2014 e 30 de junho de 2014.

Sou, assim, favorável ao presente relatório que visa mobilizar uma importante verba financeira destinada ao apoio a pessoas que perderam o emprego permitindo-lhes uma nova formação de orientação profissional, para que tenham novas ferramentas e melhores competências para regressarem ao mercado de trabalho.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. – Cette demande concerne l'octroi d'une aide au secteur de l'aviation en Irlande suite au licenciement de 424 salariés chez Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd et deux de ses fournisseurs, susceptible d'avoir des «répercussions graves sur l'emploi et l'économie de la région».

Sans aides publiques, ces licenciements pourraient avoir des conséquences économiques et sociales dramatiques pour la région étant donné la spécificité des compétences des travailleurs concernés.

Cependant, un régime spécial est demandé par la commission des budgets: l'aide ne sera pas accordée à tous les travailleurs licenciés, mais fera l'objet d'une appréciation au cas par cas, afin de veiller à ce que la condition de «répercussions graves sur l'économie régionale» soit remplie.

Il sera mobilisé un montant de 2 490 758 euros en crédits d'engagement, pour aider à la réorientation, à la création d'entreprises et à la formation des NEET (jeunes sans emploi ni formation).

Ces licenciements sont dus à la modification des structures de l'économie engendrée par la mondialisation et les délocalisations de production d'avions. Cela témoigne du comportement hypocrite de l'Union européenne, qui déplore les conséquences des causes qu'elle hérite, à savoir la concurrence mondialisée et dérégulée, et qui ne trouve, pour les réparer, que l'obole à apporter aux travailleurs licenciés... J'ai voté pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport relatif à la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation. Il s'agit de mobiliser le Fonds à hauteur de 2,5 millions d'euros pour appuyer le reclassement de 149 salariés licenciés par Lufthansa Technik et deux de ses fournisseurs en Irlande. Ces licenciements font suite aux changements intervenus dans la configuration du marché mondial de la maintenance aéronautique (renouvellement de la motorisation des flottes aériennes et concurrence des pays émergents à bas coûts).

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo con favore la domanda di mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione per l'Irlanda, al fine di sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro dei lavoratori dell'azienda Lufthansa Technik, che sono stati collocati in esubero in conseguenza di trasformazioni rilevanti della struttura del commercio mondiale.

Mittwoch, 25. März 2015

In base ai dati citati dalle autorità irlandesi, infatti, la chiusura dell'azienda LTAI è da considerarsi una diretta conseguenza di un importante mutamento negli scambi di beni e servizi dell'UE, risultante da una migrazione tecnologica verso la produzione di aeromobili e componenti di nuova generazione, dal passaggio a metodi su più vasta scala nella loro produzione, con conseguenti ripercussioni sui fondamentali di mercato del modello aziendale su cui LTAI si basava, e infine dal trasferimento geografico della produzione mondiale.

Il pacchetto coordinato dei servizi personalizzati da cofinanziare sarà diretto prevalentemente ad azioni di orientamento professionale e pianificazione della carriera, a programmi di formazione e di aggiornamento, a programmi di istruzione superiore, tramite il pagamento delle spese per la partecipazione ai relativi corsi. Siamo dunque certi che tali incentivi europei rappresenteranno un valido aiuto finalizzato al reinserimento di questi lavoratori.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – La relazione in esame si riferisce alla mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) per un importo totale di 2 490 758 EUR a favore dell'Irlanda. Nello specifico, la domanda riguarda 149 esuberi, nel periodo di riferimento dal 1° marzo 2014 al 30 giugno 2014, presso Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd (LTAI) e due dei suoi fornitori irlandesi.

Alla luce di quanto esposto, ho espresso il mio consenso nei confronti della relazione Negrescu poiché ritengo che i lavoratori, vittime della crisi economico-finanziaria e degli squilibri del mercato attribuibili all'avanzamento della globalizzazione, debbano godere di un pieno sostegno da parte dell'Unione europea. La somma stanziata contribuirà a offrire loro nuove opportunità di occupazione.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Am votat pentru mobilizarea Fondului european de ajustare la globalizare, cererea EGF/2014/016 IE/Lufthansa Technik, în calitate de raportor pentru această aplicație și de raportor special al Grupului S&D pentru FEG. Cererea este bine documentată și respectă cerințele Comisiei Europene în domeniu.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *scríofa*. – Chaith mé vóta i bhfabhar na tuarascála seo de bharr go n-aithním go bhfuil an Ciste Eorpach um Choigeartú don Domhandú (CED) ábalta cabhair agus deiseanna a thabhairt dóibh siúd atá tar éis a bpost a chailliúint mar gheall ar an ngéarchéim eacnamaíochta.

Is cás Éireannach é seo agus baineann sé le 250 iomarcaíocht ó *Lufthansa Technik* agus 200 duine óg atá díhostaithe. Tá tionchar ollmhór ag dúnadh an chomhlachta seo ar an gceantar áitiúil i mBaile Átha Cliath, agus cinnte, níos faide ná sin fós. Bhí sé lonnaithe in áit atá faoi mhíbhuntáiste le leibhéal íseal de gnóthachtaí oideachasúil srl. Mar aon leis sin, tá scileanna faoi leith ag na daoine seo a chiallaíonn go mbeidh sé deacair dóibh post eile a aimsiú in earnáil dhifriúil.

Leis an aistriú airgid de EUR 2 490 758 áfach, beidh na daoine atá fágtha gan fostaíocht anois ábalta scileanna nua a fhoghlaim, rud a chiallaíonn go mbeidh sé níos fusa dóibh post eile a aimsiú in earnáil éagsúil.

De ghnáth bíonn 500 duine ar a laghad de dhíth chun iarratas a dhéanamh chuig CED, mar sin cuirim fáilte roimh an tslí gur cuireadh maolú i bhfeidhm ionas go mbeidh teacht ag na daoine ar an gciste seo.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. – Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung wurde eingerichtet, um Arbeitnehmer, die unter den Folgen der Wirtschaftskrise zu leiden haben, zusätzlich zu unterstützen. Von der Entlassung betroffen sind 424 Arbeitskräfte – betroffen ist die Abteilung Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd und zwei Zulieferer. Das Hauptunternehmen ist im Wirtschaftszweig NACE Rev 2 Abteilung 33 („Reparatur und Installation von Maschinen und Ausrüstung“) tätig. Die Entlassung bei den betroffenen Unternehmen erfolgen hauptsächlich in der irischen NUTS-2-Region 4 Southern and Eastern (IE 02). Ich begrüße diesen Antrag, da ich es für wichtig erachte, dass die EU gerade in Zeiten der Krise durch sinnvolle Investitionen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein wichtiges Zeichen setzt, und stimme daher dafür.

Mittwoch, 25. März 2015

Urmás Paet (ALDE), kirjalikult. – Toetasin ettepanekut eraldada lirimaale EGFist 2 490 758 eurot, sest selle abil saame tööturule tagasi aidata 424 inimest, kes lirimaal paiknevas ettevõttes Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd töötuks jäid. Töötus on Euroopa Liidus üks valusamaid probleeme. Struktuursete muutuste ja globaliseerumise tagajärjel on paljud ettevõtted pidanud väga palju töötajaid koondama või uksed sulgema. EGF fondi abil saame need inimesed uuesti tööturul kaasata.

Rolandas Paksas (EFDD), raštu. –

Pritariu pateiktam pasiūlymui dėl paramos suteikimo Airijai.

Pažymėtina, kad dėl darbuotojų atleidimo vietos ir regiono ekonomika patiria itin didelį neigiamą poveikį. Taigi, nors šalis ir neatitinka reglamente nustatytų reikalavimų, tačiau atsižvelgiant į esamą padėtį ir pateiktus motyvus, jai turi būti taikoma išimtis, leidžianti nukrypti nuo EGF nustatytų intervencijos kriterijų.

Pažymėtina, kad šio sektoriaus darbuotojai turi labai specifinių įgūdžių, kuriuos sunku panaudoti kituose sektoriuose, todėl darbuotojams sudėtinga lengvai rasti naują darbą. EGF parama darbą praradusiems mašinų ir įrangos remonto ir įrengimo sektoriaus darbuotojams padės labiausiai socialiai nuskriaustiems asmenims grįžti į darbo rinką. Visų pirma jiems bus siūlomos užimtumo skatinimo priemonės, teikiama profesinio orientavimo ir persikvalifikavimo galimybių. Atsižvelgiant į tai, numatytų priemonių įgyvendinimas padės sumažinti neigiamą poveikį Pietų ir Rytų Airijai, kur gyvena nemažai asmenų, neturinčių palankių sąlygų ir gyvena skurdo sąlygomis.

Aldo Patriciello (PPE), per iscritto. – Considerato che l'Unione ha predisposto strumenti legislativi e di bilancio per fornire un sostegno supplementare ai lavoratori che risentono delle conseguenze dei grandi cambiamenti strutturali nei flussi commerciali mondiali o della crisi economica e finanziaria globale, e per assisterli nel reinserimento nel mercato del lavoro; che l'Irlanda ha presentato la domanda EGF/2014/016 IE/Lufthansa Technik per un contributo finanziario del FEG in seguito a un totale di 424 esuberi presso Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd (LTAI) e due dei suoi fornitori in Irlanda; che la domanda non soddisfa i criteri di ammissibilità di cui all'articolo 4, paragrafo 1, lettera a), del regolamento FEG e che si basa sulla disposizione relativa alle circostanze eccezionali di cui all'articolo 4, paragrafo 2, del regolamento in parola;

si concorda con la Commissione che le circostanze eccezionali addotte dalle autorità irlandesi, vale a dire che gli esuberi hanno un grave impatto sull'occupazione e sull'economia locale e regionale, giustificano una deroga ai criteri di intervento ai sensi dell'articolo 4, paragrafo 2, del regolamento FEG e che, pertanto, l'Irlanda ha diritto a un contributo finanziario a norma del regolamento in parola.

Per tali ragioni ho espresso il mio voto favorevole.

Marijana Petir (PPE), napisan. – Podržavam zahtjev irskih vlasti prema EGF-u za financijski doprinos nakon otpuštanja iz Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd-a (LTAI) i dva njegova dobavljača u Irskoj, a koji se odnosi na 424 radnika i iznos od 2 490 758 EUR što predstavlja 60 % ukupnih troškova predloženih mjera kako bi se osigurao financijski doprinos za njihovu primjenu.

Otpuštanja u poduzeću će imati izuzetno negativan učinak na južnu i istočnu Irsku, a ta se područja nalaze u izuzetno nepovoljnom položaju.

Ističem da radnici iz tog sektora posjeduju vrlo specifične vještine koje je teško koristiti u drugim sektorima, što tim radnicima otežava potragu za novim zaposlenjem, a posebno se ovo odnosi na radnike blizu mirovine (oko 20 % radnika).

Pozdravljam činjenicu da je u dogovoru s ciljanim korisnicima, njihovim predstavnicima i sindikatima razrađen usklađen paket usluga prilagođenih njihovim potrebama.

Tonino Picula (S&D), napisan. – Obzirom da je Europski fond za prilagodbu globalizaciji (EGF) osnovan radi pružanja podrške otpuštenim radnicima i samozaposlenim osobama koje su prestale sa svojom djelatnošću zbog velikih strukturalnih promjena u svjetskim trgovinskim tokovima prouzročenih globalizacijom, zbog dugotrajne svjetske financijske i gospodarske krize spomenute u Uredbi (EZ) br. 546/2009(3) ili zbog nove svjetske financijske i gospodarske krize te kako bi im se pomoglo pri reintegraciji na tržište rada, podržavam prijedlog mobilizacije iznosa od 2 490 758 EUR za zahtjev koji je podnijela Irska kako bi se djelomično sanirale financijske posljedice nastale slijedom otpuštanja u poduzeću Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd i dvama njegovim dobavljačima u Irskoj. Države članice trebaju pokazati solidarnost jedne prema drugima kad je potrebno, te mi je drago da su to pokazale i danas na ovom primjeru.

Mittwoch, 25. März 2015

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Europski fond za prilagodbu globalizaciji (EGF) je osnovan kako bi pružio dodatnu podršku radnicima koji su pogođeni posljedicama velikih strukturnih promjena u međunarodnoj trgovini i kako bi im pomogao u reintegraciji na tržištu rada, odnosno pri pronalasku novog radnog mjesta. Istovremeno, financijska pomoć Unije otpuštenim radnicima treba biti dinamična i dostupna što je brže i učinkovitije moguće.

Irska je podnijela zahtjev EGF/2014/016 IE/Lufthansa Technik za financijski doprinos iz EGF-a slijedom otpuštanja 424 radnika u poduzeću Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd i dvaju njegova dobavljača u Irskoj. Iako zahtjev ne ispunjava određene kriterije prihvatljivosti, zbog ozbiljnog utjecaja na zapošljavanje i regionalne ekonomije spada u kategoriju izvanrednih okolnosti što omogućava upotrebu sredstava iz EGF-a.

Otpuštanja u poduzeću imat će izuzetno negativan učinak na južnu i istočnu Irsku, a ta se područja nalaze u izuzetno nepovoljnom položaju. Ujedno, radnici iz sektora „Popravak i instaliranje strojeva i opreme” posjeduju vrlo specifične vještine koje je teško koristiti u drugim sektorima, što tim radnicima otežava potragu za novim zaposlenjem. Stoga podržavam izvješće izvijestitelja Victora Negrescu o mobilizaciji 2 490 758 EUR, čiji je cilj pomoći otpuštenim radnicima u osposobljavanju za nova radna mjesta.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* – A Irlanda apresentou uma candidatura com vista a obter uma contribuição financeira do FEG na sequência de 424 despedimentos na empresa Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd (LTAI) e em duas das suas empresas fornecedoras durante o período entre 1 de Março de 2014 e 30 de junho de 2014. De acordo com a Comissão, as circunstâncias excecionais apresentadas pelas autoridades irlandesas justificam uma derrogação aos critérios de intervenção do Regulamento FEG, verificando-se, por um lado, que os despedimentos no sector da «reparação, manutenção e instalação de máquinas e equipamentos» nas regiões meridional e oriental da Irlanda estão ligados a mudanças estruturais importantes nos padrões do comércio mundial devido à globalização, uma vez que o encerramento da empresa LTAI é o resultado de uma profunda alteração no comércio de bens e serviços na União, que veio mudar a localização mundial da produção de aviões, e, por outro lado, que se prevê que estes despedimentos tenham um grande impacto negativo nas regiões meridional e oriental da Irlanda, já fortemente desfavorecidas, como demonstram certos indicadores socioeconómicos, como o baixo nível de instrução e de qualificações profissionais. Votei, por isso, favoravelmente esta resolução, que aprova a decisão de mobilização do FEG a favor da Irlanda.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito.* – He votado a favor de este informe para aprobar la movilización de 2 490 758 euros del Fondo Europeo de Adaptación a la Globalización destinados a 424 trabajadores que han perdido su empleo en Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd y en dos de sus proveedores, en Irlanda, que se dedicaban a la reparación e instalación de maquinaria y equipo. Estos despidos se han producido como consecuencia de los profundos cambios estructurales en los patrones del comercio internacional provocados por la globalización, como consecuencia de una importante transformación del comercio de la UE de bienes y servicios a causa de un cambio tecnológico en favor de la producción de aeronaves y componentes de nueva generación, de una reorientación hacia prácticas de producción de componentes de aeronaves más amplias, y de un cambio en la ubicación de la producción global de aeronaves, destacando la tendencia de las compañías aéreas de EE.UU. y de Europa Occidental a enviar sus aeronaves de gran capacidad a China para realizar el mantenimiento pesado.

Los servicios personalizados que se han de financiar con cargo al FEAG comprenden actividades en materia de formación y reciclaje que constituyen una buena asistencia para la reinserción laboral de los trabajadores afectados.

Claude Rolin (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de la mobilisation du Fonds européen d'ajustement à la mondialisation tel que demandé par l'Irlande pour venir en aide aux 450 travailleurs licenciés par Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd et deux de ses fournisseurs. Cette filiale irlandaise de Lufthansa Technik, active dans la réparation et l'entretien d'aéronefs, a connu des difficultés financières à la suite de l'arrivée sur le marché d'une nouvelle génération d'avions de plus en plus fabriqués et entretenus en Asie. Compte tenu des nombreuses fermetures dans ce secteur en Irlande, il apparaît important de venir en aide à ces travailleurs afin de les aider à se former et ainsi à retrouver un emploi.

Mittwoch, 25. März 2015

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – O sector da reparação, manutenção e instalação de máquinas e equipamentos, assim como a produção de aviões na Europa tem vindo a sofrer os efeitos da globalização com a deslocalização deste tipo de serviços para a China e Sudeste Asiático. No caso em apreço, a empresa-mãe Lufthansa Technik tomou a decisão de basear as suas operações Airbus A330/340 MRO numa empresa subsidiária, localizada nas Filipinas. Este facto provocou o despedimento de 250 trabalhadores, num sector bastante sensível e que tem vindo a ter repercussões muito negativas nas regiões meridional e oriental da Irlanda, onde o nível de instrução e a falta de qualificações profissionais são uma realidade incontornável.

Face ao que precede, sou favorável, por isso, à mobilização deste fundo, no valor de 2 490 758 €, a favor da Irlanda, uma vez que o mesmo preenche as circunstâncias excecionais previstas no artigo 4.º n.º 2 do Regulamento FEG.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – L'Irlanda ha chiesto aiuto all'Unione europea per superare la crisi economica che ha bloccato l'attività di un'azienda per la quale i 149 esuberanti sono divenuti un problema. Ho votato quindi a favore di questa relazione per far sì che il Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione possa aiutare un'impresa europea.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. – Ho deciso di votare in maniera favorevole alla richiesta di mobilitazione del Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione per una cifra di circa due milioni e cinquecentomila euro per 424 esuberanti presso l'azienda Lufthansa Technik Airmotive Ireland e due dei suoi fornitori a causa della delocalizzazione in Asia. Le autorità irlandesi indicano una contrazione dell'occupazione totale nel settore pari a circa il 52%.

Petri Sarvamaa (PPE), *kirjallinen*. – Irlannin hakemus lentokonemekaniikkaa harjoittaneen yhtiön työttömyysvaikutuksista noudattaa poikkeuksen myötä eurooppalaisen globalisaattiorahaston kriteereitä. Hakemus koskettaa yhteensä 424:ää työttömäksi joutunutta.

Irlannin hakemuksessa on sovellettu 4 artiklan 1 kohdan a alakohdasta myönnettävää poikkeusta, joka sallii globalisaattiorahastosta myönnettävän tuen myös silloin, kun suorat työttömyysvaikutukset koskettavat alle 500 työntekijää, mutta niillä on hyvin huomattavia vaikutuksia alueelliseen työttömyyteen.

Mietintö osoittaa myös, että työttömäksi joutuneilla on alhainen koulutustaso ja korkea tuetun asumismuodon osuus. Kyseisten työntekijöiden on myös hyvin vaikea sijoittua edelleen työmarkkinoille, koska heillä on erityisosaamista, jota ei tarvita muilla aloilla.

Äänestin tämän mietinnön puolesta.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe ya que permite la movilización a raíz de un total de 424 despidos en Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd (LTAI) y en dos de sus proveedores en Irlanda.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores y trabajadoras en el contexto del desempleo en Irlanda, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Remo Sernagiotto (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto favorevole alla mobilitazione del FEG (Fondo europeo di adeguamento alla globalizzazione) in merito alla domanda di contributo finanziario presentata dall'Irlanda a causa di 424 esuberanti in Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd (LTAI) e due dei suoi fornitori in Irlanda.

Mi auguro che il pacchetto coordinato di servizi personalizzati cofinanziato dal FEG contribuisca al reinserimento professionale di questi lavoratori che, possedendo alcune competenze molto specifiche e difficilmente sfruttabili in altri settori, rischiano di incontrare ancora più difficoltà nella ricerca di un nuovo impiego.

Mittwoch, 25. März 2015

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted to mobilise the European Globalisation Adjustment Fund in favour of an application made by Ireland. A total amount of EUR 2 490 758 from the EGF will go towards supporting the reintegration into the labour market of 149 workers made redundant from Lufthansa Technik. The UK has never made an application under this Fund. UK workers therefore receive none of this support.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Podporila som návrh uznesenia, aby bol Írsku poskytnutý z Európskeho fondu na prispôsobenie sa globalizácii príspevok vo výške 2 490 758 EUR. Tento príspevok je poskytovaný na základe žiadosti írskej vlády v nadväznosti na prepustenie 424 pracovníkov z podniku Lufthansa Technik. Prepustenie týchto pracovníkov má výrazný negatívny vplyv na región južného a východného Írska. Táto pomoc sa využije na spolufinancovanie aktívnych opatrení na trhu práce, ktoré vedú k trvalej a dlhodobej zamestnanosti, pričom sa musia dodržiavať zásady rovnakého zaobchádzania a nediskriminácie. Prepusteným pracovníkom sa poskytne profesijné poradenstvo a pomoc pri plánovaní kariérneho postupu, podporí sa ich samostatné podnikanie a rekvalifikácie.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – Evropski sklad za prilagoditev globalizaciji je instrument, s katerim Evropska unija zagotavlja dodatno podporo delavcem, ki so jih prizadele posledice velikih strukturnih sprememb v svetovnih trgovinskih tokovih, in pomoč pri njihovi ponovni vključitvi na trg dela.

Vloga za finančni prispevek, ki jo je za pomoč podjetju Lufthansa Technik, v katerem je bilo odpuščenih 424 presežnih delavcev, predložila Irska, sicer ne izpolnjuje nekaterih meril za upravičenost do pomoči, vendar zaradi resnega vpliva na zaposlenost in regionalno gospodarstvo spada v kategorijo izjemnih okoliščin, ki dovoljuje uporabo sredstev iz ESPG.

Odpuščanje v tem podjetju je bilo posledica velikih strukturnih sprememb v svetovnih trgovinskih tokovih zaradi globalizacije, zaprtje podjetja pa posledica sprememb pri trgovanju z EU blagom, ki izhajajo iz tehnološkega prehoda na proizvodnjo nove generacije zrakoplovov in njihovih komponent in so vplivale na tržne temelje osnovnega poslovnega modela podjetja.

Odpuščanje je imelo resen negatívni vpliv na regijo Southern and Eastern Ireland, za katero sta značilni precejšnja lokalna prikrajšanost in revščina, tamkajšnja odpuščena delovna sila pa ima specifična znanja, ki se težko uporabijo v drugih sektorjih.

Ker sveženj sofinanciranih storitev pokriva tri pomembna področja: poklicno svetovanje in načrtovanje poklicne poti, usposabljanje in nadaljnje izobraževanje ter pomoč za podjetja in samozaposlene, sem predlog resolucije podprl.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore di questa relazione al fine di sostenere il reinserimento nel mercato del lavoro di 450 lavoratori in esubero a causa della globalizzazione presso la filiale irlandese di Lufthansa Technik, impresa operante nel settore della manutenzione e riparazione di vettori aerei e componenti.

Lufthansa Technik ha dovuto chiudere il sito irlandese quando il suo modello aziendale si è rivelato non più valido in conseguenza di vari fattori, quali la scelta dei clienti di rivolgersi a operatori attivi nella produzione di aeromobili e componenti di nuova generazione, il passaggio a metodi su più vasta scala nella produzione dei componenti di aeromobili e infine il trasferimento geografico della produzione mondiale di aeromobili verso l'Asia. Con la chiusura recente di imprese simili in Irlanda, i lavoratori in esubero in questo settore incontrano serie difficoltà a ricollocarsi, avendo competenze molto specifiche e difficilmente sfruttabili in altri settori.

L'aiuto di 2 490 758 euro fornito dal Fondo di adeguamento alla globalizzazione contribuirà a cofinanziare un pacchetto dei servizi personalizzati, quali orientamento professionale e pianificazione della carriera, programmi di formazione e di aggiornamento, programmi di istruzione superiore, sostegno alla creazione di imprese e di attività autonome e sostegno al reddito.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Európsky fond na prispôsobenie sa globalizácii ponúka finančné prostriedky tým, čo prídu o zamestnanie pri hromadnom prepúšťaní v dôsledku globalizačných trendov. Financie sú určené na rekvalifikáciu či ako pomoc pri začatí podnikania. Je dôležité, aby tieto prostriedky boli využité účelne, aby táto pomoc naozaj smerovala k tým, ktorí ju najviac potrebujú.

Mittwoch, 25. März 2015

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan.* – Podržavam ovu rezoluciju budući da je Irska podnijela zahtjev EGF/2014/016 IE/Lufthansa Technik za financijski doprinos iz Europskog fonda za prilagodbu globalizaciji slijedom otpuštanja 424 radnika u poduzeću Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd i dva njegova dobavljača u Irskoj. Budući da zahtjev ispunjava kriterije prihvatljivosti utvrđene Uredbom o EGF-u, pozdravljam činjenicu da se očekuje da će svi otpušteni radnici koji ispunjavaju uvjete sudjelovati u mjerama za koje potpora dolazi iz EGF-a te sukladno odredbi Irska ima pravo na financijski doprinos.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan.* – Zatvaranjem poduzeća Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd, koje je rezultat velike promjene u trgovini robom i uslugama u Uniji uslijed tehnološkog pomaka u proizvodnji, došlo je do otpuštanja velikog broja radnika koji posjeduju vrlo specifične vještine teško primjenjive u drugim sektorima. Time je stvoren negativni učinak na istočnu i južnu Irsku koja je već i prije toga bila u nepovoljnom položaju sudeći prema socio-ekonomskim indikatorima. Oni pokazuju kako na tom području vladaju niska razina obrazovanja, siromaštvo i velik broj korisnika socijalnih stanova, a upravo je to područje bilo pogođeno nizom otpuštanja unutar istog sektora proteklih nekoliko godina. Iz tih razloga podržavam izvješće i odluku da se dodijele sredstva iz EGF-a, te pozdravljam inicijativu Irske koja je odlučila da će se usklađeni paket usluga, koji bi se sufinancirao iz sredstava EGF-a, koristiti za profesionalnu orijentaciju i potporu u planiranju karijere, provođenju programa osposobljavanja i sekundarnog obrazovanja te davanju doprinosa kod troškova tečaja ne samo kod otpuštenih radnika nego ciljna skupina je i do 200 mladih ljudi ispod 25 godina koji nisu nužno iz tog sektora. To smatram pozitivnim i aktivnim mjerama usmjerenim prema ciljanim skupinama radi konkretnog napretka ne samo pogođenih sektora nego i gospodarstva općenito.

Richard Sulík (ECR), *pisomne.* – S návrhom nesúhlasím. Hlavným dôvodom poskytnutia tohto príspevku totiž opäť majú byť „veľké štrukturálne zmeny v usporiadaní svetového obchodu spôsobené globalizáciou“. Samozrejme, existenciu týchto zmien nie je možné poprieť. No negatívny dosah týchto zmien na zamestnanosť v EÚ je do veľkej miery aj dôsledkom mnohých škodlivých politík EÚ a paradoxne aj v dôsledku prerozdeľovania v tomto a množstve iných programov EÚ.

Patricija Šulin (PPE), *pisno.* – Podprla sem resolucijo o uporabi sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji za Lufthansa Technik - Irska zaradi odpuščanja skupaj 424 presežnih delavcev v podjetju Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd in pri dveh dobaviteljih na Irskem. Odpuščanje presežnih delavcev v sektorju za popravila in montažo strojev in naprav na Irskem je povezano z velikimi strukturnimi spremembami v svetovnih trgovinskih tokovih zaradi globalizacije. Resolucijo sem podprla tudi zaradi dejstva, da ima delovna sila v tem sektorju nekatere zelo specifične spretnosti in znanja, ki se težko uporabijo v drugih sektorjih, zato delavci težko najdejo novo zaposlitev.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς.* – Τα χρήματα του Ταμείου Προσαρμογής πρέπει να δίνονται κατά βάση στους απολυμένους, και όχι σε εταιρείες επανένταξης ή μετεκπαίδευσης. Δεν χρειαζόμαστε εξειδικευμένους άνεργους.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de la mobilisation du fonds pour soutenir ces travailleurs. Cette aide a pour objectif de réorienter professionnellement et de former les travailleurs victimes de restructurations et de licenciements dans leur entreprise. Ce Fonds représente le symbole d'une Europe qui peut être plus solidaire.

Soulignons toutefois qu'en ce qui concerne l'ensemble de ces aides, il s'agit toujours de pallier les dégâts d'un libéralisme débridé auquel il faut aujourd'hui substituer des initiatives d'investissement public ciblées et massives.

Mittwoch, 25. März 2015

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report because I think it is important to provide European industries with financial support when they have to undergo structural changes which put at risk the economic and social sustainability of a region. The shift in aircraft component production practices encouraged Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd (LTAI) and two of its suppliers in Ireland to relocate their activities to the Philippines and led to 424 redundancies in southern and eastern Ireland. This case did not match all the eligibility criteria of the EGF Regulation but fits the exceptional circumstances provision as the redundancies have had a serious impact on employment in the region, with unemployment reaching 23%. This fund will be used to develop appropriate tools to reintegrate these workers, as well as 200 young people not in employment, education or training, into the job market. The tools include individual job search assistance, training and promotion of entrepreneurship. I believe it will mark a path to durable and long-term employment in the region.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe sobre movilización de recursos para la adaptación a un espacio globalizado. El informe trata sobre una partida destinada a la reintegración en el mercado laboral de 250 trabajadores en Irlanda y sobre los beneficios económicos que esta movilización presupuestaria tendrá para la región.

Myłène Troszczyński (NI), *par écrit*. – La délégation vote systématiquement les «fonds européens d'ajustement à la mondialisation» car il s'agit de programmes de soutien aux salariés d'entreprises parfois obligées de licencier sous la pression de la dérégulation des marchés, conséquences des politiques ultra-libérales désastreuses appliquées au sein de cette union européenne qui n'est capable de défendre ni les peuples qui la composent ni les entreprises qui la font vivre.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – Mi voto ha sido favorable a este informe, al igual que al resto de informes que en esta sesión plenaria han pedido la movilización de un fondo esencial para la mitigación del impacto de la globalización en el funcionamiento de las economías locales y el futuro de las regiones afectadas por procesos de desindustrialización y, en este caso, al tratarse de una región periférica del euro afectada por la crisis como Irlanda, cobra más sentido.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore della mobilitazione del fondo di adeguamento alla globalizzazione (FEG) al fine di sostenere 450 lavoratori collocati in esubero presso la filiale irlandese di Lufthansa Technik, impresa operante nel settore della manutenzione e riparazione di aeromobili e componenti, fortemente minacciato dalla concorrenza internazionale, soprattutto asiatica.

L'aiuto, che ammonta a circa 2 500 000 EUR, contribuirà a cofinanziare un pacchetto di servizi personalizzati di orientamento e riqualificazione professionale, nonché di sostegno alla creazione di imprese e attività autonome. Ritengo che si tratti di uno strumento fondamentale per ridare speranza nel futuro a lavoratori con specializzazione fortemente settoriale che incontrano grosse difficoltà a ricollocarsi in altri settori.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – He votado a favor del informe ya que permite la movilización a raíz de un total de 424 despidos en Lufthansa Technik Airmotive Ireland Ltd (LTAI) y en dos de sus proveedores en Irlanda.

Esta movilización de fondos se debe a las desastrosas consecuencias de la internacionalización de los sectores productivos en la UE.

Estos fondos no son capaces de solucionar las problemáticas de estos trabajadores en el contexto del desempleo en Irlanda, pero al menos dan la posibilidad de paliar una pequeña parte del drama humano. Es por todo esto por lo que he decidido votar a favor del presente informe.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A Lufthansa Technik foi desmembrada do grupo principal em 1994. Em 1999, a Lufthansa Technik assumiu a plena propriedade da Aer Lingus que, em 1980, criou a «Airmotive Ireland», manutenção de aeronaves e reparo e revisão geral em Dublin.

Uma profunda alteração no comércio de bens e serviços na União, decorrente essencialmente da globalização e das deslocalizações, provocou impactos nos modelos de negócios subjacentes à Lufthansa Technik, levando ao encerramento da Lufthansa Technik Ireland.

Mittwoch, 25. März 2015

Esta é a décima proposta de transferência, com vista à mobilização do FEG, transmitida à autoridade orçamental até à data, em 2015. Desta vez, trata-se da candidatura da Irlanda ao Fundo Europeu de Globalização para apoiar 149 trabalhadores, de um conjunto de 424 trabalhadores despedidos da empresa Lufthansa Technik, na sua reintegração no mercado laboral.

Mais uma vez, são as regiões onde se verificam as maiores taxas de desemprego as que voltam a ser atingidas com as consequências da desregulação e liberalização do comércio mundial e das políticas neoliberais da UE.

Harald Vilimsky (NI), schriftlich. – Aufgrund der gravierenden Verlagerung im Waren- und Dienstleistungsverkehr der Union, einer Verlagerung bei der generellen Praxis der Herstellung von Luftfahrzeugbauteilen und aufgrund einer geografischen Verlagerung der globalen Flugzeugherstellung kam es zur Schließung der Lufthansa Technik Airmotive Ireland (LTAI). Demnach sind zahlreiche Arbeitnehmer entlassen worden. Diese durch die Strukturveränderung erwerbslos gewordenen Arbeiter müssen natürlich Unterstützung erfahren, weshalb ich auch positiv für diesen Antrag stimme.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. – Uma profunda alteração no comércio de bens e serviços na União Europeia, decorrente de uma viragem tecnológica na produção de aviões de nova geração e respetivos componentes, acrescida à deslocalização mundial da produção de aviões, ao facto das transportadoras da Europa Ocidental e dos EUA terem por hábito enviar as suas aeronaves de grandes dimensões para a China, a fim de aí realizarem a manutenção pesada das mesmas, e à deslocalização da empresa-mãe Lufthansa Technik, que decidiu basear as suas operações Airbus A330/340 MRO na subsidiária Lufthansa Technik Philipines, nas Filipinas, provocaram impactos nos aspetos fundamentais do mercado e do modelo de negócios subjacente à Lufthansa Technik, levando ao encerramento da Lufthansa Technik Irland.

Esta é a 10ª proposta de transferência com vista à mobilização do FEAG transmitida à autoridade orçamental, até a data, em 2015. Desta vez trata-se da candidatura da Irlanda ao Fundo Europeu de Globalização para apoiar 149 trabalhadores, de um conjunto de 424 trabalhadores despedidos da empresa Lufthansa Technik. Acrescentando-se aos já muitos despedimentos em empresas deste sector ao longo dos últimos anos, fica ainda mais difícil para estes trabalhadores, com competências muito específicas neste sector, encontrar um novo emprego.

Milan Zver (PPE), pisno. – Za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o uporabi sredstev Evropskega sklada za prilagoditev globalizaciji v primeru podjetja Lufthansa Technik Airmotive Ireland (LTAI) sem glasoval, ker sta odpustitev 424 delavcev v tem podjetju in pri dveh njegovih dobaviteljih na Irskem ter zaprtje podjetja LTAI povezana z velikimi strukturnimi spremembami v svetovnih trgovinskih tokovih zaradi globalizacije. Odpuščanje presežnih delavcev v sektorju za popravila in montažo strojev in naprav v južni in vzhodni Irski je v veliki meri posledica prehoda na proizvodnjo nove generacije letal ter spremembe v lokacijah svetovne proizvodnje letal. Zahodnoevropski in ameriški prevozniki nekatera letala za večja vzdrževalna dela pošiljajo na Kitajsko, celo Lufthansa se je odločila, da bo dela na eni vrsti Airbusa izvajala na Filipinih. V tem sektorju imajo delavci specifične spretnosti in znanja, ki se težko uporabijo v drugih sektorjih, zato težko najdejo novo zaposlitev. Na nekaterih območjih, kjer prebivajo delavci LTAI, je stopnja brezposelnosti okrog 23 %, pogosta sta nizka raven izobrazbe in pomanjkanje poklicnih kvalifikacij, kažeta pa se tudi precejšnja lokalna prikrajšanost in revščina. Irska bo pomoč, sofinancirano s sredstvi ESPG, ponudila 250 upravičencem, poleg tega pa še 200 mlajšim od 25 let, ki niso zaposleni, se ne izobražujejo ali usposablajo (NEET).

26.6. Antrag auf Aufhebung der Immunität von Viktor Uspaskich (A8-0061/2015 - Evelyn Regner)

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), por escrito. – El informe pide la suspensión de la inmunidad parlamentaria del eurodiputado Viktor Uspaskich. Teniendo en cuenta que el eurodiputado pertenece a la minoría rusófona, minoría a menudo discriminada por los gobiernos bálticos actuales, existen dudas de que no se trate de una persecución política. Por ello me he abstenido en esta votación.

Mittwoch, 25. März 2015

Marie-Christine Arnautu (NI), *par écrit*. – L'affaire concernant Viktor Uspaskich semble peu claire. Il serait accusé d'avoir commis plusieurs infractions pénales mais des doutes persistent concernant les charges qui pèsent sur lui. De plus, Viktor Uspaskich étant un Lituanien russophone, au regard de la situation actuelle vis-à-vis de la Russie, cette accusation pourrait bien constituer un *fumus persecutionis*. Or, lorsqu'une «odeur de persécution politique» est perceptible, selon laquelle le député serait poursuivi par des adversaires politiques ou pour des raisons politiques, l'immunité parlementaire doit être maintenue. J'ai donc voté contre la levée de l'immunité parlementaire de Viktor Uspaskich.

Nicolas Bay (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre la levée de l'immunité parlementaire de Viktor Uspaskich car, d'après des documents WikiLeaks, il semble qu'il s'agit d'un cas de *fumus persecutionis*. Les origines russes de ce député lituanien n'auraient-elles pas un lien avec la persécution judiciaire dont l'accusé se dit victime?

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – Je me suis évidemment opposée à ce rapport, qui sent la persécution politique à plein nez et qui vise à restreindre ainsi la liberté personnelle du député concerné.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. – Ero presente in Aula durante la votazione sulla relazione Regner.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad de este diputado en vista de que el 12 de julio de 2013 fue declarado culpable por el Tribunal Regional de Vilnius y condenado a una pena de reclusión de cuatro años en un centro penitenciario por los delitos de que se le acusaba, de que no se han aportado pruebas convincentes de la existencia de *fumus persecutionis* y de que los delitos que se le imputan no guardan relación alguna con su actividad como diputado al Parlamento Europeo.

Marie-Christine Boutonnet (NI), *par écrit*. – Lundi 23 mars dernier, en séance publique, Jean-Marie Cavada, vice-président de la commission des affaires juridiques, s'est étonné de la précipitation sur ce dossier et de ce que l'on n'attende pas les conclusions des services juridiques. M. Verhofstadt, ancien Premier ministre belge, a provoqué un incident de séance ce mercredi en plénière. Bruno Gollnisch a rappelé, fort justement, le nécessaire respect des principes élémentaires des droits de la défense.

J'ai donc voté contre la levée de l'immunité parlementaire de M. Uspaskich.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla revoca. Il procedimento penale in questione, nei suoi contenuti, coincide con la procedura in base alla quale il Parlamento europeo già nel 2010 aveva deciso di revocare l'immunità parlamentare di Viktor Uspaskich; il parlamentare è stato condannato in primo grado a 4 anni di pena per presunte irregolarità relative al finanziamento del partito che presiedeva. La pratica è in attesa del secondo grado e si richiede al PE di pronunciarsi, anche a seguito di nuovi elementi portati dall'imputato che sembrano però, secondo il relatore, non modificare la sostanza della decisione già assunta.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Le accuse contro il collega Viktor Uspaskich non riguardano un'opinione espressa nell'ambito dell'esercizio delle sue funzioni di membro del Parlamento europeo. Tuttavia, nel corso dell'esame in commissione sono emersi punti molto dubbi quanto alle sue effettive responsabilità nella vicenda e quanto ad un possibile *fumus persecutionis*.

Aymeric Chauprade (NI), *par écrit*. – *Fumus persecutionis* dans cette affaire! Sous des prétextes fallacieux, le Parlement européen demande la levée de l'immunité parlementaire de Viktor Uspaskich. Ce député n'a, en réalité, que le seul tort d'être un lituanien russophone.

La chasse aux sorcières a commencé en UERSS. Dans la guerre que l'Union européenne mène contre la Russie pour le compte des Américains, tous les coups semblent permis.

Étant partisan de la paix en Ukraine, du principe de réalité face à l'idéologie et surtout, du principe de présomption d'innocence, je ne pouvais que voter contre ce rapport.

Mittwoch, 25. März 2015

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Il testo in discussione espone le motivazioni del Parlamento europeo nei confronti della richiesta di revocare l'immunità di Viktor Uspaskich. Il 15 settembre 2014 il Presidente ha comunicato, a norma dell'articolo 9, paragrafo 1, del regolamento, di aver ricevuto dalla procura generale della Repubblica di Lituania una lettera con la richiesta di revoca dell'immunità parlamentare di Viktor Uspaskich.

Avendo esaminato la documentazione, la commissione ha ritenuto di chiedere alla Assemblea parlamentare di decidere di revocare l'immunità considerando che le accuse non hanno chiaramente alcun rapporto con la carica di deputato al Parlamento europeo di Viktor Uspaskich, ma risultano imputate alla sua carica di presidente del partito. All'epoca gli era stata rivolta l'imputazione di aver organizzato un'associazione a delinquere per commettere diversi reati operando in modo illegale ed eludendo l'obbligo di vigilanza sulla correttezza dei finanziamenti al partito di cui era presidente. Si procedeva infatti a una contabilità fittizia per nascondere introiti e spese. In termini generici egli avrebbe più volte impartito l'istruzione di omettere di registrare o dichiarare ufficialmente diverse operazioni di tipo commerciale e finanziario. Inoltre non si ravvisa alcun motivo per supporre l'esistenza di un *fumus persecutionis*. Per queste motivazioni ho ritenuto di votare favorevolmente al provvedimento.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – In the light of the fact that a decision on the same matter has already been taken and a further decision on it has become necessary only because of the re-election of the Member to the European Parliament, and on the basis of the foregoing and of the available documents, it was concluded that there are no grounds for refusing to waive the parliamentary immunity of the Member again. I thus voted in favour of the report.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe pide la suspensión de la inmunidad parlamentaria del eurodiputado Viktor Uspaskich. Teniendo en cuenta que el eurodiputado pertenece a la minoría rusófona, minoría a menudo discriminada por los gobiernos bálticos actuales, existen dudas de que no se trate de una persecución política. Por ello me he abstenido en esta votación.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφικώς*. – Υπερψηφίσα την έκθεση καθώς είμαι εκ θέσεως αντίθετος στα βουλευτικά προνόμια και ιδιαίτερα στη βουλευτική ασυλία. Όλοι είναι ίσοι απέναντι στο νόμο.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – O Tribunal Regional de Vilnius proferiu uma sentença, ainda não transitada em julgado, contra o deputado ao Parlamento Europeu Viktor Uspaskich, que está atualmente pendente no Tribunal de Recurso lituano. As acusações proferidas contra Viktor Uspaskich não se relacionam com opiniões ou votos expressos no exercício das suas funções de Deputado europeu.

Edouard Ferrand (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre la levée de l'immunité parlementaire, parce qu'il existe des doutes sur les charges pesant sur ce parlementaire européen, qui pourrait avant tout être victime de persécutions politiques.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφικώς*. – Είμαι εκ θέσεως ενάντια στα βουλευτικά προνόμια και ιδιαίτερα στη βουλευτική ασυλία, καθότι όλοι είναι ίσοι απέναντι στο νόμο. Υπερψηφίζω λοιπόν την αίτηση άρσης της ασυλίας του Viktor Uspaskich.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación de la suspensión de la inmunidad de Viktor Uspaskich. Hacemos esto teniendo en cuenta la situación en los países bálticos y las circunstancias del arresto. Las circunstancias, así como las acusaciones que se hacen a Viktor Uspaskich son todas muy graves y requieren el más estrecho escrutinio posible. Aun así, entendemos que la abstención refuerza la idea de que una investigación más minuciosa tiene que ser llevada a cabo, y que tanto las acusaciones como las circunstancias tienen que ser observadas con más atención antes de conceder esta suspensión.

Antanas Guoga (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of waiving the immunity of Mr Viktor Uspaskich. I strongly support the view that Parliament should not take the role of a court and should trust the Lithuanian national courts. I believe that political immunity cannot be a safeguard to prevent Members of the European Parliament from taking responsibility in their Member State when they are found in the act of committing an offence.

Mittwoch, 25. März 2015

I support the report given by the committee claiming that Mr Uspaskich was afforded the right to a fair hearing at every possible level. The main motive for the procedure of waiving immunity that was presented by the rapporteur Ms Regner was the fact that the definition of the offences giving rise to the charges has always remained the same. Moreover, by the decision to waive Mr Uspaskich's immunity the European Parliament has one more time approved believing in Lithuania as a democratic country ensuring the rule of law, and respecting human rights.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación de la suspensión de la inmunidad de Viktor Uspaskich. Hacemos esto teniendo en cuenta la situación en los países bálticos y las circunstancias del arresto. Las circunstancias, así como las acusaciones que se hacen a Viktor Uspaskich son todas muy graves y requieren el más estrecho escrutinio posible. Aun así, entendemos que la abstención refuerza la idea de que una investigación más minuciosa tiene que ser llevada a cabo, y que tanto las acusaciones como las circunstancias tienen que ser observadas con más atención antes de conceder esta suspensión.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam PROTIV prijedloga odluke Europskog parlamenta o zahtjevu za uklanjanje imuniteta Viktora Uspaskicha zbog toga što u podnesenom izvješću još uvijek postoje sumnje i nerazjašnjenje stvari povezano s nizom važnih pitanja. Uz navedeno, ovim se putem gospodinu Uspaskichu onemogućuje normalno obavljanje zastupničkih dužnosti i ograničava se njegova osobna sloboda. Držim da skidanje zastupničkog imuniteta mora biti osnovano na konkretnim činjenicama i temeljitoj analizi.

Jean-François Jalkh (NI), *par écrit*. – Cette demande de levée de l'immunité parlementaire de Viktor Uspaskich semble être politiquement motivée, considérant que M. Uspaskich est un lituanien russophone. Dans le contexte géopolitique que l'on connaît, le doute n'est pas permis. Or, celui-ci habite nombre de parlementaires concernant cette affaire, puisque la levée de l'immunité n'a été votée qu'à une très courte majorité. La levée de l'immunité parlementaire ne doit demeurer qu'un outil ultime, quand les faits et les preuves sont accablants, afin de permettre à la justice de s'exercer et de s'exprimer. Il ne doit en aucun cas devenir l'otage de basses considérations politiciennes ou d'intérêts personnels ou étatiques. En l'occurrence, ce député, selon beaucoup, représenterait une gêne certaine pour la politique extérieure de l'Union européenne puisqu'il n'est pas aligné sur les positions atlantistes prônées par celle-ci. C'est pourquoi j'ai voté contre cette levée de l'immunité parlementaire.

Gilles Lebreton (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre car la demande est officiellement motivée par le fait que ce député aurait tenu une double comptabilité dans la gestion de son parti politique. Mais, à l'instar de beaucoup d'autres députés, j'ai la conviction que le vrai motif est la persécution politique, car l'intéressé appartient à une minorité russophone persécutée dans son pays, la Lituanie. Preuve que le doute était légitime, le débat en session plénière a été houleux, et la levée de son immunité n'a finalement été votée qu'à une courte majorité. Maigre consolation pour ce député qui ira directement en prison.

Philippe Loiseau (NI), *par écrit*. – Contre. Nous pouvons sérieusement émettre des doutes sur la solidité des accusations portées contre M. Uspaskich. En effet, nous n'avons pas eu en notre possession de preuves formelles des infractions dont il se serait rendu coupable. Au vu de ces interrogations, je vote contre la levée de l'immunité parlementaire de M. - Uspaskich.

Peter Lundgren (EFDD), *in writing*. – We will support the requests for waiver of immunities as in these reports. We are in favour of legal equality, the principle under which all people are subject to the same laws of justice – the fact that everyone must be treated equally under the law.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Es nobalsoju pret, jo uzskatu deputāta Uspaskich lietu par politiski safabricētu un neobjektīvu. Dotajā jautājumā piekrītu liberālu frakcijas līderim, ka ir pamats nodot atpakaļ Uspaskich lietu JURI komitejai, pagaidām neatņemot viņam imunitāti.

Νότης Μαριάς (ECR), *γραφώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την άρση της βουλευτικής ασυλίας του Viktor Uspaskich, κατόπιν της θετικής εισήγησης της Επιτροπής Νομικών Υποθέσεων του Ε.Κ.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Sono contrario alla richiesta di revoca dell'immunità di Viktor Uspaskich.

Mittwoch, 25. März 2015

A mio parere deve continuare a godere dell'immunità. Da garantista continuerò sempre a votare contro queste richieste di revoca.

L'immunità parlamentare non è un privilegio personale del deputato, ma una garanzia di indipendenza del Parlamento, in quanto istituzione, e dei suoi membri.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Il tribunale distrettuale di Vilnius ha avviato un procedimento penale, tutt'ora in corso, a carico di Viktor Uspaskich. Quest'ultimo è accusato di aver commesso alcuni reati punibili sulla base di quanto previsto dal codice penale lituano.

Nonostante Viktor Uspaskich sia stato prosciolto da alcune delle accuse, egli è stato condannato, con sentenza non ancora definitiva, a 4 anni di detenzione da scontare in uno stabilimento di pena.

Considerando che le accuse imputate all'onorevole Uspaskich non presentano alcun nesso con l'esercizio delle sue funzioni parlamentari, ho deciso di sostenere la relazione Regner, che sostiene il ritiro della sua immunità.

Georg Mayer (NI), *scritto*. – Nach dem ersten Antrag auf Aufhebung der Immunität von Viktor Uspaskich stellte sich heraus, dass es sich um keine politisch motivierte Verfolgung handelte. Da kein Verdacht auf politische Verfolgung besteht und aufgrund der Tatsache, dass keine glaubwürdigen Hinweise auf das Vorliegen eines sog. „fumus persecutionis“ existieren, gibt es keinen Grund, die Aufhebung der Immunität von Viktor Uspaskich zu verweigern. Daher gab ich diesem Antrag meine Zustimmung.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La demande concerne la levée de l'immunité parlementaire de Viktor Uspaskich, député lituanien de l'ALDE. Viktor Uspaskich est poursuivi pour financement illégal de son parti politique, le parti travailliste lituanien. La procédure suivie par la justice lituanienne pose tout de même quelques questions, notamment le fait que la perquisition s'est tenue alors même que le prévenu était aux funérailles de sa mère. À noter que Viktor Uspaskich est russophone, minorité souvent discriminée par les gouvernements baltes actuels. Au vu de ces doutes sur le bon fonctionnement de la justice lituanienne, et l'intéressé dénonçant un acharnement contre sa liberté d'expression, je vote contre.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A defesa da independência do mandato do Deputado Europeu é da competência do Parlamento Europeu e essa independência não pode ser posta em causa. De acordo com o artigo 8.º do Protocolo relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia, os membros do Parlamento Europeu não podem ser procurados, detidos ou perseguidos pelas opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções.

O presente pedido é apresentado pelo Procurador-Adjunto do Supremo Tribunal de Justiça da Grécia que solicitou o levantamento da imunidade de Theodoros Zagorakis, deputado ao Parlamento Europeu, no contexto de uma eventual condenação por uma alegada infração.

Um Tribunal Regional de Vilnius proferiu uma sentença, ainda não transitada em julgado, contra o deputado ao Parlamento Europeu Viktor Uspaskich.

As acusações proferidas contra Viktor Uspaskich não se relacionam com opiniões ou votos expressos no exercício das suas funções de Deputado ao Parlamento Europeu e, por isso, o artigo 8.º do Protocolo não é aplicável. Votei, assim, favoravelmente ao levantamento da sua imunidade parlamentar.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – O pedido de levantamento da imunidade de Viktor Uspaskich foi transmitido em Julho de 2014 pelas autoridades da Lituânia. Uma vez que as acusações proferidas contra o Deputado não se relacionam com as suas funções de Deputado ao Parlamento Europeu sou a favor da aprovação deste relatório.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre cette levée d'immunité parlementaire car tout cela a une odeur de persécution politique qui vise à restreindre la liberté personnelle du député concerné.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Am votat pentru aprobarea raportului privind cererea de ridicare a imunității lui Viktor Uspaskich conform deciziei adoptate în Comisia pentru afaceri juridice a Parlamentului European.

Mittwoch, 25. März 2015

Urmās Paet (ALDE), *kirjalikult.* – Toetasin Viktor Uspaskichi puutumatusē āravōtmise taotlust, kuna tal on Leedus pooleliolev kohtuasi.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto.* – Considerato che le imputazioni a carico di Viktor Uspaskich non sono legate a opinioni o voti espressi nell'esercizio del suo mandato di deputato al Parlamento europeo e quindi non si applica l'articolo 8 del protocollo; che, a norma dell'articolo 9 del protocollo sui privilegi e le immunità dell'Unione europea, per la durata delle sessioni del Parlamento europeo i membri beneficiano sul territorio nazionale delle immunità riconosciute ai membri del parlamento del loro paese; che l'immunità non può essere invocata nel caso di flagrante delitto e non può inoltre pregiudicare il diritto del Parlamento europeo di revocare l'immunità a uno dei suoi membri; che a norma dell'articolo 62 della Costituzione della Repubblica di Lituania un deputato al parlamento nazionale (Seimas) senza l'approvazione del Seimas non può essere sottoposto a procedimento penale, a misure detentive o ad altre limitazioni della libertà;

si decide di revocare l'immunità di Viktor Uspaskich, incaricando il suo Presidente di trasmettere immediatamente la presente decisione e la relazione della sua commissione competente alle competenti autorità della Repubblica di Lituania.

Per tali ragioni ho espresso il mio voto favorevole.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – Poštujem preporuku izvjestiteljice jer, iako kazneni progon nije u vezi s izraženim mišljenjem ili glasanjem pri obnašanju njegovih dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu u smislu članka 8. Protokola br. 7 o povlasticama i imunitetima Europske unije, i navodno kazneno djelo očito nije ni u kakvoj vezi s obnašanjem dužnosti kolege Uspaskicha u svojstvu zastupnika u Europskom parlamentu već je u vezi s njegovom ranijom funkcijom u Litvi, ne postoji razlog za pretpostavku da je kazneni progon pokrenut s namjerom nanošenja političke štete dotičnom zastupniku (*fumus persecutionis*) jer je pokrenut prije nego što je gospodin Uspaskich postao zastupnik u Europskom parlamentu. Osim toga, Odbor za pravna pitanja osim toga nema zadatak da u okviru postupka odlučivanja o imunitetu preispituje pravosudne sustave država članica pojedinačno.

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Podržao sam Izvješće zastupnice Evelyne Regner o zahtjevu za ukidanje imuniteta zastupniku Viktoru Uspaskichu.

Parlamentarni imunitet je pravno sredstvo kojim se štiti neometano djelovanje zastupnika i time predstavlja neophodno sredstvo zaštite neovisnosti Parlamenta. Kako bi bili vjerodostojni, važno je da parlamentarni imunitet bude isključivo instrument zaštite od političkih motiviranih progona.

U slučaju zastupnika Viktora Uspaskicha, Odbor za pravna pitanja je utvrdio da nije riječ o kaznenom progonu pokrenutom s namjerom nanošenja političke štete zastupniku, te da je riječ o istom postupku koji se nakon nepravomoćne presude regionalnog suda u Vilni sada vodi pred prizivnim sudom Litve (a Europski parlament je već 2010. godine odlučio ukinuti imunitet Viktoru Uspaskichu).

S obzirom da pokrenuti postupak nema nikakve veze s obnašanjem dužnosti Viktora Uspaskicha u svojstvu zastupnika u Europskom parlamentu slažem se s odlukom Odbora za pravna pitanja o ukidanju imuniteta jer pravno sredstvo zaštite predstavnika građana na razini Europske unije ne smije postavljati zastupnike iznad zakona.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* – No âmbito de uma ação penal pendente no Tribunal de Recurso da República da Lituânia, as autoridades judiciais lituanas transmitiram ao Parlamento Europeu, em 21 de julho de 2014, um pedido de levantamento da imunidade de Viktor Uspaskich por falsificação de contabilidade. De acordo com o relatório da Comissão dos Assuntos Jurídicos, as provas apresentadas pelo Deputado para a existência de «*fumus persecutionis*» não foram convincentes e, ademais, os ilícitos de que Viktor Uspaskich é acusado nada têm a ver com opiniões ou votos expressos, ou com qualquer outra atividade, enquanto deputado ao Parlamento Europeu. Tendo em conta o referido relatório, votei favoravelmente a presente decisão que levanta a imunidade de Viktor Uspaskich.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito.* – He votado a favor de la suspensión de la inmunidad de este diputado a la vista de que el 12 de julio de 2013 fue declarado culpable por el Tribunal Regional de Vilnius y condenado a una pena de reclusión de cuatro años en un centro penitenciario por los delitos de que se le acusaba y que no se han aportado pruebas convincentes de la existencia de *fumus persecutionis* y que los delitos que se le imputan no guardan relación alguna con su actividad como diputado al Parlamento Europeo.

Mittwoch, 25. März 2015

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la levée d'immunité de M. Viktor Uspaskich, afin que la justice lituanienne puisse poursuivre son travail, dans le strict respect des droits de la défense, considérant que l'infraction présumée n'a pas de lien direct ou évident avec l'exercice de ses fonctions de député au Parlement européen. En effet, les poursuites engagées ne visent pas à porter préjudice à la carrière politique du député concerné, mais sont relatives à une comptabilité irrégulière relevant de procédures nationales.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A defesa da independência do mandato do Deputado Europeu é da competência do Parlamento Europeu e só poderá ser posta em causa em última instância.

No caso em apreço, o procurador-Geral da Lituânia recebeu instruções do Tribunal da Relação Lituano para solicitar o levantamento da imunidade parlamentar do eurodeputado Viktor Uspaskich, tendo em vista o cumprimento da sentença de 4 anos de pena de prisão efetiva, proferida pelo Tribunal Regional de Vilnius, em 12 de julho de 2013, por diversas infrações ao Código Penal lituano, sobretudo relacionadas com o financiamento partidário.

Tendo havido recurso da decisão, razão pela qual houve suspensão do processo e tendo Viktor Uspaskich sido reeleito Deputado ao Parlamento Europeu, houve necessidade de analisar um novo pedido de levantamento da sua imunidade parlamentar.

Considerando que este pedido diz respeito a alegados atos ilegais que têm a ver com a prática de infrações fiscais relacionadas com o financiamento do partido a que presidia e não havendo fundada razão para considerar que estamos perante um procedimento penal motivado por razões políticas, sou da opinião de que há que proceder ao levantamento da sua imunidade parlamentar.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe pide la suspensión de la inmunidad parlamentaria del eurodiputado Viktor Uspaskich. Teniendo en cuenta que el eurodiputado pertenece a la minoría rusa, minoría a menudo discriminada por los gobiernos bálticos actuales, existen dudas de que no se trate de una persecución política. Por ello me he abstenido en esta votación.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted with the Socialist and Democrats Group to waive the immunity of Viktor Uspaskich. The charges against Viktor Uspaskich do not relate to an opinion expressed or vote cast by him in the performance of his duties as a Member of the European Parliament so Article 8 of the Protocol is therefore not applicable.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Podržavam Izvješće o zahtjevu za ukidanje imuniteta Viktoru Uspaskichu jer je protiv njega donesena nepravomoćna presuda na regionalnom sudu u Vilni te se sada isti postupak vodi pred litavskim prizivnim sudom. Budući da se optužbe protiv Viktora Uspaskicha ne odnose na njegov rad pri obnašanju dužnosti zastupnika u Europskom parlamentu, na njega se ne primjenjuje članak 8. Protokola o povlasticama i imunitetima Europske unije.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Shodno presudi regionalnog suda u Vilni 12. srpnja 2013. kojom se osuđuje Viktora Uspaskicha za kaznena djela nepropisnog vođenja računovodstva, a nastavno na odluku Europskog parlamenta od 7. rujna 2010. kojom se ukinio imunitet zastupnika, podržavam odluku Odbora za pravna pitanja da ponovno ne zaštiti imunitet i povlastice Viktora Uspaskicha. S obzirom da se pokazalo kako nove činjenice kojima je htio dokazati da je žrtva procesa *fumus persecutionis*, a koje je u svom dopisu dostavio 24. listopada 2014., nemaju snagu dokaza niti su relevantne, ne postoji pravni razlog da Parlament ne ostane na prethodno donesenoj odluci kojom se imunitet ukida.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. – Οι Ευρωβουλευτές θα πρέπει να λογοδοτούν στη δικαιοσύνη όταν απαιτείται ανάγκη διερεύνησης πράξεών τους, σύμφωνα με τις εκάστοτε υφιστάμενες νόμιμες διαδικασίες.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación sobre la suspensión de la inmunidad de Viktor Uspaskich. Hacemos esto teniendo en cuenta la situación en los países bálticos y las circunstancias del arresto. Las circunstancias, así como las acusaciones que se hacen a Viktor Uspaskich son todas muy graves y requieren el más estrecho escrutinio posible. Aun así, entendemos que la abstención refuerza la idea de que una investigación más minuciosa tiene que ser llevada a cabo, y que tanto las acusaciones como las circunstancias tienen que ser observadas con más atención antes de conceder esta suspensión.

Mittwoch, 25. März 2015

Mylène Troszczynski (NI), *par écrit*. – Le cas de Monsieur Uspaskich, dont la levée de l'immunité parlementaire est demandée, semble avoir l'allure d'un procès politique. Les charges pesant contre lui sont douteuses. Notons aussi que Monsieur Uspaskich est un Lituanien russophone. La délégation du Front National s'est exprimée CONTRE la levée de son immunité parlementaire.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado favorablemente a la suspensión de la impunidad del eurodiputado Viktor Uspaskich, como práctica habitual en estos casos.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe pide la suspensión de la inmunidad parlamentaria del eurodiputado Viktor Uspaskich. Teniendo en cuenta que el eurodiputado pertenece a la minoría rusófona, minoría a menudo discriminada por los gobiernos bálticos actuales, existen dudas de que no se trate de una persecución política. Por ello me he abstenido en esta votación.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – Este caso, rocambolesco, arrasta-se neste Parlamento há muito tempo, implicando vários casos que se interligam, tornando a situação complexa. Mais uma vez, não foi possível estabelecer qualquer relação suficiente entre os novos elementos, de facto apresentados, e o processo movido contra Viktor Uspaskich por falsificação de contabilidade.

Consideramos que não foi apresentada qualquer prova convincente da existência de «fumus persecutionis» e que os ilícitos de que Viktor Uspaskich é acusado nada têm a ver com as suas atividades como deputado ao Parlamento Europeu.

Consideramos que compete à Comissão dos Assuntos Jurídicos examinar melhor este caso por forma a fundamentar melhor a decisão deste Parlamento.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. – Nach dem ersten Antrag auf Aufhebung der Immunität von Viktor Uspaskich stellte sich heraus, dass es sich um keine politisch motivierte Verfolgung handelte. Da kein Verdacht auf politische Verfolgung besteht und aufgrund der Tatsache, dass keine glaubwürdigen Hinweise auf das Vorliegen eines sog. „fumus persecutionis“ existieren, gibt es keinen Grund, die Aufhebung der Immunität von Viktor Uspaskich zu verweigern. Daher gab ich diesem Antrag meine Zustimmung.

Kristina Winberg (EFDD), *in writing*. – We will support the requests for waiver of immunities as in these reports. We are in favour of legal equality, the principle under which all people are subject to the same laws of justice – the fact that everyone must be treated equally under the law.

26.7. Antrag auf Schutz der Vorrechte und der Immunität von Gabriele Albertini (A8-0058/2015 - Andrzej Duda)

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe pide la suspensión de la inmunidad parlamentaria del antiguo eurodiputado Gabriele Albertini. Teniendo en cuenta que el asunto por el cual se le quiere juzgar no tiene nada que ver con su función mientras fue eurodiputado, he votado a favor.

Marie-Christine Arnautu (NI), *par écrit*. – Gabriele Albertini, ancien député européen, avait exprimé pendant son mandat une opinion prétendument diffamatoire. Ses propos se rapportent à des opinions qu'il aurait exprimées au cours de son mandat d'eurodéputé, en vue de déterminer si la conduite d'Alfredo Robledo, procureur ayant ouvert une enquête sur des faits impliquant la municipalité de Milan et ayant trait aux fonctions du maire, constituait un manquement à l'éthique professionnelle et devait en conséquence faire l'objet d'une procédure disciplinaire. Les propos de Gabriele Albertini ne montrent rien de scandaleux. L'immunité parlementaire ne permet pas que des députés soient poursuivis en raison d'opinions émises dans l'exercice de leurs fonctions. En outre, le procureur, accusé lui-même d'abuser de ses fonctions pour régler une affaire personnelle, a été suspendu. Il semble bien qu'il s'agisse ici d'un contentieux personnel. J'ai donc voté contre la demande de non-défense des privilèges et immunités de Gabriele Albertini, car elle est une offense à la liberté d'expression.

Mittwoch, 25. März 2015

Nicolas Bay (NI), *par écrit*. – Gabriele Albertini, ancien député au Parlement européen, a demandé la défense de son immunité parlementaire dans le cadre d'une procédure pénale en instance devant une juridiction italienne. J'ai voté contre ce rapport qui la lui refuse alors que les faits reprochés relèvent à mon sens de la liberté d'expression, M. Albertini ayant donné son opinion sur la justice en Lombardie.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre ce texte car il s'agit là d'une affaire qui touche au principe essentiel de la liberté d'expression. Ce rapport préconise de ne pas défendre l'immunité.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de no amparar la demanda la inmunidad de Gabrielle Albertini a la vista de que la nueva información aportada no acredita la relación directa y manifiesta entre las opiniones por las que un tribunal italiano abrió diligencias de investigación y el ejercicio de las funciones parlamentarias. Por consiguiente, debe ratificarse la conclusión a la que el Parlamento ha llegado en dos ocasiones de que Gabriele Albertini no ejercía sus funciones de diputado al Parlamento Europeo al realizar las declaraciones en cuestión, motivo por el que se levantó su inmunidad.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio sprendimo, nes juo Europos Parlamentas nusprendžia neginti buvusio europarlamentaro iš Italijos Gabriele Albertini imuniteto. Taip Parlamentas nusprendė dėl to, kad G. Albertini naujai pateikti patvirtinamieji dokumentai neparodo ryšio tarp jo padarytų pareiškimų ir jo, kaip Europos Parlamento nario, pareigų, o taip pat dėl to, kad *fumus persecutionis* doktrina, t. y. pakankamai rimti ir aiškūs įtarimai, kad byla iškelta siekiant pakenkti atitinkamo Parlamento nario politinei reputacijai negali būti šiuo atveju taikoma, nes šiuo metu p. Albertini neina Europos Parlamento nario pareigų.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. – Sono contrario alla procedibilità contro i deputati per le opinioni espresse.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – This report related to the waiver of parliamentary immunity of Gabriele Albertini, who is an Italian ex-MEP of the EPP Group. By waiving an immunity defence, Parliament does not formulate any opinion on the probability of guilt or not of the MEP in question. It only looks at applying the rules on immunity (Rule 7 of its Rules of Procedure and Protocol No 7 to the TFEU) to these cases. When it finds that defamatory statements are made that have no direct and obvious connection to the performance of their duties as an MEP, then it decides to waive immunity, so that court proceedings in the national Member State can be brought or continue. On this basis, I voted in favour of this report.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La Corte di giustizia dell'Unione europea ha stabilito che una dichiarazione effettuata da un deputato al di fuori delle aule del Parlamento europeo può costituire un'opinione espressa nell'esercizio delle sue funzioni parlamentari ai sensi dell'articolo 8 del Protocollo sui privilegi e sulle immunità dell'Unione europea, dando rilevanza alla natura e al contenuto della dichiarazione.

Tuttavia, il nesso tra l'opinione espressa dal deputato e le funzioni parlamentari deve essere diretto e deve imporsi con evidenza. Poiché le affermazioni a cui si fa riferimento erano state proferite da parte Gabriele Albertini in qualità di Sindaco, ho votato a favore della relazione del collega Andrzej Duda.

Aymeric Chauprade (NI), *par écrit*. – Encore une attaque du Parlement européen contre la liberté d'expression.

M. Albertini n'a fait que donner son opinion sur l'état du système judiciaire en Lombardie et se retrouve accusé de diffamation pour avoir émis des doutes sur l'intégrité et l'éthique professionnelle du procureur Alfredo Robledo, qui menait une enquête sur des faits impliquant la municipalité de Milan et ayant trait aux fonctions de maire que M. Albertini occupait en 2005.

Je ne vois pas pourquoi, pour avoir usé de son droit à la libre expression et à la libre opinion, M. Albertini devrait perdre son immunité parlementaire et ses privilèges de député. J'ai donc voté contre ce rapport.

Mittwoch, 25. März 2015

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Il testo in discussione espone le motivazioni del Parlamento europeo nei confronti della richiesta di Gabriele Albertini di difesa dell'immunità.

Tra le righe della documentazione si può notare il perché di tale richiesta: con atto di citazione in data 12 ottobre 2012, Gabriele Albertini è stato invitato a comparire dinanzi al Tribunale di Brescia da Alfredo Robledo in merito alle dichiarazioni rese da Gabriele Albertini in una prima intervista pubblicata dal quotidiano «Il Sole 24 Ore» il 26 ottobre 2011 e in una seconda intervista pubblicata dal quotidiano «Corriere della Sera» il 19 febbraio 2012. Tali dichiarazioni hanno offeso l'onorabilità del magistrato che all'epoca conduceva l'indagine.

Le affermazioni erano riferite alla carica di Sindaco di Albertini, non alla sua carica di parlamentare europeo. Inoltre non si ravvisa alcun motivo per supporre l'esistenza di un *fumus persecutionis*. Quindi la commissione ha ritenuto di non difendere l'immunità di Gabriele Albertini. Per queste motivazioni ho ritenuto di votare favorevolmente al provvedimento.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The determining criterion for the enjoyment of immunity under Article 8 of Protocol No 7 is evidence of a direct and obvious link between the opinions in question and the performance of parliamentary duties. No evidence of such a link has been provided in the case in point. I have thus voted in favour of the report.

Javier Couso Permuay (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe pide la suspensión de la inmunidad parlamentaria del antiguo eurodiputado Gabriele Albertini. Teniendo en cuenta que el asunto por el cual se le quiere juzgar no tiene nada que ver con su función mientras fue eurodiputado, he votado a favor.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), *γραφτώς*. – Υπερψήφισα την έκθεση καθώς είμαι εκ θέσεως αντίθετος στα βουλευτικά προνόμια και ιδιαίτερα στη βουλευτική ασυλία. Όλοι είναι ίσοι απέναντι στο νόμο.

José Manuel Fernandes (PPE), *por escrito*. – Um antigo deputado ao Parlamento Europeu, Gabriele Albertini, solicitou a defesa da sua imunidade parlamentar no âmbito da ação penal pendente num Tribunal italiano pelo caráter pretensamente difamatório das opiniões expressas por Gabriele Albertini numa pergunta escrita apresentada ao Ministro italiano da Justiça, com vista a determinar se o comportamento de Alfredo Robledo, um procurador que abriu um inquérito a factos envolvendo o município de Milão e relacionados com as funções de Gabriele Albertini, na sua qualidade de Presidente da Câmara dessa cidade em 2005, constituiu uma violação da ética profissional, passível, por isso, de processo disciplinar.

O Parlamento entendeu que os factos do processo, e nos termos da explicação oral de Gabriele Albertini à Comissão dos Assuntos Jurídicos, indicam que as declarações proferidas não têm um nexo direto e óbvio com o exercício das funções de Gabriele Albertini enquanto deputado ao Parlamento Europeu e decidiu, por conseguinte, não defender a imunidade de Gabriele Albertini.

Edouard Ferrand (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre la demande de non-défense des privilèges, parce que je considère qu'il s'agit avant tout de défendre la liberté d'expression.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφτώς*. – Καταψηφίζω την αίτηση υπεράσπισης των προνομίων και ασυλιών του Gabriele Albertini. Είμαι εκ θέσεως ενάντια στα βουλευτικά προνόμια και ιδιαίτερα στη βουλευτική ασυλία, καθώς όλοι είναι ίσοι απέναντι στο νόμο.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe. Gabriele Albertini es un exdiputado al PE del PPE. Entendemos que se le juzga por difamaciones al ministro de justicia, que estas están confirmadas y que no estaba actuando como diputado al PE; por tanto no hay problema en revocar la inmunidad.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prijedlog odluke Europskog parlamenta o zahtjevu za zaštitu povlastica i imuniteta Gabrielea Albertinija kojim se potvrđuju prethodne odluke o tome da se njegov imunitet i povlastice ne zaštite. U navedenom slučaju nije dokazana izravna i očita veza između izraženog mišljenja i obavljanja parlamentarnih dužnosti koja bi omogućila korištenje imuniteta u skladu s člankom 8. Protokola o povlasticama i imunitetima Europske unije.

Mittwoch, 25. März 2015

Jean-François Jalkh (NI), *par écrit*. – Gabriele Albertini est accusé d'avoir diffamé un procureur en l'accusant d'utiliser des méthodes brutales et arbitraires, contraires aux principes démocratiques. M. Albertini semble faire l'objet d'une cabale politique après ses déclarations à l'encontre de son accusateur, le procureur Alfredo Robledo. En effet, le procureur avait instruit une affaire «d'amendements sans contenu» sur une période de plus de sept ans, pour finalement conclure à l'acquittement de tous. Il existe donc un contentieux personnel entre les deux hommes et il semble que cette demande de levée de l'immunité parlementaire soit politiquement motivée afin de nuire à l'image de M. Albertini. D'autant plus que ses propos n'avaient rien de scandaleux et relèvent de la liberté d'expression la plus basique. Enfin, le procureur a finalement été suspendu de ses fonctions après cette nouvelle affaire, ce qui appuie donc les propos de M. Albertini selon lequel le procureur abuse de ses fonctions pour régler une affaire personnelle. J'ai donc voté contre ce texte.

Barbara Kappel (NI), *schriftlich*. – Es ist Praxis des Parlaments, dass der Umfang der absoluten Immunität nicht alle in einem Gerichtsverfahren enthaltenen Aspekte abdecken kann. Die Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs ist hier nicht ganz eindeutig. Die Empfehlung des zuständigen Ausschusses legt aber schlüssig und nach reiflicher Überlegung klar dar, weshalb die Immunität in diesem Fall nicht zu schützen sei. Daher stimme ich dem Antrag zu.

Gilles Lebreton (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre car il est fait grief à ce député d'avoir diffamé un procureur en l'accusant d'utiliser des méthodes brutales et arbitraires. Mais ce procureur a effectivement été suspendu de ses fonctions par la suite, signe que l'accusation du député était peut-être fondée.

Philippe Loiseau (NI), *par écrit*. – Je vote pour la défense des privilèges et immunités de Gabriele Albertini, au nom de la défense de la liberté d'expression.

Peter Lundgren (EFDD), *in writing*. – We will support the requests for waiver of immunities as in these reports. We are in favour of legal equality, the principle under which all people are subject to the same laws of justice – the fact that everyone must be treated equally under the law.

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραπτώς*. – Ψηφίζω υπέρ της έκθεσης σχετικά με την άρση της βουλευτικής ασυλίας του Gabriele Albertini κατόπιν της θετικής εισήγησης της Επιτροπής Νομικών Υποθέσεων του Ε.Κ.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – La relazione concernente il non difendere l'immunità e i privilegi di Gabriele Albertini e non dare seguito alla sua richiesta di riesame, concernente il procedimento civile a suo carico, non mi trova favorevole.

Sono convinto, in quanto garantista, che l'esistenza di una immunità serva ad uno scopo di importanza rilevante; ed è per tal motivo che voterò sempre contro simili relazioni.

È questo un presupposto importante che deve rimanere quale base per casi analoghi.

La libertà d'espressione deve essere e rimanere tutelata per consentire un corretto esercizio delle funzioni.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. – Gabriele Albertini äußerte in seiner Zeit als Bürgermeister vermeintlich verleumderische Ansichten in einer schriftlichen Anfrage an den italienischen Justizminister. Da kein Nachweis eines unmittelbaren und eindeutigen Zusammenhangs zwischen den betreffenden Äußerungen und der Ausübung des parlamentarischen Mandats vorliegt, stimmte ich diesem Antrag zu.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – La demande concerne la défense de l'immunité parlementaire d'un ancien eurodéputé italien: Gabriele Albertini. En 2010, alors qu'il était maire de Milan et visé par des enquêtes, il a déclaré que le procureur de la république de Milan avait des «méthodes gestapistes». Il a depuis réitéré ses propos en visant l'ensemble de la justice et des procureurs italiens. Estimant que la nouvelle affaire n'a rien à voir avec sa fonction de député et qu'il n'était pas en fonction à cette époque, le rapport propose la levée de son immunité. Je vote pour.

Mittwoch, 25. März 2015

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – A defesa da independência do mandato do Deputado Europeu é da competência do Parlamento Europeu e essa independência não pode ser posta em causa. De acordo com o artigo 8.º do Protocolo relativo aos Privilégios e Imunidades da União Europeia, os membros do Parlamento Europeu não podem ser procurados, detidos ou perseguidos pelas opiniões ou votos emitidos no exercício das suas funções.

O presente pedido é apresentado pelo Procurador-Adjunto do Supremo Tribunal de Justiça da Grécia que solicitou o levantamento da imunidade de Theodoros Zagorakis, deputado ao Parlamento Europeu, no contexto de uma eventual condenação por uma alegada infração.

Um antigo deputado ao Parlamento Europeu, Gabriele Albertini, solicitou a defesa da sua imunidade parlamentar no âmbito da ação penal pendente num Tribunal italiano, e que, além disso, requereu a reapreciação do pedido de defesa da sua imunidade parlamentar no âmbito da ação cível pendente perante o mesmo Tribunal. Ficou provado, por duas vezes, que as ações tomadas por Gabriele Albertini não estavam diretamente relacionadas com a sua atividade enquanto deputado ao Parlamento Europeu. Votei, assim, favoravelmente ao levantamento da sua imunidade parlamentar

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Este relatório com base em decisões já tomadas anteriormente, nomeadamente em maio de 2013 e Fevereiro de 2014, não defende a manutenção da imunidade e dos privilégios de um antigo Membro do Parlamento, uma vez que considera que a pessoa em causa não estava a agir no exercício das suas funções de Deputado.

Sou favorável à aprovação do mesmo.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. – J'ai voté contre ce rapport. Il s'agit d'un texte qui affaiblit la liberté d'expression et qui préconise de ne pas défendre l'immunité.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Am votat pentru aprobarea raportului privind cererea de apărare a privilegiilor și imunității lui Gabriele Albertini conform deciziei adoptate în Comisia pentru afaceri juridice a Parlamentului European.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerando che un ex deputato al Parlamento europeo, Gabriele Albertini, ha chiesto la difesa della sua immunità parlamentare nel quadro di un procedimento penale pendente dinanzi a un tribunale italiano; che Gabriele Albertini ha altresì chiesto il riesame della sua richiesta di difesa dell'immunità nel quadro di un procedimento civile pendente dinanzi allo stesso tribunale; che la richiesta di difesa dell'immunità riguarda le presunte opinioni diffamatorie espresse da Gabriele Albertini in un esposto presentato al ministro Guardasigilli italiano, il 22 ottobre 2012, volto ad accertare se nell'attività di Alfredo Robledo, il procuratore che aveva avviato un'indagine relativa a fatti risalenti al 2005 in cui era coinvolto il Comune di Milano e riguardanti le funzioni di sindaco di quella città esercitate da Gabriele Albertini, fossero ravvisabili comportamenti censurabili disciplinarmente sotto il profilo della deontologia professionale;

si conferma rispettivamente di non difendere l'immunità e i privilegi di Gabriele Albertini e di non dare seguito alla sua richiesta di riesame concernente il procedimento civile a suo carico; viene deciso, in base agli stessi motivi, di non difendere i privilegi e le immunità di Gabriele Albertini nel quadro del procedimento penale a suo carico.

Per tali ragioni ho espresso il mio voto sfavorevole.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Poštujem preporuku izvjestitelja vezanu uz zadržavanje imuniteta kolegi Albertiniju. Trenutačni je predmet, u svakom slučaju, pokrenut zbog mišljenja koja je izrazio zastupnik i budući da je u tom kontekstu ključni kriterij za mogućnost korištenja imunitetom u skladu s člankom 8. navedenog Protokola dokaz izravne i očite veze između mišljenja o kojima je riječ i obavljanja parlamentarnih dužnosti.

Također, budući da se doktrina *fumus persecutionis* – odnosno dovoljno ozbiljne i točne sumnje da je predmet upućen sudu s namjerom nanošenja političke štete dotičnom zastupniku – primjenjuje jedino na slučajeve imuniteta obuhvaćene člankom 9. navedenog Protokola, odnosno na sudske postupke koji se odnose na kaznena djela koja ne pripadaju onim kaznenim djelima počinjenima izraženim mišljenjima ili danim glasovima sukladno članku 8., stavku 6. tog Protokola te s obzirom na činjenicu da je g. Albertini bivši zastupnik u Europskom parlamentu, članak 9. više se ne primjenjuje na ovaj predmet.

Mittwoch, 25. März 2015

Andrej Plenković (PPE), *napisan.* – Podržao sam izvješće zastupnika Andrzeja Dude o zahtjevu za zaštitu povlastica i imuniteta bivšem zastupniku u Europskom parlamentu Gabrieleu Albertiniju.

Parlamentarni imunitet je pravno sredstvo kojim se štiti neometano djelovanje zastupnika i time predstavlja neophodno sredstvo zaštite neovisnosti Parlamenta. Kako bi bili vjerodostojni, važno je da parlamentarni imunitet bude isključivo instrument zaštite od političkih motiviranih progona.

U slučaju zastupnika Gabrielea Albertinija, Odbor za pravna pitanja je utvrdio da nije riječ o kaznenom progonu pokrenutom s namjerom nanošenja političke štete zastupniku. Predmet je pokrenut zbog mišljenja koja je izrazio zastupnik ali u tom kontekstu ključni kriterij za mogućnost korištenja imuniteta mora biti dokaz izravne i očite veze između iznesenih mišljenja i obavljanja parlamentarnih dužnosti. Dokaz o takvoj vezi u ovom slučaju nije pružen, o čemu se Parlament već dva puta ranije izjasnio.

S obzirom da je utvrđeno po treći put da pokrenuti postupak nema nikakve veze s obnašanjem dužnosti Gabrielea Albertinija u svojstvu zastupnika u EP-u slažem se s odlukom Odbora za pravna pitanja kojom se ne štite povlastice i imunitet jer pravno sredstvo zaštite predstavnika građana na razini Europske unije ne smije postavljati zastupnike iznad zakona.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* – Um antigo Deputado ao Parlamento Europeu, Gabriele Albertini, solicitou a defesa da sua imunidade parlamentar, em 16 de setembro de 2014, no âmbito da ação penal pendente no Tribunal de Brescia (Itália) e, além disso, requereu a reapreciação do pedido de defesa da sua imunidade parlamentar no âmbito da ação cível pendente perante o mesmo Tribunal. De acordo com o relatório da Comissão dos Assuntos Jurídicos, os documentos comprovativos apresentados por Gabriele Albertini não deixaram clara a relação entre as suas declarações e as suas funções de Deputado ao Parlamento Europeu, sendo que, ao proferir as declarações em causa, não estava a agir no exercício das suas funções de Deputado ao Parlamento Europeu. Tendo em conta o referido relatório, votei favoravelmente a presente decisão, que mantém as decisões de 21 de maio de 2013 e de 24 de fevereiro de 2014 do Parlamento Europeu, no sentido de não defender a imunidade e os privilégios de Gabriele Albertini e não dar seguimento ao seu pedido de reapreciação no que respeita à ação cível contra ele intentada.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito.* – He votado a favor de no amparar la demanda la inmunidad de Gabrielle Albertini a la vista de que la nueva información aportada no acredita la relación directa y manifiesta entre las opiniones por las que un tribunal italiano abrió diligencias de investigación y el ejercicio de las funciones parlamentarias. Por consiguiente, debe ratificarse la conclusión a la que el Parlamento ha llegado en dos ocasiones a la conclusión de que Gabriele Albertini no ejercía sus funciones de diputado al Parlamento Europeo al realizar las declaraciones en cuestión, motivo por el que se levantó su inmunidad.

Claude Rolin (PPE), *par écrit.* – J'ai voté en faveur de la levée d'immunité de M. Gabriele Albertini, afin que la justice italienne puisse faire son travail, dans le strict respect des droits de la défense, considérant que l'infraction présumée n'a pas de lien direct ou évident avec l'exercice de ses fonctions de député au Parlement européen. Les poursuites engagées sont relatives à des déclarations de M. Albertini lorsqu'il était député européen, mais ne s'inscrivent pas dans l'exercice de ses fonctions de député au Parlement européen.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito.* – Relativamente ao pedido de defesa dos privilégios e imunidades apresentado pelo deputado Gabriele Albertini, que foi objecto de reexame, estou de acordo com a coerente linha argumentativa da Comissão de Assuntos Jurídicos no sentido de rejeitar essa pretensão.

Tal como é evidenciado, os factos não se subsumem a nenhuma das disposições legais do Protocolo e do Regimento nesta matéria e não está demonstrado existir qualquer nexo de causalidade, directo e evidente, entre as declarações por ele prestadas e a sua actuação no exercício das funções de deputado ao Parlamento Europeu.

Como tal, considero não ser defensável acolher a pretensão por ele apresentada, de defesa dos seus privilégios e imunidades.

Mittwoch, 25. März 2015

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe pide la suspensión de la inmunidad parlamentaria del exdiputado al PE Gabriele Albertini. Teniendo en cuenta que el asunto por el cual se le quiere juzgar no tiene nada que ver con su función mientras fue diputado al PE, he votado a favor.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – I voted in support of the request for defence of the privileges and immunities of Gabriele Albertini. The case arises from opinions expressed by the Member. The determining criterion for the enjoyment of immunity under Article 8 of the Protocol is evidence of a direct and obvious link between the opinions in question and the performance of parliamentary duties. A direct and obvious link has not been provided and the Parliament has previously endorsed that Mr Albertini was not acting in the performance of his duties as a Member of the European Parliament.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Bivši zastupnik u Europskom parlamentu Gabriele Albertini podnio je zahtjev za zaštitu svog parlamentarnog imuniteta u vezi s kaznenim postupkom i građanskim postupkom koji se vode pred talijanskim sudom. Postupci se vode u vezi s navodnim klevetničkim stajalištima i izjavama g. Albertinija o Alfredu Robledu, tužitelju koji je pokrenuo istragu u predmetu koji je uključivao općinu grada Milana i s kojom se povezivao i sam Albertini.

Budući da g. Albertini predmetne izjave nije dao u svojstvu zastupnika u Europskom parlamentu podržao sam stav odbora da se ne zaštite povlastice i imunitet Gabrielea Albertinija u pogledu kaznenog postupka koji je protiv njega pokrenut.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Slažem se s odlukom Odbora za pravna pitanja kojom se odlučuje ne zaštititi povlastice i imunitet Gabrielea Albertinija u pogledu kaznenog postupka koji je protiv njega pokrenut.

Poznato je da je već 21. svibnja 2013. i 24. veljače 2014. Europski parlament donio odluku da se imunitet i povlastice Gabriela Albertinija ukinu zbog klevetničkih stajališta koja je g. Albertini iznio prema tužitelju Alfredu Robledu u talijanskim novinama. Kako se ni na temelju dokumenata koje je g. Albertini naknadno podnio ne uspijeva otkloniti sumnja, smatram ispravnim ostati pri prethodnoj odluci Parlamenta i ne odobriti Albertinijev zahtjev za ponovno razmatranje vezano za građanski postupak koji je protiv njega pokrenut.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραπτώς*. – Οι Ευρωβουλευτές θα πρέπει να λογοδοτούν στη δικαιοσύνη όταν απαιτείται ανάγκη διερεύνησης πράξεών τους, σύμφωνα με τις εκάστοτε υφιστάμενες νόμιμες διαδικασίες.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado a favor de este informe. Gabriele Albertini es un exdiputado al PE del Grupo PPE. Entendemos que se le juzga por difamaciones al ministro de justicia, que estas están confirmadas y que no estaba actuando como diputado al PE; por tanto no hay problema en revocar la inmunidad.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado favorablemente a levantar la inmunidad, al considerar que los cargos no tienen relación alguna con el desarrollo de su actividad parlamentaria.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – El informe pide la suspensión de la inmunidad parlamentaria del exdiputado al PE Gabriele Albertini. Teniendo en cuenta que el asunto por el cual se le quiere juzgar no tiene nada que ver con su función mientras fue diputado al PE, he votado a favor.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – O pedido de defesa prende-se com o carácter pretensamente difamatório das opiniões expressas por Gabriele Albertini numa pergunta escrita apresentada ao Ministro italiano da Justiça, em 22 de outubro de 2012.

O pedido de reapreciação diz respeito a um mandado de citação, apresentado contra Gabriele Albertini ao Tribunal de Milão por Alfredo Robledo, relacionado com declarações pretensamente difamatórias proferidas por Gabriele Albertini numa primeira entrevista publicada pelo jornal italiano.

Não há qualquer prova no caso em apreço de que Gabriele Albertini, ao proferir as declarações em causa, não estava a agir no exercício das suas funções de deputado ao Parlamento Europeu.

Mittwoch, 25. März 2015

Neste sentido, não são defensáveis a imunidade e os privilégios de Gabriele Albertini, no que respeita à ação cível contra ele intentada.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. – Gabriele Albertini äußerte in seiner Zeit als Bürgermeister vermeintlich verleumderische Ansichten in einer schriftlichen Anfrage an den italienischen Justizminister. Da kein Nachweis eines unmittelbaren und eindeutigen Zusammenhangs zwischen den betreffenden Äußerungen und der Ausübung des parlamentarischen Mandats vorliegt, stimme ich diesem Antrag zu.

Kristina Winberg (EFDD), *in writing*. – We will support the requests for waiver of immunities as in these reports. We are in favour of legal equality, the principle under which all people are subject to the same laws of justice – the fact that everyone must be treated equally under the law.

26.8. Makrofinanzhilfe für die Ukraine (A8-0056/2015 - Gabrielius Landsbergis)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Jiří Pospíšil (PPE). – Jen stručně odůvodním své hlasování ve věci makroekonomické pomoci Ukrajině.

Velmi jsem uvítal, že vedle politické pomoci Ukrajině, kterou zde deklarujeme při jednání Parlamentu, jsme dnes přijali i konkrétní makrofinanční podporu v podobě 1,8 miliardy EUR jako střednědobý úvěr. Jsem přesvědčen, že chceme-li dlouhodobě, aby Ukrajina šla cestou demokratizace, rozvoje právního státu a tržní ekonomiky, je nutné tuto zemi nejen politicky, ale i ekonomicky podpořit. Je nutné tuto zemi postavit znovu na nohy, tak jako pomohla Amerika po 2. světové válce západní Evropě.

Proto jsem tento návrh podpořil a doufám, že budeme v budoucnosti uvažovat i o dalších formách podpory. Je nutné, aby tato podpora byla spojena s podmínkami dalších reforem na Ukrajině, tak aby peníze, které budou Ukrajině poskytnuty jako půjčky, neskončily v kapsách oligarchů, ale opravdu pomohly této zemi.

Krisztina Morvai (NI). – Balczó Zoltán képviselőtársammal és barátommal együtt nagy gondban voltunk, hogy hogyan is szavazzunk erről a kérdésről. Hiszen még nehezebb helyzetben voltunk, mint a legtöbb képviselőtársunk, hiszen nekünk magyarként kellett szavazni arról, hogy adjon-e az Európai Unió támogatást, anyagi támogatást annak az ukrán kormánynak, amelyről hát pontosan tudjuk, hogy nem szolgálja az érdekeit különösen a kárpátaljai magyarságnak. Ugyanakkor magyarként azt is tudjuk, hogy a kárpátaljai magyarság embertelen szenvedéseken megy keresztül. Egyrészt az úgymond katonai kötelezettségek miatt: ez nem az ő háborújuk, mégis oda kell áldozni fiaikat férjeiket.

Másrészt pedig az embertelen szociális körülmények, illetőleg szegénység miatt gyakorlatilag ott tartunk, hogy afrikai, harmadik világbeli jövedelmi viszonyok vannak. Ugye Afrikáról szoktuk mondani, meg az úgymond fejlődő országokról, hogy napi egy euróból kell az embereknek megélni. Most olyan fizetések és olyan nyugdíjak vannak – 30 euró körül egy hónapban – ezzel kapcsolatban valamit tenni kell.

Zoltán Balczó (NI). – Ukrajnának szüksége van az Unió támogatására. Azonban az a pénzügyi támogatás, amit most itt a Parlament megszavazott, az nem a valódi, igazi célt szolgálja. Teljes egészében az IMF-nek a reformprogramjára fordítódik. Ugyanakkor Ukrajnában egy szociális válsághelyzet van. Így elsősorban erre kellenének az uniós támogatások. Ezeket a módosításokat a többség rendre leszavazta.

Ukrajna stabilizálásához mindenképp békére lenne szükség. A tűzszünet fontos, a vérontásnak a megszűnése, de ez tartós békét nem teremt. A valódi békéhez és stabilitáshoz minden érintett fél méltányos érdekeit figyelembe kellene venni, köztük az őshonos népcsoportok önrendelkezéshez való jogát is.

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

Mittwoch, 25. März 2015

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la concesión de la asistencia macrofinanciera a Ucrania propuesta por la Comisión Europea, en primer lugar, por la urgente necesidad de movilizar ayuda pública internacional para el país vecino, que se encuentra inmerso en una seria crisis, agravada por el conflicto armado al este del país y por la consiguiente inestabilidad que imposibilita su acceso a los mercados internacionales de financiación de la deuda.

En segundo lugar, porque el programa de ayuda servirá de apoyo e impulso al proceso interno de reformas que tanto necesita Ucrania, al venir acompañada de un programa político acordado con las autoridades del país. Esta ayuda, por tanto, contribuirá al logro del objetivo de la UE de promover la estabilidad y el desarrollo económicos en Ucrania y, de forma más general, en los países asociados de Europa Oriental.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – La asistencia macrofinanciera es un instrumento excepcional como reacción a las crisis que la UE pone a disposición de sus países socios con graves problemas de pago. Este informe propone otorgarle a Ucrania una ayuda financiera de 1 800 millones de euros, teniendo en cuenta que esto se suma a los fondos que ya se les dio anteriormente tanto por parte de la UE como del FMI o el Banco Mundial. Puesto que esta ayuda está condicionada al respeto de ciertas exigencias como la puesta en marcha de reformas estructurales en el ámbito económico (privatizaciones, desregulaciones) como en el ámbito político, he votado en contra.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – It is clear that Ukraine is facing a deteriorating humanitarian crisis and it is widely recognised that ongoing conflict there has caused this situation to become progressively worse. In this context it is disappointing that the Commission proposal does not include a proposal for a political agreement for a peaceful resolution of the conflict. Furthermore, the Macro-Financial Assistance of EUR 1.8 billion proposed by the Commission is tied to austerity through Macro-economic adjustments and structural 'reform'.

The proposal does not say how such structural 'reform' will improve the economy of Ukraine, or how it will impact on its people, as it currently endures a conflict that has seen approximately 1.2 million of its citizens internally displaced.

Sinn Féin welcomes efforts to assist Ukraine in dealing with its humanitarian situation. Indeed I voted in favour of amendments improving the Commission proposal. However, given that the proposal is fundamentally based on a flawed austerity model, which I believe will not improve the humanitarian situation for the people of Ukraine, I abstained on the overall legislative resolution.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραφτώς*. – Ψήφισα υπέρ της πρότασης της Ευρωπαϊκής Επιτροπής σχετικά με την παροχή μακροοικονομικής συνδρομής στην Ουκρανία, καθώς θεωρώ καθήκον μας να βοηθήσουμε οικονομικά την Ουκρανία να αντιμετωπίσει την βαθιά ύφεση, την κατακόρυφη υποτίμηση του νομίσματος της και την εξάντληση των συναλλαγματικών αποθεματικών της. Συγχρόνως, η Ουκρανική Κυβέρνηση δεσμεύθηκε ότι θα προχωρήσει στις απαραίτητες μεταρρυθμίσεις που περιλαμβάνονται στην Συμφωνία Σύνδεσης με την Ευρωπαϊκή Ένωση οι οποίες σκοπό έχουν την ενίσχυση του κράτους δικαίου και του πολυκομματικού κοινοβουλευτικού συστήματος καθώς και την διασφάλιση του σεβασμού των ανθρωπίνων δικαιωμάτων.

Marie-Christine Arnautu (NI), *par écrit*. – Cette aide macrofinancière sous la forme d'un prêt de 1,8 milliard d'euros est soumise à des conditions politiques et financières. Elle est justifiée par la politique étrangère et la politique européenne de voisinage, qui visent l'ouverture des marchés et la libéralisation auxquelles s'oppose le Front National. Ces conditions imposées constituent une véritable ingérence dans la politique de l'Ukraine et vont à l'encontre de sa souveraineté. De plus, la destination de ces fonds et la manière dont ils seront utilisés sont incertaines. Bien qu'il soit primordial de garantir des relations pacifiques avec les États voisins, ainsi que les libertés fondamentales et la bonne gestion des fonds alloués, en aucun cas des aides financières ne devraient être octroyées en contrepartie de transformations économiques et financières qui répondent aux ambitions de l'Union européenne et s'opposent aux intérêts de l'Ukraine. J'ai donc voté contre le texte.

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – I supported most of the amendments, which sought to introduce checks and balances to any financial assistance to Ukraine.

I do not believe that British taxpayers' money should be spent on providing assistance to Ukraine, or on an interventionist foreign policy, particularly in such a complex area. Therefore, I felt it necessary to vote against the final resolution.

Mittwoch, 25. März 2015

Zigmantas Balčytis (S&D), raštu. – Balsavau už šį siūlymą, kurio tikslas – skirti Ukrainai 1,8 mlrd. eurų vidutinio laikotarpio paskolą, kuri padėtų šaliai spręsti ekonominio nuosmukio problemas. Ši makrofinansinė pagalba papildytų kitų paramos teikėjų paramą, teikiamą pagal Tarptautinio valiutos fondo finansuojamą ekonomikos programą. Ukrainos ekonomika susiduria su stipria krize, kuri kilo dėl ilgalaikių struktūrinių problemų ir kurią pagilino ginkluotas konfliktas su Rusija. Makrofinansinė pagalba – tai išskirtinis ES reagavimo į krizę mechanizmas, kuriuo naudotis gali ES šalys partnerės, patiriančios dideles mokėjimų balanso problemas. Ši pagalba taip pat turėtų paskatinti laipsnišką pasitikėjimo susigrąžinimą ir paremti šalyje vykdomas reformas, kartu įgyvendinant politikos programą, dėl kurios bus susitarta su Ukrainos valdžios institucijomis.

Nicolas Bay (NI), par écrit. – J'ai voté contre ce rapport émanant d'un député lituanien qui, à l'instar de trop nombreux députés des pays baltes, semble avant tout vouloir relancer la guerre froide contre la Russie.

Outre le fait que les contreparties exigées relèvent d'un droit d'ingérence que je conteste à l'Union européenne, je ne crois pas qu'il soit responsable de verser 1,8 milliard d'«aide macrofinancière» à un pays plongé dans une terrible guerre civile... que les États-Unis et l'Union Européenne ont sinon provoquée du moins encouragée. La Commission et le Parlement souhaitent-ils de nouveau jeter de l'huile sur le feu et prendre le risque de financer l'armement de l'Ukraine alors que l'on vient à peine de signer les fragiles accords de Minsk 2?

La priorité, c'est de s'assurer de la volonté de Kiev de respecter les accords de Minsk pour retrouver le chemin de la paix.

Izaskun Bilbao Barandica (ALDE), por escrito. – Europa solo es creíble cuando, como en este caso, es consecuente. Ucrania afronta una situación excepcional, quizá nunca vista en el marco europeo antes. A sus problemas internos de mala gobernanza, corrupción e inestabilidad se une la agresión externa, la anexión ilegal de Crimea por parte de Rusia, y las pérdidas económicas y financieras provocadas por ese estado de guerra larvada y ocupación. Ucrania está además fuera de los mercados internacionales de deuda. Creo además en los dos efectos que puede tener esta iniciativa. Animar a nuevos donantes y promover otras vías financieras «creativas», como dice el informe, para estimular la buena gobernanza, la lucha contra el fraude y la corrupción.

Dominique Bilde (NI), par écrit. – Je me suis opposée à ce rapport. Alors que l'Ukraine est en proie au chaos économique, l'Union européenne envisage d'aller à sa rescousse. Mais il faut surtout rappeler que c'est précisément l'Union européenne, qui, par un atlantisme zélé, a contribué à jeter de l'huile sur le feu en soutenant le véritable coup d'État qui s'est joué en Ukraine. Le résultat est sans appel, la russophobie inconditionnelle de l'Union, mue par une incompréhension crasse de la géographie d'un pays coupé en deux, a conduit au désastre économique: inflation galopante (28,5 %), récession profonde, probabilité de défaut avoisinant 100 %, taux directeur de la banque centrale à 30 %, et ce malgré les aides conjointes du FMI et de l'Union. La Commission, avec l'aval du Parlement, a décidé d'octroyer 1,8 milliard d'euros à l'Ukraine, et ce, de manière rapide, alors que dans le même temps, elle refuse pour l'instant toute nouvelle aide à la Grèce de Tsipras...

Mara Bizzotto (NI), per iscritto. – Ho votato contro la relazione Landsbergis che analizza l'assistenza macro-finanziaria all'Ucraina. Questa Unione europea si scopre generosa e di tasca larga per elargire sotto forma di prestito 1,8 miliardi di euro; peccato che quando si tratta di sostenere le nostre imprese che chiudono a causa della crisi, di aiutare i nostri cittadini senza un lavoro, di sostenere l'Italia nell'emergenza immigrazione o nella lotta al terrorismo l'Europa sparisca.

Malin Björk (GUE/NGL), skriftlig. – Jag har röstat ja till betänkandet om makroekonomiskt stöd till Ukraina.

Ukraina befinner sig i en djup kris och är i stort behov av snabbt ekonomiskt stöd för att inte fullständigt falla samman.

Samtidigt vill jag understryka att flera positiva ändringsförslag från GUE/NGL-gruppen tyvärr röstades ner i plenum. Ändringsförslagen underströk att reformagendan i Ukraina inte bara kan handla om ekonomiska strukturreformer, utan även måste ha en social dimension där medborgarnas grundläggande behov säkras.

Mittwoch, 25. März 2015

Dessutom fanns ändringsförslag från GUE/NGL där vikten av att man söker en fredlig lösning på konflikten i östra Ukraina kopplades till frågan om det ekonomiska stödet. Låt mig slå fast att det är i tydlig strid med folkrätten som Ryssland har annekterat Krim. För detta finns inga ursäkter eller förmildrande omständigheter, men våld och krig kommer inte att lösa denna konflikt.

Från FN:s sida har det understrukits att det behövs en nedtrappning av hot, och en nedtrappning av det politiska språket för att skapa en miljö där man kan starta en politisk process för att lösa konflikten. Jag anser därför att EU borde ha utnyttjat denna möjlighet att koppla det ekonomiska stödet till ett konsekvent arbete för en fredlig lösning.

José Blanco López (S&D), por escrito. – He votado a favor de la concesión de la asistencia macrofinanciera a Ucrania propuesta por la Comisión Europea, en primer lugar, por la urgente necesidad de movilizar ayuda pública internacional para el país vecino, que se encuentra inmerso en una seria crisis, agravada por el conflicto armado al este del país y por la consiguiente inestabilidad que imposibilita su acceso a los mercados internacionales de financiación de la deuda.

En segundo lugar, porque el programa de ayuda servirá de apoyo e impulso al proceso interno de reformas que tanto necesita Ucrania, al venir acompañado de un programa político acordado con las autoridades del país. Esta ayuda, por tanto, contribuirá al logro del objetivo de la UE de promover la estabilidad y el desarrollo económicos en Ucrania y, de forma más general, en los países asociados de Europa Oriental.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), raštu. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Europos Parlamentas pritaria Komisijos siūlymui skirti 1,8 mlrd. eurų vertės ES paramą Ukrainai, skirtą tvaresnei šalies mokėjimų balanso būklei užtikrinti. Ukrainos valdžios institucijų galimybės vykdyti būtinas reformas šalyje gerokai apsunkina ginkluotas konfliktas Rytuose, vis didesni Rusijos nustatomi prekybos suvaržymai ir abiejų šalių ginčo dėl gamtinių dujų eskalavimas. Dėl konflikto Rytuose ir pasitikėjimo krizės netekus eksporto pajamų smarkiai nuvertėjo vietos valiuta ir išseko tarptautinės atsargos. Šiuo metu Ukraina neturi prieigos prie tarptautinių skolos vertybinių popierių rinkų ir artimiausiu metu tai tikriausiai nepasikeis. Todėl susidarė didelis papildomas išorės finansavimo trūkumas. Taigi, ES skiriama pagalba padės Ukrainai įveikti ekonominius ir socialinius sunkumus, patirtus dėl neramumų šalyje ir regione. Ji skatins struktūrines reformas, skirtas tvariam ekonomikos augimui didinti ir viešųjų finansų valdymui gerinti.

Andrea Bocskor (PPE), írásban. – Ukrajna elhúzódo gazdasági és szerkezeti problémái miatt véleményem szerint megalapozott kérelmet nyújtott be a Bizottsághoz 1,8 milliárd euró makroszintű pénzügyi támogatásra.

Az európai orientáció érdekében Ukrajna súlyos belpolitikai válságba, nehéz gazdasági helyzetbe, külpolitikailag pedig elhúzódo és sok emberi áldozatot követelő katonai konfliktusba került. A kelet-ukrajnai területeken zajló háború, a kereskedelmi korlátozások Oroszország részéről, valamint a földgázvita felerősödése áremelkedést, teljesíthetetlen adóterheket és közüzemi árakat jelentenek az amúgy is gyenge lábakon álló ukrán gazdaságnak. Ez gazdasági visszaeséshez, a valuta leértékelődéséhez, valamint a nemzetközi tartalékok csökkenéséhez vezetett, így jelentős külső finanszírozási rés keletkezett 2015. évre.

Ezért gyors és hatékony erőfeszítéseket kell tennie az Európai Uniónak az ország stabilitásának helyreállítása és megőrzése érdekében. Gazdaságilag stabil, fejlődőképes Ukrainára van szükségünk, ahol az emberek nem szenvednek, biztosítottak a megfelelő életkörülmények. A makroszintű pénzügyi támogatás célja, hogy gazdasági és pénzügyi téren hozzájáruljon az olyan súlyos problémák kezeléséhez, mint például a gyenge fizetési mérleg és a költségvetési helyzet.

Szavazatommal támogattam a javaslat elfogadását, mert így kifejezhetjük szolidaritásunkat egy olyan ország és nép iránt, mely háborúban áll egy atomhatalommal. Ugyanakkor az Európai Parlament és a Tanács bizonyoságot tud nyújtani arról, hogy az Unió képes gyorsan, határozottan és politikai kötelezettségvállalásainak megfelelően cselekedni.

Mittwoch, 25. März 2015

Biljana Borzan (S&D), *napisan.* – Ukrajinska ekonomija i financije su u krajnje lošem stanju radi ratnih sukoba na istoku zemlje i aneksije Krima od strane Rusije. No, činjenica je da je gospodarska kriza djelomično i rezultat korupcije i neprovođenja reformi iz razdoblja prije ratnih sukoba. Potrebno je izbjeći ekonomski kolaps zemlje i zato podržavam pružanje makrofinancijske pomoći Ukrajini. Osim pomoći zemlji koja se suočava s agresijom, Europska unija je na neki način dužna pomoći kako bi pokazala da je sposobna brzo djelovati i ispuniti svoje političke obveze.

Marie-Christine Boutonnet (NI), *par écrit.* – Ce texte vise à accorder une aide macro-financière à l'Ukraine d'un montant de 1,8 milliard d'euros. Différents accords ont été signés avec ce pays, et, notamment ceux des 21 mars et 27 juin 2014, par lesquels l'Union européenne et l'Ukraine ont signé un accord d'association. Il convient d'inviter à la prudence, vu le contexte géopolitique de la région, quand l'objectif affiché est d'établir une association politique et une intégration économique approfondies entre l'Union et l'Ukraine. Lors de la «révolution orange», des observateurs attentifs avaient déjà relevé la présence de conseillers étrangers et de mouvements de fonds suspects. Cette ingérence dans les affaires intérieures d'un pays est inacceptable. Le pouvoir actuellement en place à Kiev a été installé dans des conditions constitutionnelles douteuses, en violation d'un accord garanti par différentes puissances. On peut s'interroger sur la personnalité de certains responsables ukrainiens. De plus, on relève «des faiblesses fondamentales accumulées au fil des ans par l'économie ukrainienne». Les préventions de l'aide en matière, notamment, de gestion des finances publiques, de lutte contre la corruption ou d'une meilleure administration fiscale, suffiront-elles à inciter les autorités de Kiev à une conception plus saine? J'ai donc voté contre cette aide financière à l'Ukraine.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing.* – I voted against, since I maintain that we should not be so hasty in allowing this assistance to Ukraine. Personally I consider that Ukraine needs all our help and support considering the complicated situation in the country, but I think the country should first show the commitment to make important and necessary reforms in order to get financial help from other countries.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto.* – Ho votato contro. Sono fortemente contrario ad un provvedimento che assegna sotto forma di prestiti la somma esorbitante di 1,8 miliardi di euro all'Ucraina. Nulle sono in pratica le garanzie che Kiev può fornire circa la restituzione della somma, il rispetto dei diritti umani e come verrà spesa la somma.

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito.* – He votado a favor de la concesión de la asistencia macrofinanciera a Ucrania propuesta por la Comisión Europea, en primer lugar, por la urgente necesidad de movilizar ayuda pública internacional para el país vecino, que se encuentra inmerso en una seria crisis, agravada por el conflicto armado al este del país y por la consiguiente inestabilidad que imposibilita su acceso a los mercados internacionales de financiación de la deuda.

En segundo lugar, porque el programa de ayuda servirá de apoyo e impulso al proceso interno de reformas que tanto necesita Ucrania, al venir acompañado de un programa político acordado con las autoridades del país. Esta ayuda, por tanto, contribuirá al logro del objetivo de la UE de promover la estabilidad y el desarrollo económicos en Ucrania y, de forma más general, en los países asociados de Europa Oriental.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto.* – Oggi ho votato a favore della proposta di decisione del Parlamento europeo relativa alla concessione di assistenza macro finanziaria a favore dell'Ucraina.

Il perdurare del conflitto armato nella parte orientale dell'Ucraina e le gravi restrizioni commerciali da parte della Russia hanno ulteriormente aggravato la grave recessione economica e la fuga di capitali che stanno mettendo in ginocchio il paese.

È da considerare dunque positiva la proposta della Commissione europea di concedere ulteriori 1,8 miliardi di euro in assistenza macro finanziaria all'Ucraina. Inoltre, alla luce della situazione estremamente difficile in cui versa attualmente il paese, ritengo sia assolutamente importante che la proposta venga approvata tempestivamente al fine di consentire l'erogazione finanziaria di almeno due delle tre *tranche* già nel 2015. Un'adozione celere della proposta dimostrerebbe inoltre che l'Unione europea è in grado di agire in modo rapido, deciso e coerente con i propri impegni politici.

Mittwoch, 25. März 2015

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – It is clear that Ukraine is facing a deteriorating humanitarian crisis and it is widely recognised that ongoing conflict there has caused this situation to become progressively worse. In this context it is disappointing that the Commission proposal does not include a proposal for a political agreement for a peaceful resolution of the conflict. Furthermore, the Macro-Financial Assistance of EUR 1.8 billion proposed by the Commission is tied to austerity through Macro-economic adjustments and structural 'reform'. The proposal does not say how such structural 'reform' will improve the economy of Ukraine, or how it will impact on its people, as it currently endures a conflict that has seen approximately 1.2 million of its citizens internally displaced. Sinn Féin welcomes efforts to assist Ukraine in dealing with its humanitarian situation. Indeed I voted in favour of amendments improving the Commission proposal. However, given that the proposal is fundamentally based on a flawed austerity model, which I believe will not improve the humanitarian situation for the people of Ukraine, I abstained on the overall legislative resolution.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – Ritengo che lo strumento d'intervento e aiuto individuato non sia il migliore per risolvere i problemi dell'Ucraina. La situazione di forte indebitamento in cui versa il paese ha infatti origine nella guerra civile che lo insanguina e l'intervento dell'Unione per come è stato congegnato porterebbe nei fatti all'imposizione sulla popolazione di misure di *austerity*.

Dita Charanzová (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this resolution that approves EUR 1.8 billion worth of financial assistance to the Ukraine. This is an important continuation of the support that Europe has offered Ukraine during these difficult times, and I hope that this loan will further help to stabilise Ukraine's economy.

Aymeric Chauprade (NI), *par écrit*. – J'ai évidemment voté contre ce rapport auquel je m'étais déjà fermement opposé lors de sa discussion et de son vote en commission du commerce international.

Alors que l'Ukraine est plongée dans le chaos d'une guerre civile — causée par le refus de l'Union européenne et des États-Unis de tenir compte du rattachement démocratiquement et souverainement décidé de la Crimée et de Sébastopol à la Fédération de Russie — la seule solution du Parlement européen, soutenant la Commission, est d'injecter 1,8 milliard d'euros de plus dans l'économie ukrainienne, comme si l'instabilité géopolitique pouvait se régler à grand coups d'euro-dollars. Cet argent, tout le monde le sait, servira malheureusement plus à continuer de financer la guerre qu'à un utopiste développement économique, politique et social, inenvisageable dans les conditions actuelles.

Tant que l'Ukraine ne s'engagera pas sur le chemin de la paix, l'argent que l'Union lui versera continuera de financer la mort.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Il provvedimento in esame prevede l'assistenza macrofinanziaria (AMF) allo Stato dell'Ucraina. Tale sostentamento costituisce un meccanismo eccezionale dell'UE di risposta alle crisi, offerto ai paesi partner dell'Unione che si trovano ad affrontare gravi problemi legati alla bilancia dei pagamenti.

La richiesta della Commissione di concedere ulteriori 1,8 miliardi di euro ha sollecitato di sviluppare un importante piano di assistenza per il paese. Tuttavia bisogna ricordare che lo Stato della Ucraina sta attraversando un periodo molto difficile dovuto al perdurare del conflitto armato nelle regioni orientali. Il provvedimento è da considerare importante e nobile e per tutte le motivazioni previste nel documento ho ritenuto di votare positivamente.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore dell'assistenza macrofinanziaria all'Ucraina perché questo provvedimento s'inserisce nel quadro di una serie di interventi tendenti a far fronte ad una profonda recessione economica nel paese, acuita dal conflitto armato nel sud-est del paese.

Condivido questo tipo di assistenza eccezionale di risposta alle crisi, perché viene offerta col fine di aiutare i paesi partner dell'Unione ad affrontare gravi problemi legati alla bilancia dei pagamenti.

Mittwoch, 25. März 2015

Inoltre alla luce della situazione estremamente difficile in cui versa attualmente l'Ucraina, ritengo che la proposta della Commissione relativa all'assistenza macrofinanziaria di tale paese sia approvata tempestivamente, per consentire l'erogazione di due delle tre *tranche* (600 milioni di euro l'una) nel corso del 2015.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto favorevole relativamente all'assistenza macro-finanziaria di 1,8 miliardi di euro proposta dalla Commissione e finalizzata sia a ridurre gli squilibri della bilancia dei pagamenti, sia a sostenere i programmi di riforme in molti settori strategici per l'Ucraina.

La situazione di profonda crisi politica ed economica che affligge il paese e costringe la popolazione a vivere in un clima d'incertezza e disagio non può essere ignorata dall'Unione europea.

A fronte dei recenti sviluppi geopolitici e di una recessione economica che ha superato le già di per sé negative previsioni, si ritiene opportuno intervenire con questa nuova *tranche* di aiuti a favore dello Stato ucraino. Il denaro concesso, nella forma di prestito di medio-termine, finanzia, in parte, il programma economico elaborato dal Fondo monetario internazionale, garanzia di affidabilità e correttezza.

La speranza è che i finanziamenti stanziati dall'Unione europea possano contribuire a portare sollievo al popolo ucraino e a risollevare le sorti di uno Stato confinante con cui l'Unione ha, da tempo, instaurato un rapporto di amicizia e di scambi commerciali.

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – The economy in Ukraine is experiencing a deep crisis which is being aggravated by the armed conflict in the eastern part of the country. The macro-financial assistance (MFA) proposed by the Commission is an exceptional EU crisis-response mechanism available to the EU's partner countries experiencing acute balance of payment problems. The MFA will contribute to the EU objectives of promoting economic stability and development in Ukraine. I have thus voted in favour to reaffirm the long-standing commitment of the European Parliament as well as of the European Union to the reform process of Ukraine.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato contro al piano di assistenza macrofinanziaria all'Ucraina perché non lo condivido e perché penso che esso non sia lo strumento idoneo per risolvere i problemi in cui versa il paese.

L'Ucraina è lacerata dai debiti causati dalla guerra civile. La guerra durerà finché l'UE non capirà che una consistente parte del popolo ucraino non ha la minima intenzione di accettare né l'UE né il suo modello politico, economico e sociale.

L'UE vuole imporre nei fatti l'*austerità* all'Ucraina. Tale impostazione va contro i veri interessi del popolo ucraino.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – La asistencia macrofinanciera es un instrumento excepcional como reacción a las crisis que la UE pone a disposición de sus países socios con graves problemas de pago. Este informe propone otorgarle a Ucrania una ayuda financiera de 1 800 millones de euros, teniendo en cuenta que esto se suma a los fondos que ya se le dio anteriormente tanto por parte de la UE como del FMI o el Banco Mundial. Puesto que esta ayuda está condicionada al respeto de ciertas exigencias como la puesta en marcha de reformas estructurales en el ámbito económico (privatizaciones, desregulaciones) como en el ámbito político, he votado en contra.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Il voto di oggi conferma quanto già sostenuto da questo Parlamento in più occasioni, ossia la necessità di sostenere in forme e modi differenti l'Ucraina nel suo processo di stabilizzazione democratica e di riforme economiche. La concessione del sostegno economico, in questo senso, deve coniugarsi con lo sviluppo e l'attuazione di un importante piano di medio periodo, che definisca le tappe e gli obiettivi da conseguire.

Le carenze del paese e le sue povertà stridono enormemente rispetto alle potenzialità e alle ricchezze e trovano l'unica spiegazione plausibile nell'assenza di riforme strutturali. In questa direzione, dunque, deve indirizzarsi il sostegno dell'Unione europea, sempre tenendo presente le difficoltà generate alla economia e alle istituzioni politiche dallo stato di precarietà generato dall'aggressione russa ad oriente.

Mittwoch, 25. März 2015

Come ben sottolineato, l'Unione e gli Stati Membri dovrebbero impegnarsi a fondo, e al di là dell'assistenza finanziaria, per contribuire in tutte le forme possibili alla crescita e allo sviluppo inclusivo e sostenibile per tutta la popolazione. A cominciare dal lancio di un incisivo sistema di monitoraggio sull'utilizzo delle risorse stanziato, per evitare di disperderle o di utilizzarle male.

Andi Cristea (S&D), in writing. – The economy of Ukraine is experiencing an unprecedented crisis. The reform efforts of the new executive to address pressing challenges have been neutralised by the protracted armed conflict in the eastern regions of the country and the illegal annexation of Crimea by the Russian Federation. The overall climate has triggered a negative spiral with economic recession, capital flight, sharp depreciation of the currency, depletion of international reserves and loss of access to international debt markets being only some, and significantly not all, of the devastating consequences.

Macro-financial assistance represents one of the EU crisis-response mechanisms available to partner countries suffering from exceptional economic circumstances. The additional EUR 1.8 billion to be made available to Ukraine, as proposed by the Commission, will serve a number of strategic objectives by providing direct relief, by harnessing contributions of other partners, by signalling political encouragement and support to the reform efforts undertaken by the authorities and by strengthening reform commitments through conditionality. In this sense, timely assistance for Ukraine will create a virtuous circle contributing to the overall stability of the country.

The European Parliament has consistently expressed its support for assisting Ukraine and will continue to do so by adopting this proposal.

Miriam Dalli (S&D), in writing. – The Ukrainian economy is experiencing an acute crisis, rooted in long-standing structural problems and aggravated by the conflict with Russia and the loss of the Crimea region. Ukraine's reform efforts have been complicated by the continued armed conflict, trade restrictions from Russia and the escalation of a natural gas dispute between the two countries. As a result, economic recession and capital flight have been more severe than expected, resulting in a sharp depreciation of the currency and a depletion of international reserves.

While calling for the relevant EU authorities to monitor Ukraine's economic performance and budget, I cannot but support this aid to Ukraine, so I voted in favour of granting the assistance subject to Ukraine respecting effective democratic mechanisms and the rule of law and guaranteeing respect for human rights.

Nicola Danti (S&D), per iscritto. – Ho espresso voto favorevole alla concessione di assistenza macrofinanziaria a favore dell'Ucraina. Questo intervento riafferma l'impegno da tempo assunto dal Parlamento europeo e dall'Unione europea a favore del processo di riforme che questa giovane democrazia sta intraprendendo.

L'economia ucraina attraversa oggi una profonda recessione dovuta a squilibri macroeconomici e problemi strutturali di lunga durata, aggravata dal conflitto armato scoppiato nella parte orientale del paese.

In questi mesi l'Unione ha manifestato in più occasioni il proprio impegno ad aiutare le nuove autorità ucraine nel loro tentativo di stabilizzare il paese e di proseguire sulla via delle riforme.

In questa direzione spinge il gruppo dei Socialisti e democratici europei, affinché l'assistenza macrofinanziaria sostenga in modo tangibile le autorità del paese e confermi la volontà della UE di sostenere i paesi del vicinato che intraprendono riforme strutturali in momenti di difficoltà economica e politica.

Michel Dantin (PPE), par écrit. – Le présent rapport vise à accorder une assistance macro-financière à l'Ukraine d'un montant de 1,8 milliard d'euros sous la forme de prêts à moyen terme, en vue de couvrir ses besoins de financement externes résiduels pour la période 2015-2016 et de faciliter la stabilisation de son économie. L'aide implique également la mise en place d'une stratégie nationale de réforme, ayant trait à certaines des faiblesses de son économie, notamment dans la gestion des finances publiques, la lutte contre la corruption, le fonctionnement de l'administration fiscale et l'environnement des entreprises. Considérant qu'il est nécessaire de répondre de manière crédible et forte au choix européen clair, que l'Ukraine a fait lors de dernières élections législatives en octobre dernier, de renforcer les liens avec l'Union européenne, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Mittwoch, 25. März 2015

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Par ce vote, le Parlement européen souhaite accorder à l'Ukraine une aide macrofinancière de 1,8 milliard d'euros de manière à stabiliser son économie et à entreprendre un programme ambitieux de réformes. La situation économique déjà fragile en Ukraine a en effet été mise à mal par le conflit armé sur son territoire. J'ai donc soutenu l'octroi d'une aide macrofinancière de l'Union européenne de manière à aider l'Ukraine, pays voisin et partenaire de l'Union, à mener à bien son programme de réformes et à redynamiser son commerce extérieur. La Commission européenne devra toutefois veiller à la bonne allocation de ces fonds.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – L'assistenza macrofinanziaria (AMF) costituisce un meccanismo eccezionale dell'UE di risposta alle crisi, offerto ai paesi partner dell'Unione che si trovano ad affrontare gravi problemi legati alla bilancia dei pagamenti. Ho votato a favore di un ulteriore pacchetto aggiuntivo di AMF a favore dell'Ucraina, perché esso contribuirà al perseguimento degli obiettivi dell'Unione europea relativi alla promozione della stabilità economica e dello sviluppo dello Stato ucraino. Il nuovo programma inoltre rafforzerà gli impegni di riforma economica assunti dal governo ucraino e segnalerà come l'UE sia pronta a sostenere tutti quei paesi che intraprendono importanti riforme in momenti di grande difficoltà economica e politica.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – En Ukraine, la crise économique a été fortement aggravée par le conflit armé dans l'Est du pays mais aussi par les restrictions commerciales imposées par la Russie, en particulier le conflit gazier entre les deux pays. En conséquence, l'Ukraine ne peut plus accéder aux marchés obligataires internationaux pour se financer. Il est donc important que l'Union européenne agisse en soutien. C'est pourquoi je me félicite d'avoir soutenu le nouveau plan européen d'aide financière à l'Ukraine, en particulier le versement d'un prêt de 1,8 milliard d'euros sur 15 ans permettant de combler le déficit de la balance des paiements ukrainienne. En échange, le gouvernement ukrainien devra engager un programme de réformes visant à remédier aux faiblesses fondamentales de son économie et de sa gouvernance. Le projet de protocole d'accord prévoit une série de réformes: réformes de gestion des finances publiques, mesures anti-corruption, réformes dans l'administration fiscale et dans les secteurs énergétique et financier.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A Fidesz-KDNP képviselőcsoportjával összhangban úgy vélem, hogy a mai szavazáson támogatott Ukrajnának nyújtott makroszintű pénzügyi támogatással megmutattuk, hogy nem hagyjuk magára az ukrán népet és segítséget nyújtunk keleti szomszédunknak. Az ukrán nép nemcsak a háború okozta problémáknak van kitéve, hanem gazdasági problémáknak is. Az infláció megfékezhetetlen növekedése az elmúlt időszakban nehézségeket okoz az emberek mindennapi életében – reggelről estére sokszorosára nőnek a bérék a boltokban. Az Ukrán gazdaság az államszélén áll és az Unió érdeke is, hogy ez ne történhessen meg. A makrofinanszírozási támogatás elfogadásával az Európai Unió hozzájárul Ukrajna, és egyúttal a tágabb értelemben vett kelet-európai szomszédság gazdasági stabilitásához és fejlődéséhez is.

A határon átnyúló gazdasági kapcsolataink erősítésén túlmenően magyar szempontból ennél is jelentősebb, hogy a jelentés elfogadásával a fideszes európai néppárti képviselők elősegítik a kárpátaljai magyarság gazdasági körülményeinek javítását.

Gérard Deprez (ALDE), *par écrit*. – J'ai soutenu le plan visant à verser 1,8 milliard d'euros en prêts à moyen terme pour aider l'Ukraine à sortir de la récession économique. Ce plan doit intervenir en complément d'autres aides internationales, comme celle du FMI.

Les grandes difficultés économiques auxquelles l'Ukraine fait face trouvent leur origine dans un certain nombre de défauts structurels mais ont été aggravées par les conflits armés dans l'Est du pays, les restrictions commerciales imposées par la Russie et l'escalade du conflit de l'approvisionnement en gaz naturel entre la Russie et l'Ukraine.

Un certain nombre de facteurs (tels que la récession économique et la fuite des capitaux en Ukraine) ont contribué à aggraver la situation du pays, entraînant une forte dépréciation de sa monnaie (- 60 % en un an), une importante inflation (28,5 %) un épuisement de ses réserves et la perte de l'accès du pays aux marchés obligataires internationaux.

Même si l'Union européenne a déjà apporté un soutien financier sans précédent à l'Ukraine, il était indispensable de voter cette nouvelle aide pour aider le pays à éviter la banqueroute. Cette aide n'est pas inconditionnelle: pour en bénéficier, Kiev devra respecter une série de critères de réforme en matière de budget, de banques, d'énergie ou de système judiciaire.

Mittwoch, 25. März 2015

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Καταψήφισα την έκθεση, καθώς η οικονομική βοήθεια στην Ουκρανία προωθείται προκειμένου να πληγεί η Ρωσία

Norbert Erdős (PPE), írásban. – Az Ukrajnának nyújtandó makrofinanszírozási támogatás elfogadásával az Európai Unió hozzájárul Ukrajna, és egyúttal a tágabb értelemben vett kelet-európai szomszédság gazdasági stabilitásához és fejlődéséhez is. A határon átnyúló gazdasági kapcsolataink erősítésén túlmenően magyar szempontból ennél is jelentősebb, hogy a jelentés elfogadásával a fideszes európai néppárti képviselők elősegítik a kárpátaljai magyarság gazdasági körülményeinek javítását.

José Inácio Faria (ALDE), por escrito. – Votei favoravelmente a concessão de assistência macrofinanceira à Ucrânia no âmbito da séria crise económica que esta atravessa, com origem em problemas estruturais de longa data e agravada pelo conflito armado com as regiões orientais e a anexação ilegal da Crimeia pela Rússia. Está em curso um ambicioso programa de ajustamento macroeconómico e de reformas estruturais sustentado pelo programa de assistência financeira do FMI e por duas operações de assistência macrofinanceira (AMF) da UE, sendo que a recessão económica e a fuga de capitais têm sido mais acentuadas do que inicialmente previsto. A assistência de 1,8 mil milhões de euros contribuirá para os objetivos da UE de promover a estabilidade e o desenvolvimento económicos na Ucrânia e na região oriental da Política Europeia de Vizinhança. Através da condicionalidade, o programa contribuirá também para reforçar os compromissos assumidos em matéria de reformas económicas pelo Governo ucraniano sendo um sinal de que a UE está disposta a apoiar países que empreendam reformas em épocas de dificuldades económicas e políticas.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – A UE propõe-se conceder 1,8 mil milhões de euros adicionais em assistência macrofinanceira à Ucrânia, sob a forma de empréstimos a médio prazo para ajudar o país a cobrir parte das suas necessidades de financiamento externo em 2015 e no início de 2016, no contexto do programa do FMI.

Os esforços de reforma da Ucrânia têm sido dificultados pela persistência do conflito armado no leste do país, pelo aumento das restrições comerciais impostas pela Rússia e pela escalada do litígio sobre o gás natural entre os dois países. A recessão económica e a fuga de capitais têm sido mais acentuadas do que inicialmente previsto, o que resultou numa forte depreciação da moeda e numa diminuição das reservas internacionais.

Como a Ucrânia perdeu o acesso aos mercados internacionais precisa desta assistência.

Edouard Ferrand (NI), par écrit. – Le traité d'association d'hier, l'aide macro—financière d'aujourd'hui témoignent d'une volonté délibérée de l'Union européenne de ne pas chercher des solutions d'apaisement au problème ukrainien. Les pays européens n'ont pas à se faire les suppléants des États-Unis dans leur jeu de confrontation absolue avec la Russie. J'ai donc choisi de voter contre cette délibération.

Monika Flašíková Beňová (S&D), písomne. – Ukrajinské hospodárstvo potrebuje pomoc, pretože je vážne zasiahnuté dlhodobými štrukturálnymi problémami v dôsledku ozbrojeného konfliktu, vďaka ktorému došlo k hlbkej hospodárskej recesii a výrazne vyššiemu úniku kapitálu, ako sa pôvodne predpokladalo. Keďže Ukrajina stratila prístup na medzinárodné trhy pre financovanie dlhu, medzeru vo vonkajšom financovaní môže vyplniť iba dodatočná makrofinančná pomoc zo strany Európskej únie, pretože Ukrajina bude potrebovať kapitál na to, aby uskutočnila všetky reformy a stabilizovala domácu politickú situáciu. Na jednej strane treba privítať akýsi záväzok a pripravenosť Európskej únie podporovať krajiny, ktoré sa vydávajú na cestu reforiem v čase hospodárskych a politických ťažkostí, no na druhej strane je veľmi dôležité, aby bola Európska únia bola schopná dostatočne odsledovať, ako sa použijú poskytnuté finančné prostriedky, a to najmä na Ukrajinu, ktorá má zásadný problém s korupciou a klientelizmom. Ak teda Európska únia nastúpila cestu plnej podpory Ukrajinu, musí ukázať, že je ochotná a pripravená pomôcť a že vie konať rýchlo, zodpovedne a stáť za svojimi politickými a hospodárskymi záväzkami.

Lorenzo Fontana (NI), per iscritto. – Voto contrario a un provvedimento che assegna, sotto forma di prestiti, la somma di 1,8 miliardi di euro all'Ucraina – senza nessuna garanzia che l'Ucraina, vista la situazione economica e politico—sociale, possa restituire il prestito. Oltre a questo però è condannabile la cieca visione dell'UE nello spirito di ostilità con i rapporti con la Russia sulla questione ucraina.

Mittwoch, 25. März 2015

Λάμπρος Φουντούλης (NI), γραπτώς. – Καταψηφίζω την μακροοικονομική συνδρομή στην Ουκρανία καθώς η οικονομική βοήθεια στην Ουκρανία προωθείται προκειμένου να εξασφαλίσει στην ΕΕ αντίπαλο δέος απέναντι στη Ρωσία.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted in favour of the proposed financial assistance to Ukraine.

Europe must stand up to Russia and its aggression towards Ukraine. I fully support these measures as a means of solidarity with Ukraine and its people. The European Union, in this instance, can use its power to benefit its own and neighbouring citizens through this well-placed financial assistance.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A Fidesz–KDNP delegáció tagjaként az alábbi szavazatmagyarázattal szeretnék élni.

A határon átnyúló gazdasági kapcsolataink erősítésén túlmenően magyar szempontból ennél is jelentősebb, hogy az Ukrajnának nyújtandó pénzügyi támogatásról szóló jelentés elfogadásával a fideszes európai néppárti képviselők elősegítik a kárpátaljai magyarság gazdasági körülményeinek javítását.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. –

A mai napon Ukrajna esélyéről szavaztam, hiszen az ukrán gazdaság súlyos válságon megy keresztül, s régóta fennálló strukturális problémákban gyökerezik, amelyet tovább súlyosbít a keleti régiók fegyveres konfliktusa és a Krím jogellenes orosz annektálása. A makroszintű pénzügyi támogatás egy olyan különleges uniós válságkezelési mechanizmus, amely az Unió akut fizetésimérleg-problémákkal küzdő partnerországai számára érhető el.

Fontos leszögezni, hogy Ukrajnában szabadságküzdelemről van szó, egy olyan küzdelemről, amely elutasítja a diktatúrát. A 2014 februárjában hatalomra lépett kormány ambiciózus makroökonómiai kiigazítási és strukturális reformprogramját az IMF pénzügyi segítségnyújtási programja és az Unió makroszintű pénzügyi támogatási műveletei támogatták. A mostani csomagot tekinthetjük úgy is, mint egyfajta megerősítést a korrupció elleni harcnak.

Biztosítani kell azonban azt, hogy a pénzügyi támogatás az ukrán nép és ne az oligarchák kezébe kerüljön, s nem szabad engedni azt sem, hogy katonai célra használhassák e pénzügyi támogatást.

Iratxe García Pérez (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la concesión de la asistencia macrofinanciera a Ucrania propuesta por la Comisión Europea, en primer lugar, por la urgente necesidad de movilizar ayuda pública internacional para el país vecino, que se encuentra inmerso en una seria crisis, agravada por el conflicto armado al este del país y por la consiguiente inestabilidad que imposibilita su acceso a los mercados internacionales de financiación de la deuda.

En segundo lugar, porque el programa de ayuda servirá de apoyo e impulso al proceso interno de reformas que tanto necesita Ucrania, al venir acompañado de un programa político acordado con las autoridades del país. Esta ayuda, por tanto, contribuirá al logro del objetivo de la UE de promover la estabilidad y el desarrollo económicos en Ucrania y, de forma más general, en los países asociados de Europa Oriental.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la concesión de la asistencia macrofinanciera a Ucrania propuesta por la Comisión Europea, en primer lugar, por la urgente necesidad de movilizar ayuda pública internacional para el país vecino, que se encuentra inmerso en una seria crisis, agravada por el conflicto armado al este del país y por la consiguiente inestabilidad que imposibilita su acceso a los mercados internacionales de financiación de la deuda.

En segundo lugar, porque el programa de ayuda servirá de apoyo e impulso al proceso interno de reformas que tanto necesita Ucrania, al venir acompañado de un programa político acordado con las autoridades del país. Esta ayuda, por tanto, contribuirá al logro del objetivo de la UE de promover la estabilidad y el desarrollo económicos en Ucrania y, de forma más general, en los países asociados de Europa Oriental.

Elisabetta Gardini (PPE), *per iscritto*. – Il Parlamento europeo, riunito in sessione plenaria, ha approvato oggi una nuova assistenza finanziaria all'Ucraina pari a 1,8 miliardi in finanziamenti a medio termine.

Mittwoch, 25. März 2015

Questo contributo sarà vincolato all'implementazione da parte dell'Ucraina di alcune riforme in settori quali l'energia, il sistema giudiziario, la lotta contro la corruzione e la salvaguardia dei diritti umani.

Ho votato a favore di questo provvedimento di assistenza finanziaria a condizione tuttavia che le autorità ucraine si impegnino a rispettare gli impegni assunti.

Per far sì che queste promesse si trasformino in azioni concrete a favore delle popolazioni coinvolte, vigilerò periodicamente sull'attuazione delle riforme e l'utilizzo dei fondi tramite interrogazioni alla Commissione europea. Nel caso non venissero rispettati i patti, sarò pronta a rivalutare queste misure.

Enrico Gasbarra (S&D), per iscritto. – Il Parlamento europeo esprime di nuovo solidarietà e grande vicinanza al popolo ucraino. La tensione e l'escalation militare nelle province limitrofe alla Russia hanno raggiunto proporzioni inaudite, ma non minore preoccupazione destano le condizioni estremamente acute e gravi in cui versa l'economia di tutto il paese. Accanto a problemi strutturali di lunga data la situazione risulta ora esacerbata, infatti, dal conflitto armato nelle regioni orientali e dall'annessione illegale della Crimea da parte della Russia.

La proposta di assistenza macro-finanziaria suggerita dalla Commissione riceverà sostegno pieno dal Parlamento europeo. Tale misura di supporto macrofinanziario costituisce un meccanismo eccezionale; auspico che essa sia la premessa per un programma di cooperazione ancora più esteso a sostegno della popolazione e della società ucraina.

Elena Gentile (S&D), per iscritto. – Il popolo ucraino ha affrontato enormi sofferenze e ha il diritto a godere della possibilità di riscattarsi da anni di avversità politiche ed economiche.

Condivido pienamente la relazione del collega Landsbergis circa una proposta del Parlamento europeo e del Consiglio di fornire assistenza macro-finanziaria all'Ucraina.

La crisi interna al paese è stata aggravata dal conflitto armato, tuttora in corso, nelle regioni orientali, dalla recente annessione della Crimea da parte della Russia e, soprattutto, dall'escalation della tensione tra i due paesi sull'approvvigionamento del gas naturale.

Il Parlamento europeo ha sempre espresso il suo sostegno nell'assistere l'Ucraina che, in quanto partner associato dell'Unione europea, ha il diritto di godere appieno di un importante programma di riforme strutturali e di assistenza finanziaria da parte dell'Unione europea.

Accolgo dunque favorevolmente la proposta della Commissione di aumentare di circa 1,8 miliardi l'assistenza macro finanziaria all'Ucraina in modo da facilitare e sostenere il processo di riforme del paese e accompagnarlo verso il raggiungimento degli obiettivi economici.

L'assistenza macro-finanziaria in questo senso rappresenta un meccanismo particolarmente efficace che può aiutare a restituire fiducia non solo agli sforzi delle autorità ucraine, ma soprattutto alla popolazione che sta soffrendo maggiormente degli effetti di questa drammatica situazione.

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D), na piśmie. – Szanowni Państwo!

W pełni popieram projekt pomocy makro finansowej dla Ukrainy i cieszę się z wyniku głosownia. Decyzja o przeznaczeniu 1,8 mld euro pomocy dla naszego wschodniego sąsiada, to największy pakiet finansowy kiedykolwiek udzielony przez UE jakimkolwiek krajowi trzeciemu. To jednak nie jest tak bardzo istotne, jak przesłanie polityczne, które niesie za sobą pomoc z Unii.

Ukraina jest źle zarządzana, potrzebuje reform, ograniczenia ubóstwa, budowania społeczeństwa obywatelskiego i przede wszystkim walki z korupcją i strukturami oligarchicznymi. Ukraina straciła już 25% gospodarki i część terytorium, dlatego tak ważna jest dla tego kraju promesa stowarzyszenia z UE, by mieć także powody do swoich reform. Koncentrując się na tych powyższych obszarach, UE przyczynia się do wzmocnienia zobowiązań rządu Ukrainy w zakresie wprowadzania reform gospodarczych. W ten sposób promujemy także siły proeuropejskie i prodemokratyczne, co doprowadzi do wzmocnienia i naszego bezpieczeństwa.

Mittwoch, 25. März 2015

Kwestia czasu jest tutaj niezwykle ważna. Najbardziej palące potrzeby Ukrainy przypadają już na ten rok i dwie z trzech zaproponowanych transz zostaną wydane jeszcze w tym roku, w tym pierwsza już przed wakacjami. Bankructwo Ukrainy oznaczałoby zwycięstwo agresora. Bez pomocy UE nie poradzi sobie z historycznymi wyzwaniami. Europa stoi u boku Ukrainy. Wierzimy w jej rychłą stabilizację.

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore di questa relazione, perché l'eccezionalità della crisi in Ucraina ci impone di dare una risposta immediata e intraprendere azioni non più differibili. Le due *tranche* da 600 milioni di euro l'una che l'Ucraina riceverà dall'Europa nel 2015 le permetteranno di fare quelle riforme strutturali necessarie per permettere all'economia del paese di ripartire. È giusto che agli impegni e agli sforzi politici e diplomatici seguano delle iniziative concrete di assistenza economica.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de esta propuesta de la Comisión, que tiene que ver con una nueva asistencia financiera a Ucrania, que continúa la línea emprendida con la ayuda de 1 billón concedida en 2014. Entendemos que una ayuda en estas condiciones, sin el correcto seguimiento y sin el trabajo previo de normalización de la zona solo puede traer más corrupción, guerra y violaciones de los derechos humanos, agravando, además, el problema de la deuda ucraniana así como su dependencia económica. La propuesta de la Comisión, por otra parte, se centra sólo en aspectos económicos, sin tratar, con la precisión que merece, los aspectos estructurales y políticos del asunto ucraniano.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – I voted for this report along with my Socialist colleagues to ensure that Ukraine can avail of much needed macro-financial assistance. The Ukrainian economy is experiencing several problems and is facing a serious crisis. The EU has consistently expressed its support for assisting Ukraine in its economic and political stabilisation and reforms and this financial assistance is an expression of solidarity with the Ukrainian people and of support for them as they move forward.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la concesión de la asistencia macrofinanciera a Ucrania propuesta por la Comisión Europea, en primer lugar, por la urgente necesidad de movilizar ayuda pública internacional para el país vecino, que se encuentra inmerso en una seria crisis, agravada por el conflicto armado al este del país y por la consiguiente inestabilidad que imposibilita su acceso a los mercados internacionales de financiación de la deuda.

En segundo lugar, porque el programa de ayuda servirá de apoyo e impulso al proceso interno de reformas que tanto necesita Ucrania, al venir acompañado de un programa político acordado con las autoridades del país. Esta ayuda, por tanto, contribuirá al logro del objetivo de la UE de promover la estabilidad y el desarrollo económicos en Ucrania y, de forma más general, en los países asociados de Europa Oriental.

Antanas Guoga (ALDE), *raštu*. – Europos Sąjunga su Ukraina yra pasirašiusios Asociacijos sutartį, kuri iš vienos pusės aiškiai nubrėžė Ukrainos pasirinkimą sukurti demokratijos keliu, iš kitos pusės įtvirtino ES įsipareigojimą Ukrainai remti ją kelyje link demokratijos ir progresyvių pokyčių. Šiuo metu Ukraina yra atsidūrusi padėtyje, kai vienu metu ne tik bando įgyvendinti reikalingas struktūrines reformas, bet ir yra įtraukta į agresyvių karinį konfliktą su kaimynine Rusija. Vienu metu kariauti, o taip pat siekti progresyvių pokyčių būtų nepaprastai sunkus išbandymas bet kuriai tvirtą vertybinį ir ekonomikos pagrindą turinčiai valstybei. Tuo tarpu Ukraina yra šalis, kuri dar tik siekia brandos daugelyje šalies gyvenimo sričių. Siekiant paremti teisėtos Ukrainos valdžios vykdomas reformas, stabilizuoti šalies finansinę padėtį, ES privalo suteikti makrofinansinę pagalbą Ukrainai. Šiais argumentais remdamasis balsavau Už Komisijos pasiūlymą be pakeitimų.

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la concesión de la asistencia macrofinanciera a Ucrania propuesta por la Comisión Europea, en primer lugar, por la urgente necesidad de movilizar ayuda pública internacional para el país vecino, que se encuentra inmerso en una seria crisis, agravada por el conflicto armado al este del país y por la consiguiente inestabilidad que imposibilita su acceso a los mercados internacionales de financiación de la deuda.

Mittwoch, 25. März 2015

En segundo lugar, porque el programa de ayuda servirá de apoyo e impulso al proceso interno de reformas que tanto necesita Ucrania, al venir acompañado de un programa político acordado con las autoridades del país. Esta ayuda, por tanto, contribuirá al logro del objetivo de la UE de promover la estabilidad y el desarrollo económicos en Ucrania y, de forma más general, en los países asociados de Europa Oriental.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – Az Ukrajnának nyújtandó makrofinanszírozási támogatás elfogadásával az Európai Unió hozzájárul Ukrajna, és egyúttal a tágabb értelemben vett kelet-európai szomszédság gazdasági stabilitásához és fejlődéséhez is.

A határon átnyúló gazdasági kapcsolataink erősítésén túlmenően magyar szempontból ennél is jelentősebb, hogy a jelentős elfogadásával a magyar európai néppárti képviselők elősegítik a kárpátaljai magyarság gazdasági körülményeinek javítását.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – Az Ukrajnának nyújtandó makrofinanszírozási támogatás elfogadásával az Európai Unió hozzájárul Ukrajna, és egyúttal a tágabb értelemben vett kelet-európai szomszédság gazdasági stabilitásához és fejlődéséhez is.

A határon átnyúló gazdasági kapcsolataink erősítésén túlmenően magyar szempontból ennél is jelentősebb, hogy a jelentős elfogadásával a fideszes európai néppárti képviselők elősegítik a kárpátaljai magyarság gazdasági körülményeinek javítását.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de esta propuesta de la Comisión, que tiene que ver con una nueva asistencia financiera a Ucrania, que continúa la línea emprendida con la ayuda de 1 billón concedida en 2014. Entendemos que una ayuda en estas condiciones, sin el correcto seguimiento y sin el trabajo previo de normalización de la zona solo puede traer más corrupción, guerra y violaciones de los derechos humanos, agravando, además, el problema de la deuda ucraniana así como su dependencia económica. La propuesta de la Comisión, por otra parte, se centra sólo en aspectos económicos, sin tratar, con la precisión que merece, los aspectos estructurales y políticos del asunto ucraniano.

Carlos Iturgaiz (PPE), *por escrito*. – He votado a favor ya que considero que la Unión Europea tiene que contribuir al proceso de estabilización y de reformas económicas y políticas en Ucrania.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za nacrt zakonodavne Rezolucije Europskog parlamenta o prijedlogu Odluke Parlamenta i Vijeća o pružanju makrofinancijske pomoći Ukrajini zbog toga što u Ukrajini postoje ozbiljni strukturni problemi čemu se pridodaje i teško, problematično stanje u istočnim dijelovima zemlje izazvano sukobima s Rusijom. Ekonomska recesija koju Ukrajina proživljava negativno utječe na započete reforme čiji je cilj pridonijeti stabilnosti i sigurnosti regije.

Stoga podržavam makrofinancijsku pomoć Europske unije Ukrajini kao bliskom strateškom partneru koja će zasigurno unaprijediti ekonomske i socijalne reforme u toj zemlji. Time će se doprinijeti također stabilizaciji istočnog europskog susjedstva, a potrebno je uspostaviti, zajedno s ukrajinskim vlastima, strukturirani program i smjernice koje će osnažiti započete demokratske promjene i podignuti povjerenje u iste.

Jean-François Jalkh (NI), *par écrit*. –

J'ai voté contre ce texte octroyant une assistance macro-financière à l'Ukraine à hauteur de 1,8 milliard d'euros, soumise à des conditions politiques et financières. Mais ces conditions sont bien trop faibles pour que l'Union européenne se permette une telle dépense. Si l'Ukraine a besoin d'un financement après la fuite des capitaux et la dégradation de sa balance des paiements, il est de notoriété publique que cette décision est motivée par l'accord d'association et la politique européenne de voisinage, dont je conteste le bien-fondé. D'autre part, nous manquons de certitudes quant à la destination de ces fonds et à leur utilisation sur place: il n'est évidemment pas souhaitable que des milices paramilitaires et bellicistes reçoivent de telles sommes alors qu'un cessez-le-feu vient tout juste d'entrer en vigueur. De plus, des réformes structurelles de l'économie sont exigées, allant dans le sens d'une très large libéralisation, que je ne peux soutenir. C'est pourquoi j'ai décidé de voter contre.

Mittwoch, 25. März 2015

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – The ongoing crisis in Ukraine has left the country in serious financial difficulties. The European Union should be doing everything it can to help alleviate this and to assist the people of Ukraine to rebuild their lives.

I support the granting of macro-financial assistance to Ukraine for this purpose and encourage the EU to continue to push for a resolution to the crisis.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de la proposition de la Commission d'octroyer à l'Ukraine un montant supplémentaire de 1,8 milliard d'euros au titre de l'assistance macrofinancière. L'Ukraine se trouve actuellement dans une situation extrêmement difficile. La persistance de déséquilibres économiques structurels et la survenue d'un conflit armé ont plongé le pays dans une véritable récession. Ainsi, cette aide permettra de faciliter le retour à une économie stable et viendra également soutenir le nouveau gouvernement en place dans sa volonté de réformes. Je me félicite de son adoption.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραφτώως*. – Ψήφισα υπέρ διότι, είναι ευρέως γνωστό, ότι η ουκρανική οικονομία πλήττεται από οξεία και σοβαρή κρίση, για τον πρόσθετο λόγο ότι οι μεταρρυθμιστικές προσπάθειες στις οποίες προέβη η χώρα, αντιμετώπισαν σοβαρά εμπόδια λόγω των ένοπλων συγκρούσεων στα ανατολικά αυτής με αποτέλεσμα την κατακόρυφη υποτίμηση του νομίσματος και την εξάντληση των συναλλαγματικών αποθεματικών.

Ως εκ τούτου, σημειώθηκε ένα ακόμη σημαντικό εξωτερικό κενό χρηματοδότησης. Δεδομένου ότι η Ουκρανία δεν έχει πλέον πρόσβαση στις διεθνείς αγορές ομολόγων, το κενό αυτό μπορεί να καλυφθεί μόνο από πρόσθετη επίσημη χρηματοδοτική συνδρομή. Θεωρώ ότι πρέπει να γίνει χρήση της πράξης μακροοικονομικής συνδρομής, που αποτελεί έναν έκτακτο μηχανισμό της ΕΕ για την αντιμετώπιση κρίσεων και τίθεται στη διάθεση των χωρών εταίρων της ΕΕ που αντιμετωπίζουν σοβαρά προβλήματα ισοζυγίου πληρωμών.

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. – I voted in favour of this report.

Providing macro-financial assistance to Ukraine is of high importance, considering that political support in Ukraine depends largely on economic sustainability and providing basic welfare to the citizens.

It is our obligation to aid an economy that had negative growth numbers in 2014 due to the crisis and violent intervention. The EU and also other international financial institutions have to be ready to continue with such assistance measures and loans. Nevertheless one of the conditions should be progress in conducting internal reforms in Ukraine, ensuring transparency on how the money is used and most importantly fighting against corruption on all levels.

I am glad that all major political groups have expressed their solidarity with the proposal of my colleague Gabrielius Landsbergis, even if the communists and extreme right have once again joined in not supporting Ukraine, or its European course.

Seán Kelly (PPE), *in writing*. – I voted in favour of the Report. The macro-financial assistance system, given to politically, economically and socially close partners of the EU, and only those which are under the IMF disbursement programme, has seen countries such as Ukraine, Georgia and Armenia benefit from these loans and grants, enabling them to stabilise and continue their economic and fiscal reforms.

These countries are our close partner countries in need of an urgent financial assistance and we have to take into consideration geo-political, strategic, but at the same time mutual, benefits the EU and these countries have from this type of financial and policy cooperation. Our position in the world is to lead and to assure our partners that we will be there to assist them when in need and support them in their path towards economic and structural reforms which complement the EU's political and economic norms and values.

Mittwoch, 25. März 2015

Afzal Khan (S&D), *in writing*. – Ukraine's acute economic difficulties, due in part to long-standing structural shortcomings, have been aggravated by armed conflict in the east of the country, Russia's undeclared war and trade restrictions on it, and the escalation of a natural gas supply dispute between the two countries. I voted therefore in favour of the proposal, as it is important we help the country in the current extremely difficult situation in which it finds itself. It also gives a sign of solidarity with the Ukrainian people and of support for their desire for a democratic and prosperous future, within a democratic country.

Kateřina Konečná (GUE/NGL), *písemně*. – Přestože se zdá, že boje s povstaleckými jednotkami ochabují, stále ještě není důvod k velké radosti. Ukrajinská ekonomika se sice nachází ve velmi ošemetné situaci, ovšem je třeba si uvědomit, že je to důsledek předchozí politiky, která nahrávala korupci a oligarchům. Výbor pro mezinárodní obchod uznává, že Ukrajina není chudá země a do své situace se dostala mimo jiné i kvůli opožděným strukturálním reformám a špatné správě. EU nemá mnoho záruk, že se peníze dostanou skutečně tam, kde pomohou ukrajinskému lidu. Ten totiž rozhodně nepotřebuje, aby oligarchové byli ještě bohatší, a tudíž mocnější. Obáváme se nestabilní situace v Kyjevě a nejsme si jisti, zda je současná vlna zatýkání projevem vzestupu demokratických hodnot či ukázkou boje mezi jednotlivými skupinami oligarchů uvnitř ukrajinské společnosti.

Ukrajina se navíc příliš nevěnuje stabilizaci situace na východě své země. Často odmítá nabízenou humanitární pomoc a přitom sama do této oblasti posílá jen velmi málo svých prostředků, což považuji za nepřijatelné. Nejvíce sužovaní jsou v současné situaci na Ukrajině lidé, na které vláda tak často a ráda zapomíná, a i proto si nejsem jistá, že makrofinanční pomoc Ukrajině pomůže ukrajinskému lidu a hlasuji proti návrhu.

Philippe Loiseau (NI), *par écrit*. – Vote contre. Le texte propose de formuler des exigences en matière de réformes structurelles conduisant à des réorientations budgétaires et à des transformations économiques ou réglementaires qui s'accompagnent d'une demande d'ouverture des marchés et de libéralisation. Cette politique est justifiée par la politique étrangère, l'accord d'association et la politique européenne de voisinage, projets auxquels le Front national s'oppose. Vérifier les garanties de l'exercice démocratique est une chose compréhensible, mais le fait d'exiger des réformes en contrepartie d'aides financières est inacceptable. Il suffit que l'Union européenne puisse avoir l'assurance d'une bonne gestion des fonds alloués ainsi que des garanties du respect des libertés fondamentales. Elles sont la preuve d'une volonté de respecter l'engagement.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la concesión de la asistencia macrofinanciera a Ucrania propuesta por la Comisión Europea, en primer lugar, por la urgente necesidad de movilizar ayuda pública internacional para el país vecino, que se encuentra inmerso en una seria crisis, agravada por el conflicto armado al este del país y por la consiguiente inestabilidad que imposibilita su acceso a los mercados internacionales de financiación de la deuda.

En segundo lugar, porque el programa de ayuda servirá de apoyo e impulso al proceso interno de reformas que tanto necesita Ucrania, al venir acompañado de un programa político acordado con las autoridades del país. Esta ayuda, por tanto, contribuirá al logro del objetivo de la UE de promover la estabilidad y el desarrollo económicos en Ucrania y, de forma más general, en los países asociados de Europa Oriental.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – La economía ucraniana atraviesa una crisis aguda y grave, provocada por problemas estructurales muy arraigados, y exacerbada por el conflicto armado de todos conocido en las regiones orientales. El ambicioso programa de ajuste macroeconómico y de reforma estructural del nuevo Gobierno que asumió el poder en febrero de 2014 ha sido respaldado por un programa de ayuda financiera del FMI y dos operaciones de ayuda macrofinanciera de la UE. Sin embargo, los esfuerzos de reforma de Ucrania se han visto seriamente afectados por el conflicto armado.

La ayuda macrofinanciera adicional propuesta por la Comisión el 8 de enero de 2015 puede aportar una contribución significativa a un nuevo paquete de ayuda internacional a Ucrania. Por otra parte, también debería catalizar un retorno gradual de la confianza y apoyar los esfuerzos de reforma en el país a través de un programa político de acompañamiento que deberá concertarse con las autoridades ucranianas.

Voté favorablemente la aprobación en primera lectura, aceptando la propuesta de la Comisión.

Mittwoch, 25. März 2015

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Ich habe aus folgenden Gründen gegen die Makrofinanzhilfe für die Ukraine gestimmt:

1. Es gibt keine Zuständigkeit der EU. Die Makrofinanzhilfe ist ein Verstoß gegen das Subsidiaritätsprinzip, weil die EU nicht besser Finanzhilfen gewähren kann, als dies die einzelnen Mitgliedstaaten könnten.

2. Die Makrofinanzhilfe ist ein Bailout ähnlich wie im Euro-Währungsgebiet. Nur gibt es hier noch nicht einmal ein begleitendes Programm mit Strukturanpassungsaufgaben. Vielmehr sollen diese erst in der Zukunft vereinbart werden, und es bleibt völlig unklar, was vereinbart werden soll. Andererseits hat die Ukraine bereits seit 2010 Makrofinanzhilfen erhalten, die ebenfalls mit Strukturanpassungsaufgaben hätten verbunden werden sollen. Aber niemand scheint sich für die Erfüllung dieser Auflagen zu interessieren.

3. Die Ukraine ist vom Staatsbankrott bedroht. Es ist dennoch keine Schuldentragfähigkeitsanalyse erstellt worden, obwohl dies selbst für den hoffnungslosen Fall Griechenland noch getan wird. Niemand scheint sich für die Frage zu interessieren, ob die Finanzhilfe zurückgezahlt werden kann.

4. Die Finanzhilfe deckt nur rund 16 % des akuten Zahlungsbedarfs der Ukraine ab. Wer deckt die anderen 84 %? Die Kommission hat keine Angaben dazu gemacht. Was ist, wenn die Ukraine nach Empfang unseres Geldes bankrott geht, weil noch 84 % fehlen? Hier wird das Geld der Steuerzahler leichtfertig auf Spiel gesetzt.

Peter Lundgren (EFDD), *in writing*. – It is important that European countries support the development of Ukraine. Let there be no doubt that we support Ukraine and that we stand up for Ukrainian independence. However, it must be very clear that any proposal with a view to this must not be based on continued EU enlargement. The Swedish government recently (11 March) pledged to lend Ukraine roughly the equivalent of EUR 91 million, which we welcome.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće zastupnika Landsbergisa koje je kreirano prema preporuci Komisije o dodatnoj makrofinancijskoj pomoći Ukrajini u iznosu od 1,8 milijardi eura. Kriza koja je utjecala na čitavu Europu, ostavila je duboki trag i na Ukrajinu. Izlazak iz krize dodatno otežavaju oružani sukobi na njihovom teritoriju posljednjih godinu dana.

Ukrajina je u problemima zbog izostanka provođenja potrebnih reformi i lošeg upravljanja bivše Vlade ekonomskim i finansijskim instrumentima. Nova Vlada počela je provoditi reforme za stabilizaciju političke situacije, finansijske reforme i borbu protiv korupcije te reforme poreznog sustava i energetskog sektora.

U posljednje dvije godine Europska unija alocirala je 11 milijardi eura finansijske pomoći Ukrajini, a cilj ovog makrofinancijskog paketa je pomoć u provođenju strukturnih reformi i stvaranju proračunske stabilnosti Ukrajine te kao pomoć za sanaciju posljedica oružanih sukoba.

Važno je brzo reagirati na krizu u Ukrajini i što prije pružiti finansijsku i druge oblike pomoći, kako bi ukrajinska novoizabrana Vlada lakše i učinkovitije provela potrebne reforme te postala stabilna i slobodna država i ispunila očekivanja iz Pristupnog sporazuma s Europskom unijom.

Andrejs Mamikins (S&D), *rakstiski*. – Es nobalsoju par, jo nav citas izejas. Kas jāņem vērā, runājot par piešķirto makrofinansialo palīdzību Ukrainai? Pirmkārt, pēc Ukrainas nacionālās bankas datiem, šīs valsts ārējais parāds ir sasniedzis 96,5 procentus no IKP un tagad ir 126 miljardi dolāru. Ukrainas ekonomika turpina samazināties, un ir sagaidāms liels budžeta deficīts. Līdz ar to ir jāņem vērā, ka šodien piešķirto kredītu Ukraina diez vai varēs tuvākajā laikā atdot.

Otrkārt, tas nav neatmaksājams grants, tas ir kredīts, kurš Ukrainas valdībai būs jāatdod. Ukrainas sabiedrībā un politikā elītē bija ilūzijas, ka Eiropas Savienība palīdzēs daudz būtiskāk. Pirms dažām dienām vienas valdošajā koalīcijā ietilpstošas partijas vadītājs Oļegs Ljaško aicināja ASV un ES pilnībā samaksāt Ukrainas parādus 7,7 miljardu dolāru apmērā, kas Ukrainai šajā gadā būs jāatmaksā kreditoriem, tajā skaitā 3 miljardi — Krievijai.

Mittwoch, 25. März 2015

Diemžēl pēc šīs dienas balsojuma Ukrainas iedzīvotāji drīzāk uztvers ES kā bagāto tēvoci, kurš situācijā, kad radnieku ģimene nokļuvusi smagā finansiālā stāvoklī, dod viņiem tikai nelielu aizņēmumu un daudz pamācību, kā pareizi dzīvot.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Európska únia prijala dlhodobý záväzok pomôcť Ukrajine v reformnom procese. Cieľom poskytnutia makrofinančnej pomoci, ktorá dopĺňa pomoc Medzinárodného menového fondu, je pomôcť hospodárskej a politickej stabilizácii na Ukrajine, ktorá je dôležitým partnerom Európskej únie. Financie nie je možné použiť na vojenské účely. Pôžička je na odvrátenie krachu Ukrajiny nevyhnutná. Podmienkou je plnenie záväzkov v oblasti protikorupčných opatrení, právneho štátu, daňových únikov, ozdravenie finančného sektora..

Νότης Μαρτιάς (ECR), *γραφτως*. – Καταψηφίζω την έκθεση σχετικά με την πρόταση απόφασης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου και του Συμβουλίου για τη χορήγηση μακροοικονομικής χρηματοδοτικής συνδρομής στην Ουκρανία, διότι θεωρώ ότι δεν συμβάλλει στην εμπέδωση της ειρήνης στην περιοχή της Ουκρανίας.

Pέραν τούτου πρόκειται να διατεθούν από την Ε.Ε. ως δάνειο στην Ουκρανία 1,8 δις ευρώ την ώρα που: 1) το Euro Working Group παράνομα απέρριψε το νόμιμο αίτημα της Ελλάδας να της επιστραφούν 1,2 δις ευρώ τα οποία από σφάλμα του Ταμείου Χρηματοπιστωτικής Σταθερότητας και της Ελληνικής Κυβέρνησης επιστράφηκαν στον EFSF και 2) το Eurogroup συνεχίζει παράνομα να αρνείται την επιστροφή 1,9 δις ευρώ από τα τοκογλυφικά κέρδη που έβγαλε η ΕΚΤ από τα Ελληνικά ομόλογα.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this to ensure that the much needed assistance to Ukraine is actioned in a timely manner.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – Sono favorevole alla proposta di decisione del Parlamento europeo relativa alla concessione di assistenza macrofinanziaria a favore dell'Ucraina.

L'assistenza macrofinanziaria (AMF) costituisce uno strumento eccezionale dell'UE offerto ai paesi partner dell'Unione che si trovano ad affrontare gravi problemi legati agli squilibri della bilancia dei pagamenti.

L'AMF servirà inoltre a segnalare che l'UE è pronta a sostenere i paesi che intraprendono riforme in momenti di difficoltà economica e politica.

Per tal motivo ho sostenuto il provvedimento.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – L'economia ucraina sta attraversando una fase di crisi acuta, attribuibile a problemi strutturali, ed esacerbata dal conflitto armato nelle regioni orientali.

L'Unione europea dovrebbe contribuire a sostenere la stabilità finanziaria del paese, con l'obiettivo di rafforzare i settori più vulnerabili dell'economia nazionale.

Per tale ragione ho scelto di sostenere, con voto favorevole, la relazione Landsbergis, che propone di garantire un'assistenza macrofinanziaria a favore dell'Ucraina, attraverso una procedura accelerata, che non preveda emendamenti.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Mi apoyo más decidido a la propuesta para conceder un préstamo de 1 800 millones de euros a Ucrania, ya que creo que debemos ayudar sin dudas a este país para contribuir desde la Unión Europea a que pueda salir lo antes posible de la dura situación económica por la que está atravesando.

Ucrania es un gran aliado para la Unión Europea y es preciso que retribuamos esa amistad con todo el apoyo que podamos prestar en estos momentos, en los que el país debe hacer frente además a un terrible conflicto armado. Desde aquí todo mi apoyo a los ciudadanos ucranianos y mi deseo de que esta situación pueda superarse lo antes posible.

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. – Der Bericht über die Makrofinanzhilfe für die Ukraine ist ein weiteres Beispiel für die völlig verfehlte Mittelver(sch)wendung der Europäischen Nomenklatura. Das Faktum, dass ein Drittstaat eine Finanzierung von bis zu 1,8 Mrd. EUR erhalten soll, ist völlig inakzeptabel. Die budgetäre Lage der Mitgliedstaaten sollte Grund genug sein, eine riskante „Investition“ wie diese abzulehnen. Erst im September letzten Jahres warnten wir vor negativen Auswirkungen des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine. Aus diesem Grund habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Mittwoch, 25. März 2015

Valentinas Mazuronis (EFDD), raštu. – Balsavau už, nes pritariu Komisijos siūlymui skirti makrofinaninę pagalbą Ukrainai. Dėl Rusijos vykdomos okupacijos Ukraina išgyvena sudėtingą ekonominę ir finansinę krizę – nuvertėjo jos valiuta, išseko tarptautinės atsargos, sumenko galimybės skolintis tarptautinėje rinkoje. Dėl šių priežasčių Ukraina susidūrė su didelėmis mokėjimo balanso problemomis. ES teikiamos makrofinansinės pagalbos tikslas – padėti Ukrainai užtikrinti finansinį stabilumą, sumažinti šalies mokėjimų balanso deficitą, pademonstruoti paramą Ukrainos vyriausybės vykdomoms reformoms bei išreikšti solidarumą karo niokojamos šalies gyventojams. Finansinis Ukrainos stabilumas padės užtikrinti jos ekonominį bei politinį stabilumą, ir tuo pačiu prisidės prie viso Europos regiono saugumo.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), par écrit. – L'assistance macrofinancière (AMF) est un instrument exceptionnel de réaction aux crises, que l'Union européenne met à la disposition de ses pays partenaires qui connaissent de graves problèmes de balance des paiements. Le rapport propose de verser 1,8 milliard d'euros à l'Ukraine. Il convient de noter que l'Ukraine a déjà bénéficié de ce fonds à hauteur de 1,610 milliard d'euros, montant auquel s'ajoutent d'autres aides européennes (politique de voisinage, aide humanitaire) et internationales (FMI, Banque mondiale) pour un montant total de 40 milliards d'euros en quatre ans. Ce fonds est bien évidemment soumis au respect de certaines conditions telles que la mise en place de réformes structurelles ou macro-économiques. Par amitié pour le peuple ukrainien, je refuse de le voir soumis au joug des institutions de Bruxelles en plus du FMI. Je vote contre.

Nuno Melo (PPE), por escrito. – A Ucrânia atravessa uma grave crise económica, que tem sido agravada com os conflitos militares que assolam o seu território Oriental.

Após a tomada de posse de um novo governo, em fevereiro de 2014, o seu ambicioso programa de ajustamento macroeconómico e de reformas estruturais foi sustentado pelo programa de assistência financeira do FMI e por duas operações de assistência macrofinanceira (AMF) da UE. Porém, os esforços de reforma da Ucrânia têm sido dificultados pela persistência do conflito armado no Leste. Por conseguinte, a recessão económica e a fuga de capitais têm sido mais acentuadas do que inicialmente previsto, o que resultou numa forte depreciação da moeda e numa diminuição das reservas internacionais. Surgiu, assim, um importante défice de financiamento externo suplementar em 2015 e no início de 2016. Como a Ucrânia perdeu o acesso aos mercados internacionais de dívida, este défice só pode ser colmatado através de assistência financeira oficial suplementar. Voto, assim, favoravelmente este apoio para ajudar a Ucrânia a ultrapassar este período económico difícil que atravessa.

Roberta Metsola (PPE), in writing. – Macro-financial assistance for EU partner countries is one of the crisis-response mechanisms that may be used in exceptional circumstances. The proposed amount of EUR 1.8 billion will act as a catalyst to reignite the reform effort in the country as well as improve the overall stability in Ukraine. Therefore, I voted in favour of this report as Parliament and the Union have made a long-standing commitment to the reform process in Ukraine.

Louis Michel (ALDE), par écrit. – L'économie ukrainienne a été particulièrement marquée par le conflit dans l'Est du pays. C'est pourquoi, cette nouvelle assistance macrofinancière (AMF) en faveur de l'Ukraine, sous la forme de prêts à moyen terme, mérite tout notre soutien. Cette aide lui permettra de faire face à la faiblesse de sa balance des paiements, à sa situation budgétaire délicate et, de manière plus générale, à ses difficultés économiques. Ainsi que l'a affirmé le président de la Commission, M. Jean-Claude Juncker, «l'Ukraine n'est pas seule». L'Europe soutient unanimement l'Ukraine et le programme de réformes de son nouveau gouvernement. Nos actes en disent beaucoup plus long que nos paroles. L'Union européenne a déjà apporté un soutien financier sans précédent et la proposition présentée aujourd'hui prouve que nous sommes prêts à continuer. C'est cela, la solidarité européenne. Cette assistance macrofinancière va de pair avec un certain nombre de réformes telles que la réforme des marchés publics, la mise en place d'une législation anticorruption, l'adoption de normes internationales en matière d'audit, en ce qui concerne la nomenclature des produits et services, etc. Je reste convaincu que l'Ukraine possède tous les ingrédients pour devenir une économie importante en Europe.

Giulia Moi (EFDD), per iscritto. – Riteniamo di non poter votare a favore di misure che sostengono uno schieramento in una situazione poco chiara. In Ucraina va data la parola al popolo e l'Europa dovrebbe agire come garante esterno del processo democratico. Solo una volta che il popolo ucraino avrà scelto legittimamente un governo si potranno fare valutazioni di ordine politico.

Mittwoch, 25. März 2015

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Az ukrán kormány makroökonómiai kiigazítási és strukturális reformprogramjához az Unió – az IMF-fel együtt – korábban is nyújtott pénzügyi támogatás: IMF pénzügyi segítségnyújtási programja és az Unió makroszintű pénzügyi támogatási műveletei támogatták. A reformtörekvéseket azonban hátráltatta az országban folyó fegyveres konfliktus, az Oroszország által indított hadüzenet nélküli háború, illetve a bevezetett kereskedelmi korlátozások. A vártnál nagyobb gazdasági visszaesés és tőkekiáramlás miatt keletkezett külső finanszírozási rés csak további pénzügyi támogatással hidalható át. Európának egyfelől érdeke az ukrán reformfolyamat folytatódása, másrészt nem hagyhatja magára az orosz beavatkozást elszenvedni kénytelen Ukrajnát. A javaslatot ezért támogattam.

Bernard Monot (NI), *par écrit*. – Il convient de promouvoir des relations pacifiques avec les pays voisins de l'Union. On ne saurait accepter les exigences de réformes imposées en contrepartie d'aides financières, qui sont une forme d'ingérence. L'assurance d'une bonne gestion des fonds alloués et les garanties des libertés fondamentales sont suffisantes et constituent la marque d'un engagement clair et respectueux des souverainetés. En conséquence, il n'est pas souhaitable de soutenir ces aides en leur forme actuelle.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – A Política Europeia de Vizinhança da União pretende criar nas suas fronteiras externas, marítimas e terrestres, um anel de segurança, estabilidade e prosperidade. A Ucrânia vive uma situação de emergência que obriga a um apoio da comunidade internacional.

Este relatório aprova uma assistência microfinanceira, no valor de 1.8 mil milhões de euros, destinada a apoiar a estabilização económica e as reformas necessárias ao desenvolvimento do País, concedida sob a forma de empréstimos.

Voto a favor deste apoio sublinhando que a comunidade internacional deve reagir, a uma só voz, à invasão russa no Leste da Ucrânia.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. – Alors que l'Ukraine est en proie au chaos économique, l'Union européenne envisage d'aller à sa rescousse. Mais il faut surtout rappeler que c'est précisément l'Union européenne, qui, par un atlantisme zélé, a contribué à jeter de l'huile sur le feu en soutenant le véritable coup d'État qui s'est joué en Ukraine. Le résultat est sans appel, la russophobie inconditionnelle de l'Union, mue par une incompréhension crasse de la géographie d'un pays coupé en deux, a conduit au désastre économique: inflation galopante (28,5 %), récession profonde, probabilité de défaut avoisinant 100 %, taux directeur de la banque centrale à 30 %, et ce malgré les aides conjointes du FMI et de l'Union. La Commission, avec l'aval du Parlement, a décidé d'octroyer 1,8 milliard d'euros à l'Ukraine, et ce, de manière rapide, alors que dans le même temps, elle refuse pour l'instant toute nouvelle aide à la Grèce de Tsipras...

Dans ces conditions j'ai décidé de voter contre.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – L'Union européenne accorde un prêt de 1,8 milliard d'euros à l'Ukraine pour l'aider à combler le déficit de sa balance des paiements car elle n'a plus accès aux marchés internationaux de la dette et ne peut plus emprunter d'argent elle-même. L'Union empruntera donc cet argent à sa place et lui prêterà au même taux d'intérêt. Je précise que j'ai voté pour ce texte parce qu'il prévoit au préalable un protocole d'entente par lequel l'Ukraine s'engage à mettre en œuvre des réformes de gestion des finances publiques, des mesures anti-corruption, des changements de l'administration fiscale, des réformes dans les secteurs énergétique et financier et des mesures visant à améliorer le milieu des affaires.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – L'Ucraina sta attraversando una profonda crisi politica ed economica, esasperata dal conflitto armato nelle regioni orientali e dall'annessione della Crimea da parte della Russia. Il paese ha beneficiato di programmi di assistenza finanziaria sia dell'FMI che dell'UE, ma purtroppo i risultati sono stati deludenti ed è emerso un ulteriore bisogno di finanziamenti esterni.

Mittwoch, 25. März 2015

Come PE, ci siamo espressi più volte a favore della concessione di assistenza all'Ucraina, partner associato dell'UE, nel suo processo di stabilizzazione e di riforme strutturali. Condividiamo, pertanto, la proposta della Commissione in quanto riteniamo che, alla luce della situazione estremamente difficile in cui versa attualmente il paese, sia essenziale approvare tempestivamente un'assistenza macrofinanziaria aggiuntiva, consentendo l'erogazione di due delle tre *tranche* di aiuti nel corso del 2015.

L'Unione europea non può stare a guardare, deve essere in grado di agire in modo rapido, deciso e proporzionato ai propri impegni politici. Siamo certi che, grazie alla clausola di condizionalità, questo aiuto aggiuntivo contribuirà al rafforzamento degli impegni di riforma economica del governo ucraino. Servirà, altresì, a segnalare che l'UE è pronta a sostenere i paesi che intraprendono riforme in momenti di difficoltà economica e politica, come pure a mettere in luce la credibilità dei suoi interventi.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – La relazione in questione esamina la proposta della Commissione di avviare un'assistenza macrofinanziaria in favore dell'Ucraina per circa 1 miliardo ed ottocento milioni di euro in prestiti a medio termine.

L'aiuto si inserisce nel quadro di una serie di operazioni miranti a far fronte ad una profonda recessione economica che l'Ucraina sta affrontando, acuita dal conflitto armato nel sud-est del paese. In particolare l'assistenza macrofinanziaria è rivolta a ridurre a breve termine gli squilibri della bilancia dei pagamenti, sostenendo allo stesso tempo i programmi di riforme attraverso misure di ristrutturazione di molti settori strategici per il paese. L'assistenza sarà distribuita in tre parti di seicento milioni ciascuna, la prima delle quali partirà già nel 2015.

Alla luce di quanto esposto, ho deciso di votare a favore della relazione poiché ritengo che l'AMF aggiuntiva proposta potrà contribuire a mobilitare un nuovo pacchetto di aiuti internazionali all'Ucraina, sia direttamente, grazie all'importo proposto di 1,8 miliardi di euro, sia indirettamente, mobilitando contributi da parte di altri partner. Dovrebbe altresì fungere da catalizzatore per un graduale recupero della fiducia e per sostenere gli impegni di riforma nel paese.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Ukrajna nem fér hozzá jelenleg a nemzetközi tőkepiacokhoz. A konfliktus előtti időben pedig Oroszország volt a legfőbb gazdasági partnere. Értelmeszerűen ez a viszony mára alaposan megromlott. Összeomlott a hívnya, az emberek alig pár tucat euróból élnek nyugati árak mellett. Be kell látnunk, hogy Ukrajnában humanitárius katasztrófa fenyeget. Ez az a helyzet, amikor a szomszédnak, a partnernek nem szabad mérícskélínie, hogy segítsen avagy ne segítsen, éppen ezért maximálisan támogatom az 1,8 milliárd eurós makroszintű támogatás eljuttatását Ukrajnába. Itt nemcsak a gazdasági mutatókról van szó viszont, hanem egy társadalom jövőjéről. Az ukrán nép már kifejezte, hogy az európai demokratikus értékeket preferálja az oligarchikus berendezkedés helyett. Segítenünk kell tehát szomszédunk kormányát, hogy reformjaival valóban európai irányba haladjon. Az éhezés, a szegénység viszont nem jó katalizátorok, s gyakran kiobbantói az inter-etnikai konfliktusoknak is. Éppen ezért fokozott figyelmet kérek a Bizottságtól a kisebbségek helyzetét illetően, valamint egy cselekvésterv kidolgozását a nemzetiségek közötti feszültségek feloldására.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Am votat pentru acordarea asistenței macrofinanciare Ucrainei în acord cu politica grupului S&D din Parlamentul European și din considerentul că procesul de democratizare și de consolidare a statului de drept și a economiei din Ucraina necesită un sprijin consistent din partea statelor membre ale Uniunii Europene.

Момчил Неков (S&D), *в писмена форма*. – Аз не подкрепих тази резолюция, защото смятам, че заемът, който се предвижда с нея в сегашния му вид няма да доведе до очакваните резултати както за самата Украйна, така и за стабилността в региона в средносрочен и дългосрочен план.

Смятам, че възможно най-скоро трябва да се намери решение на конфликта в Украйна. Ние европейците заложихме на договореностите от Минск като способ за постигане на примирие там, но текстът на така гласуваната резолюция не подкрепи това.

В допълнение, смятам, че с подобен заем Европа прави държавата още по-зависима от външно финансиране, което само ще отложи във времето намирането на трайни и ефективни решения за украинската икономика.

Mittwoch, 25. März 2015

На мнение съм, че ние като пратеници на европейските граждани имаме отговорност и пред тях и те трябва да получат уверение, че собственият им принос към стабилността на европейския континент няма да намира зловредно приложение в поддържане или засилване на военната нестабилност. За съжаление, окончателният текст не съдържа този призив, което ме възпира от даване на подкрепата си по тази резолюция.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), i scríbhinn. – Tá sé soiléir go bhfuil géarchéim dhaonnúil san Úcráin i láthair na huaire agus tá sé aitheanta go forleathan gurb í an choimhlint ba chúis leis.

Sa chomhthéacs seo is trua mór é nach bhfuil moltaí ar bith do chomhaontú polaitiúil i dtreo réiteach síochánta den choimhlint le fáil sa togra seo ón gCoimisiún. Mar aon leis sin, tá an cúnamh macra-airgeadais de EUR 1.8 billiún atá molta ag an gCoimisiún bainteach leis an déine trí choigeartuithe maicreacnamaíocha agus leasú struchtúrach. Ní chuireann an togra seo in iúl conas a chabhróidh an “leasú” seo le geilleagar na hÚcráine, nó conas a bheas tionchar aige ar mhuintir na tíre.

Cuireann Sinn Féin fáilte roimh na hiarrachtaí dul i ngleic leis an ngéarchéim dhaonnúil san Úcráin. Chaith mé vóta i bhfabhar na leasuithe a chuir feabhas ar thogra an Choimisiúin. É sin ráite, de bharr go bhfuil an togra seo bunaithe ar mhúnlá déine lochtach agus ceann nach gcabhróidh le muintir na hÚcráine, staon mé ón réiteach seo.

Franz Obermayr (NI), schriftlich. – Die Ukraine sollte laut dieses Berichts eine Makrofinanzhilfe von 1,8 Milliarden Euro erhalten. Nach wie vor ist völlig unklar, wie die Ukraine dieses Geld jemals zurückzahlen soll. Überdies hege ich starke Zweifel, dass das Geld zweckgebunden nur für die Stützung der Währung und nicht für die Fortführung des bestehenden kriegesischen Konfliktes verwendet wird. Aufgrund dieser Tatsachen habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Urmaz Paet (ALDE), kirjalikult. – Toetasin ettepanekut anda Ukrainale 1,8 miljardi euro suurune makromajanduslik finantsabi. EL näitab sellega vankumatut toetust Ukraina reformidele. Ukraina on väga keerulises olukorras, kuivõrd riik püüab vajalikke reforme ellu viia ajal, mil riigi idaosas on relvakonflikt ja osa Ukraina territooriumist - Krimm - on ebaseaduslikult annekteeritud Venemaa poolt. Raskendavateks oludeks on veel ka Venemaa-poolsed kaubanduspiirangud ning Ukraina-Venemaa vahelise maagaasivahetuse ägenemine.

EL kinnitab Ukrainale täiendava makromajandusliku abi andmisega, et on valmis olema toeks nendele riikidele, kes majanduslikult ja poliitiliselt rasketel aegadel viivad ellu riigile vajalikke reforme. Me oleme rõhutanud muudatuste vajalikkust Ukrainas ning selle kõrval on oluline ka tegudega näidata, et võtame oma poliitilisi kohustusi tõsiselt.

Rolandas Paksas (EFDD), raštu. – Balsavau už šį pranešimą.

Makrofinansinė pagalba Ukrainai yra būtina, kadangi Ukrainos ekonomika susiduria su stipria ir didele krize. Atsižvelgiant į tai, mes turime būti solidarūs ir padėti šaliai stabilizuoti ekonominę ir finansinę padėtį. Tačiau solidarumas neįmanomas be įsipareigojimo vykdyti reformas, kurias Ukrainai skubiai reikalingos.

Numatyta finansinė pagalba paskatins laipsnišką pasitikėjimo susigrąžinimą ir parems šalyje vykdomas reformas, kartu įgyvendinant politikos programą, dėl kurios bus susitarta su Ukrainos valdžios institucijomis.

Atkreiptinas dėmesys į tai, kad makrofinansinė pagalba yra išskirtinis ES reagavimo į krizę mechanizmas, užtikrinantis tvarią išeitį iš sunkios ekonominės padėties. Ši papildoma pagalba bus neabejotinai svarbi siekiant parengti naują tarpautinės paramos Ukrainai paketą. Be to, ji papildys kitų paramos teikėjų paramą, teikiamą pagal TVF finansuojamą ekonomikos programą.

Aldo Patriciello (PPE), per iscritto. – L'economia ucraina sta attraversando una crisi acuta e grave, radicata in problemi strutturali di lunga data ed esacerbata dal conflitto armato nelle regioni orientali e dall'annessione illegale della Crimea da parte della Russia. L'ambizioso piano di aggiustamento macroeconomico e riforme strutturali del nuovo governo, insediato nel febbraio 2014, è stato sostenuto da un programma di assistenza finanziaria dell'FMI e da due operazioni di assistenza macrofinanziaria (AMF) dell'UE.

Mittwoch, 25. März 2015

Il Parlamento si è ripetutamente espresso a favore della concessione di assistenza all'Ucraina, partner associato dell'UE, nel suo processo di stabilizzazione e riforme economiche e politiche. Nella sua risoluzione più recente sulla situazione in Ucraina, del 15 gennaio 2015, il Parlamento europeo ha accolto con favore la proposta della Commissione di concedere ulteriori 1,8 miliardi di euro in assistenza macrofinanziaria all'Ucraina e ha esortato a sviluppare un importante piano di assistenza per il paese.

Considerato quanto precede, il relatore propone che il Parlamento approvi la proposta della Commissione senza emendamenti.

Per tali ragioni ho espresso il mio voto favorevole.

Marijana Petir (PPE), *napisan.* – Ovim prijedlogom makrofinancijske pomoći Ukrajini želi se dodatno učvrstiti veza Europske unije i Ukrajine te je podržati u borbi protiv ruske agresije i provođenju gospodarskih reformi. Zato se, s obzirom na tešku gospodarsku situaciju koja korijene vuče u dugogodišnjim strukturnim problemima i koja je još pojačana ratnim sukobima na istoku želi s dodatnih 1,8 milijardi eura poduprijeti Ukrajinu. Očekuje se realizacija 1,2 milijardi namijenjenih sredstava u 2015. godini. Predanost Europske unije i Parlamenta reformskom procesu u Ukrajini poduprijet će legitimno vodstvo Ukrajine i olakšati Ukrajini suočavanje s krizom bilance plaćanja koja prijete financijskoj stabilnosti zemlje. Europska unija bi trebala istražiti i druge načine pomoći Ukrajini poput olakšavanja povrata financijskih sredstava koja su ilegalno prebačena u države EU-a od strane bivših ukrajinskih političkih lidera, podupiranja ukrajinskih napora u borbi protiv korupcije, uspostavljanja zajedničkog istražnog tijela koje će pratiti financijsku pomoć Europske unije Ukrajini, a koje bi sačinjavali ukrajinski dužnosnici i stručnjaci za borbu protiv korupcije iz EU-a.

Tonino Picula (S&D), *napisan.* – U potpunosti podržavam odobrenje makrofinancijske pomoći Ukrajini, bez amandmana i dodatnog odugovlačenja obzirom na izrazito tešku financijsku krizu u kojoj se Ukrajina nalazi, koju vojna agresija samo dodatno produbljuje. Milijun ljudi je napustilo domove, milijun i pol živi u teškim uvjetima na području sukoba, 20 % industrijskog potencijala nije moguće koristiti jer se nalazi na okupiranom području, a čak 1 700 000 djece je pogođeno krizom čiji se kraj ne nazire. Gospodarstvo će se ove godine smanjiti za 6 %. Nacionalna valuta hrivnja imala je prošle godine najozbiljniji pad vrijednosti na svijetu od 38 %. Procjenjuje se da zemlja za oporavak treba barem 50 milijardi eura. U takvoj situaciji 1,8 milijardi eura o kojima ovdje raspravljamo je skroman, ali važan prilog pokušajima Ukrajine da zaštiti svoje stanovništvo koje pogoršanje gospodarske i socijalne situacije ugrožava više nego vojna agresija. EU treba položiti ukrajinske ispite jer je Ukrajina pitanje budućnosti europskog projekta, pitanje određivanja vrijednosnih više nego zemljopisnih granica. Ukrajina je dio Europe po oba kriterija i zbog toga zaslužuje našu punu podršku.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito.* – A economia ucraniana atravessa uma crise aguda e séria, com origem em problemas estruturais de longa data e agravada pelo conflito armado com as regiões orientais e a anexação ilegal da Crimeia pela Rússia. Consequentemente, a Ucrânia perdeu o acesso aos mercados internacionais de dívida, sendo que este défice de financiamento externo só pode ser colmatado através de uma assistência financeira oficial suplementar. Face a esta situação, a Comissão propôs, em 8 de janeiro de 2015, uma assistência macrofinanceira (AMF) adicional. A AMF é um mecanismo de resposta à crise excepcional da UE, disponível para os países parceiros desta que enfrentem graves problemas de balança de pagamentos, tal como é o caso com a Ucrânia. A AMF adicional pode dar um contributo importante para um novo pacote de apoio internacional à Ucrânia, quer directamente através do montante proposto de 1,8 mil milhões de euros, quer indirectamente através da mobilização de contribuições de outros parceiros. Votei favoravelmente a presente resolução, que aprova a decisão relativa à concessão de assistência macrofinanceira à Ucrânia e reafirma o compromisso de longa data que a UE tem com o processo de reforma da Ucrânia.

Miloslav Ransdorf (GUE/NGL), *písemně.* – Vždy jsem podporoval makrofinanční pomoc pro státy Východního partnerství. Dokonce i tam, kde jsem měl vážné pochybnosti jako v případě Gruzie. Je třeba velice přesně odlišovat občany a „elity“, které častokrát jednají proti zájmům občanů. V případě makrofinanční pomoci Ukrajině jsem hlasoval proti, protože nepřijímám zdůvodnění pracující s hypotézou ruské agrese ve východní části Ukrajiny. Rozvrat Ukrajiny nezpůsobil ruské vměšování, ale nezodpovědnost a rozkrádání vládnoucích kruhů Ukrajiny od samého začátku ukrajinské nezávislosti. Ještě před majdanskými událostmi byl HDP Ukrajiny v porovnání s rokem 1992 45 %, zatímco v sousedním Bělorusku 260 %. Od doby Majdanu se pád HDP ještě urychlil a v posledním kvartálu 2014 to bylo už 15,2 %. Dopady nekompetentnosti nových vládců Ukrajiny jsou děsivé. To, že je chváli jejich západní sponzoři, nic neznamená, ale vše spěje k sociálnímu výbuchu. Nemáme naprosto žádnou jistotu, na co budou evropské prostředky použity. Ukrajina např. má stavět tzv. Východní val, který má být 2295 km dlouhý a stát více než 537 milionů dolarů. Prostředky, které směřují na makrofinanční asistenci, by měly stabilizovat rozpočet a pomoci hospodářství i sociální situaci obyvatel, proto jsem nemohl tuto zprávu podpořit.

Mittwoch, 25. März 2015

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté pour ce rapport qui va permettre d'allouer une aide financière supplémentaire à l'Ukraine d'un montant de 1,8 milliard d'euros, s'ajoutant au montant de 1,61 milliard déjà versé en 2014. Nous reconnaissons que ce pays, touché de plein fouet par un conflit armé, subit également les conséquences des restrictions commerciales et gazières imposées par la Russie, qui entraînent une récession économique, une fuite des capitaux, et une dépréciation de sa monnaie. Il est important que cette aide soit conditionnée à l'engagement de réformes structurelles de la part du gouvernement ukrainien, le but étant d'impulser un cercle vertueux vers une sortie de crise. Nos travaux ont été rapides, permettant l'octroi de cette aide à l'Ukraine prochainement, ce qui relève de notre responsabilité d'Européens.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la concesión de la asistencia macrofinanciera a Ucrania propuesta por la Comisión Europea, en primer lugar, por la urgente necesidad de movilizar ayuda pública internacional para el país vecino, que se encuentra inmerso en una seria crisis, agravada por el conflicto armado al este del país y por la consiguiente inestabilidad que imposibilita su acceso a los mercados internacionales de financiación de la deuda.

En segundo lugar, porque el programa de ayuda servirá de apoyo e impulso al proceso interno de reformas que tanto necesita Ucrania, al venir acompañado de un programa político acordado con las autoridades del país. Esta ayuda, por tanto, contribuirá al logro del objetivo de la UE de promover la estabilidad y el desarrollo económicos en Ucrania y, de forma más general, en los países asociados de Europa Oriental.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Hier, j'ai soutenu la proposition de la Commission européenne qui vise à lever des fonds à hauteur de 1,8 milliard d'euros sur le marché obligataire international et à les prêter à l'Ukraine, sans aucun intérêt supplémentaire par rapport au taux que l'Union européenne doit elle-même rembourser à ses prêteurs externes. La crise économique fait rage en Ukraine. Sans oublier que le pays est miné par des problèmes structurels de longue date – comme la corruption – aggravés par le conflit armé dans l'Est du pays mais aussi par les restrictions commerciales imposées par la Russie et par l'escalade du conflit de l'approvisionnement en gaz naturel entre les deux pays. Ayant perdu son accès aux marchés internationaux de la dette, l'Ukraine ne peut plus emprunter de l'argent par elle-même. L'Union l'a donc fait pour elle et je me réjouis du message politique fort que l'Union envoie à l'Ukraine par la même occasion: «l'Europe est fermement à vos côtés!». Il convient de noter que le décaissement sera lié à la mise en œuvre par l'Ukraine de réformes structurelles telles qu'une meilleure gestion des finances publiques, des mesures anti-corruption, des changements sur le plan de l'administration fiscale, des réformes dans les secteurs énergétique et financier ainsi que des mesures visant à améliorer le milieu des affaires.

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – A Ucrânia tem sido um parceiro importante da União Europeia, designadamente pelas relações comerciais estabelecidas no âmbito da Política Europeia de Vizinhança.

Não obstante, face às constantes violações da sua integridade territorial, a Ucrânia tem enfrentado difíceis períodos de instabilidade económica e financeira, ao nível da sua balança de pagamentos, falta de liquidez, fuga de capitais, entre outros, o que leva a uma maior necessidade de financiamento externo.

Atento a este contexto e dado o novo pedido de assistência macrofinanceira reiterado pela Ucrânia a 15 de dezembro de 2014, estou de acordo com a presente decisão, sendo certo que esta assistência deverá assumir um carácter excecional e ser condição para que a Ucrânia realize as reformas necessárias à estabilidade política das suas instituições, ao reforço das suas capacidades administrativas, prevenindo a fraude, a corrupção e criando as condições necessárias para um crescimento e desenvolvimento sustentável, que gere emprego e seja capaz de levar a cabo a consolidação das contas públicas ucranianas.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. – Ho deciso di votare in maniera assolutamente contraria a un provvedimento che assegna, sotto forma di prestiti, la somma di 1,8 miliardi di euro all'Ucraina. Questo intervento di assistenza economica è il più grande mai compiuto dalle Istituzioni europee nei confronti di un paese extra-UE e il terzo in breve tempo nei confronti della stessa Ucraina. Inoltre, nulle sono le garanzie che Kiev può fornire circa: la restituzione della somma, il rispetto dei diritti umani, le modalità secondo cui l'ingente somma verrà impiegata. Infine, questo tipo di provvedimento, unito alle preferenze commerciali già conferite a Ucraina, Moldova e Georgia, non fa altro che rappresentare un'ulteriore e grave ingerenza in una zona economica che storicamente è di influenza russa e che per le nostre realtà produttive non rappresenta un grande interesse commerciale.

Mittwoch, 25. März 2015

Petri Sarvamaa (PPE), kirjallinen. – EU:n komission esityksen mukaan EU lainaa pääomamarkkinoilta 1,8 miljardia euroa varoja, jotka se lainaa edelleen Ukrainalle. Ukrainan on maksettava laina takaisin 15 vuoden kuluttua. Lainan edellytyksenä on se, että Ukraina sitoutuu tekemään rakenteellisia uudistuksia.

Ukrainan talousongelmien taustalla on ennen kaikkea Itä-Ukrainan kriisi. Sen lisäksi Ukrainalla on rakenteellisia ongelmia. Myös Venäjän kauppaa rajoittavat toimet sekä Ukrainan ja Venäjän välisen maakaasukiistan kärjistymisen ovat vaikuttaneet voimakkaasti Ukrainan talouteen.

Lainan ehtona on mm. julkisen talouden uudistuksia, korruption vastaisia toimia, verohallinnon muutoksia, uudistuksia energia- ja rahoitussektorilla sekä liiketoimintaympäristön parantamista.

EU:n päätöksellä on ennen muuta symbolinen solidaarisuusarvo. Vaikka en voikaan uskoa kaikilta osin siihen, että Ukraina kykenisi maksamaan lainat takaisin, pidän EU:n osoittamaa vaikutusta erittäin suuressa arvossa. Meidän on pidettävä EU ja sen arvoyhteisöön nojaavat valtiot yhdessä. Siksi äänestin myös tämän mietinnön puolesta.

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), por escrito. – La asistencia macrofinanciera es un instrumento excepcional como reacción a las crisis que la UE pone a disposición de sus países socios con graves problemas de pago. Este informe propone otorgarle a Ucrania una ayuda financiera de 1 800 millones de euros, teniendo en cuenta que esto se suma a los fondos que ya se les dio anteriormente tanto por parte de la UE como del FMI o el Banco Mundial. Puesto que esta ayuda está condicionada al respeto de ciertas exigencias como la puesta en marcha de reformas estructurales en el ámbito económico (privatizaciones, desregulaciones) como en el ámbito político, he votado en contra.

Siôn Simon (S&D), in writing. – I voted in favour of the proposal to provide macro-financial assistance to Ukraine. The Ukrainian economy is experiencing an acute and serious crisis. The European Parliament has consistently expressed its support for assisting Ukraine, the associated partner of the EU, in its economic and political stabilisation and reforms. Today's vote means we will assist the country financially in the extremely difficult situation it finds itself in.

Monika Smolková (S&D), písomne. – Makrofinančnú pomoc Ukrajine som podporila, pretože situácia na Ukrajine je alarmujúca. Ľudia hladujú, mrznú, nedostáva sa im potrebnej lekárskej pomoci... a nádej na skoré zlepšenie ich neutešenej situácie je v nedohľadne. Preto chcem veriť, že poskytnutá makrofinančná pomoc bude pre ľudí, a nie pre oligarchov, ktorí ešte stále ovplyvňujú politickú moc a bohatnú na chudobe obyčajných ľudí. V súčasnosti ľudia Ukrajiny opäť vychádzajú do ulíc, aby vyjadrili svoju nespokojnosť a upozornili vládu na svoju zlú životnú situáciu. Ukrajina dnes potrebuje nielen finančnú pomoc, ale aj pomoc pri boji proti korupcii, podvodom a uskutočnení nevyhnutných štrukturálnych reforiem.

Csaba Sógor (PPE), in writing. – I voted in favour of the EU granting Ukraine EUR 1.8 billion in macro-financial assistance for economic and political stabilisation and reform. The MFA is an exceptional EU crisis-response mechanism that is exactly designed for situations where EU partner countries experience acute financial difficulties. Ukraine is fighting a war on its eastern front with Russia. At the same time, the Council acknowledged the Ukrainian government's reform efforts so far. We are obliged to support our partner in these efforts and ensure we have a well-functioning, transparent and prosperous neighbour in the future.

Within this state reform, there needs to be support for the different religious and ethnic groups in Ukraine. It is important that we do not overlook the struggles of minority groups, such as the Crimean Tatars and the Hungarian community, or religious communities such as Protestants and Catholics.

Michaela Šojdrová (PPE), písomně. – Podpořila jsem makrofinanční pomoc pro Ukrajinu ze strany EU v navrhované výši 1,8 miliardy EUR. Návrh Komise počítá s pomoci Ukrajině, jež je podmíněna reformami a je v souladu s podmínkami Mezinárodního měnového fondu. Ukrajina se zmítá v konfliktu, část jejího území je okupována a země řeší obrovské ekonomické a sociální problémy. Musíme ji proto podpořit, aby nepadla na kolena, mohla se dále rozvíjet a využít svého obrovského potenciálu.

Igor Šoltes (Verts/ALE), pisno. – Potrčil sem predlog Evropske komisije za dodatno makrofinančno pomoč Ukrajini v višini 1,8 milijarde evrov. Potrđitev predloga se mi zdi pomembna, saj predstavlja pomemben korak za hitro izplačilo srednjeročnih posojil letos in prihodnje leto. Odbritev sredstev potrjuje zavezanost EU za nadaljevanje pomoči državi, ki sta jo prizadela globoka recesija in konflikt na vzvodu države. Nova makrofinančna pomoč dopolnjuje sredstva, ki jih je EU že prispevala v obliki humanitarne in tehnične pomoči ter projektne podpore. Mnenja sem, da sta pomoč in solidarnost do Ukrajine zelo pomembni, vendar ju ne moremo dati kar tako. Zahtevati moramo dosledno implementacijo reform v državi na področju davčne politike in pri boju proti korupciji. Le tako bo lahko Ukrajina dosegla dolgor-

Mittwoch, 25. März 2015

očno stabilnost in razvoj. Poleg tega pa je potrebno poskrbeti za nadzor ter ga izvajati, da bodo namenjena sredstva prišla v prave roke in bodo uporabljena dosledno in za namene reform in izboljšanje situacije v državi. Dejstvo je, da morajo od namenjene pomoči imeti koristi predvsem prebivalci države, saj trenutno gospodarstvo v Ukrajini propada in ljudje se izseljujejo, kar je nedopustno. Potrebno je poenostaviti postopke in doseči učinkovitejše vodenje programa pomoči. Ukrajina je v vseh pogledih država, ki to pomoč nujno potrebuje in ji jo je potrebno odobriti.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore dello stanziamento di 1,8 miliardi di euro in assistenza macrofinanziaria all'Ucraina per aiutare il paese a colmare il deficit nella bilancia dei pagamenti.

L'Ucraina è colpita da una crisi economica dovuta a problemi strutturali di lunga data, ora inasprita dal conflitto armato nella parte orientale del paese, che sta impedendo l'attuazione dell'aggiustamento macroeconomico, nonché le necessarie riforme strutturali. A causa del conflitto interno, delle restrizioni commerciali da parte della Russia e dell'inasprimento del contenzioso relativo ai gas naturali, si è verificata una fuga di capitali con conseguente deprezzamento della moneta che rende necessario il ricorso a finanziamenti esterni per attuare le riforme strutturali, politiche ed economiche, per uscire dalla crisi.

Ritengo che sia nostro dovere, come Unione europea, aiutare un paese che in più di un'occasione ha dimostrato la propria volontà di «avvicinarsi» all'Unione. Credo dunque sia necessario, in virtù di quelli che sono i principi di solidarietà su cui si basa la nostra comunità, garantire all'Ucraina gli strumenti finanziari per uscire dalla propria crisi e attuare il programma di riforme concordato dal futuro protocollo d'intesa volto a porre rimedio alle fondamentali debolezze che, accumulate, hanno portato all'attuale deficit.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Ukrajina je náš sused, ktorý sa ocitol v zložitej situácii, hospodárskej i bezpečnostnej. Krajina potrebuje štrukturálne zmeny, zlepšenie správy vecí verejných, odstraňovanie korupcie či posilnenie podnikateľského prostredia. Podporujem návrh Komisie a hlasovanie mojich kolegov v Parlamente za tento výnimočný mechanizmus ako signál podpory novej vlády v jej reformnom úsilí.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Ukrajinsko gospodarstvo prolazi kroz ozbiljnu krizu ukorijenjenu u dugotrajnim strukturnim problemima koji su otežani zbog oružanog sukoba u istočnim krajevima države i ilegalne aneksije Krima od Rusije. Nakon što je nova vlada preuzela dužnost u veljači 2014. godine, njezin program pokrenuo je ambicioznu makroekonomsku prilagodbu i strukturne reforme koje su podržane programom financijske pomoći od MMF-a i dva makrofinancijska paketa pomoći od EU-a.

U svojoj najnovijoj Rezoluciji od 15. siječnja 2015. o situaciji u Ukrajini, Europski parlament je pozdravio prijedlog Komisije za proširenje pomoći na dodatnih 1,8 milijardi eura. U vidu makrofinancijske pomoći Ukrajini, EP je pozvao na razvijanje plana pomoći za Ukrajinu. Prijedlog Komisije također se temelji na zaključcima Europskog vijeća od 18. prosinca 2014. godine kojim se poziva EU i njezine države članice da budu spremni dodatno olakšati i poduprijeti reformski proces Ukrajine, naravno sve u skladu s pravilima MMF-a.

Sukladno svemu navedenom podržavam prijedlog pružanja makrofinancijske pomoći Ukrajini.

Richard Sulík (ECR), *písomne*. – Návrh som nepodporil, pretože si nemyslím, že Európska únia by mala poskytovať opäť ďalšiu pomoc Ukrajine. Ukrajina nepotrebuje viac cudzích peňazí – Ukrajina v prvom rade potrebuje vykonať zásadné reformy s cieľom zvýšiť konkurencieschopnosť, najmä v oblasti boja proti korupcii. Poskytovanie tejto pomoci nielenže nie je zo strany EÚ rozumné, ale môže tiež Ukrajinu od riešenia týchto problémov dokonca vzdialiť. Dobrým príkladom podobného princípu je napríklad aj Grécko.

Mittwoch, 25. März 2015

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Glasovala sem za resolucijo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o zagotavljanju makrofinančne pomoči Ukrajini v višini največ 1,8 milijarde EUR, si čimer bomo podprli gospodarsko stabilizacijo in obsežen načrt reform Ukrajine. Ukrajina je v težkem plačilnobilancnem in likvidnostnem položaju, kar je posledica kršenja suverenosti in ozemeljske nedotakljivosti Ukrajine ter posledičnega vojaškega konflikta. Resolucijo sem podprla tudi zaradi tega, ker kot predpogoj za dodelitev makrofinančne pomoči Unije določa, da Ukrajina spoštuje učinkovite demokratične mehanizme, vključno z večstrankarskim parlamentarnim sistemom, in pravno državo ter zagotavlja spoštovanje človekovih pravic.

Νεοκλής Σουλκιώτης (GUE/NGL), *γραφτώς*. – Εδώ και μήνες είμαστε μάρτυρες των δραματικών αποτελεσμάτων που έχει η πολιτική της ΕΕ στην Ουκρανία. Αντί η ΕΕ να προωθεί την ειρήνη, προωθεί τα οικονομικά και γεωπολιτικά της συμφέροντα. Έτσι έχουμε ενίσχυση της διένεξης, συνέχιση του πολέμου, περισσότερους νεκρούς και παραβιάσεις ανθρωπίνων δικαιωμάτων. Ο ουκρανικός λαός πληρώνει με το αίμα του και την εξαθλίωση του, την επιμονή της Δύσης να διαλύσει τους δεσμούς Ουκρανίας-Ρωσίας, να εντάξει τη χώρα στο NATO και να επιβάλει δια πυρός και σιδήρου τις αντιλαϊκές πολιτικές του ΔΝΤ στην οικονομία της χώρας.

Καταψηφίσαμε την έκθεση γιατί ακριβώς κινείται σε αυτό το μονοπάτι. Πού είναι οι πρόνοιες που θα απαιτούν από την κυβέρνηση Ποροσένκο να σεβαστεί τη Συμφωνία του Μινσκ; Πού είναι η δέσμευση της Ουκρανίας ότι οι πόροι που θα της δώσουν οι λαοί της ΕΕ δεν θα διοχετευτούν σε όπλα και εξοπλισμούς; Πώς θα βελτιωθεί η ζωή του ουκρανικού λαού όταν η ΕΕ θέλει να τον αλυσοδοδέσει με τα μνημόνια του ΔΝΤ; Πού είναι η στρατηγική για τη διαφάνεια και την καταπολέμηση της διαφθοράς; Πού είναι το σχέδιο για κοινωνικές και δημοκρατικές μεταρρυθμίσεις στην Ουκρανία που θα επουλώσουν τις πληγές της; Όλα αυτά, δυστυχώς, παρακάμπτονται από τα συμφέροντα των κυρίαρχων κύκλων.

Ελευθέριος Συναδινός (NI), *γραφτώς*. – Η οικονομική βοήθεια στην Ουκρανία προωθείται προκειμένου να εξασφαλίσει στην ΕΕ, αντίπαλο δέος απέναντι στη Ρωσία.

József Szájer (PPE), *írásban*. – Az Ukrajnának nyújtandó makrofinanszírozási támogatás hozzájárul mind az ukránai, mind a tágabb értelemben vett kelet-európai szomszédság gazdasági stabilitásához és fejlődéshez.

A határon átnyúló gazdasági kapcsolataink erősítésén túlmenően magyar szempontból ennél is jelentősebb, hogy a jelentés elfogadásával a fideszes európai néppárti képviselők hozzájárulhatnak a kárpátaljai magyarság gazdasági körülményeinek pozitív alakításához.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – A Bizottság javaslatával és a 2015. március 19-20-i EiT álláspontjával is egyetértve szavazatommal támogattam a jelentés elfogadását, beleértve a MFA-kölcsönt Ukrajna részére. Döntésemet annak tudatában hoztam, hogy szokatlanul nagy összegről van szó, ugyanis a politikai-gazdasági tét is nagy, nem csak az ukránok, hanem az EU számára is. Önmagában az is helyes, ha az Unió egy fontos szomszédja, partnere gazdaságának stabilizálásához hozzájárul, akkor is, ha pénzügyi stabilitása strukturális vagy finansziális okokból rendült meg. Ukrajna azonban mindezek mellett olyan háborús károk elszenvedője, folytatódó gazdasági nyomás, energiaellátási zavarok, áldozata az orosz expanziós törekvések célpontjaként, amelyek a partneri szolidaritást uniós szolidaritássá, az EU legbelsőbb ügyévé teszik.

A Putyin-rezsim expanzív törekvései Ukrajnán keresztül egész Európa destabilizálásával fenyegetnek, nem utolsósorban a gazdasági-pénzügyi struktúrák területén. A MFA-szabályok szerinti kölcsön hatékony eszközt adhat a kijevi kormány kezébe ennek kivédéséhez, a pénzügyi összeomlás elkerüléséhez. Ugyanakkor ezúttal is tudatosítanunk kell ukrán partnereinknél, hogy az EU számára fontos szempont a kondicionalitás, különösen a vállalt reformprogram következetes és hatékony végrehajtása tekintetében. Az EU oldalán szintén fontos emlékeztetni arra a követelményre, hogy ezeket a szempontokat kivétel nélkül mindegyik tagállam egységben, következetesen képviselje az orosz, ill. az ukrán féllel való kapcsolataiban.

Dario Tamburrano (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato no al piano di assistenza macrofinanziaria all'Ucraina: non risolverà i problemi del paese, è uno strumento neocoloniale, rappresenta uno schiaffo ai paesi europei impoveriti dall'au-

Mittwoch, 25. März 2015

L'Ucraina è un pozzo senza fondo di debiti a causa della guerra civile che è scoppiata perché il paese è stato lacerato dalla decisione di firmare l'accordo di associazione con l'UE. Finché durerà la guerra, l'Ucraina non si risolleverà e non potrà ripagare i debiti. La guerra durerà finché l'UE non capirà che una consistente parte del popolo ucraino non ha la minima intenzione di accettare né l'UE né il suo modello politico, economico e sociale.

Il Fondo monetario internazionale ha subordinato la concessione del prestito all'Ucraina al rispetto del cessate il fuoco. L'UE subordina l'assistenza macrofinanziaria alle riforme: ovvero dare all'Ucraina un'economia di mercato attraverso strumenti quali triplicare il prezzo del gas e tagliare le pensioni ad una popolazione già alla fame. È l'imposizione dell'*austerità*. È contrario ai reali interessi del popolo ucraino: e molti ucraini se ne sono accorti.

Mentre dà 1,8 miliardi all'Ucraina, l'UE fa sospirare 1,2 miliardi alla Grecia che non vuole più accettare l'*austerità*. L'UE presta denaro per seminare *austerità*. I suoi soldi sono il bacio della morte.

Charles Tannock (ECR), *in writing*. – The situation in Ukraine is dire. The war in the east, with nearly 20% of Ukraine's GDP, nearly a quarter of the nation's industrial output, and almost all of the nation's coal production in the conflict zone, has been hugely detrimental to Ukraine's economy. The violent conflict in the Donbass has crippled Ukrainian production as well as its energy industry. The lack of coal has forced power plants to shut down, sending waves of blackouts across Ukraine. This is a danger that affects not only those people living in the war-torn east, but also those living in the relative safety of the west.

As supporters of peaceful, democratic rule, it is our duty to aide the Ukrainian economy in its recovery. My group, the ECR, and I are happy to welcome the proposed macro-financial assistance to Ukraine. The proposed aid of EUR 1.8 billion in the form of medium-term loans will help Ukraine cover part of its residual additional external financing needs in 2015 and early 2016 in context of the ongoing IMF programme. It would be provided in the form of a loan that will be paid back and financed through a borrowing operation that the Commission will conduct on behalf of the EU.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – La Commission européenne a proposé en janvier d'accorder une nouvelle aide «macro-financière» à l'Ukraine, sous la forme de prêts à moyen terme d'un montant maximal de 1,8 milliard d'euros.

Ce soutien doit aider l'Ukraine à faire face aux difficultés majeures auxquelles elle est confrontée, notamment la faiblesse de sa balance des paiements et de sa situation budgétaire, rappelle la Commission.

L'enveloppe proposée est le troisième programme d'assistance macro-financière en faveur de l'Ukraine depuis 2010. Rien qu'en 2014, l'Europe a versé 1,36 milliard d'euros d'aide dans le cadre de programmes existants.

Le versement de la dernière tranche de 250 millions d'euros doit intervenir sous peu, sous réserve de la bonne mise en œuvre par l'Ukraine des mesures convenues. En effet, l'aide européenne n'est pas inconditionnelle: pour en bénéficier, Kiev doit respecter une série de critères de réforme, en matière de budget, de banques, d'énergie ou de système judiciaire.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of the proposal is to grant an extra EUR 1.8 billion in macro-economic aid to Ukraine. This is important to show to the Ukrainian people that the EU stands united behind their country and supports their government.

Yana Toom (ALDE), *kirjalikult*. – Viimase aasta jooksul halvenes Ukraina majanduslik olukord mitmel põhjusel: relva-konflikt Donbassis, korruptsioon, ebaefektiivne juhtimine ning reformide matkimine. Ukrainat eraldab täielikust makse-jõuetusest vaid järjekordne laen Rahvusvaheliselt Valuutafondilt, mis aga tuleb kunagi tagasi maksta. Euroopa Liidu makromajanduslik abi peaks hõlbustama reformide elluviimist ja stabiliseerima rahalist olukorda Ukrainas.

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Hemos votado en contra de esta propuesta de la Comisión, que tiene que ver con una nueva asistencia financiera a Ucrania, que continúa la línea emprendida con la ayuda de 1 billón concedida en 2014. Entendemos que una ayuda en estas condiciones, sin el correcto seguimiento y sin el trabajo previo de normalización de la zona solo puede traer más corrupción, guerra y violaciones de los derechos humanos, agravando, además, el problema de la deuda ucraniana así como su dependencia económica. La propuesta de la Comisión, por otra parte, se centra solo en aspectos económicos, sin tratar, con la precisión que merece, los aspectos estructurales y políticos del asunto ucraniano.

Mittwoch, 25. März 2015

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report as I believe that this macroeconomic assistance programme is important for the future of Ukraine.

In any case, I am pleased to be able to vote for the report. Unfortunately in the past few years several countries have been bailed out without the European Parliament having any say in the matter.

Mylène Troszczynski (NI), *par écrit*. – Le Front National s'est exprimé CONTRE ce rapport. Ce texte propose un prêt de 1,8 milliard d'euros dont le versement est exécuté par tranches et soumis à des conditions politiques et financières. Cherchant à promouvoir des relations internationales pacifiques, le Front National refuse les ingérences dans les affaires d'autres États en contrepartie d'aides financières. L'assurance d'une bonne gestion des fonds alloués et les garanties des libertés fondamentales sont suffisantes et constituent la marque d'un engagement clair et respectueux des souverainetés.

István Ujhelyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam a jelentést, hiszen fontosnak tartom, hogy az Európai Unió ilyen módon vállaljon szolidaritást az ukránai kormányral és az ukrán néppel az ország jelenlegi súlyos pénzügyi és gazdasági helyzetében.

Bízom benne, hogy ez a pénzügyi támogatás katalizátorként fog hatni a reformtörekvések támogatására, és így az ukrán gazdaságba vetett bizalom fokozatos visszanyerésére.

Végezetül úgy gondolom, hogy ez a jelentés ismételten megerősíti az Európai Unió kötelezettségvállalását az ukrán reformfolyamat mellett, és tágabb értelemben véve jelzi az uniós intézmények elhivatottságát a kelet-európai szomszédság gazdasági stabilitására és fejlődésére irányuló uniós célkitűzésekkel szemben.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – No he votado favorablemente al incluir condiciones financieras de dudosa ayuda para el pueblo ucraniano, incluyendo la participación condicionada del FMI.

Ramón Luis Valcárcel (PPE), *por escrito*. – La economía ucraniana atraviesa una crisis aguda y grave provocada por problemas estructurales y, principalmente, por el conflicto armado en curso en el este del país, que está provocando restricciones comerciales con su vecino ruso y problemas muy graves en torno al suministro de gas. El déficit de financiación exterior y la falta de acceso de Ucrania a los mercados de deuda internacionales hacen que la ayuda financiera oficial adicional sea uno de los pocos recursos del país.

El Parlamento Europeo ha respaldado en reiteradas ocasiones la prestación de ayuda a Ucrania, por lo que acoge favorablemente la propuesta de la Comisión de otorgar a Ucrania un importe adicional de 1,8 millones de euros en concepto de ayuda macrofinanciera y considera positivo aprobar en primera lectura esta propuesta de la Comisión basada en las Conclusiones del Consejo Europeo del 18 de diciembre de 2014.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – He votado a favor de la concesión de la asistencia macrofinanciera a Ucrania propuesta por la Comisión Europea, en primer lugar, por la urgente necesidad de movilizar ayuda pública internacional para el país vecino, que se encuentra inmerso en una seria crisis, agravada por el conflicto armado al este del país y por la consiguiente inestabilidad que imposibilita su acceso a los mercados internacionales de financiación de la deuda.

En segundo lugar, porque el programa de ayuda servirá de apoyo e impulso al proceso interno de reformas que tanto necesita Ucrania, al venir acompañado de un programa político acordado con las autoridades del país. Esta ayuda, por tanto, contribuirá al logro del objetivo de la UE de promover la estabilidad y el desarrollo económicos en Ucrania y, de forma más general, en los países asociados de Europa Oriental.

Mittwoch, 25. März 2015

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – La asistencia macrofinanciera es un instrumento excepcional como reacción a las crisis que la UE pone a disposición de sus países socios con graves problemas de pago. Este informe propone otorgarle a Ucrania una ayuda financiera de 1 800 millones de euros, teniendo en cuenta que esto se suma a los fondos que ya se les dio anteriormente tanto por parte de la UE, como del FMI o el Banco Mundial. Puesto que esta ayuda está condicionada al respeto de ciertas exigencias como la puesta en marcha de reformas estructurales en el ámbito económico (privatizaciones, desregulaciones) como en el ámbito político, he votado en contra.

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – Along with my Socialist colleagues, I voted in favour of the resolution on macro-financial assistance to Ukraine because the Ukrainian economy is experiencing an acute and serious crisis, rooted in long-standing structural problems and aggravated by the armed conflict in the Eastern regions and the illegal annexation of Crimea by Russia. After a new government took office in February 2014, its ambitious macroeconomic adjustment and structural reform programme need to be underpinned by EU macro-financial assistance (MFA) operations.

Hilde Vautmans (ALDE), *schriftelijk*. – Oekraïne krijgt 1,8 miljard Euro financiële bijstand van de EU. Dit is de grootste Eu steun ooit gegeven aan een niet-EU lidstaat. Deze steun komt er in de vorm van leningen, terugbetaalbaar op maximum 15 jaar en op voorwaarde dat Oekraïne de democratisering van het land respecteert, evenals de rechtsstaat en de mensenrechten. Deze steun komt er om het land economisch te stabiliseren en een substantiële hervorming van de staat te ondersteunen.

Samen met het IMF en de Wereldbank zal de Europese Commissie de hervormingen opvolgen, waar nodig in overleg met het Europees Parlement en de Europese Raad. Op deze manier kunnen we als EU het land er weer boven op helpen en haar onafhankelijkheid vrijwaren.

Miguel Viegas (GUE/NGL), *por escrito*. – A economia ucraniana atravessa uma crise aguda e séria, provocada pelo conflito armado provocado pela União Europeia atrelada à NATO e aos Estados Unidos. Após a tomada de posse do governo golpista, em fevereiro de 2014, a UE impôs um programa de assistência financeira do FMI e duas operações de assistência macrofinanceira (AMF) da UE, condicionados às habituais reformas estruturais.

Esta aventura desastrosa custou já demasiado aos povos da Ucrânia e da União Europeia, que são aqueles que pagam os desmandos daqueles que mandam nesta UE. A UE quebrou laços comerciais, históricos e culturais entre a Rússia e a Ucrânia. Em resultado disto, teve que abrir as suas fronteiras para absorver as exportações da Ucrânia que iam para a Rússia. A UE teve ainda que pagar as faturas do gás à Gazprom e ainda teve que desembolsar milhares de milhões de euros, quando nos dizem que não há fundos para financiar um simples programa de investimento publico que tanta falta faz ao relançamento da economia.

É um escândalo que não nos cansaremos de denunciar e a justiça ainda há de ser feita.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. – Der Bericht über die Makrofinanzhilfe für die Ukraine ist ein weiteres Beispiel für die völlig verfehlt(e) Mittelver(sch)wendung der Europäischen Nomenklatura. Das Faktum, dass ein Drittstaat eine Finanzierung von bis zu 1,8 Mrd. EUR erhalten soll, ist völlig inakzeptabel. Die budgetäre Lage der Mitgliedstaaten sollte Grund genug sein, eine riskante „Investition“ wie diese abzulehnen. Erst im September letzten Jahres warnten wir vor negativen Auswirkungen des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine. Aus diesem Grund habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della strategia di assistenza macrofinanziaria all'Ucraina perché credo che sia compito dell'Europa tutelare gli Stati quando ne ha la possibilità e quando questa possibilità può favorire il processo di pace e di stabilità di un territorio. Viviamo un tempo di grandi incertezze politiche ed è nostro compito fare il possibile per evitare il precipitare di certe, delicatissime, situazioni.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Die sogenannte Makrofinanzhilfe in Höhe von 1,8 Milliarden Euro lehne ich ab.

Erstens sehe ich eine Parallele zu den gescheiterten Rettungsschirmen im Euro-Währungsgebiet. Wer gegen die Rettungsschirme innerhalb des Euro-Währungsgebiets ist, muss auch gegen Rettungsprogramme außerhalb des Euro-Währungsgebiets sein. Was in Griechenland scheitert, das scheitert in der Ukraine erst recht. Die Ukraine steht schon jetzt am Rande des Bankrotts.

Mittwoch, 25. März 2015

Zweitens setzt die Rechtsgrundlage der Makrofinanzhilfe (Art. 212 AEUV) voraus, dass das Empfängerland der Hilfe kein Entwicklungsland ist. Die Ukraine wird sowohl vom Internationalen Währungsfonds als auch der Weltbank als Entwicklungsland eingestuft. Die Makrofinanzhilfe verstößt gegen Unionsrecht. Das wird ignoriert.

Drittens geht es nicht um ökonomische Hilfen, mit denen der Aufbau demokratischer Strukturen in der Ukraine gefördert werden soll. In Wahrheit geht es um einen geopolitischen Stellvertreterkrieg. Die EU sollte ein Projekt des Friedens sein, unsere eigenen Interessen vertreten und keine Stellvertreterkriege führen – und wenn sie es schon tut, dann sollte sie es wenigstens den europäischen Bürgern gegenüber ehrlich zugeben.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – Along with my Socialist colleagues, I voted in favour of the resolution on macro-financial assistance to Ukraine because the Ukrainian economy is experiencing an acute and serious crisis, rooted in long-standing structural problems and aggravated by the armed conflict in the Eastern regions and the illegal annexation of Crimea by Russia. After a new government took office in February 2014, its ambitious macroeconomic adjustment and structural reform programme needed to be underpinned by EU macro-financial assistance (MFA) operations.

I visited Ukraine in the years before Maidan, and saw for myself the extreme poverty facing communities. I have continued to maintain contact with Ukrainian civil society organisations, and know how important the relationship with the EU is, socially, economically, and politically.

Kristina Winberg (EFDD), *in writing*. – This Report calls for macro-financial assistance (MFA) to Ukraine. It is important that European countries support the development of Ukraine. Let there be no doubt that we support Ukraine and that we stand up for Ukrainian independence. However, it must be very clear that any proposal with a view to this must not be based on continued EU enlargement. The Swedish government recently (11 March) pledged to lend Ukraine roughly the equivalent of EUR 91 million, which we welcome.

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Salut decizia Comisiei și a Parlamentului European de a suplimenta cu încă 1,8 miliarde de euro asistența macrofinanciară acordată Ucrainei. Am votat azi raportul cu privire la majorarea acestui ajutor financiar, fiind conștienți de faptul că UE trebuie să-și manifeste prin toate mijloacele care-i stau la dispoziție sprijinul și solidaritatea față de Ucraina. Economia ucraineană trece printr-o criză acută și gravă, care își are originea în problemele structurale acumulate în timp, aceasta fiind agravată de conflictul armat din regiunile răsăritene și de anexarea ilegală a Crimeii de către Rusia. De-a lungul timpului, PE și-a exprimat sprijinul pentru stabilizarea și reformarea economică și politică a Ucrainei, partener asociat al UE. În rezoluția sa din 15 ianuarie 2015 referitoare la situația din Ucraina, PE a salutat propunerea Comisiei de a suplimenta cu încă 1,8 miliarde de euro asistența macrofinanciară acordată Ucrainei și a făcut un apel în favoarea unui plan major de asistență pentru Ucraina.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραφτός*. – Η αύξηση της ευρωενωσιακής χρηματοδότησης στην Ουκρανία κλιμακώνει την ιμπεριαλιστική επέμβαση της ΕΕ και των συμμάχων της ΗΠΑ και ΝΑΤΟ στην χώρα αυτή και την αντιπαράθεσή τους με τη Ρωσία, με επίκεντρο τους πλουτοπαραγωγικούς και ενεργειακούς πόρους της ευρύτερης περιοχής και τους δρόμους μεταφοράς τους.

Η χρηματοδότηση αυτή όχι μόνο δεν πρόκειται να ανακουφίσει τον Ουκρανικό λαό, που πληρώνει με το αίμα του την ιμπεριαλιστική επέμβαση και τις επιλογές της ντόπιας αστικής τάξης, αντιθέτα συνεπάγεται εξαπλώση της φτώχειας και της δυστυχίας, τη συνέχιση των πολέμων επιχειρήσεων και της καταπίεσης. Τα ευρωενωσιακά κονδύλια δεν προορίζονται για τις λαϊκές ανάγκες, αλλά για τις επιχειρήσεις. Συνοδεύονται από μνημόνιο και εποπτεία, ώστε να προωθηθεί νέος γύρος ανταλλακτικών μεταρρυθμίσεων που σχεδιάζονται από κοινού από την αντιδραστική Ουκρανική κυβέρνηση, την ΕΕ και το ΔΝΤ, για να εξασφαλίσουν την κερδοφορία των μονοπωλιακών ομίλων.

Ο Ουκρανικός λαός δεν έχει συμφέρον να στοιχιστεί πίσω από καμία αστική τάξη, κανέναν ιμπεριαλιστή. Η αυτοτελής πάλη του ενάντια στους ιμπεριαλιστές, για την ανατροπή της καπιταλιστικής βαρβαρότητας, για την δική του εξουσία, είναι η μόνη που μπορεί να εγγυηθεί την ειρήνη, τις αμοιβαία επωφελείς σχέσεις προς όφελος των λαών, τη λαϊκή ευημερία, την αλληλεγγύη και την φιλία των λαών.

Kosma Złotowski (ECR), *na piśmie*. – Głosowałem za przyjęciem programu pomocy makroekonomicznej dla Ukrainy, gdyż Unia Europejska powinna przyjąć na siebie część odpowiedzialności za ustabilizowanie sytuacji w tym kraju. Oczywiście nie rozwiążemy za rządów w Kijowie wszystkich problemów, ale możemy zaoferować mu pomoc, która przynajmniej częściowo pozwoli złapać oddech ukraińskiej gospodarce. Rosyjska agresja wciąż trwa, a jej cena rośnie z każdym dniem. To my, Europejczycy, byliśmy natchnieniem dla przemian na Ukrainie. Teraz, kiedy po pierwszej fali entuzjazmu przyszedł trudny moment i zwątpienie w obrany kierunek przemian, nie możemy odwrócić wzroku. Ukrainę czekają zmiany i reformy, które będą kosztowne. Walka z korupcją i budowa skutecznego aparatu państwowego

Mittwoch, 25. März 2015

będą wymagały inwestycji w edukację i wymiar sprawiedliwości. Jeśli proces ten się powiedzie, zyskamy stabilnego i wiarygodnego partnera dzielącego nasze demokratyczne wartości w bardzo niestabilnym regionie Europy. Taka perspektywa jest warta wiele, a już z pewnością jest warta tych środków, które chcemy Ukrainie teraz zaoferować.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), por escrito. – A Comissão Europeia tem apoiado fortemente a Ucrânia no quadro da assistência macrofinanceira (AMF). Depois de ter desembolsado, em 2014-2015, um valor global de 1620 milhões de euros, prepara-se agora para conceder mais um novo empréstimo de 1.8 mil milhões de euros. Como contrapartida a esta «ajuda» financeira, a UE encoraja a Ucrânia a concretizar projetos de reformas. Tal até poderia ser comovente se não soubéssemos que reformas estão previstas. É a tal condicionalidade que já todos conhecemos tão bem: privatização, livre circulação de capitais para alargar o mercado interno da UE, reformas laborais mais condicentes com o moderno paradigma da UE e do FMI chamado «mão-de-obra barata e sem direitos».

Aliás, tanta era a vontade da UE «ajudar» a Ucrânia que até apoiou e incitou um golpe levado a cabo por forças fascistas e neonazis, situação que desembocaria naturalmente na calamidade económica e social, consequência da guerra. Mais uma vez, a mesma hipocrisia.

Milan Zver (PPE), pisno. – Za poročilo o predlogu sklepa Evropskega parlamenta in Sveta o zagotavljanju makrofinančne pomoči Ukrajini sem glasoval, ker ukrajinsko gospodarstvo doživlja krizo, ki je posledica dolgotrajnih struktur-nih težav, izzval pa jo je oboroženi spopad v vzhodnih regijah in nezakonita priključitev Krima Rusiji. Recesija in beg kapitala sta večja, kot je bilo pričakovano, prišlo je do razvrednotenja valute in izčrpavanja mednarodnih rezerv. Ukrajina zato nima več dostopa do mednarodnih dolžniških trgov in nastalo vrzel za leto 2015 in začetek leta 2016 lahko zapolni le dodatna finančna pomoč. Že januarja 2015 je Evropski parlament pozdravil predlog Komisije o povečanju makrofinančne pomoči Ukrajini za 1,8 milijarde evrov in jo pozval k pripravi načrta pomoči, zdaj pa smo izplačilo te pomoči tudi odobrili. Z odobritvijo zgodovinsko največjega zneska pomoči državi, ki ni članica EU, je Evropa pokazala enotnost v podpori Ukrajini, ki se ne bori le za svojo varnost, ampak za varnost celotne EU in za vrednote demokracije, zato je prav, da ji EU pomaga po najboljših močeh. Program pomoči bo s pogojevanjem prispeval tudi h krepitvi zavez ukrajinske vlade za gospodarske reforme. Tako Evropski parlament nadaljuje s podporo Ukrajini, pridruženi partnerici Evropske unije, pri njeni gospodarski in politični stabilizaciji ter reformah.

26.9. Jährlicher Steuerbericht (A8-0040/2015 - Eva Kaili)

A szavazáshoz fűzött szóbeli indokolások

Krisztina Morvai (NI). – ... amelyre az adózással kapcsolatos jelentésre, pedig mindig nehezen szavazok olyan jelen-tésre igennel, ahol szuverenitást, döntési jogot vesznek el egy országtól. Itt azonban arról volt szó, hogy igaz, hogy adóügyben, de az adóelkerülésnek a megtiltásával kapcsolatos volt ez a jelentés. Ugye ismerjük a Lux Leaks ügyet, amelynek az elkövetőjét zeneszóval megválasztották (Juncker urat) Európai Unió biztossá. Tehát az ilyen, és ehhez hasonló garázdálkodások megelőzéséről szolt ez a jelentés.

Nagyon jó lenne, hogyha az előbbi felszólalásomban már említett devizahitelesek megsegítésében is az Európai Unió segítséget nyújtana, illetőleg, hogy ha már beleszól az országok szuverenitásába, akkor olyan módon és olyan tartalom-mal szóljon bele, hogy a különböző pénzügyi garázdálkodásokat más vonalon is megfékezzék, és a kiszolgáltatott emberek jogait és méltóságát erősítsék.

A szavazáshoz fűzött írásbeli indokolások

Lars Adaktusson (PPE), skriftlig. – I dag röstade Europaparlamentet om ECON-utskottets årliga skattebetänkande. Huvuddelen av betänkandet handlar om problemen med skatteflykt och vikten av rättsäkra och genomtänkta skattesys-tem. Men, som så ofta förr i den här typen av rapporter, tas även en rad för mig mycket svårsmälta sakpolitiska ställningstaganden med. I det här fallet rör det finansiell transaktionsskatt, krav på "egna medel" (EU-skatt), minimigrän-ser för skatter och en allmän harmonisering av skattenivåerna i unionen. Skattepolitiken hör av självklara subsidiära skäl hemma i de nationella parlamenten och inte i Bryssel. Eftersom det aktuella betänkandet präglas av en övertygelse om motsatsen valde jag att rösta nej.

Mittwoch, 25. März 2015

Clara Eugenia Aguilera García (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del Informe Anual de Fiscalidad porque reitera la necesidad de luchar contra el fraude y la elusión fiscal así como la planificación fiscal agresiva, y en particular apoya el intercambio automático de información sobre los acuerdos fiscales entre Estados miembros y corporaciones. No puede ser que las grandes multinacionales logren reducir al mínimo el pago de impuestos. Los beneficios deben ser gravados allí donde se producen.

Asimismo, recuerda al Consejo que debe aprobar la Directiva sobre la armonización de la base del impuesto de sociedades, bloqueada por algunos Estados miembros desde 2011, así como la relativa al Impuesto sobre las Transacciones Financieras (ITF) mediante cooperación reforzada.

Además, los socialistas españoles consideramos que los derivados deben incluirse en el ámbito de aplicación del ITF y que los impuestos sobre la riqueza son fundamentales para combatir la desigualdad derivada de la creciente acumulación del capital. Igualmente hemos defendido que la Comisión impulse, mediante las Recomendaciones Específicas por País en el marco del Semestre Europeo, el establecimiento de un impuesto sobre el patrimonio en los Estados miembros donde todavía no esté implantado.

En definitiva, los socialistas reiteramos que la competencia fiscal es incompatible con el mercado interior.

Marina Albiol Guzmán (GUE/NGL), *por escrito*. – Dada la importancia del problema de la evasión fiscal en la UE y la urgencia en abordar el mismo, esperábamos un informe que propusiera medidas concretar para atajar el problema. En nuestra opinión, el informe carece de la perspectiva de la justicia social y la importancia del carácter redistributivo. Además de ello, no recoge como objetivo clave la imposición a las grandes empresas, multinacionales y a la riqueza. Finalmente, el informe está claramente en línea con las políticas neoliberales y el modelo dominante, dado que llama a reforzar el Semestre Europeo, y propone una política impositiva bajo el Semestre Europeo.

Martina Anderson (GUE/NGL), *in writing*. – There were positive aspects to this report including the focus on tax transparency; However, much of what was being proposed lacked any real substance or force.

If there was a serious concern with effecting real positive change in this field, the proposals would not have been a simple re-packaging of a failed economic paradigm. Instead, there would have been concrete measures put in place in order to move towards real tax transparency.

For my party, tax evasion and cross-border tax fraud is a major concern as untaxed income is considerably reducing our national tax revenues. As Ireland tries to find a sustainable economic recovery it is crucial that we develop a healthier reputation as a transparent place to pay tax and face up to any changes necessary to create transparent global tax system where multinationals cannot escape their duties to countries, including developing countries.

There were also objectionable provisions in this report, which attempted to interfere with Member States' taxation policies. Direct taxation is a matter of national competency and the EU has no role in dictating or interfering with Irish Taxation Policies or indeed in other Member States tax policies. It was for these reasons that I abstained.

Νίκος Ανδρουλάκης (S&D), *γραπτώς*. – Η οικονομική κρίση στην Ευρώπη καθιστά επιβεβλημένη τη σύσταση δίκαιων, διαφανών, και απλοποιημένων φορολογικών συστημάτων προκειμένου να παταχθεί η φοροδιαφυγή, η φοροαποφυγή, καθώς και ο άνισος φορολογικός ανταγωνισμός.

Σε αυτό το πλαίσιο, τα κράτη μέλη, μαζί με την Ευρωπαϊκή Επιτροπή, θα πρέπει να διαδραματίσουν κεντρικό ρόλο ενώνοντας τις δυνατότητές τους προς την καταπολέμηση των φορολογικών παραδείσεων.

Για το λόγο αυτό ψήφισα υπέρ της έκθεσης του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου σχετικά με τη Φορολογική Πολιτική.

Marie-Christine Arnautu (NI), *par écrit*. – Bien que ce rapport annuel sur la fiscalité évoque la question d'une harmonisation accrue des politiques fiscales, son sujet principal est la lutte contre la fraude fiscale. Il prévoit en effet l'encadrement strict des pratiques de rescrit et une sévérité accrue face aux fraudes. Suite aux événements fiscaux successifs de l'année 2014, tels que le scandale LuxLeaks, qui menacent notre économie, des mesures urgentes sont nécessaires. Ce rapport prévoit que les entreprises coupables de fraudes ou s'établissant dans des paradis fiscaux n'aient pas accès aux fonds de l'Union, ni aux aides d'État ou aux marchés publics. Les avocats, banques ou cabinets d'audit ayant apporté leur aide à la fraude seront de même sanctionnés. Toutes ces mesures me semblent adaptées et légitimes. J'ai donc voté en faveur de ce rapport.

Mittwoch, 25. März 2015

Jonathan Arnott (EFDD), *in writing*. – This report covers tax efficiency in the European Union. As a UKIP MEP, I believe that systems would be far more efficient if we were not in the European Union, and I cannot support the measures proposed for the collection of own resources.

I note that a Financial Transaction Tax, which would disproportionately harm the British economy, is also proposed.

Consideration of international taxation is better done by the OECD than by the European Union.

This report has very little to commend it, and I had no hesitation in voting against.

Guillaume Balas (S&D), *par écrit*. – Le Parlement européen se prononçait aujourd'hui sur le rapport annuel sur la fiscalité, texte porté par la députée européenne socialiste Eva Kaili.

Ce texte rappelle l'étendue de la fraude et de l'évitement fiscal en Europe: chaque année, près de 1000 milliards d'euros échappent aux recettes fiscales des États membres alors même que les finances publiques ont été durement éprouvées par la crise économique et financière. Cette résolution comporte plusieurs messages forts que le Parlement européen souhaite transmettre au Conseil: les discussions autour de la taxe sur les transactions financières (TTF) n'ont que trop duré, les 11 États membres participant à la coopération renforcée doivent enfin prendre leurs responsabilités pour mettre en place cet instrument de justice fiscale. De la même manière, l'assiette commune consolidée de l'impôt sur les sociétés (ACCIS), première étape vers l'harmonisation fiscale, doit revêtir un caractère obligatoire dans la proposition de la Commission européenne attendue pour le mois de juin.

Zigmantas Balčytis (S&D), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą, kuriame siūlomas bendras požiūris į mokesčių politiką, kuris gali pasitarnauti kaip pragmatiška priemonė augimui skatinti. Dėl mokesčių sukčiavimo ir mokesčių vengimo kiekvienais metais ES prarandama apie 1 trln. EUR galimų mokesčių pajamų. Pagrindiniai tarptautinės mokesčių politikos prioritetai šiuo metu – parengti visapusišką kovos su mokesčių slėpimu ir vengimu strategiją ir nustatyti visuotinį administracinio bendradarbiavimo standartą. Nustatomos trys prioritetinės sritys. Pirmą, nustatomos svarbios iniciatyvos, kurios gali padėti užtikrinti teisinį tikrumą, skatinti tarpvalstybinę prekybą, padėti pasinaudoti visomis bendrosios rinkos teikiamomis galimybėmis ir taip paskatinti augimą ir užimtumą. Antra, siekiant kovoti su mokesčių sukčiavimu, mokesčių vengimu ir mokesčių rojais, reikia koordinuojamų ir visapusiškų veiksmų. Tokie neatidėliojami veiksmai galėtų būti alternatyva naujų lygių ar formų mokesčių įvedimui ir užtikrintų labai reikalingas papildomas lėšas, siekiant skatinti viešąsias investicijas, augimą ir užimtumą. Trečia, mokesčių politikos koordinavimas vykdamas aiškiai apibrėžtas struktūrines mokesčių reformas, kurios skatintų augimą, užimtumą ir investicijas vidutinės trukmės ir ilguoju laikotarpiu.

Nicolas Bay (NI), *par écrit*. – Au lendemain du scandale «LuxLeaks» impliquant l'actuel président de la Commission européenne, M. Jean-Claude Juncker, le rapport de Madame Kaili dénonce assez logiquement les fraudes fiscales en réclamant des sanctions. Le Front National, qui appelle à la fin des pratiques d'optimisation fiscale agressive, y est bien sûr favorable car ce sont les États membres et, avec eux, leurs honnêtes contribuables, qui en sont les premières victimes.

J'ai donc voté en faveur de ce texte qui va plutôt dans le bon sens mais je reste vigilant quant à la tentation de certains de nous imposer une harmonisation fiscale qui priverait les États membres de leur souveraineté en la matière.

Dominique Bilde (NI), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport. Le rapport loue les efforts déployés en matière de transparence quant à l'évasion fiscale. Cependant, c'est faire preuve d'optimisme et de cécité. Le droit européen établit en effet la libre circulation des capitaux entre États membres de l'Union mais aussi avec les pays tiers. Ainsi, la stratégie d'optimisation fiscale avec les paradis fiscaux, le plus souvent insulaires, ne serait en rien réglée. Les mesures envisagées ne feront que déplacer le problème grâce à une ingénierie fiscale toujours plus poussée de la part des multinationales. L'harmonisation fiscale est un leurre, puisque la mise en concurrence poussera toujours certains pays à adopter des politiques agressives. Après avoir ouvert les frontières, l'Union s'étonne que la TVA, impôt auquel il était initialement impossible de se soustraire, soit sujette à ces comportements, et propose donc une harmonisation des taux, qui serait contraire à tout bon sens économique, tant les besoins des pays diffèrent.

Mittwoch, 25. März 2015

On nous ressort enfin la taxe sur les transactions financières, que l'actuel commissaire Moscovici avait refusé en 2013 quand il était ministre de l'économie...

Bref, ce rapport fait fi de la volonté des États et du fait qu'ils doivent absolument rester souverains en matière fiscale.

Mara Bizzotto (NI), *per iscritto*. – Non ho votato a favore della relazione Kaili in materia di fiscalità. Pur contenendo il testo alcuni riferimenti condivisibili, non posso sostenere una relazione che torna su posizioni inaccettabili, quali la richiesta di nuove risorse proprie per il finanziamento delle politiche dell'Unione e la volontà di centralizzare ancora di più il controllo finanziario dei singoli Stati.

Malin Björk (GUE/NGL), *skriftlig*. – Jag har lagt ned min röst. Betänkandet har några mycket positiva delar som handlar om kampen mot skatteflykt, inte minst storföretagens, och skarpa åtgärder mot detta. Dessa skrivningar stödjer jag.

Å andra sidan finns skrivningar för generellt ökad skattepolitisk samordning, stöd för EU:s marknadsliberala ekonomiska politik och delar av åtstramningspolitiken. Det tvingar mig att lägga ned min röst.

José Blanco López (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del Informe Anual de Fiscalidad porque reitera la necesidad de luchar contra el fraude y la elusión fiscal así como la planificación fiscal agresiva, y en particular apoya el intercambio automático de información sobre los acuerdos fiscales entre Estados miembros y corporaciones. No puede ser que las grandes multinacionales logren reducir al mínimo el pago de impuestos. Los beneficios deben ser gravados allí donde se producen.

Asimismo, recuerda al Consejo que debe aprobar la Directiva sobre la armonización de la base del impuesto de sociedades, bloqueada por algunos Estados miembros desde 2011, así como la relativa al Impuesto sobre las Transacciones Financieras (ITF) mediante cooperación reforzada.

Además, los socialistas españoles consideramos que los derivados deben incluirse en el ámbito de aplicación del ITF y que los impuestos sobre la riqueza son fundamentales para combatir la desigualdad derivada de la creciente acumulación del capital. Igualmente hemos defendido que la Comisión impulse, mediante las Recomendaciones Específicas por País en el marco del Semestre Europeo, el establecimiento de un impuesto sobre el patrimonio en los Estados miembros donde todavía no esté implantado.

En definitiva, los socialistas reiteramos que la competencia fiscal es incompatible con el mercado interior.

Vilija Blinkevičiūtė (S&D), *raštu*. – Balsavau dėl šio pranešimo, nes juo Europos Parlamentas pateikia savo metinį pranešimą dėl mokesčių politikos Europos Sąjungos valstybėse narėse. Šiame pranešime Parlamentas pažymi, kad dėl mokesčių sukčiavimo ir mokesčių vengimo kiekvienais metais ES yra prarandama apie 1 trilijoną eurų galimų mokesčių pajamų ir šie nuostoliai kelia didelę grėsmę ES mokesčių sistemų veiksmingumui ir teisingumui, nes mokesčių našta padidėja visiems sąžiningiems piliečiams ir įmonėms. Dėl šios priežasties Parlamentas palankiai įvertino Komisijos pasiūlymą dėl mokesčių sistemų skaidrumo Europos Sąjungoje, kuris įpareigois ateityje valstybės nares automatiškai keisti informaciją apie mokesčių sistemų pokyčius. Tai Parlamentas įvardijo kaip pirmąjį žingsnį tinkama linkme.

Andrea Bocskor (PPE), *írásban*. – A nemrégiben lezajlott adósságválság számos új problémát vetett fel az Európai Unióban, amelyek miatt az adópolitikák megfelelő kiigazítására van szükség.

A Fidesz–KDNP képviselőcsoport álláspontjával összhangban úgy vélem, hogy a jelentés célirányos javaslatok révén jelentős előrelépések várhatóak a problémás területen, mely területtel immár már külön szakbizottság is foglalkozik az Európai Parlamentben.

Mittwoch, 25. März 2015

Fontos hangsúlyozni, hogy a költségvetési politika hitelességének visszanyerése, illetve az államadósság csökkentése elengedhetlenné teszi a költségvetési fegyelem biztosítását, strukturális reformok bevezetését, ugyanakkor gondoskodni kell arról is, hogy elsőbbséget kapjanak a növekedést célzó adóügyi intézkedések és ösztönözzék az olyan adók kivetését, amelyek nagyobb mértékben érintik a fogyasztást, mint a munkaerőt, mivel ezek hosszú távon jobban szolgálják a gazdasági növekedést és a foglalkoztatottságot.

Mivel a kettős adóztatás és az adókerülés kérdése továbbra is jelentős problémát és tekintélyes költségvetési kiestést okoz az Európai Unió számára, pozitív szavazatunkkal – továbbá a Bizottság által kiadott cselekvési tervvel összhangban – arra hívjuk fel a figyelmet, hogy sürgősen megoldást kell találni ezekre a problémákra.

Simona Bonafè (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della posizione del Parlamento sulla relazione annuale in materia di fiscalità.

La lotta contro la frode, l'elusione, l'evasione ed i paradisi fiscali mediante una legislazione efficace e semplificata negli Stati membri ed il rispetto delle norme comunitarie rappresentano una grande priorità del Parlamento europeo per potenziare i benefici del mercato interno.

È necessario pertanto un impegno congiunto nella definizione delle pratiche distorsive della concorrenza ed una posizione comune dell'UE sulle sanzioni applicabili agli Stati che provocano alterazioni della concorrenza attraverso condizioni fiscali particolarmente favorevoli. Ho apprezzato molto l'accento posto dalla relazione sull'importanza di garantire alle PMI la possibilità di poter competere in condizioni di parità. Al fine di garantire un sistema fiscale più equo e semplice, l'identificazione delle prassi scorrette ed il monitoraggio delle regole comunitarie in tema di politica fiscale devono essere rafforzate da parte della Commissione.

Le decisioni in ambito fiscale, però, sono e rimangono prerogativa nazionale: tramite riforme strutturali intelligenti, i paesi membri devono saper garantire maggiore trasparenza tra amministrazioni fiscali e contribuenti e agire in ambito fiscale per tutelare e spronare crescita e occupazione.

Biljana Borzan (S&D), *napisan*. – Pozdravljam ovo izvješće kao i Sporazum o automatskoj razmjeni informacija. Nadam se da će njegova provedba krenuti relativno brzo.

Procjenjuje da se svake godine u EU-u zbog poreznih prijevара i izbjegavanja plaćanja poreza izgubi milijarda eura. Toliki gubitak je velika prijetnja učinkovitosti i pravednosti poreznih sustava EU-a jer se njime povećava porezno opterećenje svih građana i poduzeća koji pošteno plaćaju poreze.

Zajedničkim pristupom može se ostvariti uspjeh u borbi protiv poreznih prijevара, utaje poreza, izbjegavanja plaćanja poreza, agresivnog poreznog planiranja i poreznih oaza te poboljšati okvir za pravilno funkcioniranje jedinstvenog tržišta djelotvornim poreznim zakonodavstvom.

Mercedes Bresso (S&D), *in writing*. – I voted in favour because I maintain that tax fraud and tax evasion strongly ruin our economy. I think that the differences between the taxation systems of the different Member States entail the creation of tax dumping which gives the possibility to the companies to choose where is best for them to pay taxes. This clearly forms an obstacle to the strengthening and the growth of our common market. Therefore I consider important the adoption of a common tax policy in Europe.

Gianluca Buonanno (NI), *per iscritto*. – Ho espresso voto contrario. Come può essere credibile un provvedimento in materia fiscale espresso da una Commissione guidata da un soggetto che per anni è stato a capo di uno Stato membro che sul tema dell'elusione fiscale ha destato molte preoccupazioni in seno agli altri partner UE?

Soledad Cabezón Ruiz (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del Informe Anual de Fiscalidad porque reitera la necesidad de luchar contra el fraude y la elusión fiscal así como la planificación fiscal agresiva, y en particular apoya el intercambio automático de información sobre los acuerdos fiscales entre Estados miembros y corporaciones. No puede ser que las grandes multinacionales logren reducir al mínimo el pago de impuestos. Los beneficios deben ser gravados allí donde se producen.

Mittwoch, 25. März 2015

Asimismo, recuerda al Consejo que debe aprobar la Directiva sobre la armonización de la base del impuesto de sociedades, bloqueada por algunos Estados miembros desde 2011, así como la relativa al Impuesto sobre las Transacciones Financieras (ITF) mediante cooperación reforzada.

Además, los socialistas españoles consideramos que los derivados deben incluirse en el ámbito de aplicación del ITF y que los impuestos sobre la riqueza son fundamentales para combatir la desigualdad derivada de la creciente acumulación del capital. Igualmente hemos defendido que la Comisión impulse, mediante las Recomendaciones Específicas por País en el marco del Semestre Europeo, el establecimiento de un impuesto sobre el patrimonio en los Estados miembros donde todavía no esté implantado.

En definitiva, los socialistas reiteramos que la competencia fiscal es incompatible con el mercado interior.

Nicola Caputo (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della proposta di risoluzione del Parlamento europeo sulla relazione annuale in materia di fiscalità in quanto registro con piacere la presa di coscienza, che traspare dalla relazione, della necessità di una strategia globale sulle politiche fiscali internazionali e noto che essa viene interpretata come non disgiunta da un'azione coordinata a livello di UE che tenga conto della necessità di potenziare i benefici del mercato interno e di operare una pressione incessante ed inesorabile sulla frode e l'evasione fiscale.

Mi compiaccio altresì degli sforzi compiuti nella direzione dell'abolizione del segreto bancario, così come di quelli in favore della competitività del settore bancario europeo, onde evitare l'evasione fiscale al di fuori dell'UE.

Sono convinto che la certezza giuridica e l'aumento degli scambi transfrontalieri siano da valorizzare al fine di promuovere il potenziale del mercato unico, così come, in prospettiva, è strategico aumentare il gettito pubblico anche per mezzo di una ritrovata fiducia nel sistema fiscale.

Dobbiamo ridare voce al contribuente onesto, che insiste – con giusta ragione – sul principio generale di equità della imposizione fiscale e su una rispondenza, in termini di servizi pubblici, crescita ed occupazione, di quanto gli si chiede di corrispondere.

Matt Carthy (GUE/NGL), *in writing*. – There were positive aspects to this report including the focus on tax transparency. However, much of what was being proposed lacked any real substance or force.

If there was a serious intention to affect real positive change in this field, the proposals would not have been a simple re-packaging of a failed economic paradigm. Instead, there would have been concrete measures put in place in order to move towards real tax transparency.

For Sinn Féin, tax evasion and cross-border tax fraud is a major concern as untaxed income is considerably reducing our national tax revenues. As Ireland tries to find a sustainable economic recovery it is crucial that we develop a healthier reputation as a transparent place to pay tax and face up to any changes necessary to create a transparent global tax system where multinationals cannot escape their duties to countries, including developing countries.

There were also objectionable provisions in this report, which attempted to interfere with states' taxation policies. Direct taxation is a matter of national competency and the EU has no role in dictating or interfering with Irish Taxation Policies. It was for these reasons that I abstained.

Fabio Massimo Castaldo (EFDD), *per iscritto*. – La relazione propone un approccio globale in materia di politica fiscale, che può rivelarsi uno strumento pragmatico per promuovere la crescita e l'occupazione, e andare nella direzione di un'UE migliore. Sono stati identificati tre principali ambiti prioritari.

Mittwoch, 25. März 2015

Il primo richiama un'azione comune volta a ridurre gli oneri amministrativi a carico delle imprese e delle autorità fiscali e a eliminare gli ostacoli artificiali e le divergenze tra le legislazioni nazionali. In secondo luogo, si richiama l'importanza dell'individuazione di una strategia comune per porre fine al reato dell'evasione fiscale, lottare contro la frode fiscale e l'elusione fiscale e combattere i paradisi fiscali. Infine, il coordinamento delle politiche fiscali dei diversi paesi è uno degli strumenti importanti al fine di stimolare la crescita, l'occupazione e gli investimenti in un orizzonte a medio e lungo termine.

Aymeric Chauprade (NI), *par écrit*. – J'ai voté en faveur de ce rapport qui va globalement dans le sens de nos propositions au Front National pour encadrer la fiscalité. Aussi soutiens-je des propositions telles que la fin des pratiques d'optimisation fiscale agressive ou du secret bancaire.

Je note tout de même l'hypocrisie constante des institutions européennes sur le sujet puisqu'elles se décident à sanctionner les pratiques fiscales délictueuses après avoir fermé les yeux sur les agissements de Jean-Claude Juncker lorsqu'il était aux responsabilités au Luxembourg.

Par ailleurs, il nous faudra rester vigilant sur la tentation d'harmonisation qui ouvrirait la boîte de pandore d'une union fiscale qui serait contraire aux intérêts propres des États membres.

Salvatore Cicu (PPE), *per iscritto*. – Il provvedimento che stiamo discutendo analizza la politica fiscale globale con l'obiettivo di promuovere una fiscalità propositiva e di crescita economica e monetaria in Europa.

Esso verte su tre fattori importanti: ridurre le divergenze legislative tra gli Stati membri, ridurre gli oneri amministrativi che sono a carico delle imprese e cercare di ridurre o meglio porre fine al reato dell'evasione fiscale globale.

L'aspetto che ho notato interessante tra le righe del provvedimento è quello sullo scambio automatico tra i paesi membri delle informazioni bancarie.

Per tutte queste motivazioni ho ritenuto di votare positivamente alla risoluzione.

Alberto Cirio (PPE), *per iscritto*. – Ho votato a favore della presente risoluzione perché propone un approccio globale in materia di politica fiscale, che può rivelarsi uno strumento pragmatico per promuovere la crescita e promuovere l'Unione economica e monetaria.

Della relazione ho particolarmente apprezzato tre importanti ambiti: l'azione di riduzione degli oneri amministrativi a carico delle imprese, l'eliminazione degli ostacoli artificiali e delle divergenze tra le legislazioni nazionali, ed il coordinamento non solo a livello europeo ma anche a livello globale per porre fine al reato dell'evasione fiscale.

Infine mi compiaccio dell'accordo sullo scambio automatico d'informazioni bancarie tra i paesi membri e delle prospettive di una sua rapida attuazione.

Deirdre Clune, Brian Hayes and Mairead McGuinness (PPE), *in writing*. – The Irish EPP delegation voted against the Annual Tax Report. While we are in favour of many aspects of this report, we do not agree that paragraph 25, which calls on the Commission to carefully study the introduction of a minimum corporate tax rate, is appropriate in this report. The EU Treaties clearly state that corporate tax rates are not an EU competence: it is for Member States to decide. We are firmly against aggressive tax planning and believe that the EU has a role in addressing tax evasion from large corporations, but Member States should have the freedom to set their own corporate tax rates.

Lara Comi (PPE), *per iscritto*. – Ho espresso il mio voto favorevole in merito alla relazione annuale in materia di fiscalità poiché ritengo che lo sviluppo di una buona governance in materia fiscale possa determinare un migliore funzionamento del mercato comune. L'Unione europea dovrebbe intensificare la lotta all'evasione e all'elusione in ambito fiscale, poiché rappresentano fenomeni che minacciano la concorrenza leale e determinano una consistente perdita di entrate. Sostengo un approccio globale in materia di politica fiscale finalizzato a promuovere iniziative fiscali favorevoli alle imprese e agli investitori. La cooperazione fiscale stimola una crescita sostenibile, intelligente ed inclusiva.

Mittwoch, 25. März 2015

Therese Comodini Cachia (PPE), *in writing*. – Whereas I support the fight against tax evasion and fraud, I have voted against this report as tax issues are and should remain a Member State (MS) competence. Furthermore the report assumes that tax harmonisation, financial transaction tax and CCCBT are a must, without considering that MS economies face different challenges and realities.

Ignazio Corrao (EFDD), *per iscritto*. – Ho votato a favore perché condivido il contenuto della relazione annuale in materia di fiscalità nell'UE, specialmente per ciò che riguarda l'impegno del Parlamento nella lotta contro l'evasione e l'elusione fiscale e i paradisi fiscali, nonché la necessità di una maggiore equità nella tassazione a livello europeo.

Javier Couso Permuy (GUE/NGL), *por escrito*. – Dada la importancia del problema de la evasión fiscal en la UE y la urgencia en abordar el mismo, esperábamos un informe que propusiera medidas concretar para atajar el problema. En nuestra opinión, el informe carece de la perspectiva de la justicia social y la importancia del carácter redistributivo. Además de ello, no recoge como objetivo clave la imposición a las grandes empresas, multinacionales y a la riqueza. Finalmente, el informe está claramente en línea con las políticas neoliberales y el modelo dominante, dado que llama a reforzar el Semestre Europeo, y propone una política impositiva bajo el Semestre Europeo.

Andrea Cozzolino (S&D), *per iscritto*. – Si tratta di una relazione ottima che merita il plauso e il sostegno. Il mancato gettito dovuto alle frodi e all'elusione fiscale - stimato in un miliardo di euro a livello europeo - di per sé renderebbe urgente una profonda riforma, che dovrebbe trovare spazio nel dialogo e nelle discussioni del gruppo di alto livello sulle risorse proprie, assieme all'introduzione di una tassa sulle transazioni finanziarie.

A livello di Stati membri troppo spesso assistiamo ad atteggiamenti compiacenti dei governi, che stipulano accordi segreti in materia di esenzioni fiscali con imprese multinazionali per attrarne i capitali, ma che, così facendo, introducono meccanismi perversi di concorrenza fiscale sleale all'interno dell'Unione, arrecando danni a tutti i cittadini.

Oltre ad assicurare un incremento delle entrate - che potrebbe dar luogo a investimenti ulteriori per la crescita - l'Unione e i suoi Stati devono impegnarsi per creare un sistema globale di certezza del diritto tributario e della fiscalità, come base preliminare a una reale crescita delle PMI che, a differenza delle grandi multinazionali, sono incapaci di profittare dei benefici «illeciti» derivanti dalla possibilità di spostare le proprie sedi fiscali in «paradisi».

Miriam Dalli (S&D), *in writing*. – I abstained on this report because, whilst it underlines the importance and necessity of fighting tax fraud, tax evasion and aggressive tax planning and tax havens, I believe that it is imperative that taxation remains a Member State competence. I am in favour of respect for Member States' competences as safeguarded by the treaties. Moreover, one has to understand the realities of peripheral or disadvantaged regions which require tax competition to survive. What is important is to make such competition, transparent.

Nicola Danti (S&D), *per iscritto*. – Ho espresso voto favorevole alla risoluzione del Parlamento europeo sulla relazione annuale in materia di fiscalità.

La risoluzione invia un chiaro messaggio a nome del Parlamento europeo: per una Europa che proceda nella via della piena integrazione, occorre un maggiore coordinamento delle politiche fiscali e più iniziative comuni in materia fiscale.

L'attuale eterogeneità dei regimi e degli approcci degli Stati membri in materia fiscale, così come dimostrato in modo chiaro in occasione della recente vicenda «LuxLeaks», costituisce un pericoloso ostacolo al completamento del mercato unico nella UE ed alla piena integrazione economica e favorisce inoltre fenomeni di palese distorsione della concorrenza, generando un vero e proprio «dumping fiscale» all'interno dell'Unione.

Registriamo segnali positivi nel segno di un maggiore coordinamento fiscale, come ad esempio il recente accordo sullo scambio automatico d'informazioni e progressi sulla definitiva abolizione del segreto bancario nella UE.

Mittwoch, 25. März 2015

Molta strada dovrà, tuttavia, essere ancora percorsa soprattutto con riferimento alla creazione di un effettivo sistema di risorse proprie dell'UE e nella lotta contro la frode, l'evasione e l'elusione fiscale con l'obiettivo finale di una vera e propria Unione fiscale europea strettamente collegata al quadro di governo europeo dell'economia ed al mercato unico europeo.

Michel Dantin (PPE), *par écrit*. – Le présent rapport vise à tirer le bilan des principaux événements fiscaux de l'année 2014 et démontre que même si la compétence de l'Union européenne en matière de fiscalité directe et indirecte reste limitée dans les traités et contrainte par la procédure d'unanimité au Conseil, l'Union est amenée de plus en plus à investir ce domaine clef. Effectivement, les co-législateurs ont en 2014 adopté des initiatives législatives contre le blanchiment d'argent et en faveur de l'échange automatique d'informations en matière fiscale et la Commission européenne vient de proposer de rendre obligatoire l'échange d'informations sur les décisions fiscales transfrontalières. Néanmoins, encore de nombreuses initiatives sont à mener, à ce titre, le rapport invite la Commission européenne à présenter des propositions concrètes pour lutter contre l'écart de TVA, la fraude et l'évasion fiscale, ainsi que d'étudier le principe d'introduction d'un taux minimal de l'impôt sur les sociétés. Considérant qu'il est nécessaire, dans le respect du principe de subsidiarité, que l'Union avance sur la question de la fraude, de la concurrence et de l'harmonisation fiscale au sein du marché intérieur, j'ai voté en faveur de ce rapport.

Rachida Dati (PPE), *par écrit*. – Le Parlement européen a ici souhaité traiter des différentes orientations européennes en matière de politique fiscale dans le contexte d'une intégration toujours plus forte du marché intérieur au bénéfice des entreprises et des consommateurs. Je suis ainsi particulièrement favorable à ce que nous poursuivions nos efforts visant à mettre fin au secret bancaire dans l'Union européenne et à la pratique des rescrits fiscaux par lesquels des États membres et certaines multinationales s'entendent dans le but d'attirer des entreprises au détriment des systèmes fiscaux des autres États membres.

Isabella De Monte (S&D), *per iscritto*. – Mille miliardi di euro è la stima del gettito potenziale che va perduto a causa della frode e dell'evasione fiscale ogni anno nell'Unione europea. Si tratta di un fenomeno molto grave per ciascun cittadino europeo: infatti, la riduzione di gettito fiscale ha conseguenze sul minor denaro pubblico disponibile per gli investimenti, che oggi sono la principale ragione per la quale non riusciamo ad uscire dalla crisi economica e finanziaria che attanaglia i nostri paesi. Inoltre queste pratiche aumentano gli oneri fiscali per tutti gli altri cittadini ed aziende che invece agiscono nel rispetto delle regole.

Per tutte queste ragioni, ho votato con piena convinzione la proposta del Parlamento di relazione in materia di fiscalità, che affronta anche l'aberrante problema di quelle imprese, spesso multinazionali, che strutturano la loro posizione fiscale in modo da trasferire gli utili verso giurisdizioni a bassa imposizione fiscale.

Pertanto, il nostro obiettivo è chiaro. È necessario promuovere una politica fiscale improntata all'inclusione, alla trasparenza e all'equità. Costruire un percorso di buona governance è l'unica modalità per raggiungere allo stesso tempo crescita sostenibile e giustizia fiscale. Infine, queste politiche ci permetteranno anche di ridurre la disuguaglianza economica, tema al centro delle nostre battaglie politiche in questo emiciclo.

Marielle de Sarnez (ALDE), *par écrit*. – La lutte contre l'évasion fiscale doit être une priorité pour l'Union européenne. C'est le sens de cette résolution du Parlement européen qui aborde un large éventail de questions liées à la fiscalité et jette les bases des futurs travaux de la mission d'enquête de la commission spéciale du Parlement européen sur les rescrits fiscaux. Ce que nous en attendons, c'est une série de propositions concrètes afin de lutter avec efficacité contre l'évasion et la fraude fiscales, qui coûtent à l'Europe plus de 2 000 milliards par an. Ce que nous en attendons, c'est une harmonisation sociale et fiscale pour mettre fin aux distorsions excessives au sein de l'Union.

Andor Deli (PPE), *írásban*. – A nemrégiben lezajlott adósságválság számos új problémát vetett fel az Európai Unióban, amelyek miatt az adópolitikák megfelelő kiigazítására van szükség. A Fidesz–KDNP képviselőcsoport álláspontjával összhangban úgy vélem, hogy a jelentés célirányos javaslatai révén jelentős előrelépések várhatóak e problémás területen, s mely területtel immár külön szakbizottság is foglalkozik az Európai Parlamentben. Fontos kihangsúlyozni, hogy a költségvetési politika hitelességének visszanyerése, illetve az államadósság csökkentése elengedhetetlenné teszi a költségvetési fegyelem biztosítását, strukturális reformok bevezetését, ugyanakkor – ezzel párhuzamosan – gondoskodni kell arról, hogy elsőbbséget kapjanak a növekedést célzó adóügyi intézkedések és ösztönözzék az olyan adók kivetését, amelyek nagyobb mértékben érintik a fogyasztást, mint a munkaerőt, mivel ezek hosszú távon jobban szolgálják a gazdasági növekedést és a foglalkoztatottságot.

Mittwoch, 25. März 2015

Mivel a kettős adóztatás és az adókerülés kérdése továbbra is jelentős problémát és tekintélyes költségvetési kiestést okoz az Európai Unió számára, pozitív szavazatunkkal – továbbá a Bizottság által kiadott cselekvési tervvel összhangban – arra hívjuk fel a figyelmet, hogy sürgősen megoldást kell találni ezekre a problémákra.

Γεώργιος Επιτήδειος (NI), γραπτώς. – Καταψήφισα την έκθεση καθώς δι αυτής προωθείται μη υγιής παρεμβατισμός στην οικονομία των κρατών μελών

Norbert Erdős (PPE), írásban. – A nemrégiben lezajlott adósságválság számos új problémát vetett fel az Európai Unióban, amelyek miatt az adópolitikák megfelelő kiigazítására van szükség. A Fidesz–KDNP képviselőcsoport álláspontjával összhangban úgy vélem, hogy a jelentés célirányos javaslatai révén jelentős előrelépések várhatóak e problémás területen, s mely területtel immár külön szakbizottság is foglalkozik az Európai Parlamentben. Fontos kihangsúlyozni, hogy a költségvetési politika hitelességének visszanyerése, illetve az államadósság csökkentése elengedhetetlenné teszi a költségvetési fegyelem biztosítását, strukturális reformok bevezetését, ugyanakkor – ezzel párhuzamosan – gondoskodni kell arról, hogy elsőbbséget kapjanak a növekedést célzó adóügyi intézkedések és ösztönözzék az olyan adók kivetését, amelyek nagyobb mértékben érintik a fogyasztást, mint a munkaerőt, s mivel ezek hosszú távon jobban szolgálják a gazdasági növekedést és a foglalkoztatottságot.

Mivel a kettős adóztatás és az adókerülés kérdése továbbra is jelentős problémát és tekintélyes költségvetési kiestést okoz az Európai Unió számára, pozitív szavazatunkkal – továbbá a Bizottság által kiadott cselekvési tervvel összhangban – arra hívjuk fel a figyelmet, hogy sürgősen megoldást kell találni ezekre a problémákra.

José Inácio Faria (ALDE), por escrito. – Votei a favor da proposta de Resolução do Parlamento Europeu sobre o relatório anual sobre a fiscalidade no qual são identificadas áreas de ação para uma política fiscal mais justa, transparente e eficaz. O relatório salienta a necessidade de adoptar medidas de política fiscal que eliminem discrepâncias legislativas e barreiras administrativas entre os diferentes Estados-Membros, impulsionando o mercado único. Por outro lado, concordo que importa manter a sustentabilidade orçamental dos Estados garantindo as suas receitas fiscais adotando ações imediatas e coordenadas, tanto na UE, como no contexto internacional, a fim de combater a evasão fiscal, a fraude fiscal, bem como lutar contra o planeamento fiscal agressivo e os paraísos fiscais. Nesse âmbito importa condenar e prevenir a realização de acordos secretos sobre isenções fiscais a grandes empresas e salientar a importância de medidas de troca automática de informações, bem como, de adoptar princípios gerais que obriguem ao pagamento de impostos nos países onde os serviços são consumidos.

José Manuel Fernandes (PPE), por escrito. – Um bilião de euros de potenciais receitas fiscais perde-se todos os anos na UE devido à fraude fiscal e à elisão fiscal constituindo um risco importante para a eficácia e a equidade dos sistemas fiscais da UE, uma vez que aumenta a carga fiscal sobre todas as empresas e cidadãos de boa-fé.

Esta perda origina que haja menos dinheiro público disponível para investimentos, o que se traduz, consequentemente, numa menor capacidade de incentivo a investimento privado adicional. As empresas aproveitam a complexidade das regras fiscais e a falta de cooperação entre Estados-Membros para deslocalizar os lucros e reduzir ao mínimo os seus impostos. Por conseguinte, o reforço da transparência e da cooperação é vital na luta contra o planeamento fiscal agressivo e contra as práticas fiscais abusivas.

O pacote sobre a transparência fiscal que votei favoravelmente visa, nomeadamente, garantir que os Estados-Membros disponham das informações de que necessitam para proteger as respetivas matérias coletáveis e identificar eficazmente as empresas que tentam evitar o pagamento da parte dos impostos que lhes correspondem.

Jonás Fernández (S&D), por escrito. – He votado a favor del Informe Anual de Fiscalidad porque reitera la necesidad de luchar contra el fraude y la elusión fiscal así como la planificación fiscal agresiva, y en particular apoya el intercambio automático de información sobre los acuerdos fiscales entre Estados miembros y corporaciones. No puede ser que las grandes multinacionales logren reducir al mínimo el pago de impuestos. Los beneficios deben ser gravados allí donde se producen.

Mittwoch, 25. März 2015

Asimismo, este informe recuerda al Consejo que debe aprobar la Directiva sobre la armonización de la base del impuesto de sociedades, bloqueada por algunos Estados miembros desde 2011, así como la relativa al Impuesto sobre las Transacciones Financieras (ITF) mediante cooperación reforzada.

En sentido, es importante resaltar, ya que el informe no lo recoge, que los derivados deben incluirse en el ámbito de aplicación del ITF. Adicionalmente, tampoco se hace mención al impuesto sobre la riqueza, fundamental para combatir la desigualdad derivada de la creciente acumulación del capital. Compete a la Comisión aconsejar establecer el impuesto sobre el patrimonio en los Estados miembros donde todavía no está implantado mediante las Recomendaciones Específicas de País.

En definitiva, los socialistas reiteramos que la competencia fiscal es incompatible con el mercado interior.

Raffaele Fitto (PPE), *per iscritto*. – Ho dato il mio voto favorevole perché convinto che, nel pieno rispetto delle competenze di ogni Stato membro, questa relazione possa proporre un approccio globale in materia di politica fiscale. Ciò può rivelarsi un ottimo strumento per incoraggiare la crescita e favorire l'Unione monetaria europea.

Monika Flašíková Beňová (S&D), *písomne*. – Na prehlbenie hospodárskej a menovej únie a posilnenie rastu bude potrebné v budúcnosti zaujať jednotný prístup, pokiaľ ide o daňovú politiku, a navrhnúť taký daňový systém, ktorý bude zohľadňovať charakteristiky jednotlivých členských štátov. Tieto predmetné opatrenia v oblasti daňovej politiky by mali viesť najmä k zníženiu administratívnej záťaže pre podniky a daňové úrady, ale aj postupne odstraňovať prekážky a nesúlad medzi vnútroštátnymi právnymi predpismi. Ak má skutočne dôjsť k výraznému obmedzeniu trestných činov daňového úniku a boju proti daňovým podvodom, vyhýbaniu sa daňovým povinnostiam, agresívnemu daňovému plánovaniu a, samozrejme, aj proti daňovým rajom, sú potrebné okamžité, koordinované a komplexné opatrenia na úrovni Európskej únie.

Lorenzo Fontana (NI), *per iscritto*. – Voto contrario alla relazione d'iniziativa della commissione ECON che avalla e condivide la richiesta agli Stati membri di osservare attentamente le raccomandazioni della CE in materia di economia e fiscalità.

Λάμπρος Φουντούλης (NI), *γραφπτώς*. – Καταψηφίζω την ετήσια έκθεση για τη φορολογία καθώς δια μέσου αυτής προωθείται έντονος μη υγιής παρεμβατισμός στην οικονομία των κρατών μελών, ενώ υποστηρίζεται η δημιουργία διακυβερνητικού φορολογικού σώματος υπό την αιγίδα των Ηνωμένων Εθνών, στο οποίο δεν έχω εμπιστοσύνη.

Ashley Fox (ECR), *in writing*. – I voted against this annual tax report which attempts to widen the EU's competency into national tax policies.

This is an appalling case of ignoring the principle of subsidiarity. Member States control the ability to legislate for a Financial Transaction Tax.

I am firmly against such a measure that would damage the competitive nature of the EU's, and in particular the UK's, markets.

Kinga Gál (PPE), *írásban*. – A Fidesz-KDNP képviselőcsoport tagjaként a delegáció álláspontjával összhangban úgy vélem, hogy a jelentés célirányos javaslati révén jelentős előrelépések várhatóak e problémás területen, s mely területtel immár külön szakbizottság is foglalkozik az Európai Parlamentben. A nemrégiben lezajlott adósságválság számos új problémát vetett fel az Európai Unióban, amelyek miatt az adópolitikák megfelelő kiigazítására van szükség. Fontos kihangsúlyozni, hogy a költségvetési politika hitelességének visszanyerése, illetve az államadósság csökkentése elengedhetetlenné teszi a költségvetési fegyelem biztosítását, strukturális reformok bevezetését, ugyanakkor – ezzel párhuzamosan – gondoskodni kell arról, hogy elsőbbséget kapjanak a növekedést célzó adóügyi intézkedések és ösztönözzék az olyan adók kivetését, amelyek nagyobb mértékben érintik a fogyasztást, mint a munkaerőt, s mivel ezek hosszú távon jobban szolgálják a gazdasági növekedést és a foglalkoztatottságot.

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE), *írásban*. – A nemrégiben lezajlott adósságválság számos új problémát vetett fel az Európai Unióban, amelyek miatt az adópolitikák megfelelő kiigazítására van szükség. A Fidesz-KDNP képviselőcsoport álláspontjával összhangban úgy vélem, hogy a jelentés célirányos javaslati révén jelentős előrelépések várhatóak e problémás területen, s mely területtel immár külön szakbizottság is foglalkozik az Európai Parlamentben. Fontos kihangsúlyozni, hogy a költségvetési politika hitelességének visszanyerése, illetve az államadósság csökkentése elengedhetetlenné teszi a költségvetési fegyelem biztosítását, strukturális reformok bevezetését, ugyanakkor – ezzel párhuzamosan – gondoskodni kell arról, hogy elsőbbséget kapjanak a növekedést célzó adóügyi intézkedések és ösztönözzék az olyan adók kivetését, amelyek nagyobb mértékben érintik a fogyasztást, mint a munkaerőt, s mivel ezek hosszú távon jobban szolgálják a gazdasági növekedést és a foglalkoztatottságot.

Mittwoch, 25. März 2015

Mivel a kettős adóztatás és az adókerülés kérdése továbbra is jelentős problémát és tekintélyes költségvetési kiesést okoz az Európai Unió számára, pozitív szavazatunkkal – továbbá a Bizottság által kiadott cselekvési tervvel összhangban – arra hívjuk fel a figyelmet, hogy sürgősen megoldást kell találni ezekre a problémákra.

Iratxe García Pérez (S&D), por escrito. – He votado a favor del Informe Anual de Fiscalidad porque reitera la necesidad de luchar contra el fraude y la elusión fiscal así como la planificación fiscal agresiva, y en particular apoya el intercambio automático de información sobre los acuerdos fiscales entre Estados miembros y corporaciones. No puede ser que las grandes multinacionales logren reducir al mínimo el pago de impuestos. Los beneficios deben ser gravados allí donde se producen.

Asimismo, recuerda al Consejo que debe aprobar la Directiva sobre la armonización de la base del impuesto de sociedades, bloqueada por algunos Estados miembros desde 2011, así como la relativa al Impuesto sobre las Transacciones Financieras (ITF) mediante cooperación reforzada.

Además, los socialistas españoles consideramos que los derivados deben incluirse en el ámbito de aplicación del ITF y que los impuestos sobre la riqueza son fundamentales para combatir la desigualdad derivada de la creciente acumulación del capital. Igualmente hemos defendido que la Comisión impulse, mediante las Recomendaciones Específicas por País en el marco del Semestre Europeo, el establecimiento de un impuesto sobre el patrimonio en los Estados miembros donde todavía no esté implantado.

En definitiva, los socialistas reiteramos que la competencia fiscal es incompatible con el mercado interior.

Eider Gardiazabal Rubial (S&D), por escrito. – He votado a favor del Informe Anual de Fiscalidad porque reitera la necesidad de luchar contra el fraude y la elusión fiscal así como la planificación fiscal agresiva, y en particular apoya el intercambio automático de información sobre los acuerdos fiscales entre Estados miembros y corporaciones. No puede ser que las grandes multinacionales logren reducir al mínimo el pago de impuestos. Los beneficios deben ser gravados allí donde se producen.

Asimismo, recuerda al Consejo que debe aprobar la Directiva sobre la armonización de la base del impuesto de sociedades, bloqueada por algunos Estados miembros desde 2011, así como la relativa al Impuesto sobre las Transacciones Financieras (ITF) mediante cooperación reforzada.

Además, los socialistas españoles consideramos que los derivados deben incluirse en el ámbito de aplicación del ITF y que los impuestos sobre la riqueza son fundamentales para combatir la desigualdad derivada de la creciente acumulación del capital. Igualmente hemos defendido que la Comisión impulse, mediante las Recomendaciones Específicas por País en el marco del Semestre Europeo, el establecimiento de un impuesto sobre el patrimonio en los Estados miembros donde todavía no esté implantado.

En definitiva, los socialistas reiteramos que la competencia fiscal es incompatible con el mercado interior.

Enrico Gasbarra (S&D), per iscritto. – Ogni anno nell'UE un importo pari a mille miliardi di euro di gettito potenziale va perduto a causa della frode e dell'elusione fiscali. Tale fenomeno non comporta solo una grave perdita per l'erario pubblico, ma anche e soprattutto un aumento del carico fiscale per tutti i cittadini e le aziende che agiscono in buona fede. L'economia europea ha un disperato bisogno di investimenti. L'elusione fiscale sottrae una quota ingente di denaro pubblico disponibile a stimolare a sua volta gli investimenti privati, in un momento cruciale per ravvivare risorse per l'occupazione e la crescita.

Ho votato pertanto con convinzione la relazione della collega Kaili, che in primo luogo sottolinea l'importante accordo raggiunto sullo scambio automatico di informazioni tra i governi europei. Trovo particolarmente significativo il passaggio in cui il Parlamento europeo chiede l'abolizione definitiva del segreto bancario all'interno dell'UE a partire dal giugno 2015: è anche per questo – come afferma la relazione che abbiamo adottato – che occorre con preoccupazione la conclusione, da parte di alcuni Stati membri e di determinate multinazionali, di accordi segreti per la concessione di esenzioni fiscali volte ad attirare le imprese arrecando pregiudizio ai sistemi tributari di altri Stati membri nonché al corretto funzionamento della libera concorrenza.

Mittwoch, 25. März 2015

Michela Giuffrida (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore della relazione annuale in materia di fiscalità perché ritengo sia assolutamente necessario avere un approccio globale alla politica fiscale che serva soprattutto a favorire la crescita economica nel medio-lungo periodo. È importante lavorare per un'armonizzazione degli ordinamenti fiscali, che si traduca specialmente in semplificazione fiscale a carico delle imprese.

Inoltre il contrasto all'evasione fiscale deve essere una priorità, perché l'evasione fiscale, l'elusione e la pratica dei paradisi fiscali rappresentano un odioso esempio d'ingiustizia sociale in un periodo in cui la crisi impone grandi sacrifici ai cittadini europei e noi non possiamo più permetterlo.

Tania González Peñas (GUE/NGL), *por escrito*. – Me he abstenido en la votación sobre este informe. Entendemos que el problema de la evasión fiscal en la Unión Europea es urgente y requiere estar en los primeros puestos de las preocupaciones de los diputados al PE. Aun así, entendemos que existen algunas carencias en este informe que no pueden tolerarse si queremos afrontar el problema de la evasión fiscal en toda su amplitud: nos referimos a la falta de referencias a la justicia social o a la redistribución como medios para conseguir la igualdad. Por ello, podemos asegurar que el informe está en línea con una perspectiva única, la propia de la gran mayoría, apenas sujeta a un debate que tenga en cuenta la realidad social a la que nos enfrentamos en Europa.

Theresa Griffin (S&D), *in writing*. – Today I voted for this report which proposes a holistic approach as regards taxation policy across Member States, aimed at making the tax system fairer, and at cracking down on tax evasion and aggressive tax avoidance.

The European Parliament's Annual Tax Report put forward concrete proposals to tackle immoral tax practices – including measures to make companies report where they make their profits and where they pay their taxes, and an agreed Europe-wide definition of tax havens that would see them named and shamed.

However, I did vote against the recommendation that revenue from FTT should go to EU own resources, as Labour MEPs do not support the revenue being used in this way. I also abstained on paragraph 25, which called on the Commission to carefully study the options for the introduction of a minimum rate of corporation tax as a means of curbing damaging tax competition: whilst not against this in principle I have concerns that it would mean a significant shift in powers and stop the UK Treasury's ability to set potentially lower corporate tax rates. I would need more detail before agreement.

Enrique Guerrero Salom (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del Informe Anual de Fiscalidad porque reitera la necesidad de luchar contra el fraude y la elusión fiscal así como la planificación fiscal agresiva, y en particular apoya el intercambio automático de información sobre los acuerdos fiscales entre Estados miembros y corporaciones. No puede ser que las grandes multinacionales logren reducir al mínimo el pago de impuestos. Los beneficios deben ser gravados allí donde se producen.

Asimismo, recuerda al Consejo que debe aprobar la Directiva sobre la armonización de la base del impuesto de sociedades, bloqueada por algunos Estados miembros desde 2011, así como la relativa al Impuesto sobre las Transacciones Financieras (ITF) mediante cooperación reforzada.

Además, los socialistas españoles consideramos que los derivados deben incluirse en el ámbito de aplicación del ITF y que los impuestos sobre la riqueza son fundamentales para combatir la desigualdad derivada de la creciente acumulación del capital. Igualmente hemos defendido que la Comisión impulse, mediante las Recomendaciones Específicas por País en el marco del Semestre Europeo, el establecimiento de un impuesto sobre el patrimonio en los Estados miembros donde todavía no esté implantado.

En definitiva, los socialistas reiteramos que la competencia fiscal es incompatible con el mercado interior.

Antanas Guoga (ALDE), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento rezoliuciją dėl metinės mokesčių ataskaitos, nes čia išdėstoma aiški ir pragmatiška Europos Parlamento pozicija dėl tarptautinės mokesčių politikos prioritetų – kovos už skaidresnę mokesčių sistemą ir visuotinio administracinio bendradarbiavimo standarto nustatymo. Pirmiausia, bus mažinama administracinė našta įmonėms ir naikinamos nacionalinės teisinės sistemos gyvuojančios kliūtys tam, kad būtų galima efektyviau naudotis bendrosios rinkos teikiamomis galimybėmis ir taip skatinti augimą ir užimtumą visoje ES. Taip pat, turint omenyje, kad mokesčių politika užtikrina pajamų bazę ir yra vienu kertinių fiskalinio tvarumo elementų, bus siekiama mokesčių sistemų skaidrumo. Galiausiai, bus stiprinamas koordinavimas mokesčių politikos srityje, nes tik derinant veiksmus ir dalinantis aktualia informacija galima sukurti tokią mokesčių politiką, kuri skatintų investicijas, darbo vietų kūrimą ir ekonomikos augimą visoje ES.

Mittwoch, 25. März 2015

Sergio Gutiérrez Prieto (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del Informe Anual de Fiscalidad porque reitera la necesidad de luchar contra el fraude y la elusión fiscal así como la planificación fiscal agresiva, y en particular apoya el intercambio automático de información sobre los acuerdos fiscales entre Estados miembros y corporaciones. No puede ser que las grandes multinacionales logren reducir al mínimo el pago de impuestos. Los beneficios deben ser gravados allí donde se producen.

Asimismo, recuerda al Consejo que debe aprobar la Directiva sobre la armonización de la base del impuesto de sociedades, bloqueada por algunos Estados miembros desde 2011, así como la relativa al Impuesto sobre las Transacciones Financieras (ITF) mediante cooperación reforzada.

Además, los socialistas españoles consideramos que los derivados deben incluirse en el ámbito de aplicación del ITF y que los impuestos sobre la riqueza son fundamentales para combatir la desigualdad derivada de la creciente acumulación del capital. Igualmente hemos defendido que la Comisión impulse, mediante las Recomendaciones Específicas por País en el marco del Semestre Europeo, el establecimiento de un impuesto sobre el patrimonio en los Estados miembros donde todavía no esté implantado.

En definitiva, los socialistas reiteramos que la competencia fiscal es incompatible con el mercado interior.

András Gyürk (PPE), *írásban*. – A nemrégiben lezajlott adósságválság számos új problémát vetett fel az Európai Unióban, amelyek miatt az adópolitikák megfelelő kiigazítására van szükség.

A Fidesz–KDNP képviselőcsoport álláspontjával összhangban úgy vélem, hogy a jelentés célirányos javaslati révén jelentős előrelépések várhatóak e problémás területen, mely területtel immár már külön szakbizottság is foglalkozik az Európai Parlamentben.

Fontos hangsúlyozni, hogy a költségvetési politika hitelességének visszanyerése, illetve az államadósság csökkentése elengedhetlenné teszi a költségvetési fegyelem biztosítását, strukturális reformok bevezetését, ugyanakkor – ezzel párhuzamosan – gondoskodni kell arról, hogy elsőbbséget kapjanak a növekedést célzó adóügyi intézkedések és ösztönözzék az olyan adók kivetését, amelyek nagyobb mértékben érintik a fogyasztást, mint a munkaerőt, mivel ezek hosszú távon jobban szolgálják a gazdasági növekedést és a foglalkoztatottságot.

Mivel a kettős adózás és az adókerülés kérdése továbbra is jelentős problémát és tekintélyes költségvetési kiestést okoz az Európai Unió számára, pozitív szavazatunkkal – továbbá a Bizottság által kiadott cselekvési tervvel összhangban – arra hívjuk fel a figyelmet, hogy sürgősen megoldást kell találni ezekre a problémákra.

Gunnar Hökmark (PPE), *skriftlig*. – På onsdagen röstade vi om Eva Kailis betänkande: EU:s årliga skattebetänkande. Vi moderater stöder de punkter i betänkandet som rör åtgärder riktade mot skatteflykt och skattebrott. Vår bedömning är dock att betänkandet som helhet är ägnat att underminera enskilda medlemsstaters suveränitet på beskattningsområdet. Vi är mot införande av en EU-skatt på finansiella transaktioner. Vi anser inte att Europeiska unionen ska ha egen beskattningsrätt, utan beskattning ska även i fortsättningen vara en nationell kompetens. Vi valde därför att rösta mot betänkandet på denna grund.

György Hölvényi (PPE), *írásban*. – A nemrégiben lezajlott adósságválság számos új problémát vetett fel az Európai Unióban, amelyek miatt az adópolitikák megfelelő kiigazítására van szükség.

A Fidesz–KDNP képviselőcsoport álláspontjával összhangban úgy vélem, hogy a jelentés célirányos javaslati révén jelentős előrelépések várhatóak e problémás területen, mely területtel immár már külön szakbizottság is foglalkozik az Európai Parlamentben.

Fontos hangsúlyozni, hogy a költségvetési politika hitelességének visszanyerése, illetve az államadósság csökkentése elengedhetlenné teszi a költségvetési fegyelem biztosítását, strukturális reformok bevezetését, ugyanakkor – ezzel párhuzamosan – gondoskodni kell arról, hogy elsőbbséget kapjanak a növekedést célzó adóügyi intézkedések és ösztönözzék az olyan adók kivetését, amelyek nagyobb mértékben érintik a fogyasztást, mint a munkaerőt, mivel ezek hosszú távon jobban szolgálják a gazdasági növekedést és a foglalkoztatottságot.

Mittwoch, 25. März 2015

Mivel a kettős adóztatás és az adókerülés kérdése továbbra is jelentős problémát és tekintélyes költségvetési kiesést okoz az Európai Unió számára, pozitív szavazatunkkal – továbbá a Bizottság által kiadott cselekvési tervvel összhangban – arra hívjuk fel a figyelmet, hogy sürgősen megoldást kell találni ezekre a problémákra.

Pablo Iglesias (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación sobre este informe. Entendemos que el problema de la evasión fiscal en la Unión Europea es urgente y requiere estar en los primeros puestos de las preocupaciones de los diputados al PE. Aun así, entendemos que existen algunas carencias en este informe que no pueden tolerarse si queremos afrontar el problema de la evasión fiscal en toda su amplitud: nos referimos a la falta de referencias a la justicia social o a la redistribución como medios para conseguir la igualdad. Por ello, podemos asegurar que el informe está en línea con una perspectiva única, la propia de la gran mayoría, apenas sujeta a un debate que tenga en cuenta la realidad social a la que nos enfrentamos en Europa.

Carlos Iturgaiz (PPE), *por escrito*. – Voto a favor debido a la urgente necesidad de establecer claridad y transparencia en los regímenes fiscales. Esto ayudará a combatir el fraude y la evasión fiscal, y a evitar la competencia fiscal desleal en los países de la Unión Europea.

Ivan Jakovčić (ALDE), *napisan*. – Glasovao sam za prijedlog Rezolucije Europskog parlamenta o godišnjem poreznom izvješću jer smatram da su potrebni, na razini Europske unije, koordinirano djelovanje i zajednički pristup kako bi se spriječile porezne prijevare i utaje te osnažio princip transparentnosti, što ujedno predstavlja ciljeve međunarodnih poreznih politika.

Potrebno je uspostaviti učinkovit mehanizam kako bi se riješili nedostaci prihoda od PDV-a, odgovorno upravljalo poreznim pitanjima u trećim zemljama te osiguralo pravilno funkcioniranje nacionalnih poreznih tijela. U tom kontekstu snažno podupirem borbu protiv agresivnog poreznog planiranja i poreznih oaza s ciljem usmjerivanja gospodarske politike ka rastu te ostvarivanja porezne usklađenosti.

Jean-François Jalkh (NI), *par écrit*. – J'ai décidé de voter pour ce texte afin de voir s'engager un processus d'égalisation fiscale à l'échelle de l'Union. En effet, les différences de traitement, révélées par exemple dans l'affaire LuxLeaks, ne doivent plus être tolérées afin de mettre fin au dumping social et aux inégalités que nous dénonçons et dont l'Union européenne s'est faite spécialiste. Tant que des accords bilatéraux ne pourront être négociés en dehors du cadre de l'Union, ce type de rapport a minima doit être défendu, malgré les graves lacunes qu'il contient, notamment en ce qui concerne l'hypocrisie de l'Union vis-à-vis de l'Irlande, qui s'est vu accorder une aide financière sans contrepartie, ce qui va évidemment à l'encontre de l'ambition d'égalisation.

Ramón Jáuregui Atondo (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del informe anual sobre la fiscalidad porque reitera la necesidad de luchar contra el fraude y la elusión fiscal, así como contra la planificación fiscal agresiva, y porque apoya, en particular, el intercambio automático de información sobre los acuerdos fiscales entre Estados miembros y corporaciones. No puede ser que las grandes multinacionales logren reducir al mínimo el pago de impuestos. Los beneficios deben ser gravados allí donde se producen.

Asimismo, este informe recuerda al Consejo que debe aprobar la Directiva sobre la armonización de la base del impuesto de sociedades, bloqueada por algunos Estados miembros desde 2011, así como la relativa al establecimiento de la cooperación reforzada en el ámbito del impuesto sobre las transacciones financieras (ITF).

En ese sentido, es importante resaltar —ya que el informe no lo recoge— que los derivados deben incluirse en el ámbito de aplicación del ITF. Adicionalmente, tampoco se hace mención al impuesto sobre la riqueza, fundamental para combatir la desigualdad derivada de la creciente acumulación del capital. Compete a la Comisión aconsejar el establecimiento del impuesto sobre el patrimonio en los Estados miembros donde todavía no está implantado, mediante las recomendaciones específicas por países.

En definitiva, los socialistas reiteramos que la competencia fiscal es incompatible con el mercado interior.

Petr Ježek (ALDE), *in writing*. – This report provides a political response to the recent emergence of the LuxLeaks case. I agree with the holistic approach proposed as regards taxation policy, which I found well balanced.

Mittwoch, 25. März 2015

The text identifies three areas of priority: boosting the benefits of the internal market through taxation policy; fighting tax fraud, tax evasion, aggressive tax planning and tax havens; and promoting viable tax coordination for a long-term, growth-oriented economic policy.

While taking into account tax developments which took place in the course of 2014, the report calls for further actions to be implemented, like the adoption of a common approach on the fight against fraud and tax evasion, which I agree is urgently needed.

Philippe Juvin (PPE), *par écrit*. – J'ai soutenu le rapport relatif au rapport annuel sur la fiscalité. Celui-ci souligne, entre autres, la nécessité d'une approche commune de la lutte contre la fraude et l'évasion fiscales. Il promeut également une meilleure coordination fiscale en vue d'une politique économique axée sur la croissance. Je me félicite de son adoption.

Εύα Καϊλή (S&D), *γραπτώς*. – Ψήφισα υπέρ, διότι, έχω την άποψη ότι είναι αναγκαία μια εκ βάθρων αναθεώρηση του συστήματος ιδίων πόρων της ΕΕ, καθώς η διάθεση περισσότερων ιδίων πόρων με δημοσιονομικά ουδέτερο τρόπο θα οδηγήσει σε έναν περισσότερο διαφανή ευρωπαϊκό προϋπολογισμό. Η φορολογική απάτη και φοροδιαφυγή, η οποία εκτιμάται σε ένα τρισεκατομμύριο ευρώ ετησίως, αποτελεί μείζονα κίνδυνο για την αποτελεσματικότητα και τη δικαιοσύνη των φορολογικών συστημάτων της ΕΕ και αυξάνει τη φορολογική επιβάρυνση όλων των καλόπιστων πολιτών και εταιρειών.

Επιπροσθέτως, η απώλεια αυτών των φορολογικών εσόδων σημαίνει ότι διατίθενται λιγότεροι δημόσιοι πόροι για επενδύσεις. Γενικά, πρέπει με κάθε τρόπο να υποστηρίξουμε την καταπολέμηση της φορολογικής απάτης, της φοροδιαφυγής και του επιθετικού φορολογικού σχεδιασμού, καθώς και των φορολογικών παραδείσεων με στόχο την προώθηση βιώσιμου φορολογικού συντονισμού για μια μακροπρόθεσμη, προσανατολισμένη στην ανάπτυξη οικονομική πολιτική.

Krišjānis Kariņš (PPE), *rakstiski*. – Uzskatu, ka nodokļu politikai ir jābūt valsts pārziņā un iejaukšanās no Briseles, pieprasot palielināt nodokļu likmes, kaitētu mūsu uzņēmumu un valsts konkurētspējai, tāpēc Parlamenta plenārsesijā balsoju pret Ziņojumu par gada pārskatu nodokļu jomā.

Eiropas Parlaments katru gadu sniedz viedokli par Eiropas Savienības un dalībvalstu nodokļu politiku. Lai gan Parlamenta viedoklis šā gada ziņojumā galvenokārt uzsver nepieciešamību izskaust krāpšanos ar nodokļiem un to nemaksāšanu, tomēr tajā tika iekļauta prasība Eiropas Komisijai izvērtēt iespēju noteikt minimālo uzņēmumu ienākuma nodokļa likmi. Šādas prasības iekļaušanu ziņojumā uzskatu par nepieņemamu, un šī iemesla dēļ balsoju pret ziņojumu.

Seán Kelly (PPE), *in writing*. – I voted against the Annual Tax Report 2013. While I am in favour of many aspects of this report, I do not agree that paragraph 25, which calls on the Commission to carefully study the introduction of a minimum corporate tax rate, is appropriate in this report. The EU Treaties clearly state that corporate tax rates are not an EU competence, it is for Member States to decide. I am firmly against aggressive tax planning and believe that the EU has a role in addressing tax evasion from large corporations, but Member States should have the freedom to set their own corporate tax rates.

Philippe Loiseau (NI), *par écrit*. – Vote positif. Nous sommes toujours prudents vis-à-vis de toute politique qui tend à harmoniser, par crainte d'en être prisonniers, et nous nous demandons comment l'Union européenne peut concilier une concurrence fiscale saine entre États membres avec une harmonisation accrue des politiques fiscales. Cela dit, il s'agit là de lutter contre la fraude. Certaines mesures importantes sont intéressantes et vont dans le sens de nos propres revendications, notamment l'encadrement strict des pratiques de rescrit et la sévérité accrue face aux fraudes, le principe du paiement de l'impôt là où les entreprises utilisent les services publics, les sanctions (révocation des agréments) contre les avocats, banques ou cabinets d'audit ayant aidé la fraude fiscale, le refus de l'accès aux fonds de l'Union, aux aides d'État et aux marchés publics pour les entreprises coupables de fraudes ou qui s'établissent dans des paradis fiscaux.

Juan Fernando López Aguilar (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del Informe Anual de Fiscalidad porque reitera la necesidad de luchar contra el fraude y la elusión fiscal así como la planificación fiscal agresiva, y en particular apoya el intercambio automático de información sobre los acuerdos fiscales entre Estados miembros y corporaciones. No puede ser que las grandes multinacionales logren reducir al mínimo el pago de impuestos. Los beneficios deben ser gravados allí donde se producen.

Mittwoch, 25. März 2015

Asimismo, recuerda al Consejo que debe aprobar la Directiva sobre la armonización de la base del impuesto de sociedades, bloqueada por algunos Estados miembros desde 2011, así como la relativa al Impuesto sobre las Transacciones Financieras (ITF) mediante cooperación reforzada.

Además, los socialistas españoles consideramos que los derivados deben incluirse en el ámbito de aplicación del ITF y que los impuestos sobre la riqueza son fundamentales para combatir la desigualdad derivada de la creciente acumulación del capital. Igualmente hemos defendido que la Comisión impulse, mediante las Recomendaciones Específicas por País en el marco del Semestre Europeo, el establecimiento de un impuesto sobre el patrimonio en los Estados miembros donde todavía no esté implantado.

En definitiva, los socialistas reiteramos que la competencia fiscal es incompatible con el mercado interior.

Antonio López-Istúriz White (PPE), *por escrito*. – Se calcula que cada año deja de recaudarse en la UE un billón de euros en ingresos fiscales potenciales debido al fraude y la elusión fiscal. Esta pérdida de ingresos fiscales implica que hay menos dinero público disponible para invertir, lo que a su vez significa que puede estimularse una menor inversión privada adicional, en un momento en el que la atención declarada de la Comisión se centra en el empleo, el crecimiento y la inversión.

Por ello, se acoge con satisfacción el acuerdo sobre el intercambio automático de información y las perspectivas de una rápida aplicación del mismo. Pidiéndose, en este sentido, la abolición definitiva del secreto bancario dentro de la UE a partir de junio de 2015, así como la celebración de acuerdos fiscales también con terceros países antes del 30 de junio de 2015.

Por otro lado, se acoge con gran satisfacción la anunciada propuesta de la Comisión de un intercambio obligatorio de información sobre resoluciones transfronterizas.

Por todo ello, voté favorablemente a esta propuesta de resolución.

Bernd Lucke (ECR), *schriftlich*. – Der Jahressteuerbericht enthält viele Passagen, denen ich voll zustimme. Aber es ist leider nicht untypisch, dass gute und richtige Texte dazu genutzt werden, um kontroverse Inhalte darin unterzubringen und im Rahmen der allgemeinen Zustimmung zum Gesamttext mitbeschließen zu lassen. So verhält es sich auch hier. Mitten im Text wird der europäischen Steuerharmonisierung das Wort geredet. Um es klar zu sagen: Ich bin gegen Steuerharmonisierung. Steuern müssen unterschiedlich sein können, denn nur Steuerwettbewerb schützt die Steuerpflichtigen vor einer übermäßigen Inanspruchnahme durch den Staat. Im übrigen ist die Steuerlast, die in einem Land zu entrichten ist, der Preis für die von diesem Land zur Verfügung gestellten öffentlichen Leistungen (Infrastruktur, Bildung, Rechtspflege, öffentliche Verwaltung, Gesundheit, innere Sicherheit, Landesverteidigung etc.). Es steht jedem Land frei, selbst zu entscheiden, wieviel öffentliche Leistungen es anbieten will. Wenn unterschiedliche Niveaus öffentlicher Leistungen angeboten werden, muss auch die Steuerlast unterschiedlich sein. Steuerharmonisierung ist damit unvereinbar und würde in die souveränen Kompetenzen der Mitgliedstaaten eingreifen. Deshalb kann ich einem Steuerbericht nicht zustimmen, der durch die Hintertür auf Steuerharmonisierung abzielt.

Ivana Maletić (PPE), *napisan*. – Prema podacima Europske komisije, u Europskoj uniji 1000 milijardi eura prihoda svake godine bude izgubljeno zbog izbjegavanja plaćanja poreza, poreznih prijevora i agresivnog poreznog planiranja. Gubitkom ovih prihoda, države članice imaju manje sredstava za ulaganja kako bi se potakao gospodarski rast, razvoj i zapošljavanje, a Europska unija ima na raspolaganju manje sredstava koja su potrebna za daljnji razvoj i kreiranje najnovijih inicijativa, poput Unije tržišta kapitala, jedinstvenog europskog tržišta energije, jedinstvenog digitalnog tržišta.

Podržala sam ovo izvješće jer smatram kako je potrebna bolja implementacija poreznih pravila i suradnja između država članica čime bi se spriječilo agresivno porezno planiranje, izbjegavanje plaćanja poreza i porezne prijevare, a pritom stvorilo povoljno poslovno okruženje za trgovačka društva te smanjila dodatna opterećenja za sve građane koji pošteno plaćaju poreze.

Vladimír Maňka (S&D), *písomne*. – Daňové podvody a úniky spôsobujú miliardové škody v rozpočtoch členských krajín, aj v samotnej Európskej únii. Vážne poškodzujú verejné financie a investície, čo má negatívne dosahy na podporu hospodárskeho rastu a tvorbu pracovných miest, a v konečnom dôsledku na nedostatočný rast konkurencieschopnosti Európskej únie.

Mittwoch, 25. März 2015

Napriek množstvu prijatých smerníc, opatrení a uzavretých dohôd sa ukazuje, že tieto sú buď nedostatočné, alebo málo účinné. Preto Komisia a členské štáty musia urýchlene inovovať existujúce opatrenia, ktoré eliminujú súčasný nepriaznivý stav v oblasti daní a zabránia zneužívaniu finančných prostriedkov v Európskej únii. Je potrebné prijať jasné a striktné pravidlá na spoluprácu s krajinami s postavením daňových rajov a zaviesť transparentné pravidlá na účasť spoločností so sídlom v daňových rajoch na verejných zákazkách. Treba dôrazne presadzovať zjednodušenie pravidiel daňových systémov, čo umožní lepšiu a účinnejšiu kontrolu pri výbere daní. Treba prijať zrozumiteľné a jednoznačné pravidlá, ktorých porušenie bude tvrdo sankcionované.

Postup Komisie a členských krajín v oblasti boja proti podvodom a daňovým únikom musí byť spoločný a jednotný.

David Martin (S&D), *in writing*. – I voted for this report because it makes society fairer by introducing a fairer tax rates for small businesses, and by putting forward sound, comprehensive proposals to crack down on tax evasion and aggressive tax avoidance.

Fulvio Martusciello (PPE), *per iscritto*. – L'armonizzazione dei sistemi fiscali europei è uno degli obiettivi del nuovo Parlamento. Seppur materia di competenza dei singoli Stati membri, la gestione dei regimi fiscali all'interno della stessa Unione economico-monetaria rischia di creare degli squilibri nei mercati, rendendo gli Stati membri con sistemi fiscali agevolati più appetibili agli investimenti rispetto ad altri.

È per questo motivo che dobbiamo impegnarci per realizzare delle linee guida comuni in materia fiscale in grado di stimolare la crescita, l'occupazione e gli investimenti in tutti gli Stati membri. La relazione della collega Kaili è un primo passo verso un approccio globale in materia di politica fiscale.

Barbara Matera (PPE), *per iscritto*. – Circa mille miliardi di euro di gettito potenziale vengono perduti, ogni anno, entro i territori comunitari, come conseguenza della diffusione dei reati di frode e di elusione fiscale.

Tale perdita attenta all'efficacia, e all'equità, dei sistemi fiscali europei, traducendosi in un aumento degli oneri fiscali per tutti i cittadini, e per tutte le aziende, che agiscono in buona fede.

Non meno importante, la perdita di tale gettito fiscale riduce la quota di denaro pubblico disponibile per gli investimenti, limitando, di conseguenza, il numero di investimenti privati.

La relazione Kaili sottolinea che la lotta contro la frode, l'evasione e l'elusione fiscali può condurre a risultati tangibili, soltanto se si adotta un approccio comune.

Condividendo il messaggio veicolato da questo documento, ho deciso di supportarlo con voto favorevole.

Gabriel Mato (PPE), *por escrito*. – Mi apoyo al informe sobre la fiscalidad en la UE, que propone convertir a la política fiscal en una herramienta útil para fomentar el crecimiento en Europa.

Estoy de acuerdo con la necesidad de reducir las cargas administrativas para las empresas y las autoridades fiscales, suprimir las barreras artificiales y los desajustes entre las legislaciones nacionales.

Es preciso también trabajar para garantizar la seguridad jurídica, reforzar el comercio transfronterizo, promover el potencial pleno del mercado único e impulsar así el crecimiento y el empleo.

También comparto que es necesaria una acción inmediata para acabar con el delito que supone la evasión fiscal, combatir el fraude y la elusión fiscal y combatir la planificación fiscal agresiva y, por supuesto, los paraísos fiscales.

Mittwoch, 25. März 2015

Georg Mayer (NI), *schriftlich*. – In dem jährlichen Steuerbericht geht es um die Förderung der Aufhebung des Bankgeheimnisses in der EU bis Juni 2015 und um eine verstärkte Harmonisierung der Steuerpolitik. Außerdem möchte man Finanztransaktionssteuern als einen Teil der Eigenmittel der EU und einen verstärkten Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung einführen. Da dieser Bericht offensichtlich nur für mehr Macht für die EU steht, um schlussendlich den Staaten die Steuern und deren Brandbreite vorschreiben zu können, habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Valentinas Mazuronis (EFDD), *raštu*. – Balsavau už Europos Parlamento rezoliuciją dėl metinės mokesčių ataskaitos, nes pritariu joje numatytiems svarbiausioms veiksmų gairėms ir iniciatyvoms kovoje su mokestiniu sukčiavimu, mokesčių slėpimu, vengimu ir mokesčių rojais. Pranešime Europos Komisija bei valstybės narės raginamos kurti tokią mokesčių politiką, kuri skatina augimą, užimtumą ir investicijas bei mažina administracinę našą sąžiningiems mokesčių mokėtojams.

Jean-Luc Mélenchon (GUE/NGL), *par écrit*. – Ce rapport annuel sur la fiscalité prétend lutter contre la fraude fiscale: louable intention. Il demande ainsi l'abolition du secret bancaire, et condamne également «la mise en œuvre d'accords secrets concernant des exonérations fiscales conclus entre des États membres déterminés et certaines multinationales». Mais, au-delà des intentions, le rapport manque d'ambition. Les propositions de mon groupe visant à déplacer la charge fiscale vers les revenus les plus élevés ou à introduire un impôt européen minimum sur les entreprises ont été rejetées. Mais, surtout, cette lutte contre la fraude s'inscrit dans le cadre du Semestre européen dont les «recommandations par pays doivent impérativement être acceptées». Finalement, lorsqu'il s'agit de fiscalité, les propositions visent comme toujours à «éliminer les entraves fiscales et les charges administratives» qui pèsent sur les entreprises. Je m'abstiens.

Nuno Melo (PPE), *por escrito*. – Tendo devidamente em conta a elaboração de um sistema fiscal adaptado às características específicas das economias de todos os Estados-Membros, como previsto nos Tratados, o relatório propõe uma abordagem holística da política fiscal, o que pode revelar-se um instrumento importante para fomentar o crescimento e aprofundar a UEM.

Um bom controlo fiscal é imprescindível para reduzir a evasão fiscal e, assim, canalizar mais receitas para os Estados-Membros. Uma boa fiscalidade é, assim, essencial para o fortalecimento do mercado único, para atingirmos o crescimento económico e reduzirmos o desemprego. Daí o meu voto favorável.

Roberta Metsola (PPE), *in writing*. – It is unfortunate that this report made certain references to having a Financial Transaction Tax (FTT), which I could not support. Such taxation issues should remain within Member States' competence.

Louis Michel (ALDE), *par écrit*. – L'adoption du rapport annuel sur la fiscalité par une large majorité de députés au Parlement européen souligne l'importance d'une politique fiscale européenne. Garantir une fiscalité juste contribue à relancer l'économie de l'Union. La taxe sur les transactions financières est aujourd'hui une nécessité. Elle pourrait contribuer directement au budget de l'Union européenne en renforçant ses ressources propres. Je considère que l'OCDE travaille déjà remarquablement afin de veiller à ce que les pays en développement puissent participer au même titre que les autres pays à la définition et à la réforme des politiques fiscales mondiales.

Giulia Moi (EFDD), *per iscritto*. – Votiamo a favore della presente risoluzione, in particolare circa la prevista abolizione definitiva del segreto bancario. Questo importante progresso è fondamentale nella repressione del riciclaggio di denaro e delle truffe compiute ai danni sia di singoli che della collettività.

Csaba Molnár (S&D), *írásban*. – Becslések szerint az EU-ban évente ezermilliárd eurónyi adóbevétel esik ki az adócsalás és adókikerülés miatt, értelemszerűen megnövelve ezzel a tisztességesen adózó polgárok és vállalkozások terheit, hátráltatva a beruházások támogatását, ezzel a munkahelyteremtést és a növekedést. Az adócsalás, az adókijátszás, az adókikerülés, az agresszív adótervezés és az adóparadicsomok elleni küzdelem tehát a tagállamok és polgáraik közös érdeke. Ezért támogattam a javaslatot.

Bernard Monot (NI), *par écrit*. – L'année 2014 a été marquée par la fin annoncée du secret bancaire en Europe, mais également par l'affaire LuxLeaks, révélant les pratiques de certains États en matière d'aide à l'optimisation fiscale agressive. Le rapport Kaili retient une approche critique, dénonçant à juste titre toutes les formes de fraude fiscale et de ses corollaires et réclamant des sanctions. Les victimes de ces pratiques restent les États à partir desquels les profits sont délocalisés ainsi que leurs contribuables. À ce titre, il faut soutenir l'idée de sanctionner les cabinets de conseil qui ont aidé les multinationales dans ces démarches ainsi que celle de priver les entreprises coupables d'accès aux fonds européens et aux marchés publics. Je maintiens néanmoins mon opposition claire à toute forme d'harmonisation fiscale qui

Mittwoch, 25. März 2015

serait imposée aux États par la Commission. La souveraineté fiscale est une des dernières compétences qui nécessitent l'unanimité, elle doit le rester. Il faut enfin réclamer la restitution des impôts éludés par la fraude aux États d'origine des profits, ceux où ces mêmes entreprises utilisent les services publics.

Cláudia Monteiro de Aguiar (PPE), *por escrito*. – Estima-se que um bilião de euros de potenciais receitas fiscais se perde todos os anos na UE devido à fraude e à evasão fiscal, sendo assim fundamental a existência de uma troca automática de informações entre Estados-Membros e a abolição definitiva do sigilo bancário na UE a partir de junho de 2015 que contribua para aumentar a transparência nas operações bancárias.

Votei a favor do presente relatório por entender que existem potenciais benefícios do mercado interno através da política fiscal, estando a favor da apresentação de propostas concretas sobre o modo como enfrentar os obstáculos que prejudicam a atividade transfronteiriça das pessoas singulares e das empresas no mercado único.

Por fim, saliento que a estabilização de uma política fiscal assume uma importância estratégica no fomento do crescimento económico, a médio e longo prazo, dado que uma fiscalidade transparente e estável poderá permitir o reforço do interesse dos investidores.

Sophie Montel (NI), *par écrit*. – Le rapport loue les efforts fait en matière de transparence quant à l'évasion fiscale. Cependant, c'est faire preuve d'optimisme et de cécité. Le droit européen établit en effet une libre circulation des capitaux entre États membres de l'Union mais aussi avec les pays tiers. Ainsi, la stratégie d'optimisation fiscale avec les paradis fiscaux, le plus souvent insulaires, ne serait en rien réglée. Les mesures envisagées ne feront que déplacer le problème grâce à une ingénierie fiscale toujours plus poussées des firmes multinationales. L'harmonisation fiscale est un leurre, puisque la mise en concurrence poussera toujours certains pays à adopter des politiques agressives. Après avoir ouvert les frontières, l'Union s'étonne que la TVA, impôt au départ infraudable, soit sujette à ces comportements, et propose donc une harmonisation des taux, qui serait contraire à tout bon sens économique, tant les besoins des pays diffèrent.

On nous ressort enfin la taxe sur les transactions financières, que l'actuel Commissaire Moscovici avait refusé en 2013 quand il était ministre de l'économie...

Bref, ce rapport fait fi de la volonté des États et du fait qu'ils doivent absolument rester souverains en matière fiscale.

C'est pourquoi j'ai voté pour.

Nadine Morano (PPE), *par écrit*. – Ce rapport annuel sur la fiscalité rappelle que la fraude et l'évasion fiscales privent chaque année l'Union européenne de 1 000 milliards d'euros de recettes, au préjudice des citoyens et des entreprises de bonne foi. Le rapport souligne aussi que les citoyens européens attendent de leurs responsables politiques qu'ils prennent rapidement des mesures pour mettre un terme à la fraude, à l'évasion fiscale et à la planification fiscale agressive. Pour ce faire, le texte appelle notamment à abolir définitivement le secret bancaire et à développer des systèmes automatiques d'échange d'informations fiscales entre les États membres et les pays tiers. Enfin, le rapport souligne que nos politiques fiscales doivent converger vers davantage d'harmonisation et limiter les entraves qui pèsent sur les PME. Pour toutes ces raisons, j'ai voté en faveur de ce texte.

Alessia Maria Mosca (S&D), *per iscritto*. – Accogliamo con favore questa relazione che, seppur nel rispetto del principio di sussidiarietà, che consente agli Stati membri di elaborare delle politiche specifiche per ogni paese, propone un approccio globale in materia di politica fiscale, quale strumento fondamentale per promuovere la crescita e completare l'Unione monetaria.

Riteniamo innanzitutto indispensabile sostenere una politica di riduzione degli oneri amministrativi a carico delle imprese, che sia quindi capace di eliminare gli ostacoli artificiali e le divergenze tra le varie legislazioni nazionali. Il nostro obiettivo principale dovrebbe essere sempre quello di assicurare maggiore certezza giuridica, aumentare gli scambi transfrontalieri, promuovere appieno il potenziale del mercato unico e stimolare pertanto la crescita e l'occupazione.

Mittwoch, 25. März 2015

Crediamo che sia opportuna un'azione coordinata e globale, sia nell'Unione che a livello internazionale, per porre fine al reato dell'evasione fiscale: lottare contro la frode fiscale e l'elusione fiscale, combattere la pianificazione fiscale aggressiva e, ovviamente, i paradisi fiscali continuerà ad essere una delle nostre priorità. Ciò potrebbe, inoltre, costituire un'alternativa valida all'introduzione di nuovi livelli o forme di tassazione e garantirebbe fondi aggiuntivi quanto mai necessari per stimolare gli investimenti pubblici, la crescita e l'occupazione.

Alessandra Mussolini (PPE), *per iscritto*. – La relazione annuale illustra il cammino da intraprendere in materia di politica fiscale al fine di promuovere la crescita e approfondire l'Unione economica e monetaria.

La relazione individua 3 ambiti prioritari in cui è necessario intervenire. In primo luogo, è necessaria un'azione volta a ridurre gli oneri amministrativi a carico delle imprese e delle autorità fiscali e a eliminare gli ostacoli artificiali e le divergenze tra le legislazioni nazionali. In secondo luogo, è indispensabile un'azione immediata, coordinata e globale, sia nell'Unione sia a livello internazionale, per porre fine al reato dell'evasione fiscale, lottare contro la frode e l'elusione fiscale. Ultimo punto, ma non meno importante, il coordinamento fiscale mediante riforme strutturali ben definite, nell'ambito del semestre europeo, è considerato uno strumento chiave per la definizione di politiche fiscali che stimolino la crescita, l'occupazione e gli investimenti in un orizzonte a medio e lungo termine.

Alla luce di quanto esposto, ho deciso di sostenere in maniera favorevole la relazione poiché un sistema fiscale equilibrato e orientato allo sviluppo è essenziale per generare una crescita sostenibile. Inoltre, migliori risultati potranno essere raggiunti solo se sarà adottato un approccio comune in materia.

József Nagy (PPE), *írásban*. – Üdvözlöm a jelentést. Úgy gondolom, az információcsere és a pénzmosás elleni küzdelem tekintetében jó megállapodásokat sikerült elérni. Két kérdést emelnék ki még a témában. Az egyik a tagállami gyakorlat a titkos adóegyezségekről a nemzetközi cégek felé; a másik pedig az adóelkerülést célzó európai cégek külföldre menekülése. Az elmúlt hónapokban több tagállamról is kiderült, hogy multinacionális vállalatokat próbáltak megnyerni azáltal, hogy különleges kedvezményes elbánást – többek között adócsökkentést – kínáltak fel számukra. Az, hogy verseny van a nemzetközi cégek kegyeiért a tagállamok között, tény. Ugyanakkor egy olyan államok közötti szolidaritásban, mint az EU, megengedhetetlen az ilyen gyakorlat fenntartása. Ráadásul ez tisztességtelen a többi vállalkozó felé, akik a világos adószabályoktól pont a kiszámíthatóságot és a fenntarthatóságot várják el.

Úgy vélem, hogy e probléma kezelése érdekében egy összehangolt uniós stratégiára van szükség, éppen ezért várom az Európai Bizottság cselekvési tervét a témát illetően. Ugyancsak kulcskérdés a körmére nézni az úgynevezett off-shore vállalkozásoknak, hiszen ezek az adóelkerülés és a korrupció melegágyai. Tönkreteszik a vállalkozói környezetet, és bizony ez kérdéseket vet fel több ország politikai hitelességét illetően.

Victor Negrescu (S&D), *în scris*. – Am votat pentru acest raport referitor la raportul anual privind fiscalitatea. Este un document bine elaborat care ține cont de recente dezbateri privind existența la nivel european a unor practici privind fiscalitatea neconcurențiale, dar și care propune măsuri de corectare a acestora.

Liadh Ní Riada (GUE/NGL), *in writing*. – There were positive aspects to this report including the focus on tax transparency; however, much of what was being proposed lacked any real substance or force.

If there was a serious concern with effecting real positive change in this field, the proposals would not have been a simple repackaging of a failed economic paradigm. Instead, there would have been concrete measures put in place in order to move towards real tax transparency.

For my party, tax evasion and cross-border tax fraud is a major concern as untaxed income is considerably reducing our national tax revenues. As Ireland tries to find a sustainable economic recovery it is crucial that we develop a healthier reputation as a transparent place to pay tax, and face up to any changes necessary to create a transparent global tax system where multinationals cannot escape their duties to countries, including developing countries.

Mittwoch, 25. März 2015

There were also objectionable provisions in this report, which attempted to interfere with Member States' taxation policies. Direct taxation is a matter of national competency and the EU has no role in dictating or interfering with Irish taxation policies or indeed in other Member States' tax policies. It was for these reasons that I abstained.

Norica Nicolai (ALDE), *in writing*. – I strongly support this report and its calls. I do believe we need to end banking secrecy, and to enforce and enhance taxation coordination in Europe, protecting competitiveness for businesses, social welfare for citizens and maintaining a level playing field between Member States. Taxation should only ever be understood as a tool used to boost market development and not to stifle it. At the same time, tax fraud is one of the main sources of disparity and market failure and this report sets out some very good proposals for the fight against this in Europe.

Luděk Niedermayer (PPE), *písemně*. – Zprávu Evy Kailiové jsem podpořil, přestože mám výhradu k bodu 25 nastolujícímu myšlenku zavedení jednotné minimální sazby daně z příjmu právnických osob, kterou jsem vyjádřil tím, že jsem se v hlasování o tomto bodu zdržel. Právě nižší daňová sazba bývá jedním z důvodů atraktivity některých států pro zahraniční investory. Z obecného pohledu považuji otevření diskuse o harmonizaci neharmonizovaných daní za dosti riskantní, na stranu druhou je zřejmé, že neomezená daňová soutěž, pokud jde o tuto daň, vede ke snižování příjmů států od korporací a potřebě je kompenzovat ekonomicky problematictějšími daněmi, třeba zdaněním práce. Jsem však zastáncem hledání jiných cest k zamezování nežádoucímu rozsahu daňové soutěže, než je stanovení jednotné minimální daňové sazby.

Franz Obermayr (NI), *schriftlich*. – Der Bericht macht deutlich, dass ein Steuersystem (falls man ein solches der EU überhaupt zugestehen will) konzipiert werden sollte, welches auf die wirtschaftlichen Besonderheiten der einzelnen Mitgliedsstaaten abgestimmt wird. Es müssen richtige steuerliche Akzente gesetzt werden, um die Nachfrage langfristig zu stabilisieren oder fördern zu können. Meiner Meinung nach macht ein neu konzipiertes Steuersystem nur Sinn, wenn genaue Regeln ausgearbeitet werden und diese unter strenger Aufsicht stehen. Unter diesen Gesichtspunkten habe ich mich gegen diesen Bericht ausgesprochen.

Urmas Paet (ALDE), *kirjalikult*. – Toetasin raportit. Igal aastal läheb ELis maksupettuste ja maksustamise vältimise tõttu kaduma hinnanguliselt 1 triljon eurot võimalikku maksutulu. See on suur risk ELi maksusüsteemide tõhususele ja õiglu-sele ning suurendab heausksete kodanike ja ettevõtete maksukoormust.

Tasakaalustatud ja kasvule suunatud maksusüsteem on jätkusuutliku majanduskasvu jaoks hädavajalik ja selleks ei ole veel võetud piisavalt konkreetseid meetmeid. Maksustamine peab olema läbipaistev, maksupettustega tuleb senisest tugevamalt võidelda, maksutõkked tuleb kõrvaldada ning ettevõtete halduskoormust vähendada.

Rolandas Paksas (EFDD), *raštu*. – Balsavau už šį pranešimą dėl metinės mokesčių ataskaitos.

Kovojant su mokestiniu sukčiavimu, mokesčių slėpimu, mokesčių vengimu, agresyviu mokesčių planavimu ir mokesčių rojais būtini suderinti veiksmai ES lygmeniu. Skaidrumo standartai turi būti įtraukiami į būsimus prekybos susitarimus.

Valstybės narės neturi naudoti agresyvios mokesčių politikos, kuri sukelia itin neigiamas pasekmes verslo subjektams. Siekiant skatinti ekonomikos augimą ir užimtumą, reikia išlaikyti sveiką ir skaidrią valstybių narių mokesčių konkurenciją. Ypatingas vaidmuo tenka nacionalinėms mokesčių institucijoms, kurios yra veiksmingos, efektyvios ir teisėtos nacionalinės mokesčių politikos garantas. Be to, turi būti taikomos griežtos sankcijos siekiant neleisti įmonėms pažeidinėti mokesčių standartų ar išvengti atsakomybės už padarytus pažeidimus.

Pažymėtina, kad mokesčių politika turi padėti išnaudoti vidaus rinkos teikiamus privalumus. Siekiant užtikrinti ilgalaikę ir augimą skatinančią ekonominę politiką turi būti skatinamas perspektyvios mokesčių politikos koordinavimas.

Mittwoch, 25. März 2015

Κωνσταντίνος Παπαδάκης (NI), γραπτώς. – Πυρήνας της έκθεσης είναι η χρησιμοποίηση της φορολογίας από τις κυβερνήσεις και την ΕΕ, ως μέσο αναδιανομής του λαϊκού εισοδήματος προς όφελός των μεγάλων επιχειρηματικών ομίλων. Γι' αυτό ζητάει την ένταξη της φορολογίας στους στόχους της αντιδραστικής Στρατηγικής ΕΕ-2020, τους αντιλαϊκούς μηχανισμούς επιτήρησης, το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο και την ενισχυμένη οικονομική διακυβέρνηση.

Οι ανέξοδες, υποκριτικές καταγγελίες της φοροδιαφυγής, της φορολογικής απάτης, των φορολογικών παραδείσεων και των συμφωνιών πολυεθνικών με κράτη μέλη της ΕΕ για προνομιακή φορολογική μεταχείριση, ώστε να εκτονώσουν την αγανάκτηση των εργαζομένων για την βαριά φορολόγησή τους, δεν μπορούν να κρύψουν τον στόχο της έκθεσης να ενισχύσει, και μέσω της φορολογίας, την κερδοφορία των μονοπωλιακών ομίλων.

Ζητάει ανοιχτά μείωση της φορολογίας των επιχειρήσεων, φοροαπαλλαγές, προνόμια, ενισχύσεις για την χρηματοδότηση επενδύσεων των μονοπωλιακών ομίλων σε κερδοφόρους κλάδους, «μετατόπιση της φορολογίας από την εργασία», δηλαδή μείωση των εργοδοτικών εισφορών, απαλλαγή των εργοδοτών από τις υποχρεώσεις τους στα συστήματα κοινωνικής πρόνοιας και ασφάλισης.

Από την άλλη καλεί σε αύξηση της φοροληλασίας των λαϊκών εισοδημάτων, με ένταση του κυνηγιού των εργαζομένων και επιβολή νέων φόρων. Για να ανασάνει ο λαός από την φοροεπιδρομή, την αντιλαϊκή πολιτική ΕΕ και κυβερνήσεων, απαιτείται σύγκρουση με την ΕΕ και τα μονοπώλια που υπηρετεί, για να περάσει στα χέρια του η εξουσία και ο πλούτος που παράγει.

Aldo Patriciello (PPE), *per iscritto*. – Considerato che, secondo le stime, ogni anno nell'UE un importo pari a mille miliardi di euro di gettito potenziale va perduto a causa della frode e dell'elusione fiscali; che tale perdita comporta un grave rischio per l'efficacia e l'equità dei sistemi fiscali dell'UE, dato che aumenta gli oneri fiscali per tutti i cittadini e le aziende che agiscono in buona fede; che la perdita di tale gettito fiscale fa sì che vi sia meno denaro pubblico disponibile per gli investimenti e, di conseguenza, una possibilità minore di stimolare gli investimenti privati, in un momento in cui l'attenzione dichiarata della Commissione è rivolta all'occupazione, alla crescita e agli investimenti;

plaudo all'accordo sullo scambio automatico di informazioni e alle prospettive di una sua rapida attuazione; chiedo a questo proposito l'abolizione definitiva del segreto bancario all'interno dell'UE a partire da giugno 2015; si richiede inoltre di concludere accordi fiscali anche con paesi terzi prima del 31 giugno 2015 e si invita la Commissione ad avviare negoziati con altri paesi terzi tra i quali, senza limitarsi, Singapore.

Per tali ragioni ho espresso il mio voto favorevole.

Marijana Petir (PPE), *napisan*. – Podržavam ovo izvješće i smatram ga realnim te izrađenim s namjerom da se uvede red u porezne politike i sustave oporezivanja država članica pojedinačno i na razini Unije. Potrebno je uz zakonske radnje poduzeti i one nezakonske kako bi se povećali javni prihodi, vratilo povjerenje u pravednost naših poreznih sustava i smanjilo opterećenje poštenih poreznih obveznika. Koordinirano djelovanje na razini EU-a i zajednički pristup može doprinijeti uspjehu u borbi protiv poreznih prijevара, utaje poreza, izbjegavanja plaćanja poreza, agresivnog poreznog planiranja i poreznih oaza te poboljšati okvir za pravilno funkcioniranje jedinstvenog tržišta djelotvornim poreznim zakonodavstvom. Uređena i pravedna naplata poreza mogla bi dovesti do poboljšanja gospodarske situacije, rasta zaposlenosti i javnih prihoda, smanjenja poreznog opterećenja „malih“ poreznih obveznika i promjene percepcije javnosti o nepoštenom oporezivanju. Neprihvatljivim smatram tajne sporazume o izuzeću od poreza koje su potpisale određene države članice i pojedina multinacionalna poduzeća s ciljem privlačenja poduzeća te sam stava da se porezi moraju plaćati tamo gdje se upotrebljavaju javne usluge.

Pina Picierno (S&D), *per iscritto*. – La lotta all'evasione, all'elusione fiscale, alla pianificazione aggressiva e il contrasto ai paradisi fiscali sono essenziali per stimolare la crescita e l'occupazione nel nostro mercato interno. Ho votato a favore di questa risoluzione che prevede il raggiungimento di una politica in materia fiscale globale e unitaria, eliminando le divergenze nelle legislazioni nazionali e permettendo una riduzione e semplificazione degli ostacoli fiscali che frenano le attività transfrontaliere dei privati.

Mittwoch, 25. März 2015

La risoluzione punta inoltre ad abolire il segreto bancario prevedendo l'obbligo per le imprese che hanno un impatto transfrontaliero di fornire le informazioni in materia fiscale paese per paese, non più spontaneamente ma obbligatoriamente, informazioni che saranno registrate in un archivio centrale e che saranno a disposizione di tutti i cittadini a scopo di controllo, garantendo la trasparenza e la correttezza nelle pratiche fiscali.

Chiediamo inoltre che sia redatta entro il 2015 una *black list* contenente i paradisi fiscali e gli Stati membri che con le loro politiche fiscali minano la concorrenza interna dell'UE, come segno di chiara volontà di cambiare l'attuale sistema fiscale, dannoso per le nostre finanze.

Tonino Picula (S&D), *napisan*. – Podržavam izvješće kolegice Kaili i čestitam joj na izvrsnom radu. Procjenjuje se da se svake godine u EU-u zbog poreznih prijevара i izbjegavanja plaćanja poreza izgubi 1 bilijun EUR i taj gubitak je neosporno velika prijetnja učinkovitosti i pravednosti poreznih sustava EU-a jer se njime povećava porezno opterećenje svih poštenih građana i poduzeća.

Posebno se slažem s pozivom za temeljnom revizijom europskog sustava vlastitih sredstava te stajalištima da bi dodjeljivanje više vlastitih sredstava na način koji ne utječe na proračun, omogućilo Komisiji veću djelotvornost i neovisnost te rezultiralo transparentnijim europskim proračunom. Slažem se i s pozivom Komisiji da Vijeću i Parlamentu jednom godišnje podnese izvješće o radu i uspjesima platforme za dobro porezno upravljanje. Potrebno nam je zajedničko djelovanje jer se samo zajedničkim pristupom može ostvariti uspjeh u borbi protiv poreznih prijevара, utaje poreza, izbjegavanja plaćanja poreza, agresivnog poreznog planiranja i poreznih oaza te poboljšati okvir za pravilno funkcioniranje jedinstvenog tržišta djelotvornim poreznim zakonodavstvom.

Gubitak prihoda od poreza znači da je manje javnih sredstava na raspolaganju za ulaganja, što znači da se može potaknuti manje dodatnih privatnih ulaganja u razdoblju u kojem su navedeni ciljevi Komisije usredotočeni na radna mjesta, rast i investicije. To je nešto što si u trenucima financijske krize pogotovo ne smijemo dopustiti.

Andrej Plenković (PPE), *napisan*. – Podržavam izvješće zastupnice Eve Kaili o godišnjem poreznom izvješću, jer smatram da će Sporazum o automatskoj razmjeni informacija uvelike doprinijeti u sprječavanju poreznih prijevара i izbjegavanja plaćanja poreza, zbog kojih se svake godine gubi oko 1 bilijun eura. Omogućavanjem automatske razmjene informacija stvorit će se jasan, jednostavan i stabilan zakonodavni okvir koji će spriječiti izbjegavanje poreza, prijenos dobiti u područja s nižim poreznim stopama i agresivno planiranje poreza, te na taj način smanjiti porezni jaz i osigurati više javnih sredstava za ulaganja.

Aktivnim sudjelovanjem Europske komisije u osmišljavanju konkretnih prijedloga za kreiranje zakonodavnog okvira omogućit će se smanjenje poreznih razlika do 2020.g. i uklanjanje poreznih prepreka koje ometaju prekogranične aktivnosti. Zabrinjavajući podatak da je u 2012. godini zbog neusklađenosti i nenaplate izgubljeno 177 milijardi eura prihoda od PDV-a, opravdava napore usmjerene ka usklađivanju sustava automatske razmjene podataka te pozdravljam sporazume postignute trijalomom o sprečavanju pranja novca.

Jedinstvena primjena ovih pravila na prostoru cijele Unije rezultirat će povećanjem transparentnosti sustava, poreznih prihoda i sredstava namijenjenih investiranju. Višestruke koristi osjetit će sve države članice, pa tako i Hrvatska.

Jiří Pospíšil (PPE), *písemně*. – Podporuji principy obsažené v této zprávě, které směřují k omezení daňových úniků. Zároveň jsem ovšem přesvědčen, že Evropská unie nemá směřovat k daňové harmonizaci, která by omezila daňovou konkurenci mezi členskými státy. Z tohoto důvodu jsem hlasoval proti bodu 25, který vyzval Komisi, aby pečlivě posoudila možnosti zavedení minimální sazby daně z příjmu právnických osob jako prostředku „ke zbrzdění škodlivé daňové soutěže“. Vzhledem k tomu, že tento bod prošel a já daňovou soutěž za škodlivou nepovažuji, jsem se při hlasování o celé zprávě zdržel, přestože obsahuje některé pozitivní návrhy.

Paulo Rangel (PPE), *por escrito*. – A presente resolução diz respeito às questões relativas à fiscalidade na UE em 2014 e propõe uma abordagem holística da política fiscal, identificando três principais áreas prioritárias e complementares umas às outras. Em primeiro lugar, insta a que sejam adotadas medidas específicas de política fiscal a fim de reduzir os encargos administrativos para as empresas e autoridades fiscais, se eliminarem as barreiras artificiais e as discrepâncias entre as legislações nacionais. Assim, são identificadas iniciativas que podem garantir a segurança jurídica, reforçar o comércio transfronteiriço, promover todo o potencial do mercado único e, desse modo, impulsionar o crescimento e o emprego. Em segundo lugar, considera que a política fiscal constitui uma parte importante da sustentabilidade orçamental, porquanto garante receitas. Em consequência, reitera a necessidade de adotar ações imediatas, coordenadas e globais na UE, a fim de combater a evasão fiscal, a fraude fiscal, a elisão fiscal, bem como de lutar contra o planeamento fiscal

Mittwoch, 25. März 2015

agressivo e os paraísos fiscais. Em terceiro lugar, a coordenação fiscal, mediante reformas estruturais bem definidas no âmbito do Semestre Europeu, é identificada enquanto principal instrumento para elaborar políticas fiscais que estimulem o crescimento, o emprego e o investimento a médio e longo prazo. Votei favoravelmente.

Robert Rochefort (ALDE), *par écrit*. – J'ai voté en faveur du rapport annuel du Parlement européen sur la fiscalité.

Cette résolution, que j'ai soutenue, aborde la politique fiscale en Europe en examinant trois domaines en particulier: le renforcement du marché intérieur à travers la réduction des incompatibilités entre les législations nationales, la promotion d'une coordination fiscale afin de générer croissance et emploi et enfin la lutte contre la fraude et l'évasion fiscales. Nous appelons la Commission européenne à formuler des propositions de grande ampleur contre les paradis fiscaux et l'évasion fiscale et ce, dans les six premiers mois de 2015.

Un élément important de ce texte est l'engagement pris par onze États européens de mettre en place une taxe sur les transactions financières (TTF). C'est une mesure essentielle que l'ensemble des États membres devrait envisager. J'aimerais dans ce contexte apporter une nuance au paragraphe 23 du rapport, dans lequel nous demandons que les recettes de la TFF fassent partie des ressources propres du budget de l'Union européenne. La TFF doit en effet contribuer aux ressources propres mais n'oublions pas de réserver une partie des recettes à l'aide aux pays en développement.

Inmaculada Rodríguez-Piñero Fernández (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del Informe Anual de Fiscalidad porque reitera la necesidad de luchar contra el fraude y la elusión fiscal así como la planificación fiscal agresiva, y en particular apoya el intercambio automático de información sobre los acuerdos fiscales entre Estados miembros y corporaciones. No puede ser que las grandes multinacionales logren reducir al mínimo el pago de impuestos. Los beneficios deben ser gravados allí donde se producen.

Asimismo, recuerda al Consejo que debe aprobar la Directiva sobre la armonización de la base del impuesto de sociedades, bloqueada por algunos Estados miembros desde 2011, así como la relativa al Impuesto sobre las Transacciones Financieras (ITF) mediante cooperación reforzada.

Además, los socialistas españoles consideramos que los derivados deben incluirse en el ámbito de aplicación del ITF y que los impuestos sobre la riqueza son fundamentales para combatir la desigualdad derivada de la creciente acumulación del capital. Igualmente hemos defendido que la Comisión impulse, mediante las Recomendaciones Específicas por País en el marco del Semestre Europeo, el establecimiento de un impuesto sobre el patrimonio en los Estados miembros donde todavía no esté implantado.

En definitiva, los socialistas reiteramos que la competencia fiscal es incompatible con el mercado interior.

Claude Rolin (PPE), *par écrit*. – Dans ce rapport, que j'ai soutenu hier, le Parlement invite à simplifier les systèmes fiscaux nationaux afin de réduire les charges fiscales administratives qui pèsent sur les particuliers et les entreprises; de supprimer les entraves à l'activité transfrontalière; d'encourager davantage de pays de l'Union européenne à rejoindre les 11 États qui ont introduit une taxe sur les transactions financières; d'introduire une assiette commune consolidée pour l'impôt sur les sociétés (ACCIS) applicable aux entreprises de l'Union; d'accroître la transparence des rescrits fiscaux (étant donné qu'ils créent des possibilités d'évasion et de concurrence fiscales); d'améliorer l'accès des parlements nationaux aux contenus liés aux rescrits fiscaux; de lutter contre les avantages fiscaux sélectifs accordés à certaines entreprises; de veiller à ce que la Commission européenne dresse, avant juillet 2015, une liste noire des paradis fiscaux et des pays dont les pratiques fiscales faussent la concurrence; de suspendre ou révoquer des agréments bancaires ou consultatifs des comptables ou de tout autre conseiller financier s'il est prouvé qu'ils ont contribué à la fraude fiscale; de transférer la charge fiscale depuis le travail vers d'autres formes de fiscalité et améliorer la perception de la TVA. La lutte contre l'évasion fiscale doit être une priorité absolue pour l'Union. Le Parlement s'inscrit dans cette lignée et je m'en félicite. Affaire à suivre...

Mittwoch, 25. März 2015

Fernando Ruas (PPE), *por escrito*. – Este é o terceiro Relatório (de iniciativa) que o Parlamento Europeu decide efetuar relativo aos principais aspetos fiscais do ano de 2014. Trata-se de uma análise à atual ineficácia e desigualdade dos sistemas fiscais da União Europeia, salientando os quatro principais problemas com que nos debatemos a este nível: a evasão fiscal, a fraude fiscal, a elisão fiscal e o planeamento fiscal agressivo.

Combatendo estes problemas e usando uma política fiscal mais eficiente e eficaz, estaremos a garantir a sustentabilidade orçamental dos nossos Estados e da própria União.

Pese embora estejamos no domínio de aplicação do princípio da subsidiariedade, importa adotar uma política concertada e audaz, que seja capaz de simplificar procedimentos, reduzir custos administrativos, incrementar a transparência, a partilha de informação entre os Estados, preservar uma concorrência justa e transparente e promover a celebração de acordos fiscais com países terceiros.

Para que haja uma boa governação fiscal direcionada para a concretização do mercado único e para o crescimento económico da UE, é importante reforçar o Semestre Europeu enquanto mecanismo coordenador das políticas económicas e fiscais dos Estados-Membros. Votei favoravelmente este Relatório que apresenta bastantes ideias e diretrizes para uma política fiscal responsável, transparente e equilibrada.

Massimiliano Salini (PPE), *per iscritto*. – Credo che la materia fiscale, se usata in maniera corretta, possa essere un volano per la crescita e la ripresa economica.

L'Europa può dare il suo valore aggiunto, non imponendo ulteriori oneri per le imprese, ma coordinando la lotta alle frodi, all'evasione e all'elusione fiscale.

Se è vero che la competenza fiscale è degli Stati membri, che al tempo stesso decidono le politiche sociali, bisogna però evitare che tante aziende sfruttino la poca trasparenza dei sistemi europei per eludere le tasse e non pagare laddove generano profitto e laddove utilizzano i servizi pubblici, il cui onere ricade ingiustamente sui contribuenti.

Matteo Salvini (NI), *per iscritto*. – Ho deciso di votare in maniera contraria in quanto, anche se il testo contiene alcuni riferimenti condivisibili, manca totalmente la fiducia nei confronti di una Commissione europea guidata da colui che per decenni è stato a capo di uno Stato membro che sul tema dell'elusione fiscale ha destato molte preoccupazioni in seno agli altri partner dell'Unione.

Le più gravi criticità del testo, comunque, sono i riferimenti a: maggiori e nuove risorse proprie per il finanziamento delle politiche dell'Unione, la richiesta agli Stati membri di osservare attentamente le raccomandazioni della CE in materia di economia e fiscalità, la difesa del meccanismo del cosiddetto «semestre europeo».

Alfred Sant (S&D), *in writing*. – My vote is conditioned by the following reservation: in a single market, especially one with a single currency, it is to be expected that there will be demands for a level playing field across all business-related matters, including taxation, so that competition will occur under conditions that are fair and transparent.

However, operational conditions for enterprises across the monetary area are not the same, because in the real world things shape up differently. Physical endowments are an obvious example of this.

When the monetary zone operates as a federal system, or a so-called transfer union, mechanisms exist to ensure that those who are less well endowed with competitive attributes receive compensation for their handicaps. This is done by financial or other transfers, automatic or politically directed.

None of this is possible in the euro zone.

So calls for the harmonisation of tax structures, or even for 'fairness' in so-called tax competition, could inhibit even further the competitiveness of areas which find themselves at a disadvantage compared with better endowed areas within the monetary zone.

In the absence of a well-organised transfer union, tax competition will remain a tool by which peripheral or disadvantaged regions can survive.

The challenge is to make such competition transparent.

Mittwoch, 25. März 2015

Lidia Senra Rodríguez (GUE/NGL), *por escrito*. – Dada la importancia del problema de la evasión fiscal en la UE y la urgencia en abordar el mismo, esperábamos un informe que propusiera medidas concretas para atajar el problema. En nuestra opinión, el informe carece de la perspectiva de la justicia social y la importancia del carácter redistributivo. Además de ello, no recoge como objetivo clave la imposición a las grandes empresas, multinacionales y a la riqueza. Finalmente, el informe está claramente en línea con las políticas neoliberales y el modelo dominante, dado que llama a reforzar el Semestre Europeo, y propone una política impositiva bajo el Semestre Europeo. Por todo ello he votado en contra.

Siôn Simon (S&D), *in writing*. – Labour MEPs voted in support of the Annual Tax Report while Conservative and UKIP MEPs voted against. This report calls for action to tackle tax avoidance, tax evasion and aggressive tax planning. The report also called on the Commission to make the tackling of tax evasion a top priority as well as presenting effective proposals against tax havens this year.

Davor Škrlec (Verts/ALE), *napisan*. – Podržao sam godišnje porezno izvješće i njegov zajednički pristup poreznoj politici Europske unije jer predlaže mjere koje su nužne za uspostavu djelotvornog poreznog zakonodavstva.

Automatska razmjena informacija i jedinstveni registar nužan su temelj za početak usklađivanja poreznih politika država članica te bolju suradnju na europskoj razini. Primjenom dodatnih mjera stat ćemo na kraj bankarskim tajnama te ćemo uspostaviti transparentan i predvidljiv okvir za naša poduzeća kako bi bila konkurentnija na europskoj razini.

Naglasio bih bitan poziv državama članicama u ovom izvješću o potrebi što ranijeg utvrđivanja zajedničke konsolidirane osnove poreza koja bi u prvoj fazi bila obvezna za europska poduzeća, a u drugoj fazi za sva ostala poduzeća, osim mikro poduzeća te malih i srednjih poduzeća.

Ovo izvješće, između ostalih rješenja u borbi protiv fiskalnog dumpinga, predlaže inovacije te prelazak na porez za zaštitu okoliša, kojeg snažno pozdravljam, smatrajući kako je time prepoznat potencijal okoliša za rast gospodarstva i stvaranje novih radnih mjesta.

Monika Smolková (S&D), *písomne*. – Som zástancom toho, že daňová politika je a musí zostať vnútroštátnou právomocou, a preto je potrebné zo strany EÚ rešpektovať rozdielnosť daňových systémov jednotlivých členských štátov. S čím sa však nemôžem stotožniť, je to, že aj naďalej sme svedkami daňových únikov, daňových podvodov, vytvárania nových daňových rajov a vyhýbania sa daňovým povinnostiam. Hlasovala som za správu, pretože sa v nej nachádza mnoho prvkov, ktoré sa môžu stať účinným nástrojom v boji proti daňovým podvodom a daňovým únikom a ktoré z dlhodobého hľadiska môžu vytvoriť predpoklady pre tvorbu nových pracovných miest a udržateľný rast. Tieto opatrenia sú obzvlášť dôležité pre obdobie, keď verejný dlh je ešte stále vysoký a investície sú v EÚ čoraz potrebnejšie. Myslím si, že občania EÚ od nás právom očakávajú ukončenie nekalých praktík v oblasti daňových politik a v prípade ich porušovania aj zodpovedajúce sankcie voči porušovateľom. Verím, že na základe prijatých opatrení sa nám podarí posilniť harmonizáciu daňovej politiky, odstrániť nesúlady medzi vnútroštátnymi predpismi, vďaka čomu by mohlo dôjsť k posilneniu cezhraničného obchodu, posilneniu jednotného trhu, rastu a zamestnanosti.

Igor Šoltes (Verts/ALE), *pisno*. – V Evropski uniji se zaradi davčnih goljufij in izogibanja davkov po ocenah vsako leto izgubi 1 milijarda EUR davčnih prihodkov. Ta izguba pomeni večje breme na ramenih evropskih davkoplačevalcev, poleg tega je posledično na voljo manj javnih in zasebnih sredstev za naložbe v času, ko se Komisija osredotoča prav na delovna mesta, rast in naložbe.

Poročilo o letnem davčnem poročilu pozdravlja sporazum o avtomatični izmenjavi informacij ter poziva k dokončni odpravi bančne tajnosti in sklenitvi davčnih sporazumov s tretjimi državami do konca junija 2015. Pravilno tudi poudarja, da je treba davke plačevati tam, kjer se uporabljajo javne storitve, in da je treba spodbujati skupni pristop na evropski in svetovni ravni, ki bo prispeval k uspešnejšemu boju proti davčnim goljufijam, davčnim utajam in izogibanju davkom.

Poročilo pozitivno izpostavlja tristranski dogovor o direktivi o preprečevanju pranja denarja, ki državam članicam omogoča večjo transparentnost prek neomejenega dostopa do informacij o dejanskem lastništvu, in poziva Komisijo, naj preuči možne rešitve za uvedbo minimalne davčne stopnje za podjetja, s katero bi omejili škodljivo konkurenco na davčnem področju.

Mittwoch, 25. März 2015

Na podlagi zgoraj navedenega in ker je uravnotežen in v rast usmerjen davčni sistem ključen za ustvarjanje trajnostne rasti, sem poročilo o letnem davčnem poročilu podprl.

Renato Soru (S&D), *per iscritto*. – Oggi ho votato a favore della relazione annuale in materia di fiscalità. Ogni anno all'interno dell'Unione europea circa mille miliardi di euro di gettito potenziale sono persi a causa di frodi ed elusioni fiscali, in particolare a causa del *dumping* fiscale.

L'utilizzo di queste pratiche risulta essere uno dei problemi più gravi in ambito di materia fiscale europea. È di questi giorni infatti la notizia di un'inchiesta nei confronti di una nota azienda multinazionale, accusata di un'evasione di quasi un miliardo di euro ai danni del fisco italiano. Questo è solo l'ultimo di una lunga lista di casi di operazioni fiscali poco trasparenti: basti pensare al caso del Portogallo, quasi totalmente spogliato del gettito fiscale delle multinazionali portoghesi, attratte dalle accomodanti normative fiscali dell'Olanda.

La gravità di questo genere di operazioni appare inoltre ancora più grave all'interno dell'UE, dove i capitali generalmente si spostano dai paesi più bisognosi a quelli più prosperi, come nel caso portoghese. Per queste ragioni sono convinto che sia assolutamente necessaria un'armonizzazione europea in materia di fiscalità d'impresa, così da impedire la continuazione di operazioni che, se non illecite, sono comunque dannose per l'Unione nel suo complesso.

Ivan Štefanec (PPE), *písomne*. – Oceňujem záväzok Komisie aktívne bojovať proti daňovým únikom a vyhýbaniu sa daňovým povinnostiam. Je dôležité, aby inštitúcie EÚ, ako i spoločnosť vyžadovali efektívnejšie opatrenia na zvýšenie daňovej transparentnosti a zabezpečenie spravodlivejšej daňovej súťaže v rámci spoločného trhu EÚ.

Davor Ivo Stier (PPE), *napisan*. – Godišnje porezno izvješće sam podržao jer se u njemu jasno naglašava činjenica kako se borba protiv poreznih prijevара, utaje poreza, agresivnog poreznog planiranja i poreznih oaza postiže upravo jedinstvenim pristupom i zajedničkim mjerama porezne politike država članica EU-a.

Ciljane mjere porezne politike potrebne su kako bi se njima osiguralo promicanje jedinstvenog tržišta, a održavanje poštene i transparentne porezne konkurencije među državama članicama pogoduje rastu i zapošljavanju. Veća usklađenost u području poreznih politika jamči da se poreznim politikama država članica podržavaju širi politički ciljevi EU-a, a promicanje ostvarivog poreznog usklađivanja predstavlja alat za dugoročnu gospodarsku politiku usmjerenu na rast.

Dubravka Šuica (PPE), *napisan*. – Pozdravljam Sporazum o automatskoj razmjeni informacija i mogućnost da se brzo provede i pozivam na konačno ukidanje bankovne tajne u EU-u od lipnja 2015. Potrebno je ustrajati na općem načelu da se porezi plaćaju gdje se upotrebljavaju javne usluge i oštro osuđujem agresivne porezne politike kojima se navodi porezne obveznike na premještanje svojih poreznih osnovica izvan zemalja u kojima koriste javne usluge ili koriste radnu snagu koja to čini. Ističem činjenicu da se zajedničkim pristupom može ostvariti uspjeh u borbi protiv poreznih prijevара, utaje poreza, izbjegavanja plaćanja poreza, agresivnog poreznog planiranja i poreznih oaza te poboljšati okvir za pravilno funkcioniranje jedinstvenog tržišta djelotvornim poreznim zakonodavstvom na globalnoj i europskoj razini. Ističem ključnu ulogu koju mala i srednja poduzeća imaju kao pokretači rasta i zapošljavanja u EU-u. Politike EU-a bi stoga trebale biti zamišljene tako da se prepreke za mala i srednja poduzeća svedu na minimum uz dodatne napore kako bi se ukinule porezne prepreke i administrativni teret za mala i srednja poduzeća.

Richard Sulík (ECR), *písomne*. – Návrh som nepodporil. S niektorými jeho časťami súhlasím – ide najmä o zdôrazňovanie pozitívneho vplyvu priaznivých daňových iniciatív na podnikanie a investície, minimalizácie prekážok daňovej politiky pre malé a stredné podniky a podobne. Zásadne však nesúhlasím s niektorými ďalšími časťami návrhu, napríklad výzvou na pokrok v spoločnom konsolidovanom základe dane, čo je krok k harmonizácii daní, prípadne priamou výzvou k posilnenej harmonizácii daňovej politiky medzi krajinami EÚ. Návrh navyše vyzýva k zavedeniu dane z finančných transakcií, pričom dokonca navrhuje, aby príjmy z tejto dane boli súčasťou rozpočtu EÚ.

Patricija Šulin (PPE), *pisno*. – Podprla sem resolucijo o letnem davčnem poročilu, ki opozarja, da skupni pristop prispeva k uspešnejšemu boju proti davčnim goljufijam in utajam ter izogibanju davkom, agresivnemu davčnemu načrtovanju in davčnim oazam ter k boljšemu okviru za pravilno delovanje enotnega trga na podlagi učinkovite zakonodaje o davčni politiki. V EU se zaradi davčnih goljufij in izogibanja davkom po ocenah vsako leto izgubi 1 milijarda EUR davčnih prihodkov, kar je absolutno preveč in kar močno ogroža učinkovitost in poštenost davčnih sistemov EU. Resolucijo sem podprla tudi zaradi tega, ker poudarja, da je treba ohraniti zdravo in pregledno konkurenco med državami članicami na davčnem področju, ki bo spodbujala rast in zaposlovanje ter omogočila evropskemu bančnemu sektorju, da bo ostal konkurenčen v svetu, s čimer bi preprečili beg davkov iz EU.

Mittwoch, 25. März 2015

Ελευθέριος Συναδινός (NI), γραπτώς. – Δεν επιθυμούμε τον οποιοδήποτε παρεμβατισμό στην οικονομία των κρατών μελών.

Tibor Szanyi (S&D), *írásban*. – Szavazatommal támogattam az éves adóügyi jelentés elfogadását. Magam is egyetérték azzal, hogy a holisztikus megközelítést kövessük az adózás tekintetében, amely valóban gyakorlati eszköz lehet a növekedés serkentéséhez és a Gazdasági és Monetáris Unió elmélyítéséhez. Egy dologra szeretnék azonban most csak kitérni. Egyetérték azzal, hogy a bevételi alap biztosítása fontos részét képezi a költségvetés fenntarthatóságának. Ehhez ténylegesen szükség van a tagállamokban zajló adókijátszások megszüntetésére, az adócsalások és adóelkerülések rendszerének felszámolására, valamint az agresszív adótervezés és az adóparadicsomok elleni küzdelemre.

Mindemellett azonban az Európai Parlamentnek a jövőben arra is tekintettel kell lennie, hogy a bizonyos tagállamokban egyes szektorokat vagy termékeket érintő túladóztatás milyen adóbevételkiesést és a fekete- és/vagy szürkegazdaság milyen szintű erősödését indukálja. Csak egy példát említek: hazámban, Magyarországon a legmagasabb áfa-kulcs 27%-os, ez terheli többek között az alapvető élelmiszerek jelentős csoportját is. Meggyőződésem, hogy az egyes tagállami adórendszerek ilyen formájú torzításai nem szolgálják az Unió adópolitikai érdekeit.

Marc Tarabella (S&D), *par écrit*. – Justice fiscale et cohérence fiscale européenne sont nos objectifs pour une Europe où le citoyen est au même niveau que les entreprises et où l'intérêt général prime face à l'intérêt particulier. Concernant le texte voté ce soir, une action immédiate, coordonnée et globale est requise en matière de politique fiscale à la fois au sein de l'Union et à un niveau international afin d'éradiquer l'évasion fiscale, de combattre la fraude et l'évasion fiscales, et de lutter contre la planification fiscale agressive ainsi que, bien entendu, les paradis fiscaux. L'action immédiate en question pourrait venir à la place de l'introduction de nouveaux niveaux ou nouvelles formes d'imposition et générerait des fonds supplémentaires dont les États membres ont grand besoin pour renforcer l'investissement public et favoriser la croissance et la création d'emplois.

Pavel Telička (ALDE), *in writing*. – I voted in favour of this report which offers a political response to the LuxLeaks case. Fighting against tax fraud and tax evasion should be an absolute priority of the EU and Member States

Estefanía Torres Martínez (GUE/NGL), *por escrito*. – Nos hemos abstenido en la votación sobre este informe. Entendemos que el problema de la evasión fiscal en la Unión Europea es urgente y requiere estar en los primeros puestos de las preocupaciones de los diputados. Aun así, entendemos que existen algunas carencias en este informe que no pueden tolerarse si se quiere afrontar el problema de la evasión fiscal en toda su amplitud; nos referimos a la falta de referencias a la justicia social o a la redistribución como medios para conseguir la igualdad. Por ello, podemos asegurar que el informe está en línea con una perspectiva única, la propia de la gran mayoría, apenas sujeta a un debate que tenga en cuenta la realidad social a la que nos enfrentamos en Europa.

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE), *in writing*. – After the LuxLeaks scandal it is more important than ever to begin to tackle the issue of distortive tax practices in Europe.

If we want to protect the welfare state in Europe without overburdening our SMEs, it is of the utmost importance that multinationals pay the same rates as all other enterprises. In this sense, introducing a country-by-country scheme is fundamental to obtaining a clear picture on the real situation in Europe.

Ernest Urtasun (Verts/ALE), *por escrito*. – He votado favorablemente a este informe por instar a la Comisión a estudiar un tipo mínimo europeo en el IS; recordar, por enésima vez, la necesidad de una Base Común Consolidada del Impuesto de Sociedades; y exigir que los ingresos de ITF reviertan en el presupuesto de la UE. También por la llamada a una implementación ambiciosa de la Directiva contra el blanqueo de capitales por parte de los Estados miembros.

Mittwoch, 25. März 2015

Ramón Luis Valcárcel (PPE), *por escrito*. – El fraude fiscal constituye un riesgo de primer orden para la eficiencia y la equidad de los sistemas fiscales de la UE, al disponer los Estados de menos dinero del que les corresponde recaudar cuando se producen estas prácticas ilegales. Es necesario que a nivel europeo haya una estrategia global de lucha contra la evasión fiscal, así como acuerdos fiscales y una mayor coordinación y transparencia entre los Estados miembros, una baja imposición y una reducción de los obstáculos a las pymes, motores de crecimiento de la economía europea. En este sentido, este informe recoge de manera sustancial muchos de estos asuntos y es una herramienta positiva de trabajo y debate para el futuro de Europa en asuntos fiscales y económicos.

Elena Valenciano (S&D), *por escrito*. – He votado a favor del Informe Anual de Fiscalidad porque reitera la necesidad de luchar contra el fraude y la elusión fiscal así como la planificación fiscal agresiva, y en particular apoya el intercambio automático de información sobre los acuerdos fiscales entre Estados miembros y corporaciones. No puede ser que las grandes multinacionales logren reducir al mínimo el pago de impuestos. Los beneficios deben ser gravados allí donde se producen.

Asimismo, recuerda al Consejo que debe aprobar la Directiva sobre la armonización de la base del impuesto de sociedades, bloqueada por algunos Estados miembros desde 2011, así como la relativa al Impuesto sobre las Transacciones Financieras (ITF) mediante cooperación reforzada.

Además, los socialistas españoles consideramos que los derivados deben incluirse en el ámbito de aplicación del ITF y que los impuestos sobre la riqueza son fundamentales para combatir la desigualdad derivada de la creciente acumulación del capital. Igualmente hemos defendido que la Comisión impulse, mediante las Recomendaciones Específicas por País en el marco del Semestre Europeo, el establecimiento de un impuesto sobre el patrimonio en los Estados miembros donde todavía no esté implantado.

En definitiva, los socialistas reiteramos que la competencia fiscal es incompatible con el mercado interior.

Marco Valli (EFDD), *per iscritto*. – Annualmente il Parlamento europeo presenta una relazione d'iniziativa in materia di tassazione europea. Come d'abitudine il Parlamento europeo ha ribadito la necessità di un impegno su scala europea nella lotta contro l'evasione, l'elusione fiscale e i paradisi fiscali.

Ma a differenza degli anni passati, la relazione condanna le pratiche di pianificazione aggressiva, richiede l'introduzione dello scambio obbligatorio tra gli Stati sugli accordi fiscali transfrontalieri e chiede di avviare una regolamentazione per affrontare il problema dell'erosione della base imponibile e del trasferimento degli utili su scala europea.

Il testo ha incluso molte richieste avanzate dal M5S come quella del *country by country reporting* per le società multinazionali, quella sulla maggiore trasparenza nello scambio di informazioni e quella di istituire una base imponibile consolidata comune per l'imposta sulla società. Di particolare importanza per il M5S la richiesta, poi accolta, di deviare l'onere fiscale dal lavoro e dai consumi al settore finanziario.

Per questi motivi abbiamo votato a favore della relazione. Tuttavia, trattandosi solo di una iniziativa, il testo lancia un importante messaggio ma non apporta nessun cambiamento allo status quo.

Soprattutto alla luce dei recenti scandali in Lussemburgo è di prioritaria importanza risolvere su scala europea il problema della mancata trasparenza, delle pratiche fiscali aggressive attraverso misure serie e stringenti che non diano spazio a concorrenza sleale tra Stati membri.

Ángela Vallina (GUE/NGL), *por escrito*. – Dada la importancia del problema de la evasión fiscal en la UE y la urgencia en abordar el mismo, esperábamos un informe que propusiera medidas concretas para atajar el problema. En nuestra opinión, el informe carece de la perspectiva de la justicia social y la importancia del carácter redistributivo. Además de ello, no recoge como objetivo clave la imposición a las grandes empresas, multinacionales y a la riqueza. Finalmente, el informe está claramente en línea con las políticas neoliberales y el modelo dominante, dado que llama a reforzar el Semestre Europeo, y propone una política impositiva bajo el Semestre Europeo.

Es por todo ello por lo que he decidido votar en contra del informe.

Mittwoch, 25. März 2015

Derek Vaughan (S&D), *in writing*. – With my European Parliament Labour Party colleagues, I voted in favour of the Annual Tax report because the report proposes a holistic approach as regards taxation policy, which can prove to be a pragmatic tool to foster growth and deepen the European and Monetary Union. I am therefore surprised that UKIP and British Conservatives voted against the report.

Harald Vilimsky (NI), *schriftlich*. – In dem jährlichen Steuerbericht geht es um die Förderung der Aufhebung des Bankgeheimnisses in der EU bis Juni 2015 und um eine verstärkte Harmonisierung der Steuerpolitik. Außerdem möchte man Finanztransaktionssteuern als einen Teil der Eigenmittel der EU und einen verstärkten Rahmen für die wirtschaftspolitische Steuerung einführen. Da dieser Bericht offensichtlich nur für mehr Macht für die EU steht, um schlussendlich den Staaten die Steuern und deren Bandbreite vorschreiben zu können, habe ich gegen diesen Bericht gestimmt.

Daniele Viotti (S&D), *per iscritto*. – Ho votato a favore delle misure per la lotta all'evasione fiscale perché credo che sia una priorità dell'Europa combattere una piaga che non è solo economica, non è solo sociale, ma è anche una piaga culturale. La nostra azione politica deve essere in grado di innescare un processo di redistribuzione e uguaglianza. E questo può essere possibile attraverso una lotta all'evasione fiscale che sia capillare e giusta. La costruzione dell'Europa politica passa anche attraverso questo tipo di battaglie, per cui il bene collettivo sia veramente concepito come un bene di tutti e a carico di tutti.

Beatrix von Storch (ECR), *schriftlich*. – Den Bericht über den jährlichen Steuerbericht der EU lehne ich ab. Die Union hat eine massiv eingeschränkte Kompetenz auf dem Feld des Steuerrechts. Gleichwohl versucht die Union ihre Kompetenzen entgegen den Verträgen schrittweise auszudehnen. Der jährliche Steuerbericht – ein Initiativbericht – ist eines der Werkzeuge zu diesem Zweck. Der Bericht ist vergleichbar einem Omnibus, dessen Fahrer die Fahrscheine nicht kontrolliert: Jeder kann zusteigen. Das wird der faktischen Rechtslage auf dem Gebiet des Steuerrechts nicht nur nicht gerecht, sondern höhlt sie zunehmend aus.

Eine Vielzahl der Forderungen dient allein fiskalischem Interesse, und schon deshalb ist der Bericht abzulehnen. Unter allen Gründen, die zur Ablehnung führen müssen, sei jedoch der folgende hervorgehoben: Der Bericht fordert, die Erträge aus der Finanztransaktionssteuer als einen Teil der Eigenmittel im EU-Haushalt zu berücksichtigen. Damit hätte die Union eine eigene Steuerhoheit erlangt und würde endgültig zu dem, was viele Kollegen im Parlament und die Kommission sowieso anstreben: Die Europäische Union würde zu einem selbständigen Staat. Das will ich nicht.

Jarosław Wałęsa (PPE), *na piśmie*. – Głosowałem za przyjęciem rocznego sprawozdania dotyczącego podatków. Polityka podatkowa poprzez zabezpieczenie podstawy naszych dochodów stanowi istotną część stabilności budżetowej. Niezbędne są niezwłoczne, skoordynowane i spójne działania, w celach wyeliminowania przestępstw polegających na uchylaniu się od opodatkowania, zmierzania się z oszustwami podatkowymi oraz unikaniem płacenia podatków, a także zwalczania agresywnego planowania podatkowego i rajów podatkowych, stosując wspólne podejście, które powinno być wdrażane nie tylko na szczeblu europejskim, lecz również globalnym.

Promowanie skutecznej koordynacji podatkowej powinno być głównym instrumentem kształtowania polityki podatkowej stymulującej wzrost, zatrudnienie i inwestycje. Ważne jest to, aby utrzymać przejrzystą i uczciwą, korzystną dla wzrostu i zatrudnienia konkurencję podatkową między państwami członkowskimi. Skuteczne, sprawne i uzasadnione krajowe polityki podatkowe wymagają właściwego funkcjonowania krajowych organów podatkowych. Istotny jest również przebieg informacji między krajowymi organami podatkowymi na temat najlepszych praktyk w celu uczenia się od siebie nawzajem. Polityka podatkowa ma zasadnicze znaczenie nie tylko dla społecznego bezpieczeństwa rodzin i gospodarstw domowych, lecz także dla konkurencyjności i tworzenia nowych miejsc pracy.

Julie Ward (S&D), *in writing*. – With my European Parliament Labour Party colleagues, I voted in favour of the Annual Tax report because the report proposes a holistic approach as regards taxation policy, which can prove to be a pragmatic tool to foster growth and deepen the European and Monetary Union. I am therefore surprised that UKIP and British Conservatives voted against the report.

Mittwoch, 25. März 2015

Iuliu Winkler (PPE), *în scris*. – Am votat raportul anual privind fiscalitatea, adoptat azi în plenul Parlamentului European. Salut preocuparea raportorului de a identifica actele legislative și acțiunile esențiale care ar trebui realizate în vederea creșterii veniturilor publice, pentru a se restabili încrederea în echitatea sistemelor noastre fiscale și pentru a reduce povara suportată de contribuabilii onști. Raportul arată, de asemenea, că trebuie acționat ferm atât în UE, cât și pe plan internațional, pentru a se diminua evaziunea fiscală, pentru eradicarea fraudei fiscale și a eludării taxelor și pentru a combate planificarea fiscală agresivă și paradisurile fiscale. În raport se propune o abordare holistică a politicii fiscale, care s-ar putea dovedi un instrument pragmatic pentru a stimula creșterea economică și a ajuta UEM să prindă rădăcini mai adânci, ținând cont de particularitățile economiilor fiecărui stat membru și de competența suverană a acestora de a lua decizii specifice în domeniul fiscalității.

Σωτήριος Ζαριανόπουλος (NI), *γραφικώς*. – Πυρήνας της έκθεσης είναι η χρησιμοποίηση της φορολογίας από τις κυβερνήσεις και την ΕΕ, ως μέσο αναδιανομής του λαϊκού εισοδήματος προς όφελός των μεγάλων επιχειρηματικών ομίλων. Γι' αυτό ζητάει την ένταξη της φορολογίας στους στόχους της αντιδραστικής Στρατηγικής ΕΕ-2020, τους αντιλαϊκούς μηχανισμούς επιτήρησης, το Ευρωπαϊκό Εξάμηνο και τη ενισχυμένη οικονομική διακυβέρνηση.

Οι ανέξοδες, υποκριτικές καταγγελίες της φοροδιαφυγής, της φορολογικής απάτης, των φορολογικών παραδείσων και των συμφωνιών πολυεθνικών με κράτη μέλη της ΕΕ για προνομιακή φορολογική μεταχείριση, για να εκτονώσουν την αγανάκτηση των εργαζομένων για την βαριά φορολόγησή τους, δεν μπορούν να κρύψουν τον στόχο της έκθεσης να ενισχύσει, και μέσω της φορολογίας, την κερδοφορία των μονοπωλιακών ομίλων.

Ζητάει ανοιχτά μείωση της φορολογίας των επιχειρήσεων, φοροαπαλλαγές, προνόμια, ενισχύσεις για την χρηματοδότηση επενδύσεων των μονοπωλιακών ομίλων σε κερδοφόρους κλάδους, «μετατόπιση της φορολογίας από την εργασία», δηλαδή μείωση των εργοδοτικών εισφορών, απαλλαγή των εργοδοτών από τις υποχρεώσεις τους στα συστήματα κοινωνικής πρόνοιας και ασφάλισης.

Από την άλλη καλεί σε αύξηση της φοροληψίας των λαϊκών εισοδημάτων, με ένταση του κυνηγιού των εργαζομένων και επιβολή νέων φόρων. Για να ανασάνει ο λαός από την φοροεπιδρομή, την αντιλαϊκή πολιτική ΕΕ και κυβερνήσεων, απαιτείται σύγκρουση με την ΕΕ και τα μονοπώλια που υπηρετεί, για να περάσει στα χέρια του η εξουσία και ο πλούτος που παράγει.

Tomáš Zdechovský (PPE), *písemně*. – Velice oceňuji tuto zprávu, a proto jsem ji také podpořil. Musíme otevřeně mluvit o tom, že daňová politika EU má své slabiny. Jednou z nich, na kterou již delší dobu poukazují, je danění korporátních společností a podvody s DPH. Empirické studie ukazují, že negativní vnímání daňové politiky firmy veřejností může poškodit její celkové postavení. Některé průzkumy dokonce potvrzují, že 89 % největších společností má obavy ohledně toho, jak média referují o tom, jaké daně platí. Usiluji tedy o to, aby podnikatelské subjekty, jež jsou transparentní, co do jejich vlastnické struktury, a odvádějí státu spravedlivý díl ze svých zisků státu, získaly určitou „odměnu“. To, že jednají eticky, by mělo být zhmotněno v konkrétní konkurenční výhodu – značku daňové transparentnosti, která by mohla konečným spotřebitelům „prodat“ skutečnost, že subjekt je transparentní a nevyhýbá se daňovým povinnostem. Je třeba bojovat se šedou ekonomikou a nejen o tomto boji mluvit. Chci po Evropské komisi konečné a hmatatelné důkazy o tom, že se nespokojí pouze s obecnými prohlášeními.

Inês Cristina Zuber (GUE/NGL), *por escrito*. – Este relatório não aponta para a necessária ruptura com a política fiscal que vem sendo seguida ao nível da UE, pelo contrário, reforça o rumo de isenções fiscais, baixa tributação e perdas fiscais por via directa ou indirecta que favorecem as multinacionais e o grande capital financeiro em detrimento de receitas que potenciem políticas a favor dos trabalhadores e os povos. Aflorando alguns problemas existentes neste domínio, a maioria do PE fica-se por propostas baseadas em princípios vagos e ambíguos e sem relevância política. Veja-se a referência à «luta contra» os paraísos fiscais, fraude fiscal, evasão fiscal, elisão fiscal, planeamento fiscal agressivo, problemas de fundo que urge resolver e para os quais a única proposta visa a sua abordagem comum, não apresentando uma única medida para lhes pôr fim. Sem esse objectivo concretizado, todas as intenções não passam de meras palavras.

Milan Zver (PPE), *pismo*. – Za poročilo o letnem davčnem poročilu sem glasoval, ker zagovarja davčno politiko, ki spodbuja preglednost, poštenost in dobro upravljanje, zmanjšanje upravnega bremena za mala, srednja ter mikro podjetja, odpravo davčnih ovir pri čezmejnih dejavnostih, ter je učinkovit instrument za spodbujanje trajnostne rasti in socialne pravičnosti. V EU se zaradi davčnih goljufij in izogibanja davkom po ocenah vsako leto izgubi 1 milijarda EUR davčnih prihodkov, ta izguba pa močno ogroža učinkovitost in poštenost davčnih sistemov EU, saj je s tem davčno breme za poštene državljanje in podjetja večje. Izguba davčnega prihodka pomeni, da je na voljo manj javnih sredstev za naložbe, posledično pa ni možno spodbuditi toliko dodatnih zasebnih naložb. Davčna politika je lahko orodje za poglobljanje ekonomske in monetarne unije, pri čemer je potrebno upoštevati pravice držav članic, da oblikujejo davčni

Mittwoch, 25. März 2015

sistem, ki je prilagojen posebnim lastnostim njihovega gospodarstva, kot je to določeno v Pogodbah. Dobro je, da poročilo omenja pobude, s katerimi lahko zagotovimo pravno varnost, okrepimo čezmejno trgovino, spodbudimo uresničenje polnega potenciala enotnega trga in povečamo rast in zaposlenost.

27. Übermittlung der in dieser Sitzung angenommenen Texte: siehe Protokoll

28. Zeitpunkt der nächsten Sitzungen: siehe Protokoll

29. Unterbrechung der Sitzungsperiode

(Az ülést 23.40-kor rekesztik be.)

ISSN 1977-088X (elektronische Ausgabe)

ISSN 1725-2407 (Papierausgabe)



Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union
L-2985 Luxemburg
LUXEMBURG

DE